Bibliothek
des Ruhrgebiets
Bibliothek des ISB
S? D 3308



Peep-Show-Debatte S. 25

Arbeiterkampf

Jg. 12 Nr. 222 14.6.82 ZEITUNG DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES 4 DM Förderpr. DM 5

Strategiedebatte in der polnischen Opposition S. 41

Vernichtungskrieg gegen die Palästinenser

Israel ist zur „Endlösung des Palästinenserproblems" angetreten: Nach massiven Luftangriffen auf Beirut marschierten starke israelische Verbände am 6. Juni in den Libanon ein. Wenige Tage später ist der gesamte Südlibanon, besonders die Küstenregion, weitgehend zerstört. Die UNO-Truppen (UNIFIL) berichten von katastrophalen Zuständen in der Region: 200.000 Menschen befinden sich allein im Süden auf der Flucht (Libanon hat rund 3 Millionen Einwohner), die Bevölkerung der Städte und Ortschaften flüchtet vor den brutalen Bombardements in die Umgebung, während die israelische Armee systematisch alles zerstört, was in Reichweite ihrer Geschütze kommt: Flüchtlingslager, Wohnhäuser, Krankenhäuser, Wasser- und Elektrizitätsversorgung. Schon am Mittwoch, also drei Tage nach Beginn der Invasion, sprach die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) von 8.000 Toten unter der Zivilbevölkerung. Diese Zahl dürfte inzwischen bei weitem überschritten sein. Hinzu kommen Tausende Verwundete.

Am 11. Juni verkündete die israelische Regierung einen Waffenstillstand mit Syrien, nachdem die israelische Armee den Syrern in den ersten Kriegstagen schwere Verluste zugefügt hatte. Zu diesem Zeitpunkt waren die israelischen Truppen bis auf drei Kilometer an die Straße Beirut-Damaskus vorgestoßen, die sie nun mit ihrer Artillerie kontrollieren; die Verbindung mit den libanesischen Faschisten, die das Gebiet von Ostbeirut bis Batroun beherrschen, ist damit praktisch hergestellt — auch wenn die libanesischen Faschisten bisher nicht in die Kämpfe eingegriffen haben (Die im Frühjahr letzten Jahres von Faschisten und Syrern heiß umkämpfte Stadt Zahle ist den Faschisten von den Syrern übergeben worden).

Westbeirut ist von der israelischen Armee eingeschlossen, niemand kann die Stadt verlassen. Die israelische Marine hat entlang der gesamten libanesischen Küste eine Seeblockade verhängt, die israelische Luftwaffe kontrolliert vollständig den libanesischen Luftraum. Die syrischen SAM 6 Luftabwehrbatterien im Bekaa-Tal sind zerstört, ebenso auch ein großer Teil der syrischen Luftwaffe.

Der israelische Kriegsminister Sharon ließ es an Deutlichkeit nicht fehlen: Die Feuereinstellung gelte selbstverständlich nur gegenüber der syrischen Armee. Aktionen gegen bisher nicht ausgeschaltete PLO-Einheiten würden nicht eingestellt. In dem von der israelischen Armee besetzten Gebiet wird weitergekämpft, besonders in den Städten Sur (Tyrus), Saida und Da-

Fortsetzung S. 3

Hamburg-Wahl:

Quittung für rechte SPD-Politik

„Hamburg unregierbar" - das war der vereinheitlichte Schreckensruf der Etablierten und der Presse, kaum daß das „vorläufige amtliche Endergebnis" der Hamburger Bürgerschaftswahl verkündet war. Schon in der Wahlnacht wurde über baldige Neuwahlen spekuliert — wenn der „mündige Bürger" sich nicht einmal auf seine vorrangige staatsbürgerliche Pflicht, das Wählen, richtig versteht und mit seinen Kreuzen ein derartiges Durcheinander anrichtet, muß er eben die Folgen tragen.

Die 8,7% Verluste der SPD sind nur zum Teil der CDU zugute gekommen. Sie hat 5,6% hinzugewonnen und ist — schlimm genug — stärkste Partei und mit einem Sitz mehr als die Sozialdemokraten auch stärkste Fraktion in der Bürgerschaft.

Die FDP wiederholte mit 4,8% ihr Ergebnis von 1978. Nicht nur die Liberalen selbst sind darüber besorgt, daß das Ende der FDP als ständig verfügbarem Mehrheitsbeschaffer sich abzeichnet. Falls sie bundesweit unter die 5% rutscht, gäbe es nur noch die Alternative Große Koalition oder Minderheitsregierung. Beides kann nicht im Interesse der Herrschenden liegen, denen an einer möglichst reibungslosen Durchsetzung ihres scharfen Aufrüstungs- und Krisenkurses gelegen sein muß.

Entsprechend ist abzusehen, daß das relativ wohlwollende Interesse, mit dem die Medien derzeit der GAL begegnen, in nicht allzu langer Zeit wieder in offene Feindschaft umschlägt.

Fortsetzung S. 10

Malvinen-Kolonialkrieg

Die EG an der Seite Großbritanniens

Die Ausweitung der NATO als militärisches Instrument zur w e l t w e i t e n „Verteidigung" imperialistischer Interessen kommt gut voran. Großbritannien konnte sich in seinem südatlantischen Kolonialkrieg auf die Solidarität der EG verlassen. Dafür sorgten in erster Linie die Sozialdemokraten bzw. „Sozialisten" in Bonn und Paris, die diesen Kurs auch gegen den Widerstand einiger schwächerer EG-Staaten durchdrückten. Ganz offen und frei konnte diese Politik aber nicht betrieben werden: Innen- und außenpolitische Rücksichten veranlaßten die Regierungen in Bonn und Paris, ihre praktische Solidarität mit verbalen Bekundungen der Besorgnis über diesen Krieg zu verbinden und zu vernebeln. Für den Liebhaber des gehobenen Schmierentheaters gab es wieder einmal viel Unterhaltsames.

Die ersten Sanktionen...

Am 2. April besetzten argentinische Truppen die Malvinen/Falkland-Inseln. S o f o r t konterte Großbritannien mit der Bekanntgabe, daß „derzeit ein starker Flottenverband mobilisiert" werde und daß „Interventionstruppen in größerem Umfang" in Marsch gesetzt würden. Der Transport in den Südatlantik werde allerdings „mehr als zwei Wochen dauern". („Welt", 3.4.).

Die extrem schnelle britische Reaktion läßt sich mit dem Hinweis erklären, daß –laut Thatcher – die Regierung, bereits 5 Tage v o r der argentinischen Invasion Satelliten-Fotos aus den USA erhalten hatte, aus denen die argentinischen Vorbereitungen deutlich hervorgingen. („Frankfurter Rundschau", 8.4.) Die britische Regierung hat also in Wahrheit gar nicht so blitzschnell gehandelt, wie es den Anschein hatte, und sie hatte Zeit genug, ihre Reaktion noch mit ihren Verbündeten zu beraten. Daß dies geschehen ist – auf jeden Fall mit den USA – kann als sicher angenommen werden.

Am 5. April - dem Auslaufdatum der argentinischen Kriegsflotte - erklärte die EG erstmals ihre „Verurteilung" der argentinischen Militäraktion. In diesem Sinne äußerte sich auch die Bundesregierung, während der französische Außenminister Cheysson sogar versicherte, sein Land fühle sich mit Großbriannien „solidarisch". Am 6. April verhängte die britische Regierung ein Embargo gegen alle Importe aus Argentinien. Am 7. April beriet die EG über dieselben Sanktionen. Daß die Bundesregierung Sanktionen mittragen würde, galt in der Presse bereits am 8. April als sicher. Bedenken machten die Vertreter Dänemarks, Griechenlands und Italiens geltend. Trotzdem erfolgte bereits am 10. April im Prinzip eine Einigung, die aber noch nicht ausformuliert bekanntgemacht wurde. Die „Frankfurter Rundschau" spekulierte am 13.4. noch, daß der Embargo-Beschluß vermutlich auf zwei Wochen begrenzt sein würde. Dasselbe meldete die „Welt" noch am 14.4.

Fortsetzung S. 8



Der Tag, als der Reagan kam (oben in Bonn am 10.6.; unten in Westberlin am 11.6.). Über die Demo der 400.000 berichten wir ebenso wie über die z.T. blutigen Straßenkämpfe in Westberlin

Siehe Artikel, Reportagen S. 4 ff

RGO-Betriebsrat in der DDR verhaftet

Ein Betriebsrat von der Hamburger Howaldtswerft und zwei seiner Kollegen sind in der DDR inhaftiert worden. Der politische Hintergrund der Verhaftung liegt offenbar in der Tätigkeit zumindest des HDW-Betriebsrats für die RGO („Revolutionäre Gewerkschaftsopposition"), die der KPD/ML nahesteht. Letztere unterhält in der DDR eine illegale Parteigruppe. In diesem Zusammenhang sind schon wiederholt Genossen und Genossinnen aus diesem Spektrum in der DDR verhaftet, teilweise sogar abgeurteilt und zumeist wochenlang eingesperrt und verhört worden. Zu fragen ist bei diesen Vorgängen nach der Rolle von Mitgliedern der DKP, die offenbar als Spitzel und Denunzianten in vielen Fällen Daten und Material an die einschlägigen Behörden der DDR weiterreichen.

Zur Unterstützung der Verhafteten und ihrer Angehörigen ist ein Spendenkonto eingerichtet worden: Horst Prey, Volksbank Pinneberg, KontoNr. 02/365780, BLZ 22191405. Stichwort: DDR-Haft

Hanni Prey

Hesterhörn 13
2081 Tangstedt, den 7.6.82
Tel. (04101) 2 43 52

PRESSEERKLÄRUNG

Am 28.5.1982 fuhr mein Mann Horst Prey zusammen mit zwei Bekannten im Auto nach Berlin, um dort über Pfingsten Bekannte zu besuchen. Die drei kamen dort nicht an. Als sie dann am Sonntag nicht, wie abgesprochen, zurückkamen begann ich mir Sorge über den Verbleib zu machen. Nachdem eine Vielzahl von Telefonaten mit der Polizei und mit Behörden in West- und Ost-Berlin keinen Aufschluß brachte, erfuhr ich dann am vergangenen Mittwoch, dem 2.6.1982, daß Horst und seine Bekannten auf dem Transit durch die DDR verhaftet worden waren. Die Begründung des Haftbefehls lautet "Verdacht des Verstoßes gegen das Transit-Abkommen". Im Weiteren wird dann gesagt, sie seien "erheblich" von der Transit-Strecke abgewichen, und dies kann nach dem Strafgesetzbuch der DDR mit Gefängnis bis zu zwei Jahren bestraft werden.

Da Einzelheiten über die Verhaftung und über die Haftbedingungen – selbst der Ort wo sie inhaftiert sind, wird mit nicht mitgeteilt –von den DDR-Behörden nicht bekanntgegeben werden, bin ich am Mittwoch, dem 2.6.1982 nach Berlin geflogen, um dort direkt mit den zuständigen Behörden in West-Berlin Kontakt aufzunehmen und und um eine Besuchserlaubnis für meinen Mann zu bekommen und Schritte zu seiner Freilassung einzuleiten.

Jedoch ohne Erfolg. Die Behörden gingen im wesentlichen davon aus, daß Fluchthilfe, Tollerei, Vorsätzlichkeit oder ähnliches im Spiel sei. Überall wurde mit gesagt, ich müsse 4 bis 6 Wochen warten, bis die DDR näheres mitteilt. Dies allerdings bedeutet für mich – ich habe drei kleine Kinder –, daß ich in dieser Zeit ohne Einkommen bin, da ich zur Zeit nicht arbeite. Deshalb kann ich mir einen teuren Rechtsanwalt für meinen Mann auch nicht leisten.

Die Begründung des Haftbefehls durch die DDR erscheint mir absurd, zumal meinem Mann bekannt ist, daß er die Transitstrecke nicht verlassen darf.

Ich bin empört, daß Horst und seine Bekannten von der DDR wie Kriminelle behandelt werden und fordere die sofortige Freilassung meines Mannes und seiner beiden Bekannten aus der DDR-Haft.

Hanni Prey

Personendaten: Horst Prey
geb. am 3.12.1948 in Hamburg
Zimmermann
beschäftigt bei der HDW in Hamburg
verheiratet, 3 kleine Kinder

KBW: Auflösung abgelehnt

Am 12. Juni fand eine außerordentliche Delegiertenkonferenz des KBW statt. Anlaß und wichtigster Tagesordnungspunkt war ein Antrag auf Auflösung des KBW und „Vergesellschaftung" seiner auf etliche Millionen Mark bezifferten Besitztümer. Dieser Antrag war auch von einigen Kadern der Leitungsgremien des KBW unterstützt worden. Die Leitungsmehrheit des KBW hatte dagegen Antrag auf Nichtbefassung des Auflösungsantrags gestellt. Das hätte von vornherein Verweigerung der Debatte bedeutet und stieß weithin auf Ablehnung. Stattdessen lag nun ein neuer Leitungsantrag vor, der im einen Teil in schlichten Worten die Ablehnung des Auflösungsantrags festhielt, während im anderen Teil einige Begründungszusammenhänge und die Aussicht auf eine Suche nach neuen organisatorischen Formen formuliert wurden. Die Ablehnung des Auflösungsantrags wurde mit 142 gegen 14 Stimmen beschlossen (2 Enth.), der inhaltliche Teil mit 122 gegen 18 Stimmen (10 Enthaltungen). Auffallend ist die Schwäche der Auflösungs-Befürworter, die auf der ursprünglich von ihnen selbst geforderten DK auch kaum noch agierten. Vermutlich werden viele von ihnen den KBW jetzt sang- und klanglos verlassen.

Bei der Mehrheit des KBW hingegen zeichnet sich immer deutlicher die Tendenz ab, engeren Kontakt zu Gleichgesinnten zu suchen: vor allem zur KBW-Abspaltung „Komitees für Demokratie und Sozialismus" (derzeit noch in der ISP) und zu den „99ern", einer Fraktion der 1980 aufgelösten vaterländischen „KPD", die sich in letzter Zeit angeblich wieder ein bißchen zu sammeln versucht. Ein auf der DK verabschiedeter Beschluß hält bereits den Willen fest, die theoretische KBW-Zeitschrift „Kommunismus und Klassenkampf" zukünftig in Zusammenarbeit mit anderen Strömungen herauszugeben. Eine ausdrückliche Favorisierung von „Komitees" und „99ern", die dabei teilweise befürwortet worden war, fand auf der DK keine Mehrheit. Letzteres ist darin begründet, daß man nicht den Anschein eines „ML"-Blocks machen will und daß die Chancen zur Zusammenarbeit mit antikommunistischen Grünen nicht beeinträchtigt werden sollen.

Einstellung aller Brokdorf-Verfahren!

Auf Seite 23 berichten wir über den „Gedelitzer Aufruf" zur Solidarität mit den beiden im Brokdorf-Prozeß Verurteilten, Markus und Michael. Die Forderung nach Einstellung aller Brokdorf-Verfahren wurde dort leider „vergessen". Sie sollte alle kommenden Aktivitäten zur Freilassung von Markus und Michael begleiten, wobei die uneingeschränkte Solidarität mit allen AKW-Gegnern selbstverständlich sein sollte!

Kay Seligmann und **Uwe Zabel** vom Aktionskreis Leben wurden am 28.2. aus der Fahrerkabine des AKL-Lautsprecherwagens gezerrt und ursprünglich wegen Landfriedensbruch, Transport von Waffen (!), Körperverletzung etc. angeklagt. Mittlerweile ist die Anklage geschrumpft auf Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte und Vergehen nach dem Versammlungsgesetz. Mit der Eröffnung des Verfahrens muß demnächst gerechnet werden.

Gegen **Jo Leinen** wurde Anfang April '82 durch Zusendung der Anklageschrift das Verfahren eingeleitet. Vorgeworfen wird ihm die „Leitung einer verbotenen Demonstration".

Edeltraut aus Tübingen soll Steine auf Polizisten geworfen und Widerstand geleistet haben. Vor Gericht fielen die konstruierten Beschuldigungen in sich zusammen. Obwohl selbst der Staatsanwalt Freispruch gefordert hatte, wurde gegen diese Entscheidung des Gerichts vom höhergestellten Staatsanwalt Wieduwilt Berufung beim Landgericht Itzehoe eingelegt.

Gegen **Norbert Brungs**, Düsseldorf, wird ermittelt wegen Landfriedensbruch und Widerstand gegen die Staatsgewalt. Mit der Eröffnung des Verfahrens ist zu rechnen. Norbert wurde auf dem Weg nach Griechenland im September 81 auf dem Düsseldorfer Flughafen vom BGS kurzerhand festgenommen und für 14 Tage in Untersuchungshaft gesteckt.

Berücksichtigt wurden in dieser Aufstellung lediglich die z.Zt. bekannten Verfahren wegen der Beteiligung an der Brokdorf-Demo zum 28.2.81



Presseerklärung:

Bombenanschlagauf das türkische Konsulat in Hamburg??? Nein! 1.000facher Mord und Folter der faschistischen Militärjunta in der Türkei!!

Heute am 4.6.1982 wurde von uns vor dem türkischen Generalkonsulat in Hamburg ein Protestschild gegen die verbrecherische Militärjunta angebracht und mit einer Bombenatrappe versehen.

Das Schild trägt die Aufschrift: Evren Mörder, Fasist Katliamlarin Hesabini Soracagiz (wir werden für die faschistischen Massaker abrechnen).

Auf der „Bombe" (ein Pappkarton mit Wecker) stand: Hitler Franco D'Abuisson Evren Reagan ... Katiller (Mörder) **Iskence, Idam Katliam Mücedelemiz Durduramaz** (auch mit Folter, Hinrichtung und Massakern ist unser Kampf nicht aufzuhalten).

Nach weiträumigen Abriegelung des Gebiets um das Konsulat gelang es einem Sprengkommando der Hamburger Polizei den Pappkarton mit einem lauten Knall unschädlich zu machen.

Um unseren Abscheu über die Greueltaten der faschistischen Junta auszudrücken, die täglich das Blut des kurdischen und türkischen Volkes vergießt, haben wir literweise Blut und blutiges Fleisch vor die Tür des Konsulats gegossen.

Seit dem Militärputsch am 12.9.1980 sind von der Junta
180 Menschen durch Folterungen und ihre Folgen ermordet
16 Menschen hingerichtet
668 Menschen erschossen
170.000 Menschen verhaftet, womit sie in jedem Fall der grausamen Folter ausgesetzt sind.

Gegen mehr als 4.000 Menschen wird die Todesstrafe gefordert. Obwohl die politischen Massenprozesse ohnehin eine Farce auf einen juristischen Prozess darstellen und die Angeklagten ohne jedes Recht sind, ist die Junta jetzt dazu übergegangen (wie in Diyarbakir und Alemdag) die Revolutionäre im Gefängnis zu massakrieren. Aber auf die Dauer werden die Mörder den Widerstand des Volkes nicht unterdrücken können!

Wir unterstützen mit unserer Aktion den Hungerstreik von über 1000 politischen Gefangenen im Militärgefängnis Metris in Istanbul und den kollektiven Hungerstreik der seit dem 24.5.82 in über 25 Städten Europas gegen Folter und Massaker in der Türkei und Kurdistan durchgeführt wird.

der antifaschistische Kampf ist international!

Impressum

Herausgeber, Druck und Verlag: Hamburger Satz- und Verlags-Kooperative GmbH, Lindenallee 4, Postfach 7685, 2000 Hamburg 19; Telefon: Redaktion/Verlag 040/435320, Aboverwaltung 040/435346; V.i.S.d.P.: Heinrich Eckhoff, Verlagsanschrift; Abonnementspreis jährlich DM 60,–, halbjährlich DM 33,– (als Förderabo jährlich 100, halbjährlich DM 50,–); Bezahlung im Abruf, sonst PSchA Hamburg 27175-203 oder Dresdner Bank Hamburg, BLZ 200 800 00, Kt. 4 810 685 00
Einzelpreis DM 4,–; erscheint vierwöchentlich. Bei Nichterscheinen durch höhere Gewalt keine Entschädigung.
Auflage dieser Ausgabe: 6000
Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift so lange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Fortsetzung von Seite 1

Vernichtungskrieg gegen die Palästinenser



mour. Diese ,,Säuberung des Südlibanon von Terroristen'' bedeutet vor allem: Luft- und Artillerieangriffe gegen die Zivilbevölkerung. Mit unverminderter Heftigkeit setzte die israelische Luftwaffe auch ihre Angriffe gegen die südlichen ,,Vororte'' Beiruts fort, d.h. gegen die Flüchtlingslager sowie den von den Palästinensern kontrollierten Stadtteil Al-Fakhani.

In der Presse wird allgemein behauptet, die USA hätten auf die israelische Regierung Druck ausgeübt und sie dadurch zum Waffenstillstand veranlaßt. Den Rückzug der israelischen Truppen hatten die USA nicht verlangt und gegen eine entsprechende UNO-Resolution sogar ihr Veto eingelegt. Mit dieser Unterstützung durch die USA kann Israel völlig zufrieden sein, denn ein Waffenstillstand zu diesem Zeitpunkt entspricht ohnehin den außenpolitischen und militärischen Notwendigkeiten.

Israel konnte bei seiner Aggression davon ausgehen, daß die palästinensischen und fortschrittlichen libanesischen Kräfte und zugleich auch Syrien sehr isoliert dastehen würden.

Monate vorher schon hatte der israelische Kriegsminister Sharon immer wieder seine Vier-Punkte-Strategie deutlich gemacht; die die endgültige

wieder seine Vier-Punkte-Strategie deutlich gemacht; die die endgültige



– – – Demarkationslinie

Die südlichen Stadtteile Beiruts: Flüchtlingslager. Die im Ostteil der Stadt liegenden Lager wurden im libanesischen Bürgerkrieg ausgelöscht. Tal As-Satar wurde zum Symol des palästinensischen Widerstandes.

Annexion des Westjordanlandes und des Gaza-Streifens und die Errichtung einer faschistischen, den Zionisten ergebenen Zentralregierung im Libanon ermöglichen soll. Voraussetzung dafür seien:

1. Einführung einer begrenzten administrativen ,,Autonomie'' in den besetzten Gebieten.
2. Politische Vernichtung der Palästinenser im Süden des Libanon und im ganzen Land mit einem Schlag, der, wenn nötig, bis Beirut geführt werden müsse.
3. Schwächung der syrischen Armee, die im Libanon 30.000 Mann stationiert hat und des syrischen Regimes.
4. Schließlich Realisierung der ,,jordanischen Option'' unter Einschränkung der Macht König Husseins (nach ,,Le Monde Diplomatique'', Mai 1982).

Kein Überraschungsangriff also, sondern ein Vernichtungskrieg mit Wissen und stillschweigender Billigung des US-Imperialismus. Für einen Überraschungseffekt sorgte allenfalls der von Menachem Begin gewählte Zeitpunkt: Die Weltöffentlichkeit war zu diesem Zeitpunkt durch den Falkland-Konflikt abgelenkt. Betrachtet man unter diesen Gesichtspunkten den vorgeschobenen Anlaß der israelischen Invasion — das Attentat auf den israelischen Botschafter Schlomo Argov in London — so scheint es naheliegend, daß es vom israelischen Geheimdienst Mossad verübt worden ist. Offiziell wurde dieser Anschlag als Bruch des im Juli letzten Jahres geschlossenen Waffenstillstandsabkommens zwischen der PLO und Israel ausgelegt, das Israel (mit Rückendeckung der US-Administration) auf die ganze Welt bezieht. Die PLO stecke hinter dem Anschlag, wurde behauptet. Inzwischen soll es, laut bürgerlicher Presse, die ,,palästinensische Splittergruppe'' Abu Nidal gewesen sein, die seit dem Anschlag auf die Wiener Synagoge im Sommer letzten Jahres durchaus als Synonym für den israelischen Geheimdienst verwendet werden kann.

Israel weitete seine offiziell erklärten Kriegsziele schrittweise aus: Zuerst schien es nur einer jener begrenzten ,,Vergeltungsschläge'' zu sein, bei dem nach Nazi-Vorbild für einen toten Israeli 100 oder 200 Palästinenser sterben müssen. Etwas später erklärte Begin, man wolle eine 40 km breite ,,Sicherheitszone'' schaffen, um die zionistischen Wehrdörfer in Nordgaliläa vor palästinensischer Artillerie zu schützen.

Diese Erklärungen hatten lediglich den Zweck, die israelische Bevölkerung über das wahre Ausmaß der zionistischen Kriegsziele zu täuschen und innerhalb weniger Tage eine ausreichen-

schen Kriegsziele zu täuschen und innerhalb weniger Tage eine ausreichen-

de militärische Ausgangsposition zu schaffen.

Erst als die israelische Armee wenige Kilometer vor Beirut stand, wurde das wirkliche Ziel Israels bekanntgegeben: **Neuordnung des Libanon unter israelischer Kontrolle, politische Vernichtung der Palästinenser, Abzug der syrischen Truppen aus dem Libanon.**

Die ,,strategischen Verbündeten'' des palästinensischen Volkes und der PLO, die Sowjetunion und Syrien, wußten jedenfalls Bescheid, ebenso wie die arabischen Staaten. Syrien versuchte, sich so weit wie möglich aus dem Krieg herauszuhalten. In den ersten Tagen räumten syrische Truppen vor einer möglichen Konfrontation mit der israelischen Militärmaschinerie die Stellungen und überließen sie den Palästinensern zur Verteidigung — oder den Faschisten. Erst als (entgegen Begins verlogener Zusicherung, Israel werde die syrischen Truppen nicht angreifen!) ihre Raketenstellungen in der Bekaa-Ebene zu Lande und aus der Luft angegriffen wurden, kämpften die Syrer, um kurz darauf die Waffenstillstandsbedingungen Israels zu akzeptieren: Keine erneute Aufstellung von SAM 6 Batterien, völlige Passivität angesichts des israelischen Vernichtungskampfes gegen die Palästinenser.

Die Reaktion der Syrer zeigt einmal mehr, daß ihre Unterstützung für die Palästinenser in den letzten Jahren (seit dem Jerusalem-Besuch Sadats) rein taktischer Natur und der eigenen Machtpolitik untergeordnet war. Sie zeigt aber auch die objektive Schwäche des unterdrückerischen syrischen Regimes, das sich erheblicher Opposition von rechts (Muslimbrüder) und links gegenübersieht, in Machtkämpfen mit anderen arabischen Regimes gebunden ist (Irak und Jordanien) und das militärisch der israelischen Armee nicht gewachsen ist.

Nach Lage der Dinge muß man auch davon ausgehen, daß die Sowjetunion außer wortreichen Verurteilungen der israelischen Regierung und der USA sowie der Forderung nach Rückzug der israelischen Armee keinerlei Druck ausgeübt hat und auch keine wirksame Hilfe geleistet hat. Die Politik der Sowjetunion beschränkt sich auf die Betonung der Notwendigkeit einer internationalen Konferenz für die Ausarbeitung einer umfassenden friedlichen Lösung unter Berücksichtigung der legitimen Rechte der Palästinenser; daran will die Sowjetunion beteiligt werden. Also: Neuauflage der Genfer Konferenz. Bei dieser Verhandlungslösung bliebe selbstverständlich der zionistische Staat unangetastet; die Palästinenser erhielten bestenfalls einen Ministaat in den besetzten Gebieten. Selbst das wäre jedoch angesichts der

nistaat in den besetzten Gebieten. Selbst das wäre jedoch angesichts der

israelischen Haltung mehr als unwahrscheinlich. Bei solchen Vorstellungen von einer gerechten Lösung kann der Sowjetunion nur an einer verhandlungsbereiten, nicht zu radikalen und militärisch nicht zu starken PLO gelegen sein. Möglicherweise hat die PLO nach dem israelischen Überfall sogar eine sowjetische Abfuhr erhalten: Erst nachdem Arafat sich in einer Botschaft an Breschnew wandte, erhielt er ebenfalls eine Note, die allerdings nicht veröffentlicht wurde. Der ,,natürliche Verbündete'' Sowjetunion wurde bisher von den kämpfenden Palästinensern nicht erwähnt.

Die arabischen Staaten waren so wenig wortradikal wie nie. Erst nach Beschwerden der PLO und Bitten um Unterstützung wurde der zionistische Angriff verurteilt und ein neuer arabischer Gipfel anvisiert. Auch Ghaddafi blieb vergleichsweise still: Libyen bot Luftunterstützung an und setzte sich unter Umgehung Saudi-Arabiens (das der Kollaboration mit den USA und deshalb der Mitverantwortlichkeit für den zionistischen Angriff beschuldigt wurde) für eine arabische Gipfelkonferenz ein. Der jordanische Ministerpräsident erklärte, freiwillige Kämpfer könnten zur Unterstützung der Palästinenser in den Libanon gehen, die jordanischen Behörden schlossen aber gleichzeitig für Freiwillige die Grenzen.

Der Bonner PLO-Vertreter Abdallah Frangi beklagte die Zerrissenheit des arabischen Lagers, die das palästinensische Volk dem Massenmord preisgebe. Die barbarische Aktion der Zionisten im Libanon zeigt jedoch nur, was es heißt, wenn die US-Imperialisten 99% der Karten in Nahost in der Hand haben (wie es der Verräter Sadat ausdrückte, bevor er nach Jerusalem ging), und wie es manche verhandlungsbereite Palästinenser meinen, die in Verhandlungen mit den USA eine Lösung des Palästina-Konfliktes anstreben.

Gerade in den letzten Jahren ist es den USA gelungen, die ,,radikalen'' arabischen Staaten in die Defensive zu drängen und die proimperialistischen Staaten zu vollständigen Satelliten zu machen. Die Isolierung des libyschen Regimes und die völlige Einbindung Saudi-Arabiens in die US-imperialistische Militärstrategie im Nahen Osten sind dafür gute Beispiele. Hinzu kommt die aktive Beteiligung der USA (sowie anderer imperialistischer Staaten) am Schüren von inneren Unruhen und Putschen.

Eine kleine Pause auf dem Weg zur 'Endlösung'

Zur Stunde sieht es so aus, als hielte die israelische Armee nicht nur gegenüber den syrischen Truppen, sondern auch gegenüber den Palästinensern einen ,,Waffenstillstand'' ein. Dieser Waffenstillstand schließt aber mit Sicherheit den Fortgang der ,,Vernichtung der Terroristennester'' in der von Israel besetzten Zone des Libanon ein. Dort findet eine gnadenlose Menschenjagd auf die beim israelischen Vormarsch einfach überrollten Gruppen palästinensischer Kämpfer und Kader statt.

In der Praxis der israelischen Kriegführung stellt der augenblickliche Waffenstillstand also eine nutzbringende Atempause dar, um das Hinterland der Front vom Feind zu ,,säubern'' und um die militärische Infrastruktur in der besetzten Zone des Libanon zu konsolidieren.

Das Lügenspiel mit den israelischen Kriegszielen ebenso wie die betrügerischen Zusicherungen an Syrien zeigen schon, daß der momentane Waffenstillstand kaum von langer Dauer sein wird und von Israel jederzeit wieder gebrochen werden kann — sobald den Zionisten die Bedingungen für einen weiteren Vormarsch ausreichend erscheinen. Das Ziel Israels ist nichts Geringeres als die vollständige politische Vernichtung der palästinensischen Nation: Durch die physische Ausrottung ihrer Kämpfer und Kader und durch die Vernichtung des politischen Spielraums und des nationalen Zusammenhalts, den die Palästinenser bisher noch

die Vernichtung des politischen Spielraums und des nationalen Zusammenhalts, den die Palästinenser bisher noch

im Libanon hatten. Das traditionelle zionistische Motto ,,Es gibt kein palästinensisches Volk'' soll gewaltsam verwirklicht werden. Israels Militärs träumen von dem Tag, an dem sie der Welt verkünden können: ,,Beirut ist palästinenserfrei!''.

Für dieses Kriegsziel ist die momentane Konstellation in der arabischen Welt extrem günstig, denn die Ohnmacht und Fäulnis des arabischen Nationalismus hat einen Tiefpunkt erreicht. Diese Konstellation macht es höchst unwahrscheinlich, daß Israel den momentanen Waffenstillstand an der Front mitten im Libanon länger als militärisch und außenpolitisch unbedingt nötig einhalten wird. Vorwände zu einem jederzeitigen Bruch des Waffenstillstands sind billig zu haben — bei einer völlig unüberschaubaren Situation der Front und bei fortdauernden ,,Säuberungsaktionen'' der israelischen Besatzungstruppen gegen die Palästinenser im Südlibanon.

Probleme mit den imperialistischen Großmächten wird Israel dabei voraussichtlich kaum haben. Die USA sind ohnehin ein absolut sicherer Verbündeter Israels, die zwar zu den Taten ihres Schützlings manchmal eine kritische Miene aufsetzen, aber deshalb doch kein Prozentteil weniger an Waffen und Dollars zur Verfügung stellen würden. Was die imperialistischen Großmächte Europas angeht, so werden ihr Interesse an entspannten Beziehungen zu den arabischen Regimes und ihre daraus resultierenden (für Israel manchmal irritierenden) Bekenntnisse zum Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser wohl doch sehr überschätzt: Gerade eben wird am Malvinen-Krieg vorgeführt, daß mit den ,,guten Beziehungen'' zu Staaten der Dritten Welt nötigenfalls sehr grob umgesprungen wird, wenn die imperialistische ,,Solidarität'' auf dem Spiel steht. Der Loyalität der meisten Staaten der Dritten Welt, bzw. ihrer Abhängigkeit vom Imperialismus, ist man sich ohnehin ziemlich sicher.

Die Aufrechterhaltung eines Besatzungsregimes in großen Teilen des Libanon wird für Israel sicher keine leichte militärische und politische Aufgabe werden — zumal die Zionisten schon in den ‚alten' besetzten Gebieten (Westjordan-Land) große Probleme mit der Bevölkerung haben. Genau dieser Gesichtspunkt spricht aber für eine rasche Weiterführung des Krieges bis zur weitgehenden Vernichtung der Kampfkraft der Palästinenser im Libanon, um dann die Herrschaft in Beirut und im ganzen Land an ein loyales Regime zu übergeben, das sich in erster Linie auf die libanesischen Faschisten (,,Christen'') stützen wird.

Ohne die Kampfkraft und den bewundernswerten Widerstandswillen der Palästinenser unterschätzen zu wollen, muß wohl doch festgestellt werden, daß die Verhinderung der eingeleiteten zionistischen ,,Endlösung'' wesentlich davon abhängt, in einem Teil der arabischen Welt wieder eine nationalrevolutionäre Massenmobilisierung und entscheidende politische Veränderungen im Verhältnis zum Imperialismus und zu Israel zu bewirken. Nie zuvor galt in dieser Schärfe, daß die palästinensische Revolution und Befreiung nur als Teil einer gesamtarabischen Revolution und Befreiung überleben und siegen kann.

Nahost-Kommission und AK-Redaktion, 13.6.82

BILD-Kommentar

Israels Gründe

Nacht für Nacht, Tag für Tag krachten Geschosse in israelische Häuser und Gärten im Grenzgebiet zum Libanon. Gefeuert hatten immer Palästinenser auf libanesischem Gebiet.

immer Palästinenser auf libanesischem Gebiet.

Nun macht Israel dem Treiben ein Ende. Es beseitigt an seiner Nordgrenze ein Stück Lebensgefahr. Das Unternehmen gleicht einer Notoperation. **Denn seit dem „Waffenstillstand" im vergangenen Jahr hat die PLO mit Moskaus Waffen im Südlibanon gewaltig aufgerüstet:** 90 Panzer, 100 Geschütze, 80 Mehrfach-Raketenwerfer, 150 Luftabwehr- und Panzerabwehrwaffen.

Die Israelis wollen kein fremdes Land besetzen. Sie wollen nur das eigene schützen.

aus „Bild", 10.6.82



Gefangene Palästinenser im besetzten Südlibanon.

Schluß mit der Polizeimentalität im Friedensbündnis

Daß die „UZ" aktiv für „Recht und Ordnung" eintritt und dabei auch vorm Kriegsrecht in Polen nicht halt macht, ist bekannt.

Daß sich diese Kräfte hier gern als Ordnungshüter der „Einheit" gegenüber linken Kräften aufspielen, ist ebenfalls jahrelange Tradition. Auch die Bonner Demo blieb von solchen Ordnungsvorstellungen nicht verschont, allerdings blieben handfeste Auseinandersetzungen – dank linker Besonnenheit – erfreulicherweise aus.

Im Bündnis war festgelegt, daß es namens des gemeinsamen Bündnisses k e i n e Distanzierungen geben werde, da darüber keinesfalls ein gemeinsamer Konsens herzustellen wäre. Nachdem der Antrag aus Hamburg abgelehnt worden war, eine Demonstration um die Bannmeile herum anzumelden, wie es anfangs noch der Plan des gesamten Bündnisses gewesen war, konnte immerhin (wenn auch nur mit etwas Nachhilfe) durchgesetzt werden, daß man diejenigen, die trotzdem in Bonn Richtung Bannmeile ziehen würden, auf keinen Fall mit Ordnungskräften daran hindern wolle. Vorsichtshalber hatte die ESG es übernommen, an den entsprechenden Stellen die Ordnungskräfte zu stellen. Tatsächlich hatten sich an der entsprechenden Stelle dann ein Kordon von SDAJ-Ordnern aufgebaut (für Nichtkenner der Szene eigens mit SDAJ-Buttons ausgerüstet), die versuchten, Abbiegende durch eine SDAJ-Buttons ausgerüstet), die versuchten, Abbiegende durch eine Kette daran zu hindern und entsprechende Durchsagen per Megaphon machten (s. Bericht in diesem AK). Der Rundfunkbericht konnte dann auch vermelden, daß das Bündnis erklärt habe, man habe versucht, den Zug in Richtung Bannmeile zu verhindern.

Daß es sich dabei um keinen „Ausrutscher", sondern um eine zentrale SDAJ-Anweisung handelte, läßt sich leicht belegen und war auch vorher dem Koordinationsausschuß bekannt gemacht worden:

Der SDAJ-Vertreter im Bündnis schrieb dazu an die Hamburger DFG/VK: „Wir würden uns freuen, wenn Ihr, entsprechend Euren Mitteln, in Hamburg darauf Einfluß nehmen könnt, daß dieser Demonstrationsweg (gemeint war der Weg vom Hauptbahnhof auf die andere Rheinseite – Anm. AK) auch von solchen Kräften eingehalten wird, die nach eigenen Angaben sich aus der großen, gemeinsamen solidarischen und friedlichen Demonstration abtrennen wollen, um einen anderen Weg zu gehen".

Wenn man jemand abhalten will, der ausdrücklich einen anderen Weg gehen will, dann kann das ja nur auf eine Kraftprobe (mit Fäusten) hinauslaufen. Ein entsprechender Protest aus Hamburg wurde im Bündnis nicht ernst genommen.

Ganz dreist wurde von den DKP'lern in Bochum namens des dortigen „Friedensplenums" gelogen. Man wußte, daß die Bochumer Aktion gegen Krieg über die Rheinbrücke mit zum Hauptbahnhof gehen wollte. Deshalb erklärte die DKP als „Friedensplenum" auf dem an alle Mitfahrer verteilten Text: „Linksrheinisch besteht ein Demonstrationsverbot!" ... (Alle würden rechtsrheinisch zum Abschlußkundgebungsplatz ziehen – Anm. AK.) ... „Es liegt im durchsichtigen Interesse der Gegner konsequenter Abrüstung, die Friedensbewegung zu kriminalisieren".

Ähnliche Verbotsgerüchte wurden auch an anderen Orten verstreut (z.B. Hannover). Man darf gespannt sein, ob sich der Koordinationsausschuß in seiner Nachbereitungssitzung von solchen Methoden distanziert. Man darf ebenfalls gespannt sein, ob er dann sich ausdrücklich gegen das in Westberlin verhängte Demonstrationsverbot während des Reagan-Besuchs ausspricht, nachdem dies auf der Bonner Demo „vergessen" worden war, oder ob sich hier auch die DKP-Linie durchsetzt, die jede linke militante Aktion, die gegen solche staatlichen Verbote angeht, zu einer „Provokation" erklären möchte.

400.000 IN BONN



Foto: argus

400.000 Demonstranten und Demonstrantinnen am 10 Juni in Bonn und noch einmal fast 100.000 in Westberlin – das sprengte alle vorherigen Erwartungen. Anfangs hatten die Organisatoren dieser Demonstration 100.000 erwartet, und noch am Vorabend war nur mit 200.000 Teilnehmer/inn/en gerechnet worden. Bis nach Köln hatten sich die abfahrenden Fahrzeuge auf den Autobahnen gestaut. In vier Zügen gingen die Demonstrant/inn/en zum Kundgebungsgelände auf den Rheinauen. Gegenüber, auf der anderen Seite des Rheins tagte in den Regierungsgebäuden der NATO-Gipfel. Ein kleiner Teil von 4000 Demonstrant/inn/en hatte sich zum Regierungsgelände durchgeschlagen, obwohl dort in allen Straßen Mannschaftswagen der Polizei stationiert waren. Ein Heer von 17.000 Sicherheitsbeamten von BGS und Polizei war in Bonn zusammengezogen worden. Einige US-Fahnen gingen in der Nähe des Regierungssitzes in Flammen auf (siehe Bericht).

Kein Wunder, daß bei diesem gigantischen Zusammentreffen die Organisation in vieler Hinsicht nicht ausreichte. Ein großer Teil der Anwesenden bekam von den vier Foren, die ab 14 Uhr begannen (Themen: Internationale Friedensbewegung; Frieden und Selbstbestimmung in der 3.Welt; Rüstung, Umweltzerstörung und Sozialabbau; NATO-Politik), gar nichts mehr mit. Noch während der Hauptkundgebung zogen immer mehr Menschen auf den Platz, während die ersten schon bald wieder gehen mußten, um rechtzeitig zu ihren Abfahrtspunkten zu gelangen. Die Friedensbewegung hat eine derartige Breite erreicht, daß überlegt werden muß, ob zentrale Manifestationen zukünftig besser in anderer Form durchgeführt werden.

Aufgrund dieser Entwicklung haben sich schließlich auch alle sozialdemokratischen Kräfte anschließen müssen, die sich anfangs gegen eine Demonstration in Bonn – am Ort des Geschehens – ausgesprochen hatten. Zum ersten Mal hatte der DGB einen Beschluß gefaßt, in dem er sein Verständnis und die Berechtigung dieser Demonstration hervorhob. Dennoch sprach Ernst Urban, stellvertretender HBV-Vorsitzender in vertretender HBV-Vorsitzender in NRW, auf der Abschlußkundgebung nicht im Auftrag d e s DGB oder der HBV. Er wies darauf hin, daß es auch innerhalb der Gewerkschaften klare Beschlüsse gegen die Aufrüstung gebe. Er spreche hier, um einen "Beitrag dazu zu leisten, daß diese Beschlüsse möglichst schnell Gemeingut werden". Er forderte alle Gewerkschafter auf, sich hierfür einzusetzen.

Auch Erhard Eppler, der sich in der Gustav-Heinemann-Initiative noch für eine Ablehnung der Bonner Demonstration stark gemacht hatte – glücklicherweise ohne Erfolg – fand sich dann am 10.Juni an der Rednertribüne ein und hätte gerne noch das Wort ergriffen. Selbst sozialdemokratische Untergliederungen wie die SPD Schleswig-Holsteins hatten nach Bonn aufgerufen, obwohl im Februar noch die Drohung Schmidts, man werde solche SPD-Mitglieder aus der Partei ausschliessen, die Runde machte.

Der saarländische SPD-Vorsitzende und Mitglied des Bundesvorstandes Lafontaine jedoch lehnte ein kurzfristiges Redeangebot des Bonner Koordinierungsausschusses konsequent ab (oh wie schade...).

Zu einer eigenen Demonstration im Norden Bonns rief die Marxistische Gruppe gemeinsam mit dem BWK auf. Sie kritisierte das Bonner Bündnis "per Volksfest die eigene Harmlosigkeit zur Schau" stellen zu wollen. "Nein, eine Protestveranstaltung gegen Reagan ist das heute nicht", heißt es in ihrem Begrüßungsflugblatt für Bonner Demonstranten. Immerhin waren weit über 10.000 Menschen zu diesem ideologisch garantiert lupenreinen Aufmarsch gekommen.

Tatsächlich ist Kritik am Bonner Bündnis angebracht. Immer wieder versuchten Teile dieses Zusammenschlusses, der Demonstration eine klare Stoßrichtung gegen die NATO und den US-Präsidenten zu nehmen. So hatten General Bastian und Petra Kelly in einem "Offenen Brief", für den die Grünen Unterschriften sammelten, ausdrücklich gefordert, dies solle keine Demonstration gegen Reagan und die NATO sein, sondern eine für Abrüstung und Frieden. Am 8.Juni veröffentlichte die Geschäftsführung für die Demo eine Presseerklärung: *"Wir veranstalten kein Anti-Reagan-Festival."* Man sei nicht auf die Gegner der Friedensbewegung hereingefallen, die versuchten, die Demo auf eine emotionale Gegnerschaft gegen Reagan festzulegen.

Nicht nur während der Vorbereitungen, auch auf der Anschlußkundgebung fand eine bestimmte Tendenz innerhalb der Friedensbewegung starken Eingang: die Orientierung auf die Verhandlungsebene, das Vertrauen,

Bundeskongress Autonomer Friedensinitiativen BAF

1.Wir begrüßen das Zustandekommen eines breiten Bündnisses für eine Demonstration am 10.6. in Bonn anläßlich des NATO-Gipfels und des Reagan-Besuches in der Bundesrepublik. Wir werden diese Demonstration voll unterstützen und uns an der zentralen Vorbereitung weiter beteiligen.

Im gemeinsamen Aufurf der Friedensinitiativen zu dieser Demonstration kommt zum Ausdruck, wogegen sich die Demonstration richtet:

- gegen den Nato-Gipfel, weil auf ihm die Nato auf die von der Reagan-Administration angestrebte weltweite Vormachtstellung festgelegt werden soll
- gegen die Gefahren der weltweiten Aufrüstung
- gegen den Nato-„Nach"rüstungsbeschluß
- gegen die menschenverachtende Interventionspolitik der USA in Mittelamerika
- gegen eine Unterstützung der Militärregierung in der Türkei durch die Nato
- gegen jegliche Einmischung in Polen und Afghanistan.

Wir unterstützen diese Ausrichtung der Demonstration. Gleichzeitig wenden wir uns gegen alle Versuche verschiedener politischer Kräfte, die Zielrichtung der Demonstration zu verwässern.

Durch öffentliche politische Erklärungen (z.B. die von P.Kelly und G.Bastian) und durch eine einseitige Orientierung der Hauptkundgebungsreden auf allgemeine Rüstungsfragen sehen wir die Gefahr, daß der ursprüngliche Anlaß, nämlich das Nato-Gipfel-Treffen in Bonn, in seiner zentralen Bedeutung stark abgeschwächt wird und der Charakter der Demonstration in eine allgemeine Abrüstungsdemonstration umgemünzt wird. Auch wir sind selbstverständlich für Abrüstung, aber eine Demonstration gegen den krieg muß auch die Verantwortlichen nennen. Deshalb treten wir allen Versuchen entgegen, die Demonstration so darzustellen, als richte sie sich gar nicht gegen Reagan und den Nato-Gipfel.

Für uns ist eine Ablehnung der Kriegspolitik von Reagan und der Nato insgesamt von zentraler Bedeutung. Eine scharfe und konkrete Kritik an der Nato-Politik zu diesem Anlaß erfolgt auf dem Hintergrund unseres Verständnisses als unabhängige Friedensbewegung, sich weder für die Interessen der einen, noch der anderen Großmacht funtkionalisieren zu lassen. Illoyalität gegenüber den beiden Machtblöcken heißt für uns Kampf für die Loyalität aller Kriegsgegner und Friedensfreunde untereinander.

2. Der gemeinsame Aufruf beinhaltet zwei Forderungen, die auf die Genfer Verhandlungen und auf eine „Fortsetzung der Entspannungspolitik" durch die Bundesregierung orientieren. Für uns als autonome Friedensbewegung sind diese Forderungen grundfalsch. Wir wissen, daß Reagan überhaupt keine „ernsthaften" Verhandlungen führen will. Wir können uns nicht auf die „ernsthafte" Verhandlungsbereitschaft von Politikern verlassen, die das Geschäft des Krieges betreiben. An diese Ernsthaftigkeit wird aber in den Forderungen appelliert. Grundprinzip einer autonomen Friedensbewegung ist es, nicht auf die Verhandlungsbereitschaft oder den guten Willen von Regierungen zu vertrauen oder an sie zu appellieren, sondern auf die Entfaltung der eigenen Kräfte im praktischen Wderstand und eine massenhafte Basisbewegung - gemeinsam mit den Befreiungsbewegungen der 3.Welt zu orientieren.

Daraus folgt für uns:

- Wir unterstützen den Aufruf zur Demonstration am 10.6.
- gleichzeitig erklären wir, daß wir die Orientierung auf die Genfer Verhandlungen und den Appell an die Bundesregierung zur Fortsetzung ihrer Entspannungspolitik ablehnen.
- wir treten dafür ein, daß auf der Hauptkundgebung unbedingt ein Vertreter der befreiungsbewegung in El Salvador spricht, wie dies auch dem Aufruf entspäche.
- wir treten dafür ein, daß sich auf der Hauptkundgebung ein Sprecher gegen den Nato-Gipfel und die Nato-Politik insgesamt wendet.
- wir treten dafür ein, daß die Demonstration auf beiden Rhein-Seiten stattfinden kann.
- wir fordern die Geschäftsführung auf, sich in den Verhandlungen mit der Polizei auf keine regelungen einzulassen, die den Anmarsch und die Demonstration selbst durch schikanöse Auflagen behindern.

Vom 1.6.-10.6. wird eine Anti-Nato-Woche stattfinden. In dieser Woche ist Gelegenheit, in der international gespannten Aufmerksamkeit vor dem Nato-Gipfel von uns aus klarzumachen, in welchem Umfang und mit welcher Konsequenz der Kriegskurs der Nato von uns abgelehnt wird. Sie gibt den Rahmen und Zeit für sehr viele Aktionen gegen Einrichtungen der Nato und der USA, Zeit für viele Diskussions-und Informationsveranstaltungen, mit anderen Worten:

Die Durchführung der Anti-Nato-Woche ist für uns die politische Basis unserer Mobilisierung nach Bonn.

Presseerklärung der BAF vom 25.4.82

Diese Presseerklärung wurde auf dem BAF-Treffen am 25.4. in Göttingen ohne Gegenstimmen angenommen!

Kontaktadressen der BAF für die Demonstration am 10.6.:

Herbert Meyer
Dorstener Str.115
463 BOCHUM (Tel.0234/513382)

Bernd Weidmann
Hermann-Föge Weg 14a
34 GÖTTINGEN

An dem Treffen nahmen teil:
Anti-Kriegsgruppe Göttinger AK, Krieg dem Krieg Bremen, BIU II Bremen, AGIL Göttingen, Frauen gegen Krieg, BWK/Südost Nds., Frieden durch Neutralität, Frauen gegen Krieg und Militarismus Hamburg, Bande autonome Frauen Hanover, BI Oststadt/-List Hannover, Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie, ESG, BIU Oldenburg, AL Bremerhaven, Diepholzer FI, Friedenskomitee Recklinghausen, Kreis für dt.-dt.Treffen Bochum, Osnabrücker Friedensin. OFRI, Anti-Nato-Gruppe HH, AK gegen Atomanlagen Emden, Lister Friedensin., Kom. Jugend Deutschlands, KPD, Volksfront, Aachener Friedensinitiative AFI, Bochumer Aktion gegen Krieg/Büro f. Atomenergieprobleme, Franfurter BI gegen Flughafenerweiterung (Fried. AG), Friedensin. Idstein, Aktionsgemeinschaft Braunschweiger Friedenstage AGBF und Gewaltfreie Aktion Göttingen, Hamburger Friedenskoordination FRIEKO).

die bürgerlichen Politiker würden doch noch "vernünftig" werden und endlich abrüsten. Schlimmsten Ausdruck fand diese Position wohl auf der Kundgebung in dem Dank Bastians an den Bundeskanzler, der die Demonstration *"vor Verdächtigungen in Schutz genommen hat. Wir sehen darin ein begrüßenswertes Anzeichen für seine wachsende Bereitschaft, den innenpolitischen Verhältnissen in höherem Maße Rechnung zu tragen, als das bisher leider der Fall gewesen ist"*, meinte Bastian.

Doch insbesondere die Tatsache, daß auf dieser Demonstration die Konflikte in der 3.Welt nicht ausgespart wurden, sorgte dafür, daß auch klarere Worte gesprochen wurden. Wohl am deutlichsten wurde Julia Esquivel aus Guatemala: Reagan wolle *"sein Land in den großen Cowboy des Westen verwandeln, das durch Terror und Krieg herrscht, das reich wird durch Herrschaft, die in der Welt befiehlt und die Richtung angibt und das in seinen imperialistischen Träumereien Europa für seinen Vorhof und dessen Einwohner als Kanonenfutter bei einem möglichen und hypothetischen Zusammenstoß mit dem Feind im Osten ansieht"*.

Sowohl Bastian als auch Sölle verglichen in ihren Beiträgen die heutige Situation mit der vor dem ersten und zweiten Weltkrieg. So erklärte Dorothee Sölle: *"Als Josef Goebbels im Berliner Sportpalast fragte: 'Wollt ihr den totalen Krieg?', schrie das dort versammelte Volk 'Ja'. Heute stellt sich die Frage: Wollt ihr die totale Aufrüstung? Müssen wir unter der Gewaltherrschaft des Pentagon leben oder gibt es tatsächlich eine neue Definition von Freiheit für uns?"* Und General Bastian betonte, wir wüßten doch nur zu gut, daß *"sich überwältigende Mehrheiten im Deutschland dieses Jahrhunderts meist auf dem Weg in den Abgrund zusammengefunden haben"*. Die Friedensbewegung heute sei eine Minderheit, aber gerade bei den wachsamen, kritischen Minderheiten seien Vernunft und Menschlichkeit besser aufgehoben.

BBU-Sprecher Jo Leinen bezeichnete die Demonstration als "Warnung" an die Parteien. Wenn es nicht zu deutlichen Abrüstungsschritten komme, werde die Bundesrepublik "unregierbar" werden.

"Wir rufen zum Widerstand ... Verweigern wir uns dem System der NATO", hieß es eigentlich in der Abschlußerklärung des Bündnisses. Typisch und bezeichnend für das Bündnis, daß der Sprecher dieser Erklärung, Klaus Mannhard von der DFG-VK, dies im Alleingang abschwächte und daraus machte: "Verweigern wir uns dem Rüstungswahnsinn der NATO".

Wie aus dieser kurzen Zusammenstellung zu ersehen ist, spiegelten sich die politischen Widersprüche innerhalb der Friedensbewegung auf der Kundgebung am 10.Juni wider. Wenngleich der radikal-oppositionelle Teil der Friedensbewegung hier noch immer unterrepräsentiert war, muß es doch als Fortschritt gegenüber der Demonstration am 10.Oktober gesehen werden, daß es gelungen ist, die Anti-NATO-Stoßrichtung dieses Mal an vielen Stellen deutlich zu machen. Daß es so viele waren, die anläßlich des NATO-Gipfels nach Bonn kamen, gibt Anlaß zu Mut und Hoffnung. Doch heute ist es sicherlich nur eine Minderheit der 400.000, die sich tatsächlich radikal und grundsätzlich gegen das System der NATO wendet. Und da gibt gerade ein Blick auf die britische Friedensbewegung, die bis heute keine eindeutige Stellungnahme gegen die Kriegspolitik ihrer Regierung zustandegebracht hat, auch Anlaß zu Zweifeln und Befüchtungen: wie würden sich die 400.000 verhalten, befände sich die BRD in einer ähnlichen Situation wie das britische Empire ...? Diejenigen Kräfte, die sich von vornherein für eine deutliche Stoßrichtung der Demo gegen die NATO ausgesprochen haben, werden sich künftig stärker zusammenraufen müssen, um in der Friedensbewegung zu einer klaren Orien-tierung beitragen zu können.



Foto: argus

Jürgen Fuchs: Rede zur Demonstration am 10. Juni in Bonn

Liebe Freunde, gestattet mir eine kurze Vorbemerkung: Es gab Diskussionen, wer heute hier sprechen soll. Pfarrer Eppelmann aus Ostberlin wurde eingeladen. Das Schreiben hat ihn sehr spät erreicht. Er macht sich auch Sorgen um seine Rückreise, wollte nicht vor verschlossener Grenze stehen nach einem offenen Wort zu Militarisierung und Frieden ohne Waffen. Ich weiß nicht, ob seine Bedenken berechtigt waren. Er hätte auf jeden Fall gern hier gesprochen. Ganz ohne Zweifel wären auch viele DDR-Bürger nach Bonn gekommen, um gemeinsam mit Euch für ein atomwaffenfreies Europa und eine Welt ohne nukleare Zerstörungsdrohung zu demonstrieren. Aber ihr kennt ja die real existierenden Verhältnisse und die Beschaffenheit des militärischen Sperrgebietes, das sich „Staatsgrenze" nennt. Vielleicht finden bald von unten organisierte Friedensdemonstrationen, wie diese, in Leipzig und Dresden statt. Dann beantragt rechtzeitig die Einreise und seid dabei. Ich bedaure auch, daß Persönlichkeiten wie Christa Wolf, Stefan Heym und Stefan Hermlin hier nicht ebenfalls sprechen. Ich habe diese Einladung angenommen, weil ich mich als sozialkritischer Schriftsteller, der wegen „pazifistischer Texte" im Gefängnis saß und eine Staatsbürgerschaft verlor, zugehörig fühle zur internationalen Friedensbewegung.

Mit 18 Jahren wurde ich eingezogen zur Armee. Der Einberufungsbefehl kam per Einschreiben ins Haus. Der Gedanke an eine Verweigerung war da, ich hatte Borchert und Böll gelesen, kannte die Lieder von Brecht und Wolf Biermann. Aber es reichte nicht zu einem klaren Nein. Zu viele Rücksichten, zu viele Ängste. Man wollte studieren und nicht als „Staatsfeind" gelten, der etwas gegen den „Ehrendienst für Frieden und Sozialismus bei der Nationalen Volksarmee" hat. Das sind alles gute Worte, nicht wahr? Freiheit kommt bei Euch hinzu, Demokratie. Diese großen Worte. Die eineinhalb Jahre als Soldat in einem stehenden Heer, auf der untersten Stufe der Hierarchie, im Schlamm, auf Schießständen und Kasernenhöfen, haben mir die Augen geöffnet. Das Geschrei der Unteroffiziere, all das Jawoll und Zu-Befehl, gellt mir jetzt noch in den Ohren. Ich halte das für eine große Gefahr: Jahr für Jahr kommen Hunderttausende in diese Mühle. Aus jungen Leuten werden Untertanen gemacht, die parieren. Auch die Atomwaffen, gegen die wir hier demonstrieren, sind Menschenwerk. Zur Herstellung und Anwendung ist Personal erforderlich, das funktioniert.

Liebe Freunde, wir sind uns einig in der Forderung: Keine weiteren Atomraketen sollen stationiert werden in diesem Land. Es ist genug, wir haben dieses lebensfeindliche Überlegeneheitsstreben satt. Ich weiß, daß auf der anderen Seite Ähnliches gefordert wird. Nicht ganz so öffentlich, einige Risiken kommen hinzu, aber diese Stimmen sind unüberhörbar. Und sie meinen die eigenen Waffenwälder. In diesem Zusammenhang fällt mir das Wort „Großmacht" ein. Ein trauriges Wort. Es klingt nach Aufspielen, nach Gangstermoral. Schwächere werden da nicht viel zu lachen haben. Entweder sie machen, was der Boß sagt, oder sie werden fertiggemacht.

Nun ist in diesen Tagen ein Boß zu Besuch, Gäste soll man schonen, aber ich kann es nicht ändern: Ich habe kein Vertrauen zu Menschen wie Ronald Reagan. Ich möchte ihn nicht verhöhnen und zum wiederholten Male von seiner Schauspielerkarriere anfangen. Ich will diesen negativen Personenkult

Reagan. Ich möchte ihn nicht verhöhnen und zum wiederholten Male von seiner Schauspielerkarriere anfangen. Ich will diesen negativen Personenkult

nicht mitmachen. Das ist ein eitler, äußerlicher Mensch, der sich an Kameras orientiert und immerzu Rollen spielt, das stimmt schon. Aber die anderen sind nicht anders. Viel wichtiger, viel beweiskräftiger ist das, was eine Gruppe von Leuten, die ihn als Sprecher und Figur benutzt, im eigenen Land mit den Armen und Schwachen macht. Wie da materielle Lebensgrundlagen und minimale soziale Sicherheiten demontiert werden. Wenn ich das sehe, weiß ich, was uns blüht, auch „global-strategisch". Ich erlebe im Westberliner Arbeiterviertel Moabit, wie sich steigende Mietpreise und Arbeitslosigkeit auswirken. Ängste, Aggressionen und Verzweiflungstaten nehmen zu, besonders unter Kindern, Jugendlichen und alten Menschen. Ich spreche auch in meiner Verantwortung als Sozialpsychologe. Die Herrschenden sind offenbar überfordert, die uns bedrängenden Probleme zu lösen. Sie leben in privilegierten Gruppen, sind viel beschäftigt mit dem Erhalt ihrer Macht. Sie müssen Rivalen abwehren und auf ihren Gesundheitszustand achten. Sie müssen täglich eine selbstsichere Pose produzieren und so tun, als hätten sie alles „im Griff". Ein entfremdeter Job, der in keinem Verhältnis steht zur Verantwortung, die auf ihnen liegt. Wir dürfen nicht viel von ihnen erwarten, wir müssen selber handeln. Der einzige Ausweg, Kriege, Katastrophen und Unrecht abzuwehren, besteht darin, solidarische Gemeinschaften, gleichberechtigtes Miteinander zustande zu bringen, Bürgerinitiativen. Die Oberen in Ost und West sind offenbar unfähig, Schritte in diese Richtung zu wagen. Sie „starten durch" und verordnen Gewaltkuren. Sie gehen von sich aus und sorgen sich nicht allzu sehr um andere. Wer so handelt, plant Opfer und „Verluste an Menschen und Material" ein, wie es dann zynisch heißt. Dieser Weg führt ins Verderben. Vom Hunger, vom Sterben in anderen Ländern und von der Bereitschaft, das hinzunehmen, kann ich jetzt nicht sprechen, auch wenn es zu den alarmierendsten und widerwärtigsten Realitäten unserer Zeit gehört. Ich kann dies alles nicht trennen vom Nein zur atomaren Aufrüstung, vom Kampf gegen Krieg und Gewalt. Und man muß es sich vorstellen: Neue Raketen sollen aufgestellt werden zur abermaligen Vernichtung der Völker. Miliarden werden ausgegeben. Das ist notwendig, verkünden Politiker mit ernsten Gesichtern. Und die Nachrichtensprecher geben kurz vor der Wetterkarte die „Kürzung von Sozialausgaben" bekannt. Was das aber bedeutet, wird nicht in der „Tagesschau" gezeigt. Das erleben wir vor Ort, wenn Menschen verzweifeln, wenn sie nicht mehr ein noch aus wissen und zur Flasche oder zur Spritze greifen. Ich weiß wovon ich spreche, ich kann Namen nennen.

Am Tag der Alliierten Parade in Westberlin, Mitte Mai, kam unsere Tochter Lili, sie ist in der 1. Klasse, weinend aus der Schule gerannt. Sie

Am Tag der Alliierten Parade in Westberlin, Mitte Mai, kam unsere Tochter Lili, sie ist in der 1. Klasse, weinend aus der Schule gerannt. Sie

fürchtete sich vor „bösen Demonstranten und Steinewerfern". Der Direktor hatte aus „Sicherheitsgründen" alle Klassen nach Hause geschickt und ein paar Worte verloren über „nichtangemeldete Demonstrationen". Und einer stand vorn an der Kreuzung, ein ganz junger mit flattrigen Hosen und dünnem Hemd, hielt ein Plakat hoch: „Schwerter zu Pflugscharen". Die Panzer rollten vorbei Richtung Parade,

Forts. nächste Seite

Eine heftige Kontroverse hatte es im Bündnis um die Frage eines Redners aus der DDR-Friedensbewegung auf der Bonner Demonstration gegeben: Während die Alternative Liste und die Grünen es zur Bedingung ihrer Unterstützung machen wollten, daß die Solidarität mit der DDR-Friedensbewegung z e n t r a l e r Bestandteil der Kundgebung sein müßte, paßte dies der DKP und ihren Bündniskräften überhaupt nicht. Eine Mehrheit im Koordinationsausschuß für die Vorbereitung hatte durchgesetzt, daß ein Redner aus der DDR, u.a. von der staatlich unabhängigen Bewegung, eingeladen wird.

Pfarrer Eppelmann und Stefan Heym erhielten eine Einladung. Stefan Heym, der ein ständiges Visum für den Aufenthalt in Westeuropa hat, lehnte ab, Pfarrer Eppelmann, der gerne in Bonn gesprochen hätte, lehnte schließlich ab, weil ihm das Risiko, nicht wieder in die DDR zurückkehren zu können, zu groß war. Aus dem gleichen Grunde lehnte das Seminar in Luckenwalde von Kriegsdienstverweigerern in der DDR ab, einen Sprecher zu entsenden. Tatsächlich wurde Peter Schneider, der auf der Demo in Westberlin sprechen wollte, an der Grenze nach Westberlin von DDR-Behörden ohne Begründung festgehalten. Es sprach dann der Schriftsteller Jürgen Fuchs, der heute in Westberlin lebt, nachdem er wegen, pazifistischer Texte" im Gefängnis der DDR gesessen hatte und schließlich ausgewiesen worden war. Der SDAJ-Vertreter im Bündnis entblödete sich nicht, Fuchs deshalb abzulehnen, weil er ja inzwischen den Weg gewählt habe, nicht in der DDR zu arbeiten und er somit nicht für die Friedensbewegung sprechen könne. Zudem warf er ihm allen Ernstes vor, in ein Land des Westens gegangen zu sein. Andere Gruppen, die durch DKPler vertreten waren, enthielten sich der Stimme, der Vertreter der demokratischen Sozialisten stimmte gegen Jürgen Fuchs, entschuldigte sich später offiziell dafür, war aber nicht bereit, dies in eine eindeutige Für-Stimme umzuwandeln.

Wir drucken hier die Rede von Jürgen Fuchs ab und verstehen dies auch als einen eindeutigen Solidaritätsbeitrag.

An der Bannmeile am 10.6. — — Ein Erlebnisbericht —

Wir waren mit ca. 15 Leuten um 11.30 Uhr am Hauptbahnhof in Bonn. Einige Leute, die schon früher mit dem Auto angereist waren und in der Thomas-Mann-Straße (am Aufmarschplatz auf der linken Rheinseite) unsere Flugblätter für eine Demo zum Regierungsviertel verteilt hatten, berichteten, daß sie von vielen Leuten Zustimmung erhalten hätten, aber allgemeines Gewühl und Orientierungslosigkeit herrschte.

Auch sonst hatte nichts für die Vorbereitung geklappt. Der Lautsprecherwagen der Bremer war nicht durchgekommen, „die Bonner" haben wir nicht getroffen, und die Demo zum rechten Rheinufer war, als wir in Bonn ankamen, schon mindestens seit einer Stunde im Abmarsch begriffen. Wir wollten die ganze Geschichte schon abblasen und standen ziemlich deprimiert an der Abbiegung zum Regierungsviertel (kurz vor der Kennedy-Brücke über den Rhein). Dann aber kam im Demozug ein größerer Block Autonome und Punks, die rechts abbogen und stehenblieben. Wir faßten wieder Mut und verteilten unsere 6.000 mitgebrachten Flugbglätter innerhalb einer halben Stunde. In dieser Zeit sammelten sich ca. 3.000 Leute an. DKP-Leute (Ordner) bildeten eine Kette, um keine Leute ausscheren zu lassen. Trotzdem ließen sich viele Leute nicht davon abhalten — und dies alles ohne Lautsprecherwagen. Die anfänglich aufgestellte lockere Polizeikette an dieser Stelle hatte sich verzogen. Wir sind dann losgezogen. Schon nach ca. 200 Metern war das Tor, das zum Hofgarten führte, von der Polizei dichtgemacht worden. Wir sind dann links abgebogen, zum Rhein runter und dort wieder rechts in Richtung Regierungsviertel. Dort kamen dann ca. 200 Bullen, die uns von hinten im Laufschritt überholten. Weitere machten hinter uns die Straße dicht.

Hier kurz etwas über den weiteren Verlauf vor der Kennedy-Brücke: Es wurde dort weiter mobilisiert, Richtung Bannmeile abzubiegen, auch mit dem Hamburger Lautsprecherwagen. Diesen wollten die Bullen kurz vorher noch aus dem Zug beordern, doch zur Begeisterung der Demonstrant/inn/en fuhr der Wagen weiter. Über den Lautsprecherwagen wurden die DKP-Ordner aufgefordert, die Leute nicht am Abbiegen zu hindern. Obwohl dies im Bündnis so vereinbart worden war, zeigten sich die DKPler ungerührt. 1.000 Leute — vor allem aus Hamburg, Bremen und Düsseldorf — zogen noch in Richtung Regierungsviertel. Nach 500 Metern wurde ihnen der Weg von BGS-Truppen versperrt. Ein Großteil zog zurück in Richtung Kundgebung, nur ein kleiner Teil versuchte sich zu den Vorausgegangenen durchzuschlagen.

(Einschub AK)

Die Bullen die uns überholt hatten, machten vor uns die Straße dicht, und wir gingen rechts hoch in Richtung Hofgarten und dann links in die Adenauerallee. An dieser Stelle tauchte ein Bullen-Lautsprecherwagen auf, und tat kund, daß wir umkehren könnten, da die Kennedy-Brücke wieder zu passieren sei. Ein dummer Trick, oder die dachten immer noch, wir hätten uns verlaufen. Wir zogen die Adenauerallee unbehelligt weiter, dabei gingen zahlreiche, vorwiegend US-Fahnen in Flammen auf. An der Bannmeile stießen wir auf Bullen, die uns zum Abbiegen zwangen. Es ging dann durch kleinere Straßen (wie ich später auf der Karte sah, teilweise innerhalb der Bannmeile) bis wir an die Bahnstrecke gelangten und auf der Kaiserstraße weitergingen. Von da an nahm die Polizeipräsenz zu, und am Bundeskanzlerplatz wurden wir eskortiert, allerdings immer nur auf der linken Straßenseite (in Richtung Sicherheitsbereich). Unsere Bullenbegleitung wurde dann nach und nach ausgetauscht durch Bullen in voller Kampfmontur mit Feuerlöschern auf dem Rücken. Auf der Friedrich-Ebert-Allee spitzte sich die Lage zu. Ich glaube, der Anlaß war eine Fahne, die in Brand gesetzt worden war. Jedenfalls stürmten die Bullen an der Spitze des Zuges plötzlich in die Leute. Ich sah, daß von hinten massiv BGSler ankamen, die dann aus den Autos sprangen. Ich habe mich dann nach hinten, also hinter die Bullen, noch absetzen können und konnte nicht mehr verfolgen, was vorne passierte. Durchkommen war nicht mehr möglich. Ich bin dann zurück in die Innenstadt, wobei ich voll durch die Bannmeile laufen konnte. Ich bin dann nicht mehr auf die rechte Rheinseite gegangen und habe in der Innenstadt viele Leute getroffen, die sauer waren über die lahme offizielle Demo. Ich denke, mit etwas besserer Öffentlichkeitsarbeit und entsprechender Organisation hätten sich zehntausende an einer Demo zum Regierungsviertel beteiligt.

Peter (BUU-Hamburg)

Fortsetzung von voriger Seite

die Polizeiwagen waren schnell zur Stelle, eine Stimme schrie durch ein Megaphon: ,,Weitergehen, weg da von der Straße, sonst werden Sie festgenommen. Wir geben Ihnen eine Minute.''. Die Freunde in Jena und Plauen dürfen keine Abzeichen mehr tragen, auf denen diese drei Worte stehen, die er hochhielt. Das kommt im Radio, SFB, RIAS: ,,DDR-Regierung verbietet christliches Friedenssymbol'' ... Und hier an der Straße: ,,Weitergehen, weg da''.

Ich muß das nicht kommentieren. In Polen bevölkert zur selben Zeit überwiegend das Militär die Straßen und bewacht Lager, in denen Arbeiter, Bauern, Studenten und Intellektuelle sitzen, die für eine vom höchsten Gericht des Landes genehmigte Gewerkschaft eintraten. Sie trägt den Namen ,,Solidarität''. Über 10 Millionen sind Mitglied. Das ist zur Zeit die stärkste Friedenskraft im Warschauer Pakt, denke ich. In der Türkei soll dem Sozialdemokraten Ecevit der Prozeß gemacht werden. Ihm wird ,,Verunglimpfung'' des Staates vorgeworfen. Die Militärs haben die Macht und wollen Gewerkschaftsführer zum Tode verurteilen.



mee. Wenn er sich weigert, was er vorhat, befindet er sich noch am selben Tag hinter Gittern. Der Bürgermeister von Berlin-Weißensee sprach Anfang Mai vor geladenen Pfarrern über die ,,ideologische Unterwanderung der Jugend''. Er sagte: ,,Wer das Emblem 'Schwerter zu Pflugscharen' trägt, schwenkt morgen die BRD-Fahne und übermorgen das Hakenkreuz.'' Daraufhin verließen alle Zuhörer den Saal.

Und weil wir hier auf solch einer großen und wichtigen Demonstration zusammengekommen sind, die zu Recht die eigene Aufrüstung attackiert und nicht bloß mit langen, selbstgerechten Fingern auf die Nachbarn zeigt, kann ich es mir erlauben, noch ein Beispiel anzuführen: In der DDR gibt es in letzter Zeit nicht nur spontane Friedensdemonstrationen wie in der Dresdner Kreuzkirche, sondern auch genehmigte, staatlich angeordnete. Am 27. Mai fanden in vielen Städten Kundgebungen statt. Auf den Plakaten konnte man lesen: ,,Gegen Nato-Waffen, Frieden schaffen'' und ,,Ehrendienst in der Nationalen Volksarmee ist Friedensdienst''. Die eigenen Waffenarsenale wurden lobend erwähnt. Das erinnert mich an die selbstgerechte Haltung von Parteien in diesem Lande, die sich christlich nennen. Sechs junge Leute, die in Ostberlin ein Plakat entrollen wollten zur Demonstration am 27. Mai, wurden festgenommen. Sicherheitskräfte zerrissen das Spruchband, auf dem stand: ,,Du sollst nicht töten''.

Liebe Freunde, ich will keine ,,Fälle'' präsentieren, sondern an diese Menschen erinnern, weil sie Hilfe brauchen und weil sie einstehen für unsere gemeinsame Sache. Es ist nicht zu erwarten, und ich sage das ohne Ironie, daß die Bewacher von Alliierten Paraden und staatlich-inszenierten ,,Friedensveranstaltungen'' widerspruchslos akzeptieren, daß vor ihren Augen ketzterische Bibelsprüche entrollt werden. Denn es ist ja wahr: Das bisherige Le-

akzeptieren, daß vor ihren Augen ketzterische Bibelsprüche entrollt werden. Denn es ist ja wahr: Das bisherige Le-ben dieser Menschen, ihre Grundsätze von Macht und Gehorsam, werden in Frage gestellt, wenn sie diese Aussagen auf sich beziehen. Und das tun sie offenbar, was auch hoffen läßt. Es wird viel Zeit, Mut und Geduld nötig sein, um weiterzukommen. Ich wünsche mir kein ,,Durchdrehen'' der Herrschenden. Wir müssen Wege finden, um die Mitbestimmung der Menschen über ihre eigenen Angelegenheiten zu garantieren. Argumente, wie sie der ,,Friedensappell der Schriftsteller Europas'' und die Resolution der Teilnehmer des Haager Autorentreffens geben, werden dabei eben so wichtig sein wie Initiativen, die von jungen Menschen, von ,,truppenverwendungsfähigen'' Jahrgängen ausgehen. Ich denke an die Aufklärungsarbeit von polnischen Lyrikern wie Zagajewski und Barańczak, an die DDR-Autoren Lutz Rathenow, Rüdiger Rosenthal und Frank-Wolf Matthies, an Václav Havel, den tschechischen Bürgerrechtler, der für seine Überzeugung noch immer im Gefängnis sitzt. Ich denke an die Schülerin Kathrin Meinel, die von der Schule verwiesen wurde und kein Abitur ablegen darf, weil sie sich weigerte, den Aufnäher ,,Schwerter zu Pflugscharen'' abzutrennen. Ich denke an den jungen Liedermacher Karl Winkler, der für seine Friedenslieder inhaftiert und ausgewiesen wurde, an Detlef Amica Rudolf und Lutz Hesse, die in Cottbus gegen Militärdiktaturen demonstriert haben. Ich denke an die Maler Eve und Frank Rub, an Lutz Leibner, die mit Ausstellungen seit Jahren das befördern, was heute ,,Friedensbewegung'' genannt wird. Dabei ist weniger etwas Organisatorisches gemeint, mehr eine Bewegtheit, ein Nachdenken, ein Meinungsstreit, die Suche nach neuen Wegen der Verständigung und des Widerstandes gegen Militarismus, Zensur und Machtverherrlichung. Daß hierbei die Erfahrung der Kirchen und das Bekenntnis vieler Pfarrer und Gemeindemitglieder, für ihre Gewissensentscheidung einzutreten, eine sehr große Rolle spielt, ist bekannt. Und was Robert Havemann getan und gesagt hat, daran muß ich nicht erinnern.

Liebe Freunde, die Friedensbewegung ist eine internationale Bewegung. Sie lebt davon, daß sie strategisch-taktische Ausgrenzungen und geheimdiplomatisches Geflüster überwindet. Es zumindest versucht. Das setzt voraus, für möglich zu halten, daß man selbst irren kann und der andere sein könnte. Ich kenne nun beide ,,Systeme'', habe einen doppelten Film und erlebe oft, wie schwer es fällt, sich die ,,andere Seite'' vorzustellen. Bevorzugt werden einfache Lösungen, entweder gut oder schlecht. Bei friedlichen Leuten überwiegt die Glorifizierung des angeblichen ,,Feindes'' und die Abwertung der eigenen Regierung. Auch so kann ein mystifiziertes Weltbild entstehen. Ich finde, es ist sehr wichtig, daß die Friedensbewegung aufmerksam verfolgt, was in anderen Ländern geschieht. Nicht, um von den eigenen Aufgaben und Problemen abzulenken, sondern um den Zusammenhang und den solidarischen Zusammenhalt herzustellen. Es interessiert uns sehr, was die amerikanischen Bürgerrechtler tun. Was sie sagen zum Konflikt zwischen Großbritannien und Argentinien. Kann nicht so der große, letzte Krieg ausgelöst werden? Mit einem Hin und Her, mit guten und schlechten Gründen? Mit Junta-Generälen und kolonialen Ansprüchen einer westlichen Demokratie? Keiner weiß, auf welche Seite er sich stellen soll. Und die Pazifisten der jeweiligen Länder, was sagen sie? Stimmt es, daß sie moralisch stets im Recht sind und in tiefes Schweigen verfallen, wenn die Waffen sprechen? Ist die Sowjetunion ein Friedensstaat? Und wenn nicht, was folgt daraus? So viele offenen Fragen.

In der DDR diskutieren in letzter Zeit viele über die Frage: Was führt zum Frieden, was nicht? Was ist das, Frieden? Es wird über Sinn und Unsinn von Militärparaden, Kriegsspielzeug und Wehrkundeunterricht nachgedacht. Ein sozialer Friedensdienst anstelle des Grundwehrdienstes wird gefordert. Und gleichzeitig gibt es Tendenzen einer gespenstigen Militarisierung des öffentlichen Lebens. Übungen finden statt, Schulkinder werden auf den Atomkrieg vorbereitet, ohne daß ihnen die tödliche Wahrheit gesagt wird. Im Gegenteil, es ist vom Sieg der eigenen Armee die Rede. Frauen sollen zukünftig zwangsverpflichtet werden können. So entsteht Angst und Niedergeschlagenheit, der alles egal ist. Aber auch, und damit hat die Abteilung Propaganda wahrscheinlich nicht gerechnet: ,,Ich habe nichts mehr zu verlieren. Ein Krieg steht bevor. Warum soll ich die politische Polizei fürchten?'' Solche Menschen sind dann auch bereit, etwas zu tun. Und die christlichen Friedensfreunde Ekkehard Hübner und Klaus Tessmann sitzen seit August letzten Jahres in Haft. Der Drucker Roland Braukner wurde verhaftet, weil er Plakate herstellte mit der Aufschrift: ,,Frieden schaffen ohne Waffen''. Dem Jenaer Bildhauer Matthias Blumhagen wurde eine Plastik weggenommen; er soll jetzt aus Gründen der Bewußtseinsbildung am 15. Juni zur Ar-

Liebe Freunde, laßt mich zum Schluß sagen, daß die Sache des Friedens die ganze Wahrheit und unsere ungeteilte Solidarität braucht. Verständigen wir uns von unten her, über die ideologischen und militärischen Schützengräben hinweg! Die Rekruten, das Fußvolk, das Kanonenfutter, die Opfer müssen miteinander sprechen und sich verständigen! Warten wir nicht auf Gipfeltreffen und ,,vertrauensbildende Maßnahmen''. Und es ist sehr wichtig, daß Ihr, daß die westdeutsche, die westeuropäische, die internationale Friedensbewegung das unterstützt, was sich in der DDR und anderswo regt, denn dort kämpfen Menschen wie Ihr gegen Raketen, die auf Euch gerichtet sind. Sie begeben sich damit in einen Konflikt mit ihren Regierungen. Aber die Friedensbewegung, das sind eben die Unruhigen, die Aufsässigen aller Länder, die sich nicht mit dem abfinden, was ist.



Foto: argus

Ausnahmezustand in Westberlin

„Das sind eingereiste Profi-Schläger! Abkommandierte Verbrecher! Hergelaufene Killer-Trupps, die uns ins Chaos stürzen wollen!"

aus BZ, 12.6.82

Es begann mit dem "Lappenkrieg": Mit Hilfe alliierter Verordnungen wurden mißliebige Parolen und zeitweise auch der "Konkret"-Aufkleber "Reagan go home" beschlagnahmt. Bis zum 8.6. brachten es die Behörden auf die stolze Bilanz von 752 Eingriffen gegen Transparente und Farbparolen.

Der Großteil der westberliner Friedenskräfte hatte für den 10.6., den Vorabend des Reagan-Besuchs, zu einer Demonstrantion aufgerufen, zu der dann gut 80.000 Menschen kamen. Linke Teile mobilisierten auch zu einer Demo am Vormittag des 11. Juni. Zu diesem Zeitpunkt befand sich Reagan mit 20.000 ausgewählten Jubel-Berlinern im Charlottenburger Schloßgarten.

Bürgermeister Weizsäcker lobte vorher den großartigen Schutz der USA für Berlin: *"Bei uns darf mit friedlichen Mitteln gegen sie demonstriert werden"*. Demgegenüber betonte die Alternative Liste: *"Berlin präsentiert sich gegenwärtig als besetztes Gebiet"*. Denn für den 11.6. waren während Reagans Aufenthalt alle Demonstrationen (ohne Jubelausweis) untersagt worden. Lediglich die Frauendemo wurde zu einem späteren Zeitpunkt per Gericht zugelassen. Nach dreistündiger Diskussion am 9.6. im AL-Delegiertenrat blieben diejenigen, die die Demo abblasen wollten, in der Minderheit: Die AL *"wird am 11.6. vormittags um 10 Uhr zum Nollendorfplatz mobilisieren". "Während Präsident Reagan am Flughafen Tempelhof amerikanische GI-Lyrik vorliest, hat die Berliner Polizei damit begonnen, den Nollendorfplatz in ein Massengefangenenlager zu verwandeln"* , erklärte die AL in einer Presseerklärung, als die Polizei damit begann 4-5000 Demonstranten wie unter "chilenischen Verhältnissen" für drei Stunden einzusperren. Alles weitere ist dem Telefonbericht aus Westberlin zu entnehmen, den wir abdrucken.



Dies ist kein Demonstrant	Foto: taz

Telefonbericht von einem Mitglied der AL (AG Demokratie und Recht) über den 11.6.

Am Donnerstag Abend (10.6.) wurden an den Grenzübergängen nach Westberlin (Dreilinden, Staaken) ca. 150 Leute, die zur Demo anreisten, nach ASOG (Allgemeines Sicherheits- und Ordnungsgesetz) in Vorbeugehaft genommen, weil sie Helme etc. bei sich hatten.

Am Freitag wurde vor der Demo das besetzte Haus in der Pflügerstraße durchsucht, angeblich nach Brandsätzen. Sämtliche Anwesende wurden ebenfalls in Vorbeugehaft –nach ASOG– genommen, aber schon um ca.11.30 Uhr wieder freigelassen. Während des ganzen Tages gab es Vorbeugeverhaftungen in der Stadt.

Um ca. 10 Uhr, als sich ca. 4-5000 Menschen auf dem Nollendorfplatz versammelt hatten, wurde der Platz von der Polizei vollständig abgeriegelt, z.T. mit Stacheldraht. Den Demonstranten wurde über Polizei-Megaphon gesagt, sie würden dort festgehalten bis Reagan wieder abgeflogen sei. Dann sollen die ersten Steine geflogen sein. Die "AG Bürger beobachten die Polizei" berichtet hingegen, daß Polizisten einen Demonstranten aus einer Telefonzelle gezerrt und verprügelt haben. Erst d a r a u f h i n seien Steine geflogen. Von Polizeiseite aus wurde mit Tränengas starker Treibladung gezielt auf Demonstranten geschossen. Die Auseinandersetzungen am Nollendorfplatz/ Winterfeldplatz gingen bis zum Abend weiter.

Im Anschluß an die Demo wurde ein besetztes Haus durchsucht, angeblich suchten die Bullen einen "Straftäter" wegen Barrikadenbaus, Anzünden eines privaten PKWs, Steinwürfen ... Als der Polizeizeuge den Betreffenden nicht fand, schossen die Polizisten Tränengas ins Haus, durchsuchten alles, zerstörten die Inneneinrichtung vollständig und machten das Haus praktisch unbewohnbar.

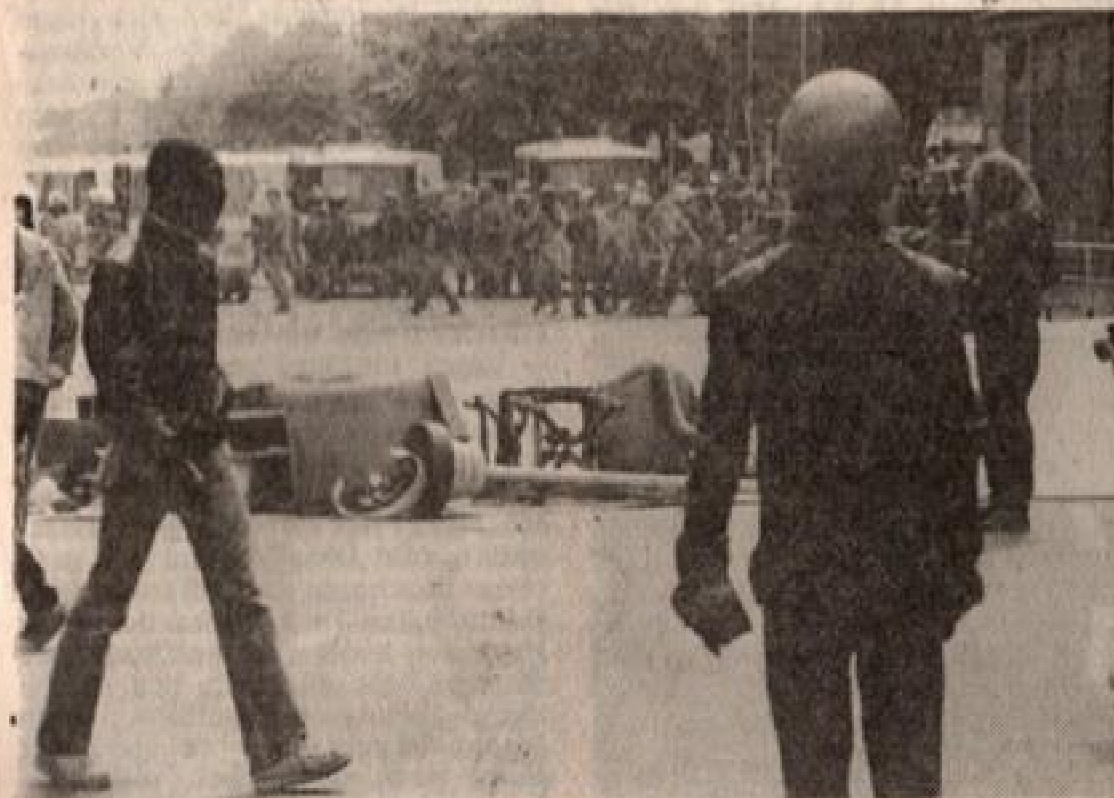
Während der Demo streute die Polizei das Gerücht aus, zwei Kollegen seien schwer verletzt worden. Gegen 17 Uhr, als dieses Gerücht nicht mehr zur Motivierung der Bullen nötig war, wurde es von der Polizeiführung zurückgenommen.

Auch die anderen Demos in der Stadt wurden von der Polizei attackiert. So hatte die AL dazu aufgerufen, notfalls in der Wilmersdorfer Straße zu demonstrieren. Die Demo hatte sich dort kaum gebildet, als sie schon mit Prügeleinsätzen der Polizei aufgelöst wurde. Die Frauendemo, die per Gerichtsentscheid doch noch zugelassen war (wenn auch zu einem späteren Zeitpunkt als geplant), wurde mit Tränengas beschossen (Charlottenburg) und mußte sich daraufhin auflösen.

Donnerstagabend und im Verlauf des Freitags sind insgesamt 297 Menschen festgenommen worden. Davon wurden 32 am Samstag um 12 Uhr dem

Haftrichter vorgeführt, die anderen waren zu diesem Zeitpunkt schon wieder entlassen.
Unter den Festgenommenen sind mindestens neun Demonstrations-Sanitäter, die –nach ASOG– in Vorbeugehaft genommen wurden.
Genaue Zahlen der Verletzten sind noch nicht bekannt. Von Demosanis wurden rund 200 Verletzte versorgt, davon 20 Brüche (Hand, Arm, Bein, Gelenk ...), 5 Schädelverletzungen (ein Schädelbruch-Verletzter lag am Sonnabend um 14.00 Uhr noch im Krankenhaus), 1 Lungenverletzung, sehr viele Nieren- und Leberprellungen.

Festgenommenen Verletzten wurde z.T. sechs Stunden lang ärztliche Hilfe verweigert. Eine festgenommene Frau, die die Bullen darauf hingewiesen hatte, daß sie Epileptikerin ist, bekam einen epileptischen Anfall: Eineinhalb Stunden lang war ihr ärztliche Hilfe verweigert worden.
In einem Krankenhaus wurden 12 Polizisten und 13 Demonstranten behandelt, die Polizisten nur ambulant, weil sie nur Prellungen hatten. Von den Demonstranten konnte nur einer ambulant behandelt werden, neun größere Kopfplatzwunden mußten versorgt werden, zwei kamen in stationäre Behandlung, einer auf die Intensivstation.
In der "TAZ" vom 12.6. ist ein Foto von einem Zivilen mit Knarre. Das SEK hatte wieder einmal Pionierarbeit zu leisten (am Nollendorfplatz). Sie fuhren in die Demonstranten, prügelten für die restlichen Bullen eine Gasse, damit diese auch zum Zuge kommen konnten.
Am Morgen des 12.6. hat die AL/Ermittlungsausschuß eine Pressekonferenz gemacht, auf der aber nur die "TAZ" und die "Wahrheit" (SEW) waren.
Daß am Freitag angeblich eine Ausnahmesituation von der Polizei erklärt worden ist, trifft nicht zu. Nur die Feuerwehr hat für sich zeitweise eine Ausnahmesituation erklärt, weil sie sich wohl von glimmenden Papierkörben etc. überfordert sah.
Die Alternative Liste sieht keinen Grund, sich von den Demonstrationen zu distanzieren, da es berechtigt ist, ein solches Demoverbot zu durchbrechen. Nicht einverstanden ist sie damit, daß ein Möbelgeschäft in einem Privathaus geplündert und die Möbel angesteckt worden sind. Sie sieht das nicht als Politik an, die die AL vertreten kann, würde das aber in dieser aufgeheizten Situation verstehen.
Telefonbericht vom 12.6., Westberlin





Fotos: argus

Bombenattentat auf AL-Büro in Wilmersdorf

Nach der Anti-Reagan-Demonstration am 11.6. fetzte die schon berüchtigte Westberliner Hetzmaschine los, die schon Ende der 60er Jahre für das Attentat auf Rudi Dutschke verantwortlich war, an dessen Folgen er 10 Jahre später verstarb.

Springers „BZ“ sah am Sonnabend schon „*die ganze Stadt ... voller Wut*“. „*Das sind eingereiste Profi-Schläger! Abkommandierte Verbrecher! Hergelaufene Killer-Trupps, die uns ins Chaos stürzen wollen!*“ zitierte „BZ“ „*eine Frau am Telefon*“. Damit war aber nicht Reagans Interventionstruppe gemeint, sondern die Demonstration am 11. Juni.

Innensenator Lummer machte gleich den Schuldigen aus, nämlich die Alternative Liste: „*Sie hat ein gerichtliches Demo-Verbot mißachtet, so daß die Krawalle entstehen konnten.*“ Genauso warf die FDP der AL „*grobe Mißachtung grundlegender Prinzipien des Rechtsstaates*“ vor (bei Verbot darf man weder gegen Reagan und wohl auch nicht gegen Hitler demonstrieren). „*Wer sich so beliebig über Gerichtsurteile hinwegsetzt, muß sich der Verantwortung für die Folgen stellen.*“ Schon eine Nacht später hat es dann bei den „*Feinden der Demokratie*“ (so auf der Tagung von FDP-Fraktionsvorsitzenden) eingeschlagen.

Am Sonnabend um 22 Uhr wurde das Büro der AL in Wilmersdorf durch einen Brandanschlag vollkommen verwüstet. Bereits um 24 Uhr hatten sich 1.000 Demonstraten zu einer spontanen Demonstration zusammengefunden.















Mit einer motorgetriebenen Kamera aufgenommen: Szenen der Straßenschlacht am 11.6. in Westberlin. Deutlich erkennbar mischen diese Zivilpolizisten mit, behelmt und mit Knüppeln bewaffnet – und auch schon mal zum Stein greifend (siehe unteres Bild)
Fotos. argus

Was die CDU dem KBW zu bieten hat

"Die CDU hat etwas zu bieten", behauptete ein Leitartikel der "KVZ" des KBW am 4.6. Gemeint war die direkt bevorstehende zentrale Kundgebung der CDU in Bonn für die NATO und für die Unterwerfung unter die Politik der USA. *"Es werden nicht allzu wenige sein, die mitmarschieren"*, spekulierte der Autor thm. Zu dieser Prognose gehört nicht sehr viel Weisheit: Die CDU liegt in der Wählergunst immerhin rund um die 50%, und für ihren Aufmarsch in Bonn hatte sie die Vollmobilisierung ihrer nach Hunderttausenden zählenden Parteimitglieder, samt Opas und Enkelkindern, angeordnet. Am Ende konnte man sich eher wundern und freuen, daß trotzdem nur ein so kleiner Teil der "Schweigenden Mehrheit" die Gelegenheit einer von der CDU bezahlten Ausflugsreise nach Bonn wahrgenommen hatte.

Daß Millionen Menschen jahrelang auf irgendeinen Blödsinn abfahren und sich für manchen reaktionären Mist vielleicht sogar mobilisieren lassen, ist gerade in Deutschland eigentlich keine neue Entdeckung. Neu hingegen ist die Bereitschaft mancher altgewordener "neuen" Linken, aus diesem Umstand große Beweisführungen herzuleiten. In der Argumentation des "KVZ"-Leitartikels: Wenn die CDU so viele Menschen mobilisieren kann, dann muß sie ihnen doch wohl etwas "zu bieten" haben. Und genau diesen Punkt gelte es herauszufinden, um ihn "ernst zu nehmen" und ihn nicht der CDU zu "überlassen". Bei diesem Punkt geht es nach Ansicht von thm um Folgendes: **"Die CDU hat offensichtlich ein, wenn man so will, alternatives Konzept gegenüber der SPD und der Friedensbewegung. Daß sie damit Erfolg hat, kann ihr kaum jemand abstreiten. Eine Stärke besteht darin, daß sie die Erhaltung des Friedens mit Inhalt füllt ... Für die Mehrheit der Bürger ist es unbestritten, daß es Wichtigeres als den Frieden gibt, z.B. die Verhinderung einer Unterjochung oder die Erkämpfung einer besseren Gesellschaft. Indem die Friedensbewegung propagiert, es gäbe nichts wichtigeres als den Frieden, überläßt sie der CDU das weite Feld der eigentlichen Inhalte des Lebens."**

Diese Polemik geht ziemlich daneben, denn es kann eigentlich kein Mensch übersehen, daß die Friedensbewegung allerengstens mit dem Kampf um eine umfassende Veränderung aller gesellschaftlichen Verhältnisse verbunden ist und diese Verbindung auch im öffentlichen Bewußtsein deutlich macht (siehe Erfolge grüner und alternativer Listen), während die CDU/CSU nur den real existierenden Kapitalismus als die beste aller Welten vertritt. Was die CDU dazu im Detail fordert (Ruhe und Ordnung, Ausländer raus, Kinder müssen wieder gehorchen lernen, die Frau ist zuallererst Mutter etc.pp.) sollten wir ihr auch zukünftig getrost "überlassen". Übrigens geht es dem "KVZ"-Autor wohl gar nicht um die gesellschaftlichen Verhältnisse, sondern um den zweiten von ihm angeführten Gesichtspunkt, die "Verhinderung einer Unterjochung", die bekanntlich von der Sowjetunion (und n u r von ihr!) ausgeht. D a s ist das Feld, auf dem die CDU nach Meinung von thm "etwas zu bieten" hat, das man ihr nicht "überlassen" darf. **"Gegenüber der SU als nun wirklich reeller Kriegsgefahr wie auch als unterdrückerisches Regime, entwickelt die CDU ein Konzept der Schwächung der Kraft der SU durch Stärkung der bürgerlichen Demokratie in ihrem Machtbereich. Damit erweist sie sich für einen größeren Teil der Volksbewegung für Solidarität mit dem polnischen Volk, die sich davon ja auch eine Minderung der Kriegsgefahr erhofft, als konsequenter und erfolgversprechender als die in dieser Beziehung schüchterne Friedensbewegung".** Man dürfe, so thm, sich nicht gegen die *"richtigen Feststellungen"* der CDU wenden, daß die sowjetische Gesellschaft viel schlimmer als die westliche sei und daß unsere Freiheit gegen die aggressive Sowjetunion verteidigt werden muß. Die Friedensbewegung könne sich gegen die CDU nur behaupten, wenn sie eine *"eigenständige Kritik der Sowjetunion"* entwickelt und wenn sie für ein *"realistisches Konzept einer Verteidigung gegen eine etwaige Aggression durch die SU"* eintritt. *"Ohne ein solches Konzept ist auch eine einseitige Abrüstung auf Dauer nicht vertretbar"*.

Alles, was thm in seinem Leitartikel vorträgt, sind die bekannten Positionen, die der KBW seit langem der Friedensbewegung, den Grünen etc. aufdrängen möchte. Begründet werden sie diesmal mit dem Argument, daß gerade entlang dieser Positionen die CDU einen Masseneinfluß habe. Von allen denkbaren Argumenten ist das wirklich das allerdümmste. Oder wird der KBW uns demnächst auch "alternative Konzepte" zur Austreibung der Ausländerflut, zur Verdrängung der Frauen aus Lohnarbeit usw. offerieren?

Es bleibt der extrem schlechte Nachgeschmack, daß der KBW mit der Mobilisierungsfähigkeit der CDU Politik zu machen versucht. Allerdings hat ihn die CDU dabei mit ihrer eher bescheidenen Vollmobilisierung am 5.Juni in Stich gelassen.

Die EG an der Seite Großbritanniens

Fortsetzung von Seite 1

Am 15.4. wurde von der EG ein totaler Einfuhrstopp gegen argentinische Waren für einen Monat beschlossen. Eine solche Maßnahme der EG war bis dahin beispiellos („FR", 16.4.) - und sie erhält ihren speziellen Wert vor dem Hintergrund, daß Massenmord und Folter in Argentinien die EG-Staaten bisher zu keinen auch nur annähernd vergleichbaren Schritten hatten veranlassen können.

Über die wirtschaftlichen Konsequenzen des EG-Boykotts läßt sich nur mutmaßen. Die EG übernimmt ca 28% der argentinischen Exporte. Das ist ein monatlicher Warenwert von durchschnittlich 160 Mio. Dollar (über 380 Mio. DM) ("FR", 16.4.), was die "Welt" zu der etwas kurzschlüssigen Rechnung brachte, Argentinien verliere durch das EG-Embargo Devisen-Einnahmen von wöchentlich 40 Mio. Dollar (3.5.). Von dem Boykott-Beschluß sind aber alle Waren ausgenommen, die zum Zeitpunkt des Beschlusses bereits auf dem Transport waren bzw. über die es schon Lieferverträge gab. Wie die "FR" süffisant notierte, wurden in den Tagen unmittelbar vor dem EG-Beschluß noch rasch auffallend viele Lieferverträge abgeschlossen (16.4.).

Demnach muß vermutet werden, daß der ökonomische Effekt des Boykotts bisher nicht allzu hoch zu veranschlagen ist. Umso deutlicher stellt sich der Boykott als p o l i t i s c h e Maßnahme dar: Er demonstrierte ohne jeden öffentlichen Vorbehalt die Solidarisierung mit der britischen Position. In der Befristung bis zum 17. Mai drückte sich auch das prinzipielle Einverständnis mit britischen Militäraktionen aus: Es stand fest, daß die Kriegsflotte schon spätestens Ende April "gefechtsbereit" am Schauplatz sein würde. Aus den sattsam bekannten Gründen – wegen des Wetters und wegen der politischen Wirkung könne die Flotte nicht endlos bloß um die Inseln herumfahren – stand fest, daß dann der Krieg beginnen würde, falls bis dahin keine Verhandlungslösung zustande gekommen sei.

... Gar nicht so gemeint?

Der Beginn des Krieges – mit der absolut kriminellen Versenkung eines argentinischen Kreuzers außerhalb der Kriegszone und mit der Versenkung eines britischen Zerstörers im Gegenzuge – löste zunächst einen starken Schock aus. Die führenden Politiker reagierten darauf rein taktisch: Unterhalb der offiziellen Schwelle ließen sie ihre Besorgnis und ihr Nicht-Einverständnis mit der britischen Kriegführung andeuten. Der Bundeskanzler ließ im „Spiegel" (3.5.) unwidersprochen behaupten, er habe im internen Kreis das britische Vorgehen als *"Domestikationsaktion nach den Methoden des 19. Jahrhunderts"* kritisiert und einen "Blankoscheck" für die britische Politik abgelehnt. Der Bundesaußenminister ließ durchsickern, die Bundesregierung sei eigentlich von Anfang an der Meinung gewesen, *"es dürfe hier nicht zu einer militärischen Auseinandersetzung kommen"*. Nun sei die Bundesregierung sehr besorgt. Und die "Frankfurter Rundschau" gab noch einen drauf: *"Allem Anschein nach grenzt die Bonner Besorgnis bereits an Ungeduld, wenn nicht Verärgerung"* (3.5.). **"Solidarität der EG faktisch zerbrochen"**, behauptete die "Welt" (6.5.). Brüsseler EG-Diplomaten seien "bestürzt" über das britische Vorgehen. Die EG sei *"durch die öffentliche Wirkung"* ihrer Sanktionen *"in die Zwickmühle geraten"*. Nun sehe es so aus, als habe sich die EG "ohne Wenn und Aber" hinter Großbritannien gestellt, was gar nicht die Absicht der Sanktionen gewesen sei. **"Niemals, so heißt es heute, habe man die wahren Absichten Londons als so weitgehend angesehen, wie sie sich heute darstellen... Ein bißchen wirtschaftlicher Druck auf Argentinien, so die damals vorherrschende Ansicht, werde wohl ausreichen, um den Konflikt zu beenden. Heute ist mancher klüger. 'Wir sind von den Briten aufs Kreuz gelegt worden', kommentierte gestern ein Brüsseler Diplomat"** („Welt", 6.5). Die EG-Staaten seien bei ihrem Sanktionsbeschluß davon ausgegangen, daß *"britische Militärschläge nicht vorgesehen seien"* ("Hamb. Abendblatt", 5.5.). Verschiedentlich war unter der Hand sogar zu vernehmen, die EG-Staaten hätten die Sanktionen eigentlich bloß verhängt, um mäßigend auf Großbritannien zu wirken und britische Militärabenteuer zu verhindern.

Eine Verlängerung der Sanktionen über den 17. Mai hinaus sei zumindest fraglich. Als Gegner einer Verlängerung wurde außer Irland – das sich schon zu diesem Zeitpunkt als einziges ausdrücklich dagegen ausgesprochen hatte – auch Dänemark und Italien, aber sogar die Bundesrepublik genannt (Tageszeitungen am 5.5. und 6.5.). Von Regierung bis Opposition (Kohl, Stoltenberg,



Strauß) schien man sich zu diesem Zeitpunkt ziemlich einig im Ruf nach einem sofortigen Waffenstillstand im Südatlantik zu sein.

Die erste Verlängerung der Sanktionen

Was von dem ganzen Gerede praktisch zu halten war, mußte sich zeigen, sobald nach Ablauf der Frist die Debatte um den weiteren Umgang mit den Sanktionen zur Entscheidung stand. Da inzwischen der Krieg voll entbrannt war, fiel das Schein-Argument weg, man habe die Sanktionen in der Annahme verhängt, daß es gar nicht zur militärischen Konfrontation kommen würde. Falls man sich in dieser Hinsicht von der britischen Regierung "aufs Kreuz gelegt" fühlte, hätte es nahegelegen, keine Verlängerung der Sanktionen über den 17. Mai hinaus zu beschließen. Ausdrücklich wurde das zunächst von Irland gefordert. Inzwischen war aber auch die italienische Regierung wegen ihrer Unterstützung für die EG-Sanktionen heftigen innenpolitischen Angriffen ausgesetzt.

Ein Treffen der EG-Außenminister am 9. Mai, bei dem die britischen Vertreter am liebsten schon die Verlängerung der Sanktionen unter Dach und Fach gebracht hätten, verlief in "eisiger Atmosphäre" – jedenfalls aus Sicht einiger Journalisten. Über eine Verlängerung wurde noch nicht entschieden. **"Die anderen EG-Partner wollen offensichtlich eine Verlängerung der Einfuhrsperre vom weiteren Verhalten Londons im Falkland-Konflikt abhängig machen"** ("FR", 10.5.). Dies z u m i n d e s t wäre nötig gewesen, um den Sanktionen gegen Argentinien den Charakter eines offensichtlichen "Blankoschecks" für die britische Kriegführung zu nehmen. Aber seltsamerweise war davon später überhaupt nicht mehr die Rede.

Am 12. Mai schlug die EG-Kommission vor, die EG solle die Sanktionen entweder um einen Monat oder aber bis zu einer Verhandlungslösung verlängern. Dieser Vorschlag entsprach den britischen Maximal-Wünschen und ging sogar noch ein gutes Stück über diese hinaus.

Daß es auf jeden Fall eine Verlängerung der Sanktionen geben würde, war mit dem Votum von Schmidt und Mitterand am 16. Mai entschieden: Sie *"erklärten übereinstimmend, es gebe keinen Grund, die ... auslaufenden EG-Sanktionen gegen Argentinien aufzuheben. Die Solidarität mit dem Partner Großbitannien bleibe bestehen, solange argentinische Truppen die das Völkerrecht verletzende Besetzung der Falkland-Inseln aufrechterhielten"*. Schmidt fügte hinzu, die Bundesregierung habe den Sanktionen nur "schweren Herzens" zugestimmt, *"da Bonn gute Handelsbeziehungen zu Argentinien und den anderen lateinamerikanischen Staaten unterhalte"*. ("Welt", 17.5.).

Eine förmliche Entscheidung der EG fiel erst in allerletzter Stunde, nämlich in der Nacht vom 17. auf den 18. Mai. Beschlossen wurde eine Verlängerung um nur eine Woche. Zudem erklärten Irland und Italien, sie würden die Sanktionen nicht mehr mittragen, würden sie allerdings auch nicht "unterlaufen" wollen. Diese Beschlußfassung sei in London als "erheblicher diplomatischer Rückschlag" aufgenommen worden, behauptete die "Welt". Die britische Regierung sei **"verbittert wegen mangelnder EG-Unterstützung"** ("Welt", 19.5.). Tröstlich mag es da für Großbritannien immerhin gewesen sein, daß genau am folgenden Tag die Frühjahrstagung der NATO-Außenminister ihre "volle Unterstützung" für Großbritanniens Kolonialkrieg erklärte.

Die zweite Verlängerung

De facto bedeutete die Verlängerung der Sanktionen um bloß eine Woche (vom 17. bis zum 24. Mai) einen Aufschub der politischen Entscheidung in der EG. Damit stand fest, daß die Frage sieben Tage später erneut zur Diskussion stehen würde. Die Verlängerung um bloß eine Woche machte also nur unter der Voraussetzung Sinn, daß sich in dieser Woche w e s e n t l i c h e Veränderungen auf dem Kriegsschauplatz ergeben würden. Worum es dabei vermutlich ging, zeigt ein Blick auf den Verlauf der britischen Kriegführung: Ungefähr am 10./11. Mai war der Aufmarsch der britischen Hauptkräfte vor den Malvinen/Falkland-Inseln im Wesentlichen abgeschlossen. Seit diesem Zeitpunkt wurde fast täglich über eine unmittelbar bevorstehende britische Landung auf den Inseln spekuliert. Am 15. Mai meldeten die Tageszeitungen übereinstimmend, daß noch am selben Tag, spätestens am folgenden, die Invasion erwartet werde. Das sei notwendig, weil sich das Wetter drastisch verschlechtere und eine längere Blokkade der Inseln kaum möglich sei.

Die Verlängerung der Sanktionen um zunächst bloß eine Woche spekulierte darauf, daß es in dieser Woche die britische Landung und möglicherweise kriegsentscheidende britische Erfolge geben würde. Gleich am 18. Mai verkündete Mrs. Thatcher eine 48-Stunden-Frist. Sollte Argentinien bis zu diesem Zeitpunkt nicht kapituliert haben, wäre *"eine militärische Aktion durch nichts mehr aufzuhalten"*. Die "Frankfurter Allgemeine" kommentierte zufrieden:

"Die Sanktionen, die Europa von Anfang an nicht als Mandat zu einer Rückeroberung verstanden hat, sondern nur als ein Druckmittel bei der Suche nach Frieden, helfen aber Großbritannien, Argentinien und der Welt eine 'geeinte europäische Front' ... vorzuführen... Unter dem politischen Zwang zur Eile glauben die Briten, daß ihnen eine militärische Lösung auf den Falkland-Inseln innerhalb von 48 Stunden möglich ist" ("FAZ", 21.5.). Am 21. Mai begann die britische Lande-Operation.

Ihrer tatsächlichen Wirkung nach war die Verlängerung der Sanktionen um bloß eine Woche eine Aufforderung der EG-Partner an die britische Regierung, sehr schnell eine militärische Entscheidung auf den Inseln herbeizuführen. Ganz in diesem Sinn kommentierte die "FAZ" am 19.5. süffisant, die Verlängerung um nur eine Woche habe **"den Charakter eines Ultimatums, bei dem unklar bleibt, gegen wen es sich richtet. Könnte es gar die Briten dazu treiben, nun ganz rasch zuzuschlagen?..."**

In der Propaganda ließ sich diese extrem knapp befristete Verlängerung jedoch immer noch als Ausdruck von Distanz gegenüber dem britischen Vorgehen verkaufen. Von dieser Möglichkeit wurde in den Medien voller Gebrauch gemacht.

Seltsamerweise bestand das ganze Problem eine Woche später offensichtlich überhaupt nicht mehr: Nun entschied sich die EG mehrheitlich – gegen die Stimmen Irlands, Italiens, Griechenlands sowie auch Dänemarks – für eine u n b e f r i s t e t e Weiterführung der Sanktionen gegen Argentinien. Die Entscheidung fiel in extremer Kürze, ohne große Debatten und fast ganz ohne Beachtung der Öffentlichkeit. Damit hatte die britische Regierung nunmehr auch ganz offiziell den Blankoscheck für eine rein militärische Lösung des Konflikts. Diesen Blanko-Scheck hatte sie zwar der Sache nach auch schon vorher gehabt, aber die zweimalige Befristung der Sanktionen – und damit zweimal die Notwendigkeit, über deren Verlängerung zu e n t s c h e i d e n – hatte zumindest dem Anschein nach noch ein Element der "mäßigenden" Einflußnahme auf Großbritannien enthalten.

Verbunden war die Ausstellung des militärischen Blanko-Schecks für Großbritannien mit einer Vereinbarung über die heftig umstrittene Frage der EG-Agrarpreise, in der es seit langem schweren Streit mit der britischen Regierung gegeben hatte. Daß zwischen beiden Fragen ein "Junktim" (zwingende Verbindung) bestand, wurde in den konservativen Medien nicht einmal verheimlicht: *"... Auch läßt Paris klar durchblikken, daß es als Gegenleistung für seine Solidarität* (mit dem britischen Krieg um die Malvinen) *ein britisches Entgegenkommen in der Frage der Neufestsetzung der Agrarpreise 1982 erwartet ... Paris weiß sich in dieser Erwartung auch mit Bonn einig"*. („Welt", 18.5.) Es ist eben alles ein Geschäft: Die Agrarpreise der EG ganz genauso wie das organisierte Menschen-Schlachten mit modernsten Vernichtungsmitteln. Beide Geschäfte sind engstens miteinander verbunden. Die unbefristete Verlängerung der Sanktionen gegen Argentinien und die Einigung im EG-Agrar-Streit gingen gleich in einem Rutsch über die Bühne.

Die Probleme mit der Solidarität

Daß sich die EG letztlich doch sehr eindeutig hinter Großbritanniens Kolonialkrieg stellte, ist in erster Linie dem politischen Einfluß Frankreichs und der BRD zu verdanken, die bekanntlich von Sozialisten bzw. Sozialdemokraten regiert werden. Beide Länder haben damit ihren Anspruch als politische Vormächte der EG und des kapitalistischen Europa unterstrichen. Der britischen Regierung blieb zwar freundlicherweise der rein militärische Teil des Geschäfts exklusiv überlassen, aber der britische Imperialismus wird dafür mit verstärkter Abhängigkeit von seinen deutschen und französischen Konkurrenten bezahlen müssen.

Die Solidarität mit dem britischen Kolonialkrieg hat zugleich eine Reihe von Problemen für die imperialistischen Hauptmächte aufgeworfen.

Da ist erstens die Entwicklung der Widersprüche in der EG selbst. Irland hat sich der Verlängerung der EG-Sanktionen nicht angeschlossen, weil es historisch betrachtet selbst Opfer des britischen Kolonialismus ist und weil es innenpolitisch auf starke antibritische Stimmungen Rücksicht zu nehmen hat. Ebenso hat sich Italien der Verlängerung nicht angeschlossen: Einen entsprechenden Beschluß faßte das italienische Parlament mit riesiger Mehrheit (von der Neuen Linken bis zu den Faschisten); nur einige kleinere bürgerliche Parteien waren anderer Meinung. Als Hauptgrund für die Haltung Italiens wird die enge Verflechtung beider Nationen angeführt: Ein großer Teil der Argentinier sind italienischer Nationalität oder Herkunft. (Als Minimum des italienischen Anteils in

WAS EIN KÖNIGLICH BRITISCHER SOLDAT KOSTET

Die Briten haben eine Berufsarmee. Das ist eine vertrackte Falle für Arbeitslose in Glasgow oder Liverpool: man verpflichtet sich auf ewig und drei Tage, bekommt ein paar Pfund auf die Hand und kommt nie wieder weg, weil man dann eine irrsinnig hohe Konventionalstrafe zahlen müßte. Woher soll ein einfacher Soldat, ansonsten Arbeitsloser, 45 000 DM nehmen, um seinem Soldatenhaufen den Rücken zu kehren? Dieses Zwangsverhältnis fördert eine fatale Treue zur Armee.

Die aber gerät in jüngster Zeit ins Wanken. Es gibt definitiv britische Soldiers, die ihrer Royal Army den Rücken kehren wollen: Schnauze voll von Nordirland & die Falklands vor Augen. Wir wollen denen helfen, aber wie? Einige haben Kinder & Familie und möchten gern legal die Armee verlassen, können der Kinder wegen kaum illegal desertieren. Also muß das Geld her für die dann fällige Konventionalstrafe. Andere sind ledig und benötigen nur einen Zuschuß für die Fahrkarte Richtung anderswohin.

Wir sollten uns das finanziell leisten können: einen Soldaten, der keiner mehr sein will. Geld wurde gesammelt für Waffen in El Salvador. Gut so. Wir sammeln hier einmal für die Entwaffnung. Die Chancen sind günstig, weil die Moral der britischen Rhine Army miserabel ist. Listige nutzen mit uns die Gunst der Stunde. Klar, daß wir nicht alle Soldaten der Briten auf diese Weise wegschaffen können: aber jeder, der demonstrativ geht, ist ein harter moralischer Schlag und eine öffentliche Niederlage für Maggi Thatcher. Sinnvoller ist Geld kaum je angelegt worden.

Westdeutsches Irlandsolidaritätskomitee (WISK) D 637 OBERURSEL 5 – Postfach 35 – POSTSCHECKKONTO: WISK 406 293–609 FFM

Argentinien wird 40% angegeben; andere Quellen gehen über 50%). Eine spezielle Haltung zu den Sanktionen nimmt Dänemark ein, das sich zwar formal daran beteiligt, aber nicht unter der Regie der EG, sondern autonom. (Was das praktisch für einen Unterschied macht, scheint schwer zu ermitteln. Jedenfalls liegt der politische Sinn in der Bekundung der Distanz zur britischen Politik).

Gegen die Sanktionen hat im übrigen auch Griechenland votiert, das schon die diversen EG-Maßnahmen gegen Polen und die Sowjetunion nach dem 13. Dezember nicht mitgetragen hat.

Deutlich hat sich der Trend verstärkt, für Beschlüsse in der EG nicht mehr das bisher als Regel praktizierte Konsens-Prinzip zur Voraussetzung zu machen, sondern den politischen Willen der Hauptmächte als Mehrheitsbeschluß durchzudrücken. Die Unterordnung der kleineren Mitgliedsstaaten hat zugenommen, was aber auch zur Verschärfung der Widersprüche in der EG beiträgt.

Ein zweites Problem sind die Auswirkungen dieser EG-Solidarität auf die Beziehungen zu Lateinamerika. Verschlechterungen der handelswirtschaftlichen Chancen, Gefährdung von Investitionen, diplomatische Rückschläge werden warnend an die Wand gemalt. Immerhin können sich die Imperialisten aber mit dem Gedanken trösten, daß sie sich mit ihrem Verhalten fast a l l e in Lateinamerika unbeliebt gemacht haben, sodaß nicht einfach irgendein Konkurrent daraus Vorteile ziehen kann - von Japan und Italien einmal abgesehen. (Die ansonsten ständig zitierte Sowjetunion stellt als Handelsmacht und Kapitalexporteur kaum eine Konkurrenz dar, die zu fürchten wäre). Imperialistisches Selbstvertrauen strahlt daher Richard W. Rahn, Vizepräsident der US-Handelskammer und Wirtschaftsberater Reagans, aus: *"Die Südamerikaner sind wirtschaftlich von uns abhängig, und auf lange Sicht gesehen werden sie keinen Selbstmord begehen und die wirtschaftlichen Beziehungen abbrechen"* (nach "Welt", 4.6.).

Trotzdem bleiben einige außenpolitische Probleme – nicht zuletzt die Gefahr engerer Kontakte lateinamerikanischer Länder zur Sowjetunion,

wirtschaftlichen Beziehungen abbrechen" (nach "Welt", 4.6.).

Trotzdem bleiben einige außenpolitische Probleme – nicht zuletzt die Gefahr engerer Kontakte lateinamerikanischer Länder zur Sowjetunion,

Bezug von Waffen aus der SU u.ä. Vor allem die Bundesregierung wird deshalb bemüht sein, nach dem Ende des militärischen Konflikts wieder in die Rolle des ehrlichen Maklers zu schlüpfen, der zwar die britische Kriegführung unterstützt hat (wegen des Prinzips, wegen der Freiheit Westberlins etc.), aber der eigentlich von Anfang an eine Verhandlungslösung bevorzugt hätte. Dort, wo ohnehin pro-imperialistische Regimes herrschen und wo der ökonomische Einfluß des deutschen Kapitals bedeutend ist, kann dieser Kostümwechsel vermutlich auf Erfolg rechnen.

Das dritte Problem ist innenpolitischer Natur: Der Krieg um die Malvinen/Falkland-Inseln ist – abgesehen von den chauvinistischen Wahnzuständen in Großbritannien selbst – im übrigen Europa sehr unpopulär. Dieses Mißvergnügen breiter Massen nährt sich nicht so sehr aus purer Friedfertigkeit, sondern vor allem aus der "Sinnlosigkeit" dieses speziellen Krieges, dem "irrationalen" Mißverhältnis zwischen Kriegsanlaß und Kriegsfolgen. Immerhin jedenfalls ließ dieses Mißvergnügen eine schrankenlose Unterstützung Großbritanniens durch die übrigen Regierungen der EG nicht zu. Es müßte das Kunststück vollbracht werden, einerseits gegenüber Großbritannien vollkommene Solidarität darzustellen und andererseits gegenüber der eigenen Bevölkerung den Anschein von Distanz, Besorgnis etc. verbreiten zu lassen. Tatsächlich hat, von sehr wenigen anerkennenswerten Ausnahmen abgesehen, kaum ein linker SPD-Politiker Kritik an der Haltung der Bundesregierung geübt. In Frankreich ertrug die PCF ohne ernsthaften Protest die Solidarität der Regierung – an der sie immerhin direkt beteiligt ist ! – mit Großbritanniens Kolonialkrieg. Hinzu kam, daß bis weit in die radikale Linke hinein die Rolle Großbritanniens und Argentiniens ziemlich gleichwertig verurteilt wurde, zumal mit Hinweis auf den faschistischen Charakter der Junta in Buenos Aires.

Praktisches Ergebnis dieser schlichten Sicht der Dinge war die Drosselung des Engagements gegen den britischen Kolonialkrieg fast bis zum Nullpunkt. Die westeuropäische Linke wird erst noch lernen müssen, daß man einen imperialistischen Kolonialkrieg, an dem die eigene Regierung direkt oder indirekt beteiligt ist, auch durch Schweigen, Passivität und Ignoranz unterstützt.

Und wo machen wir den nächsten Krieg?!...

Zur grundsätzlichen Einordnung der Problematik gab EG-Präsident Gaston Thorn einen in der Öffentlichkeit leider viel zu wenig beachteten wichtigen Hinweis: **„Die Falkland-Inseln gehören zu England und damit auch zur EG. Wenn etwas England berührt, dann berührt es auch die Deutschen oder die Italiener ..."** („Bild", 21.5.).

Herr Thorn hat recht: Laut EG-Vertrag gehören die "überseeischen Territorien" ihrer Mitglieder zum Bereich der EG. Das gilt seit dem EG-Beitritt Großbritanniens auch für dessen verbliebenen Kolonialbesitz, der in einer Vielzahl potentieller Militärstützpunkte besteht. Die "Zeit" kommentierte die Dimension des Konflikts: *"Nicht um ein paar Schafherden wird dort gekämpft, sondern um ein gewaltiges Binnenmeer von der Größe Europas mit all seinen Reichtümern in und unter Wasser. Noch ist diese Fläche rechtlich ein Teil des sogenannten EG-Meeres. Gewinnt Argentinien die Auseinandersetzung, so geht Großbritannien der ganze Südatlantik verloren. Das hätte dann auch Konsequenzen für das EG-Mitglied Bundesrepublik – sofern sich die Europäer auf die gemeinsame Nutzung des 'EG-Meeres' einigen".*

Konsequenzen für das EG-Mitglied Bundesrepublik – sofern sich die Europäer auf die gemeinsame Nutzung des 'EG-Meeres' einigen".

Den globalen Zusammenhang stellte Mrs. Thatcher her: **"... Was würde sonst mit Gibraltar, Belize und ähnlichen Orten geschehen? ..."** ("Welt", 22.4.). In der Tat, das wäre gar nicht auszudenken! Und man könnte die Liste britischer Besitztümer in aller Welt natürlich noch beträchtlich in die Länge ziehen. Übrigens: Belize liegt in Mittelamerika, es grenzt an Guatemala und Mexiko, außerdem ist es einer der strategischen Punkte zur militärischen Kontrolle über die westliche Karibik. Auch das ist selbstverständlich ein verteidigenswerter **"Außenposten des freien Europa".**

Großbritanniens Kolonialkrieg im Südatlantik und die Unterstützung dieses Krieges durch die EG und die USA demonstrieren den Anspruch des Imperialismus auf k o l l e k t i v e und weltweite "Verteidigung" seiner Interessen. "Verteidigt" wird dabei nicht bloß der kolonial erworbene Territorialbesitz, sondern ebenso auch Rohstoffgebiete und Transportwege, die der Imperialismus ganz wie sein Eigentum behandelt, obwohl es dafür keinen noch so abstrusen Rechtstitel gibt. Die Wahrscheinlichkeit, daß solche Kriege nicht örtlich begrenzt bleiben, sondern u.a. auch auf Europa "übergreifen", ist extrem groß – zumal die unbegrenzte Ausweitung lokaler Konflikte auf ganz andere Teile der Welt und der Ersteinsatz von Atomwaffen sowieso zentrale Elemente der NATO-Doktrin sind.

Weil das alles so ist, werden die Lehren und Konsequenzen der NATO aus dem Malvinen-Krieg in der forcierten Ausarbeitung von Festlegungen über die militärische Zusammenarbeit außerhalb Europas und in einer Welle von neuen Rüstungsanforderungen bestehen.

Die Reste des britischen Weltreichs

NORD-AMERIKA
GROSSBRITANNIEN
EUROPA
ASIEN
Bermudas
Gibraltar
Turks- u. Caicosinseln
Jungferninseln
Caymaninseln
Anguilla
Montserrat
St. Kitts u. Nevis
Hongkong
Brunei (Protektorat)
AFRIKA
SÜD-AMERIKA
Ascension
St. Helena
Tschagosinseln
Pitcairninsel
Tristan da Cunha
Falkland-inseln
Südgeorgien
Südsandwichinseln

Keine Feier ohne Meier

Am 20. Mai 1982 bekam der spanische König Juan Carlos — seinerzeit von Franco zu seinem Nachfolger gemacht — in Aachen den „Karlspreis der Stadt Aachen" verliehen.

Der „Karlspreis" wird zumeist rechten Politikern für ihre Verdienste um ein einiges Europa verliehen. Da nun Spanien endgültig der EG einverleibt werden soll, lag es nahe, den spanischen König zu ehren. Nicht zuletzt ist er ja auch Oberbefehlshaber des spanischen Militärs, das jetzt fest zur NATO gehört. Aachens Oberbürgermeister sprach denn auch aus, was die Herren sich von Spanien noch alles erhoffen: *„Spanien wird uns helfen, die Brücke zu schlagen nach Nordafrika und den Ländern Lateinamerikas ..."* (Zitat nach „Aachener Nachrichten" vom 21.5.).

Aachen sollte Juan Carlos feiern als Symbol der alten und neuen Weltmacht Europa

Die Mächtigen Europas kamen nach Aachen, um sich vom Volk feiern zu lassen. Die Aachener Zeitungen taten ihr Bestes. J.C. als Freiheitsheld (er habe Spanien die Demokratie gegeben), sein Familienleben, alles wurde begeistert beschrieben.

Am 20.5. kamen sie dann — Hermann Joseph Abs, der Bankier, sein Kollege Lambsdorff im Außendienst, Politiker wie Schmidts Helmut, Carstens und Tindemanns, Otto von Habsburg und Aachener CDU-Größen nicht zu vergessen, begleitet von einer Traube von Bischöfen.

Der „Klenkes" 6/82 (Aachener Stadtzeitung) berichtet über ihre Ankunft: *„Der feine Herr im Nadelstreifenanzug ist verärgert. ‚Das hätten die Aachener doch verhindern können.' Er steht oben auf der Rathaustreppe, die Einlaßkarte zur Karlspreisfeier in der Tasche, und blickt kopfschüttelnd nach unten auf das Gedränge hinter den rot-weißen Absperrgittern. ‚Kommunisten' sagt ein anderer und schiebt seine Frau ins Portal. Was da bei einigen der Gäste das Gefühl verpatzter Familienfeierlichkeit auslöst, sind zwei (in Wirklichkeit waren es drei) ungeladene Empfangskomitees:"*

— Spanier und Basken protestierten mit einem Transparent und Flugblättern gegen Folter im Baskenland.

— Eine Gruppe verkleideter Gestalten begrüßte ironisch „ihren König". Speiseölhändler mit tödlichem Öl, die Guardia Civil mit ihren Gewehren, ein Schreibtischgeneral der NATO und Kapitalisten riefen: „Jubel", „Spart für den Adel" ... In einem Flugblatt schrieben sie, König J. C. bekäme den Karlspreis, weil es der spanischen Arbeiterklasse schlecht gehe, weil er Faschisten dulde und stütze und Gallionsfigur der reaktionären Herrschaft in Spanien sei.

schrieben sie, König J. C. bekäme den Karlspreis, weil es der spanischen Arbeiterklasse schlecht gehe, weil er Faschisten dulde und stütze und Gallionsfigur der reaktionären Herrschaft in Spanien sei.

— Eine Gruppe von ebenfalls ca. 30 Demonstranten — zum großen Teil Autonome — hielten ein Riesentransparent mit der Aufschrift: „Gegen die Integration Spaniens in das imperialistische Mordsystem". Sie pfiffen auf Deubel komm raus, wenn die europäischen Deubel aus ihren Luxuskutschen stiegen und zum Volk sprechen wollten. Das Pfeiffen kam sogar bis in die Direktübertragung des WDR, obwohl die Politiker sich die Hände wund geklatscht haben müssen. — Sonst



Hohe Offiziere von Armee und Luftwaffe gingen zu Boden, als in der Basilika im „Tal der Gefallenen" eine Totenmesse für Francisco Franco gelesen wurde.

klatschte nämlich kaum jemand. Als dann noch vor dem Rathaus „Solidarität mit der ETA-militar" gerufen wurde, wurden die Beschützer von J. C. ganz hektisch.

Es war wahr geworden, was ein anonymes Flugblatt wenige Tage vorher gefordert hatte: *„Stört den Jubel für den Imperialistenbüttel Juan Carlos"* (Zitat nach „Süddeutsche Zeitung",

Es war wahr geworden, was ein anonymes Flugblatt wenige Tage vorher gefordert hatte: *„Stört den Jubel für den Imperialistenbüttel Juan Carlos"* (Zitat nach „Süddeutsche Zeitung",

21.5.). Weiter hieß es im Text, Spanien werde in das Europa der Militärs und Terroristenjäger voll integriert, und die spanische Bevölkerung (bis auf die reichen Schweine) solle für die EG-Imperialisten bluten. Und das wollten die EG-Politiker bejubeln lassen.

Im Namen des AStA der technischen Hochschule rief ein Flugblatt zum Protest in Form eines Jubelchors auf.

Die Aktion gegen die Karlspreisverleihung war recht kurzfristig angesetzt worden, fast schon spontan. Vielleicht 80 Linke (Revis und Jusos o. ä. waren nicht dabei) konnten nicht nur die Feier versauen, sondern sie konnten auch massenhaft Flublätter an die 500 (?) eher neugierigen Zuschauer verteilen. Nur einige monarchistische Alte und spanische Zivilbullen belästigten die Demonstranten.

Aachen, 5. Juni

eher neugierigen Zuschauer verteilen. Nur einige monarchistische Alte und spanische Zivilbullen belästigten die Demonstranten.

Aachen, 5. Juni

US-Geheimdienst verhört Polen-Aussiedler

Wer dem realsozialistischen Polen den Rücken gekehrt hat, um sich im realdemokratischen „freiesten Staat, der jemals auf deutschem Boden existierte", niederzulassen, kriegt neben manchem anderen vielleicht auch einen Brief vom Koordinierungsausschuß für die Alliierten Streitkräfte, Sitz in München, ins Haus geschickt. In diesem Brief steht dann beispielsweise: **„Sehr geehrter Herr ..., im Rahmen eines Forschungsauftrages führt die amerikanische Zweigstelle des Koordinierungsausschusses für die alliierten Streitkräfte Gespräche mit Personen, die über einschlägige Kenntnisse verfügen. Wir möchten Sie bitten, uns bei dieser Aufgabe zu unterstützen und sich mit einem Besuch unserer Dienststelle einverstanden zu erklären. Die Gespräche werden sehr detailliert behandelt, darum bitten wir Sie, sich möglichst auf einen zweiwöchentlichen, notfalls auch kürzeren Besuch vorzubereiten. Wir sorgen für Ihre kostenlose Unterkunft und Verpflegung.**

An- und Rückreise, eventueller Verdienstausfall sowie sonstige Unkosten werden von uns getragen.

Bitte bedienen Sie sich der beigefügten Antwortkarte mit Freiumschlag für alle Mitteilungen an uns. Auch bitten wir Sie, Ihren Besuchstermin so festzulegen, daß uns etwa zwei Wochen für interne Planung und eventuelle Bahnkartenüberweisung verbleiben. Unsere Büros in München-Giesing, Sintpert Str. 42, erreichen Sie per Taxi vom Hauptbahnhof. Die Taxikosten werden von uns sofort nach Ankunft ersetzt.

Falls erforderlich, gilt diese Einladung als Bescheinigung für Ihren Arbeitgeber, um eine Abwesenheit vom Arbeitsplatz zu entschuldigen. Eine Verdienstbescheinigung vom Arbeitgeber ist für die Verdienstausfallvergütung erforderlich.

Wir würden uns über Ihre Zusage freuen und zeichnen Hochachtungsvoll ..."

Ein paar Fragen wird man da schon stellen müssen: Daß der in dem Brief erwähnte „Forschungsauftrag" sich beispielsweise um das Brunftverhalten polnischer Laubfrösche drehen könnte, ist wenig wahrscheinlich. Die „einschlägigen Kenntnisse", an denen die US-Dienststelle interessiert ist, werden wohl eher mit allen Gebieten der Spionage zu tun haben, schwerpunktmäßig vermutlich mit militärischen Fragen. Man darf also getrost davon ausgehen, daß unter dem weiten Deckmantel des Besatzungsstatuts der US-Geheimdienst ganz offen in der Münchner Sintpertstraße residiert und Verhöre durchführt. Daß von solchen Befragungen schließlich auch die bundesdeutschen Geheimdienste profitieren, darf man immerhin vermuten. Eine weitere Frage stellt sich ein: Wer verschafft der Dienststelle des US-Geheimdienstes eigentlich die Adressen von Aussiedlern aus Polen (und anderen osteuropäischen Ländern)? Vermutet werden muß, daß die US-Dienststelle auf dem Weg der Amtshilfe von ihren BRD-Kollegen solche Adressen, vielleicht auch Personalakten und ähnliches, rübergeschoben bekommt. Hierüber Näheres zu erfahren, könnte sicher interessant werden.

Fortsetzung von S.1

Friedrich Karl Fromme hat in der ,,FAZ'' (8.6.) angedeutet, welche Richtung die ,,Auseinandersetzung'' der Etablierten mit der GAL demnächst wieder nehmen könnte. Er schreibt über die GAL: ,,Es handelt sich nicht um eine neue Partrei innerhalb des 'Systems',mit welchen abschätzigen Worten die Grünen ebenso wie die Alternativen unsere Staatsordnung gern belegen. Es handelt sich vielmehr um die politisch organisierte Ablehnung dieses Systems.''

Alt-Bürgermeister Weichmann, stramm rechter Sozialdemokrat, macht sich ähnliche Gedanken. Plato zitierend, beklagt er den zu liberalen Umgang der Älteren mit der aufsässigen Jugend. Wo die starke Hand fehle, drohe der ,,schöne jugendfrohe Anfang der Tyrannei'' (Interview mit dem ,,Hamburger Abendblatt'', 8.6.).

Der Wahlkampf der Etablierten

Die CDU hat eine gigantische Materialschlacht betrieben. Auch Nebenstraßen wurden mit dem Porträt ihres Kandidaten bepflastert.Neben der Aufforderung an die Wähler, ,,den Wechsel'' herbeiführen zu helfen, beschränkte man sich auf drei ,,Argumente'': Hamburg brauche ,,Schulfrieden'', Arbeitsplätze und ein ,,wirksames Finanzkonzept: Sparen''.

Demgegenüber die SPD: es gelte, ,,dem Hamburger Kurs treuzubleiben'' und ,,Helmut nicht im Stich zu lassen''. Der SPD-Wahlkampf war insgesamt müde und defensiv. Gewisse Aktivitäten entwickelten die SPD-Linken — allerdings nicht in Konfrontation zur CDU, sondern in dem Bemühen, doch noch ein paar Linke wieder zur Wahl des ,,kleineren Übels'' zu bewegen. Mehrere Veranstaltungen (u.a. mit Klose, Duwe, Eppler) wurden allein zu diesem Zweck durchgeführt.

Die FDP hat völlig auf politische Inhalte verzichtet. Ihr zentraler Slogan lautete ,,Hamburg regierbar machen — deshalb FDP''. Das Ergebnis ist bekannt: ,,der Wähler'' fand die Regierbarkeit der Stadt offensichtlich nicht so wichtig — und die Mitwirkung der FDP dabei schon gar nicht.

Das Wahlergebnis — Verschiebungen zwischen SPD und CDU

Die CDU hat nach den Berechnungen der Statistiker 35000 Stimmen von ehemaligen SPD-Wählern erhalten. Weitere 15000 Wähler hat sie neu mobilisiert. Das deutliche Plus bei den Briefwählern (49,1% gegenüber 36,8% der SPD) ist ein weiterer Beleg für die Offensive der CDU. Den größten Zuwachs hat die CDU in Arbeiterbezirken außerhalb des Innenstadtbereichs zu verzeichnen (u.a. Veddel, Steilshoop, Billstedt, Rothenburgsort, Hamm). Diese Stadtteile sind nach wie vor aber SPD-Hochburgen.

Die SPD hat neben den 35000 zur CDU gewechselten Wählern etwa 12000 Stimmen an die GAL verloren. Ihr Verlust von insgesamt 82000 Stimmen ist nur dadurch zu erklären, daß

Diese Stadtteile sind nach wie vor aber SPD-Hochburgen.

Die SPD hat neben den 35000 zur CDU gewechselten Wählern etwa 12000 Stimmen an die GAL verloren. Ihr Verlust von insgesamt 82000 Stimmen ist nur dadurch zu erklären, daß

mehrere Zehntausend früherer SPD-Wähler diesmal nicht zur Wahl gegangen sind.

Woher kommen die Wähler der GAL?

Die gegenüber der Bürgerschaftswahl 78 neu für die GAL gewonnenen Stimmen dürften sich folgendermaßen zusammensetzen: ehemalige SPD-Wähler, laut Statistik 12.000, möglicherweise eher mehr; mehr als 8.000 Stimmen von GLU-Wählern; knapp 4000 von DKP-Wählern. Hinzu kommen mindestens 10.000 Erstwähler. Darüberhinaus dürfte es relativ wenige für die GAL gewonnene frühere Nicht-Wähler geben. Der Hinweis der ,,taz'', die GAL solle sich künftig verstärkt gerade um dieses Potential (immerhin 22,4%) bemühen, wird wohl kaum umsetzbar sein. Weitere Einbrüche in die SPD-Wählerschaft scheinen da eher möglich: interessant ist hier insbesondere das Stimmen-,,Splitting'' von weiteren 13000 Wählern, die der GAL bei der Wahl der Bezirksversammlungen die Stimme gaben, auf Bürgerschaftsebene aber (noch) ,,auf Nummer sicher'' gingen und für das ,,kleinere Übel'' stimmten.

Ein Großteil der Stadtteilhochburgen der GAL ist mit denen der Bunten Liste von 1978 identisch. Wieder wurdem im Innenstadtbereich, Rotherbaum (Uni-Gegend) und den von der ,,Szene'' bevorzugten Altbaugebieten mit hohem Wohngemeinschafts-Anteil (Eimsbüttel, Altona, St.Pauli, St.Georg) überdurchschnittliche Ergebnisse erzielt. Neu hinzu kommen allerdings ,,Problemgebiete'' wir Moorburg und Altenwerder (die der Hafenerweiterung zum Opfer fallen sollen), die der GAL enorme Gewinne gebracht haben. Geradezu sensationell ist die Stimmenverteilung in Altenwerder: SPD 7,1%; CDU 54,8%; FDP 0,0%; GAL 38,1%. Hier ist die SPD ebenso das Opfer ihrer eigenen Kahlschlag-Politik geworden wie auf der Billerhuder Insel, von der sie Kleingärtner und Behelfsheimbewohner vertreiben will: der Stimmenanteil der SPD sank von 62,6% auf 29,8%; die GAL erreichte 10,2%.

Das Ergebnis der HLA

Die Hamburger Liste für Ausläderstopp (HLA) konnte das Ergebnis ihrer Kieler Vorläuferin (3,7%) nicht wiederholen. Ihre besten Ergebnisse erzielte die HLA in Stadtteilen mit hohem Ausländeranteil; das beste Einzelergebnis lag bei 1,8,% in St.Pauli. Zu dieser erfreulichen Niederlage trug vermutlich der Nicht-Wahlkamkpf der HLA (abgesehen von streng konspirativen Aktionen und nächtlichen Schmierereien) ebenso bei wie die ,,Erfolgs''bilanz der Etablierten auf dem Gebiet ausländerfeindlicher Maßnahmen. Wenn der SPD-Senat z.B. stolz darauf hinweisen kann, daß er 97% aller Asylanträge ablehnt, ist das für manchen eingfleischten Rassisten einfach glaubwürdiger als das Geschrei der Neonazis.

Die in Sachen Ausländerfeindlichkeit der HLA nicht nachstehende ÖDP (vgl. AK 221, S.3) hat eine vernichtende Niederlage erleben müssen. Von den 10000 Stimmen der GLU bei der Wahl 1978 (=1%) blieben diesmal nur noch knapp 1700. Dabei hat die ÖDP ihre gesamte Bundesprominenz in Hamburg auftreten lassen (Gruhl, Springmann, Heinz Brandt, Delphine Brox, Holger Strohm u.a.).

...und linke Splittergruppen

Die DKP hat ihre Stimmenzahl erneut fast halbiert. Über 2,2% 1974 und 1% 1978 ist sie jetzt bei ganzen 0,6% (=5500 Stimmen) angelangt und bewegt sich auch in ihrer ehemaligen Hamburger Hochburg auf den DKP-Bundesdurchschnitt zu. Mit einer Hauswurfsendung, in der 2700 Nicht-DKP-Mitglieder zur Wahl der ,,einzigen Arbeiterpartei'' aufriefen, hatte die DKP kurz vor der Wahl noch einmal ,,Hamburgs größte Wähler-Initiative'' präsentiert und massenhafte Unterstützung suggeriert. Nun stellt sich heraus, daß nicht einmal alle Aufrufenden — wahrscheinlich auch nicht alle 3200 Parteimitglieder — ihr Kreuz für die DKP gemacht haben.

Die KPD(ML) hat ebenfalls eine weitere glorreiche Niederlage erlitten: ,,Wenn der Feind uns nicht wählt, ist das gut und nicht schlecht...''. Die Kandidatur der KPD(ML) wurde vom BWK unterstützt; einzelne BWK-Mitglieder kandidierten auch auf der Bürgerschaftsliste. Die Hoffnung, daß sich in diesen Kreisen doch noch bündnispolitische Einsichten durchsetzen, hat sich damit nicht erfüllt, das Sektierertum von DKP, KPD(ML) und BWK treibt weiter seine Blüten und wird die Tendenz zur Bedeutungslosigkeit verstärken, wenn keine Wende vorgenommen wird.

sich damit nicht erfüllt, das Sektierertum von DKP, KPD(ML) und BWK treibt weiter seine Blüten und wird die Tendenz zur Bedeutungslosigkeit verstärken, wenn keine Wende vorgenommen wird.

Was folgt aus der Hamburger Wahl?

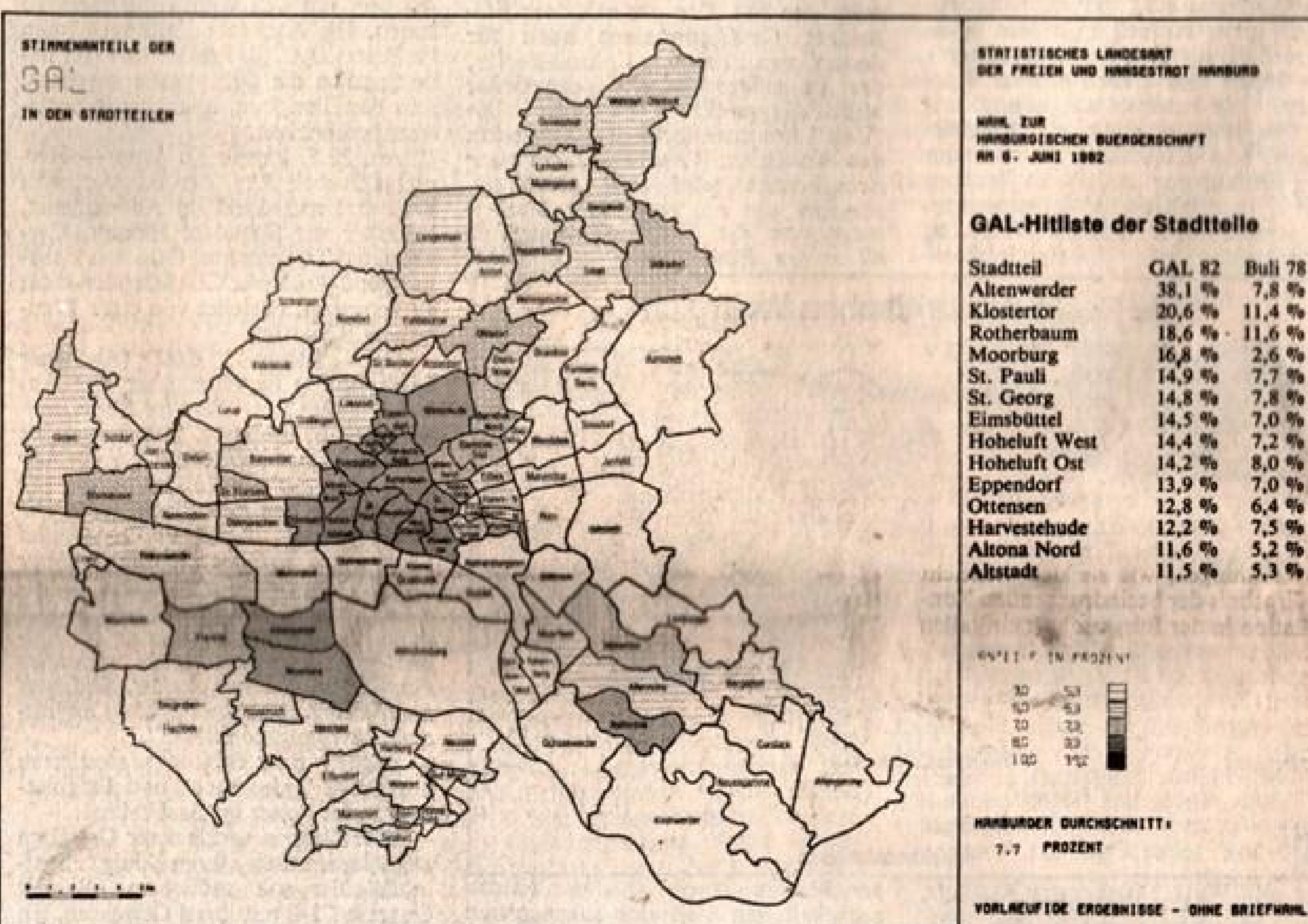
Am schnellsten von allen Beteiligten hat die FDP ihre konsequenzen gezogen. Am 17.6. soll ein Sonderparteitag der hessischen FDP eine Koalitionsaussage zugunsten der CDU verabschieden. Falls ihr Kalkül aufgeht und Hessen nach dem 26.September von einer CDU/FDP-Koalition regiert wird, dürfte auch das Ende der Bonner Koalition gekommen sein.

Diese Entwicklung werden die Grünen und Alternativen nicht aufhalten können. Sie ist direkte Folge der Politik der sozialliberalen Koalition.

Die Chance liegt gegenwärtig tatsächlich in der ,,Unregierbarkeit''. Wenn Erhard Eppler davon spricht, daß in der BRD künftig mehrheitsfähige Regierungen gegen die Friedensbewegung und die Ökologiebewegung nicht mehr möglich sein werden, dann kann das nach Lage der Dinge nur heißen: es wird keine Mehrheiten gegen die alternative Wahlbewegung mehr geben (mal abgesehen von dem stets in Reichweite befindlichen Rettungsanker Große Koalition). Zumindest besteht aktuell die Möglichkeit der ,,Unregierbarkeit''. Damit diese Möglichkeit auch Wirklichkeit wird, muß das oppositionelle Wählerpotential optimal ausgeschöpft werden. Alleingänge wie die der hessischen Grünen müssen entsprechend noch viel schärfer als bisher bekämpft werden — bundesweit. Hier hat die Parteiborniertheit ein Ausmaß angenommen, daß die Machtergreifung der CDU begünstigt. Die Hamburger GAL und ihr Wahlerfolg haben künftigen grünen Alleingängen überzeugende — weil in Zahlen meßbare — Argumente entgegengesetzt.



„Thea freut sich" (Foto: Argus)



GAL-Hitliste der Stadtteile

Stadtteil	GAL 82	Buli 78
Altenwerder	38,1 %	7,8 %
Klostertor	20,6 %	11,4 %
Rotherbaum	18,6 %	11,6 %
Moorburg	16,8 %	2,6 %
St. Pauli	14,9 %	7,7 %
St. Georg	14,8 %	7,8 %
Eimsbüttel	14,5 %	7,0 %
Hoheluft West	14,4 %	7,2 %
Hoheluft Ost	14,2 %	8,0 %
Eppendorf	13,9 %	7,0 %
Ottensen	12,8 %	6,4 %
Harvestehude	12,2 %	7,5 %
Altona Nord	11,6 %	5,2 %
Altstadt	11,5 %	5,3 %

Bürgerschaftswahlergebnisse 1982 mit Vergleichszahlen

Gültige Stimmen für	Bürgerschafts-wahl 1982	Bundestags-wahl 1980	Bürgerschafts-wahl 1978
SPD	408.261 42,8 % 55 Sitze	572.157 51,7 %	493 340 51,5 %

Bürgerschaftswahlergebnisse 1982 mit Vergleichszahlen

Gültige Stimmen für	Bürgerschafts-wahl 1982	Bundestags-wahl 1980	Bürgerschafts-wahl 1978
SPD	408.261 42,8 % 55 Sitze	572.157 51,7 %	493 340 51,5 %
CDU	413.361 43,2 % 56 Sitze	345.005 31,2 %	360.409 37,6 %
FDP	46.364 4,9 %	155.701 14,1 %	45.903 4,8 %
DKP	5.588 0,6 %	5.488 0,5 %	9.373 1,0 %
KPD	716 0,1 %		880 0,1 %
GAL (Grüne 1980, Buli 1978)	73.404 7,7 % 9 Sitze	25.278 2,3 %	33.279 3,5 %
HLA	6.221 0,7 %	...	...
ÖDP (GLU 1978)	1.666 0,2 %	...	10.061 1,0 %

Diese Übersicht macht deutlich, daß es auch in den Bezirksversammlungen (abgesehen von Hamburg-Mitte) keine eindeutigen Mehrheiten mehr gibt. Hier wird es interessant, ob und ggf. welche Angebote die SPD der GAL zu machen bereit ist.

Bezirkswahlergebnisse 1982

Bezirke	SPD %	SPD Sitze	CDU %	CDU Sitze	FDP %	FDP Sitze	GAL %	GAL Sitze
Mitte	47,4	21	36,9	16	4,6	....	8,8	3
Altona	37,3	15	44,9	19	4,9	2	9,8	4
Eimsbüttel	37,8	16	42,2	17	5,8	2	12,1	5
Nord	41,3	17	40,6	17	5,7	2	10,4	4
Wandsbek	38,2	16	45,9	19	6,0	2	7,1	3
Bergedorf	42,5	17	43,5	18	5,2	2	7,5	3
Harburg	46,5	20	39,7	17	4,9	....	6,9	3
% insgesamt	40,9		42,4		5,5		9,0	

SPD und GAL nach der Wahl — Was kann daraus werden?

Die Wahlen am 6. Juni haben der Hamburger Bürgerschaft genau die Konstellation beschert, von der linke Realpolitiker zwischen Bielefeld und Kreuzberg seit langem träumten: 55 Abgeordnete für die SPD, 56 Abgeordnete für die CDU und 9 für die GAL. Die FDP blieb an dem Stolperdraht hängen, den sie zwecks Abwehr von „radikalen Splittergruppen" einst selbst mitgezogen hatte: Mit nur 4,9 % der Wählerstimmen ist die FDP wie schon in den vergangenen vier Jahren nicht in der Bürgerschaft vertreten.

Allem Anschein nach hätte es kaum günstiger kommen können, denn die GAL hat nun eine Schlüsselstellung bei der Gestaltung der zukünftigen Regierungspolitik. Wenn die SPD bei dieser Konstellation weiterregieren will, wird kaum ein Weg an der GAL vorbeiführen. Dafür könnte die GAL in der klassischen Rolle des „Zünglein an der Waage" der SPD einen stattlichen politischen Preis abverlangen. — Soweit der Stand der Dinge durch die Brille linker Realpolitik.

Die GAL hat gut daran getan, daß sie bereits vor einigen Monaten das Verhalten ihrer Abgeordneten für die nun tatsächlich eingetretene Situation einigermaßen genau festgeschrieben hat. Dadurch war die GAL sofort nach Vorliegen des Wahlergebnisses handlungs- und reaktionsfähig, ohne erst noch Tage oder gar Wochen bis zu einer internen Klärung verstreichen lassen zu müssen. Diese Festlegung vor der Wahl stellt auch eine Bindung der

einer internen Klärung verstreichen lassen zu müssen. Diese Festlegung vor der Wahl stellt auch eine Bindung der

GAL-Abgeordneten dar und kann notfalls als starke Bremse gegen rauschhafte Höhenflüge und staatsmännische Anwandlungen, wie sie sich vielleicht als Ergebnis der beeindruckenden Konstellation in der Bürgerschaft einstellen könnten, wirken. Zudem hat eine solche Festlegung vor der Wahl den Vorteil der Ehrlichkeit und Transparenz gegenüber Basis und Wählerschaft.

Die Festlegung der GAL besagt: In einer Situation, wie sie jetzt tatsächlich eingetreten ist, wäre die GAL unter näher definierten Bedingungen bereit, einen Minderheitssenat der SPD zu tolerieren, d.h. faktisch in entscheidenden Situationen zu unterstützen. Diese Bedingungen wurden in einem detaillierten Forderungskatalog festgehalten. Hinzugefügt wurde, daß man zwar zu Verhandlungen über Einzelheiten dieser Forderungen bereit sei, nicht jedoch zu substantiellen Abstrichen. Damit wäre rein theoretisch der Rahmen für ein weitreichendes Reformprogramm als Regierungsgrundlage in Hamburg gegeben.

In ihren öffentlichen Äußerungen machten Repräsentanten der GAL allerdings ziemlich übereinstimmend deutlich, daß der hier angebotene Kompromiß ein radikales Umdenken und eine völlige Neuorientierung der SPD erfordern würde. Für eine solche Entwicklung der Dinge wurden die Chancen allgemein als sehr niedrig eingeschätzt. Denn die SPD hat sich gerade in den letzten Jahren noch stärker nach rechts gewendet, wofür die Beseitigung von Bürgermeister Klose und Kräfteverschiebungen in der Hamburger SPD-Führung bezeichnend sind.

Die CDU hatte im Wahlkampf starken Druck auf die SPD und namentlich auf Bürgermeister Dohnanyi ausgeübt, sich von der „kommunistisch gelenkten und unterwanderten" GAL messerscharf zu distanzieren. Die SPD sollte sich verbindlich darauf festlegen, keineswegs einen von der Tolerierung durch die GAL abhängigen Minderheitssenat zu bilden.

Eine solche Vorab-Erklärung wurde von der SPD während des Wahlkampfs nicht gegeben. In der Praxis wurde arbeitsteilig vorgegangen: Einerseits erklärte Dohnanyi mit beachtlicher Sturheit, die GAL interessiere ihn überhaupt nicht, da sie nicht politikfähig sei. Andererseits initiierten linke SPD-Politiker zwei nicht-offizielle „Schnupper-Gespräche" (Klose) mit der GAL. In diesen Gesprächen wurde ziemlich unverschämt die Frage in den Mittelpunkt gerückt, auf welche Forderungen die GAL eventuell verzichten könnte. Außerdem wurden die Vertreter der GAL darüber belehrt, daß man im Parlament nicht alles auf einmal wollen könne und daß man selbst — die linken SPD-Politiker — diese Er-

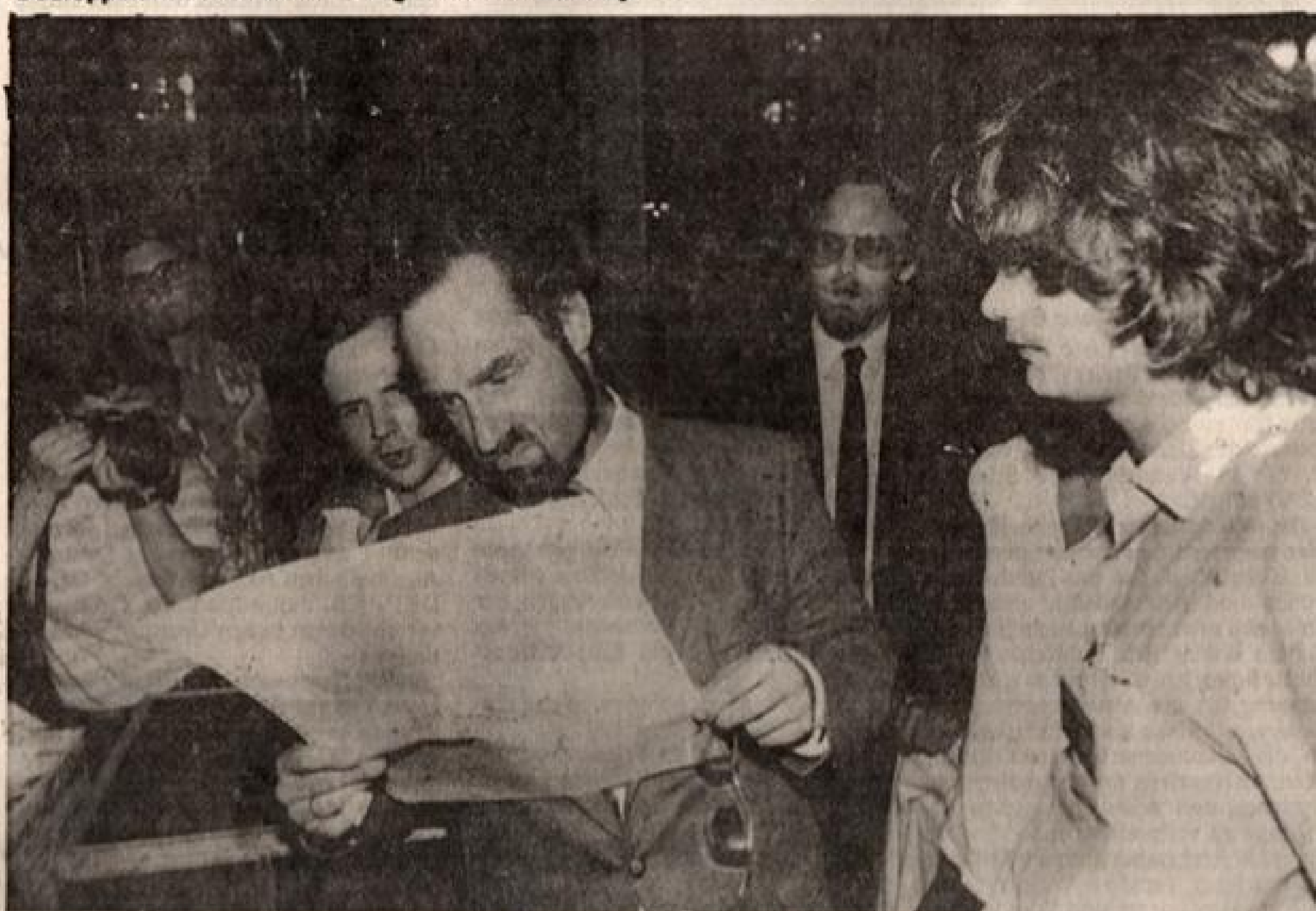
Fortsetzung nächste Seite



„Hier spricht der Automat...". Kiep äußert sich zum Erfolg der CDU



Bedröppelte Miene bei SPD-Bürgermeister Dohnanyi



FDP-Spitzenkandidat Brunnstein begräbt die letzte Hoffnung auf Erreichen der 5 % ...

Fotos: Argus

Beschluß der GAL über das Verhalten im Parlament gegenüber bürgerlichen Parteien

1. Wir sind grundsätzlich nicht bereit, unsere Hand für einen CDU-Bürgermeister zu erheben oder dessen Wahl durch Stimmenthaltung zu tolerieren.
2. Wir sind nicht bereit, die Funktion eines Mehrheitsbeschaffers für eine sozialdemokratische Politik zu übernehmen, die nicht eine Wende im Sinne sozialer, ökologischer und demokratischer Forderungen einleitet.
3. Falls sich in Hamburg eine Situation ergibt, wo die SPD nur noch mit einem Minderheitssenat regieren könnte, sind wir unter bestimmten Bedingungen bereit, diesem Senat zur Mehrheit zu verhelfen. Die von uns für eine solche Situation aufgestellten Bedingungen orientieren sich an den Fragen und Problemen, die der Verwirklichung einer sozialen, ökologischen und auf den Frieden ausgerichteten Politik dienlich sind und die mit entsprechend gravierenden Auswirkungen in der nächsten Zeit zur Entscheidung anstehen.

Diese Bedingungen lauten:

▶ Rücknahme der Sparmaßnahmen im Sozial- und Bildungsbereich, verbindliche Garantie, daß diese nicht zu Lasten der Arbeitnehmer oder anderer sozial benachteiligter Schichten umgeschichtet werden. Kein Abbau der Planstellen im Öffentlichen Dienst.

▶ Ein wirksames Sofortprogramm zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit (Beschäftigungsprogramm), für das die Mittel durch Eintreiben der Steuerrückstände und Anhebung der Gewerbesteuersätze bei Großbetrieben sowie Belastung der Spitzeneinkommen besorgt werden. Ein solches Programm soll seine Maßnahmen auf die Bereiche Soziale Dienste, Kommunaler Wohnungsbau, Umwelt und Energie konzentrieren und die Vergabe der Mittel mit Beschäftigungsgarantien verbunden sein. Außerdem fordern wir Sonderprogramme für Jugendliche, Frauen und Behinderte.

verbunden sein. Außerdem fordern wir Sonderprogramme für Jugendliche, Frauen und Behinderte.

▶ Für eine grundlegende Änderung des Energiekonzepts des Senats fordern wir den Ausstieg aus der Atomenergie. D.h.: Kein Bau des AKW Brokdorf, keine Inbetriebnahme des AKW Krümmel, Abschaltung der AKWs Bunsbüttel und Stade. Die Strompreiserhöhungen bei Haushaltsstromtarifen müssen gestoppt werden. Die Verstaatlichung der HEW unter demokratischer Kontrolle als Voraussetzung für eine andere Energiekonzeption ist einzuleiten.

▶ Die Pläne zur Hafenerweiterung müssen gestoppt und auf die Nutzung der heutigen Flächen begrenzt werden. Moorburg und Francop müssen vollständig erhalten bleiben.

▶ Die notwendige Wende in der Wohnungspolitik, weg vom Wohnraum als Ware hin zu einer sozial ausgerichteten Politik erfordert zum einen Sofortmaßnahmen wie: Stop der Abrißpolitik, konsequente Anwendung der Zweckentfremdungsverordnung sowie das Verbot der Umwandlung von Mietwohnungen in Eigentumswohnungen. Darüberhinaus muß ein kommunales Wohnungbauprogramm entwickelt werden, müssen die gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaften dezentralisiert werden und eine wirksame Mietermitwirkung bei der Wohnungsverwaltung, Stadtsanierung und dem Wohnungsbau durchgesetzt werden. Kein Polizeieinsatz bei Hausbesetzungen, keine Strafverfolgung der Besetzer.

▶ Damit Frauenfragen nicht weiter so nebenbei unter dem Stichwort "Soziales" abgehandelt werden, fordern wir die Einrichtung eines Frauenausschusses in der Bürgerschaft. Außerdem muß die Finanzierung der Hamburger Frauenprojekte — dem Bedarf entsprechend — durch die Schaffung eines Frauen-Etats gesichert sein.

▶ Zur Demokratisierung Hamburgs fordern wir ein Verbot der Tätigkeit der "Grauen Wölfe" und ihrer Tarnorganisationen. Neben unserer prinzipiellen Ablehnung der Sammellager für Asylanten fordern wir das uneingeschränkte Asylrecht.

Gegen die zunehmende Einschränkung des Demonstrationsrechts ist es erforderlich, den Einsatz von Polizeihunden auf Demonstrationen zu verbieten ebenso wie den Einsatz chemischer Kampfstoffe.

Eine Zusage, daß es keine Berufsverbotepolitik in Hamburg geben wird, ist für uns selbstverständlich.

▶ In der Friedenspolitik fordern wir ein Votum Hamburgs im Bundesrat gegen die NATO-Nachrüstungsbeschlüsse.

Für den Fall, daß die SPD sich nach der Wahl an die Grün-Alternative Liste wendet, sind wir zu Verhandlungen über Einzelheiten unseres Forderungskatalogs bereit. Die Substanz unserer Forderungen — insbesondere unser prinzipielles nein zum Sozialabbau und zur Sparpolitik, das Beschäftigungsprogramm, der Ausstieg aus der Atomenergie, Stopp der Hafenerweiterung, Sofortmaßnahmen in der Wohnungspolitik, Maßnahmen zur Demokratisierung — lassen wir in solchen Verhandlungen nicht antasten. Nicht bereit sind wir zu Tauschgeschäften (tausche Zustimmung zur Sparpoltik gegen Ablehnung der Atomenergie). Wir werden keine allgemeinen Zusagen und Versprechungen akzeptieren, sondern nur bindende Vereinbarungen, in denen die Verhandlungsergebnisse festgeschrieben werden und ein Terminplan für die Verwirklichung der Ergebnisse enthalten ist.

Beschlossen auf der Mitgliederversammlung der GAL-Hamburg am 14.3.82

Fortsetzung von voriger Seite

fahrung auch erst habe machen müssen. Diese Mahnung aus berufenem Munde wurde mit der Andeutung gekoppelt, alle Register der Rhetorik und Propaganda zu ziehen, falls die GAL sich den realpolitischen Anforderungen verweigern würde.

Die aktuelle Lage

Rein theoretisch könnte der SPD-Senat „auf ewig“ regieren. Abgewählt werden könnte er nur, wenn eine absolute Mehrheit der Abgeordneten bereit wäre, einen neuen Senat zu unterstützen. Diese Möglichkeit scheidet erst einmal aus. Andererseits ist der Senat aber gezwungen, sich für jede politische Entscheidung eine Mehrheit in der Bürgerschaft zu suchen. Mit 55 von 120 Sitzen hat die SPD diese Mehrheit nicht mehr. Sie wäre also gezwungen, sich wechselnde Mehrheiten mit Hilfe von Abgeordneten der CDU oder der GAL zu schaffen. Als besonders heikler Punkt gilt die jährlich anstehende Beschlußfassung über den Haushalt. Praktisch wäre ein Senat, der für seine Haushaltsvorlage keine parlamentarische Mehrheit zusammenbekommt, nicht mehr funktionsfähig. (Theoretisch könnte der Senat allerdings selbst dann noch versuchen weiterzuwursteln)

Als Ausweg bieten sich drei Alternativen an:
Die SPD oder die CDU bilden einen Minderheitssenat, der von der anderen Partei toleriert wird. Das wird von der CDU gefordert, die den Anspruch erhebt, sie als stärkste Partei müsse jetzt von der SPD zur Regierungsfähigkeit gebracht werden. De facto wäre das nichts anderes als eine verschleierte Form von Großer Koalition.

Theoretisch denkbar wäre auch ein Minderheitssenat der SPD, der sich mit der GAL verständigt und der der GAL einige Zugeständnisse macht, um beispielsweise deren Stimmen zur Verabschiedung des Haushalts zu bekommen. Die dritte Alternative wären Neuwahlen, die der Senat jederzeit veranlassen könnte.
Gegen die erste Möglichkeit wird allgemein angeführt, daß von Großen Koalitionen zwischen SPD und CDU erfahrungsgemäß eine negative Wirkung ausgeht: Verluste an Glaubwürdigkeit für das parlamentarische System, Einbrüche insbesondere im Potential der SPD. Gegen die zweite Möglichkeit — Zusammenarbeit mit der GAL — spricht, daß die SPD überhaupt nicht daran denkt, auf deren Forderungen einzugehen; andererseits sind aber auch die Aussichten für die SPD, eine ausreichende Zahl von GAL-Abgeordneten weit unterhalb des festgelegten Forderungskatalogs der GAL einkaufen zu können, sehr gering.

Die SPD setzt darum eindeutig auf Neuwahlen in einigen Monaten. Auch von der CDU werden Neuwahlen als einzig möglicher Ausweg gesehen. Aber immerhin kann es sich die CDU leisten, nach außen hin demagogisch g e g e n Neuwahlen aufzutreten und diese als Betrug am Wähler zu geißeln.

Aber immerhin kann es sich die CDU leisten, nach außen hin demagogisch g e g e n Neuwahlen aufzutreten und diese als Betrug am Wähler zu geißeln.

Ist ein Regierungsbündnis GAL-SPD möglich?

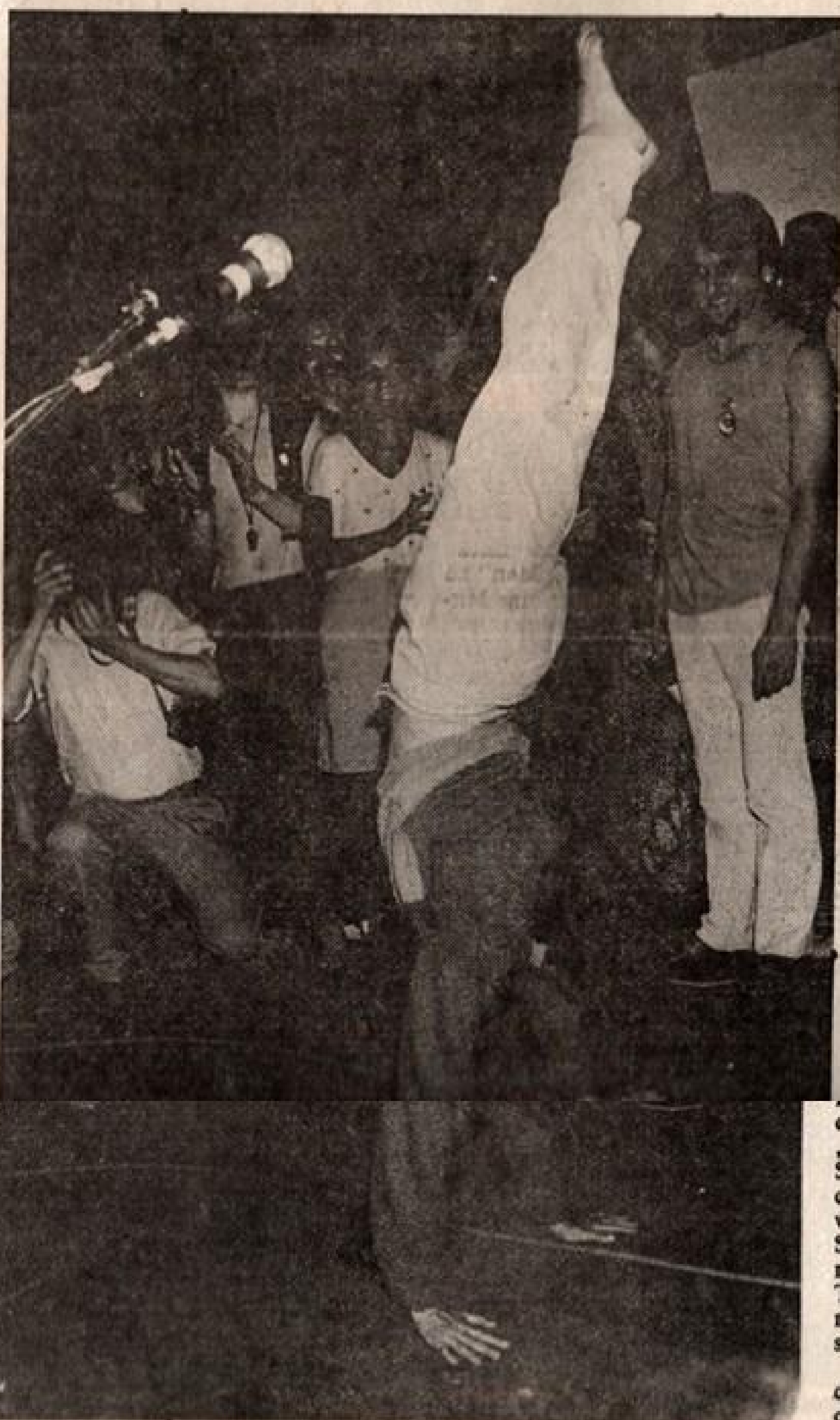
Erste Umfrage-Ergebnisse und Meinungsäußerungen deuten darauf hin, daß ein beträchtlicher Teil von SPD-Wählern es begrüßen würde, wenn SPD und GAL jetzt den Versuch einer Zusammenarbeit zwecks Wiederherstellung der Regierbarkeit Hamburgs unternehmen würden. Neben den Jusos haben sich auch schon mehrere SPD-Politiker öffentlich für einen solchen Versuch ausgesprochen. Unter ihnen ist der Abgeordnete Schümann, der direkt für die Bildung eines Minderheitssenats in Absprache mit der GAL plädiert. Schümann verweist darauf, *„daß es in wichtigen Punkten Übereinstimmung zwischen GAL und SPD“* gebe. Als Beispiele nennt er die Wohnungsbaupolitik, einen „Teilbereich der Kernenergie“ (Ausstieg Hamburgs aus Brokdorf) und die Sozialpolitik. **„Das Problem ist ja nicht, daß die Linie von SPD und GAL total unterschiedlich wäre. Das Problem besteht vielmehr in dem Radikalismus, mit dem die GAL-Forderungen durchgesetzt werden sollen.“** („Hamburger Abendblatt“, 9.6.). Auch der Abgeordnete und Ex-Bürgermeister Klose sieht „die einzige echte Chance“ zu einer Regierungsbildung „in der Kooperation von SPD und GAL“. In Gesprächen mit der GAL solle ausgetestet werden, *„ob sie überhaupt zur Übernahme parlamentarischer Pflichten bereit ist.“* (ebenda)

Der Versuch des Abgeordneten Schümann, die politischen Ziele von SPD und GAL als weitgehend gleichgerichtet darzustellen, wirkt in seiner naiven Dreistigkeit schon wieder liebenswert. Tatsächlich reicht ja ein Blick ins GAL-Programm aus, um zu erkennen, daß es hier nicht bloß um Unterschiede im Grad der Radikalität und der Ungeduld geht, sondern um p r i n z i p i e l l unterschiedliche Ziele und Absichten. **Diese Unterschiede ergeben sich im Kern daraus, daß die SPD ihre Politik an den Interessen des herrschenden Großkapitals orientiert, während die Absichten der GAL genau entgegengesetzt sind.** Wenn Dohnanyi nach der Wahl noch einmal die Linie der Hamburger SPD bekräftigt, jeden Versuch einer Hausbesetzung brutal zusammenknüppeln zu lassen, während sich GAL-Abgeordnete selbst an Hausbesetzungen beteiligen, wird der Unterschied im Grundsätzlichen offensichtlich. Oder, um ein anderes Beispiel zu wählen: Wenn die SPD sich in Hamburg allen Ernstes damit rühmt, daß hier 97 % aller Asylbewerber im Schnellverfahren abgelehnt werden, dann liegt die Differenz zur GAL ganz bestimmt nicht bloß auf der Ebene taktischer Meinungsverschiedenheiten über das Machbare.

In dieser Weise könnte man wirklich Punkt für Punkt die Regierungspraxis der SPD und die Forderungen der GAL miteinander konfrontieren. Es mag ein, daß sich linke SPD-Politiker im Lauf der Jahre daran gewöhnt haben, die riesigen Widersprüche und Gefälle zwischen ihren radikalen Ansprüchen einerseits und der Regierungswirklichkeit ihrer eigenen Partei andererseits auszuhalten und dabei noch sanft mit dem Rückgrat zu federn. Die GAL aber ist gerade aus dem Widerwillen gegen eine solche Art von Realpolitik entstanden. Wenn die GAL d a s wollte, was ihr jetzt einige linke SPD-Politiker antragen möchten, dann hätte man sich auch gleich bei den Jusos und in der SPD organisieren können. Die bloße Existenz der GAL ist eine Absage an solche Art von Politik des Machbaren.

Der Spielraum für Zugeständnisse der SPD an die Forderungen der GAL ist als sehr gering zu veranschlagen. Niemand — und gar nicht die klugen linken Realpolitiker — sollte sich der Illusion hingeben, als wäre von der SPD plötzlich eine radikale Kehrtwende zu erwarten. Eine Rückkehr der SPD-Politik auf das Niveau der Amtszeit von Klose wäre schon ein ganz gewaltiger, aktuell kaum vorstellbarer Schritt — aber trotzdem noch weit von den Forderungen der GAL für ein Tolerierungsangebot entfernt.

Daß die SPD ü b e r h a u p t zu einem Tolerierungs-Pakt mit der GAL ernsthaft bereit wäre, wird man bezweifeln müssen. Ein solcher Pakt hätte, unabhängig von seinen konkreten Bedingungen, eine weithin ausstrahlende Signalwirkung auf das gesamte Bundesgebiet. Die Entscheidung darüber müßte zwangsläufig in B o n n direkt in der Parteispitze der SPD fallen. Denkbar wäre eine solche Entscheidung nur im Rahmen einer generellen Umorientierung der SPD auf eine systematische Integrationspolitik nach links. Der Diskussions- und Abstimmungsverlauf auf dem Münchner Parteitag, die Degradierung Epplers und ähnliche Indizien sprechen jedoch gegen eine solche Umorientierung und weisen sogar in die entgegengesetzte Richtung.



und AL-Spitzenkandidatin Thea probt vorerst nur den Handstand.

Foto: argus

Die Taktik der SPD

Eine realistische Einschätzung wird davon ausgehen müssen, daß die SPD nichts anderes als Neuwahlen anstrebt. Neuwahlen haben für die SPD allerdings nur Nutzen, wenn sie ein günstigeres Ergebnis erbringen als die gerade durchgeführten. Ein derartiges günstigeres Ergebnis könnte zum einen darin bestehen, daß die FDP doch noch über die 5 %-Hürde gehievt wird, an der ihr kaum viel mehr als 2.000 Stimmen fehlen. Und ein günstigeres Ergebnis müßte zweitens eine Positionsverbesserung der SPD auf Kosten der GAL beinhalten. Diesem taktischen Ziel wird in der nächsten Zeit das Hauptaugenmerk der SPD gelten. Die demnächst anstehenden Verhandlungen zwischen SPD und GAL um ein Tolerierungs-Abkommen, sowie möglicherweise auch kontroverse Abstimmungen in der Bürgerschaft, werden der wichtigste Hebel dieser Taktik der SPD sein.

Ausgangspunkt der taktischen Überlegungen der SPD ist der Umstand, daß die GAL als Wahlbündnis ein ziemlich breites Spektrum von Meinungen und Vorstellungen überdacht. Ziel der SPD ist die Aufspaltung dieses Spektrums. Die tendenziell angelegten Widersprüche sollen bis zu Brüchen innerhalb der GAL vorangetrieben werden; das Wählerpotential der GAL soll „angeknabbert“ werden. In diesem Sinn wird die SPD immer wieder versuchen, die GAL in Situationen zu verwickeln, wo sie dem einen Teil ihres

den; das Wählerpotential der GAL soll „angeknabbert“ werden. In diesem Sinn wird die SPD immer wieder versuchen, die GAL in Situationen zu verwickeln, wo sie dem einen Teil ihres

Spektrums bereits allzu kompromißlerisch und unzuverlässig, dem anderen Teil hingegen immer noch viel zu wenig realpolitisch und kompromißbereit erscheint.

Diese taktische Grundlinie deutet darauf hin, daß die SPD der GAL in den nächsten Wochen durchaus einige Angebote machen wird. Nach bisherigen Erfahrungen in anderen Städten werden diese Angebote in erster Linie in einigen kleinen Appetithäppchen bestehen, die politisch irrelevant und finanziell verschmerzbar sind: also etwa ein zusätzliches Frauenhaus und/oder Jugendzentrum, ein paar neue Radfahrwege, vielleicht auch die Bildung irgendwelcher letztlich kompetenzloser und f o l g e n l o s e r Ausschüsse zur „Prüfung“ irgendwelcher Umweltbelange. Vielleicht wird man auch das ebenso alberne wie folgenlose Beschlusskarussell um den „Ausstieg aus der Kernenergie“ noch einmal in Bewegung setzen. Immerhin müßten die Angebote bedeutend genug erscheinen, um den einen oder anderen GAL-Abgeordneten doch noch ins Reich der staatsmännischen Träume abzuholen und echte Verwirrung in die Reihen der GAL zu tragen. Zudem ist nicht zu übersehen, daß die SPD-Spitze auch gegenüber Teilen ihrer eigenen Basis im Druck ist, ehrliche Verhandlungsbereitschaft und vernünftige Angebote gegenüber der GAL vorzeigen zu müssen. Die GAL könnte sich dann beispielsweise überlegen, ob sie sich mit einem großzügigen Angebot für den Ausbau der Radwege darüber hinwegtrösten läßt, daß in unserer Stadt Ausländer weiterhin wie der allerletzte Dreck behandelt werden. Allerdings haben es die Repräsentanten der GAL übereinstimmend abgelehnt, sich auf derartige „Tauschgeschäfte“ einzulassen. Das ist eine gute Ausgangsbasis, an der man unbedingt festhalten sollte. Denn die GAL würde sich völlig unglaubwürdig machen, wenn sie Interessen des einen Teils ihrer Basis gegen die Interessen anderer Teile ausspielen lassen würde.

Andererseits wird die GAL erhebliche Aktivitäten investieren müssen, um in den nächsten Wochen ständig und offensiv allen Versuchen der SPD entgegenzutreten, der GAL den Schwarzen Peter für die „Unregierbarkeit“ der Stadt und für das Nicht-Zustandekommen von „konstruktiven“ Vereinbarungen zuzuschieben. Dabei kann die GAL sich darauf stützen, daß sie real die einzige Partei in er Bürgerschaft ist, die ein positives Regierungsprogramm hat und die nicht bloß mit allen taktischen Finessen auf Positionsverbesserung für Neuwahlen aus ist. Von der SPD wird im Konkreten der Beweis verlangt werden müssen, was an den GAL-Forderungen eigentlich „nicht machbar“ sein soll — und auf Grund welcher Interessen es für die SPD „nicht machbar“ ist.

Bei aller gebotenen Skepsis über die Chancen, der SPD h e u t e schon wesentliche Zugeständnisse zu entlocken, muß allerdings auch die längerfristige Wirkung des Vorgangs gesehen werden. Es ist immerhin eine außerordentliche Entwicklung, daß die SPD jetzt überhaupt öffentlich über Regierungsbündnisse und Blockbildungen mit den Grün-Alternativen nachdenken und streiten muß (In Hamburg hat die traditionell rechte AfA/Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD sich vehement gegen eine Zusammenarbeit mit der GAL ausgesprochen. Sie fordert Neuwahlen. Andererseits befürwortet die AsF/Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen in der SPD eine Öffnung der SPD in Richtung GAL und betont besonders, daß es „starke

Neuwahlen. Andererseits befürwortet die AsF/Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen in der SPD eine Öffnung der SPD in Richtung GAL und betont besonders, daß es „starke

Berührungspunkte“ mit der GAL in der Frauenpolitik gebe).

Langfristig scheinen tatsächlich Möglichkeiten denkbar, mit der SPD bzw. Teilen der SPD gemeinsam eine „Trendwende“ der Kräfteverhältnise im Land zu erreichen. Damit das geschehen könnte, müßten sich in der SPD allerdings noch gewaltige Umwälzungen ereignen. Gerade um solche Prozesse zu begünstigen, müssen die Kräfte l i n k s von der SPD noch mehr gestärkt werden.

Hamburg Wandsbek: Grüner Alleingang gescheitert

Im Hamburger Bezirk Wandsbek kam es zu dem Versuch einer Alleinkandidatur der Grünen. Die Mehrheit der Grünen-Bezirksgruppe hatte sich dafür ausgesprochen und gleichzeitig erklärt, daß man auf Bürgerschaftsebene die GAL unterstützt. Erklärtermaßen wurde die Ablehnung des Bündnisses mit de AL mit deren Linkslastigkeit begründet. Wandsbek sollte Testfall und Signal dafür sein, daß eine grüne statt grün/alternative Kandidatur größere Erfolgsaussichten hat. Dagegen stand die Kandidatur der GAL-Bezirksgruppe Wandsbek, die von der AL und der relevanten Minderheit der Grünen (ca. 40% der Mitglieder) kurz vor Listenabgabeschluß gebildet wurde.

Das Wahlergebnis war für die GAL höchst erfreulich, für die Grünen-Alleingänger eine vernichtende Niederlage:

GAL: 16523 Stimmen = 7,1% (3 Sitze)
Grüne: 3404 Stimmen = 1,5%

Noch deutlicher macht diese Niederlage der Vergleich zu 1978, wo die den Grünen vergleichbare GLU 2,2% erhielt (die Bunte Liste kandidierte 1978 nicht für das Bezirks parlament). Das Ergebnis für die rechtsökologische grüne Strömung wurd auch durch das Abschneiden der ÖDP nicht viel besser, die in Wandsbek 480 Stimmen (0,2%) erhielt.

Das Wandsbeker Abschneiden ist unter mehreren Gesichtspunkten wertvoll: Es bestätigt, daß das Bündnis von Grünen und Alternativen, also einer ökologisch orientierten Liste mit ausgeprägtem linken Profil durchaus vom Wähler honoriert wird und es sollte Ermutigung für die Auseinandersetzung in anderen Städten und Bundesländern sein, die Zusammenarbeit von Grünen, linken Alternativen und Sozialisten zu verstärken und schädliche grüne Alleingänge zu verhindern. Insbesondere das rapide Rechtsabdriften der SPD bei gleichzeitigem rapiden Wählerverlust sollte am Hamburger und Wandsbeker Wahlergebnis deutlich gemacht haben, daß die Zukunft einer Alternative zur SPD links von dieser liegt.

Streiflichter aus dem GAL-Wahlkampf

Anders als bei der Bunten Liste 1978 nahmen sich die zentralen Aktivitäten der GAL eher bescheiden aus. Stärker war allerdings die Aktivität auf Stadtteil- und Bezirksebene mit einer Vielzahl von Veranstaltungen.

Für Hamburg bescheidene 3000 Stellschilder hatte die GAL im Wahlkampf aufgestellt.

Viele von der GAL nicht getragene (aber Unterstützte) Aktivitäten wiesen große Nähe zu den Forderungen der GAL auf (dies gilt besonders für das Elbfischerfest und die Elbe-Aktions-Woche).

5000 Menschen nahmen an der einzigen GAL-Großveranstaltung im Wahlkampf teil, dem Friedensfest unter dem Motto „NachRüstung kommt Krieg“ mit u.a. Karl Heinz Hansen, Henning Venske, Pastor Wolfgang Grell, Udo Lindenberg, Philipp Berrigan (USA), Gebrüder Engel. Höhepunkt des Festes war der populäre GAL-Kandidatenchor, der das treudeutsche Lied von Nicole, „Ein bißchen Frieden“ parodierte.

Über 1000 Menschen besuchten die GAL-Veranstaltung unter dem Titel „Wir leben gern zusammen mit Ausländern“, die von GAL und Ausländergruppen zusammen durchgeführt wurde.

Die GAL beteiligte sich an einer Demonstration gegen die HLA vier Tage vor der Wahl. 6500 Menschen folgten dem Aufruf vom Deutsch-Ausländischen Aktionsbündnis, GEW, DKP, KB. Jungsozialisten, GAL und verschiedenen linken Gruppen und Initiativen.

4000 Demonstranten beteiligten sich einen Tag vor der Wahl an der Demonstration gegen den Reagan-Besuch und den NATO-Gipfel. Aufgerufen hatten linke und autonome Gruppen sowie die GAL. Mit Rücksicht auf den Wahltermin hatten DKP und Jusos schwer gegen diese Demo gekoffert.

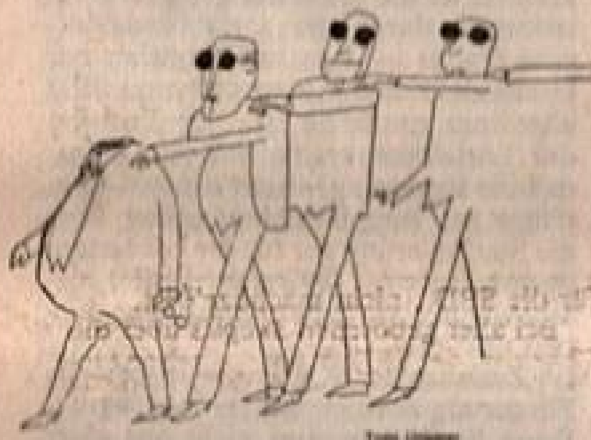
Einer der „Wahlkampf“-Höhepunkte war eine Initiative „Gewerkschafter für die GAL“. Über 200 Betriebs- und Personalräte, Vertrauensleute und Jugendvertreter unterschrieben diesen Aufruf, der fünf Tage vor der Wahl als Anzeige in der „Hamburbger Morgenpost“ erschien. Unter den Unterzeichnern waren nicht nur 7 Betriebsratsvorsitzende, sondern auch eine Reihe von Gewerkschaftern, die Mitglied in der SPD sind, was dort erhebliche Unruhe hervorrief.

Ebenfalls per Anzeige riefen Kulturschaffende für die GAL auf. Neben bekannten linken Künstlern wie Udo Lindenberg, Marius Müller Westernhagen, Wolf Biermann, Ton Steine Scherben, Michael Naura waren viele Hamburger Basiskünstler darunter, 21 Mitarbeiter vom Schauspielhaus, eine Reihe Journalisten (u.a. von NDR und „Hamburger Morgenpost“).

Die größte Stimmung herrschte am Abend des 6.6. bei der Wahl-Fete in der „Fabrik“. Mehr als 2000 Besucher nahmen im Laufe des Abends daran teil. Der Erlös der Fete, ca. 8.700 DM wird für den Befreiungskampf in El Salvador gespendet.

DKP vom Wähler enttäuscht

Als *„enttäuschend"* beklagt der Bezirksvorstand Hamburg der DKP das Wahlergebnis. *„Trotz eines intensiven Wahlkampfes"* (der wie üblich eine Stärkung der DKP zur Folge hatte) stehe das Wahlergebnis *„in deutlichem Widerspruch zu de gewachsenen Anerkennung der DKP in außerparlamentarischen Bewegungen"*. Mit 0,6% gleich 5546 Stimmen hat die DKP das mieseste Ergebnis aller Zeiten erreicht. 1974 hatte sie noch bei 1,8% gelegen, war dann beim Auftreten der Bunten Liste 1978 auf 1% gefallen und hat somit seit 1974 zwei Drittel ihrer Wähler eingebüßt. Wenn man weiß, daß die DKP ihre Mitgliederzahl in Hamburg mit 3200 angibt, so läßt sich schlußfolgern, daß die Stimmen der DKP fast ausschließlich aus den Reihen der Mitglieder, Verwandten und engeren Bekannten stammen. Eine Wirkung der Partei nach a u ß e n ist im Wahlergebnis kaum noch zu erkennen. Als Ursachen des Fiaskos nennt der Bezirksvorstand Hamburg der DKP an erster Stelle *„die den Wahlkampf beherrschende Polarisierung zwischen CDU und SPD"*. An zweiter Stelle kommen *„die Wirkungen der undemokratischen Fünf-Prozent-Klausel"*, und an dritter Stelle *„die Existenz zählebiger, von den Massenmedien systematisch geförderter Vorbehalte gegen unsere Politik"*, die der GAL zugute gekommen seien.



An klugen Ratschlägen des Bezirksvorstands, wie die DKP zu besseren Wahlergebnissen kommen könnte, fehlt es auch diesmal nicht: *„...Dies ist nur möglich durch eine beträchtliche zahlenmäßige Stärkung der DKP und eine wachsende Verankerung insbesondere in Betrieben und Arbeiterwohngebieten"*. Und wie fängt man Hasen? Ganz einfach: Man hält sie an den Beinen fest und streut ihnen Salz auf den Schwanz!

dere in Betrieben und Arbeiterwohngebieten". Und wie fängt man Hasen? Ganz einfach: Man hält sie an den Beinen fest und streut ihnen Salz auf den Schwanz!

Man fragt sich schon, was die DKP eigentlich dazu treibt, sich derart demütigende (und vor allem: voraussehbare!) Wahlergebnisse einzuhandeln, statt lieber in einer scheinbar noblen und politisch klugen Geste zugunsten der GAL auf eine eingene Kandidatur zu verzichten. Offenbar ist die Partei inzwischen so stark angeschlagen, daß sie auf aufwendige Eigenkandidaturen zum Zweck des Zusammenhalts ihrer Leute nicht mehr verzichten kann.

Nur aus dieser Logik heraus läßt sich au erklären, daß die DKP ihren Wahlkampf fast ausschließlich gegen die GAL geführt hat. Mit Unverschämtheiten, wie man sie von der DKP im Umgang mit anderen Linken seit Jahen gewöhnt ist, wurde dabei auch diesmal nicht gespart. Vorbei sind die sehr kurzen Zeiten des vorigen Jahres, als die DKP um einen Platz im Wahlbündnis warb und zu diesem Zweck ihren Wortführern kiloweise Kreide verordnet hatte.

Einige Beispiele für die intensive Wahlkampfführung der DKP gegen die GAL seien hier kurz genannt:

\+ Im April erschien eine Broschüre des Bezirksvorstands gegen die GAL, in der die GAL glattweg verdächtigt wurde, sie strebe eine **„sachliche Zusammenarbeit mit der CDU"** an und sei im Grunde **„so alternativ wie die CDU"**. Da sich dieser Unfug nicht an Programm und Politik der GAL beweisen läßt, führte die DKP-Broschüre stattdessen Beispiele von der rechten BGL (Bremen), von den Grünen Baden-Württembergs, von den hessischen Grünen und über einen zur CDU übergetretenen Grünen in Niedersachsen an. Alles das hat zwar mit der GAL absolut nichts zu tun, gibt aber für eine billige Polemik sehr viel Stoff. Soweit der ganze Inhalt dieses Pamphlets, der nur noch knapp durch den Vorwurf angereichert wurde, die GAL betreibe einen *„Rückzug von der Basis"*. Dieser Vorwurf bildete überhaupt den Leitfaden in allen Polemiken der DKP gegen die GAL, wobei die DKP sich immer wieder selbst als wahre Fürsprecherin und Repräsentantin der Basis in Empfehlung brachte.

\+ Der DKP-Bezirksvorsitzende W.Gehrcke polemisierte am 28.5. in der DKP-Zeitung „UZ" in einem langen Artikel gegen die GAL. Als Hintergrund dieser auffallend giftigen Polemik ist anzumerken, daß gerade Gehrcke sich 1981 sehr stark für eine Öffnung der DKP gegenüber der Neuen Linken und für Beteiligung der DKP an einem Wahlbündnis engagiert hatte. In dem Artikel heißt es nun beispielsweise: **„...Auch in der Wahlkampfführung der Grün-Alternativen-Liste ist deutlich die Verschiebung zugunsten 'neuer Parlamentsaufgaben' und ein Rückzug aus der außerparlamentarischen Bewegung zu beobachten...Tatsächlich ist die Entfernung von der Basis außerparlamentarischer Bewegungen vorprogrammiert. Daß unter diesen Vorzeichen bei GAL-Kandidaten Bärte fallen, Anzüge ausgemottet werden, Fraktionszimmer in den Rathäusern zu Grundsatzdiskussionen führen, sind nur spöttische Randerscheinungen des abgeblätterten Lackes, eines K r a m p f bündnisses zwischen Grünen und Alternativen, das einzig durch den Wunsch, hinein ins Parlament, zusammengehalten wird"**. (Und an diesem Krampfbündnis hätte sich die DKP gern selbst beteiligt? Igitt!).

Zu erwartende Wahlergebnisse seien übrigens, so Gehrcke, überhaupt kein Argument. Und für die DKP gilt eben immer noch das „Klein, aber fein". Es fehlte auch nicht der Hinweis, daß die DKP ihre Aufgabe gar nicht im Parlament, sondern im *„Vertreten der 'wirklichen Bewegung'"* sieht. Warum die DKP trotzdem jahrelang ihre Wahlkämpfe mit der zentralen Parole „DKP ins Rathaus" bestritten hat, bleibt unerfindlich. Sicher scheint jedenfalls, daß die DKP in der nächsten Zeit nicht nachlassen wird, sich als die weitaus konsequentere, radikalere, basisnähere, bewegungsbezogenere etc. Alternative zur GAL dazustellen. Aber: Wer glaubt ihr diese Rolle?!...

Bremen: Nach der BGL nun eine „Offene Liste"

Die wohl bittersten Erfahrungen in Sachen Wahlbewegung hat in der Vergangenheit die Bremer Linke machen müssen: War sie doch maßgeblich daran beteiligt, zum Teil durch Nichtverhalten, vor allem aber durch massive Unterstützung, 1979 die Bremer Grüne Liste (BGL), nach der Spaltung in Grüne und Alternative, ins Parlament zu hieven. Die rechtslastige Parlamentspolitik der BGL ist weit über Bremens Grenzen hinaus zu trauriger Berühmheit gelangt.

Ob die Bremer Linke aus diesen bitteren Erfahrungen Lehren gezogen hat, wird sich in den nächsten Monaten zeigen. Das Distanzieren von der BGL läuft allemal gut ab; dazu gehört aber auch nicht mehr viel, seit die BGL zu einem bedeutungslosen Häufchen geworden ist, und besonders seit Peter Willers sich öffentlich von der BGL-Politik losgesagt hat. Aber zu mehr hat es bisher auch nicht gereicht; keine Selbstkritik aus dem damaligen BGL-Unterstützerkreis „Links für Grün", keinerlei Bereitschaft zur Aufarbeitung der schlechten Erfahrungen.

Neuer Anlauf für ein Wahlbündnis

Im Herbst '83 sind in Bremen wieder Wahlen. Und nachdem in einigen Kreisen wie Alternative Liste, ISP-Spektrum und auch in DKP-Kreisen eine öffentliche Diskussion über den Aufbau einer Bündnis-Liste begonnen hat – es entstand ein „Initiativ-Kreis Grün-Alternative Politik" für Bremen (IGAP) – meldete sich jetzt auch der Landesverband der Grünen Partei zu Wort. In einer Presseerklärung vom 25.5. gaben sie den Beschluß ihrer Mitgliederversammlung vom Vortag bekannt, zu den Bürgerschaftswahlen eine „offene Liste" unter dem Namen „Die Grünen" zu bilden. Dem Beschluß war eine Mitgliederversammlung vorausgegangen, auf der die Grünen überhaupt erstmals ihre Position zur Wahl '83 diskutierten. Das lief allerdings nicht inhaltlich, sondern ausschließlich formal, nach dem Motto: erst müssen die Bedingungen geklärt werden, über Inhalte können wir immer noch reden. Diese Diskussion hatte verflixte Ähnlichkeit mit der Argumentation, mit der die BGL '79 ihren Alleingang durchzog. Kurioserweise mußten die schlechten Erfahrungen mit der BGL herhalten, um mit den gleichen Methoden, wie Antikommunismus, Ausgrenzung anderer Positionen, formale Festlegungen, wie sie die BGL seinerzeit anwandte, das eigene Vorgehen zu rechtfertigen.

So schreibt z.B. der Landesvorstand der Grünen in seiner Beschlußvorlage für die Mitgliederversammlung: *„Die BGL war ein erster Versuch, in Bremen den Fuß ins Parlament zu bekommen. Der Versuch ist aus vielerlei Gründen gescheitert, doch sollten wir darin auch eine Chance sehen, aus den gemachten Fehlern zu lernen und die vorliegenden Erfahrungen zu nutzen"*.

Losgelöst von der Bremer Basisbewegung soll ein Listengebilde aufgebaut werden, das zwar immerhin den Namen Grün trägt (und das allein ist ja einigermaßen Garant für Wahlerfolg), aber kaum verankert ist. Da sollen zwar Vertreter der Basisbewegung kandidieren dürfen, aber die Bedingungen werden von den Grünen diktiert. Auch Peter Willers, der an diesem Abend Mitglied der Grünen wurde, warnte vor dem „Fetisch Initiativen"; das hätte bei der BGL auch schon nicht geklappt. Na sowas! Ebenso griff er den „Fetisch vom Bündnis" an. Auch wenn die Grünen mit allen reden wollen, gebe es Trennungslinien. Die Positionen der Grünen seien klar, davon könnten sie nicht mehr abrücken. Alle, die diese Positionen akzeptieren, könnten mitmachen, die anderen grenzen sich selbst aus. Auf keinen Fall möchte er „Hamburger Verhältnisse". Was hat er denn nun eigentlich gelernt?

Auch der Antikommunismus ist der Gleiche geblieben. Wieder müssen K-Gruppen und ähnliches herhalten, um Bündnisse auszuschließen. So ist in der Beschlußvorlage des Landesvorstandes der Grünen zu lesen: *„Der Landesverband der Grünen ist z.Z. die einzige politische Kraft, die sich als parlamentarische Alternative mit Aussicht auf Erfolg zur Wahl stellen kann. Der Wahlantritt könnte in einem Wahlbündnis (z.B. Grün-Alternative Liste) oder nur als ‚Grüne' mit einer offenen Liste (wie in Hessen) erfolgen.*

Gegen den Vorschlag einer Grün-Alternativen-Liste spricht: Bündnispartner für eine Grün-Alternative-Liste in Bremen wären die möglicherweise sich konstituierenden Demokratischen Sozialisten, die DKP, die entsprechende Vorstöße macht, die Alternative Liste, die weitgehend in ihren Positionen identisch mit dem KB (Kommunistischen Bund) ist, und der andere Rest des sich auflösenden Marxistisch–Leninistischen

sprechende Vorstöße macht, die Alternative Liste, die weitgehend in ihren Positionen identisch mit dem KB (Kommunistischen Bund) ist, und der andere Rest des sich auflösenden Marxistisch–Leninistischen

(ML) Spektrums (Initiative Sozialistische Politik; KBW). Eine solche Grün-Alternative-Liste in Bremen wäre keine Verbreiterung des grünen Spektrums, sondern eher eine Einengung hin zu einer links-sozialistischen Exoten-Partei" (Es folgen drei weitere Punkte). Was ist daran eigentlich anders als damals bei der BGL? Nur daß das heute von Leuten kommt, die – wie der ehemalige „KPD"ler Martin Thomas – sich selbst einmal zur Linken zählten.

Das Bremer Bundeshauptausschußmitglied der Grünen, Peter Puppe, geht in der von ihm eingebrachten Resolution zum Selbstverständnis der Grünen noch ein Stück weiter: *„Bündnisse so unterschiedlicher politischer Ansätze und Auffassungen sind von Vornherein zum Scheitern verurteilt, weil die Übertünchung grundlegender inhaltlicher Widersprüche spätestens nach der Wahl zu inneren Differenzen führt, die letztlich kaum zu überwinden sind und eine gemeinsame, langfristige parlamentarische Arbeit unmöglich machen. – Dies lehrt auch die jüngste Geschichte der Bremer Grünen Liste"*.

Von Jo Müller, der 1979 mit seinem „Links für Grün"-Engagement die BGL unterstützte und heute zu den Hauptrednern der Grünen gehört, wurde diese Aussage noch konkretisiert: ein Bündnis wie die GAL in Hamburg könne nicht gutgehen; so unterschiedliche Positionen könnten im Parlament nicht zusammenarbeiten.

Warum so eilig?

Interessant ist die Affengeschwindigkeit, mit der die Grünen ihr Modell durchziehen wollen. Es hätte sie doch nichts gekostet, in den eigenen Reihen ein bißchen inhaltlich zu diskutieren, und wenn's nur wäre, um den Schein zu wahren. Stattdessen wurde schon aus der Einladung zur MV deutlich, daß die formale Festlegung auf „Offene Liste" im Vordergrund stand. Und dabei sind es noch 1 1/4 Jahre hin bis zur Wahl!

Sollten wieder einmal die Bremer Grünen diejenigen sein, die die Zeichen setzen? Es wird möglicherweise bald Bundestagswahlen geben. Und die Grünen haben anscheinend bisher nicht viel im Sinn mit einem grün-alternativen Bündnis wie in Hamburg.

Schon einmal waren Bremer Grüne – nämlich die BGL – Wegbereiter für grüne Alleingänge. Die letzten Bremer Wahlen waren kurz vor Gründung der Grünen Partei: eine gemeinsame Liste in Bremen oder eine Absage der Linken an die Spaltung der BGL, wodurch diese nicht ins Parlament gekommen wäre, hätte damals die Diskussion und Entscheidung bundesweit anders bestimmt. Und nun ziehen schon wieder Grüne in Bremen ihren Kurs durch.

Da macht es keinen nennenswerten Unterschied, daß durch den Änderungsantrag eines Linken die Abstimmung auf dieser MV noch nicht definitiv Beschluß für „Offene Liste" hieß, sondern als Kompromiß dargestellt wurde. Statt einer förmlichen Erklärung zur Bildung einer „Offenen Liste" heißt es jetzt: *„Der Landesverband ‚Die Grünen', Bremen spricht sich zur Bürgerschaftswahl 1983 für eine offene Liste unter dem Namen ‚Die Grünen' aus."*

Auch ein weiterer Passus des grünen Beschlusses, die inhaltlichen, personellen und organisatorischen Fragen in einer „Arbeitsgruppe Grün 83" zu klären, sagt nichts über Möglichkeiten des Einwirkens auf die Grünen aus, wie so viele Linke gern hineininterpretieren.

Was macht die Linke?

Es gibt im Bremer Landesverband der Grünen einige Linke (ISP-Spektrum und SB), die aber in der Minderheit sind und wenig Einfluß haben. Sie versuchten auf der MV eine Auseinandersetzung, ließen sich aber auf die Logik der „offenen Liste" ein. Sie propagierten erst inhaltliche Diskussion, dann könne am Ende auch eine „offene Liste" dabei rauskommen. Sie konzentrierten sich sehr auf die „AG Grün '83", für die durchgesetzt wurde, daß sie offen auch für Nichtgrüne ist. Nicht ein Beitrag der linken Grünen argumen-

Ende auch eine „offene Liste" dabei rauskommen. Sie konzentrierten sich sehr auf die „AG Grün '83", für die durchgesetzt wurde, daß sie offen auch für Nichtgrüne ist. Nicht ein Beitrag der linken Grünen argumen-

tierte gegen eine „offene Liste".

Das ISP/SB/KBW-Spektrum setzt auf die „AG Grün 83", um über die inhaltliche Diskussion und Zusammenarbeit mit den Grünen das Kräfteverhältnis innerhalb der Grünen zu verändern. Ein Teil von ihnen ist bereit, die „offene Liste" zu akzeptieren, wenn nur das Programm stimmt. Aber Programme sind wirklich nicht der Knackpunkt in der Wahlbewegung. Das Saarbrücker Programm der Grünen z.B. ist ja nicht das Schlechteste, sagt aber noch gar nichts über die Arbeit und die Basisdemokratie bei den Grünen aus, z.B. über Zusammenarbeit mit Initiativen, Bereitschaft zur Kontrolle, imperatives Mandat. Das sind die Knackpunkte, und wenn es auch sinnvoll ist, in der „AG Grün '83" mitzuarbeiten; die Auseinandersetzung mit den Grünen zu führen, so wird sicherlich Kompromißbereitschaft nur durch entsprechenden Druck von außerhalb der Grünen erreicht werden. Das heißt, in Bremen müßten sich die Kräfte wie z.B. die Demokratischen Sozialisten, die den Beschluß der Grünen als Affront auffassen, die Alternative Liste, gegen die bei den Grünen ein Unvereinbarkeitsbeschluß existiert (der wurde gerade vor einigen Wochen aufgefrischt!) die ARPO, die im Gewerkschaftsbereich aktiv ist und sich nicht den grünen Positionen unterordnen wird, und Initiativen, wie z.B. das Netzwerk, die bereits einen Offenen Brief an die Grünen verfaßten, zusammenschließen, um die Grünen mit ihren Positionen und der Forderung zur gleichberechtigten Zusammenarbeit zu konfrontieren.

Es ist zu hoffen, daß die Linke Bremens selbstbewußt genug ist, sich nicht vom dreisten Auftreten der Grünen abschrecken zu lassen.

KB-Gruppe Bremen



HOLGER HEIMANN
Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg

7000 STUTTGART 1, den 28.4.1982
Haus des Landtags Konrad-Adenauer-Str. 3

6900 HEIDELBERG

Artikel vom 19.4.1982, Seite 18
"Die grüne Basis rebelliert"

Liebe Genossen vom Arbeiterkampf,

was der Freiburger Genosse über mich schreibt, ist teils unwahr, teils zu kurz gegriffen. "Der grüne Landtagsabgeordnete z.B. spart von seinen acht Mille immer ein nettes Sümmchen für seinen nächsten Wahlkampf". Die reaktionäre Presse behauptet immer, wir bekämen Knete aus Moskau, davon habe ich bisher genausowenig gesehen, wie von den acht Millen. Für den nächsten Wahlkampf spar ich nichts, obwohl's kein schlechter Vorschlag ist. Im Jahre 1980, wo ich 9 Monate lang Landtagsgelder bekam, flossen über DM 30.000 Einnahmen an die Heidelberger Szene. Die finanzielle Offenlegung von 81 lege ich Euch bei.

Weiter wird im Artikel suggeriert, ich habe beim Recklinghauser Forum Lohnverzicht gepredigt. Das ist eine Aussage, die ein Leserbrief im Bonner Extra-Dienst der DS glauben machen will. Richtig ist, daß ich der Ansicht bin, daß ein Bündnis zwischen Grünen und der DS langfristig wünschenswert ist, daß der Knackpunkt eines solchen Bündnisses ein Zusammenraufen in wirtschaftspolitischen Vorstellungen liegt. Dazu habe ich in Recklinghausen den Vorschlag gemacht, auf kommunaler Ebene gemeinsame Arbeitsgruppen zu bilden. Um die denkbaren Reibungspunkte darzustellen, habe ich, der Kürze meiner Redezeit entsprechend, einige, zugegebenermaßen provokante, Versatzstücke beigefügter Rede vorgetragen.

Beide Unterlagen könnt ihr redaktionell verwerten oder dem Freiburger Genossen mit der Bitte um konstruktive Kritik zuschicken. Bei aller Solidarität mag ich nicht mit Helgo im gleichen Weltbildereintopf verrührt werden.

Euer Genosse Abgeordneter

Holger

Anlagen

Diese Richtigstellung zu dem Artikel aus AK 220 lag uns schon für AK 221 vor. Bedauerlicherweise ist der Abdruck durch ein Versehen in der Endbearbeitung verschoben worden.

Kleines AK-Lexikon:

Die niederländische Friedensbewegung

(Teil 1)

Der wichtigste Partner der westdeutschen Friedensbewegung ist im internationalen Maßstab die niederländische Friedensbewegung, die ihrerseits zu den bedeutendsten Friedensbewegungen Europas gehört.

Die niederländische Friedensbewegung hat seit ihrem (neuerlichen) Aufbruch 1977 eine Reihe wichtiger Erfolge erkämpft. 1,2 Millionen Unterschriften gegen die Neutronenbombe 1978, fast eine halbe Million Demonstranten gegen die „Nachrüstung" 1981 zeigten auf, welche Kraft und Breite die niederländische Friedensbewegung erreicht hat. Eine Breite und eine Kraft, der auch das niederländische Parlament Rechnung tragen muß: 1978 sprach sich dieses Parlament mit großer Mehrheit gegen die Neutronen-Bombe aus (während die BRD-Regierung der Einführung dieser Waffe damals ohne größere Proteste zugestimmt hatte und erst nach den Protesten der Friedensbewegung von der Schmidt-Regierung derzeit die Forderung nach Nicht-Stationierung der Neutronen-Bombe aufgenommen wurde). Die Beschlußfassung über die Zustimmung zur „Nachrüstung" vertagte das niederländische Parlament um zwei Jahre und schiebt auch heute noch die Entscheidung vor sich her, obwohl u. a. bundesdeutsche Politiker den Niederlanden mit „schweren Konsequenzen" (Apel) für den Fall einer Ablehnung der „Nachrüstung" gedroht haben.

D i e niederländische Friedensbewegung im Sinne einer einheitlichen Gruppierung — wie sie hierzulande meist gehandelt wird — gibt es natürlich nicht. Politisch teilweise äußerst unterschiedliche Gruppierungen der Friedensbewegung kommen vielmehr aus fast allen wichtigen gesellschaftlichen Bereichen und beeinflussen diese wiederum, woraus ja gerade die Breite der Bewegung entstanden ist.

Im ersten Teil dieses Artikels stellen wir die kirchlichen Friedensorganisationen vor, die Gruppierungen der Kriegsdienstverweigerer, die

Im ersten Teil dieses Artikels stellen wir die kirchlichen Friedensorganisationen vor, die Gruppierungen der Kriegsdienstverweigerer, die Plattform der radikalen Friedensgruppen und das Komitee „Stoppt die Neutronenbombe". Im zweiten Teil (in einer der nächsten Ausgaben des AK) folgt die Darstellung der Frauenfriedensbewegung, der Soldatengruppen, der Berufsgruppen gegen Atomwaffen, der politischen Parteien, die Teil der Friedensbewegung sind und der Position der Gewerkschaften zur Friedensfrage. (Diese Einteilung stellt keine Rangordnung dar, sondern erfolgt aus rein praktischen Gründen: am zweiten Teil des Artikels arbeiten wir noch). Die Bearbeitung dieses umfangreichen Themas wäre uns nicht möglich gewesen ohne die Unterstützung, die uns niederländische Freundinnen und Freunde des AK in Form von Materialien und eigenen Beiträgen zukommen ließen. Ein kräftiges „Freundschaft" dafür über die Grenze und „tot ziens" in Amsterdam, Bonn und Washington!

Kirchen

Der Interkirchliche Friedensrat

Die größte und einflußreichste Gruppierung aus dem kirchlichen Bereich ist der Interkirchliche Friedensrat (IKV), der seit dem Hamburger Kirchentag auch in der BRD in Erscheinung getreten ist.

Der IKV wurde 1966 von Vertretern der drei größten Kirchen (Römisch-Katholische Kirche, Reformierte Kirche in den Niederlanden, Niederländische Reformierte Kirche) aus Sorge vor dem „Wettrüsten" gegründet (1). Neben diesen drei größten Kirchen sind im IKV sechs weitere, kleinere Kirchen vertreten.

Der IKV ist das offizielle ökumenische Organ dieser neun Kirchen, das für *„Fragen des Friedens, der Sicherheit und der Gerechtigkeit auf der Welt"* (2) zuständig ist. Als offizielle Mitglieder des IKV gelten nur die von den Kirchenleitungen benannten 25 Vertreter dieser Kirchen. Sie bilden den Rat, der das höchste Organ des IKV ist. Dem Rat zur Seite steht ein Sekretariat mit inzwischen einem Dutzend von den Kirchen bezahlten Kräften.

Die IKV-Basis wird gebildet von einigen hundert autonomen regionalen und lokalen „Kernen". Die Aktivisten dieser Kerne haben einen Sympathisanten-Status. Diese Kerne haben keinen strukturell festgelegten Einfluß auf die zentrale Politik des IKV.

Der IKV ist zwar einerseits das offizielle ökumenische Friedens-Organ der ihm angeschlossenen Kirchen, kann aber andererseits *„seinen allgemeinen Auftrag unter eigener Verantwortung erfüllen, ohne dabei die angeschlossenen Kirchen zu binden"* (3). D. h., daß die Standpunkte des IKV nicht unbedingt mit denen der angeschlossenen Kirchen identisch sein müssen. Von den neun Kirchen vertreten z. B. nur die Niederländische Reformierte Kirche, die Mennoniten und die Quäker, auch selbst die — derzeit wichtigste — Forderung des IKV nach sofortiger, einseitiger Entfernung aller Atomwaffen aus den Niederlanden.

Das politische Spektrum des IKV reicht von Teilen der christdemokratischen (CDA) und sozialdemokratischen Partei (PvdA) bis hin zur Pazifistisch-Sozialistischen Partei, wobei verschiedene sozialdemokratische Strömungen am stärksten vertreten sind.

In den ersten zehn Jahren bestand die Hauptaktivität des IKV in der Organisierung der jährlich stattfindenden „Friedenswoche" zu Themen wie „Hunger und Gewalt in der Welt", „Die Zukunft Europas", „Die Kriegsfrage nach 25 Jahren UNO". Diese „Friedenswoche" wirkte jedoch kaum über kirchliche Kreise hinaus.

Zudem stellte der IKV 1976 fest, *„daß eigentliche Rüstungsfragen fast vollständig von der Tagesordnung verschwunden waren"* (4), obwohl die Verbreitung von Atomwaffen, „Wettrüsten" und Kriegsgefahr ständig zugenommen hatten. Der IKV beschloß daher, die „Friedenswoche" künftig *„in den Dienst eines Zieles zu stellen: eine Welt ohne Massenvernichtungswaffen, ein Sicherheitssystem, das nicht länger auf der permanenten Bereitschaft gründet, alles zu opfern, was uns Menschen lieb ist und wozu wir bestimmt sind"* (5).

Dies war der Anfang der Kampagne „Schafft die Atomwaffen aus der Welt, beginnt in den Niederlanden".

Der Erste Sekretär des IKV, Mient-Jan Faber, sagte zur Ausrichtung der Kampagne: *„Erstens mußte das Ziel konkret sein, wir wollten nicht länger nur abstrakt über das Wettrüsten sprechen. Wir wollten den Menschen die Gefahren direkt klar machen, ihnen zeigen, zu welchem System die Niederlande gehören, wo die Atomwaffen liegen, welche neuen Atomwaffen produziert werden. Zweitens mußte es eine Bewegung werden, wir wollten die Massen mobilisieren. Und drittens wollten wir für Wirbel im Parlament sorgen, die Politiker zu einer anderen Sicherheitspolitik bewegen"* (6).

Die Massenmobilisierung für ein konkretes Ziel gelang dem IKV: Eine Flut von Enthüllungen über u. a. Aufgaben und Lagerung der Atomwaffen auf niederländischem Boden strömte in die Öffentlichkeit; Massenmobilisierungen, die zum Teil auf die außerordentlich erfolgreiche Kampagne gegen die Neutronen-Bombe in den Jahren 1977/78 (s. u.) aufbauen konnten, folgten. Innerhalb eines Jahres wuchs die Zahl der IKV-Kerne auf 200, heute hat der IKV 400 solcher Kerne und über 20.000 aktive Sympathisanten.

Die ersten Massendemonstrationen bei denen der IKV als mobilisierende und organisierende Kraft auftrat, fanden im November und Dezember 1979 statt, im Vorfeld der NATO-Beschlüsse über die „Nachrüstung", mit mehr als 60.000 Teilnehmern. Ihren bisherigen Höhepunkt erreichte diese Massenmobilisierung am 21. November 1981 mit der Amsterdamer Demonstration, an der sich etwa eine halbe Million Menschen beteiligten und für deren Zustandekommen der IKV die wichtigste Kraft war. Diese Demonstration bestätigte, was etliche Meinungsumfragen zuvor schon ergeben hatten: Der IKV hat mit seiner Kampagne gegen die Atomwaffen die Mehrheit der Bevölkerung hinter sich.

Das ermöglichte es dem IKV zwar, hat mit seiner Kampagne gegen die Atomwaffen die Mehrheit der Bevölkerung hinter sich.

Das ermöglichte es dem IKV zwar, auch im Parlament und bei den beiden größten, der christdemokratischen und der sozialdemokratischen Partei für den beabsichtigten „Wirbel" zu sorgen, die Resultate der IKV-Arbeit auf dieser Ebene sind jedoch mager. Gerade der Versuch, die parlamentarische Politik zu beeinflussen, hatte ein Großteil der Energie des Sekretariats und der Basis verschlungen. Mient-Jan Faber: *„Wir haben außergewöhnlich intensiv gelobbyt im Zentrum der Macht, um die großen politischen Parteien hinter unsere Kampagne zu bekommen"* (7). Weder im Parlament, noch bei den Christdemokraten oder den Sozialdemokraten konnte der IKV, entgegen seiner Hoffnung, eine Mehrheit für seine Forderung nach sofortiger und einseitiger Entfernung aller Atomwaffen aus den Niederlanden finden.

Seit der sozialdemokratische Spitzenkandidat (und jetzige Vize-Premier) Joop den Uyl den Wahlkongreß seiner Partei erfolgreich mit der Drohung erpressen konnte, nicht zu kandidieren, wenn der Kongreß auf der Forderung nach Entfernung sämtlicher Atomwaffen aus den Niederlanden beharre, seither, schrieb Mient-Jan Faber, seien die Erwartungen der Friedensbewegung, die sie in die niederländische Politik gesetzt hatte, *„hinweggefegt"* und *„die Illusion, daß in den Niederlanden etwas Dramatisches geschehe, (werde) seitdem eigentlich nur noch im Ausland gehegt"* (8).

Was bisher auf der Ebene der parlamentarischen Politik erreicht werden konnte, ist die Ablehnung der „Nachrüstung" durch die sozialdemokratische Partei — was im Vergleich zur bundesdeutschen Schwesterpartei SPD allerdings großartig ist. Die Position der Sozialdemokraten hat zur Folge, daß die Regierung, an der die PvdA beteiligt ist, ihre Beschlußfassung über die Stationierung der für die Niederlande vorgesehenen 48 Cruise Missiles voraussichtlich bis 1983 vor sich herschieben wird (8a).

Im Zentrum der IKV-Strategie steht die Forderung nach einseitiger Abrüstung. Diese Forderung wird nicht aus einer Analyse des militärischen Kräfteverhältnisses abgeleitet, sondern stützt sich zum einen auf die von dem Psychologen Osgood entwickelte Auffassung, das „Wettrüsten" sei nur über erste einseitige Abrüstungsschritte anzuhalten, um das für die allgemeine Abrüstung erforderliche Vertrauen herzustellen. Diese Forderung steht zum anderen im Zusammenhang mit

zuhalten, um das für die allgemeine Abrüstung erforderliche Vertrauen herzustellen. Diese Forderung steht

zum anderen im Zusammenhang mit einer vom IKV entwickelten „Politik der kleinen Länder": Die „kleinen Länder" — z. B. Dänemark, die Niederlande, Rumänien — müßten aus der „Rüstungsdynamik" ihrer Blöcke ausbrechen und zusammen mit anderen „kleinen Ländern" und der Dritten Welt eine „Gegenmacht" atomwaffenfreier Staaten aufbauen, was sowohl als Beispiel für weitere Länder wirken als auch die großen Mächte unter Druck setzen würde.

Die Haltung gegenüber der NATO ist im IKV umstritten. Während eine Strömung ausdrücklich die niederländische NATO-Mitgliedschaft erhalten wissen will, nimmt die wohl derzeitige Mehrheitsströmung eine neutrale Position ein: *„Wir fordern nicht den Austritt aus der NATO, aber wenn die NATO uns rausschmeißen will, dann ist das ihre Sache."* Vor allem an der IKV-Basis wird die Forderung nach einer eindeutigen Position gegenüber der



Foto: Ad Volker/Amsterdams Fotografenkollektief

NATO lauter: „*Eine wirklich andere Politik und tatsächliche Abrüstung sind nur möglich, wenn wir aus der NATO austreten.*" (8b)

Pax Christi

Pax Christi ist die für die größte der niederländischen, die römisch-katholische Kirche, zuständige Friedensorganisation. Pax Christi vertritt diese Kirche im IKV, besteht daneben aber als selbständige Organisation weiter.

Pax Christi wurde nach dem Zweiten Weltkrieg gegründet und war 1966 der Hauptinitiator für die Gründung des IKV. Erst seit dieser Zeit etwa kann Pax Christi zur Friedensbewegung gerechnet werden, denn vorher stand diese Organisation kaum in Opposition zur Politik der niederländischen Bischöfe und damit zur Regierungs- und Pro-NATO-Politik.

1968 kam es zum ersten größeren Konflikt mit der katholischen Kirche, als Pax Christi sich öffentlich gegen die Absicht der Regierung wandte, die Militärausgaben um 225 Millionen Gulden zu erhöhen.

Vor rund einem Jahr hat Pax Christi den Bischöfen eine Empfehlung vorgelegt, sich für einseitige Abrüstung auszusprechen und hinter die IKV-Kampagne zu stellen. Dem Vernehmen nach sind die Bischöfe noch dabei, die Gläubigen zu dieser Frage zu konsultieren.

In der praktischen Arbeit konzentriert sich Pax Christi hauptsächlich auf die Entwicklung von Friedensunterricht und auf Informationsarbeit.

Kirche und Frieden

Eine mit 3.000 Mitgliedern zwar wesentlich kleinere, aber radikalere Gruppierung ist „Kirche und Frieden" (Kerk en Vrede).

„Kirche und Frieden" ist eine 1924 entstandene pazifistische Organisation aus dem Spektrum der protestantischen Kirchen. Sie ist „*eine der wenigen Organisationen, die den Riß, der durch den zweiten Weltkrieg entstand, überbrücken konnte und die Tradition einer starken antimilitaristischen und Friedensbewegung in den Niederlanden zwischen beiden Weltkriegen fortsetzt*" (9).

„Kirche und Frieden" ist die niederländische Sektion der „International Fellowship of Reconciliation" (IFOR) und arbeitet in den Niederlanden eng mit der Mennonitischen Bruderschaft zusammen, mit der sie etwa 100 Beratungsstellen für Kriegsdienstverweigerer unterhält.

Die Pazifistisch-Sozialistische Partei ist in den fünfziger Jahren u. a. aus Teilen von „Kirche und Frieden" entstanden. Die Bande zwischen der Friedensorganisation und der PSP sind seither recht eng geblieben. Bei den Parlamentswahlen 1981 empfahl „Kirche und Frieden" die Wahl der PSP.

Neben der Unterstützung von Kriegsdienstverweigerern bestehen die Aktivitäten von „Kirche und Frieden" vor allem in der Organisierung von Kursen, Aktionen und theologischen Studien zum Problem „Krieg und Frie-

mit der Mennonitischen Bruderschaft zusammen, mit der sie etwa 100 Beratungsstellen für Kriegsdienstverweigerer unterhält.
Die Pazifistisch-Sozialistische Partei ist in den fünfziger Jahren u. a. aus Teilen von „Kirche und Frieden" entstanden. Die Bande zwischen der Friedensorganisation und der PSP sind seither recht eng geblieben. Bei den Parlamentswahlen 1981 empfahl „Kirche und Frieden" die Wahl der PSP.
Neben der Unterstützung von Kriegsdienstverweigerern bestehen die Aktivitäten von „Kirche und Frieden" vor allem in der Organisierung von Kursen, Aktionen und theologischen Studien zum Problem „Krieg und Frie-

den" und der Unterstützung der gewaltfreien Bewegung in Lateinamerika und Afrika.

Der Einfluß von „Kirche und Frieden", heißt es in einem von einer Arbeitsgruppe des IKV und des Rats der Kirchen erstellten Bericht, liege „*mehr in der Kraft ihrer Ideen und ihrer Monatszeitschrift ‚Militia Christi', als in ihrem zahlenmäßigen Anhang*" (10).

Kirchliche Basisgruppen

Neben den kirchenoffiziellen Friedensorganisationen sind in den letzten Jahren zahlreiche „kirchliche Basisgruppen" entstanden, die als „nationale Bewegung von Basisgruppen und kritischen Gemeinden" über einen „Informationsbrief" in Verbindung stehen.

Diese Basisgruppen mit insgesamt rund 10.000 Mitgliedern diskutieren derzeit, ob sie geschlossen dem IKV beitreten. Ihrem Selbstverständnis nach stehen sie — wie auch die an der Basis der Kirchen aktiven „Christen für den Sozialismus" — links vom IKV. Sie sehen — im Gegensatz zum IKV, der die Ursachen des „Wettrüstens" in Ost und West ortet — den Hauptverantwortlichen im „*Militär-Industrie-Komplex des Westens, in dem sich die Bedürfnisse der kapitalistischen Gesellschaft widerspiegeln*" (11).

Radikal-Pazifisten

In der im Herbst 1980 gegründeten „Plattform radikaler Friedensgruppen" (Platform van Radikale Vredesgroepen) hat sich ein gutes Dutzend radikal-pazifistischer Organisationen zusammengefunden: Kriegsdienstverweigerer, die „Arbeitsgemeinschaft für Pazifismus, Ökologie und Sozialismus", kirchliche Gruppen, Organisationen für gewaltfreie Aktionen, etliche teils regional, teils lokal tätige Friedensgruppen.

Die Plattform ist ein relativ lockerer Verband zum Meinungs- und Informationsaustausch und zur Koordination. Ein weitergehender Zusammenschluß wird nicht angestrebt, da die Gruppen teils sehr verschiedenartig arbeiten und sehr unterschiedliche geschichtliche, theoretische und ideologische Hintergründe haben und die Eigenständigkeit der Gruppen nicht aufgegeben werden soll. Die grundsätzliche Ablehnung der „Anwendung von Gewalt bei der Lösung von Konflikten" wird von den Gruppen im Konkreten durchaus unterschiedlich gehandhabt. Zu bestimmten Anlässen, wie z. B. zur Amsterdamer Demonstration im November 1981, treten die Gruppen über den losen Plattform-Zusammenhalt hinaus gemeinsam auf.

Was die Gruppen verbindet, ist ihre grundsätzliche Ablehnung des Militärs, ihr Eintreten für einseitige und totale Abrüstung und ihre Forderung nach Auflösung von NATO und Warschauer Pakt, sowie ihre Kritik an den großen Friedensorganisationen IKV, Pax Christi und Stop de N-bom, da sich diese nur gegen einzelne Aspekte des Militarismus aussprechen.

In den Gruppen der Plattform lebt, schrieb Henk Branderhorst (Sprecher der Plattform bei der Amsterdamer Demonstration), trotz der unterschiedlichen Hintergründe „*ein globales Gefühl, daß die Gesellschaft, auf die wir hinarbeiten, sozialistisch sein muß. Frieden ist mehr als die Abwesenheit von Krieg. Für die Beseitigung der Ursachen des Krieges ist eine gerechte, sozialistische Gesellschaft notwendig*" (12). Der IKV hingegen „*hat nie sagen wollen, daß die Rüstungspolitik mit dem kapitalistischen System zusammenhängt*" (13).

In der derzeitigen Diskussion in der Friedensbewegung hat für die Plattform die Forderung nach dem Austritt der Niederlande aus der NATO große Bedeutung. Die NATO, sagte Branderhorst in Amsterdam, „*ist eine Fessel an unserem Bein und es wird Zeit, daß wir uns dieser Fessel entledigen: Die Niederlande müssen raus aus der NATO!*" (14).

Ebenso wie der Kapitalismus und die NATO werden von den Plattform-Gruppen auch der „real existierende Sozialismus" und der Warschauer Pakt abgelehnt: „*Es muß klar sein, daß es um die Atomlobby in Ost und West geht*" (15).

In der Konzentration der großen Friedensorganisationen — IKV, Pax Christi, Stop de N-bom — auf das Parlament sehen die Plattform-Gruppen die Gefahr der (Re-)Integration der Friedensbewegung insbesondere durch die Sozialdemokratie (16).

horst in Amsterdam, „ist eine Fessel an unserem Bein und es wird Zeit, daß wir uns dieser Fessel entledigen: Die Niederlande müssen raus aus der NATO!" (14).
Ebenso wie der Kapitalismus und die NATO werden von den Plattform-Gruppen auch der „real existierende Sozialismus" und der Warschauer Pakt abgelehnt: „Es muß klar sein, daß es um die Atomlobby in Ost und West geht" (15).
In der Konzentration der großen Friedensorganisationen — IKV, Pax Christi, Stop de N-bom — auf das Parlament sehen die Plattform-Gruppen die Gefahr der (Re-)Integration der Friedensbewegung insbesondere durch die Sozialdemokratie (16).

Die Aktivitäten der Plattform-Gruppen reichen vom Training in gewaltlosem Widerstand über eine vielfältige Informationsarbeit und die Unterstützung von Kriegsdienstverweigerern bis hin zur Organisierung von antimilitaristischen Aktionen.

International arbeiten die Gruppen der Plattform teilweise sehr eng zusammen mit War Resisters International. Drei der Plattform-Gruppen bilden die niederländische Sektion dieses 1921 gegründeten internationalen Dachverbandes pazifistischer Kriegsgegner, der in vielen Ländern der Welt Sektionen unterhält (in der BRD die DFG/VK, bzw. Graswurzelgruppen) und Hauptorganisator der seit 1976 jährlich stattfindenden internationalen Friedensmärsche ist.

Kriegsdienst-verweigerer

Vereinigung der Kriegsdienstverweigerer

In den Niederlanden verweigern derzeit jährlich etwa 3.000 Menschen aus Gewissensgründen den 14-monatigen Wehrdienst und leisten stattdessen einen 19-monatigen Ersatzdienst ab.

Die „Vereinigung der (Kriegs-)Dienstverweigerer" (Vereniging Dienstweigeraars, VD) wurde 1971 als Organisation von und für Kriegsdienstverweigerer gegründet. Derzeit hat die VD 1.500 Mitglieder. Die VD setzte in gewisser Hinsicht die Arbeit des BVD (siehe Teil 2 dieses Artikels) fort, der bis 1970 der „Bund für (Kriegs-)Dienstverweigerer" war, seither aber als Soldatenorganisation „Bund für Wehrpflichtige" arbeitet.


Foto: Martin van Vugt/Amsterdams Fotografenkollektief

Der BVD hatte sich, auch in seiner Anfangsphase, vornehmlich als politische Organisation verstanden und seine Hauptaufgabe in der Propagierung der Kriegsdienstverweigerung gesehen. Die VD hingegen sah ihre Aufgabe vor allem in der „*Vertretung der materiellen und geistigen Interessen aller, die den Militärdienst verweigern, ob sie nun gesetzlich als Verweigerer anerkannt werden oder nicht*" (VD-Statut). In der Praxis geht es dabei hauptsächlich um die Verbesserung des Anerkennungsverfahrens (auch in den Niederlanden gibt es einen „Gewissens-TÜV") und um die Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Zivildienstleistenden.

Die jahrelangen Verhandlungen der VD mit dem Verteidigungsministerium (das die VD faktisch als Verhandlungspartner anerkannte) erbrachten lediglich die Freistellung von jeweils zwei Zivildienstleistenden für das VD-Sekretariat. Die Gesetzesänderung zum Anerkennungsverfahren von 1979 geht völlig an den VD-Forderungen vorbei und brachte, abgesehen von der neuerlichen Anerkennung des „Atompazifismus" (Verweigerung des Kriegsdienstes an Atomwaffen) als Verweigerungsgrund, kaum Verbesserungen.

1979 hat die VD diese Verhandlungen abgebrochen und orientiert seither stärker auf die eigenständige Organisierung der Zivildienstleistenden und auf „härtere" Aktionen. In den letzten Jahren wurden regionale und lokale Streiks von Zivildienstleistenden organisiert.

Neben der direkten Informationsarbeit wie z. B. an den Schulen, sieht die VD (nun) auch die Propagierung der Kriegsdienstverweigerung und antimilitaristischen Arbeit in weiterem Sinne

völlig an den VD-Forderungen vorbei und brachte, abgesehen von der neuerlichen Anerkennung des „Atompazifismus" (Verweigerung des Kriegsdienstes an Atomwaffen) als Verweigerungsgrund, kaum Verbesserungen.
1979 hat die VD diese Verhandlungen abgebrochen und orientiert seither stärker auf die eigenständige Organisierung der Zivildienstleistenden und auf „härtere" Aktionen. In den letzten Jahren wurden regionale und lokale Streiks von Zivildienstleistenden organisiert.
Neben der direkten Informationsarbeit wie z. B. an den Schulen, sieht die VD (nun) auch die Propagierung der Kriegsdienstverweigerung und antimilitaristischen Arbeit in weiterem Sinne

als ihre Aufgabe: „*Die Vereinigung läßt sich in ihrem Streben nach einer sozialistischen Gesellschaft durch die Grundsätze leiten, die in der Universalen Erklärung der Menschenrechte festgelegt sind*" (Statut).

Mit der Bildung der Gruppe „Onkruit" 1974, die zunächst als VD-interne Arbeitsgruppe zur Totalverweigerung entstand, sich dann aber als Aktionsgruppe verselbständigte und abtrennte, entstand in der VD eine Strömung, die an der bisherigen Arbeit kritisierte, daß zu einseitig im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen agiert werde und die politischen Aspekte der Kriegsdienstverweigerung sowie die antimilitaristische Arbeit im umfassenderen Sinne vernachlässigt würden. — Das Verhältnis von Interessenvertretung und breiter angelegtem antimilitaristischem Wirken ist auch heute noch in der VD die umstrittenste Frage.

Ihrem Selbstverständnis nach ist die VD nicht nur eine Organisation von Kriegsdienstverweigerern, sondern eine antimilitaristische Gruppierung. Die VD ist in der Plattform der Friedensgruppen (s. o.) vertreten und gehört zur niederländischen Sektion der War Resisters International. Sie tritt für den Austritt der Niederlande aus der NATO ein und für totale Abrüstung. — Inwieweit die VD auch eine pazifistische Organisation ist, ist intern umstritten, wie es sich in den Diskussionen um die Unterscheidung von „*unterdrückender Gewalt*" und „*befreiender Gewalt*" ausdrückt und den Kampf der Befreiungsbewegungen der Dritten Welt.

Onkruit

Die Gruppe Onkruit (17) entstand 1974 als Arbeitsgruppe von gut zwei Dutzend Leuten innerhalb der „Vereinigung der (Kriegs-)Dienstverweigerer" zu Fragen der Totalverweigerung.

Onkruit verselbständigte sich als Aktionsgruppe und trennte sich von der VD, da diese sich zu viel mit den gesetzlichen Bestimmungen über Kriegsdienstverweigerung beschäftigte und zu wenig mit den wirtschaftlichen und politischen Aspekten des Militarismus (18). Onkruit kritisierte weiter, daß die VD sich bei der Unterstützung von Kriegsdienstverweigerern auf ein Verfahren einläßt, in dem „*nicht das Militär, sondern das Gewissen des Verweigerers*" (19) zur Diskussion gestellt wird. Onkruit sah in der Berufung auf die gesetzlichen Möglichkeiten zur Kriegsdienstverweigerung „*eine Form des Protestes, die den Militarismus erhält. Protestieren nach den Regeln des Staates*" (20).

Diesem „Protest nach den Regeln des Staates" stellte Onkruit als Alternative die Totalverweigerung gegenüber. Und zwar, wie ein Totalverweigerer schrieb, nicht so sehr aus einer pazifistischen Haltung heraus, „*sondern aufgrund der Überzeugung, daß man das System erhält, ob man nun Militär- oder Zivildienst leistet*" (21).

Dieser Form des Antimilitarismus gegenüber zeigte der sonst vergleichsweise liberale niederländische Staat entschieden Flagge. Premier Andries Maria van Agt: „*Keine einzige Nation, die sich selbst respektiert, kann es zulasssen, daß der Militärdienst verweigert wird aufgrund der Auffassung, die Gesellschaft sei es nicht wert, verteidigt zu werden. Diese Leute müssen auswandern und auch von den Vorteilen des Staates absehen*" (22). Totalverweigerer verschwinden dieser Linie entsprechend für mindestens zwölf Monate im Knast.

Diese schweren Verurteilungen und

aufgrund der Überzeugung, daß man das System erhält, ob man nun Militär- oder Zivildienst leistet" (21).
Dieser Form des Antimilitarismus gegenüber zeigte der sonst vergleichsweise liberale niederländische Staat entschieden Flagge. Premier Andries Maria van Agt: „Keine einzige Nation, die sich selbst respektiert, kann es zulasssen, daß der Militärdienst verweigert wird aufgrund der Auffassung, die Gesellschaft sei es nicht wert, verteidigt zu werden. Diese Leute müssen auswandern und auch von den Vorteilen des Staates absehen" (22). Totalverweigerer verschwinden dieser Linie entsprechend für mindestens zwölf Monate im Knast.
Diese schweren Verurteilungen und

der Umstand, daß bisher recht individualistisch und isoliert gearbeitet worden war, führten 1977 zu Diskussionen über die Onkruit-Strategie. Onkruit beschloß, „*den antimilitaristischen Kampf (zu) erweitern und mit der Praxis (zu) brechen, bei der der Kampf ausschließlich von den direkt Betroffenen, den Totalverweigerern, geführt wurde*" (22a).

Die erste einer Vielzahl von zumeist sehr spektakulären antimilitaristischen Aktionen war der Besuch der Onkruitgruppe bei einem von der Luftwaffe veranstalteten „Tag der offenen Tür" im Juni 1977. Ein F-16-Kampfbomber wurde so nachhaltig mit Farbbeuteln eingedeckt, daß er zur Rundumerneuerung zurück ins Werk mußte. Es folgten Störaktionen gegen militaristische Veranstaltungen, Proteste in Gerichtssälen, Blockaden von Ministerien, die öffentliche Vernichtung von Kriegsspielzeug in Kaufhäusern, die Überführung einer kompletten NATO-Ausstellung in Volkseigentum, Besetzungsaktionen im Verteidigungsministerium, einer Munitionsfabrik, eines NATO-Instituts und anderer Militäreinrichtungen, Sabotage-Aktionen und eine Gefangenenbefreiung aus einem Militärgefängnis.

Bisheriger und glänzender Höhepunkt war der Überfall auf das Provinziale Militär-Kommando Nord-Holland (PMC-NH) in Amsterdam im Mai 1981 (das PMC ist für die „innere Verteidigung" zuständig und in die NATO-Struktur eingebunden).

Bei dieser Aktion erbeuteten die Onkruit-Leute einige Zentner teils als „geheim" eingestufter Akten, die z. T. nach und nach publiziert und im Januar 1982 öffentlich ausgestellt wurden.

Der Staatsapparat reagierte auf die Onkruit-Aktionen mit zunehmender Gewalt und dem erfolglosen Versuch, Onkruit zu infiltrieren.

Die Zunahme der Anhängerschaft von Onkruit hat das bisher nicht hindern können. Derzeit gibt es zwanzig aktive lokale Gruppen. „*Schon schnell zeigte sich, daß derartige Formen von aktivem und konfrontierendem Antimilitarismus viele Menschen ansprachen und für eine Vergrößerung der Gruppe sorgten. Frauen, ehemalige Wehrpflichtige, für wehrdienstunfähig Erklärte, Arbeiterjugendliche und Schüler wurden aktiv in Onkruit. Diese Tendenz setzt sich bis heute fort. Durch die Betonung direkter Aktionen entstanden viele Initiativen auf örtlicher Ebene. Onkruit war nicht länger eine nationale Gruppe, sondern wurde immer stärker eine Ansammlung von autonomen, örtlichen Gruppen, eher eine ‚Gruppe Aktionen' als eine Aktionsgruppe*" (25).

Onkruit hat weder ein Statut noch offizielle Mitglieder, es gibt nur „Sympathisanten". Vertreter der örtlichen Gruppen tauschen regelmäßig Ideen und Erfahrungen aus. Eine „zentrale Linie" gibt es nicht, jede Gruppe ist für ihre eigenen Aktivitäten verantwortlich. Nur bei sehr großen Aktionen wird national mobilisiert. Einen einheitlichen Standpunkt zur gelegentlich heiß umstrittenen Gewaltfrage gibt es nicht, lediglich eine Art allgemeiner Übereinstimmung, vorläufig nur — wenn notwendig — Gewalt gegen Sachen anzuwenden.

„*Onkruit unterscheidet sich nachdrücklich von anderen Aktionsgruppen. Onkruit richtet sich mit direkten Mitteln gegen die Aspekte in der Gesellschaft, die ihr nicht passen*" (25).

Die Entwicklung von Onkruit hängt sehr eng zusammen mit der Entwicklung der „neuen sozialen Bewegungen" in den Niederlanden, der Kraak-Bewegung, der Anti-AKW-Bewegung und der Frauenbewegung — auffallend sind die (personellen) Überschneidungen zwischen diesen Grup-

heitlichen Standpunkt zur gelegentlich heiß umstrittenen Gewaltfrage gibt es nicht, lediglich eine Art allgemeiner Übereinstimmung, vorläufig nur — wenn notwendig — Gewalt gegen Sachen anzuwenden.
„Onkruit unterscheidet sich nachdrücklich von anderen Aktionsgruppen. Onkruit richtet sich mit direkten Mitteln gegen die Aspekte in der Gesellschaft, die ihr nicht passen" (25).
Die Entwicklung von Onkruit hängt sehr eng zusammen mit der Entwicklung der „neuen sozialen Bewegungen" in den Niederlanden, der Kraak-Bewegung, der Anti-AKW-Bewegung und der Frauenbewegung — auffallend sind die (personellen) Überschneidungen zwischen diesen Grup-

pierungen und Onkruit sowie der verhältnismäßig starke Anteil von Frauen bei Onkruit.

Die Aktionen zielen nicht auf „alternative Krisenlösungen". Es geht um die Konfrontation, um die Organisierung des Widerstands, Onkruit stellt bei den Aktionen nie Forderungen. Bei einer Besetzungsaktion antwortete ein Onkruiter auf die Frage nach den Forderungen: „*Wir haben keine Forderungen. Wir sind gekommen, um dem Militär den Krieg zu erklären. Das ist alles*" (25a).

Allerdings spielt in den letzten zwei Jahren, wie z. B. an der PMC-Aktion und der anschließenden Veröffentlichung der Dokumente ersichtlich, die gezielte Enthüllungsarbeit eine zunehmend wichtigere Rolle bei Onkruit.

Ihrem Selbstverständnis nach ist Onkruit, wie es ein Amsterdamer Aktivist formulierte, „*eine radikal antimilitaristische, anti-parlamentarische, anarchisch inspirierte, direkte Aktionsgruppe*".

Stop de N-Bom

Die Initiativgruppe „Stoppt die Neutronen-Bombe" (Stop de N-bom) wurde im August 1977 von Mitgliedern der (revisionistischen) Kommunistischen Partei (CPN) gegründet. Die Gruppe hatte sich zunächst zum Ziel gesetzt, die Bevölkerung über die Neutronenbombe zu informieren und gegen die geplante Produktion der Waffe und deren Stationierung in Europa zu mobilisieren. Alle Positionen und Ak-

tionen sollten sich ausdrücklich und ausschließlich auf „einen konkreten Punkt'', auf die Ablehnung der Neutronen-Bombe beziehen, um — so die Begründung — ein breitest mögliches Bündnis zustande zu bringen.

Obwohl die Initiativgruppe offiziell in Form eines Personen-Komitees auftrat (in dem zunächst nur die CPN und ab Dezember 1977 auch die Radikalpolitische Partei PPR als Organisationen vertreten waren), befand es sich in der Praxis — sowohl was den organisatorischen Apparat als auch die Aktivitäten betrifft — in den Händen der CPN. Da eine gleichberechtigte Mitarbeit für andere Organisationen nicht möglich war, lehnte z. B. die Pazifistisch-Sozialistische Partei den offiziellen Eintritt in das Komitee ab. Ungeachtet dessen erreichte die Kampagne des Komitees — aufgrund der Totalmobilisierung der CPN für diese eine Aufgabe und aufgrund der großen Zustimmung aus kirchlichen und universitären Kreisen — eine bis dahin unbekannte Mobilisierung der Bevölkerung.

Die Volkspetition gegen die Neutronenbombe wurde binnen eines halben Jahres von 1,2 Millionen Niederländer/inne/n unterzeichnet. Am 18. 1978 März wurde ein Internationales Forum mit 1.500 Gästen aus 29 Ländern veranstaltet, das sich mit den moralischen und medizinischen Aspekten des Einsatzes der Neutronenbombe befaßte, mit der Auswirkung der N-Bomben-Produktion auf die internationale Lage und die Widerstandsformen diskutierte.

Am 19. März zogen 50.000 Menschen durch die Straßen Amsterdams und bildeten die größte Friedensdemonstration seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges in den Niederlanden (27).

Die Kampagne wurde getragen von den seit 1977 entstandenen rund 300 örtlichen Aktionsgruppen (die inzwischen allerdings größtenteils dahingegangen sind). Hunderte von Veranstaltungen mit zusammen etlichen zehntausend Teilnehmern, der Verkauf von hunderttausenden von Plakaten, Aufklebern, Buttons und Bulletins propagierten den Protest gegen die Neutronenbombe bis in die äußersten Winkel der Niederlande.

Unter dem Eindruck der massenhaften Proteste, aber auch aufgrund des intensiven Einwirkens von IKV und Pax Christi insbesondere auf die Christdemokraten, sprach sich das niederländische Parlament zweimal mit großer Mehrheit gegen die Neutronenbombe aus. Im März 1978 und dann nochmal im Oktober 1978, als bekannt wurde, daß Carter den Auftrag zur Produktion bestimmter Teile der Neutronenbombe gegeben hatte.

Nach dem Bekanntwerden des Beschlusses von Carter hatte das Komitee im Oktober 1978 zu Demonstrationen in Groningen und Amsterdam aufgerufen, an denen sich 5.000 bzw. 8.000 Menschen beteiligten. Es folgte im Dezember 1978 ein zweites internationales Symposium mit Friedensforschern und Militärs sowie im Januar 1979 eine Kultur-Veranstaltung, bei der hunderte von Künstlern unter dem Motto „Wir gegen die Neutronenbombe'' vor 7.000 Besuchern auftraten. Danach flaute die Kampagne schnell ab. Die letzte größere Demonstration gegen die Neutronenbombe mit 10.000 Teilnehmern fand statt, als Reagans Beschluß zum Bau der Bombe im August 1981 bekanntgeworden war.

Im Sommer 1978 hatte das Komitee die ausschließliche Orientierung auf den Protest gegen die Neutronenbombe aufgegeben und sich in „Komitee Stoppt die Neutronenbombe/Stoppt das atomare Wettrüsten'' (Samenwerkingsverbond Stop de N-bom/Stop de kernwapenwedloop) umbenannt. Seither wendet sich das Komitee gegen jeden neuen Schritt atomaren „Wettrüstens''. Seit dem Sommer 1979 konzentriert es sich vor allem auf Aktivitäten gegen den NATO-„Nachrüstungs''-beschluß. Im Sommer 1981 wurde z. B. eine einwöchige „Kreuzfahrt gegen Kreuzerraketen'' per Boot durch die Grachten im ganzen Land unternommen.

Das Komitee „Stoppt die Neutronenbombe/Stoppt das atomare Wettrüsten'' kann, neben dem IKV, als eine der beiden Massenorganisationen der neuen niederländischen Friedensbewegung angesehen werden. Und Massenorganisationen sind in Westeuropa bekanntlich nicht die radikalsten Zweige einer Bewegung. Dennoch ist es bemerkenswert, daß der IKV als kirchliche Friedensgruppe wesentlich breiter aktiv ist und radikalere Standpunkte vertritt, als das von der CPN getragene Komitee.

Während der IKV für den sofortigen Abzug aller Atomwaffen eintritt, wendet sich das Komitee nur gegen die Einführung neuer Atomwaffen, und konnte sich — um die Tür nach rechts hin (Sozialdemokraten, Liberale, Christdemokraten) offen zu halten — bei den Verhandlungen zur Amsterdamer Demonstration im November 1981 auch dahingehend durchsetzen, daß die gegenüber der IKV-Forderung weniger weitgehende Parole „Keine neuen Atomwaffen in Europa'' zur zentralen Forderung erhoben wurde.

Das Komitee ist ebenfalls aktiv im Bildungssektor und stellt den Schulen eine tatsächlich viel genutzte Ausstellung zur Verfügung. Außerdem gibt es im Komitee seit September 1980 eine Arbeitsgruppe „Gesundheitsarbeiter gegen Atomwaffen''.

Anmerkungen und Quellen:

(1) Vredesmagazine 81
(2) Tien jaar IKV, S. 3
(3) a.a.O., S. 1
(4) Vredesmagazine 81
(5) ebd.
(6) Vrij Nederland, 20.12.1980
(7) ebd.
(8) IKV-berichten, Juni 1981
(8a) oder auch nicht ... Die Regierungskoalition von u. a. Christ- und Sozialdemokraten (PvdA) ist gerade geplatzt, die PvdA ist aus der Regierung ausgetreten. Nach den Neuwahlen im Herbst können sich im Verlaufe der unvermeidbaren Koalitionsverhandlungen neue Konstellationen ergeben.
(8b) Zur neueren internationalen Politik des IKV, insbesondere dem „aktiven Verschweigen'' der Bonner Demo am 10.6. in den Niederlanden, s. AK 221, S. 5
(9) De kerken en het vraagstuk van het militarisme in Nederland, hrsg. von der „Arbeitsgruppe Militarismus'' des IKV und des Rates der Kirchen, S. 23
(10) ebd.
(11) De Nieuwe Linie, 4.11.1981
(12) Henk Branderhorst in „De Nieuwe Linie'', 18.11.81
(13) ebd.
(14) Rede der Plattformgruppen in Amsterdam am 21.11.81
(15) Henk Branderhorst, a.a.O.
(16) ebd.
(17) „Onkruit'' ist ein Wortspiel: „kruid'' heißt „Kraut'', „kruit'' heißt (Schieß-)Pulver. „Onkruit'' ist demnach sowohl „Unkraut'' als auch „Nicht-Schießpulver''
(18) Willem de Haan (Totalverweigerer) in „VeeDee'', Zeitung des VD, Sept. 1978
(19) Jan Eilander in „Haagse Post'', 4.7.81
(20) ebd.
(21) Willem de Haan, a.a.O.
(22) zit. n. Jan Eilander, a.a.O.
(22a) Thei van Laanen in „De Groene Amsterdaaer'', 27.1.82
(23) ebd.
(24) ebd.
(25) Jan Eilander, a.a.O.
(25a) Thei van Laanen, a.a.O.
(26) ebd.
(27) siehe ausführlich in AK 126, S. 41
Ausführliche Informationen zur geschichtlichen Entwicklung der niederländischen Friedensbewegung wie speziell zu den Positionen der Pazifistisch-Sozialistischen Partei zur heutigen Friedensbewegung und zur Rüstungspolitik der BRD sind enthalten in dem Interview mit dem Fraktionsvorsitzenden dieser Partei, Fred van der Spek, im AK 209, S. 14 ff.

Niederlande-Kommission



Einer der Treuesten von der niederländischen „Legion alter Kämpfer" bei der USA-Show der CDU im Bonner Hofgarten am 5.6.82. Seine Flagge zeigt auf der einen Seite die niederländischen Farben, auf der anderen Seite das Sternenbanner (Foto: K.M./AK)

„Holland pro USA"?

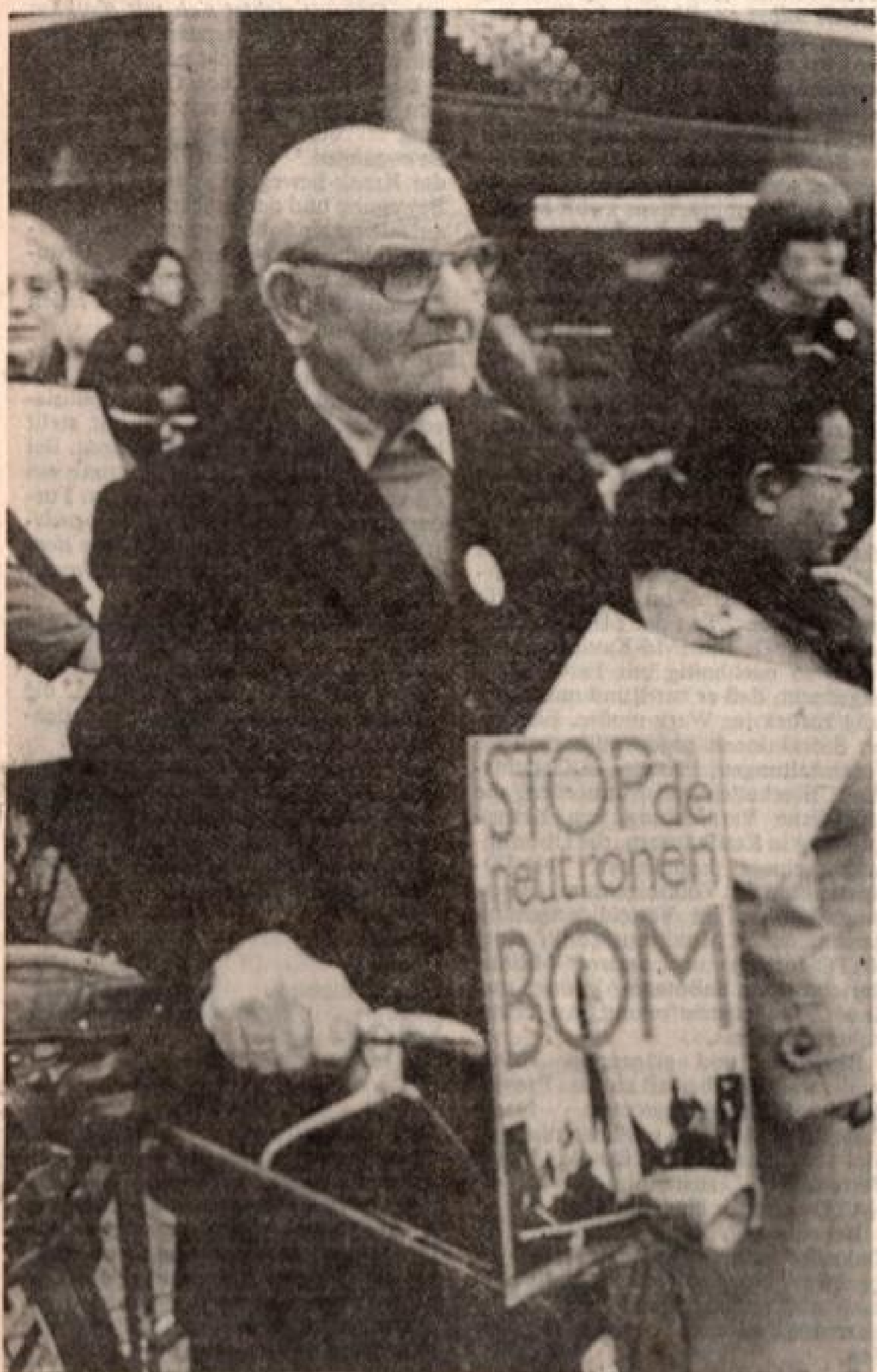
Nicht nur rechtsradikales Geschmeiß aus bundesdeutschen Landen sah sich bei der christreaktionären USA-Show am rechten Platz, auch die niederländische „Legion alter Kämpfer" (Oud-Strijders Legioen, OSL) brachte im Bonner Hofgarten den USA und der Nato ihre Huldigung dar.

Die „Legion alter Kämpfer", ein Verband, in dem sich Soldateska aus dem Indochina- und dem Koreakrieg zusammengefunden hat, ist nach dem Urteil der Amsterdamer Anne-Frank-Stiftung eine *„rechtsextreme"* Organisation und *„fanatisch antikommunistisch"*. Für den OSL-Vorsitzenden Prosper Ego, der die Truppe in Bonn anführte, ist „links" auf gut faschistisch *„ein Synonym für Mord, Drogen und Vergewaltigung"* (zit. n. „Reformatorisch Dagblad", 6.2.82). Aus der OSL entstanden ist jene „Arbeitsgruppe Recht und Freiheit", die im Februar dieses Jahres in Groningen gegen Antimilitaristen mobil machte und befand, Kraker, Feministinnen, Ausländergruppen usw. seien als „Eitergeschwüre" zu beseitigen (s. AK 220, S. 15).

Nach Bonn angereist war eine Busladung alter Kämpfer mit Damen und Mitgliedern der OSL-Jugendorganisation „Constructief Jong Nederland". Die Damen waren mit kleinen Täfelchen *„NAVO – verzekert de vrede"* (Nato sichert den Frieden) angetreten, die „jungen konstruktiven Niederländer", schon forscher, verkündeten per Transparent *„USA our Friends"* und *„USA – NAVO for ever"*.

Den „alten Kämpfern" schließlich war es vorbehalten, sich während der Abschlußrede Kohls direkt unter seinem Podium mit ihrem Haupttransparent *„Holland pro USA"* zu postieren. Das gab zwar freundlichen Beifall, aber geglaubt haben diese frohe Botschaft selbst die CDUler nicht.

Niederlande-Kommission



aus: ''Nederland zegt NEE!'', Foto-Impressie

Dritter Weg (87. Auflage)

Die niederländische Pazifistisch-Sozialistische Partei (PSP), bei den Versuchen einer Koordination revolutionärer Organisationen Europas Ende der siebziger Jahre ausdrücklich nur als „Beobachter'' zugegen, war der Organisator (und vermutlich auch Initiator) eines Treffens von einem *„Dutzend linkssozialistischer, ökologischer und radikaler Parteien''* Anfang März in Den Haag (dieses und alle anderen Zitate aus „Bevrijding'', Ztg. der PSP, 31.3.82). Das Thema des Treffens lautete *„Sicherheitsalternativen und nukleare Abrüstung: Herausforderung für die Linke''*.

Schirmherr der Zusammenkunft war „Agenor'', eine Zeitschrift, die herausgegeben wird *„von einer Gruppe linksradikaler Journalisten, Beamten und Parlamentarier, die in und um europäische Einrichtungen herum in Brüssel beschäftigt sind''*.

An einer *„breiten, unverbindlichen Diskussion''* nahmen teil: Vertreter der PSP, der Radikalpolitischen Partei (Niederlande), der PSU (Frankreich), PdUP (Italien), SF (Dänemark), der „Grünen'' sowie Personen vom linken Flügel der Labour Party, der flämischen Sozialisten und der Jusos. (Der „anerkannte'' bundesdeutsche Bündnispartner der PSP war bisher das Sozialistische Büro, dessen Platz nun die „Grünen'' eingenommen zu haben scheinen, zumal diese den von der PSP stets äußerst hochgeschätzten Vorzug haben, eine „richtige Partei'' und parlamentarisch vertreten zu sein.)

In ihrem Beitrag orientierte die PSP auf *„eine engere Zusammenarbeit zwischen den verwandten linken Gruppierungen auf der Konferenz''*.

Den *„alten linken Strömungen''* in Europa — Sozialdemokraten, Kommunisten, Anarchisten — gelänge es aufgrund ihrer *„traditionellen Dilemmas, historischem Ballast oder Voreingenommenheit nicht ..., einen effektiven ideologisch-politischen Anschluß an die Absichten der Friedensbewegung zu finden''*. *„Unsere Parteien''* hingegen stünden in allen Ländern Europas der „neuen Friedensbewegung'' am nächsten, besonders, wenn es um die Herausarbeitung eines *„Dritten Weges''* für Europa gehe. Es müsse stärker auf eine Zusammenarbeit *„unseres Parteien-Typus''* auf nationalem und internationalem Niveau hingearbeitet werden. Dies würde zur Glaubwürdigkeit *„unserer Parteien''* auch gegenüber jenen beitragen, die in kommunistischen und sozialdemokratischen Organisationen *„Frustrationen auf Frustrationen häufen''*, aber *„uns''* gegenüber noch immer *„Skepsis und Unglauben in unsere letztendlichen Möglichkeiten''* zeigten. Es ginge nicht darum, die *„alten Strömungen''* zu bekämpfen, es seien jedoch *„vorantreibende, blockunabhängige, selbständige Formationen''* notwendig.

Ungeachtet aller Verschiedenheiten der auf der Konferenz vertretenen Parteien sei allen gemeinsam *„dieselbe Wertschätzung politisch ungebundener Massenbewegungen''* wie ein starkes Interesse an der *„Entwicklung eines ‚Dritten Weges' für Europa, aber nicht auf der Basis eines neuen europazentristischen Machtdenkens''*.

Die Konferenzen dieses Spektrums sollen fortgesetzt werden. Ein nächstes Treffen wird von der Radikalpolitischen Partei (PPR) zu europäischen Wirtschaftsproblemen vorbereitet.

Niederlande-Kommission

Neben der allgemeinen Diskussion wurde, wie es das PSP-Organ mit feinem Gespür für Selbstveralberung darstellt, *„von der PSP in den Wandelgängen auf ein gemeinsames Statement ‚unserer Parteien' hingearbeitet''*. Welchselbes Bemühen mit der Abfassung der folgenden Resolution gekrönt wurde.

„Die unterzeichnenden, unabhängigen linkssozialistischen, radikalen und ökologischen Parteien trafen einander in Den Haag am 1., 2. und 3. März, um über Sicherheitsalternativen und nukleare Abrüstung zu diskutieren.

Unsere Parteien sind davon überzeugt, daß die Situation in Europa zu großen Sorgen Anlaß gibt. Unser Teil der Welt wird jetzt mit der Entscheidung konfrontiert, entweder einen eigenen Weg zu entwickeln, um Frieden, Abrüstung und Unabhängigkeit zu erreichen oder ein Schlachtfeld für die Supermächte zu werden.

Unsere Parteien suchen einen Ausweg aus dem antagonistischen, antidemokratischen und gefährlichen System der militärischen Blöcke.

Unserer Überzeugung nach bedarf Europa einer eigenen, neuen und klaren politischen Alternative. In diesem Zusammenhang diskutierten unsere Parteien die Aufhebung sowohl des NATO-Modernisierungsbeschlusses hinsichtlich der Kernwaffen wie auch des Eintritts Spaniens in die NATO, ebenso sprachen wir über die Vorschläge zu kernwaffenfreien Zonen in Europa.

Unsere Parteien beschlossen, die Diskussion und Zusammenarbeit hinsichtlich der oben genannten Punkte fortzuführen.

Den Haag, 3. März 1982
Sozialistische Volkspartei (Dänemark); Democrazia Proletaria, Partito d'Unita (Italien); Baskische Linke (Baskenland); Pazifistisch-Sozialistische Partei, Radikalpolitische Partei (Niederlande); Griechische Kommunistische Partei, Inland (eurokommunistische Richtung); Vereinigte Sozialistische Partei (Frankreich); Die Grünen (Bundesrepublik Deutschland).''

Nie wieder Hiroshima! Nie wieder Krieg!!!

400.000 auf der Friedenskundgebung in Tokio

Unter dem Motto „Tokioter Friedensaktion für Abrüstung und Abschaffung von Atomwaffen 1982'' versammelten sich am 23.5.82 lt. Veranstalter 406 000 Menschen in Tokio zur größten Friedenskundgebung in der japanischen Geschichte, doppelt so viele wie bei der Friedenskundgebung in Hiroshima zwei Monate zuvor am 21.3. Mobilisiert hatten etwa 380 verschiedene Organisationen, darunter etablierte Parteien wie die JSP (Sozialisten), JCP (Revis), Komeito (Reformisten), Gewerkschaftsverbände wie die Sohyo, die als JSP-nahestehende Kraft wohl knapp die Hälfte der Teilnehmer mobilisierte, Verbraucherverbände usw., aber auch zahlreiche „autonome'' Gruppen und linke Organisationen.

Bei den Vorbereitungen gab es, wie zu erwarten, starke Auseinandersetzungen um die Vertretung verschiedener Interessen und Forderungen. Seitens der stark repräsentierten Sohyo-Vertreter wurde erklärt: „*Wir müssen alle Anstrengungen unternehmen, damit es nicht zu einer anti-amerikanischen Demonstration wird. Um den Basischarakter der Bewegung zu fördern, werden wir keine Gewerkschaftsfahnen mittragen.*'' (zit. nach „Sekai Kakumei'', Nr. 732). Daneben gab es aber auch direkte Spaltungsversuche aus den Reihen der Revis, wonach sie den Ausschluß aller „gewalttätigen Elemente'' und „Chaoten'' (sprich alle Gruppierungen links der JSP) aus der Friedensbewegung forderten. Dies wurde aber mehrheitlich abgelehnt. Vielmehr konnten die Autonomen und



Kinder mit selbstgebastelten Schildern: „Wir sind gegen den Krieg! Kriege sind verbrecherisch! (Foto: Shakai Shimpo;



Kinder mit selbstgebastelten Schildern: „Wir sind gegen den Krieg! Kriege sind verbrecherisch! (Foto: Shakai Shimpo;

die Linken, die sich in einer großen Aktionseinheit zusammengetan hatten, eine eigene „teach-in''-Veranstaltung auf dem Kundgebungsplatz durchsetzen.

Insgesamt trugen die zahlreichen Veranstaltungen, die gleichzeitig in drei verschiedenen Tokioter Parks stattfanden, einen friedlichen Charakter mit Musik, Bilderausstellungen, Anti-Kriegs-Kunst, Theater und vielen Wortbeiträgen von den unterschiedlichsten Gruppierungen, z.B. von Anti-AKW-, Anti-Stützpunkt-, Frauen-, Schul-, Körperbehinderten-, Gewerkschafts- und Umweltschutzgruppen sowie Sanrizuka-Bauern, Korea-Solidaritätsgrupppen usw. Deutlich wurde dabei die starke Orientierung an den Friedensbewegungen Europas und der USA.

Die auf der Hauptveranstaltung verabschiedete zentrale Resolution, der „Tokioter Appell'', enthält lediglich Forderungen nach Verbot aller Kernwaffen, Schaffung atomwaffenfreier Zonen, zügiger Abrüstung und erhöhten Friedensbemühungen seitens der japanischen Regierung. Sie weist weder anti-imperialistische Züge noch Antikriegselemente auf, indem sie die Kriegsgefahr nicht beim Namen nennt; die Kriegsverantwortlichen und deren Kriegspolitik bleiben völlig unerwähnt.

Anders war es allerdings bei der teach-in-Veranstaltung der linken und autonomen Kräfte. In ihrem Aufruf zur Kundgebung betonen sie: „*Um eine starke Bindung mit den Friedensbewegungen der übrigen Welt zu schaffen, müssen wir zunächst unsere unmittelbare nukleare Realität um uns herum anschauen. Die Entwicklung Japans zur militärischen Großmacht, die Existenz der US- und SDF-* („Selbstverteidigungskräfte'' Japans, Anm. AK), *Stützpunkte untr dem Ampo-Vertrag* (militärischer Pakt zwischen den USA und Japan, Anm. AK), *die Lagerung von Atomwaffen auf der koreanischen Halbinsel... Die US-Regierung führt Atomwaffen nach den US-Militärstützpunkten in Okinawa, Iwakuni, Yokota und Yokosuka ein und lagert sie dort. Dieses ‚Recht' wird den Amerikanern durch den Ampo-Vertrag garantiert. ... Wenn schon gegen Atomwaffen, dann auch gegen Atomkraft — weil wir gegen Atomwaffen sind, daher auch gegen den Ampo-Vertrag. ... Diese Friedenswelle darf nicht bei der Entsendung von Vertretern zur zweiten UN-Sondersitzung zur Abrüstung (im Juni) haltmachen (wie dies die reformistischen Kräfte Japans tun,* Anm. AK), *sondern laßt uns daraus einen breiten Kampf gegen die Suzuki/LDP-Regierung und das Reagan Regime entwickeln!*'' (Aus zwei Aufruf-Flugblättern der Bürgerversammlung zur Vorbereitung des teach-in). Hervorzuheben ist hierbei die Tatsache, daß trotz des breiten Bündnisspektrums der Autonomen und der Linken auch in den einzelnen Flugblättern und Erklärungen ein einheitlicher Standpunkt hinsichtlich der US- und japanischen Rüstungspolitik als die Hauptkriegsgefahr im Fernen Osten deutlich vertreten wurde.

Bedauerlich war allerdings, daß der teach-in-Veranstaltung nur ein Platz zur Verfügung gestellt wurde, der normalerweise 15 000 Menschen aufnehmen kann. Der Platz war aber gerammelt voll mit über 20 000, so daß viele Kundgebungsteilnehmer daran vorbeigingen, wo doch in vielen Flugblättern von anderen Gruppen (z.B. Jugendverbände der JSP, Eisenbahnergewerkschaften usw.) auch Anti-Ampo- und Anti-AKW-Positionen vertreten wurden.

Weitere Hiroshimas und Nagasakis werden vorbereitet

Die japanische Friedens- und Abrüstungsbewegung hat nicht nur einen historischen Bezug, sondern ebenso ganz aktuelle Anlässe, da Kapital und Staat Japan erneut zu einer militaristischen Großmacht aufbauen. Dies wird sichtbar an:

— der überproportionalen Erhöhung des Verteidigungshaushalts trotz Sparpolitik auf allen anderen Ebenen. In der Weltrangliste lagen die japanischen Verteidigungsausgaben für das Fiskaljahr 1981 an 8. Stelle, die Flottentonnage an 7. Stelle.

— Der Erweiterung der japanischen „Verteidigungsaufgaben'' auf alle Seewege (wird „diskutiert'') im Rahmen eines sog. Gesamtsicherheitskonzepts, wonach die Machtinteressen Japans auch außerhalb seiner Landesgrenzen sichergestellt werden sollen.

— Den immer größer werdenden Kriegsübungen, z.T. mit den westlichen Alliierten und Südkorea, einschließlich offensiver Landeübungen, wie beispielsweise die bisher größte gemeinsame „Verteidigungs''-Übung aller drei Waffengattungen der SDF im Norden Japans, die mit einer Großlandeübung endete. Angesichts der seit Jahren sich steigernden Kampagne in Japan um die Rückgabe der sowjetisch besetzten vier Nordinseln Japans, sind Assoziationen mit dem Malvinen Konflikt nicht von der Hand zu weisen.

— Der Ausarbeitung militärischer Krisenpläne für den Fernen Osten (auch gemeinsam mit den USA und Südkorea).

— Den Bestrebungen zur Verfassungsreform, die ein Kriegsrecht und das Militär wieder verfassungsmäßig verankern soll.

— Der stillschweigenden Zulassung der Atomwaffeneinfuhr und -lagerung durch die USA. Bei der UN-Generalversammlung im vergangenen Jahr stimmte Japan gegen die Resolution über ein Einsatzverbot von A-Waffen.

— Den Waffenexporten einschließlich den zugehörigen Militärtechnologien.

Diese reellen militärischen Großmachtbestrebungen werden von einer breitangelegten öffentlichen Kampagne zur Stärkung der Vaterlandsliebe begleitet, die mit dem Verteidigungs-Weißbuch 1981 offiziell eingeleitet wurde. Vor einigen Wochen erklärte der japanische Verteidigungsminister Itoh: „Mittels der nationalen Verteidigung, die ein Zeugnis für die Solidarität im Volk ist, muß eine neue Staatsauffassung entstehen... Dank des Ampo-Vertrages konnte die japanische Wirtschaft aufblühen und der Frieden gesichert werden.'' (Der Direktor der US-Behörde für Rüstungskontrolle und Abrüstung, Eugene Rostow, hatte es vor einem Jahr noch zynischer formuliert: „Trotz der Atomangriffe auf Japan, Japan lebt nicht nur, es blüht!'' Anm. AK). *Doch gleichzeitig ist der Frieden für das Volk eine Selbstverständlichkeit geworden. Die Notwendigkeit der Landesverteidigung ist nach und nach aus dem Bewußtsein verschwunden... Was kann ein Volk von 117 Mio. Menschen zusammenschweißen, wenn nicht die Verteidigung.*'' (zit. nach „Sekai Kakumei'', Nr. 732). Diese Art von „Verteidigungs''bewußtsein hat in der Vergangenheit bereits mehrmals zu japanischen Eroberungskriegen auf dem asiatischen Festland wie auf den südostasiatischen Inseln geführt und Massenblutbäder angerichtet.

Aber auch heute, 37 Jahre nach Ende des II. Weltkrieges geht das Kriegssterben in Japan weiter. Unter „ferner liefen'' wurde kürzlich wieder von einem Selbstmord eines Hiroshima-Opfers berichtet, diesmal eine 50jährige, arbeitslose Frau, die damals am 6.8.1945 etwa 2 km vom Explosionszentrum entfernt verletzt wurde (lt. „Nihon Keizai Shinbun'', 7.5.82).

Es kann nicht oft genug wiederholt werden:

— mehr als 200 000 Tote unmittelbar nach dem Bombenabwurf von Hiroshima und Nagasaki;

— 255 000 unmittelbar nach den Explosionen an den Verletzungen Gestorbene;

— weitere 100 000 Tote in den folgenden 10 Jahren;

— heute noch 370 000 lebende Atombombenopfer;

— das unbekannte Schicksal der ca. 360 000 jetzt lebenden Nachkömmnlinge der Atombombenopfer;

— insgesamt 150 000 im Krieg zwangsverschleppte koreanische Atombombenopfer, davon 50 000 Tote, um die sich der japanische Staat in keinster Weise kümmert.

Mit diesen grausamen Fakten und

— das unbekannte Schicksal der ca. 360 000 jetzt lebenden Nachkömmnlinge der Atombombenopfer;

— insgesamt 150 000 im Krieg zwangsverschleppte koreanische Atombombenopfer, davon 50 000 Tote, um die sich der japanische Staat in keinster Weise kümmert.

Mit diesen grausamen Fakten und der gegenwärtig betriebenen Militärpolitik Japans vor Augen sowie angesichts der Bedeutung einer Militärgroßmacht Japan als Hauptbastion des Imperialismus im asiatisch/pazifischen Raum ist der derzeitige Aufschwung der japanischen Friedensbewegung ein erfreulicher Anfang. Zwar stellte ein Vertreter des japanischen Konsumgenossenschaftsverbands, einer der größeren Organisatoren der Tokioter Friedenskundgebung, zufrieden fest: „*Wenn man diese Massen anschaut, kann keiner behaupten, die Anti-Atomwaffen-Bewegung sei anti-amerikanisch oder sozialistisch/kommunistisch unterwandert.*'' („Mainichi Shinbun'', 24.5.82) Und es mögen auch die Kriegstreiber in der japanischen Regierung und anderswo erleichtert über den ruhigen, volksfestähnlichen Verlauf der Veranstaltungen aufgeatmet haben. Das hat allerdings seine guten Gründe, blickt man einmal in die Nachkriegsgeschichte der japanischen Friedens- bzw. Anti-Kriegsbewegung zurück. Die 1960er (anti-) Ampo-Kämpfe waren eine militante Volkserhebung, die sich in eine Ausrufung eines Generalstreiks und in blutigen Straßenschlachten und auf ihrem Höhepunkt in eine tagelange Bestürmung und Belagerung des japanischen Parlaments mit 330 000 Arbeitern und Studenten zuspitzte, und als deren Folge die japanische Regierung zurücktreten mußte, und der Staatsbesuch des damaligen US-Präsidenten Eisenhower in Japan verhindert werden konnte! Ferner gab es auch die 1970er Ampo-Kämpfe als anti-imperialistische Massenbewegung, wenn auch nicht mehr so erfolgreich.

Obwohl solche Kämpfe heute kaum noch vorstellbar sind, sind sie bei vielen japanischen friedensbewegten Genossen/innen als Erinnerung und Zukunftstraum noch wach. Und der Erfolg des links/autonomen Bündnisses sowohl in zahlenmäßiger Hinsicht als auch hinsichtlich der dort vertretenen Positionen (unter den Anwesenden wurde dieses Bündnis angesichts der langjährigen Zersplitterung der japanischen Linken als einmalig bewertet) bietet auch etwas mehr als nur einen Hoffnungsschimmer.

Nie wieder Hiroshima!

Nie wieder Nagasaki!

Nie wieder Krieg!

Asien/Australien-Kommission

Weltweit Demonstrationen für Frieden und Abrüstung

Wien: Am 15.5. gab es die bisher größte österreichische Demonstration. 70.000 Menschen waren laut Veranstaltern gekommen, über 250 Organisationen und Gruppen, einschließlich der Jugendorganisationen von SPÖ und ÖVP hatten zu der Aktion aufgerufen.

Göteborg: Ebenfalls am 15.5. kamen 100.000 Menschen zur bisher größten Friedensdemonstration in Schweden zusammen. Hauptlosung dieser Demonstration war: „Für eine kernwaffenfreie Zone in Nordeuropa — für ein atomwaffenfreies Europa''.

Paris: 15.000 - 20.000 linke Demonstranten sammelten sich am 5.6. zum Reagan-Empfang am Place Clichy in Paris.

Rom: 200.000 Menschen zogen bei der Anti-Reagan-Demonstration am 5.6. durch die Innenstadt Roms, angeführt von einer Delegation aus dem sizilianischen Comiso (Stationierungsort für Cruise Missiles).

Als am Ende des Demozuges in die Fenster verschiedener Zeitungen Steine flogen, setzte die Polizei Tränengas ein und nahm 50 Demonstranten fest. Die PSI hatte sich (lt. „taz'', vom 7.6.) von der Demonstration und den „Yankee go home''-Parolen distanziert, die sich „gegen einen Verbündeten unseres Landes'' richten würden. Ebenso distanzierte sich Pannella für die PRI (Partido Radicale, Schwesterpartei der Grünen) von dem „allgemein gehaltenen demagogischen'' Charakter dieser „50er-Jahre Demonstration''.

Spanien: 15.000 Menschen demonstrierten am 6.6. in einem 12 km langen Marsch zum US-Stützpunkt Torrjon de Ardoz (Kommando-Zentrale der US-Streitkräfte) unter dem Motto: „Nato nein, die Militärbasen raus''.

London: 250.000 Menschen nahmen am 6.6. an der Demonstration zum Reagan-Empfang in London, das inzwischen zur „atomwaffenfreien Zone'' erklärt wurde, teil. Organisiert war die Demo von der „Kampagne für nukleare Abrüstung'' (CND, maßgeblicher Träger des Russell-Aufrufs ins England). „*Wenn ich Euch hier alle sehe, beweist Ihr, daß alle Unkenrufe über den Bankrott der englischen Friedensbewegung falsch sind*'', rief E.P. Thompson (Russell-Peace-Foundation) den Demonstranten im Hyde-Park zu. Die Demonstration richtete sich gegen die nukleare Aufrüstung und forderte die Verbannung aller britischen und US-Atomwaffen. Auffällig war allerdings, daß jeder Anti-US-Ton vermieden wurde. Im Gegenteil hatte sich CND vom „Reagan Reception Comitee'' distanziert, das zum Reagan-Empfang mit 4.000 Menschen zur US-Botschaft demonstriert war und dort von 2.000 Bullen eingekreist wurde.

Auf der CND-Demo fehlte auch jede Parole zum Falkland-Krieg.
Schon vor der Demo erklärte CND-Generalsekretär Bruce Kent, daß sich die Demo nicht gegen Reagan und chon gar nicht gegen die USA richten würde.

Zum Falkland-Krieg meinte er, daß CND eben keine pazifistische Organisation sei, sondern sich hauptsächlich gegen Atomwaffen wende. Müssen dort erst Atomwaffen eingesetzt werden, bis dieser Krieg für diese „Friedens''bewegung interessant wird?

New York: 500.000 bis 1 Mio. Demonstranten kamen nach Manhatten in New York und forderten anläßlich der UNO-Abrüstungskonferenz und der Rückkehr Reagans aus Europa die sofortige Einfrierung der Stationierung und Produktion aller Nuklearwaffen als Beginn „ernsthafte'' Abrüstungsverhandlungen.

Zivilschutz in der BRD

Bürgerkrieg

Zivilschutz in der BRD

Bürgerkrieg statt Bunker

Kriegsplanung auch an der „Heimatfront"

Schutzbunker gibt es nur für eine verschwindende Minderheit. Die Militärstrategen rechnen schon deshalb mit panikartig fliehenden Menschenmassen — ein Störfaktor in der Kriegsführung. Im Kriegsbild der Zivilverteidiger verbindet sich das gewaltsame Vorgehen gegen die störende Zivilbevölkerung mit der Niederschlagung von Subversion und Aufstand. Auf den Kampf gegen diesen inneren Feind, auf den Bürgerkrieg im Krieg bereiten sich Bundeswehr und Polizei seit geraumer Zeit vor. Wenn heute in der Friedensbewegung Konzepte einer defensiven, neutralisierten Armee entworfen werden, dann wird dabei übersehen, daß die Kriegsplanung auch für die Heimatfront eine „Vorwärtsverteidigung" ist.

Die staatlichen Zivilschutzagenturen, besonders der öffentlich-rechtliche Bundesverband für den Selbstschutz (BVS), nutzen die wachsende Kriegsangst in großen Teilen der Bevölkerung, um die Ideologie „Jeder kann etwas für seinen Schutz tun" unter die Leute zu bringen. Durch diese Propaganda sowie durch sesationell aufgemachte Presseberichte über einen angeblichen Bauboom bei Privatbunkern entstand in Teilen der Friedensbewegung der f a l s c h e Eindruck, es gebe heute tatsächlich einen verstärkten Ausbau der Bunker und diese Kriegsvorbereitung müsse angeprangert werden

Die Mittel, die in den Zivilschutz gesteckt werden, zeigen allerdings, daß von einem realen Ausbau nicht die Rede sein kann.

Aus dem Bundeshaushalt wurden für die Zivilverteidigung insgesamt ausgegeben:

1979	730 Mio.
1980	730 Mio.
1981	740 Mio.

(1)

Verglichen mit den allgemeinen Militärausgaben handelt es sich in den letzten Jahren nur um eine geringfügige Steigerung. Dabei sagen diese Zahlen noch nichts über die Ausgaben für den Bunkerbau aus, da diese nur einen kleinen Teil darstellen vom Etat für Zivilverteidigung.

Am Beispiel 1980:
Militär-Etat: 38.851 Mio. – ca. 640 DM pro Kopf
Zivilverteidigung: 730 Mio. – ca. 12 DM pro Kopf
Schutzraumbau: 59 Mio. – ca. 1 DM pro Kopf

(2)

Die Ausgaben für die Aufrüstung verhalten sich also zu den Ausgaben für Bunkerbau im Verhältnis 600:1. Der Hauptanteil der Gelder für Zivilverteidigung geht an die Katastrophenschutzverbände, die gesetzlich verpflichtet sind, sich mit Ausbildung und Gerät auf den ABC-Krieg einzustellen; selbst der berüchtigte „Bundesverband für Selbstschutz" *(„Halten Sie Ihre Dokumentenmappe bereit!")* bekommt für seine Verdummungspropaganda genauso viel Geld wie der materielle Bunkerbau.

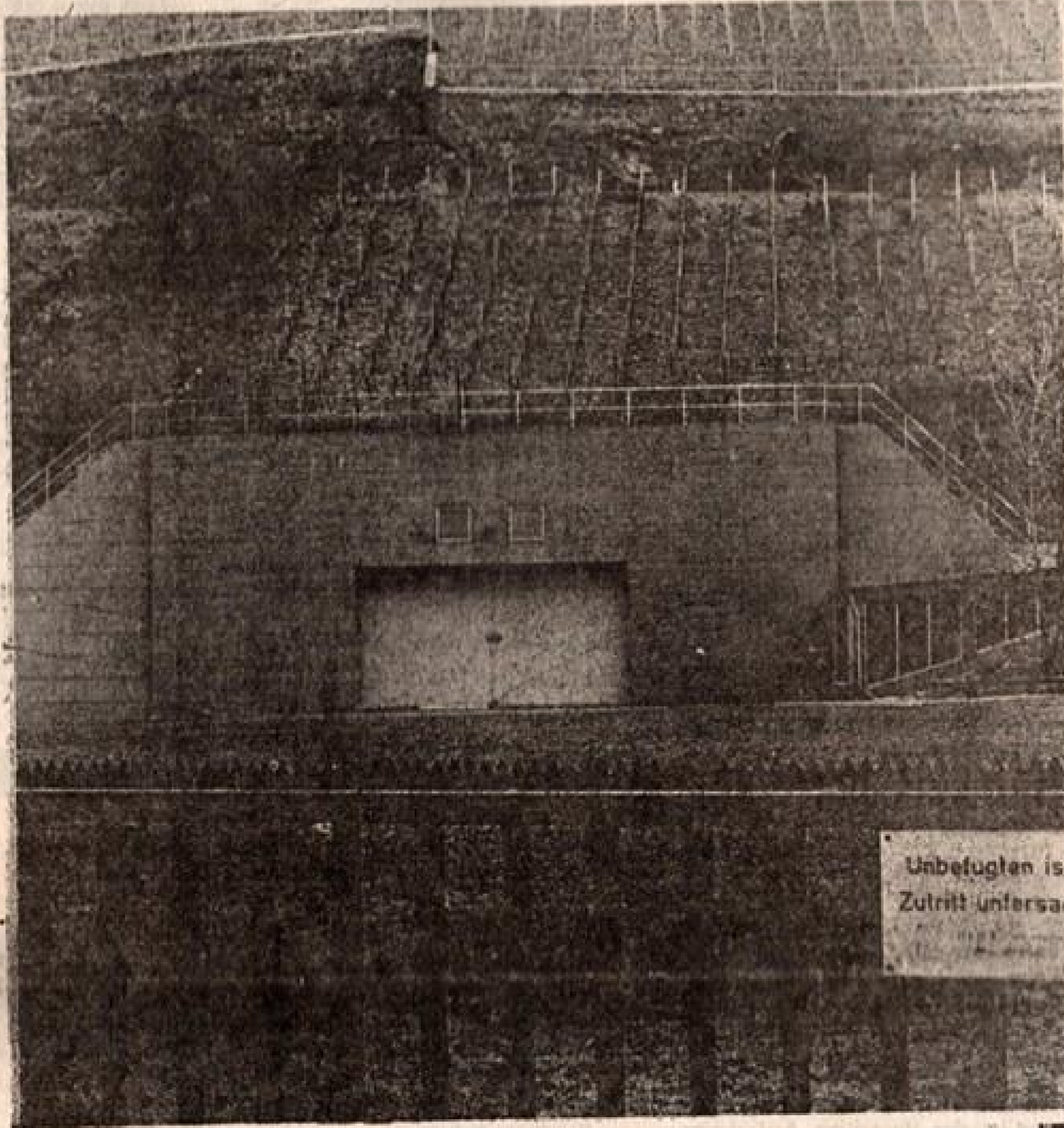
„Beim Zivilschutz handelt es sich um ein elementares Gebot der Nächstenliebe."
(Helmut Schmidt 1962)

Angesichts der minimalen Anstrengungen, die dem Staat der Schutz seiner Bewohner wert sind, kann also von einem Zivil-S c h u t z nicht die Rede sein. Im Bundesdurchschnitt gibt es für drei Prozent der Bevölkerung Bunkerplätze; von diesen 1,8

Millionen Plätzen sind 870.000 ohne Belüftungseinrichtungen und 540.000 befinden sich unter Behördenbauten; es verbleiben also ganze 400.000 Plätze, die öffentlich „zugänglich" sind und einen minimalen Schutz für kurze Zeit darstellen. (3)

Auch die modernen „Mehrzweckanlagen" (Bunker in U-, S-Bahnhöfen und Tiefgaragen) dienen mehr der Optik, denn für ihre Wartung, die im Unterschied zur Baufinanzierung in die Zuständigkeit der einzelnen Städte fällt, werden meist nicht einmal die notwendigsten Gelder bereitgestellt, so daß die Bunker häufig weder über intakte Filter noch über Lebensmittel und Medikamente verfügen.

Wer noch die Illusion hatte, in einem Bunker Zuflucht finden zu können, konnte sich kürzlich aus berufenem Munde belehren lassen: Der „Bundesverband für Selbstschutz" warnte in München davor, die vorhandenen vier Bunker für je 3.500 Menschen aufzusuchen, da man bei diesem Versuch wahrscheinlich totgetrampelt würde ...! (4)



Der Bonn(z)-Bunker in der Eifel, Sitz der Notstandsregierung im Kriegs- und Spannungsfall. Bei der Stabsübung „Wintex 81" wurde hier durchgespielt, wie ein bewaffneter Aufstand im Krieg niedergeschlagen werden kann.

werden kann.

Die Zivilbevölkerung: Ein Störfaktor für das Militär

Von den Militärexperten und auch von Kriegsminister Apel wird selber zugegeben, daß eine Verbunkerung der BRD erstens nicht möglich ist, weil dies alles Geld für die Aufrüstung verschlingen würde, und zweitens auch gar nicht sinnvoll ist, weil es im totalen Atomkrieg keinen Schutz geben kann.

Generalmajor a.D. von Kalckreuth, Ex-Kommandeur des Territorialkommandos Süd: *„Eine Vorbereitung auf den Extremfall eines uneingeschränkten Krieges wäre unsinnig und undurchführbar. Zivilschutzmaßnahmen in Westeuropa haben sich in erster Linie auf eine mit konventionellen Waffen geführte Verteidigung einzurichten, in der Kernwaffen, wenn überhaupt, dann nur selektiv auf dem Gefechtsfeld eingesetzt würden."* (5)

Apel: *„In einem solchen Fall (Atomkrieg) hülfen auch keine Bunker, weil 60 Millionen darin nicht unterzubringen seien."* (5a)

Optisch wirkende Zivilschutz-Maßnahmen wie zum Beispiel die zunehmenden Übungen von Katastrophenschutz-Verbänden haben einerseits eine psychologische Funktion: Die Bevölkerung soll an den Gedanken gewöhnt werden, daß ein Krieg möglich und führbar ist, und auch die Soldaten in der Bundeswehr sollen den Eindruck haben, daß für ihre Angehörigen etwas getan wird.

Doch ist die psychologische Funktion dabei nicht die Hauptseite: Wenn Militärstrategen über den mangelnden Zivilschutz klagen, haben sie dafür ihre eigenen Gründe, und die sind ganz und gar nicht humanitärer Natur: *„Weil die Abhängigkeit der militärischen Verteidigung von der zivilen Verteidigung vielfältig sind, wirken sich ungenügend oder gar nicht vorbereitete zivile Schutzvorkehrungen direkt oder indirekt auf die Operationsfähigkeit der NATO-Streitkräfte aus."* (6)

Konkret heißt das: Die ungeschützte Bevölkerung wird im Kriegsfall in massenhafter Panik zu fliehen versuchen; Bundeswehr-Studien gehen davon aus, daß die Straßen und Autobahnen im Krisenfall binnen kurzem von zwei Millionen PKWs verstopft sein werden (7) – die Bevölkerung stellt im zynischen Kalkül der Militärstrategen schlicht einen S t ö r f a k t o r dar. Deshalb bereiten sich Staat und Militär heute darauf vor, diesen Störfaktor optimal unter Kontrolle zu bekommen: durch militärische/polizeiliche Gewalt und durch gezielte psychologische Manipulation.

„Stay put" – Stirb zu Hause!

Die NATO-Doktrin „stay put" (Bleib, wo du bist) schreibt vor, daß auf Anordnung des Innenministers im Spannungs- oder Kriegsfall jeder zu Hause, an seinem Wohnort, bleiben muß. Evakuierungen sind nur für besonders gefährdete bzw. umkämpfte Gebiete vorgesehen — konkret bedeutet dies, daß zum Beispiel in den sogenannten „Zonenrandgebieten" wie Göttingen nicht einmal die Alibi-Bunker vorhanden sind, aber auch keine Vorbereitungen für Evakuierungen getroffen werden.

Nach den Evakuierungsrichtlinien des Bundesinnenministeriums sollen die Bewohner dieser Regionen in die „rückwärtigen Räume" verfrachtet werden und dort in Ortschaften mit bis zu 30.000 Einwohner im Verhältnis 1:1 einquartiert werden (8). Die Katastrophenpläne, die für die Umgebung von Atomkraftwerken bekannt geworden sind, zeigen, daß eine derartige Massenevakuierung ernsthaft gar nicht durchführbar und auch nicht beabsichtigt ist.

Da niemand freiwillig in einem bedrohten oder atomverseuchten Gebiet bleiben wird, stellen sich Bundeswehr und NATO darauf ein, die Stay-put-Doktrin mit Waffengewalt durchzusetzen. Für diese Zwangsmaßnahmen wurde sogar eine rechtliche Grundlage geschaffen: Nach § 12 des Katastrophenschutzgesetzes sind für diesen Fall die Grundrechte auf Freiheit der Person und auf Freizügigkeit abgeschafft; niemand darf ohne Erlaubnis des örtlichen Krisenstabs seinen Aufenthaltsort verlassen (9).

Um ganze Städte oder Regionen nach innen oder außen abzuriegeln und „gegenläufige Bevölkerungsbewegungen" auseinander zu jagen, stehen Polizei, Bundesgrenzschutz, Territorialheer (Feldjäger) und das Personal der Katastrophenschutzverbände bereit. Unter dem zynischen Titel *„Verkehrsplanung für gegenläufige Bewegungen"* sollen in Niedersachsen die Vorarbeiten für diesen Einsatz bereits am weitesten gediehen sein, unter konzertierter Beteiligung von Polizei, Territorialheer und NATO-Streitkräften (10).

Beim Bundesgrenzschutz wurde eine Einsatzreserve bereitgestellt, bisher 3.000 Mann, die auf 10.000 aufgestockt werden soll; ihre Aufgaben: *„...mitwirken an der Räumung und Sperrung von Gebieten; sie soll Bevölkerungsbewegungen lenken und die Streitkräfte bei der Freihaltung der Militärstraßen unterstützen. Andere Sicherheitsaufgaben könnten hinzu kommen, so etwa der Kampf gegen bewaffnete Terror- und Sabotagegruppen sowie der Einsatz gegen bewaffnete Zusammenrottungen"* (11).

Der Bürgerkrieg im Krieg wird eingeplant

Einschlägige Erfahrungen sammelte die Polizei mit der großräumigen „Eindämmung" von Menschenmengen bereits bei Anti-AKW-Demonstrationen (Brokdorf, Kalkar); schon mitte der siebziger Jahre wurden derartige Großdemonstrationen ebenso wie die Anti-Terror-Manöver als Übungsfeld für den Spannungs- und Kriegsfall angesehen: *„Viele Maßnahmen, die heute zur Abwehr des Terrorismus getroffen werden, kommen auch der Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit im Spannungs- und Verteidigungsfall zugute. (...) Sie sollten entschlossen angepackt werden, damit eine mögliche Krise nicht deshalb für uns zum Verhängnis wird, weil die notwendigen Vorbereitungen für ihre Bewältigung unterblieben"* (12).

Gesagt, getan! So wird die Polizei nicht nur auf speziell kriegsmäßige Aufgaben wie „die Bewachung internierter Ausländer (!), die Verlegung von Strafgefangenen, die Durchsetzung der Einberufungsbescheide" (13) vorbereitet, sondern vor allem (auf) den Einsatz gegen Menschenmassen ausgerichtet, die im Krieg passiv-flüchtend oder aktiv Widerstand leistend zum inneren Feind werden.

In das Konzept des Bürgerkriegs im Krieg werden auch die Katastrophenschutz-Organisationen einbezogen, die in der Öffentlichkeit ansonsten als treue Helfer bei Sturmflut und Schneesturm dargestellt werden. (DRK, Malteser, Technisches Hilfswerk, Feuerwehren etc. verfügen über ein Personal von 1,3 Millionen, von denen rund 142.000 auf Bundeskosten für den Kriegsfall ausgerüstet und unterhalten werden (14)).

Oktober 1981: Die Kreise Soest und Unna proben mit den Katastrophenschutz-Verbänden das Planspiel „Rauher Herbstweg". Bombenanschläge auf ein Bundeswehr-Depot und eine Polizeikaserne; Brandsätze in Möbel-, Papier- und Tanklager; aus Hamburg schwebt eine Giftwolke heran... Der verantwortliche Ministerialdirektor über dieses Szenario: *„Die Helfer sollten allerdings das Gefühl haben, etwas zu üben, was sich möglicherweise ereignen kann."* Das Drehbuch dieser Veranstaltung wurde zur Verschlußsache erklärt (15). Doch die Zusammenarbeit von Hilfsverbänden und Armee wird in allen Verwaltungsbereichen der Bundeswehr geprobt (16).

Ein ganzes Volk in Sammellager?

Ausgerechnet der Vorsitzende des Deutschen Roten Kreuzes, Hans-Jürgen Schilling, brachte in einem Vorschlag die Absicht der Zivilschützer auf den Punkt — wie die Bevölkerung am besten aus dem Weg der Streitkräfte geräumt werden kann: Die ganze BRD solle in ein Netz von „Fluchtburgen" mit jeweils 50 km Abstand aufgeteilt werden; in diesen Orten sollten alle Bewohner der umliegenden Region unter Einsatz starker Polizeikräfte zusammengepfercht werden.

Für sein Konzept der Sammellager führte der DRK-Vorsitzende erhebliche Vorteile ins Feld: Es sei militär-taktisch günstig (!), verursache geringe Kosten und: *„Schließlich ließe sich das neue System wohltuend lautlos einführen, bar jeden ostentativen (= herausfordenden) Effekts, der so leicht Mißverständnisse weckt. Die rechtlichen Möglichkeiten des Katastrophenschutz-Gesetzes reichen aus, die in Frage kommenden Ortschaften auszuwählen und in schweigender administrativer Selbstverständlichkeit auf ihre eventuelle Rolle vorzubereiten. (...). Auch die Personalplanung für die Polizeireserve bedarf so wenig öffentlichen Aufhebens wie die Mob-Planung der Bundeswehr"* (17).

Obwohl bei dieser Beschreibung jedem Notstandsplaner das Herz höher schlagen müßte, stieß das Konzept in Militärkreisen auf wenig Gegenliebe, denn eine derartige Zusammenballung von Menschen würde eher eine massenhafte Panik begünstigen — wobei die Militärs unter Panikpersonen auch die Verweigerer fassen — als Fluchtbewegungen verhindern (18). Bezeichnend ist, daß bei der Abwägung derartiger Modelle nicht einmal der Anschein humanitärer Motive aufrecht erhalten wird.

Psychologische Kriegsführung an der Heimatfront

1958 gab es im Bundestag noch Tumulte, als Helmut Schmidt das NATO-Planspiel „Lion bleu" beschrieb: *„Offiziere, deutsche Offiziere, die dieses Planspiel mit vorbereiten mußten, haben dabei geweint! Sie mußten sich nämlich realistisch darauf einstellen (...), daß sie der Hunderttausende von Flüchtlingen auf den Straßen im Planspiel nicht anders Herr werden konnten, als sie durch Panzer von den Straßen herunterzufegen"* (19).

Heute ist die moderne Kriegsführung unter Regie Helmut Schmidts noch einen Schritt weiter, denn sie bezieht auch die Erkenntnisse der Massenpsychologie und die Verfügbarkeit der Medien in ihr mörderisches Kalkül ein. Die Bundeswehr-Kadereinheiten

> *„Die Qualität jedes Krisenmanagements steigt mit der Verdrängung von Tabus."*
> (aus einer Zivilschutzstudie)

für psychologische Kriegsführung (PSV-Kommandos) spielen bereits durch, wie die Bevölkerung als Schachfigur im modernen Krieg eingesetzt werden kann: **Man könnte durch fingierte Nachrichten über Atombomben-Abwürfe in bestimmten Gebieten die Flüchtlingsströme steuern und die**

gierte Nachrichten über Atombomben-Abwürfe in bestimmten Gebieten die Flüchtlingsströme steuern und die

Menschen den feindlichen Truppen entgegentreiben... (20).

Dieses Schicksal wird für die Bevölkerung bereit gehalten, die zu verteidigen und zu schützen man vorgibt. Da läßt sich unschwer erahnen, daß sich die Anti-Kriegs-Bewegung schon vor Kriegsbeginn Maschinengewehren gegenüber sehen wird.

ch., Hamburg



Lageskizze für den Ernstfall: Die hier lebenden Ausländer werden als besonders fluchtbereite Bevölkerungsgruppe angesehen... Nach dem Verkehrssicherstellungsgesetz ist bei Kriegsausbruch die Benutzung von Privat-PKWs verboten — Straße frei für die Armee! (Karte aus „Realität Krise", Studie im Auftrag des Innenministeriums)

Anmerkungen:

(1) Fachzeitschrift „Zivilverteidigung" 2/81
(2) Etat-Angaben nach: U. Dankert/ R. Holldorf, Zivilschutzmaßnahmen in der Hansestadt Hamburg. Uni Hamburg 1981
(3) Zahlen nach: Politik und Zeitgeschehen v. 21.2.81
(4) nach: Süddeutsche Zeitung v. 18.3.82
(5) Jürg. von Kalckreuth, in: Europ. Wehrkunde 2/81
(5a) FAZ v. 23.6.80
(6) wie (5)
(7) nach J. v. Kalckreuth, Probleme ziviler und militärischer Verteidigung beim Aufmarsch der NATO-Streitkräfte in Mitteleuropa und gleichzeitigen Bevölkerungsbewegungen auf deutschem Boden. Verschlußsache 1980
(8) wie (7)
(9) Das „Gesetz über den erweiterten Katastrophenschutz" ist damit faktisch ein Notstandsgesetz. Die Verfügungsgewalt liegt nach dem KSchG dann beim Hauptverwaltungsbeamten der Gemeinde, der dem Krisen-/Katastrophenstab vorsitzt.
(10) wie (7)
(11) FAZ v. 18.7.81
(12) W. Siedschlag, Regierungsdirektor an der Akademie für Zivile Verteidigung, in: Die Polizei 1/76
(13) Hugo Schnell, Öffentliche Sicherheit und Ordnung im Spannungs- und Verteidigungsfall. Europ. Wehrkunde 11/77
(14) nach: U. Enzensberger, Das Notstandslibretto. Transatlantik 0/1980
(15) nach: Vorwärts v. 15.10.81
(16) nach: Die Neue v. 28.5.81
(17) H.-J. Schilling, Zum Flüchtlingsproblem in kriegerischen Konflikten. Politik und Zeitgeschehen v. 21.2.81
(18) so Wolfram von Raven, Ausweg – in die Sackgasse? Politik und Zeitgeschehen v. 21.2.81
(19) zitiert nach: Die Tat v. 24.4.81
(20) derartige Stabsrahmenübungen gibt es nach Angaben von M. Loßmann, Die schimmernde Wehr. Psych. Kriegsführung in der BRD. Kursbuch 67/1982

Der Staat braucht Soldaten — mit Gewehr und auch mit Spaten!

Zur Entwicklung der Kriegsdienstverweigerung und des „Zivildienstes" (Teil 1)

„Im Frieden haben wir keinen Krieg; wir haben Friedensdienst in der Bundeswehr." Auf diese Formel brachte der Landesvorsitzende des wehrpolitischen Arbeitskreises der CSU, Ekkehard Voigt, den neuesten Vorschlag: Kriegsdienstverweigerer sollen „unter Umständen" zu einem „waffenlosen Dienst" in der Bundeswehr gezwungen werden können.

Gedacht ist an Sanitäts-, Reparatur-, Nachschub- und Funkeinheiten, wobei die Zwangsverpflichteten „an Handfeuerwaffen zur Selbstverteidigung oder zur Verteidigung von Verwundeten im Kriege" ausgebildet werden sollen!

Dieser bislang weitestgehende Vorstoß zeigt in drastischer Weise, worauf die geplante „Reform" der Kriegsdienstverweigerung und des „Zivildienstes" letztendlich hinauslaufen dürfte: auf einen direkt die Bundeswehr unterstützenden, militärisch organisierten Arbeitsdienst!

Der in dieser Ausgabe des „Arbeiterkampf" abgedruckte erste Teil eines Artikels zur anstehenden Gesetzesnovelle soll aufzeigen, daß damit eine Entwicklung zum (vorläufigen?) Abschluß gebracht werden dürfte, die sich seit Einführung der Wehrpflicht (1956) jeweils in kleinen Schritten vollzog. Im zweiten Teil dieses Artikels wird dann auf die Situation der Kriegsdienstverweigerung und des Zivildienstes während der seit 1978 laufenden Debatte um die Neuregelung ausführlicher eingegangen werden. Außerdem berichten wir über den Stand der Diskussionen um die Gesetzesänderung.

Pe. u. Mi., Antimil-Kommission
KB Göttingen

Dienst für den Frieden?

Der Zivildienst (ZD) – oder besser Ersatzdienst – hatte seit seinem Bestehen nie etwas mit Dienst für den Frieden zu tun. Ganz im Gegenteil wurde das Recht auf Kriegsdienstverweigerung (KDV) von Anfang an systematisch ausgehöhlt und pervertiert. Das Recht auf KDV wurde sogar als Argument für die Wiederaufrüstung gebraucht, denn laut Adenauer könne mann dieses Recht nicht wahrnehmen, wenn es keine Armee (Wehrpflicht) gebe.

Die Politisierung der Verweigerer

1957 erfolgten die ersten Einberufungen zur Bundeswehr, und 1960 trat das Gesetz über den zivilen Ersatzdienst in Kraft, sodaß 1961 die ersten Einberufungen von Kriegsdienstverweigerern zum Ersatzdienst erfolgten. Das Ersatzdienstgesetz (EDG) wurde in dieser Zeit sehr streng gehandhabt; der äußere Rahmen in den staatlichen Ersatzdienstgruppen unterschied sich kaum von dem in der BW: 6 Uhr Wecken, Gemeinschaftswaschen, Stubendienst, Frühstück, anschließend Arbeit bis ca. 17 Uhr, dazwischen eine kleine Mittagspause ... Gleichzeitig wurden die KDVer in massiven öffentlichen Kampagnen als „Drückeberger", „Vaterlandsverräter", „Gammler" usw. diffamiert.

Der strenge Dienstalltag und das durch Diffamierungen geschaffene Klima diente in der Phase der Wiederaufrüstung und des kalten Krieges dazu, von der KDV abzuhalten, um in Ruhe zunächst den schnellen Auf- und Ausbau der BW zu betreiben. Der Ersatzdienst blieb bis Mitte der 60er Jahre eine gesellschaftliche Randerscheinung mit nur wenigen hundert Einsatzstellen.

Im Zuge der Studentenbewegung trat hier eine Veränderung ein. Zum einen schnellten die KDV-Zahlen ab 1967 in die Höhe, zum anderen wurden das inquisatorische Gewissensprüfungsverfahren und die Durchführung des Ersatzdienstes einer massiven Kritik unterzogen. Die Kriegsdienstverweigerer begründeten ihre Anträge stärker politisch, und die Ersatzdienstleistenden kamen zunehmend stärker mit dem politischen Anspruch in den ED, für den Frieden zu arbeiten und eine Alternative zur BW zu finden. Da dies jedoch nie die Ziele des ED waren und auch gar nicht sein konnten, führte dies zwangsläufig zu heftigen Auseinandersetzungen. Nun mußte ein neues Konzept für den ED entwickelt werden, um die große Zahl der EDLer und deren Politisierung in den Griff zu bekommen.

Kasernierung — im ersten Anlauf gescheitert

Der Bundeswehrverband stellte 1969 erstmals einen Plan für eine allgemeine Dienstpflicht vor. Im Dezember desselben Jahres veröffentlichten mehrere Ersatzdienstgruppenleiter die „Lahnecker Erklärung", in der sie die Zustände im ED kritisierten und ihre Vorschläge zur weiteren Durchführung des ED unterbreiteten: *„Es ist sicher nicht unbekannt, daß im Zuge der politischen Radikalisierung der jungen Heranwachsenden, der ED, im Gegensatz zu früher, wo in hohem Maße echte Gewissensgründe für die Anerkennung entscheidend waren, immer mehr ein Sammelbekken anarchistischer Bestrebungen geworden ist... Um diese Mißstände zu überwinden und dem Gesetz wieder Geltung zu verschaffen, ist es erforderlich, daß in jeder Region ein zentrales Sammellager geschaffen wird... Für die verbleibenden und die woanders unmöglich gewordenen Dienstleistenden sollen staatliche Gruppen mit eigenen Arbeitsaufgaben geschaffen werden."*

Das Bundesverwaltungsamt (damals für den ED zuständig) distanzierte sich zwar scheinheilig von dieser Erklärung, gleichzeitig wurde aber in Schwarmstedt das erste dieser Sammellager eingerichtet. 150 EDLer sollten einquartiert werden, doch die Auseinandersetzungen spitzten sich schon zu, als die ersten 17 EDLer dort wohnten. Sie traten in Streik gegen die unzumutbaren, lagerähnlichen Bedingungen. 400 EDLer aus der gesamten BRD legten zur Unterstützung ebenfalls die Arbeit nieder und forderten die Auflösung der Kaserne. Die Reaktion des Bundesverwaltungsamtes: Strafandrohung, Essensentzug (!) und Versetzungsverfügungen.

Doch die Solidarität mit den Streikenden war so groß, daß die Kaserne aufgelöst werden mußte.

Dieser erste Schritt zur weiteren Militarisierung des ED war nun gescheitert, doch die Pläne waren damit nicht vom Tisch. Im März 1970 wurde H. Iven zum Bundesbeauftragten für den zivilen Ersatzdienst berufen. In seiner Antrittsrede machte er deutlich, wie der ED in Zukunft aussehen sollte:

1. Schaffung eines zentralen Amtes (BAZ) mit elektronischer Datenverarbeitung zur besseren Überwachung und Koordination.
2. Einrichtung von Regionalbetreuern, die für die ED-Stellen einer Region zuständig sind.
3. Eventueller Wegfall des Prüfungsverfahrens, wenn genügend Stellen zur Verfügung stehen.
4. Ausweitung der Einsatzbereiche auf: Offene Alten- und Behindertenarbeit, Jugendherbergen, Unfallrettung, **Berufsfeuerwehr, Bundesbahn und Bundespost.**

Damit sollten nach Ivens Vorstellung EDLer auch als Lohndrücker und potentielle Streikbrecher eingesetzt werden können.

Widerstand gegen die Ausweitung des Dienstes

Am 5. November 1970 wurde von der Bundesregierung der Entwurf eines neuen Ersatzdienstgesetzes vorgelegt. Der ED sollte danach 1-3 Monate länger dauern als der Wehrdienst, die Disziplinarvorschriften sollten noch mehr den Bundeswehrbestimmungen angeglichen werden und schließlich sollten EDLer auch im sog. technischen Bereich eingesetzt werden können (Öffentlicher Dienst, Bahn, Post). Diese Pläne, EDLer bei Bahn und Post einzusetzen, stießen auf energischen Widerstand, auch beim DGB. Am 1.12.70 streikten 2000 EDLer gegen diesen Entwurf und forderten Ivens Rücktritt.

Bei der Feuerwehr in Düren wurden 1971 4 EDLer eingesetzt; 2 dieser 4 EDLer streikten und bekamen massive Unterstützung von anderen EDLern, sodaß dieser Versuch nach kurzer Zeit aufgegeben wurde. Im April 71 kam es zu einem weiteren großen Streik. Im Zuge dieser Aktion entstand die Selbstorganisation der EDLer.

Die konkrete Ausweitung der Einsatzbereiche sowie weitere Versuche, militärische Disziplin in den ED hineinzubekommen, führten in den meisten Fällen zu scharfen Auseinandersetzungen. Gegen politisch aktive EDLer wurden Geldstrafen und auch Knast verhängt. 1972 wurde sogar einem anerkannten KDVer, der bereits 6 Monate ED geleistet hatte, nachträglich seine Anerkennung als KDV aberkannt: Er hatte geäußert, daß er einen sozialistischen Staat mit der Waffe verteidigen würde.

Es zeigte sich aber auch, daß die Dienstunterkünfte, die eigentlich zu kasernenähnlichen Einrichtungen ausgebaut werden und zur Unterdrükkung der EDLer dienen sollten, sich als Unruheherde herausstellten. Disziplinarmaßnahmen gegen EDLer führten häufig zu breiten Solidarisierungswellen, bei denen die Dienstunterkünfte der ED-Gruppen in gewisser Weise das Rückgrat des Widerstandes bildeten. Aus diesem Grund wurde dazu übergegangen, mehr Heimschlaferlaubnisse zu erteilen und einen Teil der Dienstunterkünfte aufzulösen bzw. zu verkleinern. Auf der Ebene der konkreten Verschärfungen war Iven in dieser Zeit also wenig erfolgreich.

Juristische Grundlage für einen Arbeitsdienst

Am 1.7.73 trat jedoch das neue Zivildienstgesetz in Kraft. Dieses Gesetz war gegenüber dem ersten Entwurf von 1970 leicht abgeschwächt worden, ohne daß allerdings die Substanz geändert worden war. Die EDLer sollten zukünftig zu *„Tätigkeiten, die dem Allgemeinwohl dienen"* herangezogen werden können. Die Pläne für den Einsatz bei Post und Bahn waren inzwischen vom Tisch. Weiterer Inhalt des ZD-Gesetzes war die Zentralisierung (Aufbau des Bundesamtes für den Zivildienst, BAZ) und eine weitere Angleichung an das Soldatengesetz. Als Ausgleich für die Verschlechterungen wurde eine geringfügige Solderhöhung, die Einrichtung eines Beirates für den ED, allerdings nur mit beratender Funktion, und die Umbenennung in Zivildienst (ZD) angeboten.

Mit diesem ZDG sind die wesentlichen juristischen Grundlagen für die Durchführung des ZD als paramilitärischen Arbeitsdienst gelegt worden. Dem widersprechen gewisse zur gleichen Zeit durchgeführte Erleichterungen nur scheinbar. Verschärfungen waren nicht durchsetzbar, darum wurde der Konfliktstoff aus taktischen Gründen befristet zurückgestellt, bis wieder Ruhe und Ordnung eingekehrt war. Diese Zeit nutzte Iven aber zum zügigen Ausbau des ZD als weitere Komponente für Arbeitsdienst und die allgemeine Dienstpflicht: 1970 gab es nur 4700 ED-Stellen, Ende 1975 waren es bereits 16 000 und Anfang 1977 ca. 32 000 ZD-Stellen.

Die „Postkartennovelle"

FDP und SPD hatten bereits 1973 vereinbart, eine gesetzliche Regelung zu schaffen, durch die das Prüfungsverfahren für KDVer abgeschafft werden sollte. Im September 1974 lag dann ein gemeinsamer Gesetzesentwurf von SPD und FDP vor, in dem die Abschaffung des Gewissensprüfungsverfahrens folgendermaßen begründet wurde:

1. Es ist unmöglich, eine Gewissensentscheidung objektiv festzustellen,
2. Das Verfahren schafft soziale Diskriminierungen und willkürliche Entscheidungen zu Lasten der Antragsteller,
3. Die BW verfügt auch im Falle des starken Anstiegs der Zahl der Verweigerer, aufgrund der geburtenstarken Jahrgänge, über genügend Wehrpflichtige zur Deckung ihres Personalbedarfs.

Dieser Entwurf erreichte jedoch nicht den Bundestag, da der damalige Kriegsminister Leber und Iven einen eigenständigen Vorschlag für die zukünftige Behandlung von KDVern vorlegten. Der Plan sah vor, Prüfungsverfahren für noch nicht Einberufene auszusetzen, wobei allerdings die Regierung ermächtigt werden sollte, diese Aussetzungen im Falle der Gefährdung der Personallage der BW wieder aufzuheben. Kriegsdienstverweigernde Soldaten sollten grundsätzlich weiter einem modifizierten Prüfungsverfahren unterworfen bleiben. Zusätzlich sollte der ZD um 3 Monate verlängert werden.

Diese Vorstellungen wurden in einen Gesetzentwurf gepackt, der den Bundestag passierte, dann aber an der Ablehnung der CDU/CSU-Mehrheit im Bundesrat scheiterte. Die CDU/CSU hatte schon seit 73 ihre Bedenken gegen die Abschaffung des Prüfungsverfahrens erklärt.

Ende Februar 77, in der neuen Legislaturperiode, brachten SPD und FDP dann einen Gesetzentwurf ein, der im Kern mit dem ursprünglichen identisch war, aber durch einige technische Arrangements die Zustimmungsnotwendigkeit des Bundesrates umging. Am 1.8.77 wurde dieser Entwurf Gesetz.

Von nun an konnte mann den Kriegsdienst verweigern, indem mann dieses auf einer Postkarte erklärte. Die Verweigererzahlen stiegen dementsprechend rasch in die Höhe. Die CDU/CSU erhob jedoch gegen dieses Gesetz Klage beim Bundesverfassungsgericht (BVG), das am 16.12.77 das Gesetz durch eine einstweilige Anordnung wieder außer Kraft setzte. Dazu einige Auszüge aus der Begründung: *„....steht fest, daß es am Stichtag 1. Dez. 77 – vorbehaltlich ihrer Verfügbarkeit im Einzelfall – annähernd 130 000 KDVer gab, die noch keinen Zivildienst angetreten haben. Dieser Zahl stehen nur 34 000 Zivildienstplätze gegenüber. Von diesen Plätzen sind zudem gegenwärtig nur etwa 11 000 besetzbar. Damit ist evident, daß zahlreiche Kriegsdienstverweigerer in absehbarer Zeit tatsächlich nicht zum Zivildienst eingezogen werden können. ... Bei dieser Sachlage ist es zur Abwehr schwerer Nachteile für das gemeine Wohl dringend geboten ..., daß zur Prüfung gestellte Gesetz bis zur Entscheidung über die Hauptsache außer Anwendung zu setzen. ... Hinzu kommt: Die Bundeswehr würde ohne den Erlaß einer einstweiligen Anordnung schon im Jahre 1978 auf einen nicht unerheblichen Teil der verfügbaren Wehrpflichtigen verzichten und deshalb andere Gruppen, darunter beschränkt verwendungspflichtige Wehrpflichtige ..., in einer bisher nicht gekannten Größenordnung, zum Wehrdienst heranziehen müssen. Dies bedeutet u.a., daß Wehrpflichtige, die nach den bisher geltenden Regeln der Bedarfsplanung der Bundeswehr zum Wehrdienst nicht einberufen würden, jetzt nur deshalb herangezogen werden müssen, weil sich andere, auch taugliche Wehrpflichtige, wie die erheblich gestiegenen Zahlen der Verweigerungserklärungen zeigen, lediglich in Ausnützung der ihnen (...) eröffneten Möglichkeit, nicht aber aufgrund einer die Verweigerung des Kriegsdienstes mit der Waffe rechtfertigenden Gewissensentscheidung, ihrer Wehrpflicht entziehen."* („FR", 17.12.77).

Damit war das Verfassungsgericht der Argumentation der CDU/CSU gefolgt, daß dieses Gesetz die Zerstörung des „Wehrwillens" der Jugend vorantreibe. Inzwischen ist es als erwiesen anzusehen, daß die Zahlen, die die Bundesregierung dem BVG als Grundlage für eine Beurteilung der Personalsituation der Bundeswehr bzw. über die notwendigen Plätze im Zivildienst zur Verfügung stellte, falsch gewesen sind.

Als Reaktion auf die einstweilige Verfügung beschloß die Bundesdelegiertenkonferenz der Selbstorganisation der Zivildienstleistenden im Januar 1978 eine bundesweite Aktionswoche, einen bundesweiten Streik und eine zentrale Demonstration. Dem Streikaufruf folgten ca. 5 000 ZDLer; auf der Demo erschienen über 10 000 Leute, und dies, obwohl das BAZ Rundschreiben an die ZDLer geschickt hatte, in denen Disziplinarmaßnahmen im Falle eines Streiks angedroht wurden, die dann auch teilweise verhängt wurden (z.B. Geldstrafen für 18 Göttinger ZDLer).

Wie kann der Zivildienst möglichst abschreckend gemacht werden?

In dem endgültigen Urteil des BVG, das im April 78 vorgelegt wurde, wird als Hauptgrund für die Aufhebung die Verfassungswidrigkeit des 77er Gesetzes genannt: *„In seiner Urteilsbegründung führt der Senat*

aus, die Abschaffung des Prüfungsverfahrens für Wehrdienstverweigerer sei als Gewährung einer freien Wahlmöglichkeit zwischen Wehrdienst und Ersatzdienst aufgefaßt und wahrgenommen worden. Diese Regelung sprenge den vom Grundgesetz gezogenen Rahmen, in dem eine Wehrdienstverweigerung aus Gewissensgründen zulässig sei. Andererseits aber müsse der Gesetzgeber nicht unbedingt auf das alte oder auch ein reformiertes Prüfungsverfahren zurückgreifen. Denkbar sei immerhin auch eine gesetzliche Ausgestaltung des Ersatzdienstes, die eine Gewissensprüfung in einem gesonderten Verfahren überflüssig mache. In diesem Fall müsse die Ersatzdienstpflicht so ausgestaltet werden, daß ohnehin nur „echte" Kriegsdienstverweigerer diesen Ersatzdienst übernähmen, mit unechten Verweigerern typischerweise also nicht gerechnet werden brauche. Die Verfassungsmäßigkeit einer solchen Regelung hänge von vielerlei Kriterien ab. Der Gesetzgeber müsse sicherstellen, daß der vorgesehene Ersatzdienst auch tatsächlich abgeleistet werden müsse. Ausschlaggebend seien auch die Dauer des Ersatzdienstes, die Art der zu erfüllenden Aufgaben und die tatsächliche und rechtliche Ausgestaltung der Dienstverhältnisse." („SZ", 14.4.78).

Demgegenüber gab es auch eine abweichende Meinung des Verfassungsrichters Hirsch, der das Gesetz für durchaus vefassungskonform hielt. Ein weiterer, formaler Grund für das BVG-Urteil war, daß dieses Gesetz nicht den Bundesrat passiert hatte. Somit wurde für die Zukunft festgelegt, daß eine Reform des Zivildienstgesetzes auf jeden Fall die CDU/CSU-Mehrheit im Bundesrat passieren muß, eine Vorgabe, die SPD und FDP bei der Ausarbeitung der neuen Entwürfe auch weidlich auszunutzen bestrebt sind – in Richtung Verschärfung. Insgesamt kommt das Urteil der Aufforderung gleich, den Zivildienst so unattraktiv wie möglich zu gestalten.

Obwohl es Proteste gegen dieses Urteil von Seiten der FDP und SPD gab, setzte sogleich der Wettstreit um die „beste Ausschöpfung des BVG-Urteils" ein. FDP und SPD waren sich einig, daß die Gewissensprüfung abgeschafft werden sollte, dafür sollte aber der ZD gemäß den Richtlinien des BVG-Urteils drastisch verändert werden: Verlängerung des ZD auf 18 Monate (SPD) oder sogar 20 Monate (FDP); Einrichtung eines Einführungsdienstes, in Anlehnung an die Grundausbildung bei der BW; heimatferner Einsatz, Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften, also Kasernierung, und Ausbau der ZD-Plätze, sodaß auch jeder KDVer eingezogen werden kann.

Die CDU/CSU kündigte demgegenüber an, daß ein Verzicht auf die Gewissensprüfung nicht in Frage komme. Auf dem Gebiet der Verschärfung des ZD war sie sich weitgehend mit der FDP/SPD-Koalition einig.

1979 wurde eine interfraktionelle Arbeitsgruppe gebildet, die einen Neuentwurf für das ZD-Gesetz vorlegte. Die CSU ließ den Allparteienkompromiß jedoch platzen, weil man sich über die Modifizierung der Gewissensprüfung und die Länge des ZD

le Arbeitsgruppe gebildet, die einen Neuentwurf für das ZD-Gesetz vorlegte. Die CSU ließ den Allparteienkompromiß jedoch platzen, weil man sich über die Modifizierung der Gewissensprüfung und die Länge des ZD

uneinig war. Der Entwurf sah vor, daß das Prüfungsverfahren verändert, aber trotz gegenteiliger Zusagen von SPD/FDP nicht abgeschafft wird. Das erste Verfahren sollte nach Aktenlage, also ohne mündliche Prüfung, erfolgen, dann sollte es in „zweiter" Instanz ein mündliches Verfahren und anschließend die Klage vor dem Verwaltungsgericht geben. Der Artikel über die Dauer des ZD wurde so formuliert, daß der ZD beliebig hätte verlängert werden können. Die vorrangige Einsetzung des ZDLers im sozialen Bereich sollte aufgehoben werden, sodaß der Einsatz im Umweltschutz und im sog. Zivil- und Katastrophenschutz hätte ausgebaut werden können. Jeder ZDLer sollte einen Einführungslehrgang mitmachen und die Kasernierungsvorstellungen sollten auch verwirklicht werden.

Im Sommer 1980 bot die SPD einen neuen Entwurf an, der einen 16-monatigen ZD vorsah, doch die CDU/CSU pochte weiterhin auf eine Dauer von 18 Monaten und ein mündliches erstes Prüfungsverfahren.

Damit blieb auf der gesetzlichen Ebene alles beim alten, also dem ZD-Gesetz von 73 in der Fassung von 77 (vor dem BVG-Urteil). Dennoch hat sich der ZD sehr stark verändert. Wie es zur Zeit im ZD und bei der Kriegsdienstverweigerung aussieht, wollen wir im zweiten Teil dieses Artikels darstellen.

Quellen
1. Mannhardt/Schwamborn: Zivildiensthandbuch
2. Dokumentation der SOdZDL Hamburg über die Entwicklung des Ersatzdienstes zum allgemeinen Arbeitsdienst.
3. „diskofo" 37/38: Zivildienst

Auf Schleichwegen zum Arbeitsdienst



Obwohl die geplante Novellierung des KDV/ZD-Gesetzes im Juni 1980 vorerst scheiterte, läßt sich in der Praxis eine schleichende Durchsetzung der vorgesehenen Verschärfungen nachweisen. Deren Ursprünge reichen größtenteils bis in den Anfang der 70er Jahre zurück und fanden ihren Niederschlag häufig in sogenannten „Modellversuchen". Darüber hinaus schrieb der Gesetzentwurf von 1979/80 ebenfalls bestehende Verschärfungen fest. Ein Überblick über die Entwicklung seit 1978 soll das belegen.

Die Entwicklung der Anerkennungsquoten

Mit der Wiederherstellung des alten Verweigerungsrechts durch das Bundesverfassungsgericht im Dezember 1977 sank die Zahl der Antragsteller wieder auf „normale" Werte, sogar noch etwas unter den Stand von 1976. Danach setzte sich die beinahe stetige Aufwärtsentwicklung der vergangenen Jahre weiter fort:

1976	40.618
1978	39.720
1979	45.515
1980	54.315
1981	58.090 (1)

Bis 1981 wurden damit seit Einführung der Wehrpflicht über 500.000 KDV-Anträge gestellt.

Zur Entwicklung der Anerkennungsquoten berichtet die „Zentralstelle für Recht und Schutz der Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen" (2): *„Wir erhalten zahlreiche Berichte und Beschwerden, nach denen die Prüfungsverfahren immer willkürlicher und restriktiver gehandhabt werden. Die offiziellen Zahlen scheinen dagegenzusprechen, doch gibt es viele Gründe, an diesen Zahlen zu zweifeln."*

Für 1980 werden bei 54.315 KDV-Anträgen 30.250 rechtskräftige Anerkennungen angegeben, das wären 61,2 %. Staatssekretär Penner vom Kriegsministerium errechnete aus diesen Zahlen allerdings 77,9 % Anerkennungen (3). Auf Anfragen zweier SPD-Abgeordneter wurde dagegen von der Bundesregierung die Anerkennungsqote im Bundesdurchschnitt mit 53 % (1980) und 49,8 % (1981, 1. Halbjahr) angegeben (3b).

(1980) und 49,8 % (1981, 1. Halbjahr) angegeben (3b).

Verschärfter Gewissens-TÜV

Verschärfter Gewissens-TÜV

Die im Gesetzentwurf von 1979 beabsichtigte Ernennung von im Richteramt erfahrenen Beamten zu Prüfungsausschußvorsitzenden wird in letzter Zeit verstärkt praktiziert. Mit welchen Absichten das geschieht, möge das folgende „Spiegel"-Zitat verdeutlichen (4): *„Denn wo Pazifisten auf Gesinnung geprüft werden, verläßt sich die Hardthöhe auf die Altbewährten. Zunehmend wirbt das Ministerium Ruhestandsbeamte — ehemalige Staatsanwälte, Richter, Ministerialbürokraten — auf Honorarbasis als Ausschußvorsitzende an. Jüngere Juristen werden zwar als Vollzeitbeschäftigte angestellt, doch meist nur auf ein Jahr befristet. Stellt sich dann heraus, daß sie nicht ins wehrdienstbewußte Milieu passen, müssen sie gehen."*

Dabei kann es halt auch schon mal vorkommen, daß ein ehemaliger Ankläger beim NS-Volksgerichtshof in diese Position gelangt (5)!

Bei der Beschnüffelung von Antragstellern gibt man sich ebenfalls alle Mühe; zum Beispiel beim Kreiswehrersatzamt Frankfurt: *„Da werden die Eltern von Kriegsdienstverweigerern auf hektographierten Schreiben ersucht, Näheres über die Gesinnung des Sohnes mitzuteilen, etwa über 'das sittliche Verhalten und die Beweggründe für seinen Beschluß, den Kriegsdienst mit der Waffe zu verweigern'."* (6)

In *„begründeten Einzelfällen"* gewährt auch das Bundesamt für Verfassungsschutz *„Einsicht in die vollständigen Akten der Kriegsdienstverweigerer"* (7). Eine Hand wäscht die andere!

Konsequenterweise werden weiterhin die Möglichkeiten der kirchlichen Beistände — die im 79er Gesetzentwurf völlig rausgefallen sind — handfest eingeschränkt: Zumindest aus Göttingen liegen uns Berichte vor, daß KDVer, die einen der vielbeschäftigten kirchlichen Beistände in ihre Verhandlung mitbringen, bereits von vornherein schlechtere Chancen auf Anerkennung haben!

Doch was in den Verhandlungen selber abläuft, spottet inzwischen jeder

chen Beistände in ihre Verhandlung mitbringen, bereits von vornherein schlechtere Chancen auf Anerkennung haben!

Doch was in den Verhandlungen selber abläuft, spottet inzwischen jeder

Beschreibung:

— *„Wer streikt, der soll auch schießen — Ein 18jähriger wurde nicht als Kriegsdienstverweigerer anerkannt, weil er Gewerkschaften für nötig hält"* (8)

— *„Weiter hat der Antragsteller ausgeführt, daß möglicherweise die Vereinigten Staaten bei einem Erdölboykott durch die Opec-Staaten zur Waffe greifen würden, um ihre Interessen zu schützen und zu verteidigen... Nach Meinung des Prüfungsausschusses könnte der Antragsteller, wenn er sich die hier interessierenden Fragen eingehender durchdenken würde, auch an einer solchen Besetzung durchaus beteiligen, wenn er bedenken würde, daß dabei viele Tausend und Millionen Menschenleben auf dem Spiel stehen würden..."* (9)

— *„....hielt das Gericht dem Kläger, der im Besitz einer Fahrerlaubnis ist, die heutige Situation im Straßenverkehr vor Augen, bei der ein motorisierter Verkehrsteilnehmer stets eine latente Gefährdung von Menschenleben darstellt..."* (11).

Doch nicht nur die Kriterien der Anerkennung werden verschärft.

— KDVern wird die Anerkennung durch den Prüfungsausschuß vom Kreiswehrersatzamt aberkannt (12).

— KDVern wird nach der Verhandlung nicht mehr gesagt, ob sie anerkannt sind (13).

— Verschiedene KDVer werden mit gleichlautenden Begründungen abgelehnt (14).

— Verhandlungen werden im Halbstundenrhythmus angesetzt (15).

— Die Durchfallquote reicht bei einigen Kreiswehrersatzämtern an die 100 % ran (16).

— Kreiswehrersatzämter legen grundsätzlich gegen alle anerkannten KDVer Widerspruch ein (17) ...

Mehr Staat im Zivildienst

Mehr Staat im Zivildienst

Die Entwicklung der Praxis des Zivildienstes läuft eindeutig auf die langsame Durchsetzung der in der 79er Novelle vorgesehenen Verschärfungen hinaus. Sie äußert sich im wesentlichen in der Verlagerung von Zivildienststellen in paramilitärische, arbeitsdienstähnliche Bereiche, verstärkte heimatferne Einberufung, kasernenartige Unterbringung und verstärkte staatliche Eingriffe in die Praxis des Zivildienstes.

Die besten Voraussetzungen zur Realisierung der staatlichen Vorstellungen sind natürlich da gegeben, wo der Staat selbst unmittelbaren Einfluß hat. Bereits 1976 begann man mit der Einrichtung von staatlichen „Zivildienstzentren" (Vinckehof bei Castrop-Rauxel), deren Besetzung mit ZDLern erst unter Anwendung offen repressiver Maßnahmen gelang (Zwangsversetzungen u.ä.). Geplant sind weitere zehn derartiger Kasernen mit jeweils bis zu über 200 ZDLern.

Verbunden ist diese Entwicklung mit Streichungen von Stellen vorwiegend im „politischen" Bereich sowie einer gezielten Anerkennungs- und Einberufungspraxis gegenüber bestimmten Dienststellen: Bei der „Informationsstelle Südliches Afrika" in Bonn wurden Stellen gestrichen (18), in Bayern dürfen ZDLer in Kinder- und Jugendheimen generell nicht arbeiten (19), der BBU erhält keine ZDLer (20), allgemein werden kaum noch Dienststellen anerkannt, die keine „Dienstunterkünfte" bereitstellen können (21).

Darüber hinaus werden die Arbeitsbereiche der ZDLer zunehmend auf paramilitärische Arbeitsdienste ausgeweitet, insbesondere den sogenannten „Umweltschutz" mit bisher 150 Plätzen und den Zivilschutz (Technisches Hilfswerk) mit 24 Plätzen, die auf 5.000 bzw. 100 Stellen erweitert werden sollen (22).

Um sich den Zugriff auch auf die ZDLer bei kleineren sozialen Einrichtungen zu sichern, wurde inzwischen der Skandal um den „Betreuungsverband Zivildienst" zum Anlaß genommen, die direkte staatliche Aufsicht über Dienststellen und ZDLer zu erwei-

ZDLer bei kleineren sozialen Einrichtungen zu sichern, wurde inzwischen der Skandal um den „Betreuungsverband Zivildienst" zum Anlaß genommen, die direkte staatliche Aufsicht über Dienststellen und ZDLer zu erwei-

tern, indem die Aufgaben des „Betreuungsverbandes" ab 1.4.81 von BAZ und staatlichen Zivildienstgruppen(-leitern) übernommen wurden (23).

Fortsetzung nächste Seite

Bundeswehr in Nöten

Um bei ihren Kriegsvorbereitungen durch die oben dargestellte Entwicklung nicht in Schwierigkeiten zu kommen, bereiten die bundesdeutschen Militärstrategen in letzter Zeit verstärkt neue Rekrutierungsmaßnahmen für die Bundeswehr vor: Die zu diesem Zweck eingesetzte Langzeitkommission hat u.a. folgende Vorschläge ausgearbeitet:

— Herabsetzung des Einstellungsalters von Zeitsoldaten auf 16 Jahre

— „freiwillige" Einbeziehung von 30.000 Frauen in die Bundeswehr

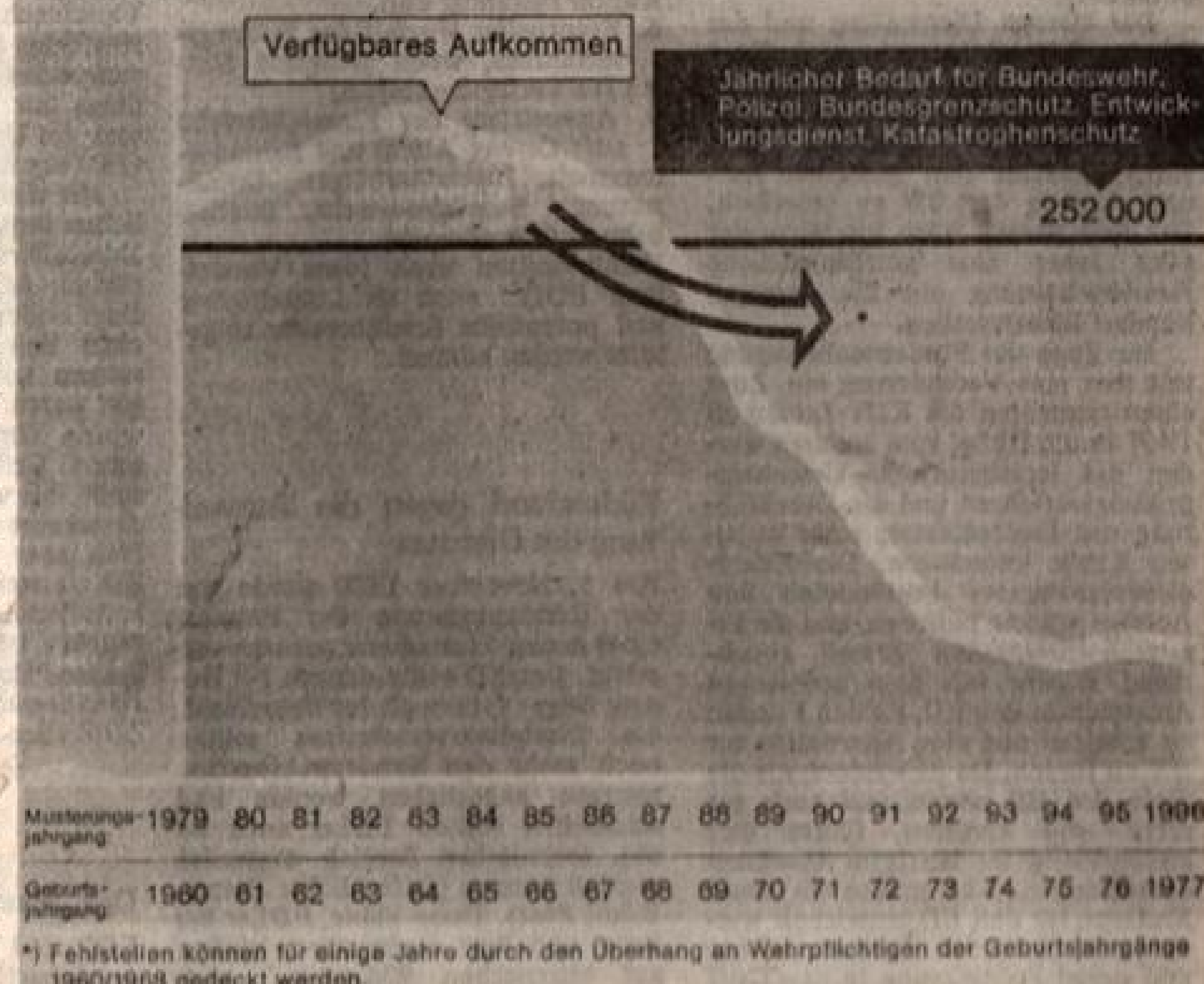
— Verpflichtung von 20.000 Ausländern für die Armee (zum Verheizen sind sie allemal noch gut genug)

— Verschärfung der Tauglichkeitsbestimmungen für Wehrpflichtige.

Auf diese Weise soll ab spätestens 1984 dem „Pillenknick" entgegengearbeitet werden („FAZ", 11.5., „FR", 12.5.82).

Darüber hinaus werden bereits verstärkt ältere und verheiratete sowie eingeschränkt taugliche Wehrpflichtige eingezogen (ami 3/82). Daß diese Entwicklung nicht ohne Einfluß auf die zukünftige Gestaltung und Verlängerung des Zivildienstes bleiben wird, ist abzusehen. Das umso mehr, als bereits jetzt der Anteil er KDVer am Musterungsjahrgang bei 10 % liegen dürfte (s. Tabelle), im Wehrbereich 5 (BaWü) soll er sogar 16 % (für den Jahrgang 1960) betragen haben (ami 4/81). Außer dem „Pillenknick" haben also **a u c h** die steigenden KDV-Zahlen nicht zu knapp zu den „Personalproblemen" der Bundeswehr beigetragen. Ein schöner (erster) Erfolg!

Desto wichtiger ist es, daß wir uns diesen Weg „einseitiger Abrüstung" nicht weiter verbauen lassen und mit der Friedensbewegung aktiv für das uneingeschränkte Recht auf Kriegsdienstverweigerung eintreten!!!



Fortsetzung von voriger Seite

Bald Grundausbildung für ZDLer?

Besonders deutlich wird die Entwicklung zu mehr Staat im Zivildienst bei den Einführungslehrgängen. Durchgeführt werden diese bereits seit etwa 1970, erstmals gesetzlich verankert wurden sie im Zivildienstgesetz von 1973:
,,Die Dienstleistenden sollen zu Beginn ihres Dienstes in Lehrgängen
1. über Wesen und Aufgaben des Zivildienstes sowie über ihre Rechte und Pflichten als Dienstleistende unterrichtet werden;
2. in die Tätigkeit, für die sie vorgesehen sind, angemessen eingeführt werden...''
Angestrebt wurde die Teilnahme jedes ZDLers an einem solchen Einführungslehrgang.

Den größten Teil dieser Lehrgänge führten bisher die Wohlfahrtsverbände durch, während die staatlichen Zivildienstschulen erst nach und nach aufgebaut wurden.

Der Anteil staatlicher Lehrgänge hat von 1979 bis 1981 von 14,7 % auf 21 % zugenommen, für 1982 ist die Zahl der Teilnehmerplätze an staatlichen Schulen (u.a. Vinckehof!) von 530 auf 820 erhöht worden. Den Verbänden der Freien Wohlfahrtspflege wurden die Zuschüsse so stark gekürzt, daß der Deutsche Paritätische Wohlfahrtsverband 1981 von 53 geplanten Lehrgängen einen erheblichen Anteil streichen mußte, da nur 29 gefördert wurden — obwohl die Kosten pro Tag und Kopf mit 40 DM erheblich unter denen von 100 DM bei staatlichen Lehrgängen liegen (25)!

Im Wortlaut: FR, 25.3.82

19 Monate Zivildienst

Mit einem einstimmigen Beschluß hat die SPD-Bundestagsfraktion ihre Grundsätze für die geplante Neuordnung des Rechts der Kriegsdienstverweigerung festgelegt. Sie haben folgenden Wortlaut:

1. Wer vom Grundrecht der Wehrdienstverweigerung Gebrauch machen will, erklärt dies schriftlich und individuell gegenüber der zuständigen Stelle.

2. Unter Beachtung des Urteils des Bundesverfassungsgerichts vom 13. 4. 1978 und der gebotenen Gleichbehandlung von Wehr- und Zivildienstleistenden beträgt die Dauer des Zivildienstes 19 Monate.

3. Es ist sicherzustellen, daß alle anerkannten Wehrdienstverweigerer ohne großen Zeitverlust zum Zivildienst herangezogen werden.

4. Ein Einführungslehrgang mit gleichen Bedingungen ist — unabhängig von der Trägerschaft — für alle Zivildienstleistenden zu gewährleisten.

5. Der Einsatz im sozialen Bereich behält Vorrang. Die ambulanten Hilfen für Alte und Behinderte werden
alle Zivildienstleistenden zu gewährleisten.
5. Der Einsatz im sozialen Bereich behält Vorrang. Die ambulanten Hilfen für Alte und Behinderte werden
verstärkt.

6. Die Zuständigkeit für alle mit dem Recht der Wehrdienstverweigerung zusammenhängenden Fragen wird aus dem Verteidigungsministerium herausgelöst.

7. Für Soldaten, einberufene, vorbenachrichtigte und gediente Wehrpflichtige wird ein angemessenes Verfahren vorgesehen.

Einher gehen diese Maßnahmen mit einer rigideren Einberufungspraxis und zunehmenden inhaltlichen Formierungsversuchen des BAZ gegenüber den Lehrgängen der Freien Wohlfahrtsverbände. Zudem ist ein Einführungslehrgang seit Anfang dieses Jahres endgültig zur Pflicht für jeden ZDLer gemacht worden, unabhängig von seinem Einsatzbereich.

Gleichzeitig wurde bekannt, daß das BAZ die Behandlung bestimmter Themen auf Einführungslehrgängen der Verbände zu verhindern versucht. Darunter fallen Themen wie ,,Motivation der Zivildienstleistenden, Sinn oder Unsinn der Prüfungsverfahren, soziale Verteidigung, Alternativen zur Bundeswehr und Totalverweigerung'' (26). Inzwischen geht das BAZ offensichtlich bereits dazu über, auf Lehrgängen der Verbände selbst die Referenten zu stellen. Zu kurz kommt dabei mehr und mehr eine fachgerechte Einführung der ZDLer in ihre jeweiligen Arbeitsbereiche.

Die Absicht, die hinter einer solchen Ausgestaltung steht, ist klar: Die Einführungslehrgänge sind das ideale Testfeld für Kasernierung, Disziplinierung und Militarisierung der ZDLer! Möglichst heimatferne Lehrgänge, Gemeinschaftsunterbringung, Dienstverpflegung und strenge Reglementierung des Tagesablaufs lassen sich hier wunderbar ,,exerzieren''.

Ein für Militarisierungs- und Arbeitsdienstversuche geradezu idealer Bereich umfaßt die sogenannten ,,Mobilen sozialen Hilfsdienste''. Diese Dienste wurden seit 1979 mit massiver finanzieller Förderung in bisher 12 Städten (u.a. beim Arbeiter-Samariterbund) als ,,Modellversuche'' eingerichtet und sollen auf 10.000 Einsatzstellen ausgebaut werden (27). Sie setzen an der Hilfsbedürftigkeit alter und behinderter Menschen an und sollen ihnen durch individuelle Betreuung das Leben zu Hause erleichtern. Doch die tatsächlichen Gründe für die plötzliche Entdeckung dieser sozialen Bedürfnisse liegen woanders: ,,*(...) stellen sich als Resultat von Überlegungen dar, wie durch den Einsatz von Zivildienstleistenden die höchste Effizienz bei der Arbeit im sozialen Bereich erzieht werden kann''* (28). BAZ-Chef Iven sagt dazu (29): ,,*...mit der Abordnung von Kriegsdienstverweigerern zu solchen Hilfsdiensten sollte deutlich gemacht werden, daß der Zivildienst dem Dienst in der Bundeswehr gleichwertig ist.''*

Dies kritisierte H. Helmig, Beauftragter der evangelischen Kirche für Kriegsdienstverweigerer und Zivildienstleistende in Westfalen: ,,*Da die Zivildienstleistenden für eine umfassende Betreuung der alten Menschen (...) nicht ausgebildet sind und nicht ausgebildet werden können, bleibt auf die Dauer nur die Zurverfügungstellung billiger Arbeitskraft im Haushalt übrig, die aufgrund von zahlreichen Anfragen dann nur als Putzhilfe von Haus zu Haus eilen''* (31).

Dabei bieten sich für den Staat ideale Kasernierungsbedingungen: Im Sinne der größtmöglichen Effektivität ist eine zentralisierte Einsatzplanung und eine gemeinsame Unterbringung am naheliegendsten. Teilweise werden ZDLer sogar an schwächere Dienststellen verliehen — ohne selbst Einfluß auf die Wahl ihres Einsatzortes zu haben! (32)

Zivildienst im Umweltsch(m)utz

Bereits 1971 war ein erster ,,Modellversuch'' (,,Gummersbacher Modell'') abgebrochen worden, bei dem die zwangsweise dorthin einberufenen ZDLer unter menschenunwürdigen Zuständen untergebracht worden waren und durch Streik die Beendigung erzwungen hatten: Sie hatten die Privat-Waldwege eines Grafen einzuebnen, Gräben auszuheben, Straßen zu planieren und dergleichen mehr (36).

Ab 1975 setzten sich die Umweltminister der Länder für den Zivildienst im Umweltschutz ein. 5.000 Stellen waren geplant, bei bereits 300 bestehenden. Als Aufgaben waren u.a. vorgesehen: ,,*Kontrolldienste (Erfassung von unberechtigten Eingriffen in die Landschaft, Verfolgen von ungenehmigten Unratsablagerungen u.ä.); Rekultivierung von Sand- und Kiesabbaugebieten; Forstpflege (Abfallbeseitigung und durchforsten); Forstwegbau; Wildbach- und sonstige Uferbefestigungen; Katastropheneinsatz; Deichbau- und Deicherhaltungsmaßnahmen; Abfallbeseitigung''* (37).
bach- und sonstige Uferbefestigungen; Katastropheneinsatz; Deichbau- und Deicherhaltungsmaßnahmen; Abfallbeseitigung'' (37).

Daß hier von tatsächlichem Umwelt s c h u t z keine Rede sein kann, allenfalls von Beseitigung der Folgen von Umweltverschmutzung, ist offensichtlich. Dafür bieten sich aber Möglichkeiten zur zentralen Einsatzleitung, Kasernierung und zum ,,Stoßtrupp''-Einsatz — also Arbeitsdienst in Reinkultur!

Verlängerung oder Verschärfung oder beides?

Bereits einen Monat nach dem Scheitern des letzten Novellierungsversuchs im Juni 1980 brachte Kriegsminister Apel einen neuen Lösungsvorschlag des damaligen Justizministers Vogel in die Debatte um die KDV/ZD-Neuregelung: Wegfall der Gewissensprüfung bei gleichzeitiger Verlängerung des Zivildienstes auf eine Länge ,,von zwanzig Monaten an aufwärts'' (38).

Damit gab er gleichzeitig die Richtung an, in der die weiteren Diskussionen verlaufen sollten.

Berufen wird sich bei all diesen Vorstößen auf die Urteilsbegründung des umstrittenen BVG-Urteils vom April 1978, in dem dieses die Möglichkeit einer Verschärfung und Verlängerung des Zivildienstes auf bis zu 24 Monate als einzige Probe auf die Gewissensentscheidung des KDVers zugebilligt hatte (42).

Offensichtlich sind diese Ausführungen jedoch nicht so eindeutig, wie es die Parteien gerne hätten: Bereits im Februar '81 legte H. Dörig, Mitglied des FDP-Bundesfachausschusses Rechts- und Innenpolitik, eine wissenschaftliche Untersuchung vor, die eine Verlängerung des Zivildienstes als verfassungswidrig bezeichnete, solange der Wehrdienst nicht verlängert werde. ,,*Keine verfassungsrechtlichen Probleme sieht Dörig bei einer Reihe anderer Maßnahmen, um den Zivildienst 'zur einzigen Probe auf die Gewissensentscheidung' zu machen. Er nennt im einzelnen: Erhöhung der Einberufungsquote (...), eine Ausweitung der Tätigkeitsfelder über den sozialen Bereich hinaus sowie eine Verstärkung des 'heimatfernen Einsatzes' und der dienstlichen Unterbringung''* (43).

Gleichzeitig kündigten BAZ-Chef Iven und der CDU-Abgeordnete Willi Weiskirch an, daß eine kompromißfähige Lösung (Abschaffung der KDV-Verhandlung bei Zivildienstverlängerung auf 18 - 20 Monate) gefunden werden könne. Gegen eine solche Lösung sprachen sich erneut Jusos und FDP aus, ebenso die ,,Evangelische Arbeitsgemeinschaft zur Betreuung der Kriegsdienstverweigerer''; DFG/VK, SOdZDL sowie die Bremer ,,Zentralstelle für Recht und Schutz der Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen'' kündigten ihren Widerstand gegen die geplanten Verschärfungen an.

Im Juni 1981 lag dann plötzlich ein ,,streng vertraulicher'' Vorentwurf zum neuen Gesetz vor, der nach Angaben des ,,Spiegel'' (45) jedoch fast alle umstrittenen Fragen ausklammerte und dennoch erneut auf Ablehnung bei FDP und Jusos stieß. Derweil forderten auch die Landesjugendkonferenz der Arbeiterwohlfahrt Nordrhein-Westfalens sowie die ,,Junge Arbeitnehmerschaft'' in den CDU-Sozialausschüssen und die Junge Union eine Abschaffung des KDV-Verfahrens — letztere allerdings unter gleichzeitiger Forderung einer Verlängerung des Zivildienstes auf 21 Monate.

Der Vorentwurf des Arbeitsministeriums verschwand jedoch wieder in der Versenkung, was unter anderem mit dem Wechsel des Zivildienstes in den Zuständigkeitsbereich des Gesundheitsministeriums begründet wurde.

Erstmals wurde im Herbst jedoch ins Auge gefaßt, eine Lösung zu suchen, die nicht der Zustimmung des unionsgeführten Bundesrates bedarf (48). Daß eine solche Möglichkeit durch das BVG-Urteil von 1978 nicht ausgeschlossen wird, erklärte der Karlsruher Verfassungsrichter Helmut Simon kürzlich: Er hält den Vorschlag der ,,Gustav-Heinemann-Initiative'' für realisierbar, ,,*daß eine begründete schriftliche Erklärung des Verweigerers prinzipiell zu dessen Anerkennung genügen würde und es nur bei begründbarem Verdacht auf Mißbrauch des Grundrechtes zu einem Verfahren käme, in dem quasi die 'Beweislast' beim Staat läge. In jedem Fall müsse dann aber der Grundsatz gelten: 'Im Zweifel für den Antragsteller'.''* (49). Eine Verlängerung des Zivildienstes gegenüber dem Wehrdienst hält Simon für verfassungswidrig, ebenso eine Verschärfung des Zivildienstes.

Vertreter von SPD und FDP äußerten sich jedoch skeptisch zu Simons Vorschlag: ,,*Eine bloße Änderung des Anerkennungsverfahrens 'am Bundesrat vorbei' werde momentan von der Koalition nicht erwogen''* (50).

Fazit: Weiter in Richtung Arbeitsdienst!

Fazit: Weiter in Richtung Arbeitsdienst!

Welche Lösung letztendlich im einzelnen gefunden wird, dürfte für die Folgen in der Praxis des KDV/ZD-Rechts relativ nebensächlich sein. Wie bereits dargestellt, werden die wesentlichen Verschärfungen auch ohne Gesetzesänderung eingeführt und ausgebaut.

Ohne eine wirkliche, bedingungslose Abschaffung des inquisitorischen Prüfungsverfahrens ist in jedem Fall weiter mit — je nach Bundeswehrbedarf — entsprechend restriktiver Anerkennungspraxis zu rechnen:

,,***Es wird auf die Dauer nur eine Wehrdienstverweigerung geben, wenn eine hinreichend große Zahl, nämlich die Mehrheit, bereit ist, Wehrdienst zu leisten!***'' (51).

Sollte jedoch tatsächlich, wie für den Herst dieses Jahres geplant, eine Novelle verabschiedet werden, so ist unseres Erachtens kaum eine wesentlich andere Regelung zu erwarten als bereits 1979 vorgeschlagen. Die bisher in die Öffentlichkeit gelangten Informationen deuten darauf hin, daß außer den Fragen bezüglich KDV-TÜV und Zivildienst-Verlängerung kaum wesentliche Differenzen über die Frage der Ausgestaltung des Zivildienstes zwischen den Bundestagsfraktionen bestehen.

Angesichts der zu erwartenden weiteren Verschlechterungen möchten wir uns den Ausführungen Pastor Finckhs von der ,,Zentralstelle'' zum weiteren Vorgehen voll anschließen: **,,Es erscheint nicht mehr ausgeschlossen, daß es notwendig wird, hier zu Formen des zivilen Ungehorsams und des offenen Streiks oder Boykotts überzugehen. Erträglich jedenfalls ist der bisherige Zustand nicht mehr, erträglich sind die bisher in der Öffentlichkeit angedeuteten Vorstellungen erst recht nicht!''**

Pe. u. Mi., Antimil-Kommission KB Göttingen


„richtige Männer“ !!

Anmerkungen

1. alle Angaben nach: W . Schwamborn, Handbuch für Kriegsdienstverweigerer, 8. Aufl. 1982, außer für 1981 aus: „Göttinger Tageblatt'' (GT), 6.2.82
2. Bericht des Vorstands zur Mitgliederversammlung am 18./19. September 1981 in Frankfurt am Main, unter Punkt 1
3. ebenda
3b. Bundestagsdrucksache 9/998 zit. nach antimilitarismus-information 3/82. Welche regionalen Schwankungen es dabei noch gibt, belegen die Zahlen für Unterfranken: 31,6 % (1980) und 27,4 % (1. Halbjahr 81)
4. „Spiegel'' 11/81
5. „Frankfurter Rundschau'' (FR), 1.10. und 5.10.81, s. auch AK 211
6. „Spiegel'' 35/1978
7. „FR'', 5.10.79, aus der Antwort des Parlamentarischen Staatsskretärs im Bundesarbeitsministerium auf Fragen des SPD-MdB K. Thüsing
8. „Stern'', 5.4.79
9. aus einer Ablehnungsbegründung des Kreiswehrersatzamtes Kiel
10. entfällt
11. aus einer Ablehnungsbegründung des Bremer Verwaltungsgerichts; das Urteil ist inzwischen vom Bundesverwaltungsgericht bestätigt worden, s. „FR'', 25.2.82
12. „diskofo'' (Antimilitaristische Zeitschrift der „Selbstorganisation der Zivildienstleistenden'') 29, „Tat'' vom 19.1.79
13. „Spiegel'' 35/1978
14. Broschüre der „Zentralstelle für Recht und Schutz der Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen'' über den Prüfungsausschuß in Ravensburg
leistenden'') 29, „Tat'' vom 19.1.79
13. „Spiegel'' 35/1978
14. Broschüre der „Zentralstelle für Recht und Schutz der Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen'' über den Prü-
15. „Spiegel'' 35/1978, „Tat'' vom 8.9.78
16. „diskofo'' 29
17. „diskofo'' 30
18. „FR'', 24.3.81
19. „Süddeutsche Zeitung'' (SZ), 11.10.77
20. „diskofo'' 32
21. Dokumentation der SOdZDL, Region Nord: Die Entwicklung des Ersatzdienstes zum allgemeinen Arbeitsdienst, April '78
22. s. „diskofo''39, „Kriegsdienstverweigerer — die 'zivile' Armee für den Krieg''
23. Es handelte sich um die Veruntreuung von 2,7 Mill. DM Steuergeldern durch diesen Verband, der von BAZ-Chef Iven gegründet worden war und teilweise von BAZ-Beamten verwaltet wurde. Er übernahm die verwaltungsmäßige Betreuung der ZDLer, die nicht durch einen der Wohlfahrtsverbände oder die sogenannten staatlichen Zivildienstgruppen vertreten wurden.
24. entfällt
25. alle Angaben aus dem „Infodienst'' der SOdZDL, Nr. 5, Januar 1982
26. s. diskofo 41, „Grundausbildung für ZDL's''
27. Presseerklärung des BAZ vom 27.5.80
28. „Der Zivildienst'' 1/1979
29. laut „FR'', 30.3.80
30. entfällt
31. Presseerklärung vom 27.5.80, unter der Überschrift „Mobile soziale Hilfsdienste für Altenbetreuung im Zivildienst, technokratischer Arbeitsdienst statt soziale Hilfestellung''.
32. s.u.a. „diskofo''-extra, März '79
33. entfällt
34. entfällt
35. entfällt
36. s. „diskofo'' 37/38
37. „Der Zivildienst'' 11/1978
38. „FR'', 21.7.80
39. entfällt
40. entfällt
41. entfällt
42. In der Urteilsbegründung des BVG zu seiner Entscheidung vom 13.4.78 heißt es dazu: „Wie eine gesetzliche Regelung, welche die Ausgestaltung des Ersatzdienstes als einzige Probe auf die Gewissensentscheidung beschaffen sein muß, wenn sie der Verfassung entsprechen soll, hängt von zahlreichen Faktoren ab. Hierzu gehören insbesondere die vom quantitativen Ausbau des Dienstes abhängige Gewißheit, Ersatzdienst ableisten zu müssen, die Dauer des Dienstes, die Art der zu erfüllenden Aufgaben und die tatsächliche und rechtliche Ausgestaltung der Dienstverhältnisse... So kommt etwa in Betracht, den Zivildienst bis auf 24 Monate zu verlängern, so daß er der Dauer des Wehrdienstes einschließlich der in § 6 WpflG vorgesehenen Wehrübungen voll entspricht. Eine solche Regelung würde Art. 12a Abs. 2 Satz 2 GG nicht verletzen. Von dieser Vorschrift verwehrt sind dem Gesetzgeber nur solche Regelungen, die geeignet sind, die Freiheit der Gewissensentscheidung zu beeinträchtigen.''
43. „FR'', 28.2.81
44. entfällt
45. „Spiegel'' 31/1981
46. entfällt
47. entfällt
48. Zur Haltung der CSU/CDU schreibt die „FR'' vom 8.3.82: „Die CSU-Bundestagsabgeordnete Ursula Krone-Appuhn sagte in einer Diskussionsrede mit Parlamentariern, sie glaube nicht an eine 'große Koalition' in dieser Frage. Der Beschluß des jüngsten CDU-Parteitages zugunsten einer Abschaffung des Anerkennungsverfahrens bei gleichzeitiger Verlängerung des Zivildienstes von 16 auf 21 Monaten ... stoße nicht nur in der CSU, sondern auch bei den maßgeblichen CDU-Verteidigungspolitikern auf erheblichen Widerstand.''
44. entfällt
45. „Spiegel'' 31/1981
46. entfällt
47. entfällt
48. Zur Haltung der CSU/CDU schreibt die
49. „FR'', 8.3.82
50. ebenda
51. H. Kohl in „Tagesthemen'' vom 15.6.81, nach Mechtersheimer: „Nachrüsten?''





Markus: *Auf einer Veranstaltung in Wilster*

Freiheit für Michael und Markus!

Das Terrorurteil darf nicht hingenommen werden



Michael: *Im Landgericht Itzehoe mit einem Bild von seiner 8jährigen Tochter Katharina*

5 1/2 Jahre Knast für Michael Duffke und 3 Jahre für Markus Mohr — selbst in der bürgerlichen Presse zeigte man sich hier und da ,,betroffen'' über das ,,maßlose'' Urteil, das zumindest im Fall Mohr viel zu weit gegangen sei und nun die Gefahr unerwünschter Solidarisierungseffekte heraufbeschwöre. Tatsächlich hat dieses Urteil weit über die Anti-AKW-Bewegung hinaus Entsetzen erzeugt sowie den Wunsch, dagegen etwas zu unternehmen.
Noch bietet die in drei bis vier Monaten anstehende Entscheidung des Bundesgerichtshofs zum Revisionsantrag eine letzte Chance, die Situation von Markus und Michael real zu verbessern. Voraussetzung hierfür ist eine breitestmögliche Kampagne mit dem konkreten Ziel, die BGH-Entscheidung dahingehend zu beeinflussen, daß Teile des Verfahrens gegen Markus und Michael neu aufgerollt werden müßten. Es liegt auf der Hand, daß ein solcher ,,Durchbruch'' die Chancen von Markus und Michael, vorzeitig entlassen zu werden, erheblich erhöhen würde.
Die unterschiedlichen Vorstellungen vom Widerstand dürften dabei kein Grund sein, eine gemeinsame Kampagne aller AKW-Gegner zu verhindern. Denn es geht hierbei doch darum, die Zerstörung zweier Menschen zu verhindern, an denen Stoltenberg stellvertretend für 100.000 Rache nehmen will. Und darüber hinaus ist eine große Gegenmobilisierung notwendig, um zu verhindern, daß das ,,Itzehoer Landrecht'' zur Norm und mehrjährige Haftstrafen wegen Landfriedensbruch zum Alltag werden!
Nachdem der ,,Mordversuch''-Vorwurf gegen Markus und Michael auf Körperveletzung reduziert werden mußte, schälte sich das politische Ziel des Itzehoer Verfahreus immer deutlicher heraus: Nach den Massenverhaftungen von Nürnberg im März '81 erneut neue Maßstäbe für eine verschärfte Anwendung des Landfriedensbruchparagraphen zu schaffen.

Bisher hatte die Justiz einige Mühe, wegen Landfriedensbruch Knaststrafen über einem Jahr und ohne Bewährung durchzusetzen. Dies ist nicht verwunderlich, wird doch hierzulande ,,Landfriedensbruch'' gleichgesetzt mit entschlossenem Widerstand gegen Sauereien, die von großen Bevölkerungskreisen abgelehnt werden. Mit dem Itzehoer Landrecht wurde nun zur Ausschöpfung des gesetzlichen Strafrahmens für Landfriedensbruch (bis zu 10 Jahren Knast!) geblasen: mehrjährige Haftstrafen gegen willkürlich herausgegriffene Teilnehmer von Massenaktionen sollen in Zukunft offenkundig zum gängigen Repertoire der Staatsgewalt gehören! Dieser politische Zweck des Itzehoer Verfahrens wurde besonders deutlich, als der zuständige Staatsanwalt unmittelbar vor seinem Plädoyer vom Innenministerium Schleswig-Holsteins vor die Alternative gestellt wurde, entweder die ursprünglich von ihm vorgesehene Knastforderung für Michael Duffke erheblich zu erhöhen, oder seinen Platz einem willigeren Kollegen zu überlassen, der widerspruchslos für 6 Jahre Knast plädieren würde... Im folgenden werden einige bezeichnende Aspekte dieses Verfahrens beleuchtet und die bisher angelaufenen Protestmaßnahmen vorgestellt (1).

Gesucht wegen versuchten Mordes...

Gesucht wegen versuchten Mordes...

Um ,,qualifizierte Festnahmen'', so die Anweisung von Innenminister Barschel, tätigen zu können, wurde am 28.2. mit Hubschraubern Menschenjagd veranstaltet, abziehende Demonstranten unglaublichen Prügelüberfällen ausgesetzt und selbst auf bereits regungslos liegenden Opfern noch mit 10 Mann eingetrampelt. Am 5.3. veröffentlichte der Stern das berühmte ,,Grabenfoto'', das den übereifrigen Menschenjäger Schütt (vom Sondereinsatzkommando Saarland zum ,,Greifer'' ausgesucht und ausgerüstet) in einer scheinbar hilflosen und bedrohlichen Position zeigt. Diese Momentaufnahme vertuschte geradezu perfekt, daß Schütt nur deshalb im Graben gelandet war, weil er schneller als seine Kollegen losprügeln wollte und zudem in dieser Situation (zwei bis drei Schläge auf den Helm) nicht im geringsten verletzt wurde.

Dies wurde im Laufe des Prozesses von den Ärzten, die Schütt zu ,,behandeln'' hatten, ausdrücklich bestätigt: bereits ,,*nach einer Viertelstunde*'' Krankenhausaufenthalt sei klar gewesen, daß ,,*kein ernsthafter Befund*'' vorhanden gewesen wäre. Der zwölftägige Krankenhausaufenthalt hätte im krassen ,,*Mißverständnis*'' zum Aufnahmebefund gestanden. Entdeckt worden sei lediglich eine Rißwunde am Ohr und eine Gehirnerschütterung der Stärke Null (also nichts) bis Eins, wobei sich diese Diagnose ausschließlich auf die Schütt-Aussage stützt, er habe Schläge bekommen.

Der Innenminister Schleswig-Holsteins, Vorgesetzte und Journalisten reichten sich an Schütts ,,Krankenlager'' die Klinke und waren insofern über den realen Verletzungsgrad im Bilde. Nichtsdestotrotz wurde in den folgenden Wochen von Staat und Massenmedien eine Lügenkampagne gegen die **,,Mörder von Brokdorf''** in Szene gesetzt, die ihresgleichen sucht:

— Nach Veröffentlichung des ,,Grabenfotos'' im ,,Stern'' wurde am 11.3. erstmals von der bayerischen Staatsregierung ,,*Strafanzeige wegen Mordversuch*'' gegen AKW-Gegner gefordert. Mit Erfolg!

— Am 14.3. wird von der Staatsanwalt Itzehoe prompt die Fahndung wegen ,,*gemeinschaftlich versuchten Mordes an einem Polizeibeamten*'', der lebensgefährlich verletzt worden sei, eingeleitet. In allen großen Zeitungen erscheint das ,,Stern''-Bild als Fahndungsfoto: **,,Die Staatsanwaltschaft erhofft sich durch eine erneute Veröffentlichung dieses Fotos Hinweise auf die Täter. Für Hinweise aus der Bevölkerung, die zu deren Ermittlung führen, ist nach Angabe des Oberstaatsanwaltes eine Belohnung von 5.000,— ausgesetzt worden.''**

— Am 23.3. werden Fahndungsfoto und -aufruf im Anschluß an die ,,Tagesschau'' verbreitet — ein Verfahren

Angabe des Oberstaatsanwaltes eine Belohnung von 5.000,— ausgesetzt worden.''
— Am 23.3. werden Fahndungsfoto und -aufruf im Anschluß an die ,,Tagesschau'' verbreitet — ein Verfahren

aus der Blütezeit der Terroristenjagd! Erneut ist die Rede vom ,,*lebensgefährlich verletzten Polizisten*'', der zu diesem Zeitpunkt bereits seit 1 1/2 Wochen das Krankenhaus verlassen hat.

— Auch in den folgenden Wochen wird drauflosgelogen. ,,Bild'' vom 28.3.: ,,*Polizist ist noch in Klinik*''; ,,Bild'' vom 30.3.: ,,*Markus ein lieber Junge! Schlägt er hier einen Polizisten halbtot? ... Rolf Schütt liegt — vier Wochen nach Brokdorf — noch immer im Krankenhaus*'' usw. usf.

— Zuvor hatte der schleswig-holsteinische Polizeidirektor Schmidt, Leiter der Landesschutzpolizei, gegenüber dem ,,Hamburger Abendblatt' (vom 4.3.) den Vogel abgeschossen: Schütt liege ,,*mit schwerem Hirntrauma, Prellungen, Schnittwunden und lebensgefährlicher Unterkühlung*'' im Krankenhaus, er wundere sich, ,,*daß der schwerverletzte Polizist überhaupt noch am Leben war...*''. Walter Schmidt lt. ,,H.A.'': ,,*'Laßt ihn in Ruhe, der kommt doch nicht durch', sollen die Ärzte im Bauernhof gesagt haben... Es sei nicht auszuschließen, daß die militanten Demonstranten den SEK-Mann als Geisel nehmen wollten, meint Walter Schmidt, und ihren Plan erst aufgaben, als der Polizist wegen seiner lebensgefährlichen Verletzungen kein geeignetes Tauschobjekt mehr war.*''

— Menschenjäger Schütt, der ebenfalls seine Rolle spielen mußte, wurde kurz nach seiner ,,Genesung'' von Innenminister Barschel um eine Unterredung unter vier Augen gebeten. Später erhielt er für seinen Fronteinsatz in Brokdorf eine dienstliche Belobigung von einem Vertreter des Innenministeriums, Ende August ein Bundesverdienstkreuz am Bande und schlußendlich wurde er zum Polizeihauptmeister befördert.

,,Lange Haare, langer Mantel, Plakette, da weiß man, woran man ist.''

So die Auskunft eines Belastungszeugen auf die richterliche Frage, warum ihm Markus angeblich bei Kauf einer Schaufel (zum Niedermachen von Schütt...) aufgefallen sei. Dieser Zeuge meldete sich erst, nachdem er von den 5.000,— Kopfgeld gehört hatte. Der ,,Spatenhändler'' von Marne wieder um ,,erinnerte'' sich, an Markus einen Spaten verkauft zu haben, nachdem ihm der Marner Dorfpolizist den Tip gegeben hatte, ein Kunde habe Markus beim Spatenkauf gesehen... Markus war eine unliebsame politische Person im Landkreis, gerade so richtig für einen ,,Denkzettel''.

,,*Geben Sie doch zu, daß sie den Mörder Markus kennen!*'' — so von Vernehmungsbeamten unter Druck gesetzt, ließ sich die dritte ,,Zeugin'' ge-

im Landkreis, gerade so richtig für einen ,,Denkzettel''.
,,*Geben Sie doch zu, daß sie den Mörder Markus kennen!*'' — so von Vernehmungsbeamten unter Druck gesetzt, ließ sich die dritte ,,Zeugin'' ge-

gen Markus Aussagen in den Mund legen, die dann später vor Gericht trotz entschiedenen Widerrufs volle Gültigkeit hatten. Diese ,,Indizien'' reichten aus, um vor und während der Verhandlung Markus über 33 Tage einzubuchten und jeweils nur gegen scharfe Auflagen auf freien Fuß zu setzen.

Zur ,,Identifizierung'' von Michael hatte die Staatsanwaltschaft dem Pressefotografen des berüchtigten ,,Grabenfotos'' unter Androhung von 6 Monaten Erzwingungshaft (ein richterlicher Haftbefehl wurde im Eilverfahren ausgestellt) die Herausgabe weiterer Fotos abgepreßt. Ein BKA-Lichtbildgutachter, der auf dieser Grundlage als Hauptbelastungszeuge gegen Michael auftrat, förderte am Rande eine Fotomappe zutage, in der die Bilder von 13 AKW-Gegnern gesammelt waren. Diese Bilder (eine bunte Mischung aus ED-Bildern, Privat- und Spitzelfotos) waren ebenfalls wie Michael Duffke mit den Fahndungsfotos verglichen worden.

All dies macht deutlich, daß tatsächlich jeder der 100.000 hätte vor Gericht gezerrt werden können. Wenn auch der Mordvorwurf noch vor Prozeßbeginn fallengelassen werden mußte — seinen Zweck hate er allemal erfüllt: irgendwelche ,,Täter'' waren aufgetrieben worden, eine drakonische Verurteilung massenpsychologisch gut abgesichert und eine Entsolidarisierung bzw. Verunsicherung im Anti-AKW-Lager erzielt.

14 Monate Untersuchungshaft

Um an der besonderen Blutrünstigkeit der Angeklagten keinen Zweifel aufkommen zu lassen, wurde unabhängig vom Fallenlassen des Mordvorwurfs und aller juristischer Ermittlungen (die immerhin die Unversehrtheit Schütts nach dem Grabenvorfall ergaben) Michael seit dem 1.4. hinter Gitter festgehalten und Markus ständig mit neuem Knast bedroht. Dies alleine beweist, daß hier drakonische Urteile auf höherer Ebene längst eine beschlossene Sache waren: Nach 14 Monaten U-Haft mußte ein Freispruch geradezu ausgeschlossen sein! Darüber hinaus ist Michael, seit er im Knast sitzt, besonderen Schikanen unterworfen:

— Bis zu seiner Verlegung nach Neumünster wurde von jeder/m Besucher/in eine Erklärung verlangt, wo er/sie sich am 28.2. während der Brokdorf-Demo aufgehalten habe. Teilnehmer der Demo hätten somit sich der Gefahr eines Bußgeldes von bis zu 1.000 DM ausgesetzt.

— Ein guter Teil der Briefe, der Michael an AKW-Gegner geschrieben hat, wurde beschlagnahmt und tauchte als Beweismittel vor Gericht wieder auf.

— Verteidigerpost wurde trotz Kenn-

1.000 DM ausgesetzt.
— Ein guter Teil der Briefe, der Michael an AKW-Gegner geschrieben hat, wurde beschlagnahmt und tauchte als Beweismittel vor Gericht wieder auf.
— Verteidigerpost wurde trotz Kenn-

zeichnung von Beamten der Haftanstalt durchgelesen.

— Besuche fanden in einer ,,Einzel-Sonder-Besuchzelle'' unter Aufsicht von Vollzugsbeamten statt. Die Besuchszeit war in der Vergangenheit vielfach willkürlich gekürzt worden.

Beim Abtransport nach den Prozeßtagen wurde Michael regelmäßig geprügelt (z.T. mit Knüppel), an den Haaren gerissen und mit Knebelketten gefesselt. Es kam vor, daß er bei der Ankunft im Knast Neumünster von ca. 15 Bullizisten, teilweise in Zivil, bewaffnet mit Ketten, Handschellen und langen Prügeln empfangen, und unter Androhung von Prügeln in die Zelle getrieben wurde. Daß es auch im Landgericht Itzehoe zu unglaublich brutalen Überfällen gegen Michael kam, belegt das ,,Gedächtnisprotokoll'' vom 2.5.82 (siehe Kasten).

1933 läßt grüßen ...

Neben dem besagten Lichtbildgutachten sollte insbesondere das ,,vorsorglich'' bestellte psychologische Gutachten eines Dr. Michaelis das Terrorurteil gegen Michael absichern. Diese ,,Psychoratte'' glotzte sich das Verhalten Michaels während des gesamten Verhandlungsablaufs an, um — wenn schon die Beweise fehlen — zumindest über ein ,,Gutachten'' die Verurteilung sicherstellen zu können: daß Michael der Täter war, stand für Michaelis von vornherein fest. **Mit der hier vorgenommenen Psychiatrisierung politisch Andersdenkender greift die BRD-Justiz alte Pläne auf: Bereits gegen Ul-**

sicherstellen zu können: daß Michael der Täter war, stand für Michaelis von vornherein fest. **Mit der hier vorgenommenen Psychiatrisierung politisch Andersdenkender greift die BRD-Justiz alte Pläne auf: Bereits gegen Ul-**

rike Meinhof war eine Zeit lang ein psychiatrischer Gutachter vor dem Stammheim-Verfahren vorgesehen, was jedoch aufgrund des Protestes vieler Menschen nicht durchgeführt wor-

Gedächtnisprotokoll nach einem Besuch am 2.5.82 bei Michael Duffke über die Vorfälle am 29.4.82 im Landgericht Itzehoe

Michael erzählte uns, daß er einem Zivilbullen eine fast leere Kakaopappschachtel entgegengeworfen hat. Daraufhin haben ihn 5 Justizbullen geschlagen und getreten und — ohne Selbmanns Anordnung — ihn die Treppen zur Zelle unten im Keller runtergeschleift. Sie haben ihn an den Armen gepackt und immer von Stufe zu Stufe runtergeschleift, dabei getreten. Einer sagte: ,,Nicht so viel ins Gesicht treten, nicht an den Haaren ziehen.'' Als Michael sich an einer Strebe des Treppengeländers festhielt, um die Tortur zu beenden, hat einer Michaels Finger nach oben gebogen und dabei den kleinen Finger gebrochen.
Als Michael unten auf dem Fußboden lag, wollten durch die Tür aus einem Nebenraum vollausgerüstete Bullen (Helm, Schlagstock) — er schätzte 50 Mann — und wollten auf ihn los. Der ältere Justizbulle (mit dunklem, gewellten Haar) hatte wohl unheimliche Angst, daß die Michael kaputtschlagen. Er stemmte sich mit aller Kraft gegen die Tür und ließ Michael schnell in die Zelle in ,,Sicherheit''.

Die Verletzungen, die Michael bei diesem Vorfall erlitten hat, haben wir gesehen (z.Teil auch schon am Abend des 29.4. im Gerichtssaal):
rechter kleiner Finger, alles blau, auch die Handfläche, ohne Verband (Michael sagte, daß der Arzt einen Fingerbasisbruch festgestellt hat)
linker Unterarm, blutunterlaufene Stelle, ca. 20 x 5 cm groß
rechter Fuß, großer Zeh und Ansatzpartie ca. 10 x 5 cm blau und dick.
rechter Fuß, Nähe kl. Zeh, 3 cm Platzwunde
Höhe Taille, rechte Seite, Prellung, ca. 10 x 5 cm, blau und dick
Während der Besuchszeit war es ihm wegen der anderen Leute nicht möglich, alle blauen Flecke zu zeigen, aber am rechten Oberschenkel und sonst an vielen Stellen sollen blaue Flecke sein.
Jeanshose zerrissen, hinten 2 Löcher 10 cm lang, rechtes Bein Hosennaht geplatzt.

Dazu noch folgende Bemerkungen:
Zwei engagierte AKW-Gegner haben diesen Vorfall aus der Entfernung von ca. 10 m mitgehört.
Einer der beiden sagte uns draußen hinter der Absperrung auf der Straße sehr erschüttert: Seit dem Krieg hab ich nie wieder jemanden so um Hilfe schreien hören.''

2.5.82, zwei AKW-Gegner



Michael: *Abtransport Landgericht Itzehoe*

Foto: Kai von Appen

den ist. In seiner kurz vor Prozeßende vorgetragenen Expertise äußerte sich Michaelis über die ,,Grundtendenzen'' Michaels, über sein konkretes Verhalten, über den Tatvorwurf. Die folgenden Kostproben bezeugen, was für ein Gebräu hier angerichtet wurde:

Michael habe ,,*Schwierigkeiten, sich sozialen Normen und Notwendigkeiten anzupassen*'', worin sich insgesamt eine Lebenshaltung zeige, ,,*die sich aus Zügen vor Fanatismus, Infantilität, Mangel an Realitätsbezug, und damit verbundener Bindungslosigkeit gegenüber staatlichen Ordnungsprinzipien und Gesetzen ... konstelliert.*'' Diese Einstellung, ,,*die auch der Denkweise einer bestimmten gesellschaftlichen Minderheit entspricht*'', könne man ,,*gleichsam als parasoziale oder dissoziale betrachten. Wobei parasozial heißt — neben der Gesellschaft lebend — und dissozial — neben der Gesellschaft mit kriminellen Zügen lebend.*''

Michaels Verhalten beweise ,,*deutliche Aggressivität, Temperament mit leicht ansprechender Affinität, seelische Labilität, Tendenz zum Sich-zur-Schaustellen, Querulantentum (unrealistisches Gerechtigkeitsstreben), Fanatismus, Sensibilität, Sensitivität, Pseudologismus (sich etwas vorlügen und es auch noch glauben).*'' Als Beispiel führte die Psychoratte die stürmische Begrüßung seiner Verlobten im Zuschauerraum an, die ihn an ein Verhalten erinnere, ,,*wie wir es bei Psychotikern, aber auch bei Hysterikern kennen, und das beim Betrachten bisweilen schon Befremden auslöste.*''

Zum Tatvorwurf (,,Grabenbild''): ,,*Erregbarkeit, Sensibilität und Sensitivität sind als relevant zu wertende Glieder zur Schuldminderung auszuschließen... Dagegen kann man davon ausgehen, daß die Aggression eine besondere Rolle gespielt hat, ebenso Querulantentum, Geltungsbewußtsein und -sucht... Aggression als Form der Selbstverteidigung kann ausgeschlossen werden, Aggression als Folge von Angst läßt sich nicht erkennen. Daraus wird ersichtlich, daß es sich um einen aggressiven Impuls aus sich heraus handeln muß... Militanz und Gewalttaten in Verbindung mit Massenbewegungen sind nicht selten. Das gemeinsame Tun erleichtert offenbar die Freisetzung von aggressiven Triebmomenten...*'' (zitiert nach ,,Atomexpress'' Nr. 29).

Sämtliche Brokdorfdemonstranten hätten sich durch ,,Bindungslosigkeit gegenüber staatlichen Ordnungsprinzipien'' ausgezeichnet. Die pseudowissenschaftlichen Analysen von Dr. Michaelis (in Wahrheit handelt es sich um eine über weite Strecken faschistoide B e w e r t u n g der Dinge) stempeln 100.000e zu ausgebürgerten, ,,dissozialen'' Elementen ab.

Nicht nur das: Eine unverändert ungebrochene Haltung Michaels im Knast könnte in Verbindung mit der vom Gutachter entdeckten ,,gesteigerten Aggressivität und Geltungssucht in Verbindung mit anwesenden Massen'' die Staatsanwaltschaft durchaus dazu veranlassen, Michael im Anschluß an seine Haftverbüßung in ,,Schutzhaft'' zu belassen, um ihn solange von seinen Sympathisanten zu trennen, bis eine Änderung in der ,,Grundstruktur seiner Persönlichkeit'' erkennbar wäre...

Eine Handhabe hierfür bietet das Gutachten des Dr. Michaelis allemal!

Der Schuß ging nach hinten los

,,*Andere warnen*'' wollte Richter Selbmann mit seinen Terrorurteilen — erreicht hat er vorerst das Gegenteil:

Vorübergehend eingeschlafene BI's, wie z.B. der AK Brokdorf (Zusammenschluß von BIs unmittelbar um den Standort), sind n u n wieder aktiv geworden, in Verbindung mit dem Itzehoer Prozeß wird in der Wilster Marsch und anderswo über neue Aktionen gegen das AKW Brokdorf beraten.

Die Solidaritätsbewegung für die Freilassung von Michael und Markus ist im Begriff, eine Breite zu gewinnen, die noch über den Teilnehmerkreis der letzten Großdemo hinausgeht:

— ,,Wut und Betroffenheit'' über das Urteil äußerte der **ESG-Bundesvorstand** in einer Erklärung vom 15.5.: ,,*Wir hoffen und erwarten von der demokratischen Öffentlichkeit in diesem Land, daß sie sich die Empörung über dieses Itzehoer Urteil zu ihrer Sache macht...*''

Am 25.5. fand eine erste Beratung zwischen **ESG, BBU, Grünen und weiteren Kirchenvertretern** statt, um Protestmaßnahmen zu koordinieren. Im **,,Republikanische Anwaltsverein''** wird die Erstellung einer Analyse des Itzehoe-Prozesses erwogen, der sich gegebenenfalls eine Unterschriftenaktion von Juristen anschließen soll. Der **BBU** hat eine Postkartenaktion für die Freilassung von Michael und Markus und die Einstellung des Verfahrens gegen Jo Leinen gestartet — die mit 40 Wagen zum Thema ,,Frieden und Umwelt'' bestückte ,,Mobile Ausstellung'' des BBU soll um einen 41. Wagen mit den Großportraits von Markus und Michael erweitert werden. Eine im Anti-Reagan-Bündnis vereinheitlichte und während der Großdemo verlesene Solidaritätsresolution soll als eine zentrale Erklärung zur Ausweitung des Widerstandes beitragen. Der **,,Aktionskreis Leben''**, der über das gesamte bisherige Prozeßgeschehen kontinuierlich und solidarisch berichtet hatte, plant in Hamburg ein Solidaritätskomitee (möglichst unter Einschluß der **GEW**, der **IG DruPa** und anderen Unterstützern des 28.2.) auf die Beine zu stellen und schlägt für den Herbst die Druchführung eines Anti-AKW-Solidaritätsfestivals vor. Während der Gorlebener Pfingsttage wurde eine bundesweite Unterschriftenkampagne unter Einbeziehung des gesamten demokratischen Spektrums in Hinblick auf das Revisionsverfahren sowie die Kontaktaufnahme mit ausländischen Gruppen und amnesty international vorgeschlagen (s. ,,Gedelitzer Aufruf'').

Nach einer Reihe regionaler Solidaritätstreffen in der Wilster Marsch, in Neumünster und in Hmburg soll am 19.6. in Bremen eine überregionale Solidaritätskonferenz zur Zusammenfassung und Koordinierung des Widerstands stattfinden (s. ,,Gedelitzer Aufruf'').

Noch ist im Verfahren gegen Markus und Michael nicht das letzte Wort gesprochen...

Freiheit für Michael und Markus!
Einstellung aller Brokdorf-Verfahren!

Ein Genosse aus Lüneburg

(1) Einen guten Überblick über das einzelne Prozeßgeschehen geben:
Atomexpress, Nr. 27 - 29 (Postfach 45, 34 Göttingen)
Prozeßinfo Nr. 1 - 6 (Ökoladen, Turnerstraße 9, 2000 Hamburg 6);
Brokdorf-Prozeßnachrichten des AKL (Nr. 1 - 10) c/o M. Petersen, Gustav-Falkestr. 2, 2000 HH 13.

Brokdorf-Solidaritätskonto:
Bank für Gemeinwirtschaft Hamburg,
BLZ 200 101 11
Kto.-Nr. 124 3807 500

Interview mit Inge Ammon (BBU-Vorstand) zu den Brokdorf-Urteilen

AK: Welche Bedeutung hat in Deinen Augen das Urteil gegen Markus und Michael?

Inge: Ich will erst mal den ganzen Ablauf des Geschehens richtigstellen, weil die meisten ja doch wohl vor dem Urteil unterschwellig das Gefühl hatten, ja, wir solidarisieren uns mit ihnen, aber es ist da vielleicht doch etwas passiert, was wir nicht so gut finden. Was tatsächlich vorgefallen ist, kommt deutlich heraus aus diesem Augenzeugenbericht von Günter Wosnitza, Landesvorsitzender der Grünen in Schleswig-Holstein: dieser Schütt ist mit dem Kommando, Leute zu greifen, einer schmächtigen Person hinterhergelaufen, die ist in den Graben gerutscht, er hat ausgeholt, und wie es in diesem Augenzeugenbericht heißt, hat er sich wuchtig wie er durch seine Panzerweste war, über diese schmächtige Person gelegt und da sind, wer auch immer, dieser schmächtigen Person Leute zur Hilfe gekommen, was ganz selbstverständlich ist und wohl auch jedem Menschen so passieren würde. Einfach aus diesem Hilfegefühl heraus haben sie den Schütt mit einigen Schlägen behandelt, was wohl bedeuten sollte, laßt jetzt endlich ab von dieser schmächtigen Person. Das hat er dann auch getan — sie ist auf der anderen Seite des Grabens herausgekommen und Schütt ist, voll imstande, seine Kräfte zu nutzen und noch mit Hilfe von Demonstranten auf der anderen Seite des Grabens herausgezogen worden — er hat noch gegrüßt und sah ganz frisch und munter aus und es war bei ihm überhaupt nichts passiert. 2-3 Minuten später sah Günter Wosnitza dann an einer anderen Stelle Schütt, der hat dann noch eine Tracht Prügel bezogen, und da ist er wohl ein bißchen ins Schwanken gekommen, der Helm war ihm inzwischen auch abgenommen worden.

Wie ich das Verfahren beurteile? Nach der ganzen Verleumdungskampagne von Stoltenberg vor der Brokdorf-Demonstration war ja schon klar: ,,Übeltäter'' mußten gefunden werden. Und da sie diejenigen, die sie vielleicht als ,,Übeltäter'' in ihren Augen hätten anklagen können, nicht finden konnten, mußten eben andere dafür herhalten, und der eine ist Michael und der andere ist Markus.

Was die getan haben, wissen wir nicht. Allerdings wissen wir, daß diejenigen, die am Graben etwas getan haben, einem anderen Menschen zur Hilfe gekommen sind und nichts anderes und daß Schütt völlig unbeschädigt aus dem Graben herausgekommen ist. Trotz dieser Erkenntnis, die auch das Gericht hat, werden zwei Menschen willkürlich herausgegriffen aufgrund eines üblen Fotos und werden ins Gefängnis gesetzt damit wir — die Umweltbewegung — endlich mal einen Denkzettel kriegen.

Das Urteil zeigt aber auch diese unheimliche Ohnmacht der Regierenden, daß sie sich veranlaßt sehen, zu diesen fürchterlichen Urteilen zu greifen. Sie haben alles mögliche probiert — erst haben sie uns überhaupt nicht wahrgenommen, dann haben sie angefangen, über uns zu lachen und dann haben sie uns alle zu Chaoten gemacht, ganz gleich, wer das war. Und sie haben das nicht in Griff gekriegt. Die Umweltbewegung wird immer größer, die Staatsverdrossenheit ist auch sehr bedrohlich für die Regierung, und nun versuchen sie es mit diesem Urteil. Und ich muß sagen, bisher war das immer so, daß man gesagt hat, es ist schon fast so wie 1933, und ich muß sagen, dies Urteil zeigt — und deshalb müssen wir zusammenhalten und uns klarmachen, was dieses Urteil bedeutet — dies ist der Anfang von 1933, für meine Begriffe.

AK: Es gibt zahlreiche Kritiken daran, daß der BBU in seiner Öffentlichkeitsarbeit den Prozeß gegen Markus und Michael außen vorgelassen hat. So ist im BBU-Pressedienst vom März '82 ausführlich auf die Anklageerhebung gegen Jo Leinen eingegangen worden ohne die ,,anderen'' Brokdorfprozesse auch nur zu erwähnen . . .

Inge: Ja, also vorweggesagt, diesen Vorwurf muß ich annehmen. Es ist ja bekannt, daß zwischen einigen Hamburger Gruppen und dem BBU Meinungsverschiedenheiten herrschten. Es hatten sich andere Leute der Angeklagten angenommen, und ich hatte große Schwierigkeiten, für den BBU etwas zu sagen. Ich hatte dafür plädiert, daß ein möglichst breites Spektrum die Aufrufe für die Angeklagten unterschreibt, das wurde aber nicht angenommen. Als ich in Hamburg dann gar kein Bein mehr auf den Boden kriegte, da habe ich mich dann zurückgezogen.

Auf der letzten außerordentlichen BBU-Mitgliederversammlung in Hamm ist allerdings auf Drängen norddeutscher Initiativen endgültig und ganz entschieden die Solidarität mit allen Brokdorf-Angeklagten beschlossen worden.

AK: Solche Beschlüsse besagen doch nicht viel, wenn in der konkreten Öffentlichkeitsarbeit nur noch von Jo Leinen's Prozeß die Rede ist?

Inge: Ja Mensch — die haben wir in den Hintergrund geschoben, das ist ganz klar. Die eigene Sache steht immer im Vordergrund bzw. es ist naheliegend, daß die eigene Sache im Vordergrund steht.

AK: Daß erst nach Urteilsbekanntgabe breiterer Widerstand sichtbar wird, zeigt wohl auch, daß (sicher nicht nur im BBU) zu spät gesehen wurde, welche politische Bedeutung das Verfahren für die gesamte Anti-AKW-Bewegung hat.

Inge: Ja, da sind wir wohl so aufgeschreckt wie viele andere. Und ich sehe es als meine Aufgabe an, mich voll dafür einzusetzen, große Solidaritätsbündnisse herzustellen, die klarmachen, in welchen Verhältnissen wir hier leben, die sich gegen diese Verhältnisse stellen und sich für die Verurteilten einsetzen.

Am 25. Mai haben sich in Bonn BBU-Vorstandsmitglieder mit Vertretern der Kirche und der Grünen getroffen, um Maßnahmen und erste Schritte gegen die Urteile in die Wege zu leiten.

AK: Zahlreiche liberale Pressekommentatoren bezeichneten das Urteil als ,,überzogen'' und vermißten das rechte ,,Augenmaß''. Wie wollt ihr euch in die Solidaritätskampagne einbringen? Seid ihr uneingeschränkt solidarisch mit Markus und Michael? Fordert ihr die sofortige Freilassung der beiden?

Inge: Ja, das ist Konsens im BBU-Vorstand. ,,Es fehlt das rechte Augenmaß'' — die Sache hatte ein Ziel — das war das Augenmaß — der Umweltbewegung einen Schlag zu versetzen. Markus und Michael spielten für die Richter überhaupt keine Rolle.

AK: Der Prozeß gegen Jo Leinen steht an. Sollte die Öffentlichkeitsarbeit zu diesem Prozeß nicht eng verknüpft sein mit der Forderung nach Freilassung von Markus und Michael?

Inge: Ja. Es wurde auf der Vorstandssitzung vom 4.-6. Juni beschlossen, daß die Urteile gegen Markus und Michael und der Prozeß gegen Jo als eine Einheit anzusehen sind. Und meiner Meinung nach sind diese Anklagen auch nichts Getrenntes. Die, die die Bewegung kaputtmachen wollen, haben sich das meiner Meinung nach so vorgestellt: Zum einen soll die Kriminalisierung am Beispiel Markus und Michael extrem gesteigert werden, zum anderen scheinen einige von dem Irrglauben auszugehen, daß die Umweltbewegung etwas ist mit einigen Köpfen und wenn diese Köpfe weg sind, sei auch die Umweltbewegung am Ende.

AK:Dies alles setzt eine gewisse Änderung der BBU-Öffentlichkeitsarbeit voraus . . .

Inge: Die Änderung ist bereits angelaufen, wie sich in nächster Zeit zeigen wird.

AK: Wir danken Dir für das Gespräch.

Gedelitzer Aufruf

(verabschiedet auf dem Gorlebener Pfingsttreffen am 30.5.82)

Im Namen des Volkes hat Richter Selbmann am 13.5. im Brokdorf-Prozeß die Urteile über Markus und Michael gesprochen — ein Urteil gegen das Volk.
Als konsequente Weiterführung der beispiellosen Kriminalisierung (Vorwurf des Mordversuchs, 5.000,— DM Kopfgeld etc.) hat er dieses Urteil im Auftrag der Herrschenden gesprochen, gegen den Widerstand der Menschen, die sich gegen die Machenschaften der Atomlobby auflehnen.
Doch er hat dieses Urteil nicht direkt gegen uns gesprochen — er will zwei von uns, stellvertretend für alle, für Jahre in den Knast bringen. Deshalb müssen wir unbedinge Solidarität mit Markus und Michael zeigen. Wir müssen politischen Druck ausüben, um auf die Entscheidung des BGH über den Revisionsantrag Einfluß nehmen zu können.
Wahrscheinlich wird jetzt in vielen Gruppen untereinander diskutiert, was man jetzt machen soll und kann. Doch diese Diskussionen laufen nebeneinander her, und dadurch wird ihnen die Wirkung genommen.
Wir müssen uns, ungeachtet aller bestehenden politischen Differenzen, klar darüber sein, daß dieses Urteil uns alle betrifft und ein gemeinsames Handeln erfordert.

Deshalb laden wir alle Gruppen, die sich gegen dieses Urteil wehren wollen, zu einem

Solidaritätstreffen mit Markus und Michael

am 19.6. um 14.00 im BBA-Laden, St. Paulistr. 10/11, 28 Bremen ein.

Dieses Treffen soll nicht nur ein Diskussionsforum sein, sondern soll auch schon zu endgültigen Entscheidungen kommen. Denn Eile tut not! Deshalb sollen alle interessierten Gruppen sich schon vorher intensiv mit möglichen Aktions- und Protestformen auseinandergesetzt haben, um schon fertige Vorschläge unterbreiten zu können, die man dann nicht mehr endlos diskutieren muß.
Da gegen das Urteil Revision eingelegt worden ist, befinden sich Markus und Michael nach wie vor in U-Haft, d.h. das Urteil ist noch nicht rechtskräftig. Noch ist es möglich, über einen möglichst starken politischen Druck die Entscheidung des Bundesgerichtshofs zum Revisionsantrag zu beeinflussen.

Im folgenden eine Vorschlagsliste von möglichen Aktivitäten:

- Unterschriftenlisten mit bundesweiter Verbreitung und unter Einbeziehung bekannter Persönlichkeiten und demokratischer Verbände auch außerhalb der Anti-AKW-Bewegung, in denen die Neuaufnahme des Gerichtsverfahrens und die sofortige Freilassung von Markus und Michael aus der U-Haft gefordert werden.
- Gezielte Kontaktaufnahme mit ausländischen Gruppen und amnesty international
- Spendenkampagne für Michael und Markus (bis jetzt schon über 6-stellige Prozeßkosten!) z.B. über bundesweit vertriebene Dokumentation, Buttons, Aufkleber etc. mit Solidaritätsaufpreis.
- Ansprechen der Journalistenverbände, um so eine längerfristige Aktualität der Kampagne zu erreichen

Darüber hinaus muß über die praktische Solidaritätsarbeit diskutiert werden: Knastarbeit, Briefkontakte, Patenschaften etc.

Wir fordern eine sofortige Freilassung von Markus und Michael!!
Laßt sie nicht lebendig begraben!

Dieser Aufruf wird u.a. unterstützt von: EMI Gruppe Gorleben, AKW-Nee Schlorrendorf, Lüneburger AK gegen Atomanlagen, KB, BBU (Bartelsstr.) Hamburg, Arbeitsgemeinschaft gegen Unterelbeindustrialisierung, Die Grünen Lüneburg, Ökodorf Berlin, Ökofraktion der Berliner Hausbesetzer, Göttinger AK gegen Atomenergie, BBA Bremen, BI Berlin Schöneberg, BI Ueltzen, KOA Berlin, BBU-Vorstand und Arbeitskreis Leben (AKL), Hamburg.

Kontakt: Göttinger AK gegen Atomenergie 0551/7700158, BBA Bremen 0421/700144, Lüneburg 04131/45290

Von Sanrizuka lernen

(Teil 5)

„Krieg"! — Ein neues Selbstverständnis

1979, kurz vor seinem Tod, zieht der erste Vorsitzende des Oppositionsverbandes, Issaku Tomura, ein Resüme des bisherigen Kampfes und kommt zu folgender Einschätzung: *„Der Sanrizukakampf, der als eine Bauernbewegung gegen einen Flughafenneubau unter dem Slogan: ‚Verteidigt die Äcker bis zum Tod!' begann, entwickelt sich zu einem Klassenkampf. Es geht nicht mehr darum, als Bauern zu überleben, das Ziel des Kampfes in Sanrizuka ist, die herrschende Klasse zu stürzen. Unsere Feinde wissen dies genau. Sie fühlen ihre Existenz durch unseren Kampf bedroht. Es ist daher für die Staatsmacht eine zwingende Notwendigkeit, diese kämpfenden Bauern und die sie unterstützenden Kräfte zu vernichten. Der Kampf hat sich zu einem Krieg entwickelt."*

— Das Narita Flughafen-Sicherheitsgesetz, das der Polizei ermöglicht, jedes Gebäude im Umkreis von 3 km, das die Sicherheit des Flughafens bedroht, zu durchsuchen und ggf. auch abzureißen, gilt vorerst den Solidaritätshäusern der Unterstützungsbewegung, kann aber auch jederzeit gegen die Bauernhöfe angewandt werden.

—Das Landwirtschaftsentwicklungsprojekt der Regierung, in dem versprochen wird, allen Boden, außer den für die 2. Bauphase benötigten, in ein neues Bewässerungssystem für die Reisfelder einzubeziehen, wobei der Staat 90 % der Kosten übernähme...,

— das Angebot der Regierung, über Landverkauf zu verhandeln...,

alle diese Maßnahmen verfolgen nur den einen Zweck, den Oppositionsverband zu spalten.

Die Hauptgefahr sieht Tomura in Verhandlungen. Habe man sich einmal auf Verhandlungen eingelassen, sitze man unweigerlich in der Falle, egal ob man noch weiter Widerstand leiste oder um Gnade bitte. Man sei ihre (der Feinde) Beute und könne ihnen nicht mehr entkommen. Gerade weil sie über reiche Erfahrungen mit Bauernkämpfen verfügten, wüßten sie sehr genau, wie man Bauern behandeln müsse. *„Wenn ein Bauer am Verhandlungstisch sitzt, als Landbesitzer, verhandelt er in Wirklichkeit mit seinen Feinden über den Kampf. In einem Klassenkampf gibt es aber keinen Raum mehr für Verhandlungen"*. Es sei denn zum Preis der eigenen Niederlage.

In diesem Krieg würde die Regierung auch weiterhin nicht davor zurückschrecken, die eigene Verfassung zu brechen, die Polizei weiter aufzurüsten und weitere Tote in Kauf zu nehmen.

„Diesen Aggressionskrieg der herrschenden Klasse können wir nur durch eine Verbindung von Bürgerkrieg, Aufruhr und Revolution überwinden."

Spaltungsversuche

Zwar gibt es hin und wieder — vor allem vor Demonstrationen — Hausdurchsuchungen der Solidaritätshütten, aber die Regierung hat es bisher vermieden, die Möglichkeiten, die ihr das Flughafen-Sicherheitsgesetz bietet, voll auszuschöpfen. Geht es ihr doch derzeit darum, Gesprächsbereitschaft zu zeigen, und von sich aus die Situation nicht weiter zu verschärfen.

Nach langen Diskussionen über das Landwirtschaftsentwicklungsprogramm der Regierung wurde es von den Bauern zurückgewiesen und mit dem Vertrauen auf die eigene Kraft ein Windmühlenprototyp für die Bewässerung der Reisfelder entwickelt. Die erste Anlage dieser Art wurde im Sommer 1980 in Betrieb genommen.

Als sich gar im Frühjahr 1981 zeigte, daß sich die Verbindungen der Bauern mit den Eisenbahnarbeitern von Doro-Chiba gefestigt haben, und die Lokomotivführer trotz massiver Unterdrückungsversuche einen Streik von mehreren Tagen gegen die Kerosinanlieferung nach Narita durchführen, gerät die Regierung in Zugzwang (s. AK 198). Über Uchida, dem Verantwortlichen für die Aktionsgruppen, dessen Verwandtschaft nach wie vor enge Beziehungen zur liberaldemokratischen Regierungspartei pflegt, wird dem Vizepräsidenten des Oppositionsverbandes die Gesprächsbereitschaft der Regierung signalisiert. Die Wahl des Zeitpunktes — ein großer Teil der Bauern hält sich gerade in Europa auf, wo sie um Unterstützung für ihren Kampf bitten — verrät Geschick, auch die Höhe des Handgeldes, ein nicht nur in Japan übliches Verfahren, wird ein übriges dazu beigetragen haben. Jedenfalls treffen sich Uchida und Ishibashi zu Geheimgesprächen mit hohen Regierungsvertretern. Diese fühlen sich nach den Besprechungen in ihren Bemühungen um eine friedliche Lösung des Konfliktes so bestärkt, daß sie gar im Dezember offen nach Sanrizuka anreisen und die Brüder Ogawa, zwei kämpferische Bauern, aufsuchen, um mit ihnen zu verhandeln. Von beiden werden sie entschieden zurückgewiesen. Für sie gibt es keine Verhandlungen. Bei den anschließenden Diskussionen innerhalb des Oppositionsverbandes wird den Bauern deutlich, wie weit der Komplott bereits gediehen ist. Ishibashi und Uchida werden am 10. Febr. 82 ihrer Posten enthoben. Die Forderungen:

Keinen Flughafen! Keine Verhandlungen! Verteidigt das Ackerland bis zum Ende! Keine Furcht vor Opfern! Schlagt den Angriff der Feinde zurück! Zerschlagt die 2. Phase des Flughafenausbaus! Ruiniert den Sanrizuka-Flughafen! werden von den Bauern nochmals bekräftigt, und es wird zu einer großen Demonstration am 28. März, dem Jahrestag des Sturmes auf den Tower, aufgerufen.

Ishibashi leistet nicht nur keine wirkliche Selbstkritik — *„Ich hätte den Oppositionsverband vorher befragen sollen, aber ich halte an der Verhandlungslinie fest!"* — sondern er gibt sich darüber hinaus für eine beispiellose Pressekampagne gegen den Oppositionsverband und die Linke her. Er schließt eigenmächtig das Büro des Oppositionsverbandes, das sich auf seinem Grundstück befindet, und erklärt, daß er mit den Leuten, die in der letzten Zeit dort Dienst gemacht hätten, nichts gemein habe. Es wären allesamt Leute von Chukaku-ha, Terroristen, die dem Kampf nur geschadet hätten. Chukaku-ha (Mittelfraktion) ist eine der linken Organisationen, die schon seit Jahren den Kampf in Sanrizuka aktiv unterstützen und mittragen. Gleichzeitig wird deutlich, daß es ihm nicht mehr nur um eine „Verhandlungslinie" geht, sondern daß er von einer der wichtigsten Methoden des Kampfes in den letzten Jahren Abstand nimmt und versucht, diese Kampfform zu denunzieren. Damit dient er sich selbst der Regierung als ein Werkzeug in dieser Auseinandersetzung an.

Die Guerilla

Am 20. Mai 1978 erklärte Issako Tomura öffentlich auf einer Kundgebung die neue Taktik des Oppositionsverbandes: Kampfobjekt sei nicht mehr nur der Flughafen, sondern alle Versorgungseinrichtungen des Flughafens, einschließlich der Zubringer und anderer überregionaler flugtechnischer Einrichtungen.

Im folgenden entwickelt sich daraus eine für den japanischenStaat immer bedrohlichere Situation, da es ihm nicht gelingt, der Guerilla Herr zu werden. Im Gegenteil, Sanrizuka macht Beispiel. In ganz Japan wird diese Taktik unter Bauern, Arbeitern, technischen Angestellten und Studenten nicht nur diskutiert, sondern scheint sie auch zu ähnlichen Aktionen angeregt zu haben. *„Das Produktionswissen gezielt einsetzen, das Risiko gering halten!"*

Im März 1978 Zusammenbruch des Telefonnetzes zum Sanrizuka-Flughafen.

Am 20. Mai 1978, Eröffnungstag des Flughafens, bricht die Flugsicherung in Gesamtjapan für vier Stunden zusammen.

7. Sept. 1978: sämtliche Verbindungen des Sanrizuka-Flughafens mit der nationalen Flugsicherung sind für mehrere Stunden gestört.

18. März 1979: an verschiedenen Orten in Japan werden Aktionen gegen die Luftraumkontrolle gemacht, die für Stunden zu einer totalen Stillegung des Flugverkehrs führen.

Als im Juni 1979 der „Weltgipfel" in Tokio stattfindet, bricht kurz vor der Landung Carters wiederum die nationale Flugsicherung zusammen. Gleichfalls im Juni wird die gesamte Telekommunikation zwischen Japan und Europa für einige Zeit unterbrochen.

Neben kleineren Aktionen gegen die Kerosinanlieferung und den Flughafenzubringerdienst wird durch mehrere gezielte Aktionen der Pipelinebau erheblich gestört.

Eine neue Qualität scheinen die Aktionen im Frühjahr 1980 erreicht zu haben. Dabei werden die gemeinsamen US-japanisch-kanadisch- australisch-neuseeländischen Manöver (RIMPAC) so nachhaltig gestört, daß das Hauptquartier der japanischen Kriegsmarine keine Verbindung mehr zu den unter seinem Kommando stehenden Kriegsschiffen hat. Gleichzeitig bricht noch ein wichtiges Computer-Programm der Militärs zusammen.

Bei all diesen Aktionen wird deutlich, daß diese Gruppen über genaueste technische Informationen der jeweiligen Systeme verfügen und mit teilweise — so die bürgerliche Presse— *„geradezu revolutionären technologischen Lösungen"* arbeiten. Was nimmt Wunder, daß man Insider dahinter vermutet. Gefunden sind sie jedenfalls bis heute nicht. Die bislang letzte solche Aktion führt am 13. März dieses Jahres zum Zusammenbruch des Flugverkehrs in der Region Tokio — Chiba-Narita, wodurch die Forderungen der Eisenbahnarbeiter in ihrem Kampf gegen Rationalisierung und gegen die Treibstoffanlieferung nach Narita nochmals unterstrichen werden. Auf dem nationalen Treffen, zu dem die Arbeiter von Doro-Chiba am 6. März die Gewerkschaftslinke eingeladen hatten, wird vor allem auch die Frage diskutiert, wie weiter gegen die Arbeitshetze und die Rationalisierungswelle bei der verstärkten Repression in den Betrieben gekämpft werden kann. Diese Aktionsform scheint zumindest e i n e Antwort darauf zu sein.

Perspektiven

Die Demonstration am 28. März in Sanrizuka, an der Delegationen von über 600 Gruppen und Initiativen aus Japan teilnehmen, zeigt nicht nur die Breite der Unterstützung des Kampfes in Japan, sondern durch die Teilnahme von Delegationen aus dem Larzac und der BIs gegen die Flughafenerweiterung in Frankfurt ergibt sich eine neue internationale Dimension im Kampf gegen diese Projekte. Im letzten Jahr versuchten die Bauern von Sanrizuka, die Gemeinsamkeiten dieser Kämpfe herauszuarbeiten und stärker als bisher die militärischen Zusammenhänge zu betonen. Sicherlich haben die Diskussionen mit Arbeitern und Bauern von den Philippinen, der Besuch von Fischern aus Mikronesien, die gegen ein ABC-Waffenlager der US-Streitkräfte kämpfen, das Treffen mit Aktivisten aus Guam, die sich ebenfalls gegen US-amerikanische Militäreinrichtungen wehren, dazu beigetragen. Im Juli letzten Jahres besuchten Bauern aus El Salvador Sanrizuka, berichteten von ihrem Freiheitskampf, aber auch, daß der dortige neue internationale Flughafen mit Hilfe japanischen Kapitals gebaut wurde, nachdem viele Bauern zwangsenteignet wurden. Ausgehend von diesen Erfahrungen betonen sie, daß der Kampf gegen diese Militärprojekte weltweit geführt werden muß.

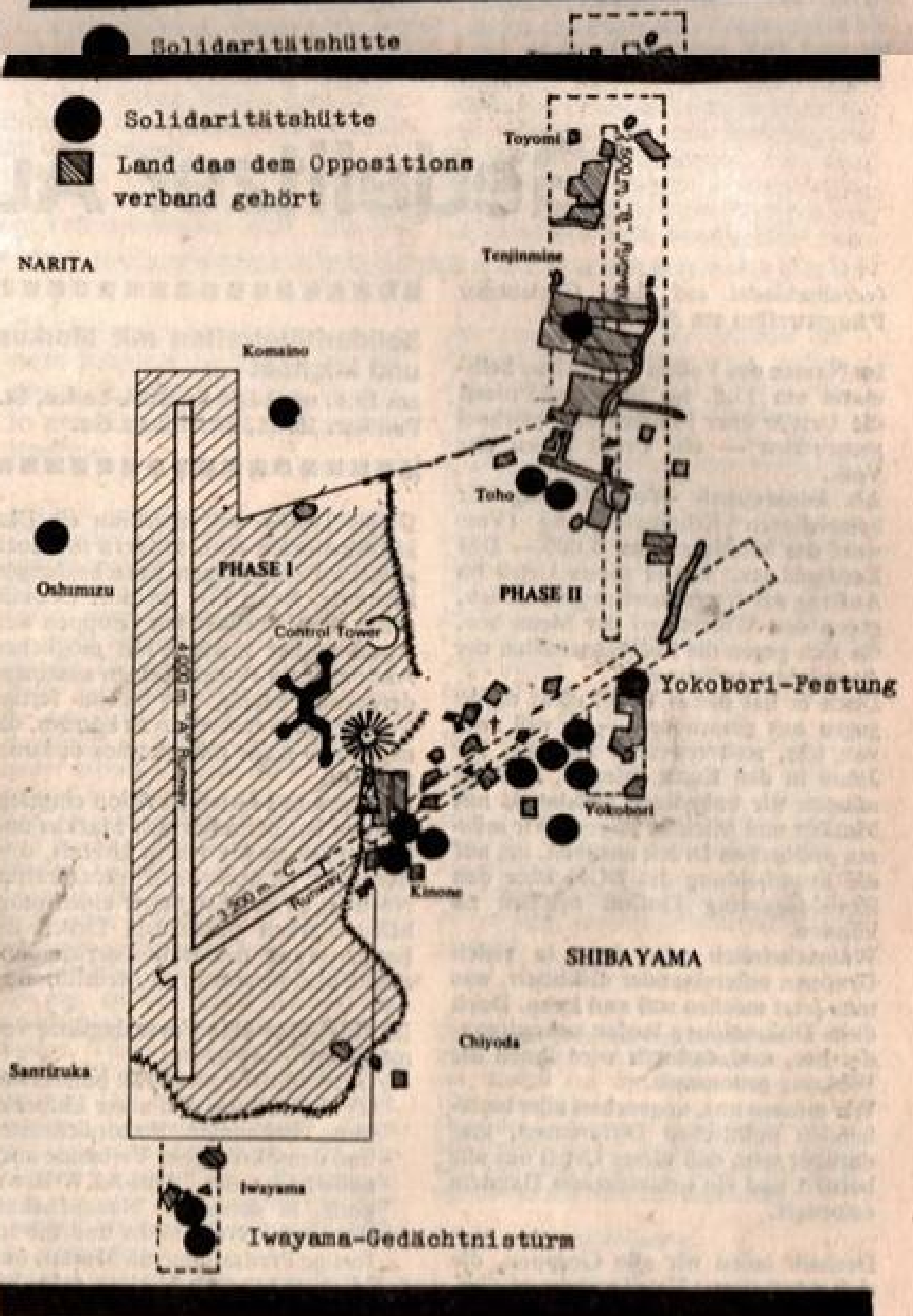
Flughafenausbau und Friedensbewegung

Nachdem es der japanischen Regierung in der Zeit des Vietnam-Krieges nicht gelang, ihr Konzept des nationalen Flughafenausbaus gegen die Anti-Kriegsbewegung durchzusetzen— war doch der Zusammenhang allzu deutlich, da sämtliche internationalen Flughäfen Japans zu dieser Zeit zu 40 bis 50 % durch militärische Frachtflüge der Amerikaner ausgelastet waren — so versuchten sie, seit Ende der 70er Jahre, verstärkt ein ehrgeiziges Programm durchzuziehen. Im 4. Fünfjahresplan für den Flughafenausbau für den Zeitraum von 1981 - 1985 wird nicht nur die Vollendung der 2. Phase von Sanrizuka projektiert, sondern auch der Ausbau des Haneda-Flughafens von bisher 408 ha auf 1000 ha mit drei zusätzlichen Bahnen geplant. Dazu soll noch das seit Ende der 60er Jahre auf Eis liegende Projekt des neuen Kansei-Flughafens wieder aufgewärmt werden. Die Bewohner der Regionen Osaka hatten gegen dieses Vorhaben in den letzten Jahren so heftig protestiert, daß es nicht möglich war, auf dem Land ein Baugrundstück dafür durchzusetzen. Jetzt soll deshalb in der Inlandsee eine riesige künstliche Insel geschaffen werden, um den Flughafen doch noch bauen zu können. Desweiteren sollen insgesamt 41 regionale Flughäfen auf Düsenflugbetrieb ausgebaut werden. Für dieses Programm steht ein Jahresetat in der Größenordnung des Verteidigungshaushaltes zur Verfügung.

Von den Bewegungen gegen den Ausbau der Flughäfen, aber auch von der japanischen Friedensbewegung, wird dieses Programm als Bestandteil der Bemühungen des japanischen Imperialismus gesehen, eine militärische Großmacht aufzubauen. Dazu gehören nicht nur die Versuche zur Verfassungsänderung (der Antikriegsartikel soll daraus verschwinden), sondern vor allem der Ausbau der Luft-, See- und Landstreitkräfte. Folgerichtig wird auch gleich ein neues militärisches Konzept entwickelt: Nagano, ehemaliger Chef des Generalstabs, formuliert es wie folgt: Kampfhandlungen sollen nicht mehr in Japan stattfinden, sondern eine Invasion des feindlichen Landes — die sogenannte Festlandtaktik — sei geplant. Wohin die Reise gehen soll, sagt er allerdings noch nicht (Korea oder Mittlerer Osten?).

Gegen diese Bestrebungen regt sich nun in Japan auch eine neue Friedensbewegung, die jedoch nicht nur die Probleme der A-, H- und Neutronenbomben thematisiert, sondern neben der Frage der US-Basen in Japan („Man kann nicht von Hiroshima reden und zu Okinawa schweigen!" — dem größten US-Militär-Stützpunkt außerhalb der Vereinigten Staaten) vor allem auch gegen die Militarisierung der japanischen Gesellschaft zu Felde zieht. Nach den Demonstrationen in Hiroshima mit mehr als 200 000 Teilnehmern und Sanrizuka mit 15 000 wurde für den 22. Mai in Tokio gemeinsam von allen Friedensgruppen, Flughafeninitiativen, Anti-AKW- und Umweltschutzgruppen zu einer nationalen Demonstration gegen die Regierungspläne mobilisiert.

Samuel Meldreg



GUTE SITTEN, SCHLECHTE SITTEN

Anfang des Jahres stellte das Bundesverwaltungsgericht in Berlin in einer Grundsatzentscheidung fest, daß Peep-Shows nicht mit den „guten Sitten" vereinbar seien und die Menschenwürde verletzten. Es wies damit die Klage eines Geschäftsmannes gegen den Entscheid des Dortmunder Ordnungsamts zurück, daß 1977 die Genehmigung zum Betrieb einer Peep-Show abgelehnt hatte, da eine solche gegen das Anstandsgefühl „aller billig und gerecht Denkenden" verstoße.

Die Urteilsbegründung

Was unter dem nebulösen Begriff „gute Sitten" zu verstehen sei, erläutert das Gericht: Der Begriff sei *„ein unbestimmter, ausfüllungsbedürftiger Rechtsbegriff"*; mit ihm verweise das Gericht *„auf die dem geschichtlichen Wandel unterworfenen sozialethischen Wertvorstellungen, die in der Rechtsgemeinschaft als maßgebliche Ordnungsvoraussetzungen anerkannt sind"*. Dadurch würden *„schutzwürdige Belange der Allgemeinheit"* beeinträchtigt. Den Kern des maßgeblichen *„sozialethischen Ordungsgefüges"* bildeten sog. *„wertethische Prinzipien"*, die wiederum u.a. durch die Wertordnungen des Grundgesetzes bestimmt seien. Veranstaltungen, die *„durch die Umstände ihres Ablaufs die Würde eines Menschen verletzen"* seien demnach sittenwidrig. Und eben das sei bei der Peep-Show der Fall:

„Die vom Kläger beabsichtigten Veranstaltungen hätten die Würde der zur Schau gestellten Personen verletzt und durften deshalb nicht durch eine Erlaubniserteilung ermöglicht werden."

Besonders stellt das Gericht in der Urteilsbegründung darauf ab, daß zu erwarten sei, daß die „Veranstaltungen" nicht *„im Rahmen einer bloßen erotischen Unterhaltung"* (?) bleiben würden, sondern daß von den Frauen mutmaßlich auch *„irgendwelche geschlechtsbezogenen Bewegungen"* gemacht würden. Daraus schlußfolgerte das Gericht, *„der Auftritt der unbekleideten Frau sei im besonderen Maße geeignet, die in den nicht einsehbaren Einzelkabinen befindlichen männlichen Personen nachhaltig geschlechtlich zu erregen und zur Selbstbefriedigung zu veranlassen, und alle Beteiligten — Veranstalter, Darsteller und Zuschauer — würden sich dieser Tatsache und ihrer Ausnutzung bewußt sein."*

Weshalb die Sittenwidrigkeit nicht auch auf andere Veranstaltungen wie z.B. Striptease-Shows zutreffe, wird folgendermaßen begründet:

„Das bloße Zurschaustellen des nackten weiblichen Körpers verletzt nicht die Menschenwürde, deshalb sind gegen die üblichen Stripteasedarbietungen jedenfalls unter dem Gesichtspunkt der Verletzung der Menschenwürde keine grundsätzlichen Einwände zu erheben". Die Peep-Show unterscheide sich grundlegend von der Stripteasedarbietung, da die Stripteasedarstellerin vor einem von ihr wahrgenommenen Publikum auftrete und sich in einem Rahmen bewege, der in der Tradition der herkömmlichen Bühnen- oder Tanzschau stehe; die personale Subjektsituation der Darstellerin bleibe unberührt, während die Frau in der Peep-Show eine entwürdigende objekthafte Rolle zugewiesen bekomme, wobei mehrere Umstände zusammenwirkten: *„die durch die Art der Bezahlung vermittelte Athmosphäre eines mechanisierten und automatisierten Geschäftsvorgangs, bei dem der Anblick der nackten Frau wie die Ware eines Automaten durch Münzeinwurf verkauft und gekauft wird, die durch den Fensterklappenmechanismus und den einseitigen Sichtkontakt hervorgehobene verdinglichende Isolierung der als Lustobjekt zur Schau gestellten Frau vor im Verborgenen bleibenden Voyeuren; der durch diesen Geschehensablauf besonders krass hervortretende Eindruck einer entpersonifizierenden Vermarktung der Frau; die Isolation auch des allein in der Kabine befindlichen Zuschauers und das damit verbundene Fehlen einer sozialen Kontrolle; die durch das System der Einzelkabine bewußt geschaffene Möglichkeit der Selbstbefriedigung und deren kommerzielle Ausnutzung."*

Auf den Einwand, daß alle an der Peep-Show Beteiligten dies freiwillig täten, wird entgegnet, daß die Würde des Menschen unabhängig von seinem eigenen Willen geschützt werde. Dabei könne zwar offenbleiben, *„ob und inwieweit der in seiner Menschenwürde geschützte einzelne seinen individuellen privaten Lebensbereich nach seinem Belieben — insbesondere nach seinen Anschauungen darüber, was die Würde seiner Person ausmacht — ohne staatliche Einwirkung gestalten kann."* Diese Frage würde sich hier allerdings gar nicht stellen, da es um einen gewerberechtlichen Erlaubnisvorbehalt des Staates ginge.

Was soll frau nun von diesem Urteil halten? Spontan war ich zuerst einmal erfreut, daß sich überhaupt etwas gegen die bis dato ungehinderte Ausbreitung dieser Shows richtete, und sei es auch von dieser ungewohnten Seite. Doch vor einer fundierten Beurteilung stehen die Fragen nach der Funktion der Peep-Shows, dem Zweck des Urteils und den Veränderungen, die es de facto bewirkt.

Genuß im Stil der neuen Zeit

Peep-Shows sind in den letzten Jahren überall in der BRD aus dem Boden geschossen.
Wie MacDonalds seine Klopse, so verkaufen sie Fastfood auf dem Sex-Markt.
Hemmschwellen, die mit der herkömmlichen Prostitution noch verbunden sind, sind bei der Peep-Show überwunden, sowohl für den Kunden als auch für die Frauen. Der Job in der Peep-Show erlaubt den dort beschäftigten Frauen eine viel größere Distanzierung von ihrer Funktion als die Arbeit einer traditionellen Prostituierten: sie sind räumlich und optisch von den Kunden getrennt, körperlicher oder sonstiger persönlicher Kontakt ist im regulären Angebot nicht vorgesehen, damit wird auch das Risiko von gewalttätigen Freiern, Geschlechtskrankheiten und ungewollten Schwangerschaften geringer. Die Bezahlung der Frauen läuft nicht individuell von Freier zu Frau, sondern die Frauen erhalten ganz normal Lohn für ihre Arbeit im Peep-Betrieb.

Viele der Gründe, die eine Frau davon abhalten, als Prostituierte zu arbeiten, entfallen bei der Peep-Show. Die Vorstellung von einem befristbaren Job, mit dem frau gut Geld machen kann, ohne sich allzu viel zu vergeben, läßt sich hier leichter aufrechterhalten.

Auch für die Kunden stellt sich der Besuch einer Peep-Show unverfänglicher dar als der Kontakt mit einer Prostituierten. Der niedrige Preis macht die Peep-Show für jeden erschwinglich; Preis, Bezahlungsweise und der ganze Aufbau verleihen der Show eine Art Spielcharakter. Oft sind Peep-Shows wirklich mit Spielhallen gekoppelt, wodurch die Schwellenangst noch weiter vermindert und der Vorgang bagastellisiert wird, zu einem Spiel wie die anderen auch. Was macht es auch für einen Unterschied, ob mann für seine Mark den Anblick eines Raumschiffs geboten bekommt, das er durch Betätigung irgendwelcher Hebel abknallen kann, oder den Anblick eines Frauenkörpers hinter einer Trennscheibe, bei dem er sich einen runterholen kann? Vergleicht frau allerdings die Diskussion über die Kriegs-Telespiele mit der um die Peep-Shows, so muß sie feststellen, daß es mit dem Interesse an der Menschenwürde der Frau eher schlecht aussieht. Wenn befürchtet wird (zu Recht), daß Kriegsspiele die Bereitschaft der Jugendlichen zu Krieg und Gewalt fördern, so dürften wohl auch Konsumenten einer Peep-Show in ihrer Einstellung zu Frauen nicht unbeeinflußt bleiben.

Wie der Spielhallenboom in bestimmten Vierteln der Großstädte, spiegelt auch die wachsende Zahl von Peep-Shows die Krise in den Industriestaaten wider. Die wachsende Arbeitslosigkeit und Verslumung schafft den Markt für solche Art von „Vergnügungen", zur Kanalisierung von Aggressionen und Spannungen, aber gleichzeitig zu einer gezielten Verrohung.

Peep-Shows stellen für mich eine neue Qualität der Sexvermarktung dar, weil sie die Prostitution noch stärker als bisher zu einem Massenkonsumartikel machen, weil sie die Möglichkeit dafür schaffen, daß ein Peep-Show-Wichs zur selben Selbstverständlichkeit wird wie Zigarettenholen vom Automaten an der Ecke. Dazu kommt, daß die Peep-Show Frauen den Einstieg in die Prostitution leichter macht, daß also genau die Eigenschaften, die die Peep-Show für die dort arbeitende Frau attraktiv machen, letztlich eine nachteilige Entwicklung fördern. Es wäre unsinnig, zu behaupten, Peep-Shows seien „schlimmer" als die traditionelle Form der Prostitution; beides steht ja nicht alternativ gegeneinander, sondern die Peep-Show ist zusätzlich neben die herkömmliche Prostitution getreten.

Trotzdem macht mich der Anblick einer Peep-Show aggressiver als z.B. eine Anmache in einem Straßenstrichgebiet. Vielleicht, weil die Existenz und das Florieren dieser Shows es deutlicher als alles andere machen, mit was für Männern frau es hier tatsächlich zu tun hat. Bei anderen Angeboten auf dem Sexmarkt läßt es sich noch irgendwie nachempfinden, warum und unter welchen Umständen Männer diesen Dingen etwas abgewinnen können. Aber daß sie in Massen in diese Peep-Shows rennen und dabei auch noch Lust empfinden können, das ist mir einfach unbegreiflich.

Warum so ein Urteil?

Als Erfolg der Frauenbewegung kann das Urteil schon deshalb nicht gewertet werden, weil diese zur Zeit eher im Abschwung befindlich ist und speziell von einer Kampagne gegen die Peep-Shows — von einigen walpurgisnächtlichen Farbbeutel- und Steinwürfen einmal abgesehen — auch nicht die Rede sein kann.

Die Begründung des Urteils mit der Menschenwürde der Frauen erscheint zwar auf den ersten Blick ganz frauenfreundlich. Schließlich würdigen die Peep-Shows Frauen allgemein stärker zu Objekten herab. Die Urteilsbegründung bezieht sich allerdings nicht allgemein auf die Auswirkung auf die Rolle der Frau in der Gesellschaft, sondern speziell auf die Würde der in der Peep-Show arbeitenden Frauen. Diese können diese Wahrung ihrer Würde über ihre Köpfe hinweg durch Entzug des Arbeitsplatzes nur als Verarschung empfinden, insbesondere, weil es bei den Alternativen, die ihnen zur Verfügung stehen, mit der Würde nicht eben viel besser aussieht, sei es an „normalen" Frauenarbeitsplätzen mit mieser Entlohnung oder aber in härteren Formen der Prostitution.

Bisher sind restriktive Gesetze im Sexualbereich immer ein Ausdruck der Doppelmoral konservativer Politiker und Richter gewesen. Ihre Folgen sind nicht eine frauenfreundlichere Sexualität oder eine Verbesserung der Stellung der Frauen in der Gesellschaft, sondern eine Stärkung der Institution Ehe einerseits und eine Zurückdrängung des Sex-Kommerzes in die Illegalität und — damit verbunden — die Entrechtung der dort tätigen Frauen gegenüber Gerichten, Bullen, Freiern, Zuhältern andererseits. An der Sache selbst ändern die Gesetze häufig gar nichts, sondern sorgen lediglich für eine zusätzliche Einnahmequelle für das zuständige Polizeirevier und andere Aufsichtsstellen.

Solche reaktionären Zielsetzungen werden an zwei anderen Gerichtsentscheidungen deutlich, wo ebenfalls mit „Sittenwidrigkeit" argumentiert wurde:

— Im Oktober 1981 entschied das Bayreuther Amtsgericht, Honorare zwischen einer Prostituierten und ihren Kunden seien sittenwidrig, also auch nicht einklagbar („Hamburger Abendblatt", 26.10.81).

— Im Februar 1982 entschied das Bundesverwaltungsgericht in höchster Instanz, daß Städte und Gemeinden „Life-Shows" mit öffentlichem Geschlechtsakt nicht mehr genehmigen müssen, da sie den „guten Sitten" zuwiderliefen. die öffentliche Vorführung des Geschlechtsverkehrs unterliege auch heute noch *„trotz weitgehender Herabstufung sexualethischer Maßstäbe"* einem so eindeutigen „Unwerturteil" der Rechtsgemeinschaft, daß ihre Bewertung als „sittenwidrig" gerechtfertigt sei. Es entspreche nach wie vor der herrschenden Anschauung, daß der Geschlechtsverkehr zwischen Mann und Frau in einen Intimbereich gehöre, *„der fremdem Einblick nicht zugänglich sein soll"* („Welt", 5.2.82).

Im ersten Fall richtet sich das Urteil eindeutig gegen die Prostituierte, indem es ihr den Anspruch auf Bezahlung abspricht. Im zweiten Fall wird sich gegen die Öffentlichkeit des Geschlechtsaktes gewandt. Hier zeigt sich ein typisches Merkmal reaktionärer Moral: Was mit Sex zu tun hat, soll sich im Dunklen und hinter verschlossenen Türen abspielen, auf daß der anständige Bürger nicht belästigt werde. Hieran wird die Ambivalenz für eine Beurteilung solcher Einschränkungen vom Frauenstandpunkt deutlich. Unter den gegebenen gesellschaftlichen Umständen ist für die Frauen auch das Gegenstück zur konservativen Doppelmoral, die „sexuelle Liberalisierung" unbefriedigend, weil sie die Verfügbarkeit der Frau als Sexualobjekt bis hin zur Gewalt gegen Frauen stärker propagiert und die Vermarktung der Sexualität auf dem Rücken der Frauen fördert. Könnte es frau diesbezüglich also ganz recht sein, wenn konservative Kräfte diese Dinge aus der Öffentlichkeit verdrängen wollen, so muß sie doch berücksichtigen, daß die reaktionäre Moral sich nicht auf die Reinigung der Öffentlichkeit von frauenfeindlichen Erscheinungen beschränken würde, sondern auch positive Errungenschaften angreifen könnte: angefangen beim öffentlichen Küssen und Schmusen über das Nichttragen von BHs bis hin zum Nichtverstecken des eigenen Lesbisch- oder Schwulseins.

Allerdings, auch wenn vermutet werden kann, daß der Spruch der Berliner Verwaltungsrichter seine Grundlage in rechten Moralvorstellungen hat, so richtet er sich konkret erst einmal nur gegen die gewerberechtliche Genehmigung für das Betreiben einer Peep-Show. Wenn es der weiteren Verbreitung der Shows tatsächlich entgegenwirkt, so wäre das jedenfalls ein positiver Effekt.

Die Folgen

Nach dem Urteil stellt sich die Frage, was mit den schon bestehenden Peep-Shows geschehen solle, deren Existenz ja gerade die „Lebenserfahrung" geliefert hat, auf deren Grundlage die „Sittenwidrigkeit" solcher Einrichtungen entschieden worden ist.

Nach einer Umfrage der Deutschen-Presse-Agentur wird in Berlin eine Schließung von Peep-Shows erwogen; in anderen Städten wie z.B. Hamburg, Hannover, Bochum, Stuttgart und Aachen sollen keine neuen Shows mehr genehmigt werden; eventuell sollen auch bestehende Konzessionen eingeschränkt oder eingezogen werden. Wie Betreiber von Peep-Shows solche Einschränkungen umgehen können, zeigt das Beispiel eines Veranstalters in Gladbeck (NRW):

Da ihm die Zulassung für eine Peep-Show gerichtlich untersagt worden war, nannte er sie in „Französische Wäscheschau" um; nach einem erneuten Verbot bezeichnet er sie als Club und ließ sie als Verein eintragen. Der Preis für die Clubkarte: Eine Mark. (FR, 2.3.82).

Die schwerwiegendsten Folgen hatte das Urteil in Frankfurt: Bürgermeister Wallmann verfügte am 9.3. die Schließung aller sechs Peep-Shows im Bahnhofsviertel innerhalb von 2 Tagen. In der Nacht zum 13.3. wurden die Kabinen amtlich versiegelt. Der Hintergrund dieser Schließungen läßt allerdings vermuten, daß es Wallmann dabei keineswegs um den schnellstmöglichen Schutz der Menschenwürde der dort auftretenden Frauen ging.

Frankfurt: Säuberung des Bahnhofsviertels

1977 hatte die Frankfurter CDU in ihrem Wahlkampf der damals noch regierenden SPD eine „schlappe Haltung" in der Verbrechensbekämpfung vorgeworfen und ihr die damalige Zahl von 68 000 Straftaten im Stadtgebiet angelastet. Die Kriminalstatistik für 1981 führt einen Anstieg auf über 100.000 Straftaten an.

Um dieses offensichtliche Versagen der eigenen Politik zu überdecken und den Anschein resoluten Durchgreifens zu erwecken, inszeniert CDU-Bürgermeister Wallmann nun ein Stück, das die FAZ (12.3.82) mit „Ein Amüsierviertel wird verlegt" betitelt. Das Bahnhofsviertel als „Amüsierviertel" soll verschwinden und damit auch als Zentrum der Frankfurter Kriminalität. Bordelle, Kneipen, Porno-Läden, Sexkinos usw. sollen an eine andere Stelle der Stadt verlegt werden. Welcher Stadtteil damit allerdings beglückt

werden soll, unterliegt sorgfältiger Geheimhaltung. Das Bahnhofsviertel dagegen soll in ein „seriöses Geschäftsviertel" verwandelt werden. Welche Art von Sanierung in etwa zu erwarten ist, zeigt das Hamburger „Hanseviertel", wo aufwendig renovierte historische Bausubstanz den Rahmen für Luxusboutiquen und Schickeria abgibt.

Der erste Akt zum Erreichen dieses Ziels lief schon vor dem Peep-Show-Urteil: „Verunsicherung der Szene" durch wiederholte Razzien in Bordellen, in denen Ausländerinnen ohne Aufenthaltserlaubnis arbeiteten, und deren Ausweisung.

Zusätzlich wurden angeblich schärfere Kriterien bei der Auslegung von feuer- und baupolizeilichen Verordnungen im Bahnhofsviertel angelegt.

Das Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes kam Wallmann also äußerst gelegen. War die letzte der später geschlossenen Peep-Shows erst ein halbes Jahr zuvor genehmigt worden (trotz mangelhafter feuerpolizeilicher und räumlicher Bedingungen), so wartete man jetzt ungeduldig auf die Urteilsbegründung, um zu sehen, ob diese auch die Schließung schon bestehender Shows ermöglichte. Kaum war die Urteilsbegründung im Römer eingetroffen, wurde die bevorstehende Schließung der Shows angekündigt. Die



aus „Titanic", Nr. 6/82

Kurzfristigkeit der Schließungsverfügungen hatte schließlich zur Folge, daß die Peep-Shows vorläufig wieder geöffnet werden konnten, da vom Gericht die Frist von nur zwei Tagen zwischen Zustellungstermin der Verfügung und festgesetztem Schließungstermin für die Unternehmer als zu kurz angesehen wurde, um rechtzeitig Rechtsschutz zu erlangen. Allerdings wurde die „Sittenwidrigkeit" der Shows bestätigt und darüber hinaus angedeutet, daß auch die ihnen zugrundeliegenden Erlaub-
darüber hinaus angedeutet, daß auch die ihnen zugrundeliegenden Erlaub-
nisse selbst sittenwidrig und somit nichtig sein könnten. Einige der Peep-Läden nutzten die Schließungszeit, um durch einen kleinen Umbau dem Berliner Urteil (das ja u.a. das „Fehlen einer sozialen Kontrolle" beanstandet hatte) zu entgehen: Sie bauten die Türen der Kabinen aus und ersetzten sie durch „*Vorrichtungen*", „*die dem ‚Peeper' nur mäßigen Schutz vor den Blicken anderer Besucher bietet*" („FAZ", 12.3.82).

Inzwischen sind in Fankfurt nur noch zwei Peep-Shows geöffnet, die befristeten Konzessionen der übrigen sind abgelaufen. Um die beiden letzten Konzessionen läuft ein Verfahren vor dem Verwaltungsgericht („FR", 16.4.82).

Der Kampf um die Arbeitsplätze

Gegen den Verlust ihres Arbeitsplatzes protestierten die Frankfurter Peep-Show-Frauen in einem Schreiben an Wallmann, das im „Pflasterstrand" veröffentlicht wurd.

Neben richtiger Kritik — z.B. wird Wallmanns Säuberungsaktion als „Mittel des Wählerstimmenfangs" gekennzeichnet, enthält der Brief in der Mehrzahl fragwürdige Argumente:

Wenn z.B. darauf hingewiesen wird, daß, wenn Peep-Shows gegen die guten Sitten verstießen, dann ja auch „*reichlich Prominenz aus den unterschiedlichsten Sparten, die täglich dafür sorgen, daß alle Kabinenplätze belegt sind, sittenwidrig veranlagt*" sein müßten, so mag das zwar als Beleg für die doppelte Moral dieser Herren gelten, aber kaum als Beweis für die Integrität von Peep-Show-Sex. Auch die Behauptung, es fände oftmals „*mehr Kommunikation zwischen Bühne und Kabine statt, als in manch einer pseudointakten Ehe*", sagt wohl in erster Linie etwas über die Qualität einer solchen Ehe aus.

Wenig Kenntnis des gesellschaftlichen Sexualverhaltens (oder aber bewußtes Ausnutzen eines gängigen Vorurteils) spricht aus den Befürchtungen bzgl. der Folgen eines Peep-Show-Verbots: „*(...) ein abrupter Stop, ein Unterdrücken dieses menschlichsten aller Triebe, führe zur Katastrophe. Schließungen der Peep-Shows, das dürfte wohl für jedermann/-frau einleuchtend sein, führen letztendlich dazu, daß sich keine Frau nachts allein auf die Straße wagen kann, ohne vergewaltigt zu werden, daß auch Kinder ständig in Gefahr sind*".

Hier werden rückständigste Vorurteile mobilisiert: offenbar ist also Vergewaltigung im Mann angelegt, ist Teil des angeblich „menschlichsten" aller Triebe? Und nur die Peep-Shows können die Männer davon abhalten, hemmungslos über Frauen und Kinder herzufallen? Es ist allerdings nichts davon bekannt, daß die Vergewaltigungszahlen seit der Einführung von Peep-Shows zurückgegangen wären. Vielmehr kann vermutet werden, daß, wer Frauen in der Peep-Show im totalen Objekt-Status erlebt, auch andere Frauen seiner Umgebung als Objekte betrachten wird.

Es ist auch die Frage, ob der Frust, ständig durch eine Glasscheibe vom Sexualobjekt getrennt zu sein, nicht zu Aggressionen gegen Frauen führt.

Die Schwierigkeit, sich als Linke/r einen Standpunkt zur Frage der Prostitution zu bilden, hängt u.a. mit der Tatsache zusammen, daß Frauen unter bestimmten gesellschaftlichen Bedingungen oft kaum eine andere Möglichkeit haben, ihren Lebensunterhalt zu verdienen, und daß auch bei uns die Möglichkeiten für Frauen, Arbeit unter akzeptablen Bedingungen und mit angemessener Bezahlung zu finden, so schlecht sind, daß keine Frau kritisiert werden kann, weil sie als Prostituierte in der Peep-Show oder ähnlichen Einrichtungen arbeitet.

Einer Frau, die aus eigenem Entschluß in einer Peep-Show arbeitet, kann der Hinweis auf Moral und Menschenwürde natürlich nicht ihr materielles Interesse am Erhalt dieser Verdienstmöglichkeit ausreden, das kann ihr auch niemand verübeln. Es ist allerdings eine ganz andere Frage, ob sie daraus einen Anspruch — z.B. an die Linke — herleitet, sie in ihrem Kampf für den Erhalt dieses Arbeitsplatzes zu unterstützen.

Der Kampf um Arbeitsplätze kann nicht von dem konkreten Inhalt der Arbeit und den Arbeitsbedingungen getrennt werden. Bei allen Plänen der Herrschenden, gegen die sich berechtigter Widerstand regt, ob Atomkraftwerke, Startbahn West oder Industrieansiedlungen, argumentieren diese mit den Arbeitsplätzen, die gefährdet seien oder geschaffen werden sollen. Abgesehen davon, daß diese Angaben i.A. nicht der Realität entsprechen, wären sie auch kein Grund, deswegen solche Pläne zu unterstützen. Die negativen Auswirkungen auf die Gesellschaft wiegen in diesen Fällen in der Regel schwerer als die positiven durch even-
wiegen in diesen Fällen in der Regel schwerer als die positiven durch even-
tuelle Schaffung von Arbeitsplätzen. So ist die negative Ausstrahlung der Peep-Shows auf die Stellung der Frauen in der Gesellschaft zu groß, als daß sie durch den Nutzen, den einige Frauen aus ihr ziehen oder zu ziehen meinen, aufgewogen werden könnte (laut „Spiegel" 36/81 arbeiten in der BRD ca. 800 Frauen in Peep Shows; die Frankfurter Peep-Show-Frauen geben insgesamt 130 bedrohte Arbeitsplätze an). Dazu kommt, daß die Peep-Show-Arbeitsplätze gerade wegen bestimmter Besonderheiten attraktiv sind, die die meisten anderen Berufe nicht aufweisen, so z.B. ein ziemlich hohes Einkommen in kurzer Zeit. Auch wenn es den Frauen unbenommen bleibt, diese Verdienstmöglichkeiten, solange sie bestehen, zu nutzen, so kann es nicht unsere Aufgabe sein, (einige wenige) Arbeitsplätze für diese Frauen zu fordern, die nicht die negativen Eigenschaften und Auswirkungen der Peep-Shows haben, aber dieselben Privilegien bieten, wie z.B. die Möglichkeit für die Ansammlung von Startkapital für eine Selbstständigenkarriere.

Auseinandersetzungen in der Linken

Das Peep-Show-Urteil und seine Folgen boten interessierten linken Kreisen gute Gelegenheit, den eigenen Chauvi hinter linker Kritik zu verstecken: Sei es durch Parteinahme für die Arbeitnehmerinnen-Interessen, gegen die durchsichtigen Motive Wallmanns, gegen einen Angriff auf die Amüsiermöglichkeiten der Minderbemittelten, gegen die Moralvorstellungen der Berliner Verwaltungsrichter oder generell gegen Eingriffe des Staates ins Sexualleben seiner Bürger.

Die erste Nachricht der „taz" (13.1.82), die ja in Sachen Peep und Prost nicht ganz unvorbelastet ist, über das Urteil war positiv und treffend; der Kritik am „*vermutlich stockkonservativen Bewußtsein*" der Bundesrichter, das als einziges Ärgernis angemerkt wurde, folgte sogar ein Seitenhieb gegen die „emanzipierte" Linke und auch dort angesiedelten Sympathien für die Peep-Shows.

Ende Februar/Anfang März wurde die „taz" dann aber doch den Erwartungen, die mann in diese Frage an sie stellt, gerecht; allerdings weitgehend beschränkt auf die Berliner „taz"-Ausgabe.

Am 25.2. wurde ein Bericht über die „drohende" Schließung der Peep-Show in Berlin-Charlottenburg illustriert mit dem Foto einer nackten Peep-Show-Darstellerin. Unterzeichnet war der Bericht mit M.S. für Micha Sontheimer. Einen Tag später veröffentlichte selbiger M.S. einige völlig unparteiliche Stimmen aus dem Volk zum Thema Peep-Show, die einigen der oben schon angerissenen Punkte „linker" Kritik Ausdruck gaben: Arbeitsplätze; trauriges, aber notwendiges Übel; Sex des kleinen Mannes; verlogene Moral. In der gleichen „taz"-Ausgabe findet sich auch noch ein Kommentar von Micha Sontheimer, in dem er die Partei der bedauernswerten, durch die Frauen ausgebeuteten Männer ergreift und sich gegen ein Verbot der Peep-Shows ausspricht, weil jede staatliche Regulierung der Sexualität abzulehnen sei.

Hatten schon gegen den ersten Artikel von M.S. einige der Berliner „taz"-Mitarbeiterinnen protestiert, insbesondere gegen die Illustrierung, die der Redakteur gegen den Vorschlag der Layouterin und Setzerinnen, einen aus der Show kommenden Mann abzubilden, durchgesetzt hatte, so fiel die Reaktion nun noch heftiger aus: eine Art feministisches Rollkommando stürmte nachts die Redaktionsräume, sprühte Sprüche an die Wände und verursachte Unordnung auf M.S.' Schreibtisch.

Während einige der überregionalen „taz"-ler(innen) eine „klammheimliche Freude" nicht verhehlen konnten, waren die Berliner so enttäuscht von der Menschheit, daß sie sich am nächsten Tag nicht in der Lage sahen, den Berlin-Teil zu erstellen, und die vier Seiten nur mit einer kurzen Begründung, überschrieben: „Null Bock", versahen. Die „taz" vom 4.3. informiert dann auf der Frauenseite auch die Nicht-Berliner(innen) über den Konflikt: neben einem Überblick über die Vorgänge selbst erscheint dort eine „fiktive Geschichte" von einem „taz"-Fotografen, der einen Peep-Show-Besucher fotografieren soll, aber nur Bekannte vor die Linse bekommt, und ein Kommentar einer Redakteurin; sie begründet ihre Genugtuung über den „Anschlag" kritisiert Sontheimers Behandlung des Themas, sein „Gejammere über das Verbot", über das sie selbst sich freut, auch wenn es ihr lieber wäre, „*die Männer ließen das Peepen von alleine.*" Verdienst von Micha, aber auch der Besucher/innen, die sich nicht die Mühe gemacht hätten, mit der



aus „Titanic", Nr. 6/82

Redaktion zu diskutieren, sei es, daß die Auseinandersetzung jetzt reduziert sei „*auf das Zensur-Geschrei der einen und die Beteuerung der anderen, daß sie die Schmierereien in den Redaktionsräumen auch nicht gewollt haben.*"

M.Sontheimer sah sich durch die Kritik an seiner Arbeit veranlaßt, sich am 1. April für zwei Monate beurlauben zu lassen, um in Ruhe über seine Weiterarbeit bei der „taz" nachzudenken.

Auch die Vorgänge um das Frankfurter Bahnhofsviertel blieben selbstverständlich nicht ohne Kritik von Links. Pflicht- und wahlkampfgemäß wurde Wallmann natürlich zuerst einmal von der Frankfurter SPD attackiert: Es gehe ihm um einen „*Show-Effekt zur Mehrung des Ruhms des Oberbürgermeisters*"; zur Beseitigung der wirklichen Mißstände im Bahnhofsviertel trage die Schließung der Peep-Shows nichts bei. Sie ändere nichts an der Massierung der Dirnenquartiere, dem Zuhälterunwesen und der Schwerkriminalität. Eine konkretere Stellungnahme zur Funktion der Peep-Shows vermieden die SPDler in ihrer Presseerklärung allerdings wohlweislich.

Die Frankfurter Sponti-Kreise ließ die Sache auch nicht ruhen. Die erste — etwas makabre — Stellungnahme kam vom AStA der Frankfurter Uni: „*Die ungeheuerliche Maßnahme des Oberbürgermeisters bedeutet eine erneute und dramatische Verschlechterung der sozialen Lage der Studenten.*"

(„Abendpost", 11.3.82). Neben dem Brief der Peep-Show-Frauen, dessen Veröffentlichung im „Pflasterstrand" sicher nicht nur als Akt der Gnade mangels sonstigen Veröffentlichungsmöglichkeiten anzusehen ist, brachte der „Pflasterstrand" vom 28.3. noch zwei weitere Artikel zum Thema; der erste, von Matthias Beltz, polemisiert gegen „*die Sittenwächter*" in der Szene, „*die aus Moral die ‚taz'-Redaktion beschriften, hier und dort mal unmoralische Schriften zur Guerilla beschlagnahmen, diesem oder jenem aufs Maul hauen, weil sie unsittlich über den Hungerstreik palaverten*". Befreiung sei die Verletzung fremder Normen, also: ohne Normen keine Freiheit. „*Wir brauchen als Ersatz für bigotte katholische Priester, sadistische Diakonissen (...), (...) als Ersatz der verbohrten, dummen und selbstgerechten Moral-Apostel der herrschenden Bürgerlichkeit solche Menschen in unseren Kreisen.*

Und wir haben sie, die Furien, die nicht aus Lust an der Zerstörung wüten, sondern die Würde der Frau verteidigen, (...), wir haben diese guten Menschen von links, die so gut sind, daß sie zu allem in der Lage sind und sich auch in jeden Dienst stellen können, denn ihr Gut-Sein hat ihnen den Rest des Verstandes geraubt".

Im zweiten Artikel, der von einer Dame namens Vita Quell unterzeichnet ist, wird das Thema Peep aus Frauensicht, aber nicht weniger unkonventionell angepackt; sie beschwört das Bild der emanzipierten Peep-Frau, die sich und den Mann voll in der Hand hat:

„*Gehet in euch, ihr Peep Show Damen! Ihr habt nicht erkannt, daß ihr im wesentlichen nicht eurem Geldbeutel dient mit eurem Tun, sondern dem Unterdrücker Mann! Ihr habt nicht erkannt, daß eure Macht über seine Lust in Wirklichkeit seine Macht über euer Bild ist! Ihr habt nicht erkannt, daß ihr euch keineswegs freien Willens den Augen des wollüstigen Peepers hingebt, sondern daß ‚es', die männliche Gesellschaft, dies in euch tat!*

Oder? Oder ist in Wirklichkeit der Mann das arme Schwein, der im Bordell schon längst kaum noch den begehrten Körperteil erlangt, sondern höchstens noch die hohle Hand? Der in der Peep Show nur ein Bild von dem erhält, was er begehrt? Der nicht geliebt wird, der nicht begehrenswert ist, der einfach nur ein armes Würstchen darstellt? Der sich abquält unter der Knute der Macht, die ein nackter Frauenkörper über ihn hat? Der dafür zum Hohn auch noch bezahlt, bezahlt, bezahlt?"

Dies sei allerdings nicht ihr Problem: sie sei „*Frau genug, nicht jeder ärmlichen Männerphantasie mit Feuer und Schwert geifernd hinterherzulaufen*".

An dieser Stelle trifft sie sich mit ihrem Mitschreiber Beltz. Es ist nun allerdings keinesfalls ihr Anliegen, aufzuzeigen, daß Peep-Shows auch für Männer nicht gerade den Gipfel befriedigender Sexualität darstellen, sondern es geht ihr tatsächlich darum, die Macht der Frauen am Beispiel der Peep-Show darzustellen:

„*Ich bin Frau genug, meine Auseinandersetzung mit Männern mit meiner Macht zu führen — und nicht eine Ohnmacht vorzuschützen, die zu einem nicht geringen Teil in unseren Köpfen besteht, NICHT in der Wirklichkeit. Allerdings wünsche ich mir manchmal, wir könnten mit unserer Macht sinnvoller umgehen, als sie dazu zu benutzen, armen verkrüppelten Männern Geld aus der Tasche zu holen. Der entwürdigte ist in diesem Fall der Mann, der bezahlt. Kein Wunder, daß wir sie so oft verachten.*"

Bemerkenswert an den Artikeln ist — neben ihrer Hetze auf die Frauenbewegung — ihre völlige Losgelöstheit von der gesellschaftlichen Realität.

Der zweite Artikel, dessen Tenor den Schluß nahelegt, daß die Autorin selbst in einer Peep-Show beschäftigt ist oder war, zeigt, wie sich frau in einem solchen Job zur Erhaltung des Selbstwertgefühls die Wirklichkeit zurechtbiegt.

Frauenbewegung angenehm überrascht

Von Seiten der Frauenbewegung wurde das Peep-Show-Urteil im Großen und Ganzen begrüßt, die Urteilsbegründung, ob ihrer relativen Frauenfreundlichkeit positiv überrascht aufgenommen. Zur spontanen Freude gesellte sich allerdings auch ein gewisses Mißtrauen angesichts so ungewohnter und zweifelhafter Bündnispartner. Am wenigsten Schwierigkeiten hatte die EMMA (April) damit; sie zog in der ihr eigenen Art entschieden gegen Chauvitum (M.S.) und die Verharmlosung von Prostitution („taz") zu Felde, ohne sich weiter um die Problematik staatlichen Eingreifens zu scheren.

Im Frankfurter „Frauenblatt" (April) trauert frau vergangenen Zeiten nach, als alles noch einfacher war:

„*Früher wußten wir, was richtig war und was falsch, das hat jedenfalls für einige Zeit eine Einheit unter uns Frauen hergestellt, wir haben wütende und gleichzeitig lustige Aktionen gemacht, z.B. gegen Sexshops und sexistische Artikel im Pflasterstrand*". Heute sei frau „*weniger dogmatisch geworden*" und „*weniger handlungsfähig*"; unterstützen mag sie weder die Doppelmoral Wallmanns noch die „taz"-Kritik der EMMA, die „Pflasterstrand"-Artikel lehnt sie aber auch ab und die Kritik an der Sprüh-Aktion gegen die „taz" macht sie ebenfalls mißtrauisch..

Die Saarbrückener Frauenzeitung „Lila Distel" (April/Mai 82) äußert neben der Befriedigung über das Urteil auch begründete Skepsis:

„*Die Peep-Shows sind tot, aber die Kapitalisten, die sich dieses menschenausbeuterische Geschäft haben einfallen lassen, leben und leben gut: sie haben ja immer noch die Sex-Shops, die Sex-Kinos, die Striptease-Lokale, die Nachtbars, einschließlich der zugehörigen ‚Animierdamen' (...). Und sicher werden sie sich jetzt auch wieder was neues einfallen lassen. Und genauso sicher werden wir uns in all den anderen Punkten nicht auf die Herren Richter verlassen können*". „*Und wer sagt uns, ob nicht nach den ‚sozialethischen Wertvorstellungen der Rechtsgemeinschaft' auch die Homosexualität, die Sexualerziehung, jeder ‚außereheliche Geschlechtsverkehr' untersagt werden müßten?*"

In der „Courage" (Mai 82) löst schließlich Sabine Zurmühl den Widerspruch von scheinbarer Frauenfreund-
In der „Courage" (Mai 82) löst schließlich Sabine Zurmühl den Widerspruch von scheinbarer Frauenfreund-
lichkeit und patriarchaler Rechtssprechung auf geniale Weise:

„*Mein Verdacht, daß in diesem Urteil letztendlich von der Würde des Mannes die Rede ist — als wichsender, schwitzender, kurz: peinlicher Kunde, wird endgültig erhärtet, als ich höre, daß in Berlin die Peep-Shows gar nicht unbedingt schließen müssen, sondern es dem Senat zunächst reicht, wenn ‚die Betreiber der Peep-Shows die trennenden Kabinenwände abbauen'*".

„*Eine gerichtliche Einschätzung, die aus dem gesamten großen Bereich der Prostitution — und das ist für mich die Peep-Show auch — eben diesen einen abtrennt, alles andere aber bestätigt, ist keine Entscheidung, die für mich die politische Arbeit des Feminismus unterstützt*".

Daß die Berliner Richter mit ihrem Urteil die „politische Arbeit des Feminismus" unterstützen wollten, wird bei aller Naivität wohl auch keine Frau annehmen wollen.

Natürlich treffen alle Einwände gegen das Urteil zu, die kritisieren, daß mit den Peep-Shows nur ein Bereich von vielen getroffen wird und daß es obendrein leicht ist, das Urteil durch kleine Veränderungen der Peep-Einrichtungen zu umgehen. Das Urteil hat nicht einmal eine notwendige Schließung der bestehenden Peep-Shows zur Folge, sondern stellt diese lediglich ins Ermessen der zuständigen Behörden. Daß durch das Urteil insofern keine umfassende Umwälzung zu erwarten ist, steht außer Frage.

Trotzdem schafft das Urteil eine kleine Chance, einige Peep-Shows wieder loszuwerden oder zumindest ihre weitere Verbreitung zu verhindern. Insofern empfinde ich über das Urteil Genugtuung, auch wenn es unserer prinzipiellen Einstellung, nach der Eingriffe des Staates ins Sexualleben seiner Bürger/innen abzulehnen sind, widerspricht. (Von der Utopie, in der die Männer von selbst keine Lust mehr auf Puffs oder Peep-Shows hätten und es keine Frau mehr nötig hätte, dort ihr Geld zu verdienen, sind wir ja leider auch noch ziemlich weit entfernt.) Natürlich besteht die Gefahr, daß der Urteilsspruch von konservativer Seite genutzt wird (siehe Wallmann), auch gegen unsere Interessen; aber hätten wir demgegenüber durch gerichtliche Billigung von Peep-Shows und ihre weitere Verbreitung etwas gewonnen?

Co.

Der Jugendoffizier:
„Reisender in Sachen Sicherheit
(Auftrag, Ausbildung, Praxis)

Teil 2

Im ersten Teil dieser Artikelserie berichteten wir über die Wehrkundekonzeptionen der Bundeswehr seit 1956 und die Versuche, militaristische Propaganda über den Jugendoffizier in den Schulen zu verankern. In diesem zweiten Teil wollen wir die systematisch gestraffte und auf seinen „politischen Bildungsauftrag" hin effektivierten Propagandaapparat mit seiner „wichtigsten Waffe", dem Jugendoffizier (Auftrag und Ausbildung), darstellen, sowie einige Beispiele der Einflußnahme der Militaristen an den Schulen schildern. Kenntnis über Auftrag und Ausbildung dieses „Reisenden in Sachen Sicherheit" ist für die richtige Einschätzung wichtig: In den Unterricht kommt nämlich nicht irgendein „Sachinformant", sondern von seiner Ausbildung her, hochspezialisierter Propagandist, worüber Schüler und Lehrer wohl kaum etwas wissen und in den meisten Fällen nicht vorbereitet sind. Der Jugendoffizier ist zugleich – da er ständig alle wichtigen Informationen über antimilitaristische und friedenspolitische Aktivitäten in seinem Einzugsbereich berichtsmäßig weiterleitet und darauf auch reagiert – Bestandteil einer sozialtechnischen Präventivstrategie. Da wir mit unserer Arbeit erst am Anfang stehen, würden wir es sehr begrüßen möglichst konkrete Berichte über Erfahrungen mit Jugendoffizieren zu erhalten und darüber zu berichten.



Der Jugendoffizier — „Atomsprengkopf in nationaler Verfügungsgewalt"

In den bisherigen Abschnitten haben wir uns notwendigerweise sehr ausführlich mit den verschiedenen Auseinandersetzungen und Überlegungen zur Wiedereinführung der „Wehrkunde" in den Schulen seit 1956 beschäftigt. All diese Überlegungen mußten und müssen auch in die Praxis umgesetzt werden. Die bedeutendste Rolle wird seitens der Militärs dem Jugendoffizier zugewiesen. Daß es Jugendoffiziere gibt, dürfte sich herumgesprochen haben. Aber relativ unbekannt dürfte sein, welche Bedeutung die Militaristen diesem in jeder Weise ausgebildeten und ausgestatteten militärischen Propaganda-Spezialisten, dem „Reisenden in Sachen Sicherheit", beimessen.

In einem Beitrag der Zeitschrift „Wehrkunde" wird der Jugendoffizier als ein Instrument gewertet, *„dessen Bedeutung ... gar nicht hoch genug eingeschätzt werden kann"* (47), und der sich als *„Einzelkämpfer einer bedrückenden Übermacht"* (48) gegenüber sieht. Seine Bedeutung wird oft mit der Behauptung heruntergespielt, zwei Unterrichtsstunden seien zu kurz, um nachhaltigen Einfluß auf die Schüler ausüben zu können (49); aber es hieße seine Rolle zu unterschätzen, wenn man sich nur auf seine „Referenten"-Tätigkeit vor Schulklassen (gelegentlich mit einem KdV'ler als Ko-Referenten) beziehen würde. Dargestellt werden soll im Folgenden, wie sich der Auftrag des Jugendoffiziers entwickelt hat, wie er systematisch für seinen Auftrag spezialisiert wird, wie er arbeitet.

War in dem Abschnitt „Vom künftigen deutschen Soldaten" die Rede von der Entstehung des Jugendoffiziers bis in die Mitte der 60er Jahre, ist hier die Rede von den wesentlichen Veränderungen in Auftrag und Ausbildung Anfang der 70er Jahre. Jugendoffiziere sahen sich Ende der 60er Jahre als *„Prügelknaben in der Armee"* (50), nachdem ihe Vorträge von *„Sieg-Heil-Rufen"* (51) und *„rhythmischem Ho-Tschi-Minh-Klatschen"* (52) unterbrochen wurden, während sie in ihrem eigenen Laden als „Gruppe 47" oder „Laberheinis" belächelt wurden (53). Sie sahen sich überfordert, das angeknackste Bild der Bundeswehr ins „rechte Licht zu rücken", und sie schätzten *„die Entwicklung der Bundeswehr und besonders der Nachwuchslage* (als) *so deprimierend* (ein), *daß diese Aufgabe nur noch unter Gewissenskonflikten geleistet werden kann"* (54). Auch der Wehrbeauftragte stellt eine Überforderung der Jugendoffiziere fest und schlägt vor, diese in längeren Grund- und Wiederholungslehrgängen an einer

Wehrbeauftragte stellt eine Überforderung der Jugendoffiziere fest und schlägt vor, diese in längeren Grund- und Wiederholungslehrgängen an einer

zentralen Ausbildungsstätte in *„methodischen, politischen und wissenschaftlichen Disziplinen"* (55) wiederaufzumöbeln.

Zusammen mit der Neuordnung des IP-Stabes wurde die Ausbildung verfeinert und systematisiert (siehe dazu Kasten „Propagandaarbeit"), die Aufgaben wurden neu geregelt. Ihr Einsatz nahm ab 1970 um 40 %, die Zahl der angesprochenen Jugendlichen um ca. 50 % zu, ihre Zahl stieg von 17 auf 47 (daher „Gruppe 47") und wurde später auf 57 erhöht. Es dürfte zwar fraglich sein, ob die positive Einschätzung des Wehrbeauftragten in seinem „74er Bericht" auf die Aktivitäten der Jugendoffiziere zurückzuführen ist, jedenfalls: *„Das Interesse an Truppenbesuchen ..., besonders bei Jugendlichen, zeigt in den letzten Jahren eine steigende Tendenz auf ... Auffällig ist die Veränderung in ihrem Verhalten gegenüber der Bundeswehr. Politisch, ideologisch verbrämte Angriffe ... haben an Breite verloren".* Die Apo ging ja auch dem Ende entgegen, die Jugendarbeitslosigkeit wuchs.

Die Arbeit der Jugendoffiziere wurde qualitativ und quantitativ intensiviert. *„Wir haben bisher mehr oder weniger intuitive Öffentlichkeitsarbeit gemacht. Wir sind jetzt dabei, diese intuitive durch empirische Öffentlichkeitsarbeit zu ersetzen"* so Graf Scheinitz, der später im Informations- und Pressestab des Verteidigungsministeriums (BMVg) für die Jugendoffiziere verantwortlich war.

Im November 1974 wurde auf der 29. Informations- und Arbeitstagung der Jugendoffiziere in Koblenz der Versuch gemacht, ihre Arbeit mithilfe eines Public-Relation-Regelkreis-Modells weiterzuentwickeln, in Anlehnung an Managerkonzepte in der „freien Wirtschaft" (58). 1975 regelte eine Bekanntmachung im Ministerialblatt des BMVg umfassend die Tätigkeit der Jugendoffiziere (59). Dort wurde der Auftrag des Jugendoffiziers zum erstenmal höchstoffiziell als *„im weitesten Sinne der politischen Bildung* (zugehörig)" bezeichnet. Im Laufe der Jahre rückte die offensive politische Propaganda statt der („rein informativen") Darstellung von Details der Bewaffnung und der Laufbahnmöglichkeiten immer mehr in den Vordergrund. Aufgrund der Systematisierung unter Anleitung des IP-Stabs (siehe dazu Diagramm Nr. 1) hat heute eine Aufgabenteilung unter den Jugendoffizieren stattgefunden — im Gegensatz zu der früher unkoordinierten „intuitiven" Arbeitsweise. Jugendunteroffiziere und „Wehrdienstberater" widmen sich vor allem der Darstellung von technischen und organisatorischen Fragen vor Haupt-, Berufs- und Realschulklassen (60). Hauptamtliche und nebenamtliche Jugendoffiziere sind zuständig für den offensiven politischen „Fronteinsatz", bei Podiumsdiskussionen und vor Gymnasialklassen. Auch zwischen den Jugendoffizieren und Jugendunteroffizieren hat eine

„Fronteinsatz", bei Podiumsdiskussionen und vor Gymnasialklassen. Auch zwischen den Jugendoffizieren und Jugendunteroffizieren hat eine

Rollenteilung stattgefunden, um die Arbeit des Jugendoffiziers so effektiv und unbelastet wie möglich zu gestalten. Oftmals besucht der nebenamtliche Jugendunteroffizier die Direktoren in Schulen, z.B. wegen einer Besuchsabsprache, macht Termine klar und sonstige unliebsame und belastende Kleinarbeit. Zum Termin selbst kommt dann der Jugendoffizier.

Jugendoffizier heute — Organisation und Ausbildung

Über die Anzahl der Jugendoffiziere gibt es widersprüchliche Zahlen (siehe dazu „Propagandaarbeit ..."). Hauptamtliche Jugendoffiziere sind bei den Divisionen, Korps, Wehrbereichskommandos tätig und sind dem BMVg, konkret dem IPStab 3, direkt unterstellt (siehe Diagramm Nr. 1). Nebenamtliche Jugendoffiziere werden auf Bataillonsebene unter fachlicher Anleitung eines hauptamtlichen Jugendoffiziers eingesetzt. Der Jugendoffizier hat innerhalb seiner Einheit eine bevorzugte Stellung, direktes Vortragsrecht bei seinem Kommandeur.

Fachlich und faktisch gewährleistet seine Propagandaarbeit der IPStab 3, bzw. werden seine Einsätze, Zuweisung regionaler Betreuungsbereiche und fachliche Steuerung vom Bundeswehramt, Gruppe Öffentlichkeitsarbeit, Referat Jugendarbeit, geleitet, das ebenfalls dem IPStab 3 untersteht. Jugendoffiziere erstellen jährlich jeweils 4 Quartalsberichte sowie einen Jahresbericht, die sofort an den IPStab 3 weitergeleitet werden, um ein ausgeklügeltes Melde- und Informationswesen zu gewährleisten. In diesen Berichten sollen Stimmungen, Meinungen und Tendenzen, mit denen der Jugendoffizier bei seinen Einsätzen konfrontiert wurde, erfaßt werden. Er fungiert somit nicht nur als Sprachrohr der Bundeswehr, sondern auch als Instrument und Fühler einer sozialtechnischen Präventivstrategie, die z.B. auf örtliche antimilitaristische Stimmungen sofort zentral reagieren kann. (Über genaue Arbeitsweisen in diesem Bereich liegen nur sehr wenige Informationen vor. Sicher ist aber, daß der Jugendoffizier in irgendeiner Weise sowohl mit dem VS als auch mit dem BND und MAD in Kontakt steht. In Schulungen und in dem für seine Arbeit zur Verfügung stehenden „Radikal-Info" werden einschlägige Informationen zusammengetragen. Dieses Feld wäre einer genaueren Untersuchung wert).

Jugendoffiziere

8 Offiziere im IPStab — weiterhin Stabsoffiziere für Öffentlichkeitsarbeit bei den Territorialkommandos . Nord, Süd, Schleswig-Holstein, den Wehrbereichs-Kommandos, den Korps (keine Zahlen). 57 — 59 hauptamtliche Jugendoffiziere, 600 — 900 nebenamtliche Jugendoffiziere, 600 nebenamtliche Jugendunteroffiziere. (Zahlen nach Schwamborn, Schierholz, Pröll, Weißbuch 71/72, 73/74). Vor 1970 waren es 30, dann 47, 1974 54 Jugendoffiziere. Berichte der Jugendoffiziere sind Einschätzungsgrundlage fürs Kriegsministerium über die „Verteidigungsbereitschaft" der Jugend. Sie arbeiten hauptsächlich an Gymnasien und Gesamtschulen; Realschulen und Hauptschulen werden eher von Jugendunteroffizieren besucht. 5 % wehrpflichtige Soldaten hatten vor Eintritt in die Bundeswehr Kontakt zu Jugendoffizieren; diese 11.000 Soldaten waren zum größten Teil Oberschüler.

Im Bereich der Kreiswehrersatzämter

36 Wehrberatungsoffiziere (1970 waren es noch 26), 380 Wehrberatungsunteroffiziere, 124 Portepee-Unteroffiziere beraten Wehrpflichtige und Freiwillige, Einsätze hauptsächlich in Berufsschulen. Unterstützung auch von regulären Unteroffizieren. Beraten wurden 1970 ca. 2 Mio. Jugendliche, 100.000 mehr als 1969.

Auswahl und Ausbildung der Jugendoffiziere...

Diese schon besonders befähigten Offiziere werden zusätzlich in einer relativ kurzen, aber umso wirksameren Ausbildung geschult (siehe Kasten „Ausbildung der Jugendoffiziere"). Im Programm eines Grundlehrganges wird u.a. geboten:

— Referate über „Einstellung der Jugend", „politische Bildung an Schulen", „Konfliktfelder unserer pluralistischen Gesellschaft";
— ausführliche Behandlung „verteidigungspolitischer" Themen;
— intensive Beschäftigung (rund 9 Stunden) mit einem Katalog von mehr als 200 häufig gestellten Schülerfragen,

stischen Gesellschaft";
— ausführliche Behandlung „verteidigungspolitischer" Themen;
— intensive Beschäftigung (rund 9 Stunden) mit einem Katalog von mehr als 200 häufig gestellten Schülerfragen,

zu dem ein spezieller Antwortenkatalog erarbeitet wurde, der aber *„nicht absolut verbindlich, sondern nur als Stütze"* gedacht ist (59) (s. dazu auch Kasten „Ausbildung ...");
— Vorträge über die „Gliederung eines Referates für die Einführung einer Diskussion mit einer Oberprima";
„Durchführung eines Truppenbesuches" (im Weiteren siehe Diagramm 1).

Als Referenten treten auf einem Seminar „Diskussionstechnik und Argumentation" an der „Schule für psychologische Verteidigung" Soziologen, Politologen, Psychologen, Historiker usw. auf, die sich bereits einen Namen gemacht haben. Geboten werden z.B. unter Mithilfe einer „Mitschauanlage" (genannt „UMSA") „Interviewübung zu aktuellen Fragen/UMSA", „Auseinandersetzung mit einem Vertreter der orthodoxen Kommunisten/ UMSA" (meist ein DDR-Flüchtling), „Auseinandersetzung mit einem Vertreter der Neuen Linken/UMSA", „Psychopolitische Auswirkungen der Weltpolitik", „Die Rolle der Sprache in den westöstlichen Auseinandersetzungen". In einem achttägigen Seminar am Ostkolleg in Köln werden die Jugendoffiziere mit der Feindbild-Argumentation vertraut gemacht (60) (desweiteren siehe Kasten „Ausbildung").

Jugendoffiziere „Frontoffiziere einer Friedenstruppe..."

„.... denn sie allein befinden sich in einer fortwährenden Nahkampfausein-

Ausbildung der Jugendoffiziere

Dreiphasige Auslese der fähigsten Offiziere, die bereits zahlreiche Lehrgänge erfolgreich durchlaufen haben. Insgesamt wird von 700.000 Bundeswehrsoldaten die Zahl auf ca. 100 fähige Bewerber geschätzt.
— Zwei Wochen Grundlehrgang an der Schule der Bundeswehr für Innere Führung in Koblenz.
— Weitere regelmäßige Schulungsveranstaltungen in einwöchigen „Erfahrungsaustausch"-Seminaren. Arbeitsgrundlage sind Tätigkeitsberichte, die zuvor vom Kriegsministerium zusammengefaßt werden. Inhalt: Art und Anzahl der Einsätze, auftretende Schwierigkeiten bei der Arbeit, z.B. durch ablehnende Haltung des Direktors oder Lehrers oder seitens der Schüler/Schülerverwaltung. Stimmungen und Gegenargumente, Einschätzungen, Ausmaß und Zielsetzungen politischer Jugendgrup-

ablehnende Haltung des Direktors oder Lehrers oder seitens der Schüler/Schülerverwaltung. Stimmungen und Gegenargumente, Einschätzungen, Ausmaß und Zielsetzungen politischer Jugendgrup-

pen im Bereich ihres Einsatzgebietes, aktuelles Bild der „inneren Frontlage". Ergänzt durch aktuelle Berichte des VS und MAD.
— Zwei Wochen „Lehrgang für Diskussionstechnik und Argumentation" an der Bundeswehrschule für psychologische Kriegsführung (heute: „psychologische Verteidigung") in Euskirchen.
— Eine Woche Seminar am Ostkolleg der Bundeszentrale für politische Bildung, Köln.
— Weitere Qualifikation auf diversen Seminaren ziviler Jugendinstitutionen.
— Die Grundausbildung endet mit intensiver Nachbereitung von Unterrichtsversuchen der Lehrgangsteilnehmer in Klassen verschiedener Schultypen.
— Seit 1971 Internationale Tagungen im Rahmen der NATO, bei denen hohe „Bündnisgenerale" referieren.

Für die Jugendoffiziere existieren besondere Informationsdienste, die vom IPStab zusammengestellt werden:
— Mitteilungen für Offiziere in der Presse, Öffentlichkeits- und Jugendarbeit.
— Radikal-Info (Informationen zum Radikalismus — Strategie und Taktik — Agitation — Propaganda) vom Arbeitskreis für Landesverteidigung e.V. (Tarnorganisation des Kriegsministeriums, Zugang zu Geheimdienstberichten, gilt auch als Herausgeber der „Anti-Bethge"-Flugschrift „Politische Bildung zur Förderung der Verteidigungsbereitschaft?"). Radikal berichtet aktuell über Aktivitäten von KdV-Organisationen, Ersatzdienst, politischen Initiativen und über Organisationen wie Hochschulgruppen.

andersetzung mit schwierigen Gruppen unserer Gesellschaft und laufen dabei Gefahr, sich rethorische und argumentative Blessuren einzuhandeln'', glorifiziert Oberst Hülsmann den Einsatz der Jugendoffiziere. Der häufigste Einsatz findet wohl in Form von Klassenbesuchen statt — meist im Rahmen des Sozialkundeunterrichts, aber auch zunehmend im Zusammenhang mit schulinternen Diskussionsveranstaltungen (s. ,,Arbeit der Jugendoffiziere ...''). Jährlich werden etwa 315.000 — 400.000 Schüler über solche Schulbesuche erreicht. (In Hamburg führte allein einer der beiden zuständigen hauptamtlichen Jugendoffiziere vom 1.1.77 bis 30.6.78 an 34 Gymnasien, 49 Realschulen, sieben Berufsschulen und fünf Fachoberschulen Unterrichtseinheiten durch. An drei Gymnasien hielt er dreimonatige Kurse ab, wobei drei Tage in eine Kaserne verlegt wurden. Im Jahr absolvierte er 150 Einsätze an Hamburgs Schulen (,,Hamburger Abendblatt'', 15.5.79). Im Zusammenhang mit den ,,Pöbeleien gegen Offiziere'' an einer Hamburger Schule nennt Schulsenator Grolle für 1980 folgende Zahlen: 188 Schulen seien von Jugendoffizieren besucht worden, 98 Klassen besuchten die Bundeswehr.

In seinem Auftreten versucht der Jugendoffizier, den Schülern den Eindruck zu vermitteln, einer von ihnen zu sein. Entsprechend ist auch das ungewöhnliche äußere Bild: Die Mehrzahl trägt Bart, die Haarlänge bewegt sich hart am Rande des in der Bundeswehr erlaubten. Mimik, Gestik, äußere Erscheinung und Sprache stehen im Zeichen der Sympathiewerbung, sollen psychologische Barrieren abbauen. Während ungeschulte Soldaten auch bei Diskussionen zwangsläufig in Kasernenhof-Ton verfallen, unterläuft dem Jugendoffizier solches Mißgeschick kaum. Die Stimme bleibt ruhig und gelassen ... Dem Andersdenkenden und anders Argumentierenden wird stets die Hand zur Versöhnung ausgestreckt. Kriegsdienstgegner werden oftmals mit der Feststellung überrascht, man verfolge doch das gleiche Ziel ... — so schilderten Winfried Schwamborn und Thomas Schmidt bereits 1971 das Auftreten der Jugendoffiziere (61).

Die Propagandaarbeit an den Schulen konzentriert sich besonders auf die sogenannten ,,Multiplikatoren'': Lehrer, Direktoren, Fachlehrer, außerhalb der Schule Jugendgruppenleiter usw. Einige Jugendoffiziere verzichten fast ganz auf Schul- und Klassenbesuche und konzentrieren ihre Arbeit auf Pädagogische Seminare, die in Zusammenarbeit von Bundeswehr und Kultusministerien, Schulbehörden, häufig auch auf Initiative der ,,Landeszentrale für politische Bildung'' oder der ,,Gesellschaft für Wehrkunde'' (s. Kasten ,,Propagandaarbeit'') organisiert und durchgeführt werden (62).

Auftrag des Jugendoffiziers: Im weitesten Sinne politische Bildung...

Häufig funktioniert der Jugendoffizier auch als Kontaktperson zwischen Bundeswehr und Schule, wenn die Bundeswehr direkt z.B. Lehrer, Direktoren oder ganze Klassen einlädt. Diese Veranstaltungen finden immer unter Mithilfe oder Anleitung des Jugendoffiziers statt. 1980 nahmen allein in Hamburg 348 Lehrer an 13 Seminaren und anderen Veranstaltungen der Bundeswehr teil (,,Das Parlament'', 29.11.80).Im Juni 1981 schrieb der Kommandant des Heeres, Oberst Dr. Günter Roth, an Darmstädter Lehrer: *,,Ich würde mich sehr freuen, wenn Sie ... den Oberklassen ihrer Schule Gelegenheit geben würden (für) einen ganztägigen Besuch ... (auf dem) Standortübungsplatz 'Griesheimer Sand' '', denn ,, ... die Geschehnisse im Herbst letzten Jahres ... zeigen ... Vorbehalte,*

tägigen Besuch ... (auf dem) Standortübungsplatz 'Griesheimer Sand' '', denn ,, ... die Geschehnisse im Herbst letzten Jahres ... zeigen ... Vorbehalte,

Unkenntnis ... ''; er beklagt in diesem Zusammenhang *,,zunehmende Pazifizierung ... Vor diesem Hintergrund habe ich die Absicht, Ihre Mitwirkung zu erbitten, um den Schülern der Oberklasse im Rahmen einer Informationsveranstaltung die Rolle ... ''* ... blablabla (63).

Teilweise werden ganz systematisch bestimmte Schultypen (also Realgymnasien z.B.), Lehrergruppen (GEW-Lehrer oder Politik-Referendare, Fachlehrer, Seminarleiter usw.) usw. zu solchen Seminaren eingeladen — Pädagogen, die einen hohen Multiplikatorengrad haben bzw. versprechen. So wurde im Rahmen von Politik-Seminaren für Referendare und gesonderten Veranstaltungen für Schulleiter eine ,,offene Bundeswehr'' vorgeführt: Die Lehrer besichtigten Kasernen, bekamen Panzer- und Geschützvorführungen geboten und fuhren auf der Ostsee auf einem Schnellboot mit. Dabei werden Truppenbesuche für Schulklassen verabredet oder vorbereitet (64). Andere

Einzelplan 1402, Titel 53903 Nachwuchswerbung (13)

	1973	1974	1975
1. Werbung durch die Truppe	800 000	800 000	800 000
2. Werbung durch die Bundeswehrverwaltung	650 000	700 000	600 000
3. Streuung von Anzeigen und Beilagen	2 850 000	2 900 000	3 000 000
4. Preisausschreiben	800 000	1 000 000	1 000 000
5. »Big Band« der Bundeswehr	150 000	150 000	150 000
6. Herstellung von Werbeschriften	1 900 000	2 000 000	2 000 000
7. Herstellung von audiovisuellen Informationsmitteln (Informationsfilme, Tonbildreihen)	900 000	1 000 000	1 050 000
8. Durchführung von Ausstellungen und Beteiligung an Messen	700 000	750 000	700 000
9. Graphische und textliche Gestaltung der Werbemittel	350 000	400 000	400 000
10. Markt- und Meinungsforschung	200 000	200 000	200 000
	9 300 000	9 900 000	9 900 000

aus: Tübinger Beiträge zur Friedensforschung 4

Jugendoffiziere versuchen, in Absprache mit den Schulbehörden regelmäßig arbeitende Modelle (oder Arbeitskreise usw.) zur Unterrichtsvorbereitung, Erarbeitung von Lehrplänen, Lernhilfen, Handreichungen usw. zu entwickeln und werden auch dort beteiligt, wo es noch keine 'Erlasse' gibt. So ist es den Jugendoffizieren *,,zu verdanken, daß bereits in 6 Bundesländern Materialien zu Fragen der Sicherheitspolitik für den Schulunterricht vorliegen''* (,,Das Parlament'', 29.11.80).

Ein solches Modell der Zusammenarbeit zwischen Lehrer und Jugendoffizier kann als 4-Stufen-Modell laufen:
— Zuerst unterrichtet der Lehrer entsprechend dem Lehrplan über das Thema Bundeswehr. Die dabei verwendeten Unterrichtsmaterialien kommen vom Jugendoffizier.

In einer Doppelstunde referiert dann der Jugendoffizier vor der Klasse. Danach besuchen Lehrer, Klasse und Jugendoffizier eine Bundeswehreinheit. Und damit das Thema auch richtig sitzt, folgt als Abschluß eine ,,Lernzielkontrolle'', zu deutsch: eine Klassenarbeit.

Und damit das Thema auch richtig sitzt, folgt als Abschluß eine ,,Lernzielkontrolle'', zu deutsch: eine Klassenarbeit.

Ein Jugendoffizier, der die Entstehung dieses Modells in Zusammenarbeit mit bayerischen Lehrern und Schulbehörde beschreibt, schildert das Zustandekommen dieser ,,Lernzielkontrolle'' wie folgt: *,,Hier erhitzen sich die Gemüter, da man diesen Vorschlag zunächst als Einmischung empfand. Nach mehreren Besprechungen auf Schulämtern, der in Augsburg eingerichteten Kontaktstelle Schule — Wirtschaft sowie mit Lehrern aus der Soziallehre wurde gemeinsam für die bayerischen Hauptschulen eine am künftigen Lehrplan orientierte Lernzielkontrolle nach dem Multiple-Choice-Verfahren erarbeitet...''* (64 und Faksimile Nr. 1).

Besonders hinterhältig ist das angewandte Multiple-Choice-Verfahren, da den Schülern eine differenzierte Meinungsaussage verboten ist. Gleichzeitig dient dieses Modell der Indoktrination. Wie mit einer solchen ,,Lernzielkontrolle'' manipuliert wird, ist an nebenstehendem Faksimile zu erkennen. Noch liegen uns keine Beispiele vor, inwieweit Jugendoffiziere auch — wie bereits ministeriell vorgesehen — Ferienlager- und -freizeiten leiten, bzw. dort in Erscheinung treten.

Eine Übung unter gefechtsmäßigen Bedingungen

Wie solche ,,Modelle'', erarbeitet und vorbereitet von Jugendoffizieren und Lehrern, in der Praxis aussehen und ausgehen können, mögen ein paar Beispiele zeigen:
— Eine Schulklasse besucht die Belock-Kaserne in Hamburg. Der Jugendoffizier hält einen Eröffnungsvortrag; es folgen Waffenschau, Kampfübungsraum mit Kampfsimulator. *,,Geschockt wurden wir durch zahlreiche Fotos von Weltkrieg-II-Flugzeugen mit Hakenkreuz: Bomber, die 1936 in Spanien mit Terrorbombardements''* unter anderem die Stadt Guernica dem Erdboden gleichmachten. Kommentar auf den Protest der Schüler/innen: *,,Die sind alle genehmigt und fallen unter den Traditionserlaß''* (65).
— In Kassel hatten Mädchen einer Abiturklasse in Bundeswehruniform an Gefechtsausbildungen teilgenommen. Dabei sollen sie mit dem Einsatz chemischer Kampfstoffe ,,vertraut gemacht'' worden sein (so ,,Päd. extra'' 10/80). Ein Jugendoffizier des Kasseler Nachschubbataillions 2 dementierte: *,,Die Schülerinnen wurden nicht mit dem Einsatz chemischer Kampfstoffe vertraut gemacht, sondern mit Abwehrmaßnahmen nach einem angenommenen feindlichen Einsatz''* (66), und er fügte hinzu, daß die Bundeswehr über *,,keine chemischen Waffen verfüge''*.
— Die bereits benannte Einladung der Darmstädter Fachhochschule an die Bundeswehr leistete auf ihre Weise einen Beitrag zur ,,Pazifizierung'' der Jugend: Der ,,Alltag mit einer Luftlandeoperation'' wurde den Schüler/ innen lebensnah vorgeführt. Dagegen protestierten (wohl ganz unerwartet) 20 Besucher, die sich mit rotverschmierten Gesichtern auf die Zufahrtswege zum Standortübungsplatzlegten. Dennoch ließ Oberst Roth *,,hundert Meter von den jugendlichen Gästen entfernt Hubschrauber im Tiefflug auf den Platz am 'Griesheimer Sand' landen''*. Fallschirmjäger wurden abgesetzt und bauten eine Verteidigungslinie auf. *,,Eine Übung unter gefechtsmäßigen Bedingungen''*, erklärte der Kommandeur seinen doch etwas betroffenen Besuchern (67).

Die ,,heimlichen'' Helfer

Eng arbeitet der Jugendoffizier mit Institutionen und Organisationen zusammen, die den Kultusministerien unterstehen oder sehr eng mit der Bundeswehr liiert sind: Dazu gehören z.B. die **,,Landeszentrale — oder die Bundeszentrale für politische Bildung''**, die **,,Landesbildstellen''** (Bundeswehrpropaganda-Filme), die **,,Gesellschaft für Wehrkunde''** und die **,,Konrad Adenauer Stiftung''**, auf deren Initiative hin wohl die meisten Seminare, Fortbildungskurse, Veranstaltungen mit Offizieren usw. organisiert werden. Oftmals stehen diese halböffentlichen Institutionen den Lehrern näher als die Bundeswehr bzw. der Jugendoffizier, und dieser konzentriert seine Arbeit auf diese Träger der ,,Wehrkunde'', um so besser an die Schulen heranzukommen.

Die Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württembergs veranstaltete in Zusammenarbeit mit dem Oberschulamt Karlsruhe und dem Luftwaffenunterstützungstruppenkommando Süd das Seminar ,,Schule und Bundeswehr'' — eine Tagung für Schulsprecher, Schülerzeitungsredakteure, Verbindungs- sowie Fachlerer und Schüler der gymnasialen Oberstufe und der beruflichen Schulen (68).
— Das ,,Hessische Institut für Bildungsplanung und Schulentwicklung'', die ,,Hessische Landes-'' und die ,,Bundeszentrale für politische Bildung'' sowie das Schulamt finanzierten ein zweitägiges Bundeswehr-Schülerseminar: ,,Abbau gegenseitiger Klischeevorstellungen'' war das Ziel für

Diagramm Nr. 1

Die Arbeit der Jugendoffiziere/Jugendunteroffiziere 1972

Informationsarbeit auf Anforderung von Schulen		
Berufs-/Berufsfachschulen	552	
Realschulen	629	
Gymnasien	1 565	
Hochschulen	152	
Schulen gesamt	2 898	Teilnehmer: 114 590
Informationsarbeit auf Anforderung von Jugendverbänden		
Konfessionelle Jugend	432	
Politische Jugend	284	
Berufsjugend	239	
Sonstige Gruppen und Verbände/Vereine	631	
Jugendverbände gesamt	1 586	Teilnehmer: 56 13
Informationsarbeit bei Truppenbesuchen		
Besuche	3 466	
Einschiffungen	3 921	
Truppenbesuche gesamt	7 387	Teilnehmer: 166 230
Gesamtzahl aller Veranstaltungen	11 871	Gesamtzahl aller Teilnehmer: 336 951

aus: Die Entwicklung der Bundeswehr in der Öffentlichkeit, Weissbuch 1973/74, S.127-137

Wanderausstellungen

„Unser Heer", „Unsere Luftwaffe", „Unsere Marine". Hier arbeiten Jugendoffiziere und Wehrdienstberater nebeneinander. 1972 besichtigten ca. 2,8 Mio. Menschen Einrichtungen der Bundeswehr einschließlich Wanderausstellungen der Teilstreitkräfte. Die Ausstellung „Unsere Luftwaffe" wurde 1979 an 58 Ausstellungstagen von 400.000 Menschen besucht; darin enthalten 355 Schulklassen mit 10.145 Schülern. Die Wehrdienstberater führten insgesamt 5.696 Beratungen durch („Jahresplan 1979"), auch auf Messen wie „Du und Deine Welt" und ähnlichen Familienmessen mit Werbung/Dia-Ton-Serien/Filmen für Schüler usw. Mit den Jugend(unter)offizieren und Wehrberatungsoffizieren sind nur die offiziellen Mandatsträger in Sachen Öffentlichkeitsarbeit der Bundeswehr benannt. Von der Korps- bis runter zur Bataillions Ebene sind Offiziere in Sachen Wehr-Beratung unterwegs.

Tage der offenen Tür

1972 kamen 770.000 Menschen zu diesen Veranstaltungen; 136.000 besuchten die „Tage der Flotte". In den Häfen Hamburg, Wilhelmshaven, Kiel usw. dürften es ca. 10.000 Menschen sein, die Kriegsschiffe der NATO bzw der BRD besuchten.

Bundeswehrpreisausschreiben

1978 beteiligten sich ca. 800 Schulklassen, das entspricht etwa 32.000 Schülern. Hauptgewinner dürfen 10 Tage zu Bundeswehreinheiten in die USA mit großem Besichtigungsprogramm. Ebensolches in Griechenland, Paris, Bonn, München, und zwei Tage zu Gast bei einer Bundeswehr-Einheit.

Infopost

Zielgruppe: Kinder, Jugendliche, Schüler. Aufgabe: Kontakt erstellen und festigen. 1979 hatte Infopost 45.400 feste Abonnenten aus der für Nachwuchswerbung wichtigen Zielgruppe der 14-jährigen und älter, die nach „eigenem Wunsch, laufend mit aktuellen Laufbahninformationen versorgt werden wollen" („Pröll", „Jahresplanung 1979"). Infopost hat zur Gründung der

Bundeswehr-Fan-Clubs

geführt. „Zum Stichtag gab es bisher 720 Absichtserklärungen, einen Club zu gründen. 370 BW-Fan-Clubs mit mindestens 5 Personen über 14 Jahre bestehen zur Zeit" („Jahresplanung 1979", „Pröll").

Sonstige Werbematerialien

Kostenlos verteilt an Schulbibliotheken, Politikkundelehrer und auf Wunsch auch an andere Lehrer wird das „Weißbuch — Zur Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und zur Entwicklung der Bundeswehr". Für Hamburg an alle ca. 450 Schulen und ca. 700 Politikkundelehrer. Angefordert und ermöglicht werden sollen Klassensätze. Für Hamburg wird mit ca. 2.500 Büchern Bedarf gerechnet. Obermann: „Verteidigung — ein Handbuch" z.B., von dem 70.000 Exemplare vom Kriegsministerium aufgekauft wurden und das auf Anforderung an alle Lehrer verteilt wird. Ebenso „Verteidigung + Entspannung = Sicherheit" von Günter Walpuski (kostet den Nicht-Lehrer DM 25.80); die Zeitschrift „Europäische Wehrkunde", München, Organ der „Gesellschaft für Wehrkunde", München. Kostenlos an Schulen verschickt werden auch die „Information für die Truppe" (hrsg. vom Verteidigungsministerium, Führungsstab), die Zeitschrift „Die Neue Gesellschaft" (Bonn), Schriftenreihen der „Bundeszentrale für politische Bildung", diverse Broschüren aus der Presseabteilung des Ministeriums. Interessanterweise wurden alle diese Publikationen von den rigorosen Streichungen ausgenommen.

Werbecoupons

Die Jugendoffiziere dürfen „offiziell" nicht für die Bundeswehr werben. Deshalb hinterlassen sie in den Schulen nach ihren Besuchen „Interessentencoupons". Auf Bestellung intensive Beratung.

Das Presse- und Informationsamt

verteilte 1972 Informationsschriften zur „Sicherheits- und Verteidigungspolitik" in mehr als 1,2 Mio. Exemplaren.

die Schüler der Ernst-Reuter-Gesamtschule in Frankfurt.

Den Schülern der Klasse 10b sollte die gleiche Anzahl des 3. Inst. Bataillons 12 zur Seite stehen. Im Fernsehen sollte ein „dokumentarischer Mitschnitt'' erfolgen. Arbeitsgruppen mit den üblichen Themen, u.a. „Fragen und Konsequenzen aus der Krise am persischen Golf'', „Wehrpflicht und Frauen'', Kaffee und Kuchen sowie eine von den Schülern für die Soldaten zusammengestellte (alternative) Stadtrundfahrt sollten die Tagung abrunden. Gedacht war, das „Theater am Turm'', das „Kommunale Kino'', die Pauls-Kirche und das Widerstandshüttendorf Startbahn West zu besuchen. Aber alles kam ganz anders: Ein Referat, das von der Hessischen Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung gehalten werden sollte, wurde stattdessen von Ullrich Mackensen, selbst Reserveoffizier und militärpolitischer Mitarbeiter der „Frankfurter Rundschau'', gehalten. Aus dem Besuch im TAT wurde der Kaisersaal im Römer mit einem Referenten der Industrie- und Handelskammer, statt Startbahn West der Krankfurter Flughafen. In den Arbeitsgruppen wurde nicht viel mehr als „Tagesablauf beim Bund'' geboten. (alles nach „Päd. extra'' 6/81).



Bundeswehr-Werbung an den Schulen erfolgreich?

Viel Material über die Wirksamkeit von Jugendoffizieren oder anderen Offizieren an den Schulen liegt uns nicht vor, und es dürfte auch relativ schwierig sein, dies einigermaßen genau festzustellen. Dennoch wollen wir in einem der nächsten Artikel das vorhandene Material und gegebenenfalls weitere Informationen in dieser Richtung verwerten. Dazu liegen vor: eine umfangreiche Auswertung von Sozialkundebüchern und diverse Fragebogenergebnisse, Einstellungserhebungen.

In der Presse wird gegenwärtig gejubelt: „Bundeswehr bei Schülern wieder gefragt''. Diese Jubelmeldungen werden meist im gleichen Artikel, allerdings erst gegen Ende, relativiert: Ursache der Zunahme von Freiwilligenmeldungen ist hauptsächlich die katastrophale Situation für Jugendliche auf dem Arbeitsmarkt. Beim Bund haben sie die Möglichkeit einer Lehre, Ausbildung, Weiterbildung oder Studium, ohne daß sie jedoch unbedingt hinter dem „Sicherheits- und Verteidigungsauftrag'' der Bundeswehr stehen. Meldungen in der Presse über Probleme in der aktuellen Arbeit von Jugendoffizieren müssen wohl differenzierter beurteilt werden: Einmal drücken sie sicherlich die gegenwärtige antimilitaristische Stimmung unter den Jugendlichen aus, entsprechen somit ganz realen Erfahrungen. Andererseits sind diese Meldungen natürlich kaum repräsentativ. In der Mehrzahl der Besuche und je nach Schultyp dürfte die Arbeit des Jugendoffiziers eher reibungslos verlaufen: An Berufs-, Haupt- und Realschulen eher als an Gymnasien. An ersteren müssen sich die Schüler sehr bald um eine Lehrstelle, Job sorgen; bildungs- und klassenmäßige Einstellung spielen eine Rolle. Andererseits dürften diese Meldungen aber auch der Versuch sein, noch mehr Druck auf die Schule, den Lehrer, die Schüler auszuüben und gleichzeitig den Jugendoffizier innerhalb der Bevölkerung entsprechend dem Bilde, das von ihm innerhalb der Bundeswehr existiert, zu profilieren: „Der einsame Kämpfer'' gegen die „Schmarotzer'', Randalierer, Radikalen, Terroristen usw. — der heldenhafte „Bürger in Uniform''. Hier abschließend ein paar Beispiele. Ein Hauptmann Geschke, ehemals aktiver Jugendoffizier in Köln, klagt: Weder Lehrer noch Schüler haben vor ihm Respekt, an einer Wandtafel steht: *„Stell dir vor, es ist Krieg und keiner geht hin.''* (alles aus „Welt'', 11.1.82). Die Deutschlehrerin legt in einer Klasse, die über „Sicherheitspolitik'' reden soll, nach der Begrüßung eine Platte mit Tucholsky-Texten gegen den Krieg auf und fordert den Jugendoffizier dann „mit süffisantem Lächeln'' auf, er sei jetzt dran. Ein junger Sozialkundelehrer vor der ganzen Klasse: *„Glauben Sie denn im Ernst, daß die Bevölkerung sich unter den gegebenen Umständen noch von Ihnen verteidigen lassen will?''* Im Leistungskurs „Sozialkunde'' erhebt sich nach einer halben Stunde ein Schüler: *„Ich kriege das kalte Kotzen, wenn ich nur Ihre Uniform sehe! Sie sind für mich kein Mensch, wenn Sie diese Rüstung befürworten und dabei in Kauf nehmen, daß Millionen Menschen in den Entwicklungsländern umkommen!''* Der Lehrer zuckt mit den Achseln. Sein Resümee: „Die Angst selbst, nicht ihre Überwindung, ist zur Tugend geworden, sie allein begründet Menschlichkeit ... Man kann nur dann glaubwürdig argumentieren, wenn man sich zuvor zur Solidargemeinschaft der Angsthabenden'' bekenne. Dagegen — ganz untypisch — Luftwaffen-Hauptmann Schneider schneidig: *„Schlank, Brille, Schnauzer, dunkelblaue Uniform''*. Also keiner von den Jugendoffizieren, deren Haartracht bis an die Grenzen des Erlaubten geht: *„Ich bin 35, habe zwei Kinder und seit über 15 Jahren die selbe Frau ... Ich soll hier über Verteidigungspolitik sprechen''*. Das Musterbild eines deutschen Mannes? Die Klasse 10 c staunt, denn eigentlich sollte Englisch sein. 50 Schulen betreut er schon seit 5 Jahren in Bonn. *„Viele haben wenig Ahnung. Manchmal stößt man auf blanken Haß''*. Für heute ist er's zufrieden, denn *„Ein Feindbild weniger''*. Gar nicht so gut bekam einem Jugendoffizier der Besuch in einem Gymnasium in Hamburg-Stellingen; sein mißglückter Auftrag hatte sogar ein Nachspiel in der Bürgerschaft und zog eine Entschuldigung eines Senators bei der Bundeswehr nach sich: Schüler ließen papierne Panzermodelle auf den Mann zurollen, brannten dicht vor seinem Gesicht ein Streichholz ab, fotografierten ihn unter einem an die Tafel gemalten fünfzackigen Stern a la „Brigate Rosse'' und kühlten ihn nach seinem abgebrochenen Vortrag vor der Tür mit Wasser ab. Seinen Dienstwagen fand er quergestellt auf der Straße vor, mit Farbe verziert ... Phantasie kennt keine Grenzen.

Ein Genosse aus Freiburg und Kinderkommission/Hamburg

[redacted]

Landesbildstellen und Landeszentralen für politische Bildung

verleihen und liefern Bundeswehr-Werbe-filme; Truppeneinsätze vor allem Manöver, werden gezeigt. Broschüren und andere Unterrichtsmaterialien.

Die Gesellschaft für Wehrkunde

Die bedeutendste Propaganda-Filiale außerhalb der Bundeswehr ist diese Gesellschaft, die schon 1952 von ehemaligen Wehrmachtsoffizieren gegründet wurde und heute über Sektionen in 50 Orten der BRD verfügt. Die GfW wird aus dem Etat des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung mit jährlich mindestens 270.000 DM sowie Sonderzuwendungen finanziert. („Betrifft: Erziehung'' 2/75, S. 25 ff). Sie arbeitet eng mit anderen halboffiziellen militaristischen Organisationen wie der „Clausewitz-Gesellschaft'', der „Deutschen Gesellschaft für Wehrtechnik'' und dem „Verband der Reservisten der deutschen Bundeswehr'' zusammen. (Interessant wäre es, die GfW mal auf Kontakte zum „braunen Sumpf'' oder der „Grauzone'' hin abzuklopfen).

Schwerpunktgebiete der GfW sind Lehrerseminare zu militärischen Themen. Vom Mai 1970 bis zum Juli 1971 hat die GfW 50 Veranstaltungen an 31 Orten mit jeweils 40 — 150 Pädagogen durchgeführt. Auch sonst kümmert sie sich wohlwollend um „Multiplikatoren''. Interessierte Lehrer bekommen das GfW-Organ, die Zeitschrift „Europäische Wehrkunde'', kostenlos zugeschickt oder werden zu Kaffekränzchen u.ä. eingeladen, bzw. Direktoren — in hartnäckigen Fällen — zum noblen Essen. „Das wirkt oft Wunder'', so Hasso Viebig, Presseoffizier im Verteidigungsministerium, gleichzeitig geschäftsführendes Vorstandsmitglied der GfW.

[redacted]

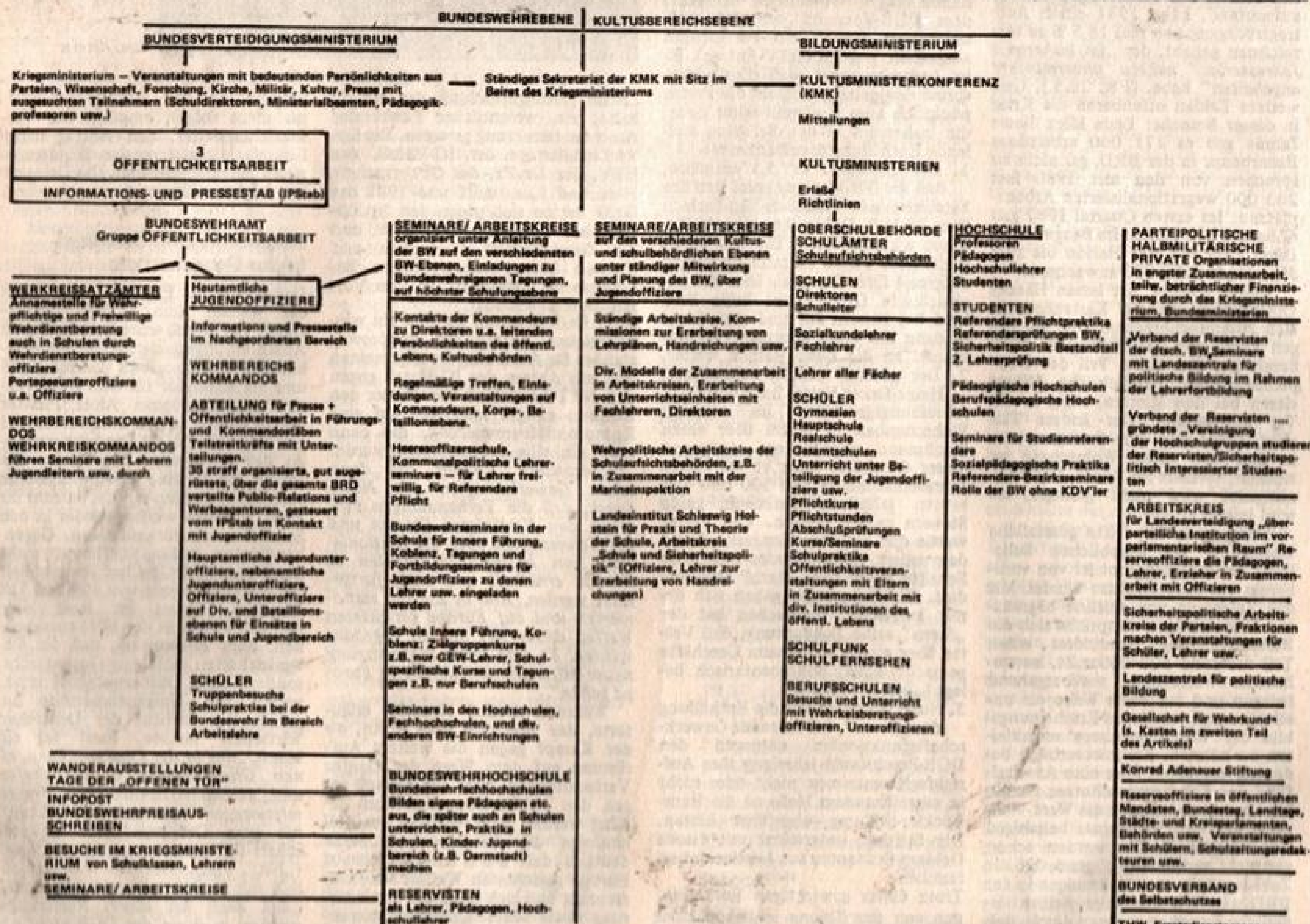
Quellen

1. in Atombombe und AKW? Autonomie Nr. 4/5 S. 79
2. Spiegel 18.6.56 S. 16ff
3. „Bericht über die vorläufigen Ergebnisse einer psychologischen Analyse von Abiturienten für Zwecke der Offizierswerbung''
4. Rogge S. 54
5. Rogge S. 54
6. Rogge S. 55
7. Rogge S. 57
8. Führungsstab der Bundeswehr VII Bonn März 1958
9. Rogge S. 322 ff
10. Befehl des Generalinspekteurs Heusinger vom 8.9.58
11. Standardlehrplan der Fortbildungslehrgänge „Jugendarbeit in der Praxis'' für Unteroffiziere und Feldwebel
12. Führungsstab Heer I 3 Bonn 27.4.59
13. Rogge siehe 3
14. Generalleutnant Carl Gero von Ilsemann, Die Innere Führung in den Streitkräften, Regensburg 79, S. 271
15. Rogge S. 336 ff
16. Rogge S. 336 ff
17. Interview der „Kölnische Rundschau'' mit Generalinspekteur Heusinger im Januar 1959
18. Graf Schweinitz am 27.5.77 auf einer Tagung der Jugendoffiziere in Koblenz zitiert nach Rogge, S. 76
19. „Empfehlungen der Teilnehmer an der Tagung Kultusminister und Bundeswehr im Jahre 1959'', Rogge S. 340
20. ebenda
21. Spiegel 5.11.58 „Wehrerziehung-Apostellos''
22. Spiegel Nr. 14/60 S. 42 ff.
23. Gerhard Baumann, „Der Soldat zwischen revolutionärer Jugend und Establishment'', Pfaffenhofen a.d. Ilm, 1969 S. 3

23. Gerhard Baumann, „Der Soldat zwischen revolutionärer Jugend und Establishment'', Pfaffenhofen a.d. Ilm, 1969 S. 3

24. Wehrwissenschaftliche Rundschau 9/69
25. Dieses Vokabular entspricht dem Selbstverständnis der Jugendoffiziere, vgl. den nachfolgenden Abschnitt „Der Jugendoffizier...''
26. Brandt-Brief vollständig abgedruckt in Rogge, S. 78 ff, oder Henning Schierholz „Wehrbereitschaft — Ziel politischer Erziehung?'', Quelle & Meyer-Verlag
27. „Verteidigungsbereitschaft als Aufgabe politischer Bildung'' Sonderheft 2/78 der Zeitschrift „Politische Studien'', München S. 3
28. Schwamborn/Schmidt „Wehrkunde-Militär in den Schulen'', Pahl-Rugenstein, (72), S. 6 (äußerst informativ, DM 3,—)
29. ebenda
30. Stellungnahme des Hauptvorstandes GEW zum Schreiben vom Kriegsminister, abgedruckt in Rogge S. 130 ff
31. Kultus und Unterricht, Bekanntmachung vom 18. August 1971
32. Spiegel 1/72, S. 19 ff
33. Information für die Truppe 7/71 S. 756
34. Schwamborn/Schmidt S. 20
35. Presse und Informationsdienst der Bundeswehr, 7.4.78
36. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 1.11.80
36a. Welt 25.4.81
37. Frankfurter Rundschau, 11.5.79
38. Hamburger Abendblatt, 28.10.81
39. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17.9.81
40. Päd.extra 1/82, „Bremer Vorschläge'' v. 27.11.81
41. ebenda
42. Frankfurter Rundschau, 28.11.81
43. Frankfurter Rundschau, 12.1.82
44. ebenda
44a. ebenda
45. Frankfurter Rundschau, 24.11.81
46 entfällt
47. Ilsemann, S. 271 siehe I, 16
48. Andreas v. Bülow in der Zeitschrift „Das Parlament''
49. mündliche Äußerung von Jugendoffizieren
50. Spiegel, 11/71 S. 75
51. ebenda
52. ebenda
53. ebenda
54. Information für die Truppe 7/71, S. 756
55. Presse und Informationsamt der Bundesregierung, Jahresbericht des Wehrbeauftragten, Die Bundeswehr in Staat und Gesellschaft (I), 1970, S. 28 f
56. entfällt
57. Rogge, S. 70
58. Rogge, S. 71
59. Ilsemann, S. 484 ff (Anlagen, Tätigkeit der Jugdoffz UgdUoffz der BW im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit in Verteidigungsfragen VMBl, S. 517)
60. Ilsemann, S. 490
61. Schwamborn/Schmidt S. 35...
62. Rogge, S. 141
63 Päd.extra 7/8/81
64. Hamburger Lehrerzeitung (HLZ) 10/78
65. Zeitschrift „UZ'', 19.12.81
66. Päd.extra 5/80
67. Päd.extra 7/8/81
68. Zeitschrift „Die Neue'', 19.2.81

[redacted]







12. DGB-Bundeskongreß:
Schulterschluß der Delegierten

Die Gänge in Berlins Internationalem Congreß-Centrum sind endlos weit und mit dicken Teppichen belegt. Da läßt sich schon einiges darunterkehren. Wohl noch nie standen große Teile der Mitgliedschaft der Gewerkschaften der Politik ihrer Führung so skeptisch gegenüber, doch auf dem 12. Bundeskongreß des DGB war davon wenig zu spüren. Es wurde Einheit und Stärke demonstriert. Mit dabei bei dieser Inszenierung: die Herren Carstens, Kohl, Schmidt, Strauß, Esser.

Als Konrad Adenauer auf dem DGB-Kongreß 1956 feststellte, er könne sich ein gutes Funktionieren der Wirtschaft ohne die Gewerkschaften überhaupt nicht vorstellen, ging diese Äußerung noch in die kritische Gewerkschaftsgeschichte ein. Inzwischen sind derartige Äußerungen selbstverständlich. Da bescheinigte der braune Herrenreiter Carstens als Eröffnungsredner (!) des Kongresses den Gewerkschaften, daß sie stets ihrer Verantwortung für das Ganze bewußt gewesen seien. Besonders lobte Carstens, daß sich die Gewerkschaften dem Ausbau der Kernenergie nicht widersetzten und *„die Möglichkeiten und Grenzen der Volkswirtschaft nicht aus den Augen verloren hätten"*.

Erstmals konnte Franz Josef Strauß auf einem DGB-Kongreß sprechen, was nur die Delegation der DruPa zu einem demonstrativen Protest bewegte. Bemerkenswert war auch, daß Heinz Oskar Vetter den Präsidenten der Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände als Gast des Kongresses begrüßte: *„Wir wissen es besonders zu würdigen, daß Herr Otto Esser bei uns vertreten ist ... Unsere Hand ist ausgestreckt"*. Der „FAZ" mit ihrem Gespür für Nuancen erschien dies als „gutes Omen" für die künftige Tarifpolitik.

‚Neue Heimat'-Skandal in einer Viertelstunde vom Tisch

Der Skandal um die Geschäftspraktiken von Vorstandsmitgliedern der gewerkschaftseigenen Neuen Heimat hatte in den vergangenen Monaten zu einem enormen Vertrauensverlust der Gewerkschaften in der Mitgliedschaft geführt. Nach der Kongreß-Regie sollte der Berliner DGB-Kongreß hier einen Schlußpunkt setzen. Vorbereitet waren zwei Anträge: Zum einen sollten die Vorzüge und Leistungen der gemeinwirtschaftlichen Unternehmen des DGB gelobt werden (HBV-Antrag), zum anderen sollte das Fehlverhalten einiger NH-Manager verurteilt, dem DGB-Vorstand und den Aufsichtsräten jedoch ein Persilschein ausgestellt werden (ÖTV-Antrag). Es ist bemerkenswert, daß dies widerspruchslos gelang, obwohl die Presse



Breit mit Besen: Ausmisten oder Unter-den-Teppich-kehren?

aus: Stern

Doppelbeschluß gegen Mieter:
Höhere Mieten — weniger Wohnungen

Töne der Zufriedenheit im Kapitalistenlager und höchstens noch Mitleid erregende Juso-Sprüche auf dem linken SPD-Flügel mischen sich im Abgesang auf eines der letzten, mit viel Eigenlob bedachten „Reformwerke" der Brandt-Ära, den Mieterschutz. Am 27. Mai beschloß der Bundestag mit den Stimmen der SPD und der FDP Veränderungen am Mietrecht, deren Folgen die „Welt" bereits am 3. März ihrem Publikum so vorgeführt hatte: *„Nach mehr als einem Jahrzehnt starren und investitionsfeindlichen Mietrechts fährt jetzt der Zug in Richtung Liberalisierung. Das bedeutet: Wer Preise zahlte, die marktwidrig niedrig gehalten wurden, wird tiefer in die Tasche greifen müssen, Investoren dürfen auf bessere Renditen hoffen"*.

Für die mit geballter Faust in der Hosentasche auf den hinteren Parlamentsbänken schmollende SPD-Lin-

die Mieter zur Kasse zu bitten. Das sei mehr ein unerfreulicher Nebeneffekt. Es gehe vielmehr darum – das erinnert fatal an einen bekannten Doppelbeschluß), das ‚Investitionsklima' zu verbessern und das Kapital zu ermuntern, sein Geld wieder im Wohnungsbau anzulegen und der Wohnungsnot dadurch entgegenzuwirken.

Was aber hält die angesprochene Bauindustrie selbst von diesen Haack'schen Spekulationen? Günther Herion, Präsident des Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie, widerspricht Haack energisch, wenn dieser von einer Belebung der Baukonjunktur träumt. Das Baugewerbe, ohnehin seit Jahren mit rückläufigen Zahlen aufwartend, habe 1981 einen Auftragsrückgang von real 18,5 % zu verzeichnen gehabt, der *„im bisherigen Jahresverlauf nahezu unvermindert angehalten"* habe. (FR, 26.5.). Und weitere Zahlen offenbaren die Krise

Erstmals konnte Franz Josef Strauß auf einem DGB-Kongreß sprechen, was nur die Delegation der DruPa zu einem demonstrativen Protest bewegte. Bemerkenswert war auch, daß Heinz Oskar Vetter den Präsidenten der Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände als Gast des Kongresses begrüßte: *„Wir wissen es besonders zu würdigen, daß Herr Otto Esser bei uns vertreten ist ... Unsere Hand ist ausgestreckt"*. Der „FAZ" mit ihrem Gespür für Nuancen erschien dies als „gutes Omen" für die künftige Tarifpolitik.

‚Neue Heimat'-Skandal in einer Viertelstunde vom Tisch

Der Skandal um die Geschäftspraktiken von Vorstandsmitgliedern der gewerkschaftseigenen Neuen Heimat hatte in den vergangenen Monaten zu einem enormen Vertrauensverlust der Gewerkschaften in der Mitgliedschaft geführt. Nach der Kongreß-Regie sollte der Berliner DGB-Kongreß hier einen Schlußpunkt setzen. Vorbereitet waren zwei Anträge: Zum einen sollten die Vorzüge und Leistungen der gemeinwirtschaftlichen Unternehmen des DGB gelobt werden (HBV-Antrag), zum anderen sollte das Fehlverhalten einiger NH-Manager verurteilt, dem DGB-Vorstand und den Aufsichtsräten jedoch ein Persilschein ausgestellt werden (ÖTV-Antrag). Es ist bemerkenswert, daß dies widerspruchslos gelang, obwohl die Presse

pünktlich zum Kongreßbeginn neue, die bisherigen in den Schatten stellende Enthüllungen präsentierte:

1. Der „Spiegel" (17.5.) enthüllte, daß die NH-Manager beim Bau der Satellitenstadt München-Neu-Perlach über 30 Mill. DM in ihre eigenen Taschen wirtschafteten. Die von ihnen gegründete Firma Terrafinanz kaufte aufgrund ihrer Kenntnis über das beabsichtigte Großprojekt billig Bauland bei Bauern auf und veräußerte es dann mit einer enormen Gewinnspanne an die Neue Heimat weiter.
2. Der „Stern" (19.5.) behauptete, Heinz-Oskar Vetter habe seine Abschreibungsgeschäfte im sozialen Wohnungsbau in Berlin über einen Strohmann abgewickelt. Aufgrund dieser Geschäfte habe er bei einem Jahreseinkommen von 300 000 DM brutto jahrelang praktisch keine Steuern zahlen müssen. Von Vetter wurde dies auf dem Kongreß wütend dementiert, und es wurden rechtliche Schritte gegen den „Stern" angekündigt. Die Delegierten gaben sich damit zufrieden. Inzwischen hat der „Stern" seine Behauptung, daß Vetter über einen Strohmann Geschäfte gemacht habe, dokumentarisch belegt („Stern", 27.5.).
3. Noch brisanter war die Enthüllung des „Stern", daß führende Gewerkschaftsfunktionäre entgegen den DGB-Beschlüssen jahrelang ihre Aufsichtsratstantiemen nicht oder nicht in ausreichendem Maße an die Hans-Böckler-Stiftung abgeführt hätten. Die Stiftung unterstützt mit diesen Geldern Studenten aus Arbeitnehmerfamilien.

Trotz dieser gewichtigen Enthüllungen war das Thema in knapp einer Viertelstunde vom Tisch. Die beiden vorbereiteten Anträge wurden fast einstimmig angenommen, kritische Initiativanträge (die von 50 Delegierten hätten unterschrieben werden müssen) lagen nicht vor. Auch kritische Äußerungen waren kaum zu vernehmen. Denn: *„Der hinter den Kulissen ausgeübte Druck war gewaltig"* („Welt", 22.5.).

Insgesamt dürften die Delegierten mit dieser Behandlung des Themas die Kritik in der Mitgliedschaft an der Vetternwirtschaft im DGB kaum entkräftet haben. Die linken Delegierten müssen sich den Vorwurf gefallen lassen, daß sie mit ihrem Stillhalten den gewerkschaftsfeindlichen Demagogen, die unter Verweis auf den NH-Skandal den Gewerkschaften insgesamt nur Eigennutz unterstellen („Gewerkschaftsstaat" etc.) nichts entgegengesetzt haben.

Kein Votum gegen den ‚Nachrüstungs'-Beschluß

Ebenso verhängnisvoll wirkte sich der Schulterschluß der Delegierten, die fehlende Bereitschaft der linken Delegierten, eigenständige Positionen zu beziehen, in der Frage der Friedenspolitik aus. Auf den Gewerkschaftstagen der Einzelgewerkschaften 1980 war die Frage, wie man es mit dem „Nach"rüstungsbeschluß der NATO halte, ein wesentlicher Punkt der Auseinandersetzung gewesen. Die Gewerkschaftstage der IG-Metall, der HBV, der DruPa, der Gewerkschaft Holz und Kunststoff und 1981 der GEW hatten sich gegen den NATO-Beschluß ausgesprochen. ÖTV und die Gewerkschaft Gartenbau und Forsten hatten entsprechende Beschlüsse als „Material" an ihre Vorstände verabschiedet.

Zum DGB-Kongreß lag nun ein windelweicher Antrag des Bundesvorstandes für Abrüstung im allgemeinen und ein Antrag der IG-Metall gegen den NATO-Beschluß vor. Hinter den Kulissen einigte man sich auf eine Kompromißformulierung, die dann auch einhellig angenommen wurde: *„Insbesondere fordern die deutschen Gewerkschaften mit Nachdruck, daß die Verhandlungen zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion über die Stationierung von Mittelstreckenraketen in Europa ernsthaft und zügig fortgesetzt werden. Alle in Europa stationierten und auf Europa gerichteten Waffen dieser Art müssen abgebaut werden. Es darf keine Stationierung neuer Mittelstreckenwaffen in Europa geben"*.

Während Detlef Hensche erläuterte, der Beschluß lasse offen, ob der Kampf gegen die weitere Aufrüstung auf dem Wege der Genfer Verhandlungen oder im Kampf gegen den NATO-Doppelbeschluß geführt werden solle, wird an der Reihenfolge der beschlossenen Sätze deutlich, daß zunächst die auf Europa gerichteten Waffen abzubauen seien und sich dann die Stationierung neuer Mittelstreckenraketen erübrige, eine Formulierung, die den Bestrebungen der Bundesregierung nicht widerspricht. Erwähnenswert ist noch, daß ein Antrag der Postgewerkschaft gegen den Wehrdienst für Frauen lediglich als ‚Material' an den Bundesvorstand angenommen wurde.

35-Std.-Woche – aber wann?

In einer die nächsten Jahre bestimmenden Auseinandersetzung ist der Gewerkschaftstag über ein lahmes Bekenntnis nicht hinausgekommen: der Frage der 35-Std.-Woche. Zwar bekräftigte der Kongreß dies als tarifpolitisches Ziel, legte sich aber nicht auf irgendwelche Zeiträume fest, in denen er dies durchsetzen will. Auch der Streit zwischen der DruPa, die das Ziel der 35-Std.-Woche als Priorität setzt und der IG Chemie, die als „Zwischenschritt" auf die Verkürzung der Lebensarbeitszeit hinarbeiten möchte, wurde nicht entschieden.

Wie stark die Bereitschaft der Delegierten war, zugunsten einer demonstrativen Einheit auf die Durchsetzung von Positionen zu verzichten, zeigt das Beispiel der Solidarität mit El Salvador. Hierzu lag ein Antrag vor, der von der Antragskommission zur Ablehnung (!) empfohlen wurde. Als der Kongreß der Empfehlung der Antragskommission nicht folgte, empfahl der Versammlungsleiter, den Antrag lediglich als Material an den Bundesvorstand zu verabschieden. Die Delegierten folgten willig.

Bekenntnis zum Ordnungsfaktor Gewerkschaft

Demonstrative Einheit prägte auch die Wahlen zum DGB-Bundesvorstand. Der durch seine Beteiligung an Abschreibungsgesellschaften im Westberliner Wohnungsbau diskreditierte und als Kandidat für den DGB-Vorsitz zurückgezogene Alois Pfeiffer wurde ebenso in den Bundesvorstand gewählt wie die als Landesvorsitzende der GEW-NRW abgewählte Ilse Brusis, für die eine Versorgungsstelle geschaffen werden mußte, da man ihr nicht zumuten wollte, wieder in den Schuldienst zurückzukehren. Gegenkandidaten traten überhaupt nicht an. Der neue DGB-Chef Breit erhielt ein Rekordergebnis von 499 von 518 Stimmen. Dabei ist Breit dem Schmidt-Flügel in der SPD zuzurechnen. Sein Bekenntnis, daß die Gewerkschaften nicht nur Gegenmacht, sondern auch Ordnungsfaktor seien, wurde von Unternehmerseite begrüßt: Das Institut der Deutschen Wirtschaft meinte, Breit sei ein Mann, *„der in der Lage sein kann, einen Grundkonsens in wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Fragen mitzutragen"* und hielt sein Bekenntnis zum Ordnungsfaktor Gewerkschaft für von *„zentraler Bedeutung"* („FR", 2.6.). Springers Welt schließlich sah in Breits Worten das Signal, *„daß auch bei einem Regierungswechsel in Bonn der DGB nicht politische Konfrontation um jeden Preis suchen wird"* („Welt", 21.5.).

Kommission Betrieb & Gewerkschaft



Breit mit Besen: Ausmisten oder Unter-den-Teppich-kehren?

aus: Stern

Doppelbeschluß gegen Mieter:
Höhere Mieten — weniger Wohnungen

Töne der Zufriedenheit im Kapitalistenlager und höchstens noch Mitleid erregende Juso-Sprüche auf dem linken SPD-Flügel mischen sich im Abgesang auf eines der letzten, mit viel Eigenlob bedachten „Reformwerke" der Brandt-Ära, den Mieterschutz. Am 27. Mai beschloß der Bundestag mit den Stimmen der SPD und der FDP Veränderungen am Mietrecht, deren Folgen die „Welt" bereits am 3. März ihrem Publikum so vorgeführt hatte: „Nach mehr als einem Jahrzehnt starren und investitionsfeindlichen Mietrechts fährt jetzt der Zug in Richtung Liberalisierung. Das bedeutet: Wer Preise zahlte, die marktwidrig niedrig gehalten wurden, wird tiefer in die Tasche greifen müssen, Investoren dürfen auf bessere Renditen hoffen".

Für die mit geballter Faust in der Hosentasche auf den hinteren Parlamentsbänken schmollende SPD-Lin-

ke durfte ein Ex-Jusochef verkünden, daß es ohne die FDP die neuen Mietgesetze gar nicht gegeben hätte.

Nun, es gibt sie, und die 40 Millionen Mieter in der BRD werden sie als Erste zu spüren bekommen. Denn daß noch in diesem Jahr die Mieten sprunghafter in die Höhe schnellen werden als in den Jahren davor, darüber besteht kein Zweifel. Vielmehr wird laut und ungeniert über die Höhe der Steigerungsraten nachgedacht, wobei auf die Standardformel von der ‚Zumutbarkeit für die Mieter' völlig verzichtet wird.

Wohnungsminister Haack beläßt es bei dem kümmerlichen Appell an die Vermieter, es bitteschön nicht zu toll zu treiben und dem Mieter den ‚Schutz der Wohnung' nicht zu nehmen.

Waren die Mieten im Jahr 1980 durchschnittlich schon um 25 % und im letzten Jahr nochmals um 17 % gestiegen, so darf ab sofort mit jährlichen Steigerungsraten ab 30 % aufwärts gerechnet werden.

Die neuen Angriffswaffen im abgesegneten Raubzug gegen die Mieter heißen **Staffelmiete** und **aktualisierter Mietenspiegel**. Staffelmietverträge beinhalten auf 20 Jahre im voraus festgelegte Mieterhöhungen, die dem Vermieter die Möglichkeit bieten, *„für die ersten Jahre nach der Fertigstellung des Wohnraums klare Zahlen für seine Rentabilitätsberechnungen"* zu erhalten (Bundestagsdrucksache 9/791). Die aktualisierten Mietenspiegel nach dem Prinzip der ortsüblichen Vergleichsmiete beziehen sich allein auf die in den letzten fünf Jahren abgeschlossenen Mietverträge und berücksichtigen nicht mehr das relativ niedrigere Mietniveau älterer Mietverträge.

Bei all dem gehe es, so betonen die sozialliberalen Erfinder dieser Gesetze unermüdlich, weniger darum,

die Mieter zur Kasse zu bitten. Das sei mehr ein unerfreulicher Nebeneffekt. Es gehe vielmehr darum – das erinnert fatal an einen bekannten Doppelbeschluß), das ‚Investitionsklima' zu verbessern und das Kapital zu ermuntern, sein Geld wieder im Wohnungsbau anzulegen und der Wohnungsnot dadurch entgegenzuwirken.

Was aber hält die angesprochene Bauindustrie selbst von diesen Haack'schen Spekulationen? Günther Herion, Präsident des Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie, widerspricht Haack energisch, wenn dieser von einer Belebung der Baukonjunktur träumt. Das Baugewerbe, ohnehin seit Jahren mit rückläufigen Zahlen aufwartend, habe 1981 einen Auftragsrückgang von real 18,5 % zu verzeichnen gehabt, der „im bisherigen Jahresverlauf nahezu unvermindert angehalten" habe. (FR, 26.5.). Und weitere Zahlen offenbaren die Krise

in dieser Branche: Ende März dieses Jahres gab es 171 000 arbeitslose Bauarbeiter in der BRD, gar nicht zu sprechen von den seit 1980 fast 200 000 wegrationalisierten Arbeitsplätzen. Im ersten Quartal 1982 gab es bereits 600 Pleiten im Baugewerbe. Diese Zahl soll laut Herion bis zum Jahresende auf 2 000 anwachsen.

Belege solcher Art lassen Haacks Optimismus wie ein Kartenhaus in sich zusammenbrechen. Und sie zeigen auch, daß das Baukapital zwar bereit ist, den einen Teil des Doppelbeschlusses, nämlich das Abkassieren bei den Mietern, zügig in die Tat umzusetzen. Der andere Teil aber, etwas von dem Profitzuwachs in den Bau neuer Wohnungen zu stecken, verläuft im Sande. Die Wohnungsnot wird nicht geringer, sie wird immer größer.

Denn auch die dritte gesetzliche Maßnahme zur angeblichen Behebung der Wohnungsnot ist von vornherein ein ausgemachtes Windei. Mit der Zulassung von zeitlich begrenzten Mietverträgen verspricht sich die Bundesregierung, zumindest einen Teil der rund 600 000 z.Zt. leerstehenden Wohnungen vorübergehend belegen und auf diese Weise ein unschönes und paradoxes Erscheinungsbild der Wohnungsmisere verschleiern zu können. Zeitmietverträge bedeuten vor allem aber eine Abschaffung des Kündigungsschutzes für die Mieter und reduzieren die Ware Wohnung auf den Wert eines beliebigen Konsumartikels. Sie werden schon gar nicht verhindern können, daß die Zahl leerstehender Wohnungen in der BRD ständig weitersteigt. Selbst bürgerliche Experten rechnen damit, daß im Jahr 1990 eine Million Wohnungen leerstehen. Kein Wunder bei den Mieten und der Profitgier der Spekulanten.

Wohnungskommission

DGB und Liberty Teil 2

Der Anteil des DGB an Restauration und Remilitarisierung / Seine Zusammenarbeit mit den amerkanischen Gewerkschaften AFL/CIO und dem CIA

Die „Wirtschaftsdemokratie"

Kernpunkt im gewerkschaftlichen Programm war die Forderung nach Sozialisierung der Grundstoffindustrien und nach Mitbestimmung der Gewerkschaften sowohl auf betrieblicher als auch auf gesamtwirtschaftlicher Ebene durch Beteiligung an den Lenkungsgremien der Industrie und des Staates. Was die (geforderten) Mitbestimmungsrechte der Betriebsräte betraf, war der DGB schon merklich zurückhaltender, fürchtete er doch über die Betriebsräte, die ja viel direkteren Kontakt zur Arbeiterbasis hatten, eine Radikalisierung und einen zu starken Einfluß der Kommunisten. Dieses Kapitel der DGB-Geschichte ist schnell erzählt:

-Im April 46 wischte der Alliierte Kontrollrat mit einem Gesetz alle bisher erkämpften Mitbestimmungsrechte der Betriebsräte vom Tisch. Dies war ein deutliches Zeichen, daß die alten Machtverhältnisse in den Betrieben wiederhergestellt werden sollten.

Es kam deshalb auch in einer Reihe von Betrieben zu spontanen Streiks, die allerdings von der DGB-Führung sofort abgewiegelt wurden. Stattdessen orientierte sie die Arbeiter, die ihre Bereitschaft zu kämpfen bewiesen hatten, auf den Abschluß von zusätzlichen Betriebsvereinbarungen zwischen Kapitalisten und Gewerkschaften in sog. „Spitzenverhandlungen", die natürlich jämmerlich scheiterten. (Wohl gerade deshalb hat seitdem die Gewerkschaftsführung das zähe, harte Ringen in Spitzengesprächen zu ihrem beliebtesten Kampfmittel erkoren). Neben den Betriebsvereinbarungen orientierten sie die Arbeiter auf die angeblich am Horizont winkende Verankerung der Mitbestimmung für Betriebsräte in den Länderverfassungen. Sie begaben sich also ausdrücklich aller Möglichkeiten auf diese Frage weiter außerparlamentarischen Einfluß zu nehmen, indem sie die „Verantwortung" allein dem Parlament bzw. den darin vertretenen Parteien übertrugen. Dort wo dennoch entsprechende Verfassungen zustande kamen, wurden diese Verfassungsartikel von US-Gouverneur Clay kurzerhand suspendiert — so in Baden-Württemberg, Hessen, Bremen, von den britischen Behörden in Nordrhein-Westfalen (s. Schmidt, S. 163f). Der DGB stammelte Protest — und tat nichts.

Ebenso kampflos akzeptierte die DGB-Führung 1952 — gegen den starken Widerstand der Mitgliedschaft und vieler Funktionäre — das reaktionäre Betriebsverfassungsgesetz mit seiner Festlegung auf das „Wohl des Betriebes" und die „Friedenspflicht". Nur sieben Jahre lag die faschistische „Betriebsgemeinschaft" zurück und hatte die westdeutsche Wirklichkeit — mit kräftigem Zutun der Gewerkschaftsführer — doch schon wieder eingeholt. *„Wir haben die Haltung eingenommen, wie sie nur eingenommen werden konnte: Das Parlament hat gesprochen und der Entscheidung des Parlaments müssen wir uns beugen"* (W. Freitag, IGM-Vorsitzender, als „Radikaler" verschrien, zit. nach E. Schmidt, S. 218).

— Im Februar 1947 wurde in den britischen Zonen in der Montan-Industrie (Eisen und Stahl) die paritätische Mitbestimmung eingeführt.

IGM-Vorsitzender, als „Radikaler" verschrien, zit. nach E. Schmidt, S. 218).

— Im Februar 1947 wurde in den britischen Zonen in der Montan-Industrie (Eisen und Stahl) die paritätische Mitbestimmung eingeführt.

Gleichzeitig wurde die in Kartellen organisierte Montanindustrie in eine Reihe Einzelkonzerne entflochten. Der Einführung der Mitbestimmung lag allerdings keineswegs ein Nachgeben gegenüber einem kämpferischen DGB zugrunde, sondern ein politisches Kalkül der britischen Militärregierung: Die Betriebsräte, *„die im allgemeinen linker und weniger verantwortungsbewußt als die Gewerschaften waren"* sollten in die Verantwortung genommen werden. *„Den Arbeitern und den Gewerkschaften Anteil an der Verantwortung des Managements zu geben, mußte auf lange Sicht bedeuten, Arbeiterunruhen zu verhindern"* (aus britischen Dokumenten, zit. nach Schmidt, S. 81).

Die paritätische Mitbestimmung wurde dem DGB also gewissermaßen in den Schoß gelegt. Die Forderung nach Mitbestimmung in der übrigen Großindustrie und nach Beteiligung an der gesamtwirtschaftlichen Lenkung blieb auf der Ebene des Appells, bestenfalls kam die Ausarbeitung eines Gesetzentwurfes für die Länderparlamente heraus. Der DGB unternahm für seine Forderungen keine Kampfaktionen.

— Derselbe Kampfgeist auch in der Frage der Sozialisierung, die insbesondere von den USA rundheraus abgelehnt wurde. Als die US-Militärbehörden und die alten faschistischen „Wehrwirtschaftsführer" mit der „Entflechtung" der Kartelle, die zurecht von der Gewerkschaftsopposition als Verhinderung der Sozialisierung gebrandmarkt wurde, beginnen, tut der DGB nichts. Als Länderverfassungsartikel, die eine Verstaatlichung vorsehen, von der Militärregierung nicht ausgeführt werden (z.B. Nordrhein-Westfalen im August 1948), tut der DGB ebenfalls nichts. 1950 wird den „Altbesitzern" eine Entschädigung zugesprochen — der DGB zeigt sich „besorgt". Ab 1951 wird diese „Entschädigung" in Form der alten Aktien ausgezahlt. Mitte 1952 ist die Stahlindustrie wieder in den alten Händen. Die DGB-Führung reißt jetzt all ihre Kampfkraft zusammen und stellt — vorübergehend, versteht sich! — ihre Mitarbeit in wirtschaftlichen Gremien der Regierung ein.

Die Forderung nach Sozialisierung hatte ihre Schuldigkeit getan — sich selbst nämlich verhindert, indem sie den Mitgliedern eine wortradikal verbrämte, scheinbare Kampfbereitschaft suggerierte und konnte nur der Vergessenheit anheim fallen. Heute bedient sich höchstens ab und an mal ein DGB-Führer dieses Ladenhüters, um ein paar Biedermänner aus der CDU zu schocken.

Der Zweck dieser Forderung und ihre spätere Behandlung hat übrigens Tradition, sie spielte bei der Desorganisation der Arbeiter und Bauern 1918/19 eine wichtige Rolle, um dann ad acta gelegt zu werden. Furtwängler, ein ADGB-Führer übelster Sorte (er arbeitete im Auswärtigen Amt für die Nazis): *„Die ‚Sozialisierung', in der aufgewühlten Nachkriegsstimmung widerwillig aufs Schild gehoben, fand ein stilles Begräbnis in Kommissionen"* (zit. nach H. Heeer, Burgfrieden oder Klassenkampf, S. 209). Na also.

Otto Brenner, der spätere IG-Metall-Chef, sagte 1952, die Verabschiedung des BVG sei die erste „entscheidende Niederlage" der Gewerkschaften, nach der das Kapital seit 1945 trachtete. Natürlich, ein Sozialdemokrat wie Brenner verbucht die Wiederherstellung der alten politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse, die Westintegration, den Antikommunismus, die Teilung Deutschlands usw. — schlimmstenfalls mit einigen Darmbeschwerden — auf der Erfolgseite. Für die Arbeiterklasse jedoch war der Weg bis 1952 gespickt mit entscheidenden Niederlagen, von denen oben die wichtigsten genannt sind.

Der DGB hat daran gewichtigen Anteil: Der Weg nach 1945 war gekennzeichnet von der Errichtung eines Apparats zur Kontrolle der Arbeiter, seinen erfolgreichen Versuchen, die Arbeiter zu mäßigen, vom Kampf abzuraten, sie auf „Spitzenverhandlungen" und Parlamente zu orientieren und dort, wo die Arbeiter schon kämpften, zu drohen und zu demobilisieren. Und es gab die Bereitschaft zu kämpfen. Anfang '47 und im Winter '47/48 kam es zu Massenstreiks gegen die schlechten Lebensbedingungen mit ersten politischen Forderungen. Die DGB-Führer taten alles, diese Streikbewegung abzuwürgen, die SPD behauptete, die Arbeiter seien „von bolschewistischen Agenten aufgeputscht", Böckler (späterer DGB-Chef) drohte jedem Teilnehmer mit Gewerkschaftsausschluß

tischen Forderungen. Die DGB-Führer taten alles, diese Streikbewegung abzuwürgen, die SPD behauptete, die Arbeiter seien „von bolschewistischen Agenten aufgeputscht", Böckler (späterer DGB-Chef) drohte jedem Teilnehmer mit Gewerkschaftsausschluß

und Fritz Tarnow sah die „Uhr des privatkapitalistischen Systems" eh abgelaufen — was sollten da noch Streiks?!

Aber noch mehr als in ihrem Verhältnis zu den Arbeitern, wird die ganze elende Jämmerlichkeit dieser Gewerkschaftsführer in ihrem Verhältnis zu ihren eigenen reformistischen Forderungen deutlich — die immerhin das Selbstverständnis des DGB prägten — und die sie kampflos preisgaben.

Sozialisierung und Mitbestimmung liegen nicht im revolutionären Interesse der Arbeiterklasse, — denn gerade die Einbindung der Arbeiter ist ihre politische Funktion. Sie liegen aber durchaus im Interesse der reformistischen Gewerkschaftsapparate, die sich davon ein paar weitere Krumen vom reich gedeckten Tisch des Kapitals erhoffen können.

Aber tausendmal schwerer wiegt offensichtlich die Angst der Gewerkschaftsführer, bei einer Mobilisierung der Arbeiter für diese reformistischen Forderungen, die Geister, die sie einmal gerufen haben, nicht wieder loszuwerden.

Gegen den inneren Feind ...

Im Juni 1947 kündigte Marshall ein umfangreiches US-Wiederaufbau-Programm für Westeuropa und die Westzonen an. Es war eine zentrale Funktion dieses Programms, die Westzonen ökonomisch und politisch eng mit dem kapitalistischen Westen zu verknüpfen.

Die Haltung zum Marshall-Plan bestimmte also auch die Haltung zur Restauration der kapitalistischen Verhältnisse, zur Westintegration und zur Spaltung Deutschlands.

Schon im August 1947 sprach sich der Beirat des DGB (britische Zone) prinzipiell für den Plan aus, wobei es Tarnow fertigbrachte, die deutschen Arbeiter vor die demagogische Wahl zwischen „Verhungern" oder Marshall-Plan zu stellen — eine „Alternative", die nicht einmal die USA erhoben.

Im März 1948 erklärte sich Böckler (DGB) in London — auf einem vom AFL initiierten westeuropäischen Gewerkschaftskongreß für den Marshall-Plan — *„entschieden für die Unterstützung des Hilfsplans"* (zit. nach Schmidt, S. 116) und ließ seine Zustimmung nachträglich vom Vorstand absegnen.

Zwar sahen sich die Gewerkschaftsführer durch die zahlreichen Proteste der Gewerkschaftsopposition genötigt, einen außerordentlichen Bundeskongreß im Juni 1948 einzuberufen — ein Jahr nach der Verkündigung des Plans! — aber nur, um vor der Mitgliedschaft die Opposition abzubügeln. Die Redezeit des Kommunisten Agatz (Wortführer der Opposition) wurde beschränkt, die Diskussion nach acht (!) Rednern abgeschlossen: Die DGB-Führung hatte sich ihre demokratische Legitimation für den Plan erschlichen.

US-Militärgouverneur Clay gratulierte, daß sie *„die kommunistische Opposition gegen den Marshall-Plan in ihren eigenen Reihen besiegt hatte"* (zit. nach Schmidt, S. 123).

Der Gewerkschaftskongreß fiel zeitlich mit der Erklärung des DGB's zusammen, künftig an keinen weiteren gesamtdeutschen Interzonenkonferenzen (mit dem FDGB der SBZ) teilzunehmen. Damit war auch dem Aufbau einer einheitlichen deutschen Gewerkschaftsorganisation die Absage erteilt, auch die deutsche Arbeiterbewegung war endgültig gespalten. Der DGB beschritt zusammen mit AFL und CIA den Weg der Subversion gegen die SBZ/DDR (s. oben).

Ebenso systematisch ging die Führung ans Werk, um den kommunistischen Einfluß zurückzudrängen und auszuschalten. Den Vorreiter spielte die IG-Metall. 1948 änderte sie, gegen heftigen Widerstand, ihren organisatorischen Aufbau, indem sie nicht länger die Betriebsgruppen — in denen die KPD stark war — sondern ganze Industrie- oder Stadtteilgruppen zur Grundlage der Organisation erklärte. Das hatte zur Folge, daß der kommunistische Einfluß schlagartig abnahm und sich die oberen Organe der Gewerkschaft noch weiter verselbstständigen konnten.

Parallel dazu wurde immer stärker über das „zersetzende Treiben der KPD in den Gewerkschaften" gehetzt. 1950 verbot die IGM das Vertreiben (!) von Druckschriften des FDGB, verlangte 1951 eine „Treueerklärung" und eine Distanzierung von der Gewerkschaftsarbeit der KPD. Eine Ausschlußwelle war die Folge, schon auf

KPD in den Gewerkschaften" gehetzt. 1950 verbot die IGM das Vertreiben (!) von Druckschriften des FDGB, verlangte 1951 eine „Treueerklärung" und eine Distanzierung von der Gewerkschaftsarbeit der KPD. Eine Ausschlußwelle war die Folge, schon auf

dem Gründungskongreß des DGB (für die BRD) am 13. Oktober 1949 existierte keine Opposition mehr

1956 erklärte die DGB-Führung zum KPD-Verbot — das ihre Billigung fand! — voller Hohn: *„Die KPD hat nach Auffassung des Bundesvorstands das Verbot bewußt provoziert, nachdem sie bei den zurückliegenden Wahlen nur noch 2% der Stimmen auf sich vereinigen konnte"* (zit. nach E. Schmidt, Ordnungsfaktor oder Gegenmacht, Seite 56).

...gegen den äußeren Feind (die Remilitarisierung)

> *„Bundeswehr und Gewerkschaften haben beide ihren gesicherten Stellenwert in unserer Verfassung. Sie haben — jede auf ihrem Gebiet — eine unverzichtbare Funktion für unseren Staat."*
> aus: 7-Punkte-Erklärung der DGB- und Bundeswehrführung, 1981

> *„Die Patenschaft, die heut' begründet, zwei große Stützen sie verbindet: Die Arbeit, die das Volk ernährt, die Macht, die Sicherheit gewährt."*
> aus: Patenschaftsurkunde zw. Fa. Keiper u. dem 7. Jägerbataillon, 1981.

Seit 1949 wurde in den USA, England und auch Frankreich offen über einen „Wehrbeitrag" der BRD diskutiert. Aufsehen erregten im November 1949 mehrere Äußerungen Adenauers, in denen er sich ebenfalls für eine westdeutsche Wiederbewaffnung aussprach.

Natürlich waren die Pläne der Imperialisten, die Westzonen bzw. die BRD auch militärisch in den aggressiven Westblock fest einzugliedern, viel älter — wurden aber aus „psychologischen" Gründen zurückgehalten. In diesen Plänen — die in der 1947 verkündeten Containment (Zurückdrängung) -Politik gegen die Sowjetunion zusammengefaßt waren — spielte Westdeutschland eine Schlüsselrolle.

Die gesamte Politik der Westalliierten — Westintegration, Antikommunismus, Spaltung Deutschlands, Restauration — trieb in diese Richtung; die Remilitarisierung bildete gewissermaßen nur den Abschlußpunkt einer Entwicklung, an deren Ende sich der Weststaat — unter Obhut vor allem der USA — alle Voraussetzungen und Instrumente imperialistischer Politik wieder angeeignet hatte.

Der amerikanische AFL hatte bereits im Herbst 1945 (fünfundvierzig!) auf einem Gewerkschaftskongreß die eventuelle Notwendigkeit einer Wiederbewaffnung Deutschlands gegen die „kommunistische Bedrohung" angedeutet und stellte im Juni 1947 die bloß rhetorisch gemeinte Frage: *„Können wir die kommunistische und die Nazigefahr (?) wirksam bekämpfen, wenn wir gegenüber Deutschland eine Entwaffnungspolitik fortsetzen, die den russischen Machthabern freie Hand gibt, ihr Komitee 'Freies Deutschland' auf militärischer Basis zu organisieren und eine deutsche Armee unter ihrem Oberbefehl bereitzustellen"* (zit. nach W. Link, S. 88). Die angebliche „Bereitstellung einer Armee" in der SBZ war natürlich eine reine Zwecklüge, um die Antwort auf die gestellte Frage eindeutig in Richtung auf „Bereitstellung einer Armee" in den Westzonen zu lenken.

Erstaunlich, zu welch Einsichten in Notwendigkeiten imperialistischer Politik Gewerkschaftsführer fähig sind.

Irving Brown und Henry Rutz (zuständig für Europa bzw. Deutschland) konzentrierten denn auch ihre Tätigkeit auf diese Frage und im Februar 1953 konnte Brown über seine westdeutschen Gewerkschaftskollegen feststellen, *„man beginnt, sich in Richtung auf Annahme der Wiederbewaffnung zu bewegen"* (zit. nach Link, S. 89).

Eine Einschätzung der Rolle des AFL gibt Link: *„Nach und nach entwickelte sich bei den deutschen Gewerkschaften eine verständnisvollere Haltung zu den Pariser Verträgen. Die Aktivitäten der AFL waren ein Faktor in diesem Prozeß; sie förderten ein günstiges Meinungsklima, unterstützten die kooperationsbereiten Vorstandsmitglieder und wirkten als Gegengewicht zum Einfluß der Wiederaufrüstungsgegner in DGB und SPD"* (S. 91).

In der Tat, war die Einflußnahme des AFL nur ein Faktor, denn es wäre geradezu absurd, anzunehmen, die

gengewicht zum Einfluß der Wiederaufrüstungsgegner in DGB und SPD" (S. 91).

In der Tat, war die Einflußnahme des AFL nur ein Faktor, denn es wäre geradezu absurd, anzunehmen, die

reformistischen DGB-Führer würden — nachdem sie soviel Kooperationsbereitschaft bei der Wiedererrichtung des westdeutschen Imperialismus bewiesen hatten — sich ausgerechnet in der Frage der Wiederbewaffnung sperren. Die Tatsachen sprechen hier auch eine andere Sprache. Das heißt natürlich nicht, daß es nicht etwa Differenzen zwischen den DGB- und AFL-Führern gegeben hätte, aber allein darüber, wie am besten die Frage der Remilitarisierung in der Bevölkerung zu vertreten sei. Hier trat der AFL offensichtlich für ein offensiveres Vorgehen ein, während der DGB eine mehr differenzierte Taktik befürwortete. Am Ergebnis änderte das nichts.

Im Herbst 1950, die Forderung nach Wiederbewaffnung wurde mittlerweile offen erhoben, Adenauer setzte eine geheime Tagung zur Prüfung der „psychologischen und militärischen Voraussetzungen" einer westdeutschen Armee ein, sprach sich der DGB-Bundesvorstand prinzipiell für die Remilitarisierung aus: *„'Eine Verteidigung der westlichen Kultur und der persönlichen Freiheit' stelle auch an Deutschland Anforderungen, denen sich das deutsche Volk nicht entziehen könne"* (zit. nach Arnulf Baring, Außenpolitik in Adenauers Kanzlerdemokratie, S. 197). Zur Vorbedingung machte der DGB die Integration in eine Armee „der freien Völker Europas" und eine demokratische Kontrolle des militärischen Führungscorps. A. Baring — der als Adenauers Biograph bezeichnet werden kann — weist zu recht darauf hin, daß sich diese Bedingungen *„nicht wesentlich von dem unterschieden, was auch der Bundeskanzler öffentlich erklärte"*. Offensichtlich habe Böckler (DGB-Vorsitzender) die Wiederbewaffnung *„seit Winter 1949/50 für unvermeidlich gehalten ... (und wollte) für das gewerkschaftliche Stillhalten, für die stillschweigende Unterstützung der Adenauerschen Außen- und Verteidigungspolitik (!) jetzt dem Bundeskanzler eine Gegenleistung, eine demokratische Wirtschaftsverfassung abverlangen"* (S. 197).

Die Gewerkschaftsführung bejahte also die Remilitarisierung, wollte allerdings — gewissermaßen in einem Tauschgeschäft — einen möglichst hohen Preis herausschlagen: die Mitbestimmung. Hier hatten die Gewerkschaftskrämer allerdings ein weiteres Mal ihre Rechnung ohne den Wirt gemacht: Die Mitbestimmung wurde 1951 — zusätzlich zur Stahlindustrie, wo es sie schon seit '47 gab — nur auf den Bergbau ausgedehnt und das nur, weil die Bergbauarbeiter unmißverständlich ihre Streikbereitschaft klar gemacht hatten.

Baring berichtet, daß Böckler am 16. Januar 1951 in einem Gespräch mit dem Staatssekretär des Foreign Office, Davies, erklärt habe, *„daß die geographische und politische Position Westdeutschlands in Europa eine Neutralität ausschließe. Erfülle man 'gewisse Bedingungen', würden die Gewerkschaften der Wiederbewaffnung nichts in den Weg legen ... Die Verteidigung werde zwangsläufig einen weiteren Teil des Volkseinkommens verbrauchen. Eine Senkung des Lebensstandards sei damit unvermeidlich. Wenn es aber unmöglich sei, den Arbeitnehmern irgendeinen materiellen Vorteil einzuräumen, dann sei es wohl doch angebracht, 'ihnen einen ideellen Gewinn zu bieten, d.h. die Mitbestimmung'"* (S. 198).

Die Gewerkschaftsführer waren also bereit, für einen „ideellen Gewinn", für ein paar hohle Phrasen, den Arbeitern größte Opfer für die Aufrüstungspläne der Imperialisten aufzuerlegen.

Nachdem die DGB-Führung mit dieser Politik vollen Schiffbruch erlitten hatten und das erhoffte „Tauschgeschäft" nicht zustande kam, sprach sich nach Böcklers Tod die neue Führung weiter — und jetzt bedingungslos — für die Wiederbewaffnung aus. Der neue Vorsitzende, Christian Fette, erklärte auf dem Außerordentlichen DGB-Bundeskongreß im Juni 1951: *„Auch wir haben mehr zu verlieren als unsere Ketten und müssen daher bereit sein, ... unseren Beitrag zur Verteidigung zu leisten"* (zit. nach Baring, S. 430).

Diesen Erklärungen folgten propagandistische Aktivitäten, um — mit der diesem Thema angemessenen Vorsicht — die „psychologischen Hindernisse" in der Mitgliedschaft des DGB abzubauen.

Erst als Hans von Hoff, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des DGB, 1952 schon fast ungeduldig äußerte: *„Man kann es auch dem deutschen Volk nicht zumuten, seinerseits mit Abwehrmaßnahmen zu warten (!) ... Jeder vernünftig gelenkte Betrieb muß eine Betriebsfeuerwehr haben..."* (zit. nach Baring, S. 432), erst jetzt kam es in der Mitgliedschaft, der unteren und mittleren Funktionärsebene zu einer massiven Protestwelle.

Zunächst konnte die DGB-Führung vier Wochen später auf einer gemeinsamen Tagung von Bundesvorstand und 365 Orts- und Kreisausschußvorsitzen-

mittleren Funktionärsebene zu einer massiven Protestwelle.

Zunächst konnte die DGB-Führung vier Wochen später auf einer gemeinsamen Tagung von Bundesvorstand und 365 Orts- und Kreisausschußvorsitzen-

den den Protest einigermaßen abwürgen, indem sie erklärte, *„die Entscheidung über einen deutschen Verteidigungsbeitrag unter Beachtung der Bestimmungen des Grundgesetzes in die Hände des gesamten Volkes zu legen"* (zit. nach Baring).

Mit einer Absage an die Remilitarisierung hatte das überhaupt nichts zu tun, sondern hieß im Klartext, diese Entscheidung allein dem Parlament zu überlassen und diese Entscheidung dann auch zu akzeptieren.

Damit war der weitere Weg eigentlich deutlich vorgezeichnet. Als die Bewegung gegen die Remilitarisierung größer wurde, vor allem auch in den Betrieben, gar — wenn auch noch vereinzelt — der Ruf nach Generalstreik sich erhob, wurde der Widerstand in der „Paulskirchenbewegung für die Einheit Deutschlands und gegen die Wiederaufrüstung" institutionalisiert.

Am 25. Januar 1955 fanden sich in der Frankfurter Paulskirche rund 1.000 „Prominente" ein, unter ihnen — als Privatmann — der DGB-Vorsitzende Georg Reuter, um gegen die Mitgliedschaft der BRD in der NATO zu „protestieren".

Einen Monat später ratifizierte der Bundestag die Verträge, die „Paulskirchenbewegung" hatte ihre Schuldigkeit getan und von Gewerkschaftsführern und SPD in den Tiefschlaf versetzt, um einige Jahre später, gegen die „Bewegung gegen den Atomtod" zum selben Zweck bemüht zu werden.

Danach hatten die Gewerkschaftsführer und SPD dem westdeutschen Imperialismus nicht nur erfolgreich zur stärksten Armee der deutschen Geschichte verholfen, sondern diese Armee gleich noch mit atomar bestückten Trägerwaffen ausgerüstet.

Urteile im „Fememordprozeß" Nur ein Mord aus Eifersucht?

Die Tatsache, daß alle Angeklagten Mitglieder der Hansa-Bande („Aktionsfront Nationaler Sozialisten") gewesen sind, stellte für das Landgericht Lübeck nur den „Hintergrund" für den Mord an dem schwulen Nazi Johannes Bügner dar.

Am 28. Mai 81 hatten die 5 Angeklagten Friedhelm Enk (29), Michael Frühauf (25), Willi Wegener (29) sowie die Zwillinge Olaf und Thorsten König (20) an ihrem Nazi-Kompagnon Bügner „ein Exempel statuiert". Mit der Mitteilung, sie hätten ihm eine Nachricht des inhaftierten Bandenchefs Kühnen zu überbringen, lockten sie Johannes Bügner aus dem Nazi-Lokal Can-Can heraus und luden ihn in ihr Auto. Während Willi Wegener (der noch eine Bewährung laufen hat) und Thorsten König in Hamburg blieben, fuhren die restlichen drei mit ihrem Opfer in die Stemwarder Feldmark, wo Enk Bügner zusammenschlug und anschließend mit 25 Messerstichen ermordete.

Für Friedhelm Enk als dem ausführenden Mörder sowie für Michael Frühauf, dem „Befehlsgeber", erkannte das Gericht auf lebenslänglich. Der mitgefahrene Olaf König erhielt ein Jahr Jugendstrafe, sein Bruder Thorsten 10 Monate, Willi Wegener 18 Monate Gefängnis.

Nach Ansicht des Gerichts soll es sich bei diesem Mord um eine Eifersuchtstat Frühaufs gehandelt haben, der selbst ein uneingestandener Schwuler sei und eine nie verarbeitete Beziehung zu Bügner unterhalten habe. Enk, der Frühauf als „Führer" rückhaltlos anerkannte, soll das ausführende Werkzeug gewesen sein. Auf keinen Fall aber — so das Gericht — handelte es sich bei der Tat um einen Fememord, denn dieser setze voraus, daß eine „verschworene Gemeinschaft" einen „Überflüssigen" beseitigen wolle, und das sei nicht gegeben gewesen. (Nanu?!).

Hintergründe

Nach der Inhaftierung der beiden ANS-Chefs Kühnen und Worch rückte Frühauf immer mehr in den Mittelpunkt der Hamburger Gruppe. Besonders enge Beziehungen unterhielt er zu den beiden homosexuellen Bandenmitgliedern Johannes Bügner und Philipp Schönmann. Diese Clique zerbrach Anfang 1981, zu einem Zeitpunkt, als ein vom ANS-Mitglied Martin Buchmann verfaßtes „Info 1" zirkulierte, in dem zum Rausschmiß von „Verrätern" aufgefordert wurde. Wenig später verfaßte Frühauf ein „Info 2" (unter dem Pseudonym Oberst Alexander Brandt), in dem zu hartem Vorgehen gegen Verräter und Schwule aufgefordert wurde. Dieses „Info 2" war auch Gegenstand eines Gesprächs, das zwischen Enk, Frühauf und Kühnen bei einem Knastbesuch am 20.5.81 geführt wurde. **Aus dem polizeilichen Gesprächsüberwachungsdienst geht hervor, daß dort Äußerungen fielen wie: die Betroffenen „müßten einfach weg" und „Alexander Brandt" (= Frühauf) würde sich um „die besprochene Sache" kümmern.** Das Gespräch endete mit der Aufforderung Kühnens, „mit Sorgfalt darauf (zu) achten, daß keine V-Leute eingeschleust würden". Vor Gericht stritt Kühnen — als Zeuge vernommen — ab, bei diesem Besuch einen Auftrag zum Mord gegeben zu haben... Nur eine Woche nach diesem Knastbesuch ließ Frühauf sich von der Polizei als bezahlter Spitzel anwerben; einen Tag nach dem Mord war es Frühauf, der zur Polizei ging und die Tat anzeigte.

Tatsächlich hatte die Hansa-Bande von Anfang an „Probleme" mit Schwulen. Die Tatsache, daß neben Bügner und Schönmann auch der Wirt des rechten Schwulenlokals Can-Can, Lothar Wrobel, Mitglied der ANS war, hatte immer wieder dafür gesorgt, daß die ANS von anderen Gruppen (Kühnen selbst spricht von NPD, Wikingjugend) als „Schwulenverein" denunziert wurde. Unter diesen Umständen ist es nachvollziehbar, daß ein verkappter Schwuler wie Frühauf in besonderem Maße antischwules Zeug verbreitete (Bügner sei ein „Kinderschänder"; gegen „175er" und „solche Leute" wüßte man sich zu schützen etc.) und schließlich, evtl. tatsächlich aus Eifersucht, den Mord befahl.

Doch all das ist kein Argument gegen einen Fememord. Die Selbstverständlichkeit, mit der Leute wie Enk, Wegener und die Königs die Tat mitplanten, mit der Enk den „Befehlen" seines „Führers" Folge leistete, die Offenheit, mit der in der lt. der Zeugenaussage von Lothar Wrobel ca. 100 Mitglieder zählenden ANS über „Liquidieren" diskutiert wurde — all das spricht Bände, was das Klima in solchen Vereinen betrifft.

Und in einem solchen Klima von Führung und Gefolgschaft, von stolz zur Schau getragener Männlichkeit, von teutonischer Ehre und Treue, wird dann auch ein Mord möglich, zu dem der verhuschte Schwule Frühauf unter anderen Verhältnissen wohl kaum imstande gewesen wäre.


Frühauf beim Lokaltermin


Mordopfer Bügner, Tatort

Kein NPD-Bundesparteitag in Germersheim und auch nicht anderswo!

Nachfolgenden Text erhielten wir vom Antifaschistischen Arbeitskreis Ludwigshafen zugeschickt. Mit diesem Text lud der Arbeitskreis zu einem Vorbereitungstreffen gegen den in Germersheim/Südpfalz angekündigten NPD-Bundesparteitag ein. Die Ergebnisse des Treffens, das am 12. Juni 82 in Ludwigshafen stattfand, können erfragt werden über:

Klaus Weller
Luitpoldstraße 45
6700 Ludwigshafen/Rhein

Am 26./27. Juni 82 will die rechtsradikale NPD ihren Bundesparteitag und ihr „Deutschlandtreffen" im südpfälzischen Germersheim abhalten.

Einige hundert Nazis werden auch dieses Jahr erwartet.

Die großen antifaschistischen Kundgebungen, die mit „Rock gegen Rechts" ihren Höhepunkt hatten, haben den NPD'lern ihren traditionellen Versammlungsort, Frankfurt unmöglich gemacht. 1980 konnte auch im hessischen Eschwege durch „antifaschistische Autokolonnen" das Treffen weitgehend behindert werden.

Streng konspirativ gingen die Rechten im letzten Jahr vor. Nur gegen Angabe der Parteimitgliedsnummer wurde der Ort des Deutschlandtreffens bekanntgegeben. In Dortmund konnten die Nazis deshalb, zwar im kleinen Kreis, aber ohne größere Gegendemonstrationen aufmarschieren.

1982 erlebt die NPD eine Trendwende. Die rückläufigen Mitgliederzahlen sind gestoppt worden. Ihre ausländerfeindlichen Tarnorganisationen, wie die Kieler Initiative zur Ausländerbegrenzung und die HLA (Hamburger Liste Ausländer-stop) finden in der Bevölkerung erschreckend breiten Anklang. Ermuntert durch diese Erfolge wollen die Nationalisten ihr Bundestreffen nicht mehr hinter verschlossenen Türen abhalten, sondern verstärkt in die Öffentlichkeit treten und ihre braune Propaganda verbreiten.

Das müssen wir verhindern!

Kein Bundesparteitag und kein „Deutschlandtreffen" der NPD in Germersheim!

Den Faschisten keinen Fußbreit!

„Möglichst breite 'ermittlungssichere' Füße"

Stümper-Buch: „Systematisierung der Verbrechensbekämpfung"

Dr. Alfred Stümper, Polizeipräsident von Baden-Württemberg, bekannt als „Vater der MEKs", seit Jahren immer penetranter werdender Propagandist einer „Verbrechensbekämpfung aus einem Guß", der Einrichtung einer „Generaldirektion Innere Sicherheit" u.a.m. hat es nunmehr zu einem seine Vorstellungen zusammenfassenden Buch gebracht. Erschienen ist es im Polizei-Verlag Boorberg Ende 1981. Im coolen Gewand einer technokratischen Methodik, die die Lage auch im absehbaren Chaos innerer Unruhen im Griff behalten will, und insofern leider auch notwendige „heikle Fragen" aufwerfen müsse, kommt eine Totalisierung von „Sicherheitspolitik" daher, die an einigen Stellen den faschistischen Kern ihres Denkens nicht mehr verhüllen kann. — Stümpers Buchveröffentlichung signalisiert die wachsende Bedeutung der von ihm vertretenen Konzeption. Andere Polizei-Strategen machen sich zunehmend Stümpers Thesen zu eigen: so der neue BKA-Präsident, so diverse neuere Veröffentlichungen in den einschlägigen Fach-Organen „Kriminalistik", „Deutsche Polizei" (Hiltrup), „Innere Sicherheit" (des Bundesministeriums des Innern).

Im folgenden geben wir eine kurze Skizze der Hauptgedanken des Buches. Im übrigen raten wir d r i n g e n d , sich anzusehen, was da in aller Öffentlichkeit propagiert wird. So deutlich — weil auch für die Bullen mittlerer Intelligenz verständlich gemacht — hat mensch es selten!

Antifa-Kommission, KB/Gruppe Hamburg

Stümpers Ausgangspunkt:

„*Wir leben in einer Zeit des totalen Umbruchs. Bislang als unerschütterlich geltende Werte sind von Grund auf in Frage gestellt. Weit in die Geschichte zurückreichende Entwicklungen scheinen einem Abschluß oder ihrem Ende entgegenzugehen. Sie lassen erhebliche ethische und weltanschauliche sowie menschliche, gesellschaftliche und staatliche Freiräume entstehen, die es neu auszufüllen gibt. Was an gewachsener und vorgegebener Substanz bleibt, ist fraglich. Dieser Entwicklungsbruch vollzieht sich im geisteswissenschaftlichen Bereich genauso wie im ideologischen, im technischen genauso wie im wirtschaftlichen. Er trifft letztlich die ganze Menschheit. Und er trifft zwangsläufig auf eine dadurch weithin verunsicherte Welt. Zeiten eines solchen epochalen Umbruchs und einer damit gegebenen hohen Labilität der Menschheit bringen in ganz besonderer Weise schwerwiegende Sicherheitsprobleme mit sich. Aus diesem Grund ist es gerade in einer solchen Zeit von höchster Bedeutung, systematisch, mit festem Konzept an die vielfältigen, sich im Sicherheitsbereich quer durch das ganze Leben stellenden Probleme heranzugehen. So kann auch Verbrechensbekämpfung nicht mehr (nur) improvisiert werden. Man darf nicht nur mehr oder weniger an Symptomen herumkurieren. Vielmehr bedarf Verbrechensbekämpfung einer übergreifenden, strategisch geplanten, griffigen Systematik*" (S. 9). Konkret gemeint ist z.B.: die „*sprunghaft ansteigende, weithin nur mehr schwer zu übersehende und beherrschende Vernichtungskraft moderner Waffen*" habe zu einem „*sprunghaften Ansteigen und einer ins Existenzielle tief hineinragenden Verschärfung des ideologischen Konflikts ... geführt*", in dessen Folge sich „*für gezielte Aktionen von staatsfeindlichen Kräften neue Ansatzpunkte ... von außergewöhnlich großer, insbesondere auch junge Menschen erfassender innerer Sprengkraft*" (S. 29) eröffneten. Da gehe der „*polizeiliche Auftrag*" über die „*Polizei als formeller Durchsetzer der Rechtsordnung*" hinaus; hier gehe es für die Polizei als „*Garant von Sicherheit und Ordnung*" um „*Grundsatzfragen unseres Staates (vgl öffentliche Gelöbnisse; sonstige Veranstaltungen und Einrichtungen der Bundeswehr usw.)*".

Außer der Friedensbewegung weist Stümper auf die „Ausländerfrage" und auf die Jugendunruhen als besonderes „sicherheitspolitisches" Problem hin („zentralste Schwerpunktaufgabe"). Zur Gesamtlageeinschätzung heißt es: „*Die jetzige Sicherheitslage ist ernst. Dies Urteil gründet sich auf eine Gesamtsicht, von der Entwicklung der Kriminalistik über aufgetretene innere Unruhen größeren Ausmaßes bis zu einem zunehmenden Einflußbereich staatsfeindlicher Kräfte von innen und von außen. Wollen wir die Lage noch im Griff behalten und — was notwendig ist — wieder mehr in den Griff bekommen, muß mit großer Entschlossenheit dieser Auftrag angepackt werden...*"

„Sicherheit" vor allem

In Stümpers prägnant schematischer Sprache liest sich der Anspruch der Polizei auf Durchdringung aller gesellschaftlichen Bereiche wie ein Tagesbefehl: „*Verbrechensbekämpfung ist ein Teil der Kriminalpolitik. Kriminalpolitik ist wiederum ein Teil der Sicherheitspolitik. Diese ist wiederum ein Teil der gesamten Politik. Der Ansatz zu einer Systematik der Verbrechensbekämpfung hat sonach im Politischen zu erfolgen*". Es folgen dann nacheinander Abschnitte über die polizeiliche Bedeutung von Rechtspolitik („*Sicherheitspolitik entscheidend durch die Rechtspolitik bestimmt*"), Familienpolitik („*Betreuung von Jugendhäusern ... kann wieder, wenn sie nicht richtig betrieben wird, zu einem Gefahrenherd für die innere Sicherheit werden*"), Sozialpolitik („*präventive Einflüsse*"), Gesundheitspolitik, Schulpolitik („*...kann eine gesunde und effektive Einstellung zur Sicherheit aufgebaut werden...*"), Wirtschaftspolitik, Finanzpolitik, Außenpolitik, Verteidigungspolitik. Zur Verteidigungspolitik sei hier ausführlicher zitiert: „*Immer wieder gewinnt man den Eindruck, als ob auch in unserer Zeit das Problem der Sicherheit im Ansatz noch mit den Augen der Verantwortlichen nach dem zweiten Weltkrieg gesehen wird. Dies gilt insbesondere für die schematische Grundeinteilung des Sicherheitsproblems in einen Bereich der äußeren Sicherheit, für den die Bundeswehr verantwortlich ist, und einen Bereich der inneren Sicherheit, für den im wesentlichen Polizei und Verfassungsschutz verantwortlich sind. Dabei ist Sicherheit zu einem hochkomplexen, viele Bereiche umfassenden Problem geworden. In den Aufgabenbereichen von Bundeswehr, Polizei und Nachrichtendiensten sind zunehmend Lagen denkbar, wo militärische Einwirkungen von außen und subversive Aktionen von innen nicht nur erst im Ernstfall zusammenwirken, sondern lange Zeit voraus systematisch geplant, netzplanmäßig vorbereitet und in einem langfristigen Ablauf genau aufeinander abgestimmt durchgeführt werden*" (S. 24). Nur konsequent endet dieser Stümper-Gedanke mit der Feststellung, daß „*in einer Zeit des Umbruchs*" „*heikle organisatorische Fragen ... nicht einfach 'ausgeklammert'*" werden dürften. Gemeint ist die nach 1945 von den Alliierten verfügte Auflösung des „Reichssicherheitshauptamtes" der Nazis und seiner Untergliederungen in den verschiedenen politischen, wirtschaftlichen und militärisch-polizeilichen Sektoren, wie sie sich auch in der später festgelegten Trennung der Aufgaben von Polizei und Geheimdiensten niederschlug. Eine GeStaPo sollte nie wieder entstehen...

Generaldirektion für innere Sicherheit

Die „heikle organisatorische Frage" will Stümper durch Einrichtung einer

„Generaldirektion für innere Sicherheit" lösen. Sie soll folgende Kompetenzen haben:

„— *Erstellung, Auswertung und Bewertung und Fortschreibung eines Großlagebildes 'Innere Sicherheit';*
— *Initiierung, Auswertung und Umsetzung einer anwendungsbezogenen, sicherheits- und kriminalpolitischen Forschung;*
— *Gesamtpositionierung der Inneren Sicherheit in der allgemeinen Regierungsverantwortung und -tätigkeit;*
— *Erarbeitung von Sicherheitsstrategien und Gegenstrategien;*
— *internationale Zusammenarbeit;*
— *Erarbeitung von Vorschlägen zur Neustrukturierung von Sicherheitsinstrumentarien;*
— *Erfolgskontrolle*".

Die „Generaldirektion" soll dem Bundesinnenministerium unmittelbar unterstehen. „*Die Organisation des Bundesinnenministeriums wäre insoweit umzubauen, daß alle Abteilungen bzw. Sachgebiete mit dominierendem Sicherheitseinschlag in dieser GdIS zusammengeführt würden. So die Abteilungen P (Polizeiangelegenheiten), IS (Innere Sicherheit) ZV (Zivilverteidigung) und womöglich auch — der Umweltschutz bekommt in mehrfacher Hinsicht immer mehr Sicherheitsbedeutung — U (Umweltangelegenheiten). Inwieweit aus den sonstigen Abteilungen Z (Zentralabteilung) und B (Beamtenrecht und sonstiges Personalrecht des öffentlichen Dienstes) Teilbereiche herausgelöst werden sollten ... wäre sodann im Detail zu entscheiden*". — „*Vor allem aber müßten — gewissermaßen als 'Herzstück' — zwei neue Kernbereiche als eigene Abteilungen geschaffen werden bzw. aus den bereits vorhandenen anderen Bereichen herausgezogen werden, und zwar*
— *eine Strategieabteilung KP (Kriminalpolitik Vorbeugung) und*
— *eine Einsatzabteilung PLFST (Planungs- und Führungsstab mit Lagezentrum*" (S. 44).

Die Details der „einzelnen Aufgabeninhalte" zu den genannten Punkten überlassen wir der Lektüre unserer Leser/innen. Einen Punkt wollen wir aber hier hervorheben. Unter dem Punkt „Vorschläge zur Neustrukturierung" werden grundsätzliche Schwachstellen des Apparates sichtbar, die in der Frage der politischen Führung und Motivation „unserer Beamten" liegen: „*So notwendig eine Weiterentwicklung in einer schnellebigen und sich in vielfältiger Weise verändernden Zeit ist, so notwendig ist es auch, daß der Apparat eingespielt ist, daß seine Funktionstüchtigkeit erprobt ist, und daß sich auch gewisse Erfahrungsinhalte im Umgang mit dem Instrumentarium bilden können. Schließlich sind auch unsere Beamten keine Computer, die laufend umprogrammiert werden können*". Das gelte insbesondere „*für einen Berufszweig, bei dem gewisse Funktionen und 'Handgriffe' einem gewissermaßen in Fleisch und Blut übergegangen sein und regelrecht 'exerziermäßig' beherrscht werden müs-*

Funktionen und 'Handgriffe' einem gewissermaßen in Fleisch und Blut übergegangen sein und regelrecht 'exerziermäßig' beherrscht werden müs-

sen..." „*Ein konsequentes Beibehalten des 'alten Trotts' wäre genauso gefährlich wie ein laufendes Umwerfen bestehender Arbeitsstrukturen*". — Hinter Stümpers kargen Worten verbirgt sich der für die Herrschenden unbequeme Widerspruch zwischen notwendigem Kadavergehorsam der „Sicherheitskräfte" zum einen und politisch-ideologischer Motivation zum andern.



Stümper fordert aus dieser Erkenntnis: Erstens: im Sinne einer Vereinfachung und Vereinheitlichung die strukturelle und kommandomäßige „*Harmonisierung*" und den „*Einsatzverbund a l l e r Sicherheitsbehörden*" (einschl. Justiz, Diensten, Zivil-Katastrophenschutz und Rettungswesen und — wie oben ausgeführt — das Militärs);
zweitens: „*eine die einzelnen Sicherheitsbereiche übergreifende abgestimmte Ausbildung sowie eine über die gesamte Dienstzeit sinnvoll verteilte, den sich rasch ändernden Arbeitsgrundlagen und Möglichkeiten laufend angepaßte Fortbildung*"; und schließlich — ganz im Sinne der Göringschen „Fürsorge" für die damalige Polizei („wenn ihr schießt, schieße ich!"):
drittens: „*Es muß ferner dabei die innere Struktur, gewissermaßen der menschliche substanzielle Bereich, einbezogen werden, so insbesondere Motivation der Sicherheitskräfte durch*
— *Verdeutlichung des eigenen Verantwortungsanteils,*
— *Stärkung des persönlichen Rückhalts,*
— *Anerkennung von Notwendigkeit und Wert der Arbeiten der Sicherheitsorgane,*
— *umfassende Fürsorgemaßnahmen, sowie*
— *gesellschaftliche Einbindung und soziale Betreuung der Angehörigen der Sicherheitsorgane*".

Neben dem weiteren Ausbau des Apparats wird die polizeiliche „Motivation", die ideologische Qualifikation und „Führungsausbildung" angesichts der sich polarisierenden Kämpfe für die nächste Zukunft von entscheidender Bedeutung sein. Im Grunde ist das vorliegende Stümper-Buch im K e r n vor allem der Versuch, die notwendige politische und ideologische Aufrüstung des Polizei-Potentials für die von ihm benannten Aufgaben der Bekämpfung des inneren Chaos zu beschleunigen. Seine Erfahrungen als „Vater der MEKs" prädestinieren ihn geradezu zur propagandistischen und praktischen Autorität in Sachen polizeilicher Elitebildung und Motivation.

Einige „Grundstrukturen" Stümperscher Systematik

Stümper ist beflissen darauf bedacht, seine Sprache im „demokratischen Rahmen" zu halten. „*Schon aus ‚klimatischen' Gründen*" habe man z.B. „Sicherheitslücken" in Kauf zu nehmen, „*wenn man dadurch unserer Jugend von vornherein das Gefühl nehmen kann, in einem ‚engen', ‚kleinlichen' oder gar zu repressiv handelnden Staat aufzuwachsen . . .*" Dann aber kann er doch nicht mehr an sich halten. So fände er es „*absolut unerträglich, aus opportunistischen Gründen entgegen der klaren Rechtslage rechtliche Freiräume entstehen zu lassen*" (67). Und: „*Gerade im Interesse einer gesunden Liberalität und eines freien Klimas unserer Gesellschaft ist es erforderlich, gezielt gegen diejenigen vorzugehen, die hier den Staat ‚madig' machen. Es gibt nicht nur eine chemische, sondern darüberhinaus auch eine allgemein menschliche und politische Umweltverschmutzung, die sich gerade auf unsere Kinder und Jugendlichen besonders verheerend auswirken kann. Auch in unserer Zeit gibt es ‚Schreibtischtäter', die einer ohnehin sich in unserer wertunsicheren Welt schwertuenden Jugend noch völlige Irritationen bescheren. Und nicht nur das! Sie liefern gewissermaßen Ausreden und sogar Rechtfertigungen für gemeinschaftswidriges, sozialwidriges und strafbares Tun vorweg!*"

Im Sinne eines derart faschistoid definierten „Umweltschutzes" postuliert Stümper u.a. folgende Grundsätze:

1. Vorbeugung, insbesondere „*vorbeugende Bekämpfung der Jugendkriminalität*". Gestützt auf die gerade in sei-

1. Vorbeugung, insbesondere „*vorbeugende Bekämpfung der Jugendkriminalität*". Gestützt auf die gerade in sei-

nem Amtsbereich gemachten Erfahrungen mit dem Scheitern einer offenen „Jugendpolizei", spricht er sich für frühzeitige „Arbeitsteilung" zwischen verschiedenen sozialen Einrichtungen und der Polizei aus, die weit vor der Schwelle offner „Jugendkriminalität" liegen soll. In einer geradezu dummfrechen Manier polemisiert er gegen die Kritiken an dem polizeilichen Vorbeugungsprogramm: „*Es erscheint geradezu paradox, daß bestimmte Kreise, die bislang der Polizei zuviel Repression vorgeworfen haben, nunmehr, wo diese im vorbeugenden, unterstützenden und auch helfenden Bereich verstärkt tätig werden will und tätig wird, lautstark dagegen protestieren: Die Polizei würde Kinder und Jugendliche bespitzeln wollen und sie dränge sich in die Arbeitsbereiche anderer Berufe hinein! Man muß fast den Eindruck gewinnen, als ob diese Kräfte die Polizei bewußt wieder in die rein repressive Ecke zurückdrängen wollen, um sie als den ‚bösen Bullen' mit Schlagstock und nicht als den Menschen mit dem man reden kann abzustempeln. Man muß sich hier ernstlich die Frage stellen, inwieweit und wo hier Kräfte ein- und mitwirken, die diesen Staat und diese Gesellschaft nicht mögen und alles, was Positives bringen könnte, ablehnen*".

2. operative Arbeit — hierüber haben wir bereits des öfteren im AK berichtet. Stümper schreibt: „*Als neuartiges Element tritt der übergreifende Gesichtspunkt der operativen Arbeit hinzu. In ihr fallen repressive und präventive Belange weithin zusammen und werden auf eine höhere Ebene gestellt ... Oberstes Ziel ist sonach nicht der repressive Erfolg, auch nicht einmal der konkrete präventive Erfolg, sondern die möglichst umfassende Erfüllung des operativen Auftrags der Beseitigung von kriminellen Ausgangs- und Operationsbasen*".

Angesichts solcher polizeilicher Methoden, die nicht mehr am verfassungsmäßig vorgeschriebenen Legalitätsprinzip polizeilichen Handelns, sondern nur noch am Endziel der Liquidation der „Ausgangs- und Operationsbasen" selbst orientiert sind, denen es nicht um Verhinderung von Straftaten — andererseits auch nicht um eine Behebung der U r s a c h e n sondern letztlich um die Beseitigung der „Straftäter" selbst geht (siehe Praxis der Sokos), ist es nur konsequent, wenn Stümper folgende „Probleme" von der Justiz gelöst haben möchte:

„*Rechtsgrundlagen für Maßnahmen der verdeckten Ermittlungen mit Eingriffscharakter und Fragen ihrer nachträglichen Offenlegung;*
— *Probleme des Legalitätsprinzips;*
— *Einsatz von V-Leuten und die gerichtliche Verwertung ihrer Erkenntnisse;*
— *Verletzung von Strafrechtsnormen im Zuge von verdeckten Ermittlungen;*
— *Verwendung von Tarnpapieren und Tarnkennzeichen;*
— *Ankauf deliktisch erlangter Sachen*".

Der kürzlich durch Erlaß neuer V-Leute-Richtlinien abgeschlossene sog. „Hamburger Polizeiskandal" (bei dem es im Kern um das Problem „operativer", „verdeckter" Einsätze ging), die Verrenkungen im derzeit bekanntesten VS-Skandal-Prozeß im Fall Schmücker zeigen beispielhaft die Aktualität der Stümper-Ausführungen. Da kommt noch einiges an Zumutungen auf demokratische Gemüter zu!

---

beruf: zielfahnder

er liebt
sein land
seine freiheit
seine frau und kinder
schiller, goethe, nina hagen ua.
warum nicht
er hat seinen beruf
gelernt
von der pike im ff
weiße und schwarze
folter
gehören für ihn zum alltag
wie essen, trinken, außerehelicher
verkehr

besonders
liebt er den schweißgeruch
seiner zielfahndungsperson
das macht ihn ganz wild
er kennt ihren lebenslauf
auf stunden genau
auf seinem tisch
breitet er
sie vor sich aus:
jede konspirative WG
jedes verdächtige bett
ist super life porno
gratis
zum beamtengehalt

verhör
und folter

zum beamtengehalt

verhör
und folter
sind heimliches
vorspiel
der schuß
aus der hüfte
konsequenter
vollzug

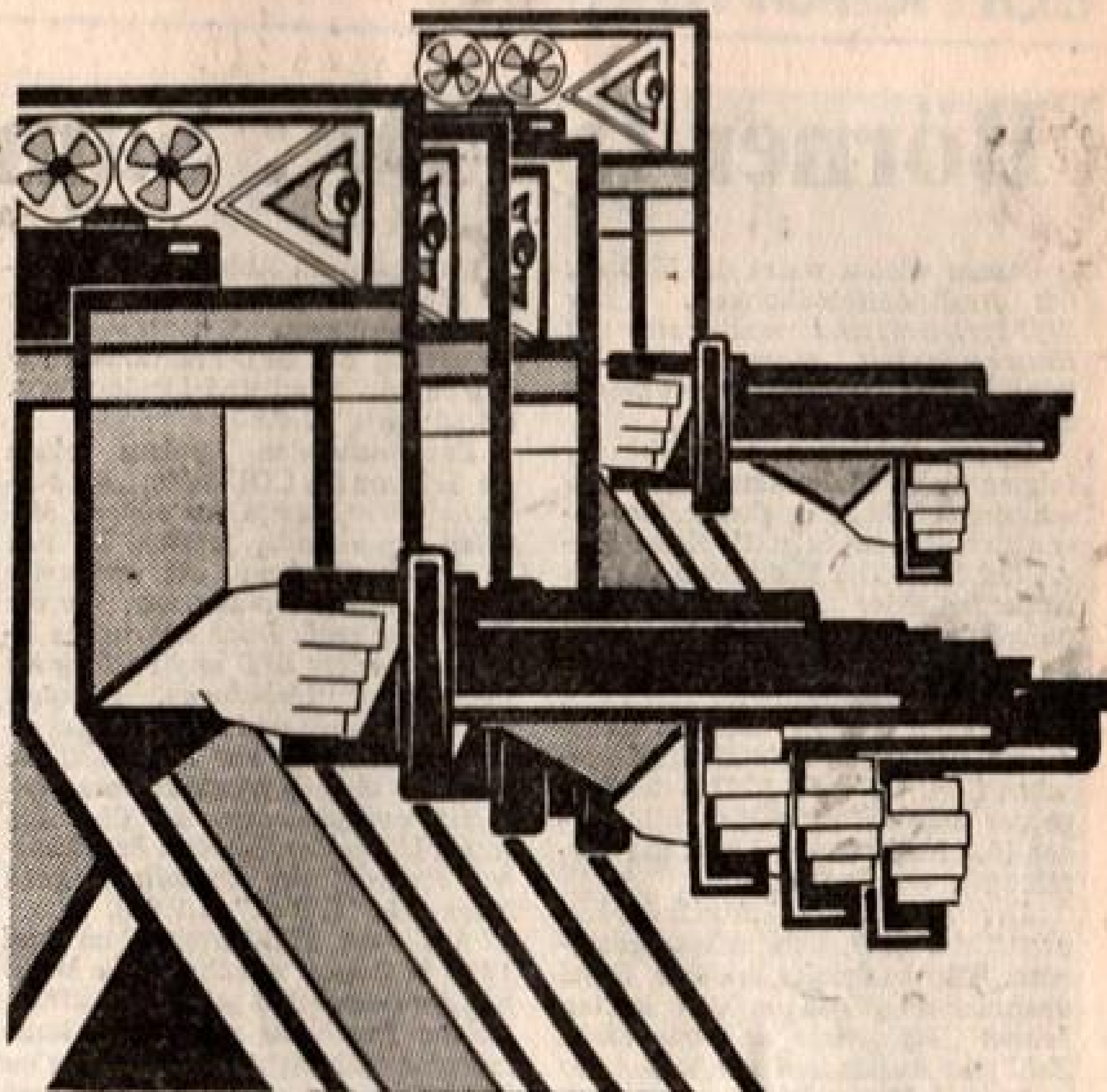
ke 2.4.82

---

3. „*Information als Ansatz und Angelpunkt polizeilichen Wirkens*" — hierzu wollen wir im Detail keine Ausführungen machen. Zitiert sei nur der wunderschöne Satz: „*Moderne Kriminalitätsbekämpfung sollte auch immer mehr von zufälligen Erkenntnissen ... sich lösen können und sich auf möglichst breite, ‚ermittlungssichere' Füße sowie ein auf die Gesamt- und jeweilige Einzellage abgestütztes Wissen stellen können*". Von aktuellem Interesse ist die grundsätzliche Forderung Stümpers: „*Datenschutz muß sich in Konkurrenz mit anderen Rechtsgütern messen lassen*". Die „*Funktionsweise der Polizei im Ermittlungsbereich*" sei „*vom Wesen her Verdachtsgewinnung*". Es interessiere „*selbst das Schwarze unter dem Fingernagel*"; daß ein „*entsprechendes Festhalten auch in funktionsgerechter ... Methode erfolgen solle, dürfte an sich einleuchten*". Und schließlich so ein kerniger Satz: „*Datenschutz darf nicht mit Entkriminalisierung verwechselt werden*".

Fast mit den Worten Stümpers geht der Bundesanwalt Rebmann gegenwärtig gegen den Bundesdatenschützer Bull vor, der BKA und Bundesanwaltschaft kürzlich das Sammeln von „schmutzigen Daten" vorgeworfen hatte. Auch nach Rebmanmn gehen selbstverständlich „Sicherheitsinteressen" vor Datenschutz.

Bleibt schließlich anzumerken, daß nach Stümper die Zeiten der „Sonnenscheinpolizei" vorbei sind. Wir empfehlen allen, das Buch dieses Herrn gründlich zu studieren.



Sicher durch die 80er Jahre — mit Computern und Repressionstechnologie

Kennen Sie Bemben?
Buchempfehlung „Ruhe oder Chaos"

Was den Bullen ihre Stümper und Co, das sind uns Linken, Friedensbewegten, Chaoten und sonstigen Protestierern und Protestiererinnen unsere eigenen Analysen und Enthüllungen. In dieser Hinsicht ist mit diesem Buch ein Knüller auf den Markt gekommen. Der außerordentliche Reiz dieses Sammelbandes liegt nicht nur in analytischer Schärfe, soweit es die sachliche Darstellung der „Technologie der Unterdrückung" seitens eines recht unterschiedlichen Spektrums von Autoren und Autorinnen betrifft, sondern es ist auch witzig und mit Liebe gemacht, mit Dokumenten, Karikaturen, Bildern gut ausgestattet und — billig: 7,50 DM. Kurz und gut: Ein Agitationsbüchlein erster Qualität!

Aus den vielen Beiträgen stellen wir nur einen vor, der unter dem Stichwort „Auftakt, Vision I", das Buch eröffnet:

Und nun geschah, was eigentlich längst fällig war: eine entwickelte Sperrkette von Polizisten mit Gasmasken, schwarzen Helmen, schwarzen Brustschilden und schußbereiter Waffe umstellte den ganzen Hilton-Komplex, um der Volksmenge zu trotzen, die just

Brustschilden und schußbereiter Waffe umstellte den ganzen Hilton-Komplex, um der Volksmenge zu trotzen, die just

zwischen unserem Standort und den Bauten des Stadttheaters aus dem Park hervortauchte. Spezialeinheiten richteten mit großer Geläufigkeit die Minenwerfer, und ihre ersten Salven trafen die Menge. Die Explosionen waren merkwürdig schwach, entfesselten aber riesige weißliche Rauchwolken. Anfangs vermutete ich Tränengas; doch statt zu fliehen oder mit Wutgeheul zu antworten, strebte die Menge deutlich in diese Dunstschwaden hinein. Die Schreie verebbten rasch, dafür vernahm ich etwas wie Litaneien oder Singbetereien. Presseleute zappelten mit Kameras und Tonbandgeräten zwischen Sperrkette und Hoteleingang umher und zermarterten sich das Hirn, was da wohl im Gange sei. Ich aber ahnte bereits, daß die Polizei chemische Betäubungsmittel in Aerosol-Form anwandte. Doch aus der Avenida del Ich-weiß-nicht-mehr-was kam eine andere Kolonne, der diese Granaten nichts anhaben konnten. Zumindest schien es so; später hieß es, die Kolonne sei weiter vorgerückt, um sich mit der Polizei zu verbrüdern und nicht, um sie zu zerfleischen; doch wer hätte im allgemeinen Wirrwarr so feinen Unterschieden nachgehen können? Die Mörser sprachen in Salven, dann meldeten sich die Wasserwerfer mit ihrem eigentümlichen Rauschen und Zischen, schließlich setzten Schnellfeuerserien ein, und im Nu schwirrte die Luft vom krähenden Schall der Geschosse (...).

Stantor hatte ... den Offizier abgefangen, der die Hotelverteidigung leitete. Wie dieser verlauten ließ, sollten demnächst Flugzeuge aufkreuzen, bestückt mit Bemben, das heißt, mit ‚Bomben menschlicher Brüderlichkeit' (BMB). Alsbald hieß man uns den Platz verlassen, während die Polizisten samt und sonders Gasmasken mit Spezialfilter aufsetzten (...).

Bekanntlich ist das Hilton wenige Augenblicke nach dem Beginn des Luftangriffs irrtümlich bembardiert worden. Die Folgen erwiesen sich als entsetzlich. Zwar trafen diese Bemben nur jenen entlegenen Teil des niedrigeren Traktes, wo die Vereinigung der Verleger Befreiter Literatur in gemieteten Schauständen eine Ausstellung errichtet hatten, und vorerst kam kein Hotelgast zu Schaden. Doch scheußlich erwischte es dafür die Polizei, die uns bewachte. In ihren Reihen erlangten die Anfälle menschlicher Brüderlichkeit binnen einer Minute epidemisches Ausmaß. Vor meinen Augen rissen sich die Polizisten die Maske vom Gesicht, zerflossen in heiße Reuetränen, flehten die Demonstranten kniend um Vergebung an, drängten ihnen gewaltsam die tüchtigen Knüppel auf und bettelten um möglichst feste Hiebe. Und als die Aerosol-Verdichtung nach neuen Bember-*Treffern weiter zunahm, stürzten alle Polizisten wild durcheinander, um alles zu liebkosen und anzuhimmeln, was ihnen unterkam. Der Ablauf der Ereignisse konnte erst etliche Wochen nach der ganzen Tragödie rekonstruiert werden, und auch dann nur teilweise. Um den drohenden Putsch im Keim zu ersticken, hatte die Regierung in der Früh an die 700 Kilogramm Doppelsüßsaures Gutetat und Schmusium mit Felixol in den Wasserturm werfen lassen. Die Zuleitung zu Polizei- und Armeekasernen*

tat und Schmusium mit Felixol in den Wasserturm werfen lassen. Die Zuleitung zu Polizei- und Armeekasernen

war vorsorglich abgesperrt worden, doch aus Mangel an Sachverständigen mußte die Aktion wirkungslos verpuffen: das Phänomen des Aerosoldurchsprungs durch Filter war nicht mit einberechnet worden, geschweige denn der höchst unterschiedliche Trinkwasserverbrauch der verschiedenen sozialen Gruppen.

Die Bekehrung der Polizei überraschte demnach die regierenden Kräfte grausamst (...) Es war fast elf Uhr Nacht, als im Schlachtenpanorama des Platzes und der umliegenden Palmengärten die ersten Panzereinheiten der Armee aufzogen. Ihnen oblag es, die von der Polizei entwickelte menschliche Brüderlichkeit abzuwürgen; dies taten sie denn auch unter reichlichem Blutvergießen.
(aus: Stanislaw Lem, Der futurologische Kongreß, 1972)

„Ruhe oder Chaos"

Technologie politischer Unterdrückung. Erweiterte Dokumentation zum Gesundheitstag 1981. Hrsg: Gesundheitsladen Hamburg e.V.

Bestelladresse:
BUU — Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe
Bartelsstr. 26
2000 Hamburg 6
Tel: 040/439 86 71 (mo.-fr. 17.00 - 19.00 Uhr)
Bank: Postscheckamt HH, Kto-Nr. 280 344-206

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Börner (SPD) : Sammellager am „hygienischsten"

Immer wieder warnt die SPD vor der Ausländerfeindlichkeit. *„Der SPD-Parteivorstand wendet sich mit Entschiedenheit gegen Ausländerfeindlichkeit, gegen Ressentiment und Freund-Feind-Ideologie"*.

Dieser Erklärung vom Februar folgten eine Fülle weiterer „ganz entschiedener" Stellungnahmen. Was davon zu halten ist, zeigt die eigene Praxis der SPD. Die Diskussion um die Änderung der Asylrechtsgesetzgebung ist seit Ende 1977/Anfang 1978 im Gange. Als die Bundesregierung 1978 einen Gesetzentwurf gegen den „Mißbrauch des Asylrechts" vorbereitete, bestand der Unterschied zwischen CDU/CSU und SPD in der Frage der Zahl der gerichtlichen Instanzen (das heißt: in der Länge des Verfahrens).

Der sogenannte „Ausländer-Experte" der SPD, Bundestagsabgeordneter Wilfried Penner, erklärte Es sei unannehmbar, daß in den letzten Jahren *„eine nicht unbeträchtliche Zahl von Ausländern nur wegen des anders nicht erreichbaren längeren Aufenthalts einen Asylantrag stellen würden"*. Dem müsse entgegengetreten werden, *„weil die Ausformung des Asylrechts in der Verfassung wesentlich auf den leidvollen Erfahrungen Deutschlands in der Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft"* beruhe. Die CDU/CSU begrüßte die Bereitschaft von SPD und FDP, über die *„Grundprobleme des Asylrechts"* zu diskutieren („taz", 19.12.79).

Im März 1980 wurde im Auftrag der Bundesregierung eine Arbeitsgruppe von Sachverständigen aus vier Bundesländern (Baden-Württemberg, Bayern, West-Berlin und Hessen) und aus dem Innenministerium gebildet, die Vorschläge erarbeiten sollte, wie sich die BRD vor „Scheinasylanten" schützen könne. Bereits zwei Monate später, im Mai 1980, lagen erste „praktische Vorstellungen" auf dem Tisch.

War die SPD noch ein paar Monate zuvor gegen die Verkürzung des Rechtsweges, schlug sie nun vor, nur noch eine Klagemöglichkeit für Asylbewerber einzurichten. Die Begründung hierzu: Wenn die Prozedur nach wie vor so lang bliebe, dann hätten die Ausländer es schwerer, „sich in ihrem Heimatland zurechtzufinden, wenn sie zurückgebracht werden" (SPD-Bundestagsabgeordneter Ralf Meinecke, Vorsitzender der AG Flüchtlingsfrage in der SPD-Fraktion; „FR", 6.5.80).

Die erste Stadt, die ihre Tore für asylsuchende Ausländer sperrte, war das SPD-regierte Essen:

„Wenn man dann noch an einem Ende der Wurstpelle immer neues Fleisch (Ausländer) reinschiebe, würde am anderen Ende zwangsläufig anderes Fleisch (alteingesessene Deutsche) herausgedrückt. Und selbst ein so geduldiges Kamel wie ich kann das doch nicht zulassen" (SPD OB Katzor, „FR", 26.6.80).

„Wenn wir dort (in Essener Stadtteilen) weitere Unterkünfte für Asylsuchende bauen, fühlen sich die deutschen Bürger von einer Überfremdung bedroht. Sie wollen keine Kreuzberber Verhältnisse" (ebda.).

Ende Mai 1980 erklärte sich die SPD noch ganz entschieden gegen die Einführung von Grenzrichtern, wie es die CDU/CSU vorschlug. Nur wenige Tage später jedoch erklärte Wehner, beim Asylrecht müsse „Dampf gemacht" werden. Zwar lehnte die SPD nach wie vor eine Entscheidungsgewalt für die Grenzbehörden ab, schlug aber stattdessen eine „Beratung an der Grenze" für Asylbewerber vor, *„die ihnen gegebenenfalls die Aussichtslosigkeit ihres Begehrens deutlich macht und sie dazu veranlassen soll, Ihren Antrag fallen zu lassen"* („FAZ", 2.6.80).

Fünf Maßnahmen nannte die SPD zur Beschleunigung desAsylverfahrens:

1. Eine zeitliche Verkürzung des Prüfungsverfahrens durch Vereinfachung sowie durch personellen wie organisatorischen Ausbau der beteiligten Instanzen.
2. Ein Beratungs- und Vorprüfungsverfahren zum schnelleren Aussortieren von „aussichtslosen" Asylanträgen, wobei der Einsatz von sogenannten Grenzrichtern dort noch als „sehr problematisch" gekennzeichnet wurde.
3. Die Prüfung der Möglichkeit einer „zentralen Unterbringung" der Asylbewerber.
4. Die Gewährung von freier Unterkunft, Kleidung und Verpflegung anstelle von Geldleistungen aus der Sozialhilfe, um „finanzielle Anreize" auszuschalten.
5. Die Erteilung einer Arbeitserlaubnis erst nach Ablauf eines gewissen Zeitraumes; damals war Jahr in der Diskussion.

(Erklärung der SPD-Fraktionsvorsitzenden von Bund und Ländern vom 1.6.80; „FR", 2.6.80).

Entsprechenden Applaus bekam die SPD von der CDU-Seite: *„Als bayrische Grenzbeamte vor einigen Monaten eigenständig prüften, ob von Asylanten überhaupt ein wirksamer Antrag gestellt worden war, war die Empörung groß. Doch inzwischen sehen sich selbst SPD und FDP einem wachsenden Unbehagen, geäußert von Kommunen und Behörden gegenüber. Rechtzeitig zur Wahl will die Koalition daher jetzt ein eigenes Asylgesetz verabschieden, das über den einst als fremdenfeindlich bezeichneten Entwurf der Opposition noch hinausgeht"* („Welt", 3.6.80).

Auf dem SPD-Parteitag im Juni 1980 in Hessen sprach sich die Mehrheit der Delegierten gegen die Aufnahme der Forderung nach einem kommunalen Wahlrecht für Ausländer ins Wahlprogramm aus. Stattdessen hieß es: *„Die SPD tritt für die schrittweise Integration derjenigen Arbeitnehmer und deren Familien ein, die auf Dauer in der BRD bleiben wollen"* („FR", 11.6.80). Zwischendurch führte die Bundesregierung die Visumspflicht für Türken ein.

SPD-MdB Kleinert erklärte, *„man müsse in der Bevölkerung den Eindruck vermeiden, das im Grundgesetz verankerte Asylrecht sei schädlich, nur weil es aus wirtschaftlichen Gründen ausgenutzt würde"* („FAZ", 19.6.80). Einen Monat später meldet sich Schmidt zu Wort: **„An Artikel 16 müssen wir ran"** („FR", 3.7.80). SPD-Arbeitsminister F. Farthmann (NRW) sprach sich für ein *„drastisch verkürztes Anerkennungsverfahren und für die sofortige Abschiebung im Falle einer Ablehnung"* aus. Dies sei das *„wirksamste Mittel gegen die Asylantenflut"*.

Damals war die SPD angeblich noch gegen die „Sammellager" – allerdings hatte sie zugleich keine Einwände gegen die *„Zusammenfassung von Asylbewerbern in überschaubaren Einheiten"* („FNP", 3.7.80). Börner und der hessische Sozialminister Clauss sahen es von Anfang an gleich anders: die Einrichtung von Sammellagern in Hessen sei *„die sauberste, hygienischste und wohl auch verwaltungstechnisch beste Lösung"* („FNP", 8.7.80).

Die hessische Landesregierung beschloß dann auch einen Sieben-Punkte-Plan gegen den „Asylantenstrom":

1. Einrichtung von neuen Sammellagern für alle Asylbewerber ohne Arbeitserlaubnis.
2. In Hessen konkret zwei „Gemeinschaftslager" in einer ehemaligen Kaserne in Wiesbaden und auf dem Gelände des Frankfurter Flughafens.
3. Effektivere Kontrolle der Visumspflicht.
4. Weder Bargeld noch Arbeitsgenehmigung für die Asylbewerber: *„Mit dem Wegfall der Sozialhilfe, die die Asylanten materiell weitaus besser stellte als in ihrem Heimatland, entfällt nach Ansicht der Landesregierung auch ein hoher Anreiz für die Einreise von Scheinasylanten"*.
5. Verpflichtung von Gemeinden und Landkreisen, ein gewisses „Kontingent" aufzunehmen.
6. Einrichtung weiterer „Gemeinschafts-Unterkünfte" („FNP", 8.7.80).

Der Frankfurter SPD-Bürgermeister Martin Berg behauptete: *„Begründete Härtefälle sind die seltene Ausnahme"* („FR", 24.7.80), während Rudi Arndt meinte: *„Der Oberbürgermeister (Wallmann) trägt ein gerüttelt Maß an Schuld an der Entwicklung der Asylantenszene. Wallmann habe 1979 unter der Parole „Asylanten aller Länder, kommt nach Frankfurt!" die Menschen in die Stadt geholt"* („AP", 2.8.80). Doch freue er sich, daß die Position des OB und der CDU *„in der letzten Zeit realistischer"* sei. Anstelle Wallmanns hätte er, Rudi Arndt, zehn Asylbewerber nach Wiesbaden zu Börner gefahren und ihn dann gefragt: „Was machst du nun mit denen?". – Wahrlich ein Vollblutpolitiker von der ganz humanen Sorte! Es versteht sich von selbst, daß der gleiche Börner sich parallel entschieden gegen die Einschränkung des Art. 16 ausspricht: „Dies ist die BRD ihrer Vergangenheit und der humanitären Demokratie schuldig" („SZ", 13.8.80).

Auf dem Berliner Parteitag der SPD im Dezember 1980 sprachen sich die Delegierten ebenfalls gegen die Einführung des kommunalen Wahlrechts für Ausländer aus:

„Beim gegenwärtigen Stand der Integration bestehe die Gefahr, daß deutsche Parteien aus den Bezirksvertretungen verdrängt und durch Ausländer radikale Gruppierungen hineingewählt werden"!

Der Ausländerzustrom müsse im Interesse der hier lebenden Ausländer gestoppt werden („FR", 8.12.80).

Anfang 1981 erklärt der ehemalige Bundesbeauftragte für Ausländerfragen, Kühn (SPD): *„Die Möglichkeiten der BRD, weitere Ausländer aufzunehmen, sind jetzt erschöpft"* („FNP", 14.1.81).

Die *„uneingeschränkte Aufrechterhaltung des Anwerbestopps"* liege im Interesse *„einer verstärkten Integration jener Ausländer, die bereits in der BRD leben"*. Im September wurde auf der Grundlage einer Rechtsverordnung der Bundesregierung die Frist zur Erteilung einer Arbeitserlaubnis von einem auf zwei Jahre erhöht. Im Dezember meldet sich Schmidt nochmal:

„Es liegt im Interesse der Bevölkerung, daß der Zuzug nicht integrationswilliger oder integrationsfähiger Ausländer gestoppt wird". Regierungssprecher Becker erläuterte: *„Dies gilt zum Beispiel für jene, die trotz längeren Aufenthalts in der BRD keine Bereitschaft zeigen, die deutsche Sprache zu lernen"* („FNP", 3.12.81).

Die Bundesregierung faßte einen einstimmigen Beschluß:

- Der Nachzug von 16- und 17jährigen wird untersagt;
- Kinder dürfen generell nicht nachgeholt werden, wenn nur ein Elternteil in der BRD lebt;
- Ausländer/innen der sog. „zweiten Generation" dürfen ihren Ehegatten/in nur nachholen, wenn sie mindestens 18 Jahre sind, 8 Jahre in der BRD leben und mindestens ein Jahr verheiratet sind;
- Angehörige dürfen generell nicht von Ausländern nachgeholt werden, die hier in einem Ausbildungsverhältnis stehen;
- 18jährige, die hier mindestens seit 8 Jahren leben, sollen sich „einbürgern" können (im übrigen dauert eine Einbürgerungsprozedur häufig zwischen 10 und 12 Jahre und kostet bis zu 5.000 DM).

Eine Integration – so die SPD-Fachkonferenz zu Ausländerfragen – sei ohnehin nur möglich, *„wenn sich das Problem der großen Zahl löst"* („FAZ", 7.12.81).

Im Januar meinte Sozialminister A. Clauss (SPD, Hessen): *„Ausländerfeindlichkeit können wir uns nicht leisten, auch im eigenen Interesse nicht"* („FNP", 24.1.82). Auch der deutsche Bundestag warnt vor ausländerfeindlichem Rechtsextremismus, ebenso diverse nordrheinwestfälische Oberbürgermeister: die AG Ausländer innerhalb der SPD-Fraktion fordert gar *„eine klare Absage an die Politik des ‚Ausländer raus'"* („Welt", 5.2.82). Der Innenminister von NRW, Schnoor, kündigt an: *„Die faschistischen Drahtzieher müssen entlarvt werden"*. Übereinstimmend sorgen sich CDU/CSU und SPD in einer Bundestagsdebatte im Februar 82 um *„die wachsende Ausländerfeindlichkeit in der Bevölkerung, die sich vor allem gegen die schwer eingliederungsfähigen Türken wende ... Redner aller Fraktionen wiesen mit gewisser Sorge auf den hohen Anteil der Türken hin. Besonders die Gewohnheiten dieser Gruppe führe in Ballungszentren wie Frankfurt, Berlin oder Stuttgart zu ghettoähnlichen Erscheinungen, die auch Folgen für deren Ansehen bei der deutschen Bevölkerung hätten"* („FAZ", 5.2.82).

Es gibt zwischen der CDU/CSU und der SPD in der Ausländerfrage überhaupt keinen nennenswerten Unterschied. Höchstens in der Argumentation:

Die SPD hat diese ganzen Maßnahmen und die Asylantenkampagne mitgetragen einerseits aus „Rücksicht" auf die deutsche Bevölkerung, die es eben so wolle, andererseits aus „Rücksicht" auf die hier lebenden Ausländer/innen, damit sie nicht zu viele werden.

E., KB-Gruppe Frankfurt



Hamburg: Große Demonstration gegen Ausländerfeindlichkeit

7 — 8000 Menschen demonstrierten am 2. Juni in Hamburg gegen die herrschende Ausländerpolitik und ihr jüngstes Produkt, die nazistische „Hamburger Liste für Ausländerstopp" (HLA). Aufgerufen hatte ein breites Bündnis, an dem sich über 60 ausländische und deutsche Gruppen beteiligten. So das Deutsch-Ausländische Aktionsbündnis (DAAB), in dem neben zahlreichen ausländischen Organisationen und Initiativen, wie BIRKOM, Fidef, HDB, Spanischer Elternrat u.a., auch GAL, DKP, KB u.v.a.m. mitarbeiten. Aufgerufen hatten weiterhin die GEW, der Hamburger Landesjugendring (LJR), die Antifaschistische Initiative (VVN, AStA u.a.), die IG Drupa sowie diverse Untergliederungen der SPD.

Im Mittelpunkt der Demonstration stand der Protest gegen die undemokratische und unmenschliche Ausländerpolitik der etablierten Parteien. Von Seiten des DAAB wurde dagegen die vollständige Gleichberechtigung aller in der BRD lebenden Ausländer gefordert, einschließlich eines gesicherten Aufenthaltsrechtes sowie des uneingeschränkten Wahlrechts. Im Zentrum der Aktion stand natürlich auch die Forderung nach dem Verbot der NPD-Gründung HLA.

In der Vorbereitungsphase der Demonstration hatte es v.a. mit DKP-und SPD-orientierten Kräften einigen Streit gegeben, da diese bereits frühzeitig versuchten, die Aktion inhaltlich wie organisatorisch unter ihre Fuchtel zu bekommen. Die bei den vorbereitenden Sitzungen durch Jusos vertretenen Verbände (LJR, Antifaschistische Initiative) hatten zunächst sogar versucht, den Termin der Demonstration auf den 5. Juni festzulegen, um damit der für den gleichen Tag geplanten Anti-Nato-Demonstration zu schaden, die ihnen aus wahltaktischen Gründen nicht ins Konzept paßte. Nachdem diesem Ansinnen im DAAB eine klare Abfuhr erteilt wurde, gelang es besagten Kräften mit Unterstützung von GEW, DKP usw. allerdings zumindest teilweise, die inhaltlichen Akzente für die Aktion in ihrem Sinne zu diktieren. So konnten sie beispielsweise durchsetzen, daß die Verantwortung des Hamburger SPD-Senats für die ausländerfeindliche Politik im gemeinsamen Aufruf des Bündnisses nicht benannt wurde.

Der Verlauf von Demonstration und Kundgebungen hat allerdings gezeigt, daß diese Manöver kaum den gewünschten Erfolg hatten, zumal von Seiten des DAAB letztendlich nicht mehr die Bereitschaft bestand, sich dem ständigen Diktat der LJR, GEW usw. zu unterwerfen.

AG Ausländer



Nazi-Typ (in der Altonaer Zeißstraße 72), der die Demonstranten gegen Ausländerfeindlichkeit bespukte und beschimpft und zum Schluß die Hand zum „deutschen Gruß" erhob.

Die importierte Armut

Wachsende Verschuldung und Auszehrung der „3. Welt"



In der ersten Hälfte dieses Jahres dürfte die gesamte Verschuldung der „3. Welt" gegenüber internationalen Organisationen und den internationalen Banken die 500 Milliarden Dollar Grenze überschritten haben. Das Wachstum dieser Verschuldung wird mehr und mehr beschleunigt; im letzten Vierteljahrhundert mußten durchschnittlich jedes Jahr zwei Länder ihre Zahlungsunfähigkeit anmelden, und im Strudel der Verschuldungsfälle konnten 1981 allein acht Länder die Zinsen und Rückzahlungen nicht mehr leisten. Die drei Kontinente Afrika, Asien und Lateinamerika — reich an Bodenschätzen und einst blühende Länder — sind heute Bettler bei den Großbanken und der Weltbank um die Stundung ihrer Schulden: Was spielt sich dort ab hinter ein paar Prozentziffern und kaum vorstellbaren Summen an Verbindlichkeiten?

In 20 Jahren 20mal so große Schulden

Im Jahre 1960 betrugen die Auslandsschulden der „3. Welt" nach einer OECD-Berechnung rund 18 Milliarden Dollar, 1980 ist dieser Betrag auf über 400 Milliarden Dollar angewachsen (1). Hinter dieser alle Kredite und „Entwicklungshilfen" aufaddierenden Zahl verschwinden allerdings die unterschiedlichen Bedingungen, in denen sich die einzelnen Länder befinden. Dieses wollen wir in folgender Tabelle für das Jahr 1978 verdeutlichen. In diesem Jahr beliefen sich die Verbindlichkeiten auf rund 336 Mrd. Dollar. Die Tabelle unterteilt die Länder der 3. Welt nach durchschnittlichem Pro-Kopf—Einkommen. Diesen Ländergruppen wird der jeweile Anteil an den Schulden und der Bevölkerung in der „3. Welt" zugeordnet:

Gesamte Auslandsverschuldung der „3. Welt" nach Einkommensgruppen Ende 1978

	Anteil an der Gesamtschuld (%)	Anteil an der Bevölkerung (%)
Untere Einkommensgruppe (unter 450 $-pro-Kopf)	22	61
Mittlere Einkommensgruppe (450 bis 1000 $)	15	15
Mittlere Einkommensgruppe (1.000 bis 2.500 $)	41	17
Obere Einkommensgruppe (über 2.500 $)	8	3
OPEC-Länder	14	4

Quelle: (2)

Der Hauptteil der Kredite und „Entwicklungshilfen" fließt also in die Länder mit den etwas höheren Einkommen; das sind zum großen Teil die Schwellenländer, die halbkapitalistisch oder auf dem Sprung zu Unterzentren auf den drei Kontinenten sind. Die große Masse der Bevölkerung der „3. Welt" ist jedoch von den Finanzmitteln der Metropolen abgeschnitten. Die Gruppe der „armen Länder" ist weitgehend auf die „Entwicklungshilfen" und die zinsgünstigeren Kredite von Weltbank und ihren Unterorganisationen angewiesen, da sie schlichtweg die anderen Gelder nicht bezahlen könnten. Innerhalb des gesamten Rahmens des Kapitalflusses spielen diese Kredite jedoch immer mehr eine Rolle am Rande, wie auch die Entwicklung in der Tabelle I aufzeigt: der Prozentsatz der offiziellen Kredite ist in den letzten Jahren halbiert, die institutionellen Kredite von Weltbank und IDA auf einem gleichbleibenden Niveau eingefroren worden.

Im Zeitraum von 1970 bis 1980 ist der Anteil der privaten Geldquellen an der gesamten Verschuldung nahezu verdoppelt worden, und dies hat sehr weitreichende Konsequenzen für die Länder der „3. Welt". Die Mittel, die von der Weltbank oder einer ihrer zahlreichen Unterorganisationen (wie die zahlreichen Entwicklungsbanken) oder als direkte „Entwicklungshilfe" zur Verfügung gestellt wurden, werden zu wesentlich niedrigeren Zinsen als die Gelder aus den privaten Quellen vergeben.

Das ganz große Geschäft der Banken

Im Laufe des letzten Jahrzehntes ist der Anteil der Kredite und Anleihen aus privaten Quellen auf 60 % des gesamten Verschuldungsaufkommens angewachsen (3). Die Zinsen der öffentlichen Kreditgeber lagen von 1970 bis 1977 zwischen drei und vier Prozent, während im gleichen Zeitraum die Zinsen der privaten Kreditgeber zwischen 6 und 8,5 % lagen. Bei Krediten von Banken ist der Zeitraum, innerhalb dessen Kredite zurückzuzahlen sind, wesentlich kürzer als bei den offiziellen Krediten, Weltbank- oder IDA-Kredite laufen meist über 25 Jahre, die anderen Laufzeiten betragen weniger als die Hälfte dieser Zeit. Die internationalen Banken vergeben ihre Gelder zu Zinssätzen, die sich an dem Londoner Interbankensatz für Dollareinlagen (kurz LIBOR) orientieren. Dieser Zinssatz bewegte sich in den letzten Jahren zwischen 12 und 19 %, auf diesen Satz schluagen die Banken dann noch ein bis zwei Prozent — je nach Land und Risiko der Rückzahlung — drauf, so daß die Länder der „3. Welt" bis zu 20 % jährlich für ihre Schulden aufbringen müssen (4).

Bezahlen können diese Länder ihre Verbindlichkeiten nur mit Devisen, die sie über Exporte erwirtschaften. Und hier beginnt für die große Zahl der Länder ein irrwitziger Kreislauf. Nach Angaben des Weltentwicklungsberichts der Weltbank von 1981 betrug die durchschnittliche Verschuldung für die „3. Welt" in v. H. ihrer Ausfuhren 1977 79,6 %, 1978 86,6 % und 1979 78,3 %. Das bedeutet, daß diese Länder sehr wenig Spielraum haben, um ihre Banken-Gläubiger zu befriedigen. Dazu kommt in den letzten zwei, drei Jahren eine rapide Verschlechterung ihrer Handelsbedingungen: Die Rohstoffpreise werden gedrückt, ihre Exportgüter sind, bedingt durch die Krise in den Metropolen, nicht mehr gefragt.

Die 10 Länder der „3. Welt" mit der größten Schuldensumme 1979 in Milliarden US-$

Brasilien	51.8
Mexico	33.5
Algerien	17.2
Indien	16.9
Indonesien	16.0
Korea (Süd-)	15.8
Spanien	14.8
Jugoslawien	12.5
Ägypten	12.0
Argentinien	10.5
Summe für die ersten 20 Länder	**267.5**
Summe für alle Länder der „3. Welt"	**451.0**

Der größte Teil der Auslandsverschuldung der „3. Welt" konzentriert sich auf die entwickelten Länder. Die Summe der Schulden der 20 verschuldetsten Länder repräsentiert mehr als die Hälfte der Gesamtverschuldung von nahezu 100 Ländern.
Quelle: OECD Paris 1980

Im Jahresbericht des Weltwährungsfonds wird die Lage dieser Länder aus der Sicht der Metropolen beschrieben. *„Angesichts der Verschlechterung der realen Austauschverhältnisse in den letzten Jahren und den daraus resultierenden höheren realen Kosten von zusätzlichen Mitteln, die aus dem Ausland beschafft werden, wären, damit Investitionsprogramme aufrechterhalten werden können, die auf entwicklungspolitische Ziele abgestellt sind, eine erhebliche Umlenkung der inländischen Ressourcen vom Verbrauch zu den Investitionen und wahrscheinlich auch größere Zuflüsse offizieller Entwicklungshilfe und sonstiger Kapitalien aus dem Ausland erforderlich. Für viele Entwicklungsländer, und insbesondere für die Entwicklungsländer in der Gruppe mit niedrigem Volkseinkommen, deren Lebensstandard ohnehin äußerst niedrig ist, ist eine solche Umlenkung der Ressourcen nicht durchführbar. In diesen Fällen wird durch den verringerten Zustrom von Mitteln aus dem Ausland zwangsläufig die Expansion produktiver Investitionen eingeengt und die dringend notwendige Beschleunigung des Produktivitätszuwachstums und des Wachstums des Pro-Kopf-Einkommens verhindert oder verzögert. (...) Für die Hauptgruppe der Ölimportländer hatten der Rückgang der realen Austauschverhältnisse und das geringe Wachstum des Ausfuhrvolumens schwerwiegende — für die Länder mit niedrigem Volkseinkommen sogar nahezu verheerende — Folgen für die reale Einfuhrkaufkraft der Exporterlöse."* (4)

Endstation: Umschuldung

Die gesamte aufgelaufene Schuld der Länder der „3. Welt" stellen einen indirekten Kapitalexport aus den Metropolen dar. Mit den Krediten von Weltbank und IDA, mit den aufgenommenen Anleihen auf den internationalen Finanzmärkten und den Krediten der Banken werden Infrastrukturmaßnahmen, Investitionen in den Industrien, Ausbau der Militärapparate usw. finanziert. Die Länder verschulden sich meist, um die Voraussetzungen für die Ausbeutung durch die Konzerne der Metropolen zu schaffen, und zynischerweise auch vielfach, um den Unterdrückungsapparat aufzubauen, um so das eigene Volk in Ruhe und Ordnung zu halten.

Und so verdienen die Metropolen doppelt. Einmal an der direkten Ausbeutung, indem die Gewinne in die eigenen Länder zurücktransferiert werden, und zum zweiten, indem sie sich

Schuldendienst der „3. Welt" nach Kreditquellen – in Milliarden US-Dollar und prozentualer Verteilung –

	1971		1977		1980	
	Mrd.-$	%	Mrd.-$	%	Mrd.-$	%
Öffentliche ‚Entwicklungshilfe'	1.4	12.8	2.0	4.9	2.6	3.0
Exportkredite	5.2	47.7	16.8	40.8	32.0	36.4
Bankkredite und sonst. private Kredite	2.7	24.8	16.5	40.0	41.5	47.2
Internat. Organisationen (Weltbank usw.)	0.9	8.3	2.6	6.3	4.5	5.1
RGW-Länder	0.6	5.5	1.2	2.9	2.3	2.6
OPEC-Länder	-	-	0.6	1.5	2.2	2.5
Summe des Schuldendienstes	10.9	100.0	41.2	100.0	87.9	100.0

Summe des Schuldendienstes i. v. H. der Gesamtschuldensumme

1971	86,6 Mrd. Dollar	10,9 Mrd. Dollar	12,6 %
1977	264,9 Mrd. Dollar	41,2 Mrd. Dollar	15,6 %
1980	451,0 Mrd. Dollar	87,9 Mrd. Dollar	19,4 %

„Schuldendienst" ist die Summe dessen, was ein Land während eines Jahres an Zinsen und Rückzahlungen leisten muß. In der Tabelle ist für die Jahre 1971, 1977 und 1980 aufgeschlüsselt, wieviel Prozent des jährlichen Schuldendienstes auf welche Art der Kredite entfallen. Der Rückgang des Anteils der öffentlichen Entwicklungshilfe spiegelt sich im Rückgang des Schuldendienstes für diese Art des Kredites wider. Die wichtigste Entwicklung ist die Verdoppelung des Schuldendienstes für die Kredite von Banken und anderen privaten Quellen. Ein Vergleich mit der prozentualen Auslandsverschuldung (Tabelle 1) zeigt, daß der Anteil, der für die Kredite an private Banken aufgebracht werden muß, größer ist als der Anteil, den die privaten Kredite bei einer Aufteilung der Auslandsverschuldung darstellen. Hier schlagen die wesentlich höheren Zinsen für die privaten Kredite durch. Ein ähnlicher Vergleich für den Schuldendienst gegenüber der Weltbank und die durch sie gegebenen Kredite zeigt, daß diese Kredite wesentlich zinsgünstiger sind.
Quelle: OECD/DAC, External Debt Stat. f. Develop. Countries, Latest Trends, Paris '80

Tabelle 1
Verteilung der Auslandsverschuldung der „3. Welt"
– Prozentual nach den Geldquellen –

	1970		1975		1980	
Offizielle Kredite von anderen Ländern	35.6		26.2		18.5	
davon: OECD-Länder		28.4		19.6		13.1
OPEC-Länder		0.6		2.6		2.7
Offizielle Export-Kredite	6.8		5.4		5.5	
Institutionelle Kredite	12.6		11.1		12.2	
davon: Weltbank		7.8		5.7		5.2
IDA*		2.9		3.2		2.9
Private Geldquellen	27.8		35.0		44.2	
davon: Verbraucher Kredite		11.0		7.6		4.6
Banken		10.0		23.5		34.9
Anleihen		5.0		3.1		4.6
Pr. nicht garantierte Schulden	17.3 = 100%		22.3 = 100%		19.5 = 100%	

Verteilung der Auslandsverschuldung der „3. Welt"
– nach Milliarden US-Dollar –

	1970		1980	
Offizielle Kredite von anderen Ländern	22.6		78.3	
davon: OECD-Länder		18.0		55.6
OPEC-Länder		0.4		11.6
Offizielle Export-Kredite	4.3		23.4	
Institutionelle Kredite	8.0		51.8	
davon: Weltbank		4.9		21.9
IDA*		1.8		12.1
Private Geldquellen	17.7		187.3	
davon: Banken		6.3		147.9
Verbraucher Kredite		7.0		19.4
Anleihen		3.2		19.3
Private nicht garantierte Schulden	11.0		82.5	
Summe der privaten und öffentl. Schulden	63.5		423.3	

Quelle: „Developments in and Prospects for the External Debt of the Developing Countries: 1970 – 1980 and Beyond"/World Bank Staff Paper – August 1981
*IDA = International Development Association, eine Institution der Weltbank

das Kapital, das sie selbst benutzen, von der „3. Welt" beschaffen lassen.

Jedoch scheint diese Entwicklung an eine Grenze zu stoßen, der Druck im Dampfkessel ist nur noch begrenzt kontrollierbar. Bisher wurde von Seiten der Metropolen die Verschuldung generell durch die gestiegenen Ölpreise erklärt. Sicher mußten die nichterdölproduzierenden Länder der „3. Welt" mehr Devisen zur Öleinfuhr aufwenden. Der Zuwachs der Verschuldung blieb davon jedoch weitgehend unberührt. Auch im Zeitraum von 1969 bis 1973 betrug die jährliche Zunahme der Auslandsverschuldung knapp 20 %, verglichen mit einer durchschnittlichen Zunahme im Zeitraum Ölpreisentwicklung von 1973 bis 1977 von 21 % ein unwesentlicher Unterschied (3). In der Zeit von 1974 bis 1978 sind die Ölkosten sogar real um 23 % gesunken, die Verschuldung steigerte sich aber in diesem Zeitraum wie in den Jahren zuvor.

In seiner letzten Rede vor dem Gouverneursrat der Weltbank wies McNamara, gewiß kein Redner für die „3. Welt", eindringlich auf die entstehenden Probleme hin. Er betonte, daß die Verschuldung Größenordnungen erreicht habe, die nicht mehr finanzierbar seien. Veränderungen in der Situation dieser Länder seien dringender
reicht habe, die nicht mehr finanzierbar seien. Veränderungen in der Situation dieser Länder seien dringender
denn je, *„denn wenn die notwendigen Maßnahmen hinausgezögert oder die finanzielle Hilfe aus dem Ausland dafür unzureichend ist, dann sind diese Länder gezwungen, den Anpassungsprozeß unter Bedingungen durchzuführen, die gekennzeichnet sind von geringem oder negativem Wachstum, nur unbedeutendem oder überhaupt keinem sozialen Fortschritt und von politischen Unruhen, die sich dann mit Sicherheit einstellen"* (5).

Wenn 1981 allein acht Länder ihre Zahlungsunfähigkeit anmelden und in Umschuldungsverhandlungen eintreten mußten, ist das ein deutliches Zeichen, daß diese Form der Auszehrung durch die Metropolen an ihre Grenzen stößt. Von diesen acht Ländern waren fünf vom afrikanischen Kontinent. Ende 1979 betrug Mauretaniens Auslandverschuldung 121 % des Nationaleinkommens, Togos 86 % und bei weiteren acht afrikanischen Ländern lag dieser Satz bei über 40 %. In der Vergangenheit bedeuteten Umschuldungsverhandlungen meist einen weitgehenden Verlust an nationaler Souveränität. Und deshalb versuchen die Länder auch bis zum letzten, andere Wege als durch diese Mühle der Metropolen zu gehen. Durch den Internationalen Währungsfonds (IWF) wird in solchen Verhandlungen rücksichtslos in die innenpolitischen Verhältnisse eingegriffen. In Ghana (1967) und in Zaire (1978) wurde die Zentralbank kurzerhand von einem „Vertrauensmann" des IWF übernommen. Die Umschuldungsverhandlungen von Chile 1972/73 wurden von den Metropolen so gestaltet, daß Chile zwei Jahre lang keine Kredite und keine „Entwicklungshilfe" mehr bekam. Im Frühjahr 1974 wurden Pinochet dann Kreditsummen zur Verfügung gestellt, die die Forderungen unter der Unidad Popular um ein Mehrfaches überstiegen. Die Forderungen der Metropolen in solchen Verhandlungen laufen meist auf folgendes heraus: *„Die Verminderung der Ausgaben erfolgt vorrangig durch Abbau von Subventionen, Einstellung der Verlustfinanzierung von Staatsbetrieben und Reduzierung von Entwicklungsprojekten, aber auch von ordentlichen Ausgaben wie Personalkosten und Transferleistungen. Die völlige Preisfreigabe bei allen Gütern von Staatsbetrieben und die Reduzierung von Subventionen ist in vielen Fällen vom IWF gefordert und durchgesetzt worden"* (6). Die Zahlungsunfähigkeit und das Abschneiden von den ausländischen Kapitalmärkten führt zu einem Mangel an Devisen. Dieser Mangel bedeutet *„fast immer () Wachstumsverluste, () Arbeitslosigkeit und eine oft drastische Einschränkung der privaten Lebenshaltung sowie der Versorgung mit öffentlichen Gütern"* (7).

So endet für die meisten Länder der „3. Welt" der Prozeß der importierten Verarmung mit einer Diktatur unter dem IWF und einem Regime der Militärs.

Imperialismus-Kommission

Anmerkungen:

1 „Zur Verschuldungsfrage der Dritten Welt" — Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung/1.1981
2 OECD/DAC, External Debt Statistics for Developing Countries: Latest Trends, Paris 1980
3 „Die Entwicklung der Auslandsverschuldung seit 1973", M. Holthus, in: „Gefährdete Weltfinanzen", 1980
4 Internationaler Währungsfonds, Jahresbericht vom 30.4.1981
5 Ansprache an den Gouverneursrat von R. S. McNamara, Washington, 30.9.1980
6 „Die Bereitschaftsabkommen des IWF in der Kritik", H.-B. Schäfer, in „Gefährdete ..."
7 „Die Diskussion um die Neuordnung internationaler Umschuldungen", derselbe



Die 3. UN-Seerechtskonferenz

Der Kampf um die Aufteilung der Weltmeere

„Jubel der Dritten Welt über die Verabschiedung der neuen Internationalen Seerechtskonferenz" (1). **„Ein Sprung direkt zur zentralen Planwirtschaft"** (2). Damit wird bereits der **zentrale Gegensatz zwischen den Ländern der Dritten Welt und den imperialistichen Industrienationen** deutlich, der die Auseinandersetzungen auf dieser Konferenz bestimmte.

Bei der nunmehr seit 1973 laufenden 3. UN-Seerechtskonferenz (UN-SRK) (3) verhandelten 151 Staaten um die Aufteilung und Nutzungsrechte der Weltmeere. Man muß hier unterscheiden zwischen dem sog. Festlandsockel, d.h. „Küstengewässer" bis 200 Meter Wassertiefe (4) und der Hohen See.

Im **Festlandsockel** liegen sehr große Erdöl- und Erdgasvorkommen (ein Viertel der Welterdölproduktion kommt heute bereits aus solchen off-shore-Gebieten, z.B. vor Venezuela, Mexiko oder aus der Nordsee), daneben halten sich in diesen Gewässern 85% der Weltfischbestände auf. Auf dem Boden der **Hohen See** liegen sog. **Manganknollen** , Mehr-Metall-Knollen, die vor allem Mangan, Kupfer, Kobalt und Nickel enthalten. Das Ausmaß dieser „Schätze der Meere" ist enorm: So werden allein im Pazifik 365 Mrd. t Mangan, 16,6 Mrd. t Nickel, 8,3 Mrd. t Kupfer und 3,3 Mrd. t Kobalt (5) vermutet, das wäre ein Vielfaches der heute auf dem Festland bekannten Weltreserven dieser Rohstoffe.

Nachdem es den Industrienationen 1958 und 1960 auf den ersten beiden UN-SRKen gelungen war, Beschlüsse gegen ihre Interessen zu verhindern, gelang ihnen dies auf der 3.UN-SRK nicht mehr vollständig.
In Bezug auf die Festlandsockelge- lang ihnen dies auf der 3.UN-SRK nicht mehr vollständig.

In Bezug auf die Festlandsockelgebiete faßte die Konferenz den Beschluß, diese **ausschließlich als nationale Wirtschaftszonen** zu deklarieren, die nur von den entsprechenden Küstenstaaten bzw. nur mit deren Erlaubnis ausgebeutet werden dürfen. Dies lag noch durchaus im Interesse der imperialistischen Staaten, denn

— die USA hatten bereits 1945 in der Truman-Doktrin ihren Festlandsockel zum nationalen Gebiet erklärt;
— die Gewinner dieser Regelung sind die USA, Frankreich und Großbritannien. Diese drei Staaten erhalten am meisten „Landgewinne", vor allem auf Grund ihrer noch aus der Kolonialzeit stammenden großen überseeischen Inselgebiete (bei GB u.a. die Falklands/Malvinen);
— die Multis besitzen auch als einzige die entsprechenden Technologien, um an diese Bodenschätze heranzukommen, so daß unter diesen Aspekten gesehen durchaus gesagt werden kann, daß **die 13 Industriestaaten sich mit ihren Interessen durchsetzen konnten.**

Bei der Aufteilung der **Hohen See** sah dies etwas anders aus. 1967 forderte der damalige maltesische UN-Botschafter Arvid Pardo, die Bereiche der See, die außerhalb nationaler Zuständigkeiten liegen, zum *„gemeinsamen Erbe der Menschheit"* zu erklären. Dieser Anspruch schlägt sich im nun vorliegenden Vertragsentwurf wie folgt nieder: Eine **internationale Meeresbergbaubehörde** sollte die Verfügungsgewalt über den Tiefseebergbau bekommen, Schürfrechte vergeben und Steuern auf die Gewinne der Multis erheben dürfen. Mit von den Multis zu „fairen Preisen" überlassener Technologie sollte sie auch selbst Tiefseebergbau betreiben. Die Einnahmen sollten den Staaten und Befreiungsbewegungen der Dritten Welt zugute kommen. Außerdem konnten die rohstoffproduzierenden Länder eine Klausel durchsetzen, wonach die Fördermengen aus dem Tiefseebergbau begrenzt sein sollten, um den Preisverfall ihrer Rohstoffe und damit ggf. ihren Bankrott verhindern zu können.

Nachdem all dies im Vertrag festgeschrieben war, zeigt sich, wie wenig kompromißbereit die imperialistischen Staaten, allen voran die USA, waren: sie verließen die Konferenz. In alter Wild-West-Manier forderten sie den **unbegrenzten Zugriff** auf die Meeresrohstoffe und verabschiedeten ein nationales Gesetz, das ihren Konzernen die Förderung ab 1988 erlaubt und ihnen notfalls militärischen Schutz gewährt. Die BRD, Frankreich und Großbritannien folgten mit entspre-
die Förderung ab 1988 erlaubt und ihnen notfalls militärischen Schutz gewährt. Die BRD, Frankreich und Großbritannien folgten mit entspre-
chenden Gesetzen (6).

Da jedoch der Druck dieser internationalen Konferenz nicht unbeträchtlich ist, sahen sich die USA zu Anfang dieses Jahres veranlaßt, wieder an den Verhandlungen teilzunehmen. Nun allerdings bestand ihre Verhandlungstaktik darin, dermaßen **unverschämte Forderungen** zu stellen, daß von vornherein klar war, daß diese **für die Staaten der Dritten Welt nicht annehmbar waren.** Zwar konnten sie noch durchsetzen, daß ihren Konsortien ein „Pionierstatus" zuerkannt wurde, der diesen einen großen Wettbewerbsvorteil verschafft, mehr jedoch nicht. *„Als unannehmbar bezeichnete Malone (US-Delegationsleiter, Anm.d.Verf.) vor allem die in der Konvention enthaltene Verpflichtung zu einem Technologie-Transfer, die Einengung der unternehmerischen Freiheit durch Produktionsbeschränkungen, die Möglichkeit, daß eine in der Konvention vorgesehene Revisionskonferenz in 20 Jahren durch Mehrheitsbeschluß die Rechte der privaten Investoren drastisch beschneiden kann und die Finanzierung von Befreiungsorganisationen aus den Einnahmen des Tiefseebergbaus"* (7).

Daß die USA nicht gewillt sind, sich die zu erwartenden Profite beschneiden zu lassen, machten sie in der Schlußabstimmung mit einem „Nein" deutlich (8).

Nach der „feierlichen Unterzeichnung" der Konvention, die für Dezember d. J. in Caracas vorgesehen ist, könnte diese zwar in Kraft treten, wenn sie danach von mehr als 60 Staaten ratifiziert wird, doch sofern die wichtigen Industrienationen nicht daran beteiligt sind, bleibt sie im völkerrechtlich-juristischen Sinne wie — machtpolitisch real — Makulatur.

Daß die Imperialisten gar nicht daran denken, den Kuchen mit den Ländern der Dritten Welt zu teilen, machten sie noch auf eine andere Art mehr als deutlich: Noch während (!) die Konferenz lief, verhandelten die USA, Frankreich, Großbritannien und die BRD über vorläufige Regelungen für mineralische Rohstoffe des Tiefseebodens, womit sie ihre nationale Gesetzgebung aufeinander abstimmen wollten. Man könnte auch sagen, sie teilen den Kuchen schon unter sich auf, obwohl die Konferenz noch lief, 130 Staaten ein brauchbares Verhandlungsergebnis erzielt hatten und obwohl der Tiefseebergbau erst Ende dieses Jahrzehnts Wirklichkeit werden wird. Ganz im Stil von Kolonialisten, die unter keinen Umständen bereit sind, auch nur eine Handbreit der Profitinteressen ih-
nen Umständen bereit sind, auch nur eine Handbreit der Profitinteressen ih-
rer Konzerne freiwillig aufzugeben. Wie kein anderer machte dies der ehemalige US-Außenminister Kissinger deutlich: **„Die USA besitzen sowohl die Technologie** (um die Manganknollen zu fördern, Anm.d.Verf.) **als auch die Kriegsmarine, um ihre Interessen wahrzunehmen und zu schützen"** (9).



Imperialismus-Kommission

Anmerkungen:

1. „Braunschweiger Zeitung" vom 4.5.82
2. „Die Zeit" vom 26.3.82
3. siehe „Arbeiterkampf 200" vom 27.4.1981, S.7, „Die 3.UN-SRK oder Krieg um die Weltmeere"
4. Als Festlandsockel wurde auf der Konferenz eine Zone von mindestens 200 sm festgesetzt; sofern die Wassertiefe von 200 Meter nicht erreicht ist, kann diese Zone bis zu 350 sm ausgedehnt werden.
5. „Le Monde"
6. siehe u.a. „FAZ" vom 13.2.82
7. „Faz" vom 3.5.82
8. Gegen die Resolution stimmten auch die Türkei, Venezuela und Israel. Der Stimme enthielten sich neben allen Ostblockstaaten außer Rumänien die BRD, Großbritannien, Niederland, Belgien, Italien, Luxemburg, Spanien und Thailand. Vgl. „taz" vom 3.5.82 und „Braunschweiger Zeitung" vom 3.5.82. Die Sowjetunion spielte auf der Konferenz eher eine erbärmliche Rolle. Nachdem offensichtlich war, daß die Industrienationen dem Abkommen nicht beitreten würden, enthielt sich die SU der Stimme, denn die SU wäre jetzt der Hauptgeldgeber für die internationale Behörde geworden. Dies kann sie sich finanziell nicht leisten, wobei noch zu berücksichtigen ist, daß „...der Ostblock weder die Mittel noch das Know How hat, um in den kommenden Jahren selbst in den Tiefseebergbau zu gehen". Zit. nach „Neue Zürcher Zeitung" vom 4.5.82.
9. Zit.nach: M. Massarat, „Kampf um die Aufteilung der Weltmeere, Knappheit der Naturressourcen, Technologie-Entwicklung und Kriegsgefahr" in: Friedensanalysen 11, „Schwerpunkt: Kampf um die Weltmeere", Frankfurt 1980.

Gibt es eine neue Einheit der chilenischen Linken?

Unter dieser Fragestellung wollen wir die gestiegene Bedeutung der chilenischen Linken im Wechselverhältnis zur neuen Massenbewegung in Chile darstellen. Zugleich wollen wir hiermit den Hintergrund darstellen, auf dem die im September letzten Jahres gemachten Vereinbarungen der chilenischen Linken in Mexiko-Stadt zu sehen sind.



Bewaffnete Propaganda: Ein Transparent wird aufgehängt

Wie konnte die Massenbewegung wiederentstehen?

Nach dem Putsch vom 11. September 1973 organisierte die Junta ein fürchterliches Gemetzel, insbesondere unter terliches Gemetzel, insbesondere unter den organisierten Kräften: Dabei sollen ca. 30.000 Menschen ums Leben gekommen sein (bei einer Einwohnerzahl von 10 Mio.), 5.000 Menschen „verschwanden", d. h. sie wurden verschleppt, gefoltert und tauchten größtenteils nie wieder auf. Die Gorillas haben sie ermordet. Nach dieser tiefen Niederlage der Volksbewegung, die auch eine ideologische Krise nach sich zog, erholte sich die politische Kampfkraft nur langsam.

Die Wiederbelebung des Widerstandes erfolgte zunächst nur punktuell, d. h. von Menschen, die am härtesten von der Repression betroffen waren. Hierbei spielten die Vereinigung der Angehörigen von Verschwundenen und politischen Gefangenen, in der vor allem Frauen organisiert sind, eine hervorragende Rolle.

Das ökonomische Modell der Chicago-Boys lief nur über die totale Ausbeutung der Arbeiterschaft und entsprechend der Rücknahme sozialer Rechte. Aber Forderungen nach besseren sozialen Bedingungen und höheren Löhnen in einzelnen Betrieben zeugten vom ungebrochenen Kampfeswillen der chilenischen Arbeiterschaft.

Da die chilenische Gewerkschaftszentrale CUT zerschlagen war, blieb es schließlich nur der von der Junta gegründeten gelben Gewerkschaft sowie einigen nicht verbotenen christdemokratischen Gewerkschaften vorbehalten, den Protest der Arbeiter zu formulieren. Die absolute Untauglichkeit dieser Organe schürte geradezu den Widerstand der kampferprobten chilenischen Arbeiterklasse, ermöglichte aber auch die Ausnutzung von Widersprüchen.

Um das Verhältnis Arbeiter-Kapitalisten in einigermaßen geordnete Bahnen und von der Junta kontrolliert verlaufen zu lassen, wurde Mitte 1979 der sogenannte „Plan laboral" verabschiedet. Im Rahmen dieses Plans können einzelne Betriebsgewerkschaften (nur auf dieser Ebene ist gewerkschaftliche Arbeit erlaubt) Forderungen an die betreffende Betriebsleitung stellen, sie dürfen sogar einen Streik beschließen, der jedoch nur 60 Tage dauern darf. Danach können die Kapitalisten Aussperrung vornehmen und neue Arbeiter einstellen. Daß so geartete Streiks normalerweise nur geringen Druck auf die Kapitalisten ausüben, liegt auf der Hand: 1. Hat eine einzelne Betriebsgewerkschaft gar nicht das Geld, einen Streik von 60 Tagen zu organisieren. 2. Darf sie aber auch keine Unterstützung von anderen Gewerkschaften, und sei es nur aus derselben Branche, anfordern. Da, wo Streiks tatsächlich eine gewisse nationale Bedeutung erlangen könnten, nämlich in für den Staat wichtigen Großbetrieben, sind Streiks generell verboten.

Die totale Knebelung der Arbeiterrechte nach 1973 führte jedoch die Notwendigkeit gemeinsamen Handelns über alle traditionellen ideologischen Grenzen hinweg vor Augen. Darüber hinaus zog das Bewußtsein der eigenen Beschränkung neue Formen des Kampfes nach sich: Da es schwierig war, von anderen Betriebsgewerkschaften Unterstützung zu bekommen, wurden Streiks von außen durch Straßendemonstrationen unterstützt, die Frauen der Arbeiter organisierten Hungerstreiks und Solidaritätsessen.

In diesem Zusammenhang spielen die Komitees, die sich an der Basis bildeten, eine besondere Rolle: Die Basiskomitees bildeten sich angesichts der politischen und ökonomischen Repression in allen besonders betroffenen Sektoren, d. h. in den Elendsvierteln, in der Studentenschaft, bei den Arbeitern, den Arbeitslosen usw. Die ersten Komitees waren die der Angehörigen von verschwundenen politischen Gefangenen, die in der Regel von Frauen organisiert wurden.

Die Komitees haben den Vorteil, daß in ihnen alle Betroffenen zusammenarbeiten, die der Wunsch eint, ihre miserable Situation zu verändern. Es waren meist soziale Probleme, die die Menschen zusammenbrachten. In den Komitees arbeiten meist die politisch bewußtesten Menschen mit, hier werden Aktionen vorbereitet, koordiniert, z. B. die Unterstützung von Arbeitskämpfen. Aber auch die Koordination von gewerkschaftlichen Aktivitäten und politischen Aktionen waren die Folge. Die Basiskomitees verfügen seit dem letzten Jahr mit den sogenannten „Comites para la defensa del pueblo", CoDePu (Komitees zur Verteidigung des Volkes) auch über regionale Koordinationsgremien. In den Komitees realisiert sich die Einheit der Linken von der Basis her.

Die Widerstandskomitees

Der MIR versuchte, aus den Basiskomitees heraus die bewußtesten Kräfte in den sogenannten Widerstandskomitees zu organisieren, um damit zu einem Neuansatz linker Organisation in den Massen zu gelangen. Diese Widerstandskomitees hatten die Aufgabe, die vereinzelten Kämpfe zusammenzufassen, um zu einer besseren Organisation, zur Radikalisierung und Verbreiterung der Massenbewegung beizutragen. In den Widerstandskomitees wurde auch die Frage des Schutzes von politischen Aktionen diskutiert. Eine gewisse Bewaffnung erschien den Betroffenen angesichts der brutalen Repression einsichtig. Somit wurden aus diesem Kreis die ersten Selbstverteidigungsgruppen aufgebaut. Da es verboten war, Flugblätter zu verteilen, zu Demonstrationen aufzurufen, überhaupt eine politische Meinung zu äußern, geschweige denn über Massenmedien zu verbreiten, mußte dies mit Hilfe eines bewaffneten Schutzes geschehen: Nicht mehr und nicht weniger bedeutet die „Taktik der bewaffneten Propaganda". Der nächste Schritt war der Aufbau der sogenannten Volksmilizen, die sich aus den Widerstandskomitees heraus bezirklich organisierten, und deren Aufgaben prinzipiell andere waren als die der bewaffneten Propaganda. Die Volksmilizen sehen ihre Aufgaben darin, besonders verhaßte Institutionen und Personen der Diktatur mit bewaffneten Mitteln anzugreifen. Seit 1980 rollt eine Welle von bewaffneten Aktionen über das Land.

Da diese Aktionen nur der Unterstützung tatsächlicher Kämpfe dienten, also quasi in direktem Kontakt mit den Widerstandskomitees erfolgten, erfreuten sie sich einer großen Beliebtheit. Die Aktionen der Volksmilizen (z. B. Enteignungen von Banken, Erschießung von Folterern) zeigten dem Widerstand sowohl die Verletzlichkeit der Junta als auch die Stärke der eigenen Organisation. Die Notwendigkeit bewaffneter Kampfformen, in Chile bis 1978 kaum verankert, wird erstmalig von der Massenbewegung anerkannt. Daß hierfür auch die Ereignisse in Nicaragua und El Salvador eine gewisse Rolle gespielt haben, ist unbestreitbar.

Die chilenische Linke

Die hier skizzierten Tendenzen zur Radikalisierung und Vereinheitlichung der Massenbewegung sind von der traditionellen Linken, besser gesagt, von ihren politischen Repräsentanten im Ausland kaum oder nur unzulänglich zur Kenntnis genommen worden. Gefangen im Traum vom friedlichen Weg zum Sozialismus und der Enttäuschung über die verlorene Macht, die die Gorillas ja u n g e s e t z l i c h an sich gerissen hatten, waren sie wenig in der Lage, auf die veränderten Bedingungen angemessen einzugehen. Die Unidad Popular, das einstige Volksfrontbündnis unter Präsident Allende, ist nach dem Putsch 1973 nicht in der Lage gewesen, den Kampf gegen die Diktatur zu organisieren. Mehr noch: Die inneren Differenzen zwischen der revisionistischen KPChile (PC), der sozialistischen Partei (PS), die wiederum in sich zerstritten und gespalten ist, sowie der linken Christdemokraten führten zu einer faktischen Auflösung der Unidad Popular.

Die am deutlichsten sichtbare Trennungslinie zwischen traditioneller und revolutionärer Linken verlief zwischen der PC und dem MIR.

Die PC

Die PC versuchte nach dem Putsch die Bildung einer sogenannten antifaschistischen Volksfront, die sich im wesentlichen an der in den dreißiger Jahren entwickelten Volksfrontstrategie der Komintern orientierte. Dieses Bündnis hatte zum Ziel, alle antifaschistischen Kräfte (einschließlich oppositioneller Kreise der Bourgeoisie) zusammenzuschließen, um damit die Diktatur zu stürzen und die Wiedereinführung einer bürgerlichen Demokratie zu ermöglichen. In diesem Rahmen sollte die Linke wieder einen größeren Spielraum erhalten. Die chilenische PC ging schließlich soweit, den Kampf fast nur noch auf die Person Pinochets zu konzentrieren. Als wichtigsten zu gewinnenden Bündnispartner sahen sie die Christdemokraten an. Abgesehen von der Tatsache, daß diese Politik den Protest der Volksmassen für bürgerliche Politiker vom Schlage Eduardo Freis nutzbar machen wollte, ging sie auch von einer eklatanten Fehleinschätzung aus: daß die Christdemokraten das Bündnis mit den „Kommunisten" überhaupt wollten. Jedoch das umgekehrte war der Fall: Freis Christdemokraten hatten den Putsch aktiv mit vorbereitet und wollten nun lediglich eine Beteiligung an der Macht des Diktators, für die sie andererseits nicht gerade die Unterstützung der „Kommunisten" gebrauchen konnten. Überdies schafften internationale Fragen (Haltung zum „Realen Sozialismus") Schwierigkeiten, die nicht nur für die rechte Christdemokratie unüberbrückbar waren, sondern auch für das Spektrum der linken Bündnispartner. Afghanistan wurde auch für die chilenische Linke zur Gretchenfrage.

Der MIR

Der MIR, der 1975/76 aufgrund der äußerst brutalen Verfolgung am Rande der physischen Vernichtung stand, orientierte von Anfang an auf das Recht des chilenischen Volkes auf Widerstand einschließlich bewaffneter Widerstandsformen. Der MIR orientierte seine Politik auf die Schaffung einer einheitlichen Widerstandsfront von der Basis her und befürwortete ein Bündnis der gesamten Linken. Insbesondere bekämpfte der MIR die Illusionen, mit der rechten Christdemokratie ein Bündnis von oben installieren zu können. Aus der wiedererwachenden Volksbewegung organisierte er die sogenannten Komitees des Widerstandes, deren Aufgabe es war, die politisch bewußtesten Menschen zu organisieren, um so zu einer Radikalisierung der Kämpfe beizutragen.

Die Widerstandskomitees fügten dem Kampf der Bevölkerung das Element der revolutionären Gewalt hinzu.

Von Beginn der konterrevolutionären Phase an vertrat der MIR, daß alle im Exil lebenden Genossen nach Chile zurückkehren müßten. Dies führte seit Anfang 1978 zu einer relativ groß angelegten Rückkehrkampagne, in deren Rahmen eine große Anzahl Genossen illegal nach Chile zurückkehrten. Sichtbarstes Zeichen der zurückgewonnenen Stärke des MIR ist vielleicht die Anwesenheit ihres Generalsekretärs, Andres Pascal Allende, der sich seit Anfang 1979 in Chile befindet und als Staatsfeind Nummer 1 gilt. Der Neffe des 1973 ermordeten Präsidenten, der sich in regelmäßigen Abständen mit Erklärungen an das chilenische Volk wendet, genießt mittlerweile unter den Massen großes Prestige. Seine Präsenz in Chile trägt sicherlich dazu bei, die Entwicklungen im Lande realistischer zu beurteilen als etwa Luis Corvalan, Generalsekretär der PC, der sich ab und an über Radio Moskau an die chilenischen Massen wendet.

Der MIR hatte im August 1977 Bemühungen unternommen, sozusagen auf höchster Ebene zu einem Bündnis mit der Unidad Popular zu gelangen, mußte jedoch einsehen, daß dies ohne praktische Konsequenzen blieb.

Der große „Umschwung", speziell bei der PC, kam erst im letzten Jahr, ausgelöst im wesentlichen durch drei Faktoren: 1. durch den sichtbaren Aufschwung der Massenkämpfe (Streiks, bewaffnete Aktionen) seit Anfang 1980, in denen sich auch die eigene Parteibasis radikalisierte; 2. durch den Sieg der FSLN in Nicaragua und der damit verbundenen Angst, völlig an Einfluß zu verlieren, wenn man sich nicht der Frage des bewaffneten Kampfes stellt und 3. durch das Plebiszit, das auch dem letzten PCler klarmachte, daß Kaiser Pinochet bis in die neunziger Jahre hinein nicht gewillt sein würde, seine Macht mit irgendeinem auch noch so bourgeoisen Oppositionellen zu teilen. Seit dieser Zeit reißen die Bemühungen der chilenischen Linken, zu einer einheitlichen Front auch auf höchster Ebene zu gelangen, nicht mehr ab. Der vorläufige Höhepunkt dieser Anstrengungen war ein Treffen im September letzten Jahres in Mexico-Stadt, welches angesichts der geschilderten Differenzen zu sehr weitreichenden Übereinkünften gelangte. Dies ist u. E. in entscheidendem Maße ein Verdient der Politik des MIR.

Die Erklärung von Mexico

Hier die u. E. entscheidenen Passagen der Erklärung von Mexico: „*Chile ist nicht ruhig. (...) Ausdruck dieses Prozesses sind die Reorganisationen, die wachsende Aktivität, das Aufkommen von neuen und stärkeren Kampfformen in der Gewerkschaftsbewegung, bei den Einwohnern der Elendsviertel, bei den Studenten, den Bauern, bei den Angehörigen der politischen Gefangenen, der Verschwundenen und der im Exil lebenden Menschen. (...) Der Kampf der Massen ist die unabdingbare Basis des Befreiungsprozesses des chilenischen Volkes. (...) In tiefem Empfinden für unsere Verantwortung fordern wir die Ausübung des unveräußerlichen Rechtes des chilenischen Volkes, unter den aktuellen Bedingungen gegen die Tyrannei zu rebellieren. Daraus folgt, daß die Volksbewegung diejenigen Kampfformen anwenden wird, die sie unter den objektiven Gegebenheiten in der jeweiligen Situation für am meisten geeignet hält. Bei der Entwicklung der Massenkämpfe werden sich im Kampf sehr unterschiedliche Aktionsformen artikulieren, mit dem Ziel, die Diktatur zu destabilisieren.* ***Äußerungen bürgerlichen Ungehorsams, direkte Aktionen und auch die der bewaffneten Propaganda fügen sich in den Rahmen einer Strategie des Zusammenbruchs*** (der Junta, d. V.), ***die die Perspektive des Volksaufstandes hat*** *(con perspectiva insurreccional).*

Es wird nicht darum gehen, mit der Diktatur zu verhandeln, wie man unserem Volke die Rechte zurückgeben könnte, die man ihm entrissen hat. Es ist unvermeidlich, einen komplexen und brennenden Prozeß der Volksmobilisierung zu durchlaufen. In diesem Prozeß werden alle Modalitäten des Kampfes ihren Platz haben ***und die militärische Dimension des politischen Kampfes wird sich in vernünftiger und progressiver Form entwickeln.*** *(...) Wir haben bei diesem Treffen eine tiefe Selbstkritik in unseren Parteien konstatiert mit dem Intereesse, Fehler, sektiererische Verhaltensweisen und Arbeitsstile zu überwinden, die der Entwicklung eines Prozesses der Vereinigung und des Pluralismus unseres Volkes entgegenstehen. (...)*

Die Einheit der Linken wird im Schoße der Volksbewegung geschmiedet und ist ein Prozeß, dessen Schauplatz Chile ist. (...)" (zitiert nach „Punto Final" No. 197, Hervorhebungen d. V.).

Die Erklärung wird unterzeichnet von Vertretern folgender Organisationen: Anselmo Sule, Hugo Miranda (Partido Radical), Volodia Teitelboim, Alejandro Toro (PC), Clodomiro Almeyda, Galo Gomez (PS), Nelson Gutierrez, Gladys Diaz (MIR), Adonis Sepulveda, Luis Guzman (PS 24 Congr.), Jose Miguel Insulza, Gabriel Gaspar (Mapu OC), Javier Ossandon, Ximena Herrera (IC), Roberto Celedon, Juan Silva (Mapu).

Das Treffen von Mexico hat für die Entwicklung der Linken in Chile selbst offenbar eine mobilisierende Wirkung gehabt: Mittlerweile finden auf allen Ebenen Absprachen, Verhandlungen und Diskussionen statt, die eine engere Kooperation zum Ziel haben. Der MIR strebt in diesem Zusammenhang den Aufbau einer politischen Linksfront an, die dann mit einer politischen Plattform den Widerstand gegen die Junta anführt. Für diese gemeinsame politische Plattform gibt es nach Mexico gute Aussichten.

Lateinamerika-Kommission

Japan:

Tsuruga — ein Jahr danach

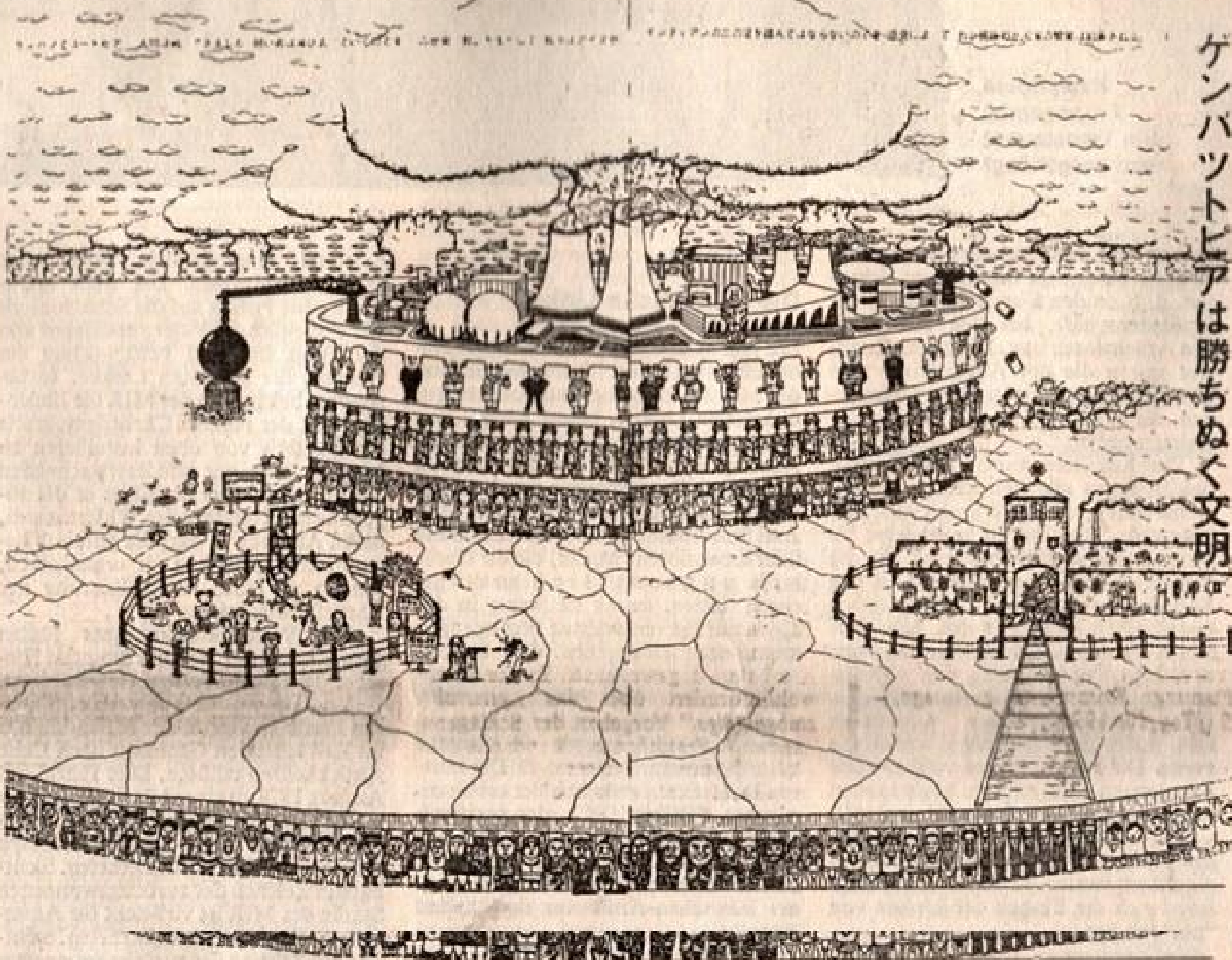
Genau ein Jahr ist es her, seit der Unfall des AKW Tsuruga ans Licht der Öffentlichkeit gelangte. Das Ausmaß der entstandenen Umweltverseuchung war so groß, das Tsuruga durchaus als das Harrisbourgh Japans bezeichnet werden kann. Am 18.4.81 wurde aufgrund einer Indiskretion ein sechs Wochen lang vertuschter Unfall den zuständigen japanischen Behörden gemeldet. Durch einen übergelaufenen Abwassertank wurden 56 AKW-Arbeiter intensiven radioaktiven Strahlen ausgesetzt. Gleichzeitig wies die Meeresbucht von Tsuruga starke Spuren der Verseuchung durch Kobalt 60 und Mangan 54 auf. Was ist seitdem passiert?

Aufgrund der starken Empörung der Bevölkerung über diesen ungeheuerlichen Vertuschungsskandal und vor allem wegen der großen Aufmachung des Falles in den Medien waren die Verantwortlichen, allen voran das Ministerium für internationalen Handel und Industrie, MITI, gezwungen, der Sache nachzugehen – zumindest formal. Neben den 31 in der elfjährigen Betriebsgeschichte des AKW Tsuruga bereits gemeldeten Unfällen wurden insgesamt neun weitere schwere Pannen aufgedeckt, hiervon alleine fünf, die im Januar 1981 passiert waren. Diese „Untersuchungsarbeiten" des MITI endeten am 18.5. 1981 mit einem Schlußbericht. Bekannt wurde, daß dabei mindestens 300 Arbeiter einer starken Strahlendosis ausgesetzt waren.

Und unmittelbar nach den Reinigungsarbeiten beim Unfall am 24.1. 1981 beging ein AKW-Arbeiter Selbstmord. Trotz dieser für sich sprechenden, schlimmen Nachrichten warnen unabhängige Untersuchungen vor der weiterhin betriebenen Verschleierung. Es gibt deutliche Zeichen und Beweise, daß alle Aufmerksamkeit (zumindest damals, als das AKW Tsuruga das Tagesthema war) auf den übergelaufenen Abwassertank gelenkt werden sollte, um einen noch viel schwerwiegenderen Unfall zu verbergen (vergl. „Hangenpatusu Shinbun", Nr. 38 und 44).

Per Kabinettsorder wurde das AKW Tsuruga im Juni 1981 für sechs Monate stillgelegt. Von einer straf-

Per Kabinettsorder wurde das AKW Tsuruga im Juni 1981 für sechs Monate stillgelegt. Von einer straf-rechtlichen Verfolgung der AKW-Betreibergesellschaft sah das MITI trotz der schwerwiegenden Verstöße gegen die Melde- und Aufzeichnungspflicht des Elektrizitätswerkes ab. Auch eine Anzeige der AKW-Gegner blieb ohne Erfolg. Die Argumentation der Staatsanwaltschaft lautete, eine Meldepflicht bestehe eben nur dann, wenn ein Unfall eine „erhebliche" radioaktive Leckage oder Verseuchungsgefahr verursache. D. h. also nur dann, wenn die Katastrophe nicht mehr zu vertuschen geht. Im Falle Tsuruga war die Notwendigkeit einer Meldung demnach nicht gegeben. Die Enthüllung des Unfalls vom 8.3.1981 war lediglich ein peinlicher Fehler des bürokratischen Geheimschutzsystems.



Von Betreiberseite wurde alles getan, um die Affäre herunterzuspielen und die Wiederinbetriebnahme vorzubereiten. Ende 1981 wurden Entschädigungsleistungen in Höhe von insgesamt 1.225 Mio. Yen (rd. 12 Mio. DM) mit den betroffenen Fischern und sonstigen Geschäftsgeschädigten vereinbart. Im AKW selbst wurden Schönheitsreparaturen und einige Verbesserungen am Abwassersystem vorgenommen. Eine Untersuchung und Beseitigung der eigentlichen technischen Fehler wurde nicht durchgeführt. So weisen z. B. die entdeckten Spuren von Cäsium 134 auf Abnormalitäten der Brennstäbe und daher auf Fehler des Reaktors hin.

Unmittelbar nach Ablauf der Stillegungsfrist wurde das AKW am 25. 12.81 wieder in Betrieb genommen – trotz der über 100.000 gesammelten Unterschriften der Bevölkerung, die eine endgültige Stillegung des AKWs forderten. Sarkastischerweise wurde gleich am nächsten Tag ein Leck in der Umwälzpumpe entdeckt, so daß der Reaktor erneut abgeschaltet werden mußte. Doch auch während des zweiten Testlaufs wurde wieder ein Leckschaden entdeckt, diesmal an der Wasserversorgungspumpe, so daß der Betrieb am 12.1.1982 ein zweites Mal gestoppt werden mußte. Seit dem 22.1.82 läuft der Todesreaktor von Tsuruga wieder auf vollen Touren.

Dies ist sicherlich ein Ausdruck für die Schwäche der japanischen Anti-AKW-Bewegung, obgleich zu berücksichtigen ist, daß es sich hier nicht um ein geplantes oder im Bau befindliches AKW, sondern um ein „betriebsbereites" AKW handelt, wo erfolgreiche, massenhafte Gegenaktionen schwerer durchführbar sind als in der Planungs- bzw. Bauphase.

Technische Fehler und Unfälle werden allerdings nicht nur aus Tsuruga gemeldet. Bekanntgeworden sind in dem einen Jahr folgende schwere Pannen:

- 22.5.81: AKW Mihama I, 3 t radioaktives Kühlwasser fließen aus dem Kühlsystem aus, 15 Arbeiter sind starken Strahlen ausgesetzt.
- 31.8.: AKW Oi II, Beschädigungen an vier Brennelementen entdeckt.

AKW Genai I, an 233 Rohren des Dampferzeugers werden Risse entdeckt.

- 12.9.: WAA Tokaimura, Plutoniumkonzentration plötzlich angestiegen.
- 22.10.: AKW Oi I, Korrosion bei insgesamt 754 Rohren entdeckt, davon 26 im Dampferzeuger.
- 12.11.: AKW Tokai I, Arbeiter werden einer über zweifach höheren der zulässigen Strahlendosis ausgesetzt.
- 4.2.82: AKW Takahama I, Abnormalität bei vier Rohren im Dampferzeuger entdeckt.
- 8.2.: ATR „Fugen", Riß in der Dampfzufuhrleitung zur Turbine, 1 t radioaktives Kühlwasser ausgeströmt (ATR = Advanced Thermal Reactor; Kühlsystem: Leichtwasser H 20, Brennstoff: niedrig angereichertes Uran, Plutonium, Natur-Uran).

Diese Auflistung gibt nur einen Bruchteil von den Pannen wieder, die überhaupt bekannt geworden sind. Trotz des alltäglichen atomaren Holocaust treiben die japanischen AKW-Betreiber die Outputleistungen aber in die Höhe. Nachdem die jährlich durchschnittliche Kapazitätsauslastung 1975 auf einem Tiefstand von 36 % lag, erreichte sie 1980 und 1981 hintereinander über 60 %, was nur noch von der BRD übertroffen wird (68 %). Dieser Prozentsatz entspricht aber fast einer Vollauslastung, wenn man bedenkt, daß jedes AKW wegen der alljährlichen technischen Überprüfungen mindestens drei Monate stillsteht, so daß die höchstmögliche Auslastung im Jahresdurchschnitt bei rd. 70 bis 75 % liegen dürfte. So ist mit dieser Politik die nächste Katastrophe vorprogrammiert.

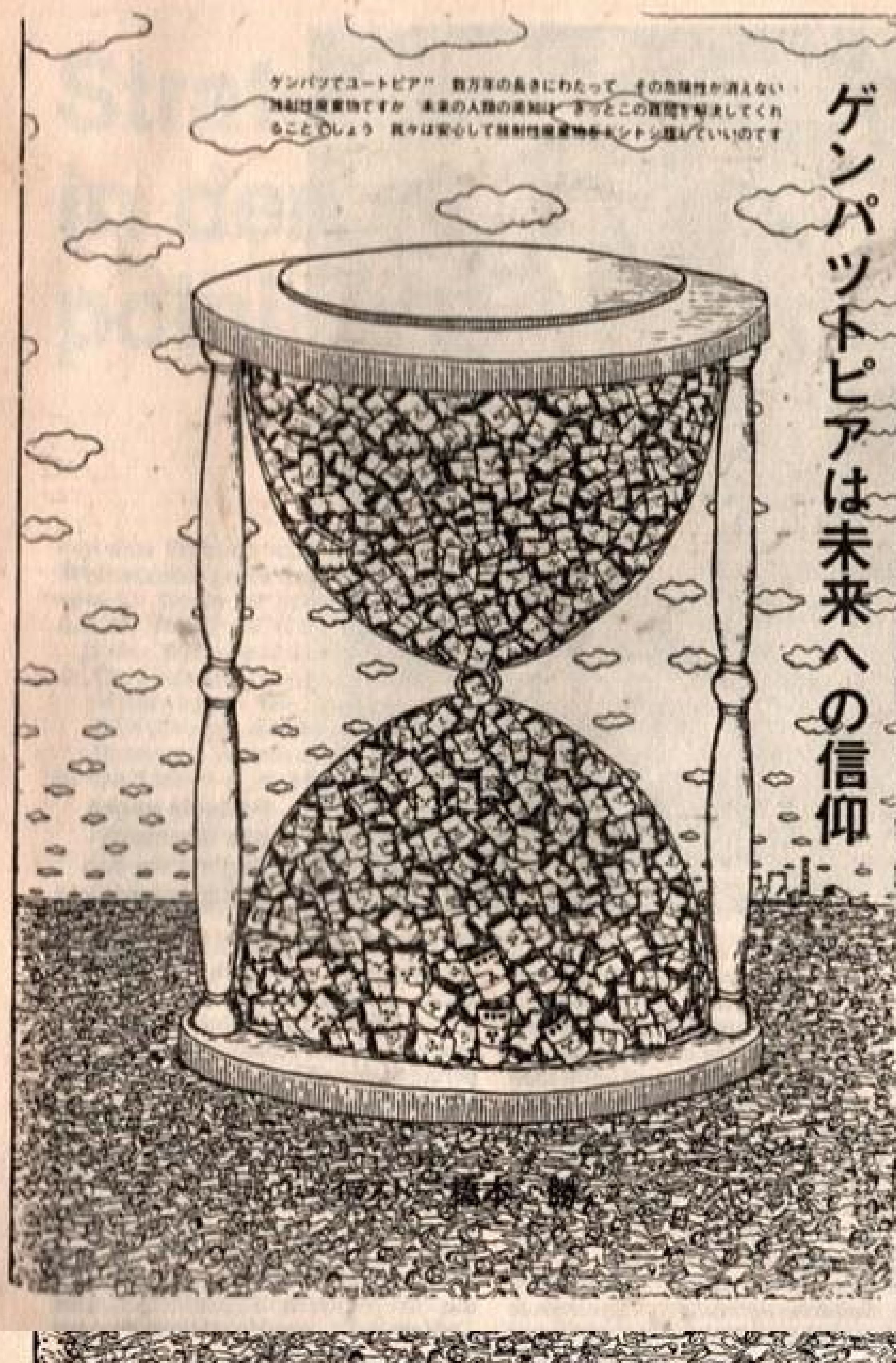
Die Unfälle von Tsuruga und anderswo haben die Verantwortlichen in keiner Weise veranlaßt, ihre sicherheitstechnischen Überprüfungen und Kontrollen zu verbessern, geschweige denn ihr Atomprogramm zu überdenken. Im Gegenteil, das Atomprogramm wird zudem zügig ausgebaut. So wurde der Bau des 1.100 MW Reaktors Nr. III von Hamaoka freigegeben. Ferner wurden die notwendigen prozeduralen Schritte bis zur Erteilung der endgültigen Baugenehmigung wie z. B. „öffentliche" Anhörungsverfahren, Gutachten des MITI und des „unabhängigen" Atomenergie-Sicherheitsausschusses, Voruntersuchungen, Ankauf des benötigten Geländes und der Fischfangrechte mit erpresserischen Mitteln etc. allerorts trotz erheblicher Proteste der örtlichen Bevölkerung durchgeführt. So etwa hinsichtlich AKW Ikata III, Oi III und IV, Maki I und Kyowa/Tomari I. Die Kaltblütigkeit und der mörderische Vorsatz der japanischen Atompolitiker zeigt sich aber noch viel krasser, wenn man erfährt, daß der Bau eines zweiten Reaktors in Tsuruga mit 1.160 MW im Januar dieses Jahres genehmigt und darüber hinaus das erste Anhörungsverfahren für den Bau des Prototyps „Monju", eines 280 MW Schnellen Brüters, in Tsuruga unter starkem Polizeischutz abgehalten worden ist. Damit werden noch in diesem Jahrzehnt auf einem Küstenstrich von rd. 60 km Länge auf der Japan-Meer-Seite in der Fukui Präfektur – genannt „AKW-Ginza", ins Deutsche übertragen etwa „AKW-Kudamm" – 15 AKWs einschließlich eines Schnellen Brüters und eines ATR-Typs mit einer Gesamtkapazität von rd. 11.500 MW oder einem Fünftel der nationalen AKW-Kapazität stehen. Übertroffen werden könnte dies nur noch durch die Realisierung des geplanten Atomparks in Shimokita in der Aomori Präfektur. Hier sind neben 20 AKWs mit insgesamt 22.000 MW auch eine WAA, ein ATR, der Heimathafen des Atomschiffes Mutsu sowie Atom-Müll-Zwischen- und Endlager vorgesehen. Für die hierzu bereits seit 1969 existierenden Pläne ist das benötigte Land zu fast 100 % aufgekauft, und um die Aufgabe der Fangrechte existierenden Pläne ist das benötigte Land zu fast 100 % aufgekauft, und um die Aufgabe der Fangrechte durch die dortigen Fischerverbände wird derzeit gefeilscht. Angesichts eines solch mörderischen Vorhabens zeigen sich die japanischen AKW-Betreiber dennoch optimistisch. Nicht nur sind dort Bodenbeschaffenheit und Bevölkerungsdichte für japanische Verhältnisse fast ideal, auch erhofft man sich nur einen schwachen Widerstand in der örtlichen Bevölkerung.

Asien-Kommission





Kundgebung gegen das öffentliche Anhörungsverfahren für das AKW Hamaoka (März 1981)



DKP solidarisch mit Khomenys Schlägerbanden

Mit Mord und Terror unterdrückt das reaktionär-islamische Regime des Iran jede linke und demokratische Opposition. Massen-Erschießungen, Folter, Vergewaltigung politischer Gefangener, Hinrichtung von Kindern und Jugendlichen lediglich wegen Teilnahme an oppositionellen Demonstrationen sind an der Tagesordnung. Die DKP jedoch besteht darauf, das Mörder-Regime als Repräsentant der „iranischen Revolution" zu verherrlichen. Dieser Logik folgend sind sämtliche Ermordeten, Gefolterten und Verfolgten natürlich „Konterrevolutionäre". Dieses schlichte Weltbild überträgt die DKP auch auf die in der BRD lebenden Iraner. Es war darum keine Überraschung, daß sich die DKP prompt solidarisierte, als in Mainz ein großer Trupp von Khomeiny-Anhängern in faschistischer Manier über ein Studenten-Wohnheim herfiel. Ein weiteres Schlaglicht auf das Demokratie-Verständnis der DKP!

Am 24. April überfielen ca. 200 bewaffnete Khomeiny-Schläger ein Studentenwohnheim in Mainz und verletzten 28 oppositionelle Iraner z.T. schwer. Zwei Tage später starb die deutsche Studentin Stefanie Denster, die angesichts des Überfalls einen schweren Schock erlitten hatte. Der Einsatz war genauestens geplant, die Schläger waren im Besitz der Namen und Zimmernummern der oppositionellen Iraner. Fünfzig von ihnen sperrten die Eingänge ab, während die anderen im Wohnheim wüteten. Die Polizei nahm 86 der Schläger erst fest, als sie in einem anschließenden Demonstrationszug durch Mainz marschierten.

Die Medien berichteten zwar aus-

einem anschließenden Demonstrationszug durch Mainz marschierten.

Die Medien berichteten zwar ausführlich über die Vorfälle und machten auch keinen Hehl daraus, daß die iranische Botschaft in Bonn an der Vorbereitung des Überfalls beteiligt war; sehr schnell allerdings wurde alles mit dem Mantel des Schweigens bedeckt. Der rheinland-pfälzische Innenminister berichtete unmittelbar nach dem Überfall, daß die 180 Beteiligten darauf hinwiesen, daß dieser Überfall nur ein Auftakt gewesen sei. Er war auch wohlinformiert über das *„generalstabsmäßige"* Vorgehen der Schlägerbande („Frankfurter Rundschau", 27.4.). Schon zu diesem Zeitpunkt wurde seitens der offiziellen Stellen angedeutet, daß bei einem derartigen "Mißbrauch des Gastrechtes" die sofortige Abschiebung die angemessene Antwort sei. Der mit den Untersuchungen beauftragte Generalstaatsanwalt Hempel sprach sehr schnell von *„Beweisschwierigkeiten"*, die u.a. mit der Angst der Opfer vor einer Aussage begründet wurden, und von *„schwer erhellbaren Tatumständen"*. Zu diesem Zeitpunkt allerdings hatte einer der Anwälte der Opfer bereits zwölf schriftliche Aussagen vorgelegt und sprach den Verdacht der Strafvereitelung aus, da bis dahin keine Gegenüberstellungen erfolgt waren!

Die rheinland-pfälzische Landesregierung hat inzwischen die Abschiebung der 86 Iraner beschlossen und — in Absprache mit Außenminister Genscher — eine Landtagsdebatte über den Überfalls abgewürgt. Eine Aufklärung der Hintergründe soll offenbar verhindert werden. Dabei gab selbst der Verfassungsschutz zu, daß er Hinweise habe, daß ein Teil der Schläger mit Diplomatenpässen in die BRD eingereist seien; man gehe aber davon aus, daß die *„Revolutionswächter lediglich iranische Einrichtungen schützen"* („FR", 7.5.). Wie inzwischen bekannt wurde, sprechen 60 der 86 Festgenommenen keine Fremdsprache: ein weiteres Indiz dafür, daß sie eigens in die Bundesrepublik geschickt worden waren, um oppositionelle Iraner zu terrorisieren („Publikation" der Moslemischen Studentenvereinigung (MSV), Sympathisanten der Volksmodjahedin Irans, Nr. 14).

Die Drahtzieher sitzen in der iranischen Botschaft

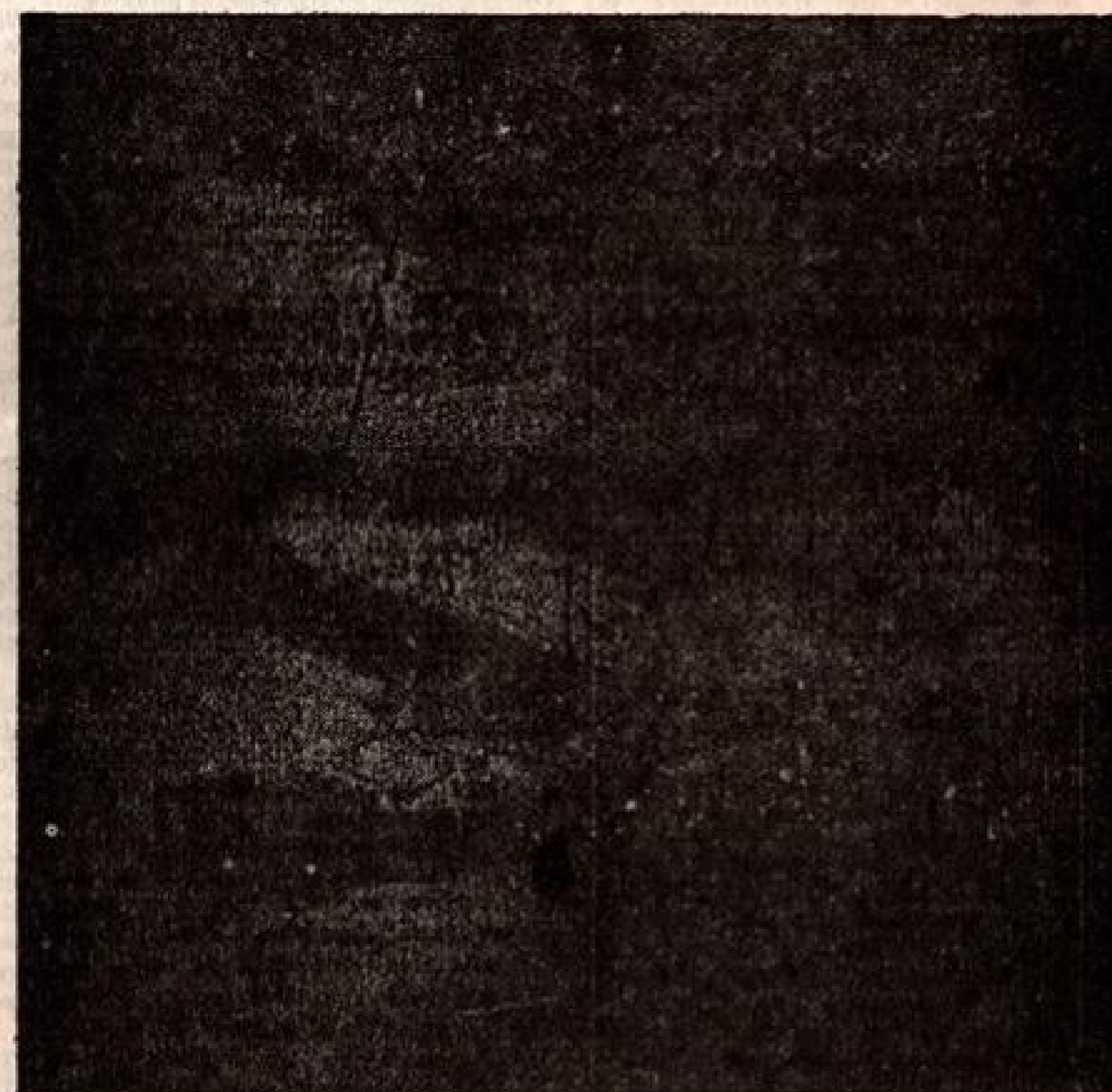
Der iranische Botschafter deckte von Anfang an die verhafteten Schläger, die er vermutlich selbst in Teheran angefordert hatte.

Nach der versuchten Botschaftsbesetzung oppositioneller Iraner im August 81 war er sofort in die Gefängnisse geeilt und hatte, hinter einem Spiegel sitzend, in bester Zusammenarbeit mit der westdeutschen Polizei die Verhafteten identifiziert und deren Daten umgehend nach Teheran weitergeleitet („Publikation" des MSV, „taz", 24.3.). Für die oppositionellen Iraner würden diese Denunziationen mit Sicherheit die Todesstrafe bei einer Rückkehr in den Iran bedeuten — das ist natürlich auch den westdeutschen Behörden bekannt.

Nach dem Mainzer Überfall wurde Navab in anderer Weise aktiv: Er besuchte einige, nicht alle, verhafteten Iraner (die damals noch nicht identifiziert waren, sondern sich witzigerweise Mohammed Muselman nannten) und fragte nicht einmal nach den Gründen für den Überfall. Stattdessen erging er sich in Anschuldigungen gegen die Polizei, sprach von *„Mißhandlungen"* und *„eklatanten Rechtbrüchen"* („FR", 28.4.). Die Verhafteten sitzen in Gemeinschaftszellen und sprechen, nach Angaben der Ermittlungsbehörden, ihre Aussagen ab.

Ausland, Pässe von Bahai's (verfolgte islamische Sekte im Iran), „Konterrevolutionären" und „sogenannten Studenten" nicht mehr zu verlängern, wobei zu bemerken ist, daß nur Studenten der medizinischen, technisch-naturwissenschaftlichen und agrarwissenschaftlichen Fächer als Studenten anerkannt sind, alle anderen Fächer sind nicht akzeptiert.

— Etwa im Oktober 1981 wurde Navab in einem geheimen Schreiben des iranischen Außenministeriums aufgefordert, für 19 Delegierte des Zentralkomitees der Islamischen Republik-Partei ein *„sicheres Gebäude"* in der BRD anzumieten, das *„der Sicht von (deutschen) Regierungsbeamten ... entzogen ist"*. *„Sollte während des Aufenthaltes bei den geheimen Angelegenheiten bei einer möglichen Auseinandersetzung mit der Polizei oder anderen Bedarf nach Zusammenarbeit bestehen, leisten sie im Rahmen der Möglichkeiten unbemerkt ihre Mitarbeit, die zu keinem Echo in der Presse und internationalen Kreisen führt"*. Die geheime Weiterreise der mit 800.000 DM



Zahlreiche iranische Studenten wurden in Mainz von ihren Landsleuten verletzt. Hier der Rücken eines Iraners mit Verletzungen wie nach einer Auspeitschung. (Bild: FR-Archiv)

Die Sympathisanten der Volksmodjahedin haben in ihrer regelmäßig erscheinenden „Publikation" des Moslemischen Studentenverbandes wiederholt an Hand von Dokumenten die Machenschaften der iranischen Botschaft in Bonn enthüllt (Nr. 5 und 13):

— Ende Juli 81 forderte Navab „Revolutionswächter" zum Schutze der iranischen Botschaft und der konsularischen Vertretungen von der Regierung in Teheran an.

— Ohne Datum ist ein Schreiben, in dem der „Bruder Hossein Reswani von der Revolutionsgarde" beauftragt wird, in einer abgesprochenen, geheimen Mission in die BRD zu reisen.

— Ebenfalls vom Juli 81 stammen Dokumente, die belegen, daß auf Drängen des Teheraner Außenministeriums sich die „Deutsche Welle" bereit erklärte, Sendungen über die Islamische Republik in persischer Sprache von Mitgliedern der iranischen Botschaft in Bonn zensieren zu lassen (die „taz" übrigens, die diese Vorgänge jetzt kritisiert, hatte Anfang 1980 kritiklos zwei Artikel der iranischen Botschaft ausgerechnet zur Frauenfrage abgedruckt; der Berichterstatter der „taz" fuhr anschließend mit Journalisten-Visum in den Iran).

— Nach einem Regierungserlaß vom 9.8.81 wird den Auslandsvertretungen Irans die Summe von 1 Mrd. Rial (25 Mio DM) zur Verfügung gestellt, und zwar für Hezbollahs (berüchtigste Schlägerbanden in Iran), die als Studenten ins Ausland geschickt werden.

— Ebenfalls vom August 81 datiert ein Rundschreiben des iranischen Außenministeriums an die Vertretungen im

ausgerüsteten Delegation nach England und Frankreich sollte ebenfalls von Navab organisiert werden.

Diese Dokumente, deren Echtheit von Navab zwar bestritten wird, belegen, daß eine der Hauptaufgaben der iranischen Botschaft die Bespitzelung und Terrorisierung oppositioneller Iraner ist. Oppositionellen Studenten wird durch diese Anordnungen die Möglichkeit zum Weiterstudium (keine Verlängerung der Pässe, keine Genehmigung zur Deviseneinfuhr) genommen — und damit auch der Anlaß für den Aufenthalt in der Bundesrepublik, was Abschiebung in den Iran und dort Gefängnis, wahrscheinlicher aber Hinrichtung bedeutet.

In Zukunft ist eine weitere Verschärfung des Vorgehens der Khomeiny-Banden zu erwarten. Der berüchtigte Anführer der Hezbollahs (Schlägertruppen, die seit dem Aufstand gezielt gegen Demonstrationen und Versammlungen linker und demokratischer Kräfte eingesetzt wurden und aus der arbeitslosen Jugend in den Slums rekrutiert werden), der Mullah Hadi Ghaffari, befand sich nachweislich zum Jahrestag des Aufstandes (11.2.), zu Ostern (beide Male in Hamburg) und am 24.4. (in Mainz) in der Bundesrepublik. Hier wie auch im übrigen westeuropäischen Ausland soll er Hezbollah-Banden organisieren. Hadi Ghaffari ist u.a. dafür bekannt, daß er verletzte Demonstranten in Krankenhäusern vor den Augen der Ärzte erschlug und im Evin-Gefängnis in Teheran inhaftierte Frauen und Mädchen vergewaltigte (was nach islamischen

Atomkraft-Daten für Japan

(Stand: März 1981; aus: „Hangenpatsu Shinbun", Sondernummer v. 6.8.1981 sowie Nr. 42)

AKWs (Leichtwasserreaktoren):

In Betrieb: 22 Reaktoren (davon 10 DWR, 11 SWR, 1 GR), Gesamtleistung 15 511 MW.
Im Bau: 11 Reaktoren, 10 110 MW, Inbetriebnahme bis 1986.
Planung: Die Energieplanung ist erst vor kurzem revidiert worden und sieht jetzt eine Erhöhung der Gesamtleistung aus der Kernenergie auf 46.620 MW bis 1990 vor, das sind 11 % des Gesamt-Primärenergiebedarfes (54 AKWs). Bis zum Jahre 2000 sollen 90.000 MW erreicht werden und der Anteil der Kernenergie auf 17 % klettern. In 1977 lag er noch bei 2 %.

Fortgeschrittener Thermischer Reaktor (ATR - Advanced Thermal Reactor):

In Betrieb: Prototyp „Fugen" in Tsuruga, 165 MW.

Schneller Brüter:

In Betrieb: Pilotanlage „Joyo" in Oarai, 100 MW.
Planung: Prototyp „Monju" in Tsuruga, 280 MW, für 1988.
Kommerzieller Brüter für 1995.

Urananreicherungsanlage:

In Betrieb: Pilotanlage in Ningyotoge, 75 t UTA/Jahr.
Im Bau: Prototyp in Hyuga, 1-2 t UTA/Jahr, für 1983.
Planung: Kommerzielle Anlage 1000 t UTA/Jahr, für 1988.

Brennstoffproduktion:

In Betrieb: Konversion in Tokaimura, 3 t/Tag.
Verarbeitung in Yokosuka, Tokaimura und Kumodori, insges. 1.035 t/Jahr.
Im Bau: Pilotanlage Konversion für Plutoniumbrennstoff in Tokaimura, 10 kg/Tag, für 1983.
Planung: Kommerzielle Konversion für Plutoniumbrennstoff, für 1990.
Prototyp Verarbeitung f. Plutoniumbrennstoff, 5 t/Jahr für 1985.
Kommerzielle Verarbeitung für Plutoniumbrennstoff, für 1997.

WAAs:

In Betrieb: Prototyp in Tokaimura, 0,7 t/Tag (210 t/Jahr).
Planung: Kommerzielle Anlage, 5 t/Tag, für 1990.

Atommüll-Beseitigung:

Zwischenlagerung:
Niedrigaktiver Müll: auf dem AKW-Gelände in 200-l-Fässern. Stand März 1981: 235.156 Fässer (zuzüglich entsprechend 9.920 Fässer in anderer Form); im Fiskaljahr 1980 angefallen: 47.811 Fässer (+ 1.993); Gesamtfassungsvermögen: 331.700 Fässer, für weitere 106.000 Fässer im Bau.
Hochaktiver Müll: WAA Tokaimura.
Endlagerung:
Niedrigaktiver Müll: 1955-1969 insges. 1.661 Fässer entsprechend 407,5 Kurie in Küstengewässer versenkt, ca. 40 km vor der Küste von Chiba in ca. 2.600 m Tiefe.
Geplante Endlagerung:
Niedrigaktiver Müll: unterirdisch und im Pazifik 900 km vor der japanischen Küste, 1.100 km nördlich der Marianen-Inseln in bis zu 6.000 m Tiefe.
Hochaktiver Müll: unterirdisch, evtl. in Shimokawa (Hokkaido); geschätzter Müllanfall 3.400 t bis 1985, 7.700 t bis 1990.

Strahlendosis: (Fiskaljahr 1980)

Strahlenausgesetzte Arbeiter: 35.954 (davon 3.976 Festangestellte, 31.978 Tagelöhner).
Durchschnittl. Strahlendosis je Arbeiter: 0,36 rem (Festang.: 0,21 rem, Tagel.: 0,38 rem).
Höchstwerte in AKW-Fukushima I: 0,61 rem (Festang.: 0,30 rem, Tagel.: 0,64 rem).
Insgesamt über 25 % der Tagelöhner 0,5 – 4 rem, rd. 6 % 1,5 – 4 rem.
Insgesamt 14 % der Festangestellten 0,5 – 2,5 rem.
Anzahl der Strahlenerkrankten und -toten nicht nachweisbar. Die bei einer parlamentarischen Anfrage durch einen JSP-Abgeordneten (Sozialistische Partei) im März 1977 genannte Zahl von bis dahin insgesamt 75 Strahlentoten wurde bisher nicht dementiert.

Staatshaushalt (Fiskaljahr 1982):
Für den nuklearen Brennstoffkreislauf: 459 Mrd. Yen oder rd. 4,5 Mrd. DM (einschließlich Kredite), 7,7 % mehr als im Vorjahr.

Recht gegenüber „Gottlosen" durchaus erlaubt ist).

Daß die Drahtzieher des Mainzer Überfalls in der iranischen Botschaft zu suchen sind, wird auch an Protesten aus dem Lager früherer Unterstützer der Islamischen Republik deutlich:

— Im Oktober traten vier Mitarbeiter des iranischen Generalkonsulats, u.a. der stellvertretende Generalsekretär, aus Protest gegen die iranische Regierung zurück. Sie gaben an, daß 8 Mitglieder des iranischen Geheimdienstes SAVAMA sich ständig im Konsulat aufhielten und daß bisher 80 Anhänger des Regimes nach Hamburg geschickt wurden („taz", 14.10.81).

— Am 28.4. veröffentlichte die „Frankfurter Rundschau" einen Offenen Brief an Botschafter Navab, in dem seine frühere Mitarbeiterin Otla Pinnow ihn auffordert, *„noch einmal gegen die grausamen Machthaber im Iran zu kämpfen"*, und aus dem deutlich wird, daß Navab — erwartungsgemäß — von allen dunklen Machenschaften Kenntnis hat oder sogar daran beteiligt ist.

In einer Presseerklärung wendete sich der Rechtsanwalt der oppositionellen Iraner, Schumacher, dagegen, daß der Überfall von Mainz jetzt dazu benutzt werde, von einem „Mißbrauch des Asylrechts" zu sprechen. Im Falle einer Abschiebung *„wäre die Aktion jederzeit wiederholbar. Die Schläger würden dort im Triumph empfangen und die Asylberechtigten hier müßten in Angst und Schrecken verbleiben, daß sich daraus eine Art Überfalltourismus entwickelt.... Erst das gerichtliche Verfahren wird aufklären können, wie stark eine Planung von dort* (von der Botschaft) *ausging"* („FR", 14.5.).

Die Unterstützer des Mord-Terrors: DKP und Tudeh-Partei

Die Unterstützer des Mord-Terrors: DKP und Tudeh-Partei

Die DKP-Zeitung „UZ" berichtete über den Mainzer Überfall lediglich in einer extrem anspruchslosen Kurzmeldung, die kaum Fakten, sondern nur eine Anleitung zur politischen Einordnung enthielt. Der Wortlaut der Kleinstmeldung: *„Nach einem pogromartigen, von den Behörden geduldeten Überfall auf vier revolutionäre iranische Studenten am Donnerstag kam es am Wochenende in Mainz zu einem Zusammenstoß reaktionärer und fortschrittlicher iranischer Studenten, der von den Medien zu einer antiiranischen Hetzkampagne ausgenutzt wurde."* („UZ", 26.4.). Offenbar hat man sich hier durch die bloße Teilnahme an dem Überfall als „fortschrittlich" qualifiziert, ebenso wie die Überfallenen automatisch als „reaktionär" eingeordnet werden. Der nicht näher erläuterte Hinweis auf einen vorangegangenen *„Überfall auf vier revolutionäre iranische Studenten"* (= Khomeiny-Anhänger) stellt den Überfall zudem als einen wenn schon nicht gerechtfertigten, so doch zumindest verständlichen Rache-Akt dar.

Am 28.4. gab die „UZ" Auszüge aus einer Stellungnahme ihrer iranischen Schwesterpartei Tudeh zum Mainzer Überfall wieder. Darin wird der Überfall mit einer *„langen Kette von terroristischen Aktionen reaktionärer Iraner gegen Anhänger der iranischen Revolution an bundesdeutschen Universitäten"* begründet. „Massenmedien und Behörden" der BRD hätten *„systematisch derartige Aktionen mit Schweigen übergangen"*. Die Khomeiny-Schläger werden freundlich ermahnt, daß man *„durch keine Provokation der Konterrevolution und ihrer Helfer den Boden des politischen Kampfes und der politischen Aufklärung verlassen"* dürfe.

Am 29.4. versuchte Jutta von Freyberg in der „UZ", den Überfall von Mainz als Reaktion auf den Terror von iranischen „Reaktionären" und „Konterrevolutionären" gegen „Anhänger der iranischen Revolution" zu begründen. Dafür führte sie eine Reihe passend zurechtgemachter Beispiele an. Abschließend kommentierte sie: *„.... Dieser Terror rechtfertigt indes das Vorgehen der Iraner am vergangenen Samstag in Mainz nicht. Daß sich die Opfer eines Tages zu gewaltsamen Gegenreaktionen provozieren lassen könnten, davor haben Tudeh-Partei und Volksfedayin (Mehrheit) immer wieder gewarnt. Die Behörden, die den Terror der iranischen Reaktionäre geduldet haben, sind an den blutigen Ereignissen in Mainz nicht unschuldig."* (Die von den Volksfedayin abgespaltene „Mehrheits"-Gruppe ist eine Filiale der Tudeh, die von dieser praktisch nicht mehr zu unterscheiden ist).

Am 10.5. meldete sich Jutta von Freyberg erneut in der „UZ" zu Wort: Sie beklagte nochmals die Untätigkeit der bundesdeutschen Polizei und Behörden gegen *„jene Terrorgruppen..., die seit Monaten ihre Feindschaft zur iranischen Revolution mit anonymen Drohungen, Waffen und sogar Bombenattentaten an Landsleuten, die sich zur iranischen Revolution bekennen, auslassen"*. Zugleich warnte sie vor einer Ausweisung der Khomeiny-Schläger: dann würden *„die Auseinandersetzungen zwischen den Parteien nur an Erbitterung und Härte zunehmen"*.

Daß es der Frau von Freyberg mit dieser Drohung darum geht, die Schläger zwecks Klärung der Hintergründe des Überfalls vor ein bundesdeutsches Gericht zu bringen — das sie nach Lage der Dinge zweifelsfrei verurteilen müßte — ist nicht anzunehmen. Sie fordert vielmehr Straffreiheit für Khomeiny's Schlägerbanden, damit diese weiter ungestört ihre Sympathie für die „iranische Revolution" praktizieren können.

Spitzel und Helfer des Mörder-Regimes

Die DKP hat in ihren mageren Kommentaren zum Mainzer Überfall immer wieder den „Terror" betont, dem angeblich die „Anhänger der iranischen Revolution" durch „Reaktionäre" und „Konterrevolutionäre" ausgesetzt sind. Tatsächlich hat es schon wiederholt Handgreiflichkeiten und Schlägereien, wenn auch längst nicht vom Ausmaß des Mainzer Überfalls, gegeben. Diese Konflikte sind darin begründet, daß die „Anhänger der iranischen Revolution" erklärtermaßen als Spitzel und Provokateure gegen oppositionelle Iraner im Ausland tätig sind. Diese Denunziationen, Sammlung von Adressen und Informationen etc. bedeuten für die betroffenen Oppositionellen nichts Geringeres als Haft, Folter und Tod, falls sie jemals in den Iran zurückkehren wollen. Zu dieser infamen Tätigkeit bekennen sich die „Anhänger der iranischen Revolution" ungeniert und sogar voller Stolz. Viele der „Anhänger der iranischen Revolution" wird man ohnehin als berufsmäßige Agenten des

bekennen sich die „Anhänger der iranischen Revolution" ungeniert und sogar voller Stolz. Viele der „Anhänger der iranischen Revolution" wird man ohnehin als berufsmäßige Agenten des

Mörder-Regimes ansehen müssen — genauso wie auch schon zu Zeiten des Schah der iranische Geheimdienst SAVAK seine Leute als „Studenten" ins Ausland schickte.

Daß solche Mord-Helfer gelegentlich von oppositionellen Iranern attackiert wurden — vor allem dann, wenn sie mit provokatorischen Flugblättern auftraten, in denen sie den Terror gegen die Linke im Iran bejubelten — ist nicht verwunderlich.

Nicht verwunderlich ist aber auch die Solidarität der DKP mit den Khomeiny-Leuten. Denn die Tudeh-Partei hat sich ebenso wie die anderen Strömungen der „Anhänger der iranischen Revolution" zu Spitzel- und Agenten-Diensten für das Regime bereit erklärt. Darüber sind handfeste Belege veröffentlicht worden.

Im Mai 1980 beispielsweise sandte die Tudeh-Partei aus London einen Bericht an Regierungsstellen in Teheran, in dem sie die Volksmodjahedin beschuldigte, Urheber von Unruhen in verschiedenen iranischen Städten zu sein. Die Tudeh-Partei denunzierte die Volksmodjahedin als Konterrevolutionäre, ein „Vergehen", das schon damals mit der Todesstrafe geahndet wurde. Zynischerweise ist der Bericht folgendermaßen unterschrieben: *„Mit Gruß und besten Wünschen zum Erfolg, Tudeh-Partei Iran"*.

Die Tudeh-Partei dementierte zwar zunächst (in ihrer Zeitung „Mardom", 20.5.80), jemals die Volksmodjahedin bespitzelt zu haben, aber schon am 27.5.80 war in „Mardom" zu lesen: *„Geheime Dokumente, welche die Tudeh-Partei den verantwortlichen Regierungsstellen übergeben hat, sind anscheinend in die Hände der Volksmodjahedin gefallen.... Wir protestieren schärfstens dagegen, daß diese Dokumente nicht geheim gehalten werden konnten und verlangen von den Verantwortlichen, Maßnahmen zu ergreifen, solche Dokumente sorgfältigst zu schützen."*

In einem weiteren Spitzelbericht machte die Tudeh-Partei das Khomeiny-Regime auf eine Feier für Dr. Shariati (auf dessen Interpretationen des Islam sich die Volksmodjahedin berufen) aufmerksam, die im Hause seiner Witwe unter Anwesenheit von *„politisch aktiven Bazaris, Modjahedin, Anhängern Banisadrs und ..."* stattfinden solle; gleichzeitig wurde die Organisatorin namentlich denunziert. Auf Grund dieses Berichtes überfielen dann Pasdaran unter Leitung des Teheraner Generalstaatsanwaltes Ladjevardi das Haus, verletzten und verhafteten viele Teilnehmer. Die Versammlung fand unmittelbar zum Zeitpunkt der Absetzung des Staatspräsidenten Banisädr statt (19.6.81). Dies war der Auftakt, mit der Opposition in großem Maßstab abzurechnen. Bis heute wurden von dem Mörderregime Khomeinys mindestens 13.000 Menschen hingerichtet.

Die beiden Dokumente wurden von der Organisation der Volksmodjahedin in einem mehrseitigen Flugblatt veröffentlicht („Proletarier der Welt, urteilt selbst! An alle Kommunistischen Parteien der Welt zur Kenntnisnahme!"). In dem Flugblatt heißt es weiter, daß nach Angaben von Anhängern der Tudeh-Partei diese ihren Mitgliedern und Anhängern befohlen habe, sich **„der klaren Anweisung des Imam Khomeiny zu beugen, der befohlen hat, die Modjahedin ... den verantwortlichen Stellen bekannt zu machen"**. Die Tudeh-Zeitung „Mardom" hatte außerdem am 5.10.81 die Hinrichtung des Führers der Volksmodjahedin, Massoud Radjavi, verlangt.

Die Spitzeldienste der Tudeh-Partei sind für die gesamte iranische Linke besonders gefährlich, weil die Tudeh-Partei schon unmittelbar nach dem Aufstand im Februar 1979, in einer Zeit, in der z.T. noch offen, zumindest aber halblegal gearbeitet werden konnte, begonnen hatte, die linken Organisationen, vor allem die Organisation der Volksfedayin zu unterwandern und von innen heraus auszuspionieren. (Die Sympathisanten der Volksfedayin haben dazu Dokumente veröffentlicht). In dieser schmutzigen Arbeit der Tudeh-Leute ist zumindest e i n Grund für die Spaltung der Organisation der Volksfedayin zu suchen, deren einer Teil (Volksfedayin/Mehrheit) sich sehr schnell den Positionen der Tudeh-Partei angenähert hat (vollständige Unterstützung des Regimes, bewußter Verzicht auf den Kampf um demokratische Rechte, Spitzeldienste für das Regime) und jetzt den Zusammenschluß mit der Tudeh anstrebt.

Die oppositionellen Iraner haben also b e g r ü n d e t e Angst vor den Spitzeldiensten der Anhänger der Tudeh-Partei und Volksfedayin-Mehrheit (sowie natürlich der reaktionären islamischen Studenten, die in der U.I.S.A., United Islamic Students Association, organisiert sind). In einem Flugblatt wurde deshalb mit Namen und Adresse vor diesen Spitzeln gewarnt. Die „UZ" vom 12.1.82 veröffentlichte zu diesem Flugblatt einen

sociation, organisiert sind). In einem Flugblatt wurde deshalb mit Namen und Adresse vor diesen Spitzeln gewarnt. Die „UZ" vom 12.1.82 veröffentlichte zu diesem Flugblatt einen

wütenden Artikel, in dem sie die „Pogromhetze" gegen die fortschrittlichen und revolutionären Studenten anprangerte, o h n e auch nur mit einem Wort Massenmord und Terror im Iran zu erwähnen. Der AStA (Hamburg) schlug in einem Flugblatt in die gleiche Kerbe: *„Lynchjustiz gefordert! Das obengenannte Flugblatt stellt den vorläufigen Höhepunkt in einer Kette von Repressalien dar. Durch die Preisgabe von Namen iranischer Demokraten soll in einem emotional angeheizten Klima Selbstjustiz gegen diese Personen provoziert werden. Damit muß jetzt Schluß sein! Allzusehr erinnern diese Methoden an den faschistischen Terror gegen Sozialdemokraten, Kommunisten und Gewerkschafter vor 1933"*.

Der blutige Terror im Iran, die brutale Mißachtung aller Menschenrechte, das erdrückende Klima von Einschüchterung und Denunziation im Iran scheint diesen stark DKP-beeinflußten AStA hingegen durchaus nicht an die Zustände zwischen 1933 und 1945 zu erinnern. Es kommt eben immer auf den „richtigen Standpunkt" an. Dann wird ein Flugblatt zum „Pogromterror" und hundertfacher Mord zur revolutionären Aktion.

Die Spitzeldienste (wohlgemerkt mit Todesfolge für die Bespitzelten), die Tudeh-Leute und Anhänger der Volksfedayin/Mehrheit dem Khomeiny-Regime leisten und die die DKP deckt und befürwortet, sind **Beihilfe zum Mord.**

Die DKP hat sich diese Linie von Anfang an zu eigen gemacht. Daß die DKP auch angesichts der Massenmorde des Khomeiny-Regimes nicht willig und fähig ist, ihre Propaganda in Sachen Iran zu ändern, muß schärfstens verurteilt werden. Es gibt Dutzende von UZ-Artikeln seit 1979, die dies belegen.

Im August 1979, ein halbes Jahr nach dem Aufstand, erklärte Khomeiny dem um Autonomie und Demokratie kämpfenden kurdischen Volk den totalen Krieg. Der damalige Sprecher des „Iran-Solidaritätskomitees" und Redakteur des Studentenmagazins „Rote Blätter", Michael Opperskalski, antwortete in einem Interview mit der „UZ" (6.9.79) nach einem zweimonatigen Iran-Aufenthalt auf die Frage, was denn in Kurdistan vor sich gehe: *„Die Konterrevolution konzentriert sich derzeit im iranischen Kurdistan. Hier trifft die imperialistische Konterrevolution auf nahezu ideale Bedingungen. Praktisch der ganze SAVAK-Apparat konnte in diesem Gebiet untertauchen.*

Die lange Grenze zur Türkei, über die Agenten, Material und Waffen in beliebiger Zahl eingeschleust werden können, aber auch die massive Ansammlung von sozialen, ökonomischen und politischen Problemen in diesem Gebiet als Erbe einer Politik des Schah-Regimes, die das kurdische Volk jahrzehntelang unterdrückte. Dazu kommt, daß einflußreiche Kräfte, zu nennen ist hier besonders die „Demokratische Partei Kurdistans", die einen erheblichen Masseneinfluß hat, eine



Proteste gegen das Khomeiny-Regime werden blutig unterdrückt

Politik betreiben, die den Nationalismus über die vorrangige, lebensnotwendige Bekämpfung des Imperialismus und der Konterrevolution stellen. Da all diese Faktoren auf ungenügende Autonomiemaßnahmen und -vorhaben der Regierung stoßen, macht das die Lage in Kurdistan höchst explosiv. Auf den von der Konterrevolution in Kurdistan entfachten Funken des Bürgerkrieges nun mit massiven Militäreinsätzen zu reagieren, paßt genau in das Kalkül der Konterrevolution. Daher ist eine friedliche und das demokratische Recht der Selbstbestimmung akzeptierende Lösung bei gleichzeitiger Liquidierung

zu reagieren, paßt genau in das Kalkül der Konterrevolution. Daher ist eine friedliche und das demokratische Recht der Selbstbestimmung akzeptierende Lösung bei gleichzeitiger Liquidierung

der organisierten konterrevolutionären Tätigkeit in Kurdistan dringender denn je". Das Khomeiny-Regime hielt sich nur an den zweiten Teil dieses Ratschlags.

Bekanntlich waren und sind die fortschrittlichen Kräfte in Iran nirgends so stark gewesen wie in Kurdistan. Als Konterrevolutionäre von Khomeiny schon damals in Abwesenheit zum Tode verurteilt waren: Der Führer der Demokratischen Partei Kurdistans, Ghassemlou, und der sunnitische Ayatollah und Kurdenführer Ezzedin Husseini.

Die „UZ" hatte schon wenige Tage vorher weitaus schärfere Stellungnahmen der Tudeh-Partei kommentarlos, d.h. billigend, refereriert. *„Die Tudeh-Partei des Iran hat sich bereits Anfang August entschieden von dem abenteuerlichen, objektiv konterrevolutionären Kurs der Kurdischen Demokratischen Partei abgegrenzt und mit dem Aufbau einer eigenen Parteiorganisation in den kurdischen Provinzen des Iran begonnen."*. Tja, und Konterrevolutionäre müssen liquidiert werden; schon damals begrüßte die DKP Massenhinrichtungen kurdischer Kämpfer. In dem gleichen Artikel schreibt die „UZ" zu Kämpfen um die Stadt Paveh, die die iranische Armee mit dem Ziele der Besetzung Kurdistans durchqueren wollte: Während der Verhandlungen mit einer Delegation des Revolutionsrates *„haben konterrevolutionäre Elemente, ehemalige SAVAK-Agenten und maoistische Kräfte — darunter solche, die sich in die Kurdische Demokratische Partei eingeschlichen haben — das Feuer auf die Streitkräfte eröffnet und die schweren Kämpfe ausgelöst. Im Verlaufe dieser Kämpfe hat eine maoistische Gruppe, die sich an Pol Pot anlehnt, 15 gefangene Khomeiny-Anhänger geköpft. Ein Revolutionstribunal hat elf Urheber dieser Untaten zum Tode verurteilt."* („UZ", 21.8.79) Die Untat war schlicht erfunden, die Hinrichtung aller gefangenen kurdischen Kämpfer hingegen wahr.

In dieser hetzerischen und denunziatorischen Weise (Tudeh-Partei und DKP orten für das Khomeiny-Regime die Konterrevolutionäre und geben sie zum Abschuß frei) sind auch alle neueren Aufrufe und Erklärungen der Tudeh-Partei (in letzter Zeit zusammen mit der Volksfedayin/Mehrheit) verfaßt. Das *„Provozieren von Terroraktionen und Aufständen"* durch eine „Einheitsfront" der Feinde der iranischen Revolution im In- und Ausland wird für die *„Schwierigkeiten"* des Regimes verantwortlich gemacht. Zu dieser „Einheitsfront" werden gerechnet: Monarchisten, SAVAK-Mitglieder, Großgrundbesitzer, Großkapitalisten und *„v e r f ü h r t e L i n k s k r ä f t e"*, die *„mit den Kräften des Imperialismus in einer Reihe stehen"*.

Eine zweite Quelle der Schwierigkeiten sei allerdings, daß ein *„nicht unerheblicher Teil der revolutionären Kräfte"* (= Teile des Khomeiny-Regimes) unfähig sei, zwischen Feind (US-Imperialismus) und Freund (Sowjetunion und „sozialistische" Staaten) zu unterscheiden und auch die Möglichkeiten zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit der Sowjetunion nicht ausschöpfe, um die Abhängigkeit vom Imperialismus zu überwinden. In der Auseinandersetzung mit den Volksmodjahedin und anderen „ultralinken" Gruppen, die sich jetzt objektiv in die Front der Feinde eingereiht hätten, solle *„zwischen den Führern und den irregeleiteten jugendlichen Anhängern differenziert"* werden; die Verräter am Volk müßten bekämpft („liquidiert"), die irregeleiteten Jugendlichen aber „aufgeklärt" werden. Hinrichtungen

geleiteten jugendlichen Anhängern differenziert" werden; die Verräter am Volk müßten bekämpft („liquidiert"), die irregeleiteten Jugendlichen aber „aufgeklärt" werden. Hinrichtungen

werden von der DKP ausdrücklich gerechtfertigt, und zwar für alle, die direkt an bewaffneten Auseinandersetzungen (das wäre fast das gesamte kurdische Volk) und Sabotageakten mitgewirkt haben („UZ", 2.2.82).

Aufrufe und Erklärungen der Tudeh in diesem blutrünstigen Ton gibt es haufenweise. Trotzdem sind auch einige Tudeh-Partei-Mitglieder hingerichtet worden, was die Tudeh-Partei folgendermaßen kommentierte: Die Hinrichtung i h r e r Mitglieder widerspreche der Linie des Imams (Khomeinys).

Im August 1981 veröffentlichte Patrick Hartmann in der „Le Monde", (5.8.81) einen Artikel zur Politik der Tudeh-Partei. Darin heißt es u.a.: Von Januar bis April habe „Mardom" (Zeitung der Tudeh-Partei) täglich über jeden Streik und jede besetzte Fabrik („Sabotageakte" nach dem Recht der islamischen Republik), jeden sozialen Konflikt berichtet, nicht um die Streikenden zu unterstützen, **sondern um nach Unterdrückung zu rufen.** Die Zeitung „Modjahed" (Organ der Volksmodjahedin in Iran) habe wiederholt aufgezeigt, daß die Unterdrückung durch das Regime dadurch erleichtert wurde. Auf Stadtteilebene, in der Lebensmittelversorgung, in Versammlungen in den Moscheen arbeite die Islamische Republik-Partei (Regierungspartei) diskret mit Tudeh-Leuten zusammen, die sie wegen ihres Netzes, ihrer Verwurzelung und ihrer Disziplin brauche. Nur die Tudeh-Partei ermögliche es den radikalen Religiösen, mit der einzig strukturierten Opposition, den Volksfedayin (Minderheit) und den Volksmodjahedin fertig zu werden.

Wem es seltsam vorkommt, daß die DKP ein so offenkundig antikommunistisches Regime wie das des Iran derart fanatisch und total unterstützt, der wird vielleicht in den speziellen Interessen der Sowjetunion an diesem „strategisch" wichtigen Land einen Ansatz zur Erklärung finden können. Denn die außenpolitischen Interessen der Sowjetunion sind immer noch d e r zentrale Punkt, an dem sich für die DKP „politische Moral" zu orientieren hat und an dem die Trennung zwischen „fortschrittlich" und „konterrevolutionär" leichtestens zu vollziehen ist.

Dabei steht doch heute schon fest, daß sich das blutige und teilweise schlicht mittelalterliche Regime Khomeinys nicht auf Dauer halten wird, daß es zu neuen Erschütterungen im Iran kommen m u ß. Dann, aber auch erst dann, wird die DKP wieder einmal alle bisherigen Wertungen über den Haufen werfen. Dann, aber bestimmt erst dann, wird man auch in der „UZ" die Wahrheit über das heutige Regime lesen. Und stattdessen wird die DKP dann den n e u e n Herren in Teheran den Hof machen, sofern das mit den Interessen der Sowjetunion in Einklang steht. Politische Prinzipien? Aber wozu denn?!...

Nahost-Kommission und AK-Redaktion

Strategiedebatte in der polnischen Opposition



Seit dem Frühjahr wird in der polnischen Opposition über die Perspektiven des Widerstandes gegen das Militärregime diskutiert. Die Lähmung nach dem Schock vom 13. Dezember scheint überwunden; die Aktionen im Mai haben bewiesen, daß die SOLIDARNOSC auch in der Illegalität politikfähig ist.

In der Widerstandsbewegung zeichnen sich drei große Linien ab:

1) Die Linie der „nationalen Verständigung“, d.h. eines Arrangements mit dem Militärregime. Die „nationale Verständigung“ wird von der Kirche und der DIP (Gruppe Erfahrung und Zukunft, eine Vereinigung systemimmanenter Reformer) vertreten.

2) Die Linie der „sich selbst beschränkenden Revolution“, die zwar das Militärregime beseitigen, aber mit der PVAP einen Historischen Kompromiß schließen will. Diese Linie vertritt unter anderen Jacek Kuron.

3) Die Linie der kompromißlosen Revolution, der umfassenden Umwälzung, wie sie u.a. von Kowalewski vertreten wird.

Zwischen diesen Fronten argumentieren Solidarnosc-Funktionäre wie Bujak, die zumindest zunächst einen dezentralisierten und gewaltfreien Widerstand favorisieren.

Die Thesen Jacek Kurons

Die Thesen Kurons stammen aus dem Februar 1982; viele Beiträge zur Strategiedebatte beziehen sich auf diese Thesen. Kuron tritt dafür ein, den Widerstand *„um einen zentralen Kern (zu) gruppieren und diesem eine absolute Disziplin unter Beweis (zu) stellen“*, d.h. auch eine parteimäßige Struktur aufzubauen. Das Militärregime, das er nur als Statthalter der Sowjets begreift (und deshalb auch von „Besetzung“ Polens redet), habe *„einen Schlußstrich unter alle pazifistischen Hoffnungen gezogen.“* Die Konsequenz, die Kuron zieht, läuft auf den Aufstand gegen das Militärregime bei gleichzeitiger Verständigung mit der PVAP/ Staatsmacht hinaus: *„Deshalb muß die Führung des Widerstandes die Gesellschaft gleichzeitig auf größere Konzessionen hinsichtlich eines Kompromisses mit der Staatsmacht und auf die Liquidierung der Besetzung durch eine Demonstration des organisierten Ganzen vorbereiten.“*

Diese Strategie scheint Kuron deshalb realistisch, weil ohne „nationale Verständigung“ Polen in die Katastrophe, die „unvermeidbare soziale Explosion“ treiben würde. Er baut darauf, daß „die Anhänger eines Kompromisses im Regierungslager“, durch den Widerstand ermuntert, gegen das Militärregime auftreten werden. Zugleich hält Kuron es für möglich, einen sowjetischen Einmarsch zu vermeiden. Denn erstens hätten sich die Sowjetführer verrechnet:

„Die Sanktionen (des Westens — AK) *haben die Möglichkeiten der Kooperation mit dem Westen eingeschränkt, ohne die die Wirtschaft des Blockes nicht normal funktionieren kann, dazu die Last der immer teureren Rüstung, was bereits über seine Kräfte ging.“*

Man müsse daher zweitens der sowjetischen Regierung zu verstehen geben, *„daß eine nationale Verständigung der Polen — und sei es ohne die aktuellen Führer dieses Landes — nicht die militärischen Interessen der UdSSR bedroht und für deren ökonomische Interessen nur wohltuend sein kann.“*

Dazu gehört die nebulöse Aussage, daß *„eine bewaffnete Intervention jedoch der letzte Akt der UdSSR“* wäre.

Das Konzept von Kuron baut in seine Strategie die Lähmung der SU durch die imperialistische Konfrontationspolitik ein. Darin liegt jedoch zugleich seine größte Schwäche, denn die zunehmende Kriegsgefahr war einer der wesentlichsten Gründe dafür, daß die Sowjetunion auf rasche und gründliche „Bereinigung“ in Polen drängte. Es dürfte eine Illusion sein, zu glauben, daß — beseitigt man nur das Militärregime — ein Historischer Kompromiß in Polen möglich wäre. Kuron vertritt im Kern eine Wiederherstellung der Situation vor dem Putsch. Die Unmöglichkeit des „nationalen“ Kompromisses, die vor dem 13. Dezember sowohl vom polnischen Staat als auch von der SOLIDARNOSC-Führung konstatiert wurde, wird von Kuron nicht problematisiert. Die entscheidende Voraussetzung seiner Strategie ist, daß ein Historischer Kompromiß möglich sei; aber gerade diesen Beweis bleibt Kuron schuldig.

Zbigniew Kowalewski

Kowalewski vertritt eine realistische Einschätzung der Situation in Polen und gehört zu den konsequentesten Kritikern an Kuron. Kowalewski hält den Widerspruch zwischen der „Zivilgesellschaft“ und dem „bürokratischen Apparat“ für unversöhnlich, weshalb ein Kompromiß ausgeschlossen sei. Der Kompromiß sei ein taktisches Mittel, aber als „strategisches Ziel ist er eine Illusion“. Konsequent vertritt Kowalewski, daß *„die Militärdiktatur nur durch eine revolutionäre Aktion der Massen gestürzt werden“* könne. Im Gegensatz zu Kuron sieht er die Perspektive eines Sturzes der Militärherrschaft als eine nicht beschränkte Revolution: **„Jede Revolution stellt unausweichlich die Machtfrage und zielt darauf ab, sie zu lösen. Wenn nicht, dann siegt die Konterrevolution.“**

Kowalewski lehnt ein straffes, zentralistisches Organisationsmodell ab, ohne allerdings einen Weg aufzuzeigen, wie ohne einen zentralisierten Stab der Aufstand durchgeführt werden könnte. Kowalewski sieht die Gefahr einer sowjetischen Intervention im Falle eines Aufstandes zwar für gegeben, aber nicht als unvermeidlich an.

Wenn er auch andere Konsequenzen daraus zieht, so ist doch Kowalewski wie Kuron der Meinung, daß relevante Widersprüche zwischen Militär und Partei bestehen, die eine „Stabilisierung der Staatsmacht“ erschweren würden. Der Aufstand bzw. eine „Serie von Erschütterungen“ könnte diese Widersprüche ausnutzen, *„weil sich alle Widersprüche der Staatsmacht im Militärapparat konzentrieren“.*

Die Einschätzung, daß der Aufstand in Polen nicht einen strategischen Kompromiß, sondern die Machtfrage auf die Tagesordnung setzen würde, ist sicherlich richtig. Die Unbekannte in dieser Rechnung ist die sowjetische Intervention. Aus den uns bekannten Stellungnahmen Kowalewskis geht nicht hervor, wie er die Einschätzung einer Vermeidbarkeit der Intervention begründet.

Zbigniew Bujak

Bujak gehört zu der im April gebildeten „Provisorischen Landeskommission“ der Solidarnosc in Polen. Neben ihm gehören diesem Führungsgremium Bogdan Lis, Wladislaw Frasyniuk und Wladislaw Hardek an.

Bujak schätzt die Haltung der Bevölkerung so ein, daß diese sich von einem Aufstand keine Lösung erwarte, *„sondern im Gegenteil, daß sie* (die ‚Explosion' — AK) *eine brutale innere und äußere Intervention mit sich bringen könnte.“* Er vertritt daher ein Konzept „gewaltfreier Widerstandsformen“. Er hält einen Aufstand für *„nicht realisierbar, und dies vor allem aufgrund der militärisch-polizeilichen Struktur des Staates.“* Diese Struktur verbiete eine zentralisierte Organisation, wie Kuron sie anstrebt. *„Mit dieser (zentralisierten) Struktur würde sich die Terror-Spirale schnell entwickeln“* und zu einer größeren Einheit der herrschenden Gruppierungen führen. Daher sei der Aufstand, wenn überhaupt, die letzte Etappe des Kampfes. Vorläufig orientiert Bujak darauf, die SOLIDARNOSC dezentral wieder aufzubauen, d.h. in den Betrieben Zellen zu bilden, Zeitungen herauszugeben und den Informationsfluß aufzubauen. Der Schwerpunkt soll dabei auf der gewerkschaftlichen Tätigkeit liegen. *„Die Regierung wird letztendlich die auf diese Weise demonstrierte Gegenwärtigkeit unserer Gewerkschaft im öffentlichen Leben akzeptieren müssen...“.*

Bujaks Einschätzung, daß es momentan erst einmal darum geht, die SOLIDARNOSC wieder aufzubauen und in den Betrieben zu verankern, ist begründet. Damit wird allerdings die strategische Frage noch nicht beantwortet, wie erstens das Jaruzelski-Regime beseitigt und zweitens eine sowjetische Intervention verhindert werden kann.

Die verschiedenen Stellungnahmen zeigen die Problematik des polnischen Widerstandes deutlich auf. Das größte Problem ist nicht Jaruzelski, sondern die Sowjetunion, die gerade in der sich zuspitzenden Kriegsgefahr nicht tatenlos zusehen wird, wie einer ihrer wichtigsten Verbündeten zusammenbricht bzw. für den RgW und die WVO (Warschauer Vertrags Organisation) ausfällt. Es ist richtig, wenn darauf hingewiesen wird, daß eine Intervention für die Sowjetunion schwerwiegende politische und ökonomische Folgen hätte, von den militärischen ganz zu schweigen. **Nur: welche Alternative bietet sich der SU?** Den Versprechungen, man werde die Verpflichtungen im WVO erfüllen, wird die SU nicht glauben, egal, wie ernst sie gemeint sind. Kurons Idee, eine Intervention der SU würde ihr „letzter Akt“, ist im doppelten Sinne falsch. Erstens m u ß eine Intervention der SU in Polen nicht zum Auslöser eines Krieges werden; und zweitens wäre dieser, wenn er kommt, auch Polens „letzter Akt“ (für diese Erkenntnis reicht ein Blick auf die Landkarte). Zu vermeiden ist eine sowjetische Intervention als Antwort auf einen revolutionären Sturz des Jaruzeski-Regimes zumindest solange nicht, wie die Sowjetunion unter dem Druck der NATO-Konfrontation steht. Dies zu übersehen, wäre eine gefährliche Illusion. Die Intervention zu vermeiden setzt eine nicht unerhebliche Änderung der internationalen Lage voraus. In diesem Punkt jedoch schweigen die Stellungnahmen zur Strategie allesamt. Eine rationale Diskussion um diese Frage könnte, wenn sie endlich geführt würde, nur ein Ergebnis haben: **Daß die SOLIDARNOSC alle antimilitaristischen und antiimperialistischen Bewegungen als ihren natürlichen Verbündeten begriffe.** Davon ist jedoch bislang leider nichts zu spüren.

Die Thesen der Kirche

Der „Gesellschaftliche Rat“ beim Primas der Katholischen Kirche Polens hat in zehn Thesen ein Modell der „Verständigung“ dargelegt, das auf eine vorsichtige Demokratisierung der gesellschaftlichen Verhältnisse hinausläuft. Der „Gesellschaftliche Rat“ schlägt in den von Erzbischof Glemp gebilligten Thesen eine „Verständigung zwischen Staatsmacht und Gesellschaft“ vor, an der die SOLIDARNOSC, die Bauerngewerkschaft, andere relevante Gruppen und natürlich die Katholische Kirche teilhaben sollen.

Die Staatsmacht müsse der Gesellschaft die Möglichkeit der Diskussion und Einflußnahme zugestehen.

„Andrerseits stellt es eine unumgängliche Voraussetzung der inneren Stabilisierung dar, daß die Gesellschaft die Erfordernisse des Systems und die objektive Situation des Landes sowie deren Determinierung durch die bestehenden internationalen Verträge begreift“.

Dementsprechend fordert die Kirche strikte „Apolitizität der Gewerkschaften“ und kritisiert die SOLIDARNOSC als mitverantwortlich für den Militärcoup: *„Sie bemühte sich auch, den gewaltigen Forderungsdruck der Gewerkschaftsmassen zu bremsen... Dies waren jedoch Handlungen, die eindeutig unzureichend waren. (...) ‚Solidarnosc' hätte jedoch in bedeutend entschlossener und konsequenter Weise die Idee der Verständigung über ein begrenztes gesellschaftlich-gewerkschaftliches Programm verteidigen müssen.“* Nun war das Dilemma gerade dies, daß die SOLIDARNOSC nicht nur diese Idee verteidigte, sondern mit den Abkommen von Gdansk und Stettin ein solches Programm dem Staat abrang. Der polnische Staat zeigt sich als unwillig, auch nur dies „beschränkte“ Programm zu realisieren. Alle taktischen Fehler der SOLIDARNOSC mal beiseite gelassen (wie etwa den skurilen Aufruf an die Arbeiter der anderen RgW-Länder), blieb SOLIDARNOSC gar nichts andres übrig als die Politik, die sie verfolgte: Insbesondere der Flügel um Walesa hat sich in den letzten Monaten vor dem Putsch um ein Abbremsen bemüht. Es zeigt sich aber in den Herbststreiks 1981, daß die Bewegung der Kontrolle der SOLIDARNOSC zu entgleiten drohte und ein härteres Abbremsen nur die Spaltung der SOLIDARNOSC provoziert hätte.

Das Programm der Kirche ist illusorisch, denn die „Erfordernisse des Systems“ lassen sich nicht aussöhnen mit einer eigenständigen Volksbewegung, die nicht allein ökonomische, sondern auch politische Interessen vertritt und vertreten muß in einem System, wo der Staat oberster Befehlshaber der Ökonomie ist. Wo politische und ökonomische Macht so eng zusammenfallen wie in Polen, ist eine strikte Trennung zwischen ökonomischen und politischen Interessen von vornherein imaginär.

Die Gruppe Erfahrung und Zukunft

Die DIP besteht wesentlich aus profilierten Intellektuellen aus verschiedenen Bereichen der polnischen Gesellschaft. Die DIP hatte bereits vor den August-Streiks 1980 umfassende Reformen gefordert (Vergl. AK 185, Krisendebatte in der PVAP?). Nun hat die DIP eine umfangreiche Analyse der Situation in Polen vorgelegt. Sie gehen davon aus, daß die durch die Militärregierung geschaffene Lage eine Zuspitzung der Widersprüche des polnischen Systems beinhaltet, die eine Lösung der ökonomischen und politischen Krise verunmöglicht.

Detailliert geht die DIP auf die internationale Entwicklung ein: *„Zweifellos kann der unmittelbare Druck des Westens auf die Regierung Jaruzelski nur sehr begrenzte Früchte tragen, weil ihr Manövrierraum ohnehin sehr schmal ist. Mehr noch: Dieser Manövrierraum wird umso schmaler, je offener der Druck des Westens wird.“*

Der Spielraum der Militärregierung werde durch die sowjetischen Interessen begrenzt, was sich nur ändern könne, wenn die SU einsehe, daß eine „derartige Politik zu viel Schaden anrichtet“, und zwar in ökonomischer Hinsicht und „vor allem auch (durch) den Preis einer neuen Runde des Wettrüstens“.

Auf der anderen Seite versuche die Reagan-Regierung, *„die internationale Position der Vereinigten Staaten zu stärken und ihre militärische Überlegenheit wiederzugewinnen.“* Die SU, so die DIP, werde versuchen, sich mit den USA über Rüstungsbegrenzung zu verständigen. Hierbei betrachte die SU *„Polen als eine Karte, die sie bei Gelegenheit ausspielen kann. Damit ist nicht die Neutralisierung oder die Entlassung Polens aus der sowjetischen Einflußzone gemeint, weil dies nach unserer Meinung keine realistische Perspektive ist. Wir denken vielmehr an die Liberalisierung der Innenpolitik in Polen und an die Möglichkeit umfassender Reformen.“*

Erstaunlich nur, daß die DIP nicht darauf eingeht, w a r u m der Westen für eine Liberalisierung in Polen der SU irgendwelche Zugeständnisse machen sollte. Es sei denn, der Imperialismus hätte davon relevante Vorteile ...

Auf der Grundlage dieser Einschätzungen entwickeln die DIP drei Varianten der Entwicklung in Polen:

1) Die Konfrontations-Variante.
An dieser sei die *„überwältigende Mehrheit des Parteiapparats interessiert, der dadurch seine unkontrollierte Macht, Privilegien und das Gefühl der Sicherheit wiedergewinnen würde“*. Diese Variante widerspreche jedoch den „längerfristigen Interessen der Sowjetunion“.

2) Variante der Wirtschaftlichen Konsolidierung. Diese sei für den „Machtapparat besonders attraktiv“ und würde von der SU favorisiert.

Diese Variante würde Wirtschaftsreformen und — beschränkte — Aktionsmöglichkeiten für die Gewerkschaften einschließen. Sie sei denkbar unter der Militärherrschaft, wenn finanzielle Hilfe von Ost und West komme.

3) Die Reform-Variante.
Voraussetzung der „optimistischen“ Variante sei *„zumindest eine Teil-Emanzipation der Gesellschaft und ein anderes Modell der Machtausübung.“* Dieser „Kompromiß zwischen der Macht und der Gesellschaft“ böte die Möglichkeit, die „Probleme des Landes zu bewältigen.“

Ähnlich der Kirche schlägt die DIP ein Forum der wichtigsten gesellschaftlichen Kräfte vor. Für diese Variante spräche: *„Es ist die einzige Variante, die einen realen Zugang zu Auslandshilfe eröffnet und den Wiederaufbau* der Wirtschaft ermöglicht. (...) Sie sichert die Interessen aller Seiten und gibt sowohl der Partei als auch dem Warschauer Pakt die notwendigen Garantien. Und nur so kann unser Land vor der Katastrophe, vor einer unkontrollierbaren Explosion oder der Stagnation geschützt werden.“

Die unausgesprochene Voraussetzung dieser Überlegungen ist die These, daß es dem Westen um Freiheit und Wohlstand der Polen geht und daß dieser — wenn nur die SU bzw. Jaruzelski die Zügel lockern würde — Polen helfen werde. Aber die Tatsachen sind ein hartnäckig' Ding — und sie sprechen dagegen. Der IWF und seine Anhängsel fordern von Polen eine Wirtschaftsreform, die die sozialen Widersprüche verschärfen würde und daher gewerkschaftliche Freiheit ausschlösse. Dem Westen geht es nicht um Polens Freiheit, sondern um die Ausschlachtung der polnischen Entwicklung für seine ach so friedfertigen Interessen. Den Sowjets wäre ein reformiertes, aber blocktreues Polen schon recht; sie brauchen ein ökonomisch und militärisch starkes Polen an ihrer Seite. Aber, und damit tun sie nicht so unrecht, sie glauben nicht, daß eine Liberalisierung auf halbem Weg stehenbliebe. Auch sie wissen, daß der Kampf zur Machtfrage drängt, und Experimente werden sie sich nicht leisten. **Warum, so ist die Logik der Macht, eine legale Ausbreitung der SOLIDARNOSC noch einmal riskieren?** Die Explosion käme trotzdem; das hat die Entwicklung bis zum 13. Dezember deutlich gemacht.

Alle Hoffnungen auf friedliche Reformen, auf „nationale Verständigung“ sind in Polen illusionär; der historische Kompromiß ist unmöglich, da hat Kowalewski ganz recht. Und der Weg des Aufstandes, der Gewaltakt ruft mit tödlicher Sicherheit die Sowjets ins Land. Diese Lage hat die SOLIDARNOSC vor dem Putsch gelähmt, sie lähmt sie auch heute. Der Ausweg liegt nicht in Polen, er liegt im Westen. Polen wird nur dann eine erfolgreiche Revolution durchstehen können, wenn die Kriegsgefahr beseitigt wird, wenn für die Sowjetunion nicht jeder Quadratmeter, der zwischen ihr und der NATO liegt, ein lebensnotwendiger Schutz ist. Und die SOLIDARNOSC wird nur dann zu einer realitätstüchtigen Strategie kommen, wenn sie diese Wahrheit zu ihrem Programm macht, wenn der Antiimperialismus fester Bestandteil ihrer Politik wird. Bis dahin ist es noch weit.

J., Hamburg

Literatur:

1. „Ohnmacht des Einzelnen, Allmacht des Staates“, Positionspapier der DIP, in: „Zeit“ Nr. 20/ 1982, 14. Mai
2. Gesellschaftliche Verständigung — der einzige Ausweg für Polen. Thesen des Gesellschaftlichen Rates..., in: „FAZ“ Nr. 117/1982, 22.5.
3. Bujak: Dokument aus dem polnischen Untergrund, in: „taz“, 26.3.82 ders.: Für einen Positionskrieg, in: „taz“, 24.5.82
4. Kowalewski: Eine selbstverwaltete Gewerkschaft kann in einem totalitären Staat nicht existieren, in: taz 24.5.82 ders.: Zur Diskussion in ‚SOLIDARNOSC', Interview der „KVZ“ vom 21.5., Nr. 20/1982
5. Kuron: Perspektiven aus einer ausweglosen Situation, in: „taz“, 24.5.1982

Die Entwicklung der USPD (Teil 2)

Im ersten Teil dieses Artikels (AK 221) haben wir den Entwicklungsprozeß der oppositionellen Strömungen in der SPD bis zum Dezember 1915 darzustellen versucht. Während die Mehrheit der SPD die Kriegspolitik des deutschen Reiches durch Bewilligung aller finanziellen Mittel, durch Kriegspropaganda und eine Politik des Burgfriedens mit den Herrschenden voll und ganz unterstützte, war die radikale Linke unter ihren Parolen „Krieg dem Krieg" und „Der Hauptfeind steht im eigenen Land" gegen die Mehrheitspolitik aufgetreten. Sie hatte mit dem Aufbau eigener organisatorischer Strukturen innerhalb der SPD begonnen (Spartacusbriefe, fraktionelle Arbeit).

Zwischen diesen beiden Polen existierte mit dem „marxistischen Zentrum" eine dritte Strömung, die den späteren personellen und politischen Kern der USPD versammelte. Diese Strömung, ihrem politischen Selbstverständnis nach die wahren Gralshüter sozialdemokratischen Gedankengutes, hatte mit zunehmender Dauer des Krieges erste vorsichtige Schritte unternommen, ihre von der Mehrheitslinie abweichenden Positionen öffentlich zu machen.

Als Hauptgründe für diese Entwicklung des Zentrums hatten wir festgestellt:

- **wachsender Protest und Druck der kriegsmüden Massen;**
- **Erstarken der radikalen Linken und verschärfte Kritik an der Halbherzigkeit des „Zentrums";**
- **wachsender Druck des SPD-Vorstandes auf die Abweichler.**

In diesem zweiten Teil wollen wir die Entwicklung bis zur Gründung der USPD 1917 weiterverfolgen.

Am 21.Dezember 1915 hatten erstmals (außer Karl Liebknecht und Otto Rühle) 18 weitere SPDler aus dem Kreise des „marxistischen Zentrums" um Haase, Kautsky und Ledebour im Reichstag ihre Zustimmung zu neuerlichen Kriegskrediten verweigert. In den Spartacusbriefen wurde dies als „ein Schritt voran" begrüßt, gleichzeitig aber nicht mit harter Kritik gespart: die Verweigerung habe keinen grundsätzlichen Bruch mit der Politik der Vaterlandsverteidigung beinhaltet; einige der Verweigerer hätten lediglich *„nach Jahr und Tag das Haar der Annexionspolitik in der Suppe der imperialistischen Vaterlandsverteidigung entdeckt"*.

Wie berechtigt diese harte und schonungslose Kritik war, wird klarer, wenn man genauer betrachtet, was das treibende Motiv eines Teils dieser 18 „Dezembermänner" war. So schrieb Kautsky in einem Appell an den Parteivorstand, das Votum der 18 doch bitte nicht falsch zu verstehen: *„ ... Verlieren dagegen die oppositionellen Massen das Vertrauen zur Minderheit, dann verlieren sie damit auch das Vertrauen zur Partei, dann droht uns nach dem Kriege die Flucht der radikalen Elemente aus der Partei und ihr Zustrom zu einer Richtung antiparlamentarischer Massenaktionen. Dies Vertrauen verliert aber die Minderheit, wenn sie an den entscheidenden Momenten nicht zu hören ist, wobei die Massen keine genaue Untersuchung darüber anstellen, ob das Schweigen aus Zaghaftigkeit oder aus Disziplin geschah"* (1). D.h. ein p a r t i e l l e r 'Bruch' mit der Mehrheit war unumgänglich, um den v o l l s t ä n d i g e n Bruch der oppositionellen Massen mit der Sozialdemokratie zu v e r h i n d e r n .

Wenngleich die Gruppe Internationale ebenfalls noch in der SPD verblieb, so ging sie dennoch zügig an den Ausbau ihrer Strukturen und politischen Fundamente. Auf einer Reichskonferenz im Januar 1916 formierte sie sich offiziell als Spartacus-Gruppe, und das in klarer Abgrenzung zu den 18, bzw. zur SAG: *„Aber schon beginnt ein neues Wort neuen Nebel zu verbreiten; 'Opposition'. Schon beginnt in der 'Opposition' das altböse Spiel der 'Sammlung': 'Einheit, Einheit über alles; zwar nicht in der Gesamtpartei, aber in der 'Opposition'. ... Dreimal nein! Ja, wenn die 'Opposition' eine Gemeinschaft*

in der Gesamtpartei, aber in der 'Opposition'. ... Dreimal nein! Ja, wenn die 'Opposition' eine Gemeinschaft

des Geistes und des Willens wäre, einig in Prinzip und Taktik, aktionsfähig und aktionsbereit. Aber sie ist es nicht. Gemeinsame Arbeit, soweit Übereinstimmung herrscht – ja. Sammlung ohne Klärung, ohne Übereinstimmung? – Nein! Sammlung zur Unterwerfung rücksichtsloser Entschlossenheit unter die Botmäßigkeit vorsichtiger Rechnungsträgerei? – Nein! Heute unter der Militärdiktatur und dem Burgfrieden, in den Tagen der Götterdämmerung und Sintflut, weniger denn je. Sammlung bis zu den Anhängern der Politik des 4.August, die sich heute von ungefähr zur 'Opposition' rechnen? – Was da hieße: Sammlung auf dem Boden dieser Politik? – Nein! Auch nicht Zusammenschluß auf jener mittleren Linie, auf jener breiten und krummen Kompromißstraße des 'marxistischen Zentrums'. Keine andere Sammlung als auf der schnurgeraden Bahn, die die Grundsätze des internationalen revolutionären Sozialismus weisen, und von der nicht um Fußes Breite abgewichen werden darf, soll nicht die Zukunft eine noch traurigere Kopie der traurigen Vergangenheit und Gegenwart sein. Nicht 'Einheit', sondern Klarheit über alles!" (2).

Die Gründung der SAG

Als die 18 'Dezembermänner' im März des folgenden Jahres auch noch gegen den Notetat der Regierung stimmten, wurden sie von der Mehrheit aus der Reichstagsfraktion ausgeschlossen (Liebknecht hatte dieses Schicksal schon vorher ereilt). Ob sie wollten oder nicht (und ihre bisherige Ablehnung jeglicher fraktioneller Arbeit in der Partei belegt, daß sie eben nicht wollten) – nun blieb ihnen nichts anderes mehr übrig, als sich zur SAG zusammenzuschließen. So heißt es in ihrer 'Gründungserklärung': *„Wir sind uns bewußt, getreu den Grundsätzen der Partei und den Beschlüssen der Parteitage gehandelt zu haben. Um so die Pflichten gegenüber unseren Wählern auch weiter erfüllen zu können, sind wir genötigt, uns zu einer SAG zusammenzuschließen"* (3). Und der zweite Grund: *„Hätte sie sich nicht gebildet, wäre Berlin von den Spartacusleuten erobert und stünde außerhalb der Partei"* (Kautsky, 4). Ausgesprochen hart fiel denn auch die Kritik des Spartacus an der Gründung der SAG aus: *„Was machte den 24.März* (die Abstimmung gegen den Notetat) *zur Sensation? Das wüste Geheul der Fraktionsmehrheit im Bunde mit den bürgerlichen Parteien ... , die Entfernung der 18 aus der Fraktion. Aber dabei waren die 18 Objekt und nicht Subjekt. Das war von ihnen so wenig gewollt, daß sie noch im Januar 1916 öffentliche Zusammenstöße mit der verräterischen Fraktionsmehrheit, ja sogar heftige Szenen mit den bürgerlichen Parteien burgfriedlich zu vermeiden suchten und daß sie jetzt nach dem 24.März die Miene der gekränkten Unschuld und nicht die geballte Faust der Rebellion zeigen ... Was der 24.März etwa an Fortschritt bietet, es ist nicht zuletzt der rücksichtslosen radikalen Kritik aller Halbheit entsprossen; es bestätigt die Fruchtbarkeit dieser Kritik für die Stärkung des oppositionellen Geistes. ... Vor der Posaune des Weltkrieges krachen alle Kompromisse elend zusammen. Wer zwischen kämpfenden Heeren herumirrt, wird im Kreuzfeuer zusammengeschossen, wenn er sich nicht in der letzten Not zu denen hüben oder zu denen drüben rettet, wo er dann freilich nicht als ein Held, sondern als Flüchtling anlangt. Der Weg der 18 war nur ein weiter Umweg und kein erfreulicher"* (5).

Die SAG-Gründung entsprang also sowohl objektiven Zwängen (Ausschluß), als auch gleichermaßen politischem Kalkül (den Anschluß an die Massen nicht zu verlieren, um so dafür zu sorgen, daß die Massen der SPD nicht allzuweit davonlaufen).

Wenn auch beide Flügel der Opposition weiterhin in der SPD verblieben, so doch mit deutlich unterschiedlichen Zielsetzungen: *„Nicht Spaltung oder Einheit, nicht neue Partei oder alte Partei heißt die Parole, sondern Zurückeroberung der Partei von unten auf durch Rebellion der Massen, die die Organisationen und ihre Mittel in eigene Hände nehmen müssen, nicht durch Worte, sondern durch Taten der Rebellion ... Der Entscheidungskampf um die Partei hat begonnen"* (5), so Spartacus.

„Die Minderheit hielt die Politik der Mehrheit für falsch, ohne daraus, was ihr vielfach unterstellt wurde, den Schluß zu ziehen, daß mit dieser Mehrheit keine gemeinsame Arbeit mehr möglich sei, daß man sich von ihr trennen und neu organisieren wolle" (6). Oder, nach Kautsky: *„Die Sache, der die Unabhängigen dienen, hätten sie im Rahmen der Gesamtpartei viel erfolgreicher vertreten können als in der Spaltung".* Seiner Ansicht nach war der Tag absehbar, wo die Mehrheit der SPD-Fraktion gegen die Kriegskredite gestimmt hätte. (7)

Nach dem Fraktionsausschluß der 18 'Zentristen' und der Gründung der SAG versuchten die Rechten, jede Propagierung der oppositionellen Meinungen innerhalb der SPD zu verunmöglichen. Der Berliner „Vorwärts", das Zentralorgan der Partei mit einigem Einfluß der SAG, war eines der ersten und bekanntesten Opfer. Andere folgten. Im Oktober 1916 wurden beim „Vorwärts" oppositionelle Redakteure gefeuert; ein Bevollmächtigter des Parteivorstandes sollte künftig über den Inhalt der Zeitung entscheiden. Jetzt durfte der von den Militärbehörden mit Verbot bedrohte „Vorwärts" natürlich wieder erscheinen ...

Überall wurden nun unbequeme Parteimitglieder aus Funktionen gedrängt. Das Zusammenspiel von Parteirechten und Militär brachte pazifistische und antimilitaristische Genossen zu Hunderten in die kaiserlichen Gefängnisse oder mit Stellungsbefehl an die Front.

Reichskonferenz der Opposition

Auf Einladung der SAG fand im Januar eine „Reichskonferenz der Opposition" statt, an der 157 Sozialdemokraten aus 72 Bezirken, darunter 19 Reichstagsabgeordnete, teilnahmen; von diesen waren etwa 35 der Spartacusgruppe zuzurechnen. (8) In seinem Einleitungsreferat betonte Haase, „die oppositionellen Elemente (sollten) sich zusammenscharen". Die Notwendigkeit eines fraktionellen Zusammenschlusses ergab sich für ihn weniger aus den seit über zwei Jahren existierenden und offensichtlich unvereinbaren Positionen, sondern wurde erst durch die administrativen Maßnahmen des Vorstands unumgänglich. Entsprechend *„lehnte er es ab, die alte sozialdemokratische Partei zu 'zertrümmern'. Die Hauptaufgabe sei, in der Partei die Meinung der Minderheit weiter zu proklamieren und Einfluß innerhalb der Partei zu behalten. Demgegenüber vertrat Ernst Meyer (Gruppe Internationale) die Forderung nach 'selbständigen Aktionen der Völker in den verschiedenen Ländern'. Er wollte entschiedenen Kampf gegen den Parteivorstand".* Meyer: *„Deshalb hängt die Frage der Zugehörigkeit der Partei nur davon ab: wir bleiben in der Partei nur solange, als wir den Klassenkampf gegen den Parteivorstand führen können. In dem Augenblick, wo wir darin gehemmt werden, wollen wir in der Partei nicht bleiben"* (9). Die Frage des Zeitpunktes der endgültigen organisatorischen Trennung von der SPD war für die Gruppe Internationale lediglich eine taktische Frage.

Nach dieser „Reichskonferenz" war für Ebert, Scheidemann, Noske und Konsorten der Zeitpunkt der Spaltung gekommen. Der Parteiausschuß beschloß *„organisatorische Konsequenzen gegen Arbeitsgemeinschaft und Spartacusleute".* In sämtlichen Ortsgruppen wurde die Opposition für „außerhalb der Partei stehend" erklärt. (10). Wo sich die Mehrheit gegen die Rechten erklärte, wurden neue SPD-Ortsvereine gegründet: so beispielsweise in Berlin, Leipzig, Bremen und Braunschweig.

Der Vorstand der SAG erließ daraufhin Anfang Februar 1917 einen Aufruf zum *„organisatorischen Zusammenschluß aller vom Parteivorstand vergewaltigten Organisationen und Genossen".*

Mitgliederzahlen der Arbeiterparteien:

Mitgliederzahlen der Arbeiterparteien:

	SPD	USPD	KPD
1914	1.085.905	—	—
1917	243.061	ca. 120.000	—
1918	249.411	70- - 120.000	—
1919	1.012.299	ca. 300.000 (März) ca. 750.000 (Nov.)	106.056 (Okt. zahlende)
1920	1.180.208	893.923 (Okt.)	78.056 (Okt. eingeschrieben)
1921	1.221.059	ca. 340.057 (April)	449.700 (Jan. geschätzt) 341.764 (eingeschr.) } Sommer 161.146 (zahlende) } Sommer
1922	1.174.105	300.659 (Jan.) 290.762 (Sept.)	328.017 (eingeschr.) 255.883 (zahlende)
1923	VSPD: 1.380.970 (Sept.) 1.261.072 (März)		294.230 (eingeschr.)

nach: Krause S. 303

Wachsender Widerstand

Es erscheint notwendig, an dieser Stelle kurz auf die politische Entwicklung in Deutschland einzugehen, da die Entwicklung der USPD auch ein Reflex auf die Klassenkämpfe im Lande war.

Am 1.Mai 1916 organisierte der Spartacusbund – ohne SPD und Gewerkschaften – in Berlin eine illegale Kundgebung mit knapp 10 000 Teilnehmern. Auch in anderen Städten tauchten die Flugblätter von Spartacus auf den verbotenen Kundgebungen zum 1.Mai auf. Karl Liebknecht wurde bei der Berliner Manifestation verhaftet und wenig später zu knapp drei Jahren Zuchthaus verurteilt. Hatten die Militärbehörden damit gerechnet, dadurch die Anti-Kriegs-Bewegung enthaupten und einschüchtern zu können, so mußten sie sich

wegung enthaupten und einschüchtern zu können, so mußten sie sich

bald eines besseren belehren lassen: Schon am 29.Juni streikten 55 000 Arbeiter in Berlin und 8 000 Arbeiter in Braunschweig gegen das Liebknecht-Urteil.

Der politische Stellenwert dieser Aktionen wird auch daran ersichtlich, daß sie ohne Unterstützung der SAG-Führung zustandekamen!

In der Folge traten – teilweise in Verbindung mit politischen Forderungen – auch „Lebensmittelunruhen" auf.

Materielle Grundlage sowohl für den innerparteilichen Terror des sozialchauvinistischen Flügels, als auch für die Radikalisierung der Bevölkerung und der SAG-Anhängerschaft war die Entwicklung der Kriegslage:

Bei der Schlacht in Verdun, an der Somme und in Flandern hatten die deutschen Truppen schreckliche Verluste hinnehmen müssen. Im Winter 1916/17, dem berüchtigten „Kohlrübenwinter", starben Tausende an Hunger, Kälte und Mangelkrankheiten. Anfang des Jahres 1917 eröffnete die deutsche Führung den „uneingeschränkten U-Boot-Krieg", was wiederum von den USA als Grund zum Kriegseintritt benutzt wurde. Innenpolitisch bedeutete das „Hilfsdienst-Gesetz", von Hindenburg und Ludendorff mit den Stimmen auch der SPD durchgesetzt, den Arbeitszwang für alle Arbeiter vom 17. bis zum 60. Lebensjahr. Die Arbeitsstelle konnte nicht mehr frei gewählt werden, Spartakus sprach von der „Kasernierung des ganzen deutschen Proletariats".

Die Arbeiterbasis drängte weg von der rechten Politik des SPD-Vorstandes.

„Über die Tätigkeit des Parteivorstandes berichtete Ebert: Von den Parteimitgliedern waren im September 1914 rund 30% zum Heeresdienst eingezogen. Die Parteipresse hatte sechs Wochen nach Kriegsbeginn 20% ihrer Abonnenten verloren. Bis zum 31.3.1916 ging die Zahl der Mitglieder gegenüber 1914 um 64% zurück. Der Rückgang der Abonnenten betrug 46%, der Abonnentenrückgang der 'Arbeiterjugend' 48% ... Der Abgang von 39% der Mitglieder, wenn von den 30% zum Heeresdienst eingezogenen abgesehen wird, bedeutete einen Verlust von 369 000 Mitgliedern. (Am 31.3.14 registrierte die SPD 1 085 905 Mitglieder)... Die Politik des 4.August halbierte die SPD!" (11)

Die Gründung einer Partei links der SPD stand also auf der Tagesordnung. Offen blieb die Frage, ob sie ein Instrument zur Durchsetzung der Interessen der unzufriedenen Bevölkerung werden würde, und vor allem, ob sie Wege zur Beendigung des Krieges aufzeigen und entsprechende Kämpfe anleiten könnte.

Der Gothaer Gründungsparteitag der USPD

„Parteigenossen, die Stunde der Entscheidung ist für uns alle gekommen!".

So begann das Schreiben, mit dem die SAG aufrief, die *„erforderlichen Maßnahmen zum Zusammenschluß der Opposition zu treffen"* (12). Am 6. April 1917 trafen sich in Gotha 143 Delegierte aus dem ganzen Reich. Unter ihnen waren nicht nur Vertreter der SAG, sondern auch Mitglieder des Spartacusbundes.

„Eine einheitliche, geschlossene Sozialdemokratie sei damals (auf dem Gothaer Vereinigungsparteitag der SPD) *aus der Konferenz hervorgegangen, jetzt sei sie gespalten und die Aufgabe der Versammlung sei, die Partei zu neuem Leben zu erwecken... Die Spaltung sei nur scheinbar, nun gelte es, die Wiedergeburt der Sozialdemokratie vorzubereiten".* So Eugen Prager, einer der Mitbegründer, über die Pläne, die ein Teil der SAG mit der Parteigründung verband. (13) Das wurde auch an den Stellungnahmen weiterer Referenten deutlich: Haase wollte *„die Partei wieder zur grundsätzlichen Politik zurückführen", „die alte Bebelsche Sozialdemokratie neu aufbauen";* Dittman proklamierte gar: *„In Wahrheit sind wir die Partei!"* (14).

Ansetzend an einer Analyse, die den 4. August lediglich als „Umkippen" der SPD, als Verrat usw. bezeichnete, nicht aber als logisches Resultat eines Prozesses der gezielten Abstumpfung der Klassengegensätze und teilweisen Versöhnung mit dem herrschenden System, sollte die „ursprüngliche" sozialdemokratische Politik nur neu belebt und vom Verrat ihrer alten Führer gereinigt werden. Ein konsequenter

und vom Verrat ihrer alten Führer gereinigt werden. Ein konsequenter

Bruch mit der SPD unterblieb, bzw. wurde bewußt vermieden.

Im Gegensatz zu mehreren Rednern, die eine Kontinuität im Sinne der alten „revolutionären" Sozialdemokratie anstrebten, betonte Fritz Heckert von der Spartacusgruppe: *„Wir stehen dagegen auf dem Standpunkt, daß das alte Programm und die alte Partei nicht mehr die Grundlage unserer ferneren Tätigkeit bilden kann, daß nicht mehr die Beschlüsse der Parteitage Deutschlands, die vor dem 4. August 1914 gefaßt worden sind, die Grundlagen für unsere neuen Aufgaben sein können... Als wir uns das Erfurter Programm geschaffen haben, da war die sozialistische Zeitepoche noch nicht angebrochen. Damals galt es, diese große Zeit erst herbeizuführen, und deshalb sind in unserem Programm viele Punkte bereits überwunden, überwunden durch den historischen Verlauf. Und aus diesem Zweideutigen unseres Programms ist es zu erklären, daß die Massen so verführt worden sind."* (15)

Gegründet wurde die USPD schließlich, ohne die existierenden Kontroversen, deren es reichlich gab, genauer herausgearbeitet zu haben. *„Der grundsätzliche Gegensatz wurde zwar ausgesprochen, aber eine tiefergehende Auseinandersetzung blieb aus.."* (16).

Insbesondere an dem Punkt, der in der Vergangenheit der Hauptauseinandersetzungspunkt in der SPD gewesen war, der Kriegsfrage, unterblieb eine grundsätzliche Abrechnung mit der Vergangenheit, die ja auch die Vergangenheit der Versammelten selber war. Ledebour sprach sich sogar ausdrücklich gegen den „Verteidigungsnihilismus" des Spartacus aus; dieser sei gar nicht sozialdemokratisch (17). Lediglich die Spartacus-Redner versuchten, die Debatte in dieser Richtung voranzutreiben: Die SAG *„überschätze die Möglichkeiten des Parlamentarismus und unterschätze die Möglichkeit proletarischer Massenaktionen. Grundsätzliche Differenzen von erheblichem Ausmaß umspannten die gesamte Bandbreite politischer Überzeugung der in Gotha versammelten Sozialisten. Einzelne Nuancen machten die Tragweite der Divergenzen nur noch deutlicher. So wollte Kurt Eisner ins neue Parteistatut die Bestimmung aufneh-*

men, daß in bestimmten Situationen, Oppositionelle auch in der alten Partei bleiben dürften.“ (18). Haase wandte sich scharf gegen die Politik des Spartacus, „*die Arbeitsgemeinschaft mit der Hundepeitsche vorwärtszuhetzen*“ (19).

Die Spartacusgruppe schloß sich dennoch der USPD an — im Gegensatz zu den Bremer Linksradikalen — unter Aufrechterhaltung der eigenen Organisationsstrukturen und nicht ohne ausdrücklich festzuhalten, unter welchen Prämissen sie dies tat: „*Man hat gesagt, die Gruppe Internationale wird sich nach dem Kriege von der Arbeitsgemeinschaft doch wieder trennen. Aber wir werden uns nur dann trennen, wenn ihre Politik nicht nach den Grundsätzen der Gruppe Internationale geführt wird.*“ (20).

Sie betrachtete die USPD als „schützendes Dach“ für ihre eigenständige Arbeit.

Bereits deutlich angelegt war auf dem Gründungsparteitag die weitere Entwicklung der USDP bzw. ihr Ende (mit dem wir uns noch genauer auseinandersetzen wollen), also die Gründung der KPD einerseits, die Rückkehr vieler USPDler zur SPD andererseits.

Die USPD sollte — was die Intentionen einiger ihrer Gründer anging — und konnte — was die objektiven Grundlagen ihrer Herausbildung betraf — nichts anderes sein als ein historisch notwendiger Zwischenschritt zur Gründung und zum Aufbau einer radikaleren, revolutionären Alternative einerseits, zur dauerhaften Bindung von Teilen des Proletariats an die Sozialdemokratie andererseits. Daß diese „Zwitterstellung“ der USPD ihre gesamte Entstehung prägte, haben wir versucht nachzuweisen.

Der ‚Zentrismus' als Partei

„*Liebknecht ist heute der populärste Mann in den Schützengräben!*“ Diese klare und für jeden Sozialdemokraten natürlich höchst bedrohlich erscheinende Feststellung war es im Grunde, die den Entwicklungsprozeß zur USPD ab Sommer 1916 enorm beschleunigte. Der den Zentristen vom „marxistischen Zentrum“ an sich erheblich sympathischeren Vorstellung, innerhalb der alten SPD weiterzuwursteln, waren die materiellen Grundlagen durch die Entwicklung des Krieges und die Radikalisierung der Massen weitgehend entzogen. Es wurde immer offensichtlicher, daß dieser zunehmenden Radikalisierung auch etwas radikalere Worte und Taten der Partei entsprechen mußten — bis hin zur organisatorischen Trennung von der Mutterpartei — um, g e g e n Spartacus, einen massenhaften Bruch mit dem S y s t e m zu verhindern. „*Was die Wortführer der SAG — darin unterschieden sie sich von der Spartacus-Gruppe — mit der Gründung einer neuen Partei anstrebten, war: gerade die ‚alte Partei' mit ihren Grundsätzen wieder aufzubauen. Keine neue, radikalere Partei sollte ins Leben treten. Wiederauferstehen sollte die alte Partei mit allen ihren Traditionen, all ihren radikalen Beschlüssen und wohl auch mit all ihrer stärker auf Reformen orientierten Praxis.*“ (21)

„*Das hieß schon vor Gründung der USPD, daß die SAG die Großstadtarbeiter davon abhielt, einer eigenen radikaleren Organisation den Vorzug zu geben.*“ (22)

Bestätigt wird diese Einschätzung durch Kautsky selber, dem „die Gefahr die von Spartacus ausgeht“, ein ausgesprochener Dorn im Auge war, wenn er rückblickend feststellte: „*In der K r i e g s - politik blieben wir mit der Masse der neuen Partei im besten Einvernehmen; dagegen vertieften sich bald unsere Bedenken gegen ihr Verhältnis zum Spartakismus*“ (23).

Entsprechend resümmiert Krause, der ausführlichste westdeutsche USPD-Chronist: „*Für die SAG-Anhänger war bei der USPD-Gründung zweierlei maßgebend: einerseits schien es aussichtslos, in der alten sozialdemokratischen Partei auf eine entschiedene politische Änderung zu warten; andererseits mußten sie befürchten, bei weiterer Radikalisierung ihren Einfluß auf die Arbeitermassen einzubüßen und das Terrain der Spartakus-Gruppe zu überlassen*“ (24).

Wobei der SAG das Warten — und hier wäre Krause zu widersprechen — solange nichts ausgemacht hatte, wie das Anwachsen der Massenbewegung gegen den Krieg und das Erstarken des Spartakus als revolutionäre Alternative für die Sozialdemokratie nicht bedrohlich erschien. Erst zu dem Zeitpunkt, als die Loslösung vieler Menschen von der SPD ein gewisses Ausmaß erreicht hatte und der Einfluß der SPD auf die spontanen Massenaktionen immer geringer wurde, erst da wurde den Zentristen ihre Handlungsunfähigkeit in der alten Partei, die Unmöglichkeit auf diese Entwicklungen auch f l e x i b e l, aber immer noch „im Geiste der ‚alten' Sozialdemokratie“ zu reagieren, schmerzlich bewußt. Je attraktiver die Alternativen außerhalb der SPD wurden, umso notwendiger wurde es, die sozialdemokratischen Ideale wieder vorzukramen — und das war im organisatorischen Rahmen der alten SPD tatsächlich unmöglich.

Genau dies waren schon die Leitgedanken gewesen, mit denen Kautsky die Gründung der SAG gerechtfertigt hatte: „*Die Gefahr, die von der Spartacusgruppe droht, ist eine große. Ihr Radikalismus entspricht den augenblicklichen Bedürfnissen der breiten, ungeschulten Massen. Liebknecht ist heute der populärste Mann in den Schützengräben, das wird von allen übereinstimmend versichert, die von dort kommen. Die unzufriedenen Massen verstehn nichts von seiner besonderen Politik, aber sie sehn in ihm den Mann, der für das Ende des Kriegs wirkt, und das ist ihnen jetzt die Hauptsache*“ (25).

Und weiter: „*Die Arbeitsgemeinschaft ist gegenüber diesen beiden Extremen* (Spartacus einerseits, Generalkommission der Gewerkschaften und Parteivorstand andererseits) *das Band, das die Partei tatsächlich noch zusammenhält. Hätte sich die SAG nicht gebildet, wäre Berlin von den Spartacusleuten erobert und stünde außerhalb der Partei*“ (26).

D.h. die Gründung der USPD war nicht nur ein Schritt der Trennung von der SPD, und damit ein „Linksruck“, ein Fortschritt, sondern sie war gleichzeitig gegen Spartacus, gegen jegliche revolutionäre Alternative zur SPD gerichtet. Wenngleich die Spartacusgruppe — selber noch im Aufbau begriffen — zu diesem Zeitpunkt diese Alternative noch nicht darstellte, die USPD Gründung in dieser Hinsicht also „präventiven“ Character hatte, so wurde die Radikalisierung der Massen den noch zunehmend stärker, und somit für die SPD bedrohlicher. Darüber hinaus zeigte die Februarrevolution in Rußland erstmals seit der Pariser Commune wieder die praktische Aktualität und reale Möglichkeit einer radikalen, sozialistischen Lösung der „Kriegsfrage“.

Die Aufgabe, eben diese Entwicklung für Deutschland zu verhindern, war der USPD von ihren Gründern bereits mit in die Wiege gelegt worden.

Im dritten Teil werden wir genauer untersuchen, wie sich dies bereits im Gründungsdokument der USPD, dem von Kautsky verfaßten „Friedensmanifest“, widerspiegelte.

JÜ/KB Freiburg
Z./KB Göttingen

Anmerkungen

1. zit. n. W.Bartel, Die Linke in der Dt. Sozialdemokratie, DDR 1958
2. Spartacusbrief nr. 14, 3.2.1916
3. Kraus, USPD, S. 66
4. zit. n.Bartel
5. Spartacusbrief 16, 30.3.1916
6. ebd.
7. Krause, S. 66
8. ebd. S. 80
9. ebd.
10. Eugen Prager, Das Gebot der Stunde, S. 125
11. W. Bartel, S. 382
12. Prager, S. 129
13. H.Haase, zit. n. Prager, S. 137
14. zit. n. Kraus, S. 86
15. zit. n. Kraus, S. 88
16. ebd.
17. Prager, S. 140
18. Krause, S. 88
19. Prager, S. 139
20. Rück, zit. n. Krause, S. 89
21. Krause, S. 83
22. Krause, S. 89
23. zit. n. Krause, S. 89
24. Krause, S. 89
25. zit. n. Krause, S. 89
26. ebd.

Neues aus dem Blätterwald

„Voran" — Klassenkampf ausgerechnet in der SPD

Immer öfter wird man auf Demonstrationen angesprochen, ob man nicht die 'Voran' kaufen möchte. Der Untertitel 'Marxistische Zeitung für SPD, Jusos, Falken und Gewerkschaft' läßt schon ahnen, daß es sich bei den Herausgebern vermutlich um eine der zahlreichen trotzkistischen Kadergruppen in der SPD handelt.

Das Redaktionskollektiv des 'Voran' hat seinen Sitz in Remscheid. Das vorrangige Ziel der Gruppe um die Zeitschrift ist es, einen starken Flügel bei den Jusos aufzubauen, neben den traditionellen Stamokap-Anhängern (DKP-nah) und Reformisten. Angesichts der stagnierenden Mitgliederentwicklung der Jusos wäre es auch möglich, daß sie dieses Ziel erreichen. Je mehr Mitglieder sie für die SPD-Jugendorganisation gewinnen, umso größer kann ihr Einfluß dort werden.

Das 'Jugendprogramm'

Im Juni 1981 gab die 'Voran'-Redaktion die Broschüre 'Jugend für Sozialismus - Ein Ausweg aus der kapitalistischen Sackgasse' (1) heraus. Ziel der Broschüre ist es, Arbeiterjugendliche für die Jusos und die 'Voran' zu gewinnen.

Arrogant äußert sich die Redaktion gegenüber der 'Jugendbewegung': *"Auch die Politik der SPD ist für sie nur ein Teil des herrschenden Systems; über die Politik ihrer Führung können sie nur Empörung empfinden. Deshalb wenden sie sich von ihr ab. Dies ist falsch...Ihre Ungeduld lenkt sie in sektiererische Bahnen: sie starten blinde und verzweifelte Gewaltaktionen oder machen sich in einem K-Grüppchen kaputt..."* (S. 51). Also ist die SPD kein Teil des herrschenden Systems? Aber sicher ist es lohnender, sich in der SPD kaputt zu machen als in diesen 'K-Grüppchen'?

Dieselbe Arroganz zeigt sich beim Thema 'Frauen und Mädchen'. Dazu fällt der 'Voran'-Redaktion anscheinend nur§ 218 und Leichtlohngruppen ein, sowie: *"Erst seit Ende der 60er Jahre begann sich eine neue Frauenbewegung zu bilden - allerdings keine proletarische. Die Forderungen der neuen Frauenbewegung sind eher pauschal männerfeindlich als politisch weitblickend und dementsprechend teilweise verworren. Eine oft gehörte Forderung: Bezahlung von Hausfrauenarbeit. Eine weitere ruft nach einem Anti Diskriminierungsgesetz"* (S. 22). Dafür aber sind die Jusos eine lupenrein proletarische Bewegung...

Dieselben hohen Maßstäbe werden auch an die Friedensbewegung angelegt. *"Selbstverständlich unterstützen wir jede Forderung und jeden Kampf für eine Teilabrüstung hier und heute. Doch das genügt uns nicht. Erst der weltweite Aufbau einer klassenlosen Gesellschaft wird dem wahnwitzigen Rüstungswettlauf endgültig ein Ende bereiten"* (S. 59).

Grundsätzlich bestreiten die 'Voran'-Aktivisten, daß vom westdeutschen Imperialismus eine Kriegsgefahr ausgeht. Diese Gefahr scheint für sie erst gegeben, wenn in der Bundesrepublik ein faschistisches Regime herrscht. Dann erst besteht ihrer Meinung nach die Gefahr eines Atomkrieges. Infolgedessen scheint ihnen die Verhinderung der Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles zweitranging. Hauptziel ist die Umwandlung der Friedensbewegung in eine 'sozialistische' (?) Bewegung.

Unlogisch ist ihre Argumentation in Bezug auf die SPD. Ihre Mitarbeit bei den Jusos begründen sie folgendermaßen: *"In den kommenden Jahren wird es in allen Ländern der Erde wieder zu Spannungen, gesellschaftlichen Auseinandersetzungen und verstärkten Klassenkämpfen kommen. In diesem Prozeß werden die Arbeiter zuerst auf ihre traditionellen Organisationen* (=SPD und DGB; Anm. d. Verf.) *zurückgreifen bei der Suche nach einer politischen Antwort"* (S. 51).

Andererseits wird zugegeben, daß es bei einem Teil der Jugend bereits 'gärt' und daß diese Jugendlichen keineswegs 'auf die traditionellen Organisationen zurückgreifen'. Warum das dann eines Tages Arbeiter mit revolutionärem Bewußtsein tun sollten, bleibt unklar.

Jedenfalls ist es schlimm mitanzusehen, wie sich Genossen ausgerechnet in der SPD abrackern, statt am Aufbau von Alternativen zu den Regierungsparteien mitzuarbeiten.

bs, Hürth

Anm. 1: Der Text ist erhältlich bei der Redaktion 'Voran', 5630 Remscheid, Hammesberger Str. 75



SPD und Friedenspolititk? – Nach wie vor dem SPD-Parteitag brandaktuelle Broschüre in ansprechender Aufmachung und zu ebensolchem Preis: 2,- DM. Mit vielen Zeitdokumenten, Karikaturen und Bildtafeln angereichert finden sich folgende AK-Artikel auf den 40 Seiten wieder:

- Die SPD und die Kriegskredite
- War 1914 für die SPD d e r Sündenfall?
- Die Panzerkreuzeraffäre 1928
- Seit 1945 – Kampf gegen Remilitarisierung, Atombewaffnung und Kriegsvorbereitung
- „Friedenspolitik" (des DGB) im Schlepptau der Militaristen
- 1951/1952 Volksbefragung gegen Remilitarisierung
- Die Bewegung der Atomwaffengegner und die Politik der SPD
- Die SPD-Linke und die Nachrüstung
- Kommt ein Moratorium?

noch zu haben bei: M. Pickardt, PF 910 552, 8500 Nürnberg.

Leserbrief

Von wegen, „Kein Bock mehr auf Kommunismus"

Zum Artikel von Kt. über die Diskussion im KBW

Im einzelnen will ich an den Ausführungen von Kt. nicht viel aussetzen. Nur, daß er im Vorspann verkündet: „Liest man die Bekenntnisse (??, G.K.) des Genossen Koenen etwas genauer, so kann man in seinen Beschreibungen und in seiner Ratlosigkeit auch a l l g e m e i n e Probleme organisierter sozialistischer Arbeit heut und in diesem Land wiedererkennen.“

Irgendwie hat Kt. dann doch nicht so genau gelesen, ich habe jedenfalls in seinem Artikel nichts von den allgemeinen Problemen sozialistischer Arbeit wiedererkennen können, und erst recht nicht die Probleme des KB. Stattdessen leckt man die Wunden des KBW, nicht ohne Genugtuung. Auch wenn man es Kt. anrechnen kann, daß der Artikel nicht so von Häme triefte, wie man es sonst im „Arbeiterkampf“ als Spezialität pflegt. Was nicht hindert, daß ganz gewohnheitsmäßig in der Fußnote ich als „Vertreter der harten antisowjetisch-‚vaterländischen' Richtung im KBW“ vorgestellt werde. Angenehm, meine Damen und Herren von der 5. Kolonne Moskaus?

Mal im Ernst, könnt ihr mit diesem blöden, gewohnheitsmäßigen Geballere mit denunziatorischen Formeln nicht einfach aufhören. Oder dann das Lenin-Zitat oben rechts: wen soll die große rhetorische Geste erschrecken, mit der ihr mich da vom Platz stellen wollt? Zum hundertsten Mal soll ich mir diesen Hut des „durch die Schrecken des Kapitalismus ‚wild gewordenen' Kleinbürgers“ wieder aufsetzen? Soll mich ducken, wenn donnernd das Urteil gesprochen wird: „Die Unbeständigkeit des Revolutionarismus, seine Unfruchtbarkeit, seine Eigenschaft, schnell in Unterwürfigkeit, Apathie und Phantasterei umzuschlagen, ja sich von dieser oder jener bürgerlichen ‚Mode'-Strömung bis zur ‚Tollheit' fortreißen zu lassen — all das ist allgemein bekannt.“ Allerdings Freunde, die Masche ist in unsern Diskussionen allgemein bekannt, und erschrecken tun hier nur noch die vielen Tüttelchen.

Aber das alles mehr nur am Rande. Wirklich wichtig ist mir, die Überschrift hier zurückzuweisen, die ihr dem Artikel verpaßt habt: „Kein Bock mehr auf Kommunismus“. So etwas ließ sich aus dem Artikel beim besten Willen nicht herauslesen. Es ist reine Rechthaberei von eurer Seite: endlich hofft ihr den Beweis in Händen zu halten, daß die sog. „Vaterlandsverteidiger“ mit fliegenden Fahnen ins Lager der Bourgeoisie überlaufen, sich zum bürgerlichen Anti-Kommunismus konvertieren. Es ist aber schon eher das Gegenteil wahr: Nach unserer Meinung finden sich in der gesellschaftlichen Gesamtbewegung schon viel mehr „Umwälzungsfermente einer alten und Bildungsfermente einer neuen Gesellschaft“, von denen Marx sprach, als die Kommunisten bisher in der Lage waren zu entdecken. Und weil diese Revolution heute mit einer gesellschaftlichen, revolutionären Bewegung beginnt und tatsächlich schon begonnen hat, deshalb machen wir uns auch möglichst realistische Gedanken darüber, gegen welche inneren w i e ä u ß e r e n Feinde sie durchzukämpfen sein wird. Mithin: viel Bock auf Kommunismus; und das Vaterland ist der blaue Planet und seine Bewohner. Mir liegt daran, es euren Lesern mitzuteilen, um dem Defaitismus entgegenzusteuern, den ihr dauernd über die Lage in der Linken verbreitet.

Gerd Koenen, 9.6.82

Anzeige

Die „schwankende Stagnation“ des KABD
- Kritik der Wirtschaftsanalyse im REVOLUTIONÄREN WEG —
Diese von der Gruppe „Neue Düsseldorfer Nachrichten“ herausgegebene Broschüre beschäftigt sich mit den theoretischen Grundlagen des KABD bezüglich der Politischen Ökonomie, die diesem als Programmatik bei seiner bevorstehenden Parteigründung dienen sollen.
In aller Ausführlichkeit wird von den Autoren nachgewiesen, daß der KABD den Marxismus weder verstanden noch weiterentwickelt hat.
Für Genossen, die mit dem KABD — dem vielleicht skurrilsten Fossil der ml-Bewegung — konfrontiert sind, mag die Broschüre durchaus nützlich sein.
Bestellungen an:
J.Petersen
Postlagerkarte 064268 A
41 Duisburg 14.

Buchbesprechung:
Heimatkunde – Innenansichten / Außenansichten

Interessante Reportagen, die sich für die Agitation eignen, faktenreich, gut geschrieben, kritisch, findet frau/man selten. Hier sind zwei Bücher, herausgegeben vom „Eichborn-Verlag", die diesem Anspruch genügen und obendrein spannend zu lesen sind.

Unter dem Motto „Deutsche Reportagen" erschien zum einen: „Heimatkunde" von Reimar Oltmanns, zehn Jahre Redakteur beim „Stern", jetzt „freier Autor". Zum zweiten: „Ansichten von innen" von Gerhard Kromschröder, Redakteur beim „Stern", spezialisiert auf „Rollenreportagen" im Stil Wallraffs. Wie die Titel verraten, ergänzen sich beide Bücher: Oltmanns beschreibt Aspekte der „deutschen" Wirklichkeit von außen — vom unglaublichen Kleinkrieg in der westdeutschen Kleinstadt Herzogenaurach, in der die Konkurrenz zwischen den Sportschuh-Produzenten „adidas" und „puma" das geistige Leben bestimmt, über Berichte zur Jugendarbeitslosigkeit, Bundeswehr-Nazis bis hin zur Behandlung der Asylanten. Oltmanns wird mit seinen Stories dem Ruf gerecht, den er sich vor zwei Jahren als Co-Autor der „Stern"-Serie „SOS Deutschland" erworben hat, in der neben dem Stichwort vom „Computer-Staat" auch das der „Neuen GeStaPo" einem breiten Publikum zugänglich gemacht wurde.

Gerhard Kromschröder berichtet aus dem Innenleben verschiedenster politischer Gruppierungen und gesellschaftlicher Kräfte, von der Lobby der Bunkerbauer über Jugendbanden zum milden Geist rechtsradikaler Exorzisten bis hin zum Ku-Klux-Klan in der BRD und der Story „Hitlers neue Gurus". Statt des Versuchs von Beschreibungen über Beschreibungen — hier nebenstehend eine „Kromschröder-Geschichte" zur Anregung und als Beispiel.

F., Hamburg



„Adolf Hitlers Ideologie vertrete ich auch" — die „Armanen"-Mitglieder Bayerer und Hamphoff in den Uniformen ihrer „Nationalen Kampfeinheit"

Hitlers neue Gurus



Wir sitzen im Kreis. Die Frauen tragen lange weiße Kleider, die Männer schwarze Kittel und schwarze Kniebundhosen. Das diffuse Licht der Abendsonne fällt durch die farbigen Wappenzeichnungen der Saalfenster. In unserer Mitte kauert ein Schäferhund, den Kopf auf den Boden gedrückt. Die Dielenbretter vor seiner Schnauze sind von seinem Atem beschlagen.

»Hunde«, sagt Großmeister Adolf, »spüren viel besser als wir Menschen, wenn fremde Mächte versuchen, Spione in unseren magischen Zirkel einzuschmuggeln.« Verunsichert blicke ich zu dem schwarzen Hund hinüber.

Doch »Tasso« blinzelt nur verschlafen. Großmeister Adolf sieht mich an: »Wir begrüßen einen neuen Ordensbruder. Wir nehmen jetzt die Hand unseres Nachbarn und bilden Wotans Zauberkreis, der unserem neuen Mitglied arische Erleuchtung bringen wird.«

Mit dieser Aufnahmezeremonie habe ich die höchsten Weihen der »blonden arisch-heroischen Rasse« empfangen, der »intellektuell und ethisch höchststehenden Rasse der Erde«. Sie ist das Ergebnis »tausendjähriger Reinzucht, vielleicht auch als Folge der Mischung mit Engeln, die damals vom Himmel herkamen«. Jetzt bin ich »arischer Lichtträger und Sonnenpriester Wotans«.

»Religion«, sagt Großmeister Adolf, »kann man sich nicht aussuchen wie eine Parteimitgliedschaft. Religion ist rassebedingt, und für den Arier ist die germanische Urreligion der einzige ihm artgemäße Glaube.« Wir halten Thing auf Burg Gleiberg bei Gießen, über tausend Jahre alt. Unter dem grauen Gemäuer, so sagt Großmeister Adolf der andächtigen Arier-Runde, »liegt eine Wotan-Kultstätte aus germanischer Vorzeit, die positiv ausstrahlt auf unseren Heiligen Kreis«.

Tasso räkelt sich, steht auf. Er kommt auf mich zu, trottet an mir vorbei und läßt sich von seinem bärtigen Besitzer rechts neben mir streicheln. Es beginnt zu dämmern. Zwei mit Runen verzierte Kerzen sind jetzt die einzige Lichtquelle. Sie stehen auf dem Altar am Ende des Saales. Links hängt ein Heiligenbild Wotans, rechts eine Zeichnung der Göttin Frigga. In der Mitte steht die ein Meter hohe geschnitzte »Irminsul«, das Symbol des Wotan-Glaubens. Sie sieht auf den ersten Blick wie eine Armbrust aus und soll die Weltsäule symbolisieren, die den Himmel stützt. Auf dem Altar liegen Blumen und Äpfel, Räucherstäbchen brennen.

Mit der Errichtung des Altars, so habe ich in der Gottesdienstordnung gelesen, ist der Rittersaal von Burg Gleiberg »nicht mehr als ein gewöhnlicher Raum zu betrachten, sondern als ein den Göttern geweihter Tempel«. Für den Umgang mit unseren germanischen Gottheiten gilt als Faustregel »das übliche Verhalten, das man als Gast eines geschätzten Vorgesetzten an den Tag legen sollte«.

»Unser alter Glaube«, sagt Großmeister Adolf in die wachsende Dunkelheit hinein, »ist wie diese Burg: von Feinden oft zerstört, aber mit zähem Willen immer wieder aufgebaut. Jetzt findet unser Germanen-Glaube ständig neue Anhänger...« Es rumort über unseren Köpfen, wir zucken zusammen. Die Worte des Großmeisters sind nicht mehr zu verstehen. Ein Düsenbomber jagt im Tiefflug vorbei, die Scheiben scheppern, die Ohren schmerzen. Mit dem Düsenlärm wird mir bewußt, wo ich bin: mitten in Deutschland, mitten im zwanzigsten Jahrhundert — und mitten im inneren Führungszirkel des neugermanischen »Armanen-Ordens«.

Mit mir werden zwei weitere Novizen in den Arier-Bund eingeführt. In der Ordensrunde sitzen sie mir gegenüber. Es sind Hans-Joachim, ein 17jähriger, blasser Schüler, und Thomas, 18 Jahre alt und Schlosser, der sich wegen des Düsenlärms jetzt die Ohren zuhält. Hans-Joachim trägt eine grüne Uniformjacke mit Hakenkreuz und Reichsadler.

Die beiden, so erfahre ich später, gehören zur »Nationalen Jugend Ostfrieslands« (NJO), die in »Wehrsport-Lagern« unter Anleitung erfahrener SS-Leute den Umgang mit Waffen übt. Besonderer Höhepunkt im Trainingsprogramm der schwarzuniformierten Neonazi-Truppe: das »Judenverbuddeln«. Dabei muß sich einer der Jungen nackt ausziehen. Ihm wird ein Judenstern auf die Brust gemalt. Dann wird er bis zur Brust in ein Erdloch eingegraben, und die anderen Jungen müssen ihn malträtieren.

Ziel dieser Folter-Übung: einerseits die Bereitschaft der Jung-Nazis zu testen, Befehle bedingungslos auszuführen — auch hilflosen Kameraden gegenüber —, andererseits die Schmerzempfindlichkeit des Opfers im Erdloch zu ergründen.

Hans-Joachim Bayerer und Thomas Hamphoff, mit denen ich jetzt im Armanen-Zirkel auf Burg Gleiberg sitze, waren Waffenübungen und KZ-Spiele auf die Dauer nicht realistisch genug. Sie wollten wirklich kämpfen — und tauchten vor Monaten nach Süddeutschland in den rechten Untergrund ab. Seitdem agieren sie in einer »Kampfeinheit Nationaler Sozialisten« im Dunstkreis der »Volkssozialistischen Bewegung Deutschlands« des unter Terrorismus-Verdacht festgenommenen Friedhelm Busse, der Hitler für eine »herausragende historische Persönlichkeit« hält.

Für den Armanen-Novizen Thomas Hamphoff ist Hitler sogar »ein Genie", und er sagt: »Die Ideologie, die Adolf Hitler vertreten hat, die vertrete ich auch.« Sein Mitkämpfer Hans-Joachim Bayerer orientiert sich wie er an der Rassenlehre des Dritten Reiches: »Bei den Juden ist es so, daß ich diese Rasse als minderwertiger ansehe als die nordische Rasse« — und darin werden die beiden Jung-Nazis in dem arischen Rasse-Verein der Armanen nur bestätigt.

Nach mir erhalten nun auch Thomas und Hans-Joachim die Weihen der nordischen Ordensgemeinschaft. »Bei einem einzigen Thing drei neue Mitglieder«, sagt Großmeister Adolf feierlich und entzündet ein neues Räucherstäbchen, »das zeigt, daß immer mehr germanische Menschen zu Wotan zurückfinden. Möge uns auch die Zukunft so viele neue Glaubensbrüder bescheren wie in den letzten Monaten vor diesem Thing.«

Doch nicht nur die Armanen, auch andere braune Religionszirkel haben Hochkonjunktur. Hitlers neue Wotans-Jünger nennen sich Gylfiliten, Goden-Orden, Heidnische Glaubensgemeinschaft und Artgemeinschaft.

Hochkonjunktur. Hitlers neue Wotans-Jünger nennen sich Gylfiliten, Goden-Orden, Heidnische Glaubensgemeinschaft und Artgemeinschaft.

»Der harte Kern der neuen Rasse-Religionen«, so schätzt der Münchner Sekten-Experte Pfarrer Friedrich-Wilhelm Haack, »besteht inzwischen aus über 1500 Leuten«. Neben unverbesserlichen Alt-Nazis und schwärmerischen Germanentümlern haben die Arier-Sekten jetzt vor allem Zulauf von jungen gewalttätigen Neonazis, die sich dort die höheren Weihen für ihre Aktionen gegen Ausländer, Juden und Demokraten versprechen. Friedrich-Wilhelm Haack: »Wenn sich politisch extremes Handeln auch noch religiös begründen läßt und göttliches Sendungsbewußtsein dazukommt, fallen die letzten Schranken.«



„Adolf Hitler als echte Chance für die achtziger Jahre" — Heinz Bucher und Kromschröder beschwören die Geister einer Quelle im Pfälzer Wald

So geben sich die wotangläubigen »Gylfiliten« besonders kämpferisch. Bei Treffs werden Waffen geweiht und auch mal Verräter symbolisch verbrannt — »an einer Holzstange nach altem Brauch in luftiger Höhe«. »Gylfiliten«-Oberpriester Wolfgang Kantelberg aus Krefeld ist Gründungsmitglied der unter Terrorismus-Verdacht stehenden »Volkssozialistischen Bewegung Deutschlands« (VSBD).

Im Hakenkreuz sehen die »Gylfiliten« ein »religiöses Heils- und Meditationszeichen«. Sie sind überzeugt, daß »Adolf Hitler an der Heldentafel Odins seinen herrlichen Platz im Himmel Walhalla« erhalten hat. Er ist einer ihrer »Fürsprecher vor den Göttern«, den sie mit den Worten anrufen: »ADOLF, bete zur Einheit Deutschlands!«

Bei geheimen »Gylfiliten«-Treffs schirmt eine »Wehrsportgruppe« von VSBD-Chef Busse den Thingplatz ab. Dafür revanchiert sich »Gylfiliten«-Führer Kantelberg mit »religiösen Seminaren«, die er bei den Jung-Nazis hält, und mit einem Gebet für Nazi-Terroristen: »Ziehen wir die sogenannten Neofaschisten in unsere Gedanken ein, welche gleich unseren heidnischen Märtyrern nur wegen ihres Glaubens verfolgt werden.«

Der »Goden-Orden« ist mit 400 Mitgliedern die schlagkräftigste Germanen-Truppe. Der Orden will an das »Glaubensleben der arischen Vorväter« anknüpfen, weil »die aus dem Jüdischen hervorgebrachte christliche Religion dem Streben unserer Seele so sehr entgegensteht.« Die »Goden«-Maxime lautet: »Alles, was deutsch heißt, ist für uns heilig und unantastbar.«

Auf der Terrasse seines Hauses in Herborn im Westerwald sitze ich dem Ingenieur Günther Gabke gegenüber. Er verwaltet das »Ur-Goden-Kanzler-Amt«. Ich bin als Novize in den Orden eingetreten, um nach einjähriger Probezeit zum »Gralsritter« zu avancieren. In meinem »Goden-Schulungsbrief Nr. 5« habe ich gelesen, warum die »Sechs-Millionen-Vergasungslüge« jeder Grundlage entbehrt: »Nach zuverlässigen Zahlen des Internationalen Roten Kreuzes sind zwischen 1939 und 1945 138 000 Juden, einschließlich der normalen Sterbefälle und Kriegsverluste, gestorben.«

Herr Gabke gibt mir das Buch »Frömmigkeit nordischer Artung«. »Das ist Pflichtlektüre für jeden angehenden Goden-Ritter«, ermahnt er mich. Der Autor Professor Hans Günther war der führende »Rassehygieniker« der Nazis. Mit seinen Theorien des arischen Herrenmenschen schuf er die Rechtfertigung für die Nürnberger Gesetze, die Millionen Menschen in den Konzentrationslagern das Leben kosteten.

»Adolf Hitler«, sagt mir der Ober-Gode bei Kaffee und Apfelkuchen, »war der letzte große Staatsmann, der die Bedeutung der Rassenfrage erkannt hat.« Für die Ausländer, die »unser nordisches Rassenerbe durch Vermischung bedrohen«, hat der ehemalige NPD-Funktionär folgendes Rezept: »Wir müssen endlich dazu kommen, daß wir den Türken hier die Häuser anzünden und Bomben auf die Fabriken werfen, in denen sie arbeiten.«



„Sie haben die arischen Idealmaße" — Sektengründer Bucher an den Externsteinen bei Detmold beim „Vermessen" des neuen Mitglieds Kromschröder

Die »Heidnische Glaubensgemeinschaft Deutschlands« ist die jüngste Wotan-Sekte. Gegründet wurde sie von dem Mannheimer Werbeartikel-Hersteller Heinz Bucher. Vorher trat er aus der NPD aus, weil sie ihm nicht radikal genug war. Seitdem nennt er sich »Groß-Gode Manhart«. Ich treffe Heinz Bucher im Teutoburger Wald, wo er die Externsteine bei Detmold »heiligsprechen« will. Die vier hochaufragenden Sandsteinfelsen mit ihren künstlerischen Höhlen und eingemeißelten Reliefs sind für ihn eine »germanische Sternwarte« und »das älteste Zentrum urmenschlicher Mysterienkulte«.

Der Groß-Gode zeigt zum höchsten Punkt der Externsteine: »Dort oben stand die heidnische Irminsul, das heilige Symbol des Wotan-Glaubens. Karl der Große hat sie herabgestürzt. Seitdem haben wir das Christentum, eine jüdische Sekte mit einem jüdischen Gott.«

Wir klettern in eine der Höhlen in den Externsteinen. Dort muß ich mich mit hochgestreckten Armen in eine Vertiefung im Boden stellen — um »die an dieser Stelle besonders intensiven kosmischen Strahlen zu empfangen«. Dann muß ich mich als Neuzugang auch noch in eine in den Fels geschlagene Mulde legen, die die Form eines menschlichen Körpers hat — »zum Vermessen«.

Das Testergebnis scheint meinen Prüfer zufriedenzustellen. »Sie haben die arischen Idealmaße«, sagt Groß-Gode Manhart anerkennend. Damit bin ich in seinen Arier-Club aufgenommen.

Fortsetzung von voriger Seite

Im »Ratskeller« von Horn-Bad Meinberg hält Manhart vor Anhängern einen »rassekundlichen Vortrag«. »Die Semiten«, sagt er, »haben einen Dreiecksschädel und kein Vorderhirn.« Ein armer Irrer, denke ich. Später wird er deutlicher: »Der Nationalsozialismus Adolf Hitlers«, sagt der Sekten-Chef, »ist eine echte Chance für die achtziger Jahre.« Und er sagt auch, was das Ziel seines Kult-Zirkels ist: »Wir wollen mit einem kämpferisch-germanischen Heidentum den jugendlichen Enthusiasten der neuen nationalen Bewegung den Rücken stärken.«

Ich frage den Groß-Goden, ob das auch für den Münchner Oktoberfest-Anschlag gilt. Dort wurden 13 Menschen getötet und über 200 verletzt. »Töten«, sagt Manhart, »kann durchaus eine Würdigung Gottes sein, weil Gott ja auch tötet.«

Die »Artgemeinschaft« ist die älteste Wotans-Gruppe. Sie versteht sich als »Auslese-Gesellschaft« zur »Bewahrung und Erneuerung der Weißen Menschenart«. Ich besuche den Sekten-Gründer Dr. Wilhelm Kusserow in Berlin-Lichterfelde. In seinem Wohnzimmer steht ein dreiteiliger »Irminsul«-Altar. Seit einem halben Jahrhundert betreibt er Rasseforschung. »Semitisch-arische Kreuzungen« hält er für »katastrophal«. Ein bißchen »europäische Blutmischung« findet er dagegen durchaus positiv. So bewundert er an Bismarck dessen »fälisch-ostischen Züge«, an dem Dichter Rainer Maria Rilke das »in gewisser Weise slawisch mitbestimmte Erscheinungsbild«, und Beethoven hält er für einen großen Komponisten, obwohl der »fast ostisch« wirke.

Der 80jährige sieht nun sein Lebenswerk bedroht: Bei der letzten Vorstandssitzung der Artgemeinschaft wurde er als Vorsitzender gestürzt. »Da sind jetzt schlimme Leute dabei«, klagt der ehemalige Oberstudienrat, »gerichtsbekannte Neonazis und Leute von der Wehrsportgruppe Hoffmann. Die wollen die Artgemeinschaft für ihre radikalen politischen Ziele mißbrauchen.«

Rechtsvertreter des neuen Vorstandes ist ein Artgemeinschafts-Mitglied aus Hamburg, der Anwalt Jürgen Rieger. Er ist ein engagierter Jurist und ein rühriger Rasse-Experte. Sein Buch »Rasse — ein Problem für uns« ist als jugendgefährdend indiziert. Rechtsanwalt Rieger ist Vorsitzender der »Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung«, was sich recht wissenschaftlich anhört. Vor ein paar Jahren hieß der Arier-Verein des Rechtsanwalts eindeutiger: »Deutsche Gesellschaft für Erbgesundheitspflege«. In einem Prozeß gegen Rechts-Terroristen in Bückeburg wurde Rieger zeitweise als Verteidiger ausgeschlossen — wegen des Verdachts, eine terroristische Vereinigung zu unterstützen.

Unter den braunen Religions-Zirkeln hat der »Armanen-Orden« zur Zeit den größten Zulauf. Ich besuche Großmeister Adolf, der mich zusammen mit den beiden Jung-Nazis auf Burg Gleiberg in seinen Geheimbund aufgenommen hat, in seinem Haus in Ammerland am Starnberger See. Bürgerlich heißt er Adolf Schleipfer.

Herr Schleipfer lebt alternativ. Auf den ersten Blick wirkt er fast friedlich. Früchte und Gemüse baut er biodynamisch in seinem Garten an. In seinem Haus gibt es kein Plastik, keinen Fernsehapparat. Es gibt keinen Alkohol und keine Zigaretten. Alle Kleider für die Kinder näht seine Frau



„Semiten haben einen Dreiecksschädel" — Rassenkundler Bucher



„Wir schaffen das neue Reich, egal was es kostet — auch nächstes Jahr ist Oktoberfest" — Mitglieder des Neonazi-Schlägertrupps „Werwolf"

Sigrun selbst.

Herr Schleipfer zeigt mir seinen selbstgebohrten Brunnen. »Heute braucht niemand mehr nach Indien zu fahren, wir haben genug eigene religiöse Traditionen in Deutschland«, sagt der Armanen-Führer. Er schenkt mir einen seiner selbstgezüchteten Salatköpfe. »Vor ein paar Jahren galten wir als Nazis, weil wir für das einfache Leben eintraten. Heute liegen wir mit unseren Ideen voll im Trend der Zeit.«

Herr Schleipfer zieht seine graue Strickjacke über und steckt sich den Knopf »Atomkraft? Nein danke!« mit der lachenden Sonne an. »Ich bin gegen Kernkraft, weil sie das Leben zerstört«, sagt er.

An der Heckklappe seines Volkswagen-Busses klebt das Erkennungszeichen der Nazi-Internationale, der Slogan »Nation of Odin« (Das Volk Wotans) und das Keltenkreuz. Es ist das Parteiabzeichen der Terrorismusverdächtigen deutschen »Volkssozialistischen Bewegung« sowie das Emblem des amerikanischen Ku-Klux-Klan und der rechten französischen Terror-Organisation FANE.

Wir fahren zu einer Sonnenwendfeier am Starnberger See, veranstaltet von der rechtsradikalen »Wiking-Jugend«. Der zehn Meter hohe Holzstapel wird angezündet. Flamme empor!

Vor mir, mit Fackeln in der Hand, eine Gruppe alter Männer, ehemalige SS-Leute der »Totenkopf«-Verbände. Diese Truppe erwarb sich besondere Meriten bei der Bewachung der ersten Konzentrationslager Adolf Hitlers.

Neben der Knobelbecher-Generation gleich die Turnschuh-Generation, junge Leute aus München. Mädchen in getigerten Satin-Hosen, die Haare scheckig bunt gefärbt. Jungen in glitzernden, langen Sakkos, engen Röhrenhosen und Teddy-Boy-Frisuren. Einige auch mit den verschlissenen Jeans-Jacken der Rocker, die Ärmel abgerissen. Auf den Rücken ist eingestickt: »Werwolf«. So nannte Hitler seine Guerilla-Truppe gegen die einrückenden Alliierten. Und mit »Werwolftrupps« wollte auch der in München erschossene »Volkssozialist« und Nazi-Terrorist Klaus Ludwig Uhl den bewaffneten »Marsch auf Deutschland« antreten. So hatte er es in Paris im Exil angekündigt.

Die Mitglieder der »Werwolf«-Truppe am Sonnenwend-Feuer tragen schwarze Baretts mit dem SS-Totenkopf. »Diese Jungs«, sagt mir ein NPD-Funktionär, »sind unsere härteste Truppe. Die machen Kleinholz, wenn's drauf ankommt.« Hinter den adrett uniformierten Jungs und Mädles der Wiking-Jugend eine Handvoll junger Männer in schwarzer Montur: Lederjacke, Cordhose, Fallschirmjäger-Stiefel — Mitglieder der »Volkssozialistischen Bewegung«.

Das Feuer ist niedergebrannt, und gemeinsam singen alle — ehemalige SS-Leute, Wiking-Jugendliche, der alternative Großmeister Adolf, die Münchner Polit-Rocker, NPD-Funktionäre und Volkssozialisten: »Brüder im Osten und Westen, Brüder in Österreich! Aus den zerschlagenen Resten bauen wir ein neues Reich.«

Am Rande der Wiese steht ein alter Opel Kapitän, die Längsseite mit dem Punk-Spruch besprüht: DESTROY, zerstöre! Und lachend sagt mir ein junger »Werwolf«: »Wir schaffen das neue Reich, egal, was es kostet — auch nächstes Jahr ist wieder Oktoberfest.«

Anmerkungen zum Film „Reds" und zur Besprechung in AK 221

Ich stimme mit J. und Ch. darin überein, daß der Film „reds" historische Erfahrungen der Arbeiterbewegung in einer Form zugänglich (macht), die mehr Menschen als jedes Flugblatt und jede schriftliche Beschreibung erreicht" und daß angesichts der Kriegspolitik Reagans diesen Vorzügen des Films – besonders der Thematisierung der Frage „Krieg und Revolution" – eine besondere Bedeutung zukommt. Auch „die Darstellung der um ihre Emanzipation ringenden Frau" ist „für einen Hollywood-Film unter männlicher Regie" eigentlich überraschend gut. Ich kann J. und Ch. allerdings nicht zustimmen, wenn sie meinen, daß man/frau dem Film aufgrund der genannten „Vorzüge" den „Hollywood-Stil" verzeihen" könne. Die Tatsache, daß gerade heute die genannten Probleme aufgegriffen und dargestellt werden, darf nicht dazu verleiten, die geringe ästhetische Qualität mit einem Bedauern hinzunehmen und als nicht so erheblich zu akzeptieren.

Ich meine, daß der Stil eines Films die soziale Wirkung entscheidend bestimmt. So weckt Warren Beatty bei seinem Publikum – und vor allem bei einem breiten Publikum – Interesse für die Oktoberrevolution, sein Film ist aber nur an der „Oberfläche" politisch, weil er dem Publikum gestattet, weiterhin in „alten" Klischees zu empfinden, beispielsweise von einer romantischen Liebe mit einem Hauch Emanzipation zu träumen – folgenlos zu träumen. Auch die Oktoberrevolution bleibt letztlich etwas Exotisches. Sie wird im Film eben nicht als „eines der herrlichsten Abenteuer, das die Menschheit aufzuweisen hat" (J. Reed) dargestellt. Wäre es so, dann müßte der/die Zuschauer/in ein ganz klein wenig von dem „ahnen", „erfühlen" können, daß die Revolution auch für ihn/sie die einzige Möglichkeit ist, Kriege zu verhindern und sich – vielleicht etwas schnodderig dahergesagt – die ganze Scheiße vom Hals zu schaffen. Oder, etwas vorsichtiger gesagt: Beatty müßte seinem Publikum die Chance geben, ein ganz klein wenig in diese Richtung „produktiv" werden zu können.

Es gibt viele Filme (nicht nur von Regisseuren wie Bunuel, Chabrol, Visconti, Godard o. a., auch viele lateinamerikanische Filme und Produktionen aus der „Dritten Welt" gehören dazu), die – obwohl sie nicht ein so „großes" Thema wie die Oktoberrevolution zum Gegenstand haben – in irgendeiner Weise Betroffenheit auslösen, das „Normale" als „nicht normal" entlarven, das scheinbar Bekannte, Vertraute als das Fremde (Entfremdete) darstellen. Filme, die den Anstoß zur Veränderung eigener Wahrnehmungsformen und Denkweisen geben. Von diesem Fortschritt in der Entwicklung der filmischen Produktivkräfte ist in Warren Beattys Film wenig bzw. nichts zu finden.

Ich habe auch nicht – wie J. und Ch. – *„positive Gefühle für den russischen Oktober empfinden"* können oder Trauer, Wut und Sehnsucht *„nach Verhältnissen, wo die Vereinbarkeit von Liebesbeziehung und Emanzipation mehr sein kann als eine romantisch-kurze Episode"*. Gerade in dieser Hinsicht ging ich „leer" aus – mein Bedürfnis nach ästhetischem Genuß wurde enttäuscht. Wenn ich in diesem Zusammenhang von ästhetischem Genuß spreche, so heißt das nicht, daß ich mich – als Formalist – an dem „Hollywood-Stil" stoße oder daß er mir sogar „Bauchschmerzen" macht. Ästhetischer Genuß oder Kunstgenuß ist verbunden mit dem Bedürfnis (und der Fähigkeit), einen Film nicht nur konsumieren zu wollen, sondern *„sich an der Produktion selbst zu beteiligen, selbst in gewissem Umfang produktiv zu sein, einen gewissen Aufwand an Phantasie zu treiben, seine eigene Erfahrung der des Künstlers zugesellen oder entgegenzuhalten und so weiter"* (Brecht). Ästhetischer Genuß ist nicht zu trennen von der Fähigkeit, dargestellte Gegenstände bzw. Geschehnisse *„richtig, das heißt tief, umfassend ... zu betrachten"*. Diese Fähigkeit – Brecht nennt sie die „Kunst der Betrachtung" – ist allerdings heute ein Privileg weniger und soll es nach Ansicht der Herrschenden möglichst auch bleiben.

In Warren Beattys Film ist alles so glatt, ohne Widerhaken, geht runter wie Öl. Der Film bot mir keine Möglichkeit, „produktiv" zu werden. Außer ein paar politischen Informationen gab's für mich nur Bekanntes, allzu Bekanntes, nichts war auf eine faszinierende Art neu, reizte zum Widerspruch, tat weh usw. Meine erste Reaktion: Wie kann man nur die Oktoberrevolution und den Versuch einer Frau, sich zu emanzipieren, so schön, glatt, in so „heilen" Bildern darstellen? Ich hatte den Eindruck, Beatty wollte mich dazu verleiten, die Darstellung der Oktoberrevolution zu konsumieren, woraufhin ich anfangs etwas ärgerlich reagierte, dann achselzuckend im Kinosessel ein Stück tiefer rutschte, ab und zu bei etwas kitschigen Stellen eine süßsaure Mine aufsetzte.

Ein spontaner Gedanke nach dem Film war: Hättest du doch einen Film von Bunuel oder Chabrol oder ... gesehen. Einen Film, der durch die Verwendung der im Laufe der Geschichte des Films entwickelten filmischen Mittel und Möglichkeiten, einen Ausschnitt von Realität – und sei er auch noch so gering – tiefer, umfassender, politischer hätte darstellen können als „reds". Es ist gerade die „Glätte" der filmischen Stilmittel Hollywoods, die eine tiefgreifende Darstellung politischer Inhalte verhindert, die sich gegen die Aufnahme politischer Inhalte sträubt. Gerade diese Form hat – um eine Aussage Brechts zu variieren – Beatty an einer adäquaten „Organisierung der Inhalte" gehindert.

All dies hört sich zweifellos so an, als wollte ich den Film mit dem Prädikat „nicht sehenswert" versehen. Ein derartiger Verriß wäre aber überheblich – und er wäre falsch, obwohl der Film für die westdeutsche Linke nun wirklich nicht das große Ereignis ist. Zu bedenken ist aber, daß der Regisseur, wenn er sich der erwähnten entwickelten filmischen Mittel, Montagetechniken usw. bedient hätte, nicht das breite Publikum erreicht hätte, das er offensichtlich erreichen wollte. Er hätte vielmehr nur wieder den kleinen Kreis der Filmkenner angesprochen. Ein Vergleich: Was ein Film in „Hollywoodstil" wie „Holocaust" geschafft hat, nämlich die kollektive Verdrängung der „Endlösung" der Judenfrage durch die Mehrzahl der Bundesdeutschen aufzubrechen – wie tiefgreifend sei dahingestellt, das hätte die großartige und erschütternde Filmmontage „Nacht und Nebel" von Alain Resnais, Hanns Eisler und Paul Celan zweifellos nicht geschafft.

Deshalb wäre es falsch, den einen Film gegen den anderen auszuspielen. Etwa dem Film „Holocaust" wegen der einfacheren populäreren Darstellungsweise und wegen der „Breitenwirkung" den Vorzug zu geben vor dem Kunstwerk „Nacht und Nebel". Oder aber – genauso einseitig – die ästhetische Qualität des Resnais-Films als Maßstab zu setzen, damit aber die Mehrheit der Bevölkerung gegenüber dem „berüchtigen ‚kleinen Kreis der Kenner' " (Brecht) zu ignorieren.

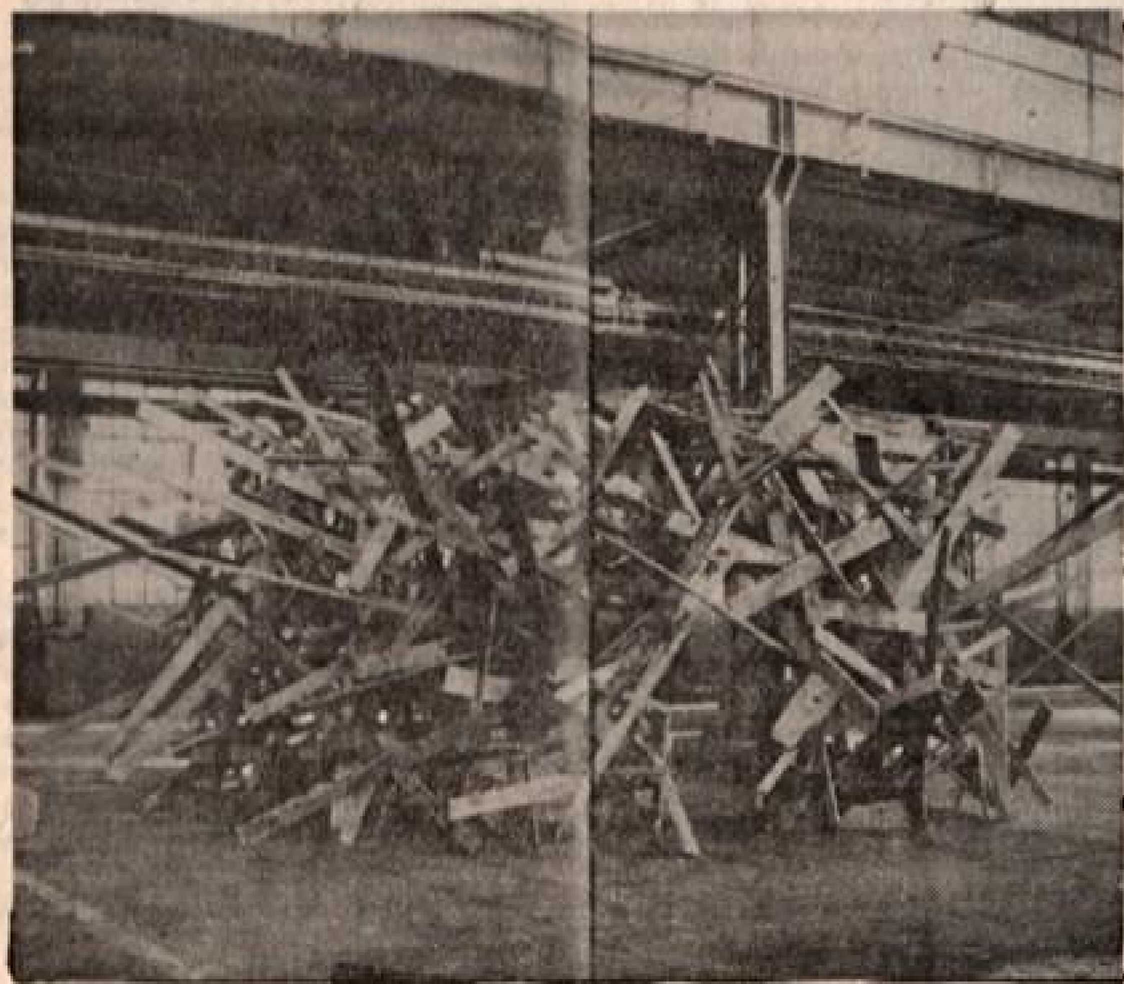


Es geht also keineswegs darum, „reds" abzuqualifizieren. Die Frage ist vielmehr: Wie läßt sich langfristig – und im Kapitalismus ist das immerhin in Ansätzen möglich und notwendig – *„der ‚kleine Kreis der Kenner' zu einem ‚großen Kreis der Kenner' zu machen"* (Brecht). Interessante Vorschläge zu einer möglichen Diskussion über diese Frage finden sich u. a. bei Brecht in den Aufsätzen über die Realismusfrage und – wenn auch unter anderen Bedingungen geschrieben – bei Mao-Tsetung in der „Rede auf der Konferenz über Fragen der Kunst und Literatur in Yenan", insbesondere in den Abschnitten „Über Popularisierung und Hebung des Niveaus" und über die Beziehung von politischem und künstlerischem Kriterium der Literatur- und Kunstkritik.

G., Kulturkommission

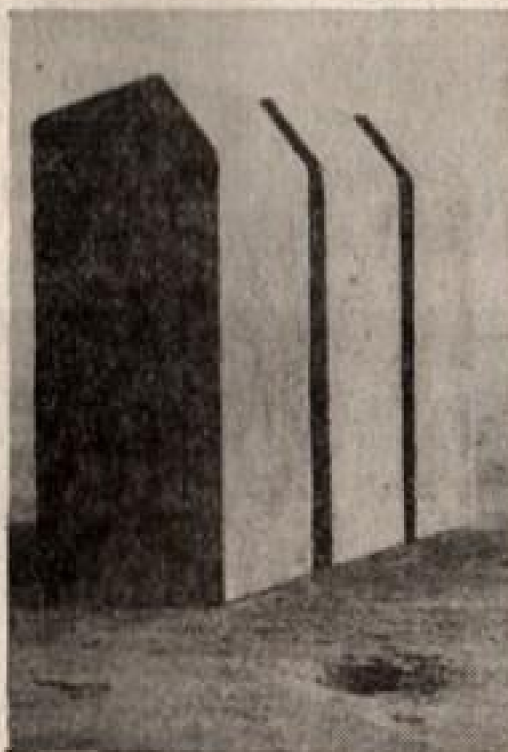
„Praktisch gesprochen: Zweifel ruhig aufkommen lassen und sie mit Schokoladenpudding, Schattenmorellen und Sahne vernaschen. Das bringts." (Bogomir Ecker, Katalog)

HALLE 6



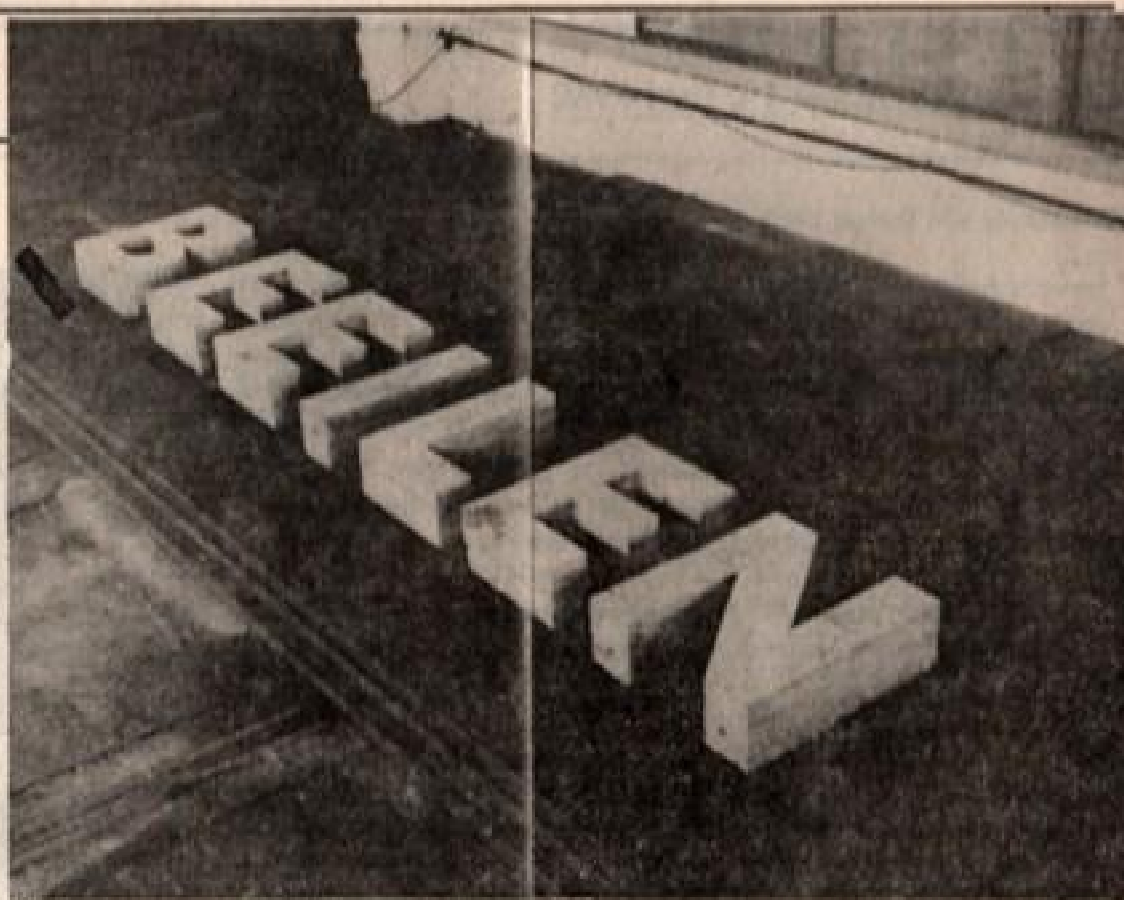
Wolfgang Luy

„Auffallend jedoch: die Dominanz einer neugewonnenen Gegenständlichkeit, damit verbunden der Hang zum Erzählerisch-Verspielten, Einbeziehung von Relikten der alltäglichen Erfahrungswelt, (...)" (Jürgen Vorrath, Katalog)
Ausspruch einer Betrachterin: „Völlig unökonomisch gestapelt!"



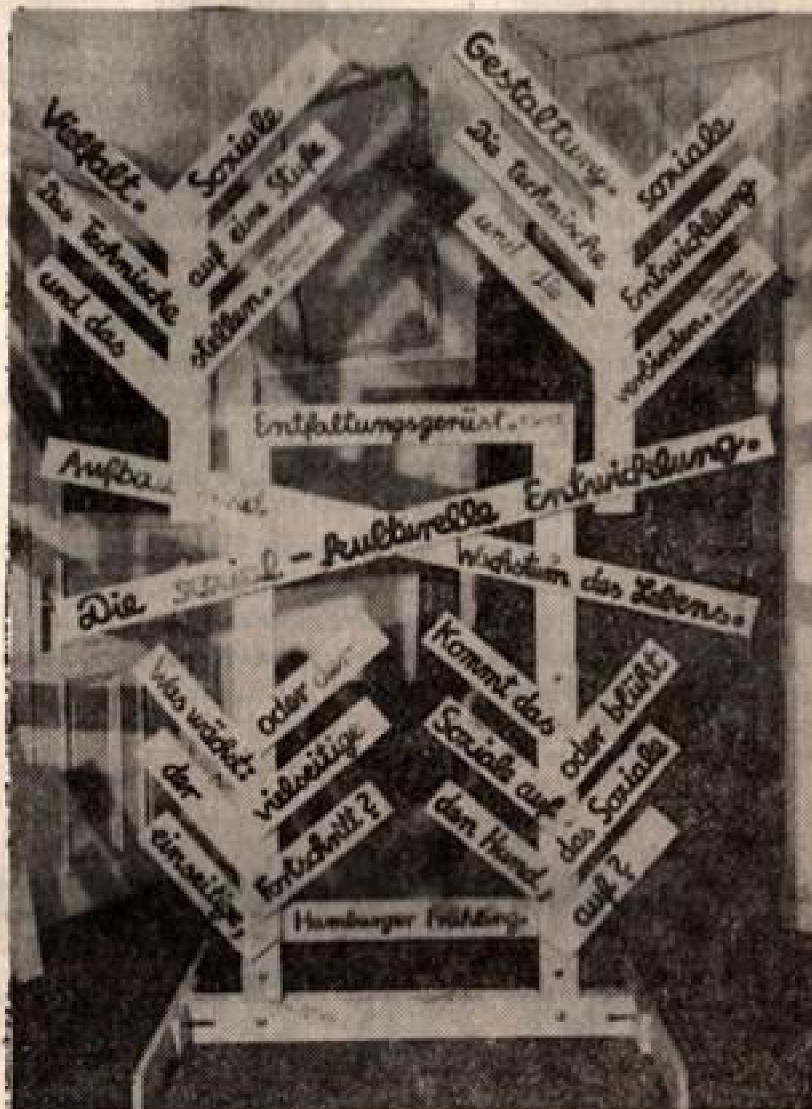
Hubert Kiecol, „Drei Gebäude", Beton

„Konzentration also auf Material, Raum, Zeit, Prozeß, im Medium schon die Botschaft setzend, eine Konzentration mit häufig meditativem Zuschnitt. Gerade auf diese Weise lag in der Armut der Kunst ihr Reichtum (Cladders)". (Jürgen Vorrath, Katalog)



Jochen Krüger, „Beeilen"
„Hier expandierte künstlerische Auseinandersetzung insofern, als sie auf dem Boden der Warengesellschaft Möglichkeiten des Austausches von Erfahrung neu reflektierte und modellhaft vorstellte, vorwegnahm." (Jürgen Vorrath, Katalog)

Charly Wüllner,
„aufbaugewachs, entfaltungsgerüst: DIE SOZIO -KULTURELLE ENTWICKLUNG" (Ein Teil des EVOLUTIONS BÜROS AUF DEM MARKTPLATZ. SCHAUSZENE. EIN ÖFFENTLICHES LEHRBILD.)



DORN IM AUGE

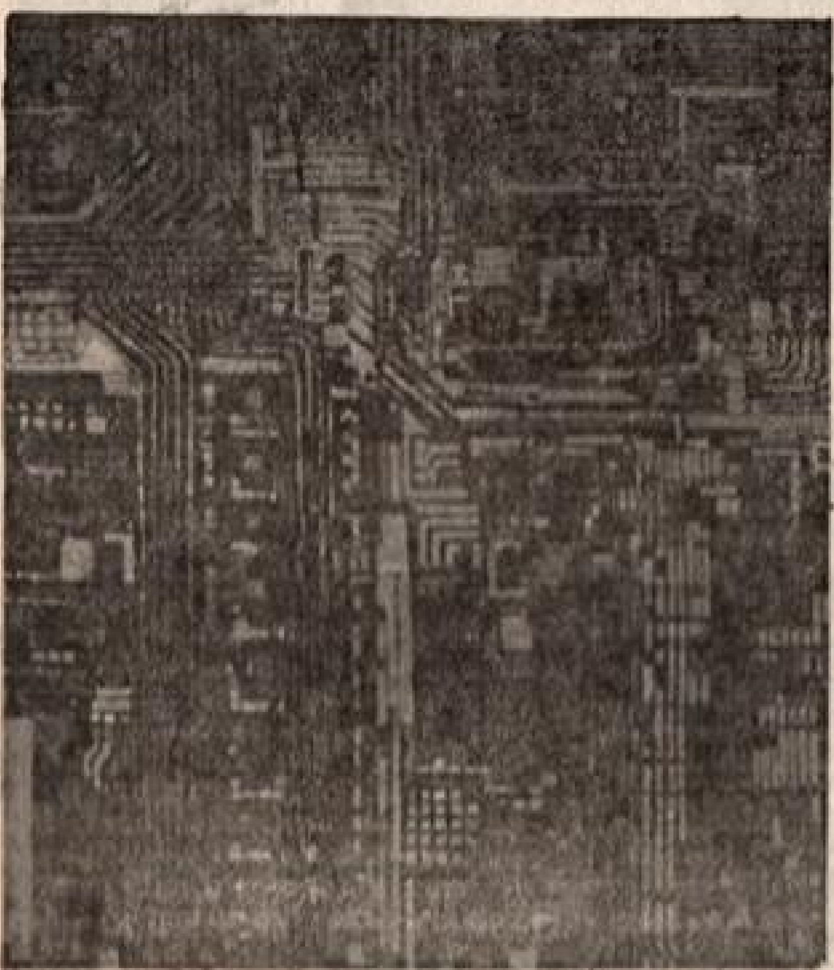
MIKROCHIPS

Was soll denn daran so schlimm sein? Über dreißig passen auf die Reibfläche einer Zündholzschachtel, eine technische Revolution vergleichbar der Entdeckung der Elektrizität. Winzige Schönheiten, geätztes Mineral, aufge dampftes Gold: Fast die Hälfte aller Arbeitsplätze in den Industrieländern werden in den nächsten Jahren durch sie vernichtet, die verbleibenden Arbeiter werden mit ihrer Hilfe ein Vielfaches gegenüber heute produzieren - Nützliches und Schlimmes: Sparsame Motoren, Nähmaschinen, Roboter in jedem Heim, fünfzig Fernsehprogramme, totale Überwachung aller, Waffen tödlich genau und winzig, Maschinen, die sich selbst herstellen. Bis zu hunderttausend Schaltungen auf wenigen Quadratmillimetern, ihr Anblick ist verführerisch schön, ihre Möglichkeiten verführen zu Regelung, Optimierung, Steuerung von allem und jedem. Willige dienstbare Geister, wie niedlich dagegen Goethes Zauberlehrling, des-

lich genau und winzig, Maschinen, die sich selbst herstellen. Bis zu hunderttausend Schaltungen auf wenigen Quadratmillimetern, ihr Anblick ist verführerisch schön, ihre Möglichkeiten verführen zu Regelung, Optimierung, Steuerung von allem und jedem. Willige dienstbare Geister, wie niedlich dagegen Goethes Zauberlehrling, des-

sen behexter Besen, außer Kontrolle geraten, Wohltat zum Unheil werden läßt. Günter Anders sieht uns in einem ganzen Wald solcher Besen und kein rettender Meister in Sicht.

Vor einigen Jahren habe ich Bilder gemalt, die den Menschen als „ein bloßes Zubehör der Maschine" zeigten - inzwischen ist viel geschehen -, auf diesen Bildern haben winzige Maschinen, mikroskopisch kleine Siliziumplättchen ihn ganz verdrängt.



Manfred Pixa, „Mikrochip"

Wir können hier aus Platzgründen nur einige Bildbeispiele zeigen, wobei wir solche ausgewählt haben,die unserer Meinung nach die besten Ansätze zu einer Auseinandersetzung bieten. Im einzelnen umfaßte die Ausstellung darüberhinaus:

- die sogenannten „Neuen Wilden", die sich ziemlich zahm gebärdeten. U. a. eine Serie von Ölbildern in dunklen Farben. Bildinhalt: Gemalte Schrift in unterschiedlichen Variationen: „Dorn im Auge"; „Ekel", „Makel" etc.
- Daneben die reine Materialshow. Das Material in seiner „sinnlichen Realität" als Inhalt und Zweck, nicht etwa als Mittel zur Darstellung. Z.B eine große Fläche Papier, die sich selbst darstellt.
- relativ umfangreich der Themenkomplex „Natur/Ökologie" mit reichlich mystisch-religiösem Einschlag: Da hingen z.B. ins Meer gesenkte Metallplatten, deren Veränderung der Oberfläche im Wasser die „künstlerische Schaffenskraft der Natur" beweisen sollten.
- Oder ein Raum voll getrockneter Pflanzen, die symbolisieren sollen, daß Pflanzen dieser Art bei entsprechender Beschwörung (die die Künstlerin mit den Besuchern eigenhändig vornimmt) in den Abgasen der Stadt Heilkräfte entwickeln.
- In einer Ecke der Halle war der Weg des Eichhörnchens „Ratatöskrs" von Baumwipfel zu Baumwipfel in Schrift und Bild aufgezeichnet (äußerst bemerkenswert).
- Ein Produkt fiel wegen seinem Bezug zur Tagespolitik aus dem Rahmen: Ein Raum von Jörg Möller (HbK Hamburg), in dem u.a. auch ein großer Pappmache-Aal voller rosa Geschwüre, wie es ihn auch in der „Natur" gibt, ausgestellt war. Der Künstler benutzte ihn für eine Aktion im Rahmen eines Initiativfestes gegen die Elbverschmutzung. Er selbst ließ sich zur Ausstellungseröffnung durch einen öffentlichen Aushang entschuldigen, weil er im Zusammenhang mit einer ähnlichen Aktion auf einem Polizeirevier festsaß.
- Alltagserfahrung: Tagebuchnotizen werden per Farbfotos aus dem Familienalbum zu etwas Bedeutendem stilisiert. Eine Zusammenstellung von Stuyvesantreklame (Sonnenuntergänge) als kritischer Beitrag zur Vermarktung der Sonnenuntergänge durch die Industrie. Auch die Uhr in der Glotze vor der Tagesschau war es wert, gezeigt zu werden: Dutzende Variationen von Zeigerstellungen unter dem Titel „Bilderinflationen" (wohl war).
- Neo- und Fotorealismus, darunter eine Serie von Ölgemälden, im wesentlichen schwarz mit der Andeutung von Mauerziegeln oder Stufen am Rand, betitelt „Tunnel" bzw. „Treppe".
- ganz witzig das „Van-Gogh-Museum". In diesem Raum waren lauter Industrieprodukte vom Plastikeierbecher über Quietsche-Entchen bis zu Gummistiefeln und Kodakfotopapier ausgestellt. Alles schön gelb. Schön, wie das Gelb in van Gogh's Bildern.

Für die Stadtmenschen eine friedlich grasende Pappkuh auf dem Dach der gegenüberliegenden Fabrikhalle. Eine zarte Versuchung fürs Auge in dieser doch etwas trüben Kunstschau. Sehr erholsam...

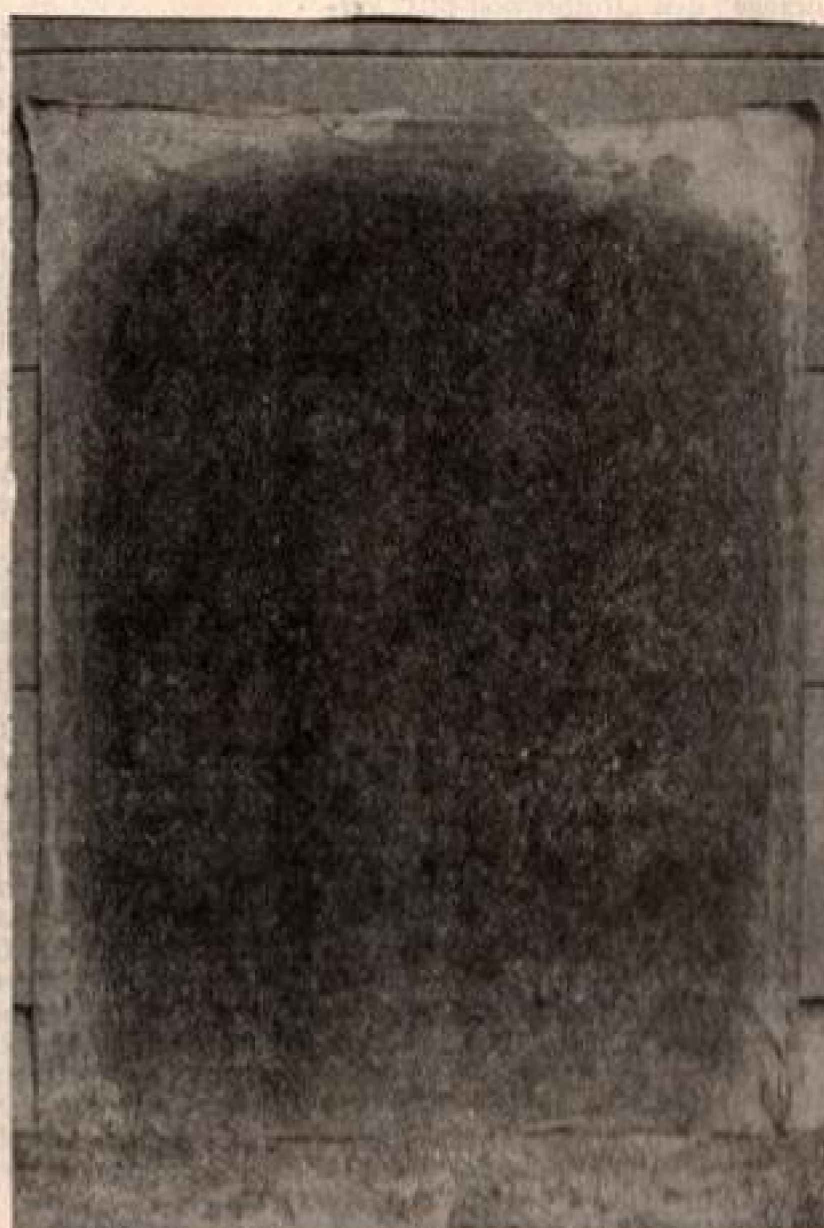
...Ich lasse mich auf Natur ein, auf meine eigene, die des Materials und die umgebende.

Dabei verzichte ich, meinen Willen zu beweisen und mein Können zu zeigen.

So setze ich mit Farbe übergossene Leinwände dem Wattenmeer aus und lasse es in die Malerei einfließen. Farbe wird ausgewaschen, die Flut läßt ein verändertes Arbeitsprodukt zurück, und ich kann erneut Farbe auftragen. Ein Wechselspiel entsteht, von dem ich ein Teil bin.

So setze ich mit Farbe übergossene Leinwände dem Wattenmeer aus und lasse es in die Malerei einfließen. Farbe wird ausgewaschen, die Flut läßt ein verändertes Arbeitsprodukt zurück, und ich kann erneut Farbe auftragen. Ein Wechselspiel entsteht, von dem ich ein Teil bin.

Dabei lerne ich ein wenig davon, das Sein in seiner Ganzheit wahrzunehmen, daß ich selber ein Stück Natur bin, sie nicht beherrsche und nicht über ihr stehe. Ich erlebe, bewußt zu sein, erkenne meine Identität als Teil der Natur...



Heinz-Erich Gödecke, „Einfluß des Prils"

DORN IM AUGE?

fragen an einen freund

du sagst
du haßt kunst
und hergebrachte ästhetik
überhaupt
den wunsch nach dem goldenen schnitt
du verzichtest auf harmonie
in deiner kleidung
in deinem alltag
in deiner wohnung
du verzichtest auf sicherheit
und regelmäßigkeit
in deinem leben
du bekämpfst das spießertum
die kleinbürgerei
sie ist dein hauptfeind
du liebst das risiko
natur gegen mann
die urwüchsige erotik
von yin und yang
usw.

du sagst
deine freiheit
steht über allem
und mit vierzig
bist du so wie du bist
rauhe schale weicher kern

ja, mann
wenn dir das alles
so widerwärtig ist
warum
beschäftigst du dich dann
dein leben lang ausgerechnet
mit schönheit?

ke 8.1.82

In Hamburg fand – begleitet von großem Pressegetöse – vom 20. bis 31.5. die „2. Woche der bildenden Kunst" statt (in Tradition der ersten von 1980). Das Unternehmen präsentierte sich schon vorab in jeder Hinsicht als BRD-Spitzensahne in Sachen bildender Kunst, Zeit- und Kulturkritik. Man erhoffte sich auch internationale Geltung. Das offizielle Programm versprach *„die Möglichkeit, bildende Kunst und schöpferische Vielfalt ins Stadtleben einzubinden und die künftigen Chancen von Kunst im öffentlichen Raum (früher: Kunst am Bau) beispielhaft zu demonstrieren."* Und weiter: *„Die Künstler streben aus der Isolation der Museen, wo zudem oft kein Platz für sie ist, zu lebendigen Plätzen im Stadt- und Stadtteilgeschehen."*

Als Zugnummer und zeitkritischer Höhepunkt war die über 50 Künstler/innen umfassende Sammelausstellung „Dorn im Auge" angekündigt, auf der *„die Auswirkungen der Umweltkatastrophe, der Konfrontationspolitik und des Zeitgeistes auf die Produktion, das Selbstverständnis und das Zukunftsbewußtsein Hamburger Künstler/innen dargestellt und untersucht"* werden sollten. *„Künstleraktionen im Stadtteil"* sollten der Bevölkerung darüberhinaus *„Einsicht in die künstlerische Praxis vermitteln."*

Als weitere Attraktion galt der Komplex *„Kunst im öffentlichen Raum"*, wie die Ausstellung „Dorn im Auge" untergebracht in einer ausrangierten Fabrik in Hamburg-Barmbek, wo *„Impulse gegeben"* und *„neue Arbeitsansätze"* gezeigt werden sollten. Hamburgs Kultursenator fand die schönen Worte: *„Die Künstler können durch die Arbeit in dieser Halle Impulse gewinnen, öffentliche Räume so zu gestalten, daß ihnen ihre Qualität als Lebensraum und soziales Umfeld zurückgegeben wird."* den Objekte, Wandbemalungen, Raumgestaltungen u.ä. von mehr als 50 Künstlern und Künstlerinnen gezeigt.

Über diese Hauptattraktionen hinaus boten die Organisator/inn/en der Woche ein umfangreiches Begleitprogramm mit diversen Ausstellungen, Aktionen und Vorführungen aus Grenzbereichen der bildenden Kunst (bis hin zu Film- und Videoveranstaltungen), einschließlich Führungen durch die einschlägigen Galerien und Angeboten zu Atelier-Begehungen. Insgesamt ließ sich der Hamburger Senat das Spektakel 250000 DM kosten.

Auch kulturpolitisch wurden Sensationen angekündigt. Das Zauberwort hieß Selbstverwaltung. Daß Programm strich die Verantwortlichkeit der „Arbeitsgruppe bildende Kunst" für die Organisation der Woche heraus. Die Arbeitsgruppe ist ein Zusammenschluß aller Institutionen und Gruppen, die in Hamburg mit zeitgenössischer Kunst befaßt sind, von der Kulturbürokratie der Kunsthalle u.ä. über Kunsthandel, Ausbildungsstätten bis hin zur quasi gewerkschaftlich organisierten „Freien Vereinigung bildender Künstler", die auch die Hauptverantwortung für die Selbstverwaltung der Ausstellung „Dorn im Auge" trug. Im Ton stolzen sozialdemokratischen Integrationsbewußtseins heißt es dazu im Programm: *„Seit drei Jahren funktioniert diese Arbeitsgruppe. Sie hat durch ihr gemeinsames Vorgehen bereits weit über Hamburg hinaus Aufsehen erregt. Man bewundert, daß die, die sonst miteinander konkurrieren, regelmäßig an einem Tisch sitzen und trotz unterschiedlicher Interessen Gemeinsames zustandebringen."* Und überhaupt: *„Einiges wurde erreicht."*

Solche Ankündigungen ließen – bei aller gebotenen Skepsis gegenüber dem gängigen Kunstbetrieb – interessante ästhetische Experimente, vielleicht gar wirklich neue Anstöße zur Entwicklung des Verhältnisses von Kunst, Politik und Gesellschaft erwarten. Gemessen an den goldenen Ankündigungen erwies sich die Realität allerdings als etwas grau.

Zunächst: der herausposaunte kulturpolitische Fortschritt schrumpft bei genauer Betrachtung auf die Umrisse des Sparprogramms des Hamburger Senats, in dessen Rahmen gerade jüngst die Mittel für den Ausbau eines Kulturzentrums (der sog. Museumsinsel) von 7 Mio. auf 2 Mio. gekürzt und damit das gesamte Projekt gekippt wurde (In der bürgerlichen Presse wurde nur das „neue Angebot" von 2 Mio. erwähnt, die Reduzierung aber verschwiegen – so macht man Medien-Wahrheit!). Im übrigen sind sich viele Beteiligte einig, daß die Kunstwoche im Konkreten auf die Selbstverwaltung der Künstler/innen abgewälzt wurde und als sozialdemokratisches Legitimationsobjekt (besonders vor der Wahl) herhalten mußte, dem die tatsächliche „provinzielle" Behandlung der bildenden Kunst gegenübersteht.

Adam Jankowski, Vorsitzender der „Freien Vereinigung bildender Künstler" in Hamburg, bringt das auf den Nenner: *„Zwar hat Tarnowski sich auf verbaler Ebene neue ideologische Positionen zu eigen gemacht, wie die ‚Selbstverwaltung', oder die ‚Förderung von Alternativkultur' und solche Geschichten ..., grundsätzlich aber hat sich nichts geändert"* – bzw. ändert sich eben zum Schlechten. Wie weit Hamburger Kulturpolitik damit exemplarisch für die BRD ist, lassen wir hier unerörtert. Wir wollen auch nicht auf kommunale Einzelheiten eingehen, sondern uns nach dem kulturpolitischen Exkurs den Ausstellungsinhalten selbst widmen.

Auch hier ist die Realität grauer als die Ankündigung: „Dorn im Auge" erwies sich als eine technisch schlecht gemachte Sammlung zusammengewürfelter Arbeiten und Stilrichtungen, deren kritischer Bezug zum „Zeitgeist" z.T. nur mit Mühe hergestellt, z.T. nur über komplizierte Spekulationen und Interpretationen aus dem begleitenden Katalog erschlossen werden konnte. Selbst die ätzendsten, destruktivsten und provokativsten Beiträge kommen über ein mattes Plagiat dadaistischer Vorbilder nicht hinaus, ja bleiben z.T. weit hinter deren kritischer Radikalität zurück.

Andererseits bietet die Sammlung auch nur in vereinzelten Fällen schlichten ästhetischen, spielerischen oder humorvollen Genuß – wie etwa bei Ansicht einer künstlichen Kuh auf einem künstlichen Rasen in dem ganz und gar künstlichen Fabrikgelände. Diese Ausstellung vermittelt kaum die Realität von Künstlern und Künstlerinnen **in** der Gesellschaft, Denkanstöße, ist weniger Seismograph einer beunruhigenden Realität, sondern vermittelt eher die Hilflosigkeit von Künstler/inne/n **vor** und **außerhalb** der Gesellschaft, das altbekannte Bild des Elfenbeinturms – in nicht einmal neuer Gestalt. Bei aller Freude an einzelnen Objekten, Bildern, Aktionen, die mensch auch in dieser Ausstellung haben mochte, ist die Isoliertheit freischwebender, klassenunspezifischer, politisch desorientierter Individuen, die außerhalb der gesellschaftlichen Realität stehen, **der** überwältigende Eindruck dieser Veranstaltung, ist das eigentlich Beunruhigende! Auch die im Programm angekündigten Außenaktionen fanden geradezu peinliche Grenzen: So z.B. konnte ein eigens aus Wien angereister Künstler seine fett im Programm angekündigte Aktion „anonyme Selbstmalerei über das Thema Zukunft", (bei der Menschen auf der Straße zu gemeinsamer Kreativität zum Thema „Zukunft" angeregt werden sollten) nicht durchführen, weil die Organisatoren es nicht fertiggebracht hatten, ihm dafür die notwendige wegerechtliche Erlaubnis zu beschaffen ... Er kehrte unverrichteter Dinge nach Wien zurück. – Voila! Die Realität der Förderung des Dialogs zwischen Künstler und Bevölkerung seitens der Stadt!

Die Objekte, Wandbemalungen u.ä. des Komplexes „Kunst im Raum" brachten nur insofern Neues, als die üblicherweise in Museen ausgestellten Objekte nunmehr in die Räume einer Fabrik verlagert worden waren. Dessen ungeachtet blieben die Austellungsbesucher/innen in der üblichen Manier zu konsumierenden Statisten einer Parade der Originalitäten erniedrigt, blieb das „Objekt", die „Konzeption", die Kunst die alte unantastbare heilige Kuh: das Künstler-Ghetto, das geistige wie das räumliche, ist nur verschoben, die Fabrik ist jetzt Museum – nach den großen Ankündigungen ein ödes Fazit, auch wenn manches für sich betrachtet wenigstens bunt war.

Ob das Begleitprogramm in einzelnen Aktionen dem gestellten Anspruch gerecht wurde, vermögen wir nicht einzuschätzen. Zu hoffen wär's. Bezeichnend allerdings für die angestrebte Verbindung zwischen Künstlern und „Stadt" usw. dürfte z.B. sein, daß eine gleichzeitig stattfindende Kunst-Ausstellung des Fuhlsbüttler Knastes im Programm nicht einmal erwähnt wurde. Von dem absoluten Nebeneinander von „Woche der bildenden Kunst" und alternativen Stadtteilfesten, Aktionswoche „Rettet die Elbe" u.a.m. ganz zu schweigen.

Kurz und gut: wenn die Hamburger Woche der bildenden Kunst etwas deutlich zeigt, dann eben, daß Kunst und Politik (einschließlich alternativer Kultur) trotz sich verschärfender Krisenerscheinungen auf allen Gebieten gesellschaftlichen Lebens (noch immer) zwei getrennte Welten sind, und daß offizielle Kulturpolitik es sich viel kosten läßt, die Kunst in diesem Zustand des zahnlosen Hofnarren zu halten. Vor diesem Hintergrund verkommt so etwas wie die „Woche der bildenden Kunst" am Ende zur Public Relation Aktion im Interesse kommunaler Politik und des Kunsthandels, wo die konkreten Ausstellungsgegenstände bezeichnenderweise Bedeutung und Erklärung nicht an sich selbst, sondern erst in den entsprechenden Hochglanzkatalogen erhalten.

Trotz unserer Kritik an dem nicht erfüllten Anspruch von „Dorn im Auge" u.a. können wir diese Ghettoisierung der Kunst nicht akzeptieren. Wir stellen deshalb exemplarisch ein paar Ausschnitte zur Diskussion.

I. und F./Hamburg

DADAISMUS „Narrenspiel aus dem Nichts"

Der Dadaismus entstand 1916 in Zürich, das damals ein Zentrum der fortschrittlichen und kritischen Intelligenz war, die aus den kriegführenden imperialistischen Staaten Europas emigriert war — Lenin verfaßte zu der Zeit in Zürich sein Buch „Der Imperialismus als höchstes Stadium ...".

Oberflächlich gesehen ist Dada ein Reflex der künstlerischen Avantgarde auf den 1. Weltkrieg. Weitergehend aber ist Dada eine Reaktion der Intelligenz auf den Zerfall bürgerlicher Sinn- und Wertvorstellungen.

Alle Dadaisten waren oder wurden sehr schnell zu radikalen Kriegsgegnern, die sich als 'Internationale des kulturellen Protestes' verstanden. Aus dem Bewußtsein der eignen Ohnmacht und der Sinnlosigkeit aller bisher gültigen — auch künstlerischen — Werte entwickelte sich der Protest der Intelligenz gegen die bürgerliche Gesellschaft, die sich selbst zu zerstören schien. Als Teil der Intelligenz, die materiell und ideologisch im Bürgertum verwurzelt ist, sahen die Dadaisten die Ursache der gesellschaftlichen Verhältnisse allerdings nicht im Klassenwiderspruch, sondern in der Entwicklung einer Gesellschaft, die ihre ursprünglichen Ideale verraten hätte und deren technischer Fortschritt seinen Höhepunkt in der Entwicklung eines gigantischen Vernichtungsapparates finde.

„Die Ohnmacht des Geistigen — geschossen wird doch." (Heartfield) (1)

Die gesellschaftliche Entwicklung wäre vom Individuum nicht mehr beeinflußbar, hätte sich verselbständigt und hätte den einzelnen Menschen zum Rädchen einer riesigen Maschinerie degradiert, die sich destruktiv gegen ihn richte, so die Auffasssung der Dadäisten. *„Wozu Geist haben in einer Welt, die mechanisch weiterläuft? Was ist der Mensch? Eine bald lustige, bald traurige Angelegenheit, die von ihrer Produktion, von ihrem Milieu gespielt und gesungen wird."*. (2)

Dada proklamierte keine neuen Werte, sondern trieb die Absurdität der bisher gültigen Werte auf die Spitze. Ideologisch angelehnt an anarchistische und nihilistische Ideen, teilweise auch enttäuscht über den Verrat der Sozialdemokratie 1914 und aufgrund ihres individualistischen Selbstverständnisses, sahen die Dadaisten ihre Perspektive nicht im Klassenkampf, sondern in der Zerstörung der bürgerlichen Kultur mit ihren eigenen Mitteln. Das bedeutete, die Inhalte und Formen der bürgerlichen Kultur und das ihr zugrunde liegende Kunstverständnis radikal in Frage zu stellen: Es gab weder 'triviale' noch 'hohe' Kunst, keine voneinander getrennte Kunstsparten, keinen verbindlichen Stil, sondern stattdessen ein willkürliches und zufälliges Ineinander verschiedener Ausdrucksformen. *„Da der Bankrott der Ideen das Menschenbild bis in die innersten Schichten zerblättert hat, treten in pathologischer Weise die Triebe und Hintergründe hervor. Da keinerlei Kunst, Politik oder Bekenntnis diesem Dammbruch gewachsen scheinen, bleibt nur die Blague (d.h. Scherz, Prahlerei) und die blutige Pose."* (3)

Alles und jedes konnte als Mittel benutzt werden, die bürgerliche Gesellschaft anzugreifen: Keine schönen Bilder, sondern Collagen aus verschiedenen Materialien. Keine Gedichtabende und Kammermusik — stattdessen Lautgedichte, die nicht aus Wörtern, sondern aus Lautsilben bestanden und mit 'Lärm-Musik' auf einfachen Gegenständen untermalt von mehreren Akteuren zelebriert wurden. Der Wettlauf zwischen einer Nähmaschine und einer Schreibmaschine ...

„Man kann wohl sagen, daß uns die Kunst nicht Selbstzweck ist — dazu bedürfte es einer mehr ungebrochenen Naivität —, aber sie ist uns eine Gelegenheit zur Zeitkritik und zu wahrhaftem Zeitempfinden, ...". (4)

Mit dem Erstarken der revolutionären Bewegung in Europa nach der Oktoberrevolution polarisiert sich die Dada-Bewegung. Ein Teil schließt sich der revolutionären Bewegung an und versteht sich nun als Künstler, der am politischen Kampf teilnimmt (hauptsächlich in Berlin — Heartfield, Grosz, Hausmann). Um 1923 zerfällt Dada im Zusammenhang mit der Niederlage der Arbeiterbewegung und der kapitalistischen Restauration. In Frankreich entwickelt sich aus den Dada-Kreisen der Surrealismus, andere Dadaisten wenden sich der Religion und dem Mystizismus zu. *„Wenn die Surrealisten sagen: Wir schockieren, so antworten ihm Grosz und andere: 'Der Bourgeois der Ära des Imperialismus ist durch nichts mehr schockiert, außer durch den Kommunismus.'"* (5)

Anmerkungen

(1) Heartfield, zit. aus Siepmann, E., Montage: John Heartfield. Von Club Dada zur Arbeiter-Illustrierten Zeitung, Berlin (W), 2. Aufl. 1977
(2) Hausmann, Raoul, Dada in Europa, in: Waetzoldt, Haas u.a., Tendenzen der Zwanziger Jahre. 15. Europäische Kunstausstellung Berlin 1977, 2. Aufl.
(3) Ball, Hugo, Die Flucht aus der Zeit, Luzern 1946
(4) ebd.
(5) Heartfield, s. Anm. (1)

I., Kulturkommission

Anmerkung

Ein Nihilist
das ist
ein Nilpferd
das am Nihil
ißt.

Ein „undeutscher" Lebenslauf

Peter Brückners „Das Abseits als sicherer Ort. Kindheit und Jugend zwischen 1933 und 1945"

In „Das Abseits als sicherer Ort" erinnert sich Peter Brückner an die Kindheit und Jugend unter dem Nationalsozialismus, an die Entwicklung vom „Stadtwilden", einem „Antifaschismus im Wildwuchs" zum bewußten antifaschistischen Widerstand. Diese Erinnerungen sind keine Biographie im üblichen Sinn, sie sind ein Versuch — einfühlend und zugleich analytisch — dem Verhältnis von Geschichte und Lebensgeschichte nachzuspüren. Außerdem setzt sich Peter Brückner mit einer Frage auseinander, die ihn nach eigener Aussage in den letzten Jahren sehr beschäftigt hat: „Wie ist Identität als politische Identität unter gegebenen Bedingungen möglich? Was bedeutet eigentlich Identität unter Verhältnissen zu entwickeln und zu bewahren, die eher der politischen Identität ungünstig sind?" (FR, 16.5.81)

„So leicht wird niemand folgenlos in eine Familie von Aus- und Einwanderern geboren"

1923, ein Jahr nach Peters Geburt, wird die Mutter auf der Straße als „Judensau" beschimpft, der Kinderwagen wird ihr aus der Hand gerissen, während der Vater, der „normal", „arisch" aussieht, nicht beachtet wird.

„Judensau ? Nach den Typensuchregeln der völkischen Denunziation sieht die Weggestoßene ‚jüdisch' nicht aus. Eher polnisch. Jedenfalls ist sie nicht von hier. Ihre Haare sind blauschwarz. Das Gesicht: slawisch geschnitten, mit breiten Backenknochen. Sie ist gebürtige Engländerin. Schon die Großeltern waren ehrenwerte Mitglieder der High Church, voll anglisiert, aber in der Tat: Juden. Das Genie des deutschen Volkstums liegt im Spürsinn für die fremde Rasse. Diese jungen Genies, Garanten der Zukunft, waren 1923 mit germanischen Runen und Symbolen geschmückt, denen gegenüber schon das Latein des Tacitus europäische Moderne war.

Der Einjährige rutscht mit dem Kinderwagen ins Abseits. Obwohl sich seine rassische Minderwertigkeit später verheimlichen läßt (lange Jahre auch vor ihm selbst), bleibt das Kind als Produkt einer atypischen Familie immer vom normierenden Zugriff der staatlichen Ordnungsmächte bedroht. Als der geborene Dissident ist es zugleich vor der eigentlichen Katastrophe dieses Kulturvolks behütet: vor der Faschisierung. Das Abseits ist, was den Natio-

Kulturvolks behütet: vor der Faschisierung. Das Abseits ist, was den Natio-

nalsozialismus angeht, in Deutschland der einzig sichere, ja, der einzige glückliche Ort." (8).

Die Mutter Brückners hat dieses Jahr 1923 nie vergessen . 1936 emigriert sie nach England. (Und noch 1977, als sie ihren Sohn in Heidelberg besucht, besteht ihr Beitz aus zwei Koffern. Fassungslos steht sie vor den vielen Büchern ihres Sohnes und fragt ihn, wie er denn das alles mitnehmen wolle, wenn er mal wegmüsse ?) Peters Halbbruder Frank hatte bereits 1934 — nach einem Zusammenstoß mit der Polizei — Deutschland verlassen. Der Vater gibt seinen Beruf als Ingenieur auf, wird Reisender für eine unpolitische Zeitung, um der Gleichschaltung im „Verein deutscher Ingenieure" zu entgehen. Peter muß — aus finanziellen Gründen — die Oberschule verlassen und zudem, da der Vater als Reisender selten zu Hause ist, als „beaufsichtigter Untermieter" bei fremden Leuten leben. Aus Protest kehrt er heimlich in die leere elterliche Wohnung zurück, geht nur selten zur Schule, verbringt Nächte auf dem Dresdner Bahnhof und liest, was ihm in die Hände fällt. Er genießt die *„anarchische Lust des ‚Abseits'. Es war die uns versprochene Freiheit der großen Stadt, die ein Zwölf- und Dreizehnjähriger sehr wohl als Quelle von Identität und Glück zu nutzen versteht, solange man ihn in Ruhe läßt"* (12).

Die Zerstörung der Familie durch den Faschismus eröffnet dem jungen Peter — so paradox das zunächst klingen mag — einen Freiraum gegenüber den Institutionen, die Möglichkeit einen Wirklichkeitssinn zu entwickeln, was innerhalb einer „normal" funktionierenden und kontrollierenden Familie nicht möglich gewesen wäre. Aber dieses *„Abseits,.... der Ort also, wo wir vor der Faschisierung sicher sind, ist nur anfangs ein Geschenk: wir erhalten es uns in der Regel doch nur als Realitätstüchtige. Realität ist aber zu großen Anteilen die Realität der Macht. Ohne ein Minimum an Anpassung, ohne einen Rest an Bereitschaft zum Handel....fände man nicht einmal Nischen, um sich zurückzuziehen, und verlöre bald die Chance, eigene Produktivkräfte zu entwickeln — wie aber soll Dissidenz, wie Flucht, wie Widerstand ohne entfaltete Produktivität auf*

Produktivkräfte zu entwickeln — wie aber

soll Dissidenz, wie Flucht, wie Widerstand ohne entfaltete Produktivität auf Dauer zu stellen sein ? Auf seine Weise versteht auch der Vierzehnjährige schon, worauf es in der Diktatur ankommt: weder Opfer des Systems (des Kriegs, des Staats, der Ideologie, der Polizei), noch sein Handlungsgehilfe zu werden. Zwischen beiden Extremen oszilliert seine jugendliche Lebenspraxis." (25f).

„Illoyale leben dialektisch"

Diese Freiräume, diese „Nischen" des Systems, für die Peter schon bald ein feines Gespür entwickelt, müssen immer wieder durch List und Mogelei gegen den Anspruch der Macht — gegen Internatsleitung und HJ — erkämpft werden. Besonders die 1938 einsetzende „Faschisierung der Schule" führt zu einer rigiden sozialen Kontrolle und einer erheblichen Einschränkung des „Abseits". Über die Neubewertung von „Turnen und Sport" zum Hauptfach versucht die NSDAP-Führung — den Spaß der Jugendlichen ausnutzend — mit der Ideologie des „Heranzüchtens kerngesunder Körper" die Schüler zu „Erfüllungsgehilfen" des Systems zu machen. Das System erwischt Peter an einer schwachen Stelle: Er, der jeder Leistung um der Leistung willen ablehnend gegenübersteht (*„Es gibt, heißt es, eine Lust an der Körperleistung bis hin zum Laufen gegen die Uhr, die mir fremd geblieben ist"* (57)) fängt an, der *„Gymnastik einen gewissen Reiz abzugewinnen. Die masochistische Spitze aber war, daß ich mich ausgerechnet im Bereich der ‚körperlichen Ertüchtigung' für Ordnung und Befehl zu begeistern begann"* (63). Aber die mit dem Erlernen von Selbstdisziplin und Selbstbeherrschung beabsichtigte Umerziehung des Schülers zum „Handlungsgehilfen" des Systems schlägt fehl. *„Wenn unsere Lehrer uns sagten, wir würden ohne Selbstbeherrschung keine physischen und moralischen Belastungen ertragen: beim Turnen, beim Schwimmen oder als Soldat, so hatten sie recht. Doch das gilt auch für die Belastung beim Beharren auf einer ‚Abseitsposition' oder für den Versuch, Staat und Obrigkeit zu täuschen. Selbstbeherrschung war — jedenfalls für das Kind, das ich war unter denBedingungen, unter denen wir lebten — auf die Dauer nicht zu entbehren, weder für den Handlungsgehilfen des Staates noch für den Staatsfeind"* (65).

Diese Erkenntnis und das wiedergewonnene Selbstvertrauen nutzt Peter sofort wieder zu einer seiner — der Internatsleitung wohlbekannten — „Frechheiten". Während der vom Willen zur „Körperertüchtigug" bestimmten Turnstunde stellt er sich provozierend zwischen die Holme des Barrens und liest ein Schauspiel von Roswitha von Gandersheim. Der Ort der Leistung und der nationalsozialistischen Indoktrination wird von ihm „umfunktioniert" in einen Ort der Muße, des „lustvollen Abseits".

„Wer, wenn er seine fünf Sinne beisammen hat, wagt nach den Erfahrungen des Faschismus — und unseres ganzen Jahrhunderts! — noch zu bestreiten, daß „Unwahrhaftigkeit", ein Quantum Unmoral, ja: Ruchlosigkeit gegenüber normativen Forderungen des Staats, der Institutionen, der ‚Organisation' längst Elemente der Menschlichkeit geworden sind?"

„Ein alternatives Millieu"

„Ein alternatives Millieu"

Im Frühling 1939 wird Peter bei einem seiner nächtlichen Ausflüge aus dem Internat — er hatte sich heimlich einen Hausschlüssel besorgt — überrascht. Die Lehrerkonferenz reagiert auf diesen „Akt der Illegalität" („Vorwurf: 'Besitz eines Hausschlüssels") mit dem „Rat, abzugehen". Mit Hilfe des Vaters findet Peter in Dresden ein Zimmer und wird in das städtische Gymnasium aufgenommen. Nach den Zwängen des Internats genießt er die Freiheit des städtischen Lebens. Bei einem seiner Streifzüge lernt er Pawel Lenk kennen: *„ ... eine Frau, alt, klein, schwarz gekleidet, mit wild vom Kopf abstehendem graues Haar"* (90). Pawel Lenk, die nach dem Tod ihres Ehemannes, eines Berufsoffiziers der kaiserlichen Armee *„erleichtert beschlossen hatte, nie wieder zu heiraten"* (91) und in den folgenden Jahren durch den Besuch von Volkshochschulen und Arbeiterbildungsvereinen, den Besuch von Theater und Museen sich ein großes Wissen angeeignet hatte und „unerschöpfliche Kulturdepots" besaß. Musik von Louis Armstrong, den „Comedian Harmonists", Aufnahmen aus der „Dreigroschenoper" und eine verkratzte Single der „Internationalen"; verbotene Literatur: Arnold Zweig, Heinrich Mann, Herwarth Walden und Tucholsky; Theaterprogramme von Piscatoraufführungen, Exemplare der „Weltbühne", Streikaufrufe und Flugblätter von KPD und SPD. Hatte Peter bereits im Internat entdeckt, welche „Widerstandsqualitäten" in dem vom Nationalsozialismus in Auszügen empfohlenen Hölderlin steckten, so hatte ihm bisher allerdings die „Verlebendigung" dieser „kulturellen Objektivationen" in einer zwischenmenschlichen Beziehung gefehlt. So war für ihn auch nicht die Lektüre verbotener Bücher das große Ereignis, sondern die Gespräche darüber mit Pawel Lenk, *„ ‚Kultur' nicht als Objektivation, sondern als ein Medium, in dem Erfahrungen und Sehnsüchte endlich groß und mittelbar werden"* (95).

Für den 17/19jährigen Peter Brückner traten *„Geschichte und Lebensgeschichte ... weit auseinander"* (90). Wie kam es, daß gerade im Jahr 1939 die politische Sphäre für ihn relativ weit entrückt war? *„Der Umstand, daß ich die geschlossene Kunstwelt des Internats ... gesprengt hatte ... und die neue Lebensform gefunden war, begründete gewiß ein Lebensgefühl weit jenseits der historischen Realität des Kriegs. Es war eine Lust zu leben und zu lernen ... und — endlich — Interpretationen zu begegnen, die den eigenen Erfahrungen, Erwartungen und rebellischen Attitüden um so vieles angemessener waren als alles vorher Gehörte."* (139). Zugleich war für den 17/18jährigen — und das zeigt bereits das Ausmaß seiner Politisierung — *„die Differenz zwischen innerem Faschismus und dem Überfall auf Polen nicht groß. Der Krieg erschien uns als eine Fortsetzung genuin nationalsozialistischer Politik; sie ließ Menschen an einer ihnen aufgezwungenen Front oder im Konzentrationslager sterben"* (139).

Widersprüche — nutzbar gemacht

Mit dem Kontakt zu Antifaschisten kurze Zeit später beginnt für ihn die Phase des bewußten politischen Widerstands. Die im Widerstand gewonnene Geschicklichkeit und die Kenntnis der inneren Widersprüche, der „Lücken" im faschistischen Machtapparat, bewahren ihn davor, Opfer des Systems zu werden: Opfer allerdings nicht durch die „höhere Gefahrenzone" im Widerstand, sondern dadurch, daß das Judendezernat auf ihn „aufmerksam" wird. Der Student der Philosophie wird 1941 in Leipzig von einem Schreiben des Judendezernats überrascht. Eine Universitätsangestellte war in den Immatrikulationsurkunden auf den Namen der Mutter gestoßen: Sara Constance, geb. Barlin. Zudem war ihr Peter Brückner aufgefallen als *„fremdartig im Aussehen, dunkelhaarig, Brillenträger"* (120). (Goebbels hatte bereits 1931 das Feindbild für den „guten Deutschen" u. a. auch am „dekadenten Hornbrillenwesen, das sich Intellektueller nennt" festgemacht. Eine „Typensuchregel", die — wie P. Brückner schreibt — u. a. von der SS und dem SD in Polen bei der „Selektion" von Intellektuellen maßgebend

Brückner schreibt — u. a. von der SS und dem SD in Polen bei der „Selektion" von Intellektuellen maßgebend

war: „Du, Brillenträger, komm!"). Die Aussicht, „heil" davonzukommen, schien trotzdem relativ groß. *„Meine Mutter war gebürtige Engländerin. Bei dem niedrigen Stand des britischen Meldewesens (gelobt sei es!) gaben die wenigen Urkunden über ihre Vorfahren keine, wie es in der Amtssprache damals hieß, ‚rassisch verwertbare' Auskunft"* (118).

Trotzdem nutzt Peter Brückner sofort einen — seltenen — Irrtum der österreichischen Bürokratie, die ihn wegen eines kurzen Aufenthalts in Wien als „wohnhaft in Wien" registriert hatte und ihm die Einberufung zum Wehrdienst nach Wien zuschickt. Wohl wissend, daß in der „Konkurrenz der Institutionen" das Militär siegt, reist er — ohne sich abzumelden und den Irrtum aufzuklären — nach Wien ab und meldet sich beim Militär. *„Merke: Man darf dem glücklichen Zufall oder dem deus ex machina nie die kalte Schulter zeigen. Auch nicht aus Angst."* (122) *„Freiheit beginnt mit der Bereitschaft, solche Chancen zu nutzen, d. h. mit der Weigerung, die soziale Mechanik der Normalität auch noch selbst mit zu tragen."* (125) Als sich zwei Jahre später das Judendezernat wieder meldet, hilft ihm die „Psychologie des österreichischen Militärs" (123), die Abneigung vieler österreichischer Garnisonen, die Deutschen zu unterstützen.

Für Peter Brückner folgt in den Jahren von 1941 bis 1945 eine „militärische Karriere" im Garnisonsdienst. Mit seinem Freund Leo und anderen Genossen, teilweise Mitgliedern der KPÖ, erleichtert er britischen Gefangenen das Leben oder verhilft ihnen teilweise zur Flucht. Später — 1944 — stellt er, der im Besitz von Dienststempeln ist, Armeeangehörigen und Deserteuren Urlaubs- und Reisepapiere aus und überlebt die letzten Monate als selbsternannter „Kurier eines hohen Truppenstabs".

Rückblicke

Während Peter Brückner in seinen Erinnerungen chronologisch vorgeht, Reflexionen über die Beziehung von Geschichte und Lebensgeschichte nur behutsam einstreut, versucht er im letzten Abschnitt „Rückblicke" ein Resumee zu ziehen. Zudem besteht der letzte Abschnitt „Rückblicke" aus Reflexionen über die „Faszination" von Marschmusik, tiefsitzende faschistische Vorurteile, Überlegungen zu seinem Politisierungsprozeß.

Wie zählebig die „Ideologie vom russischen Untermenschen" auch in ihm noch 1943 steckte, obwohl er längst Antifaschist und Sympathisant der KPD war, verdeutlicht Peter Brückner an einer Erfahrung. An der österreichisch-ungarischen Grenze sieht er zum ersten Mal russische Kriegsgefangene, sieht, wie sie behandelt werden. *„Ich sah da einen Mann auf der Erde knien, zerlumpt, abgemagert, mit Glatze, ... tiefliegenden, zugleich blutunterlaufenen Augen, schwarzen Zähnen ..., außerdem für mich ausdruckslos, ohne Physiognomie, nichts mehr da ‚zum Einfühlen'. Wie mit einem Schlage erschien vor meinem inneren Auge die Vorstellung des asiatischen Untermenschen ..."* Er empfindet dem Gefangenen gegenüber Widerwillen und Abscheu. *„Obwohl ich — oder vielleicht gerade weil ich glaubte, dergleichen Residuen des Faschismus bei mir nicht suchen zu müssen, hatten sie sich meiner Spontaneität bemächtigt"* (144f). Doch Peter Brückner hat „Glück": Der Gefangene — ein Filmregisseur — spricht ihn in fließendem Deutsch an.

Vor allem Peter Brückners Überlegungen über die geringe Kenntnis vieler Deutscher über die Lage inländischer KZs und die „Endlösung" beschreibt ein Stück „deutscher Mentalität": *„Es gab bei manchen sonst Hellhörigen eine spürbare Abwehr dagegen, gewisse*

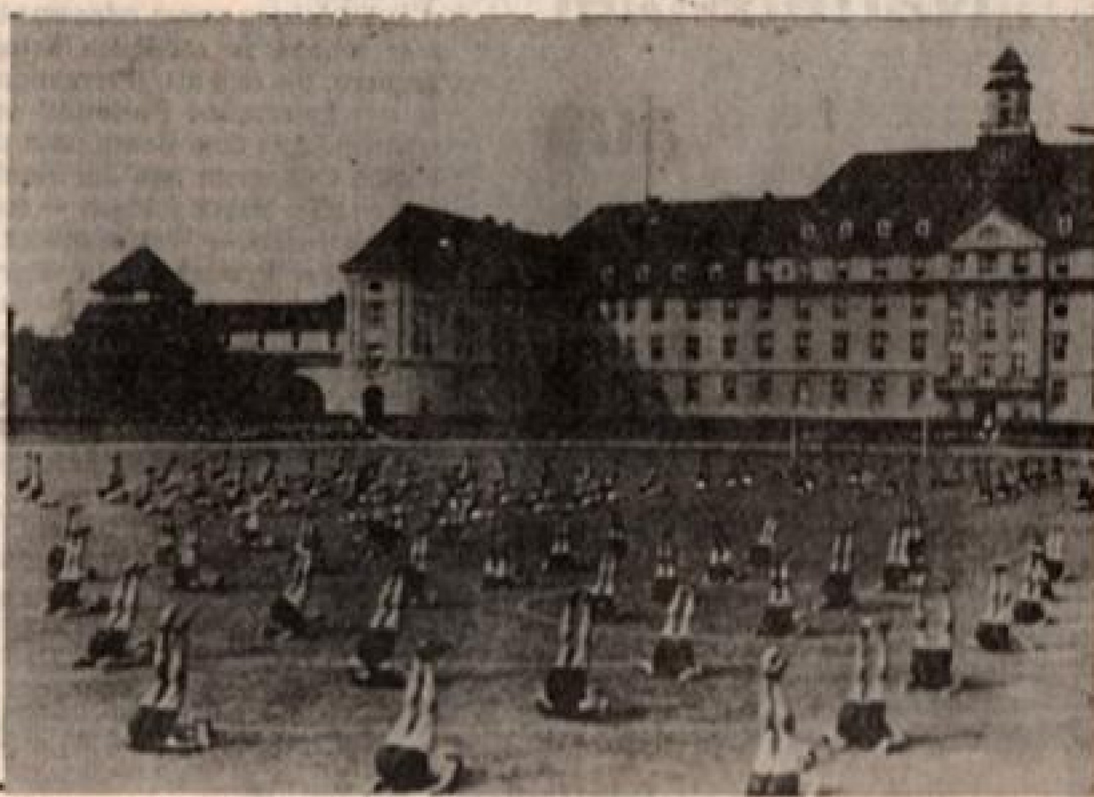
ein Stück „deutscher Mentalität": *„Es gab bei manchen sonst Hellhörigen eine spürbare Abwehr dagegen, gewisse*

Nachrichten über das Grauen im NS-Staat zur Kenntnis zu nehmen: Man erschrak, aber verstummte, wurde unwillig, vergaß" (147). Aus Angst davor, sich die „Normalität" des Alltags nicht erhalten zu können, aus einem gerade für Deutsche so bezeichnenden „Grundvertrauen in die Qualität des Staates" werden mögliche Kenntnisse abgewehrt. Eine Haltung, die auch nach dem Ende des NS-Staates weiterhin für viele Deutsche maßgebend blieb.

Zum Schluß noch ein Seitenhieb auf diese „deutsche Mentalität" des Pflichtbewußtseins und des Gehorsams: *„Diese Abwehr (gemeint ist die Abwehr gegen Informationen und Gerüchte über KZs) funktionierte, wenn ich richtig sehe, besonders bei Menschen, die n i c h t ins Leben verliebt sind — ein Paradox, über das man nachdenken soll."* (149)

G., Kulturkommission

„Erfahrungen macht man nur offenen Auges; die hat ausschließlich der Illoyale — und der Apparat der Diktatur. Loyale sind blind, d.h. sie tun ihre Pflicht. Wo der Staat seine Augen überall hat, haben die Leute meist keine mehr. Das offene Auge macht in einem totalitären Staat zwei sich ausschließende und doch gleich unabweisbare Erfahrungen: daß niemand ein Erfüllungsgehilfe für die Verbrechen des Systems wird, er hätte sich denn für diese Laufbahn entschieden; und: daß es sich bei der Gehilfenschaft um einen Status handelt, den der Staat dem Bürger zuweist, um einen „Überhang an Objektivität". Der Bürger entscheidet sich, er will, aber es geschieht ihm auch. Aus dem Zirkel von sozialer Mechanik und individueller Entscheidung führt nur ein Sprung — der Sprung aus dem bürgerlichen Wesen, d.h. aus der faktischen Normalität. Wer gegen den Faschismus ist, wehrt sich gegen Elemente der bürgerlichen Ordnung. Es muß nicht immer der große Sprung sein, auch hier gilt das Prinzip der „kleinsten Schritte".
Begründen die kleinen Schritte aus der faktischen Normalität nicht die konträre Laufbahn des Opfers? Ja, aber sie führen uns auch aus dem „Überhang von Objektivität" heraus, so daß Geschicklichkeit, Ruchlosigkeit und — Glück von größerem Einfluß auf individuelle Schicksale sein sollten als bei der Laufbahn des Gehilfen. Geschickt war ich, und der Unterdrückungszusammenhang im NS-Staat lückenhaft; also fühlte ich mich auch dann noch sicher, als ich durch den Kontakt mit älteren Antifaschisten die höhere Gefahrenzone betrat."



Turnen im NS-Staat oder: „Deutsche" Gesinnung in einem kerngesunden Körper.